FORSCHUNGSINITIATIVE Zukunft BAU

F 2771

Jana Reichenbach-Behnisch,
Pamela Voigt, Matthias Seidel, Jörg Koenigsdorff

Installieren multipler Häuser als gemeinschaftlicher Stützpunkt von Dienstleistung und Nachbarschaft in ländlichen Regionen in der vom Demographischen Wandel besonders betroffenen Modellregion "Stettiner Haff"

Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und
Raumforschung
im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung

Fraunhofer IRB Verlag

F 2771

Bei dieser Veröffentlichung handelt es sich um die Kopie des Abschlußberichtes einer vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung -BMVBS- im Rahmen der Forschungsinitiative »Zukunft Bau« geförderten Forschungsarbeit. Die in dieser Forschungsarbeit enthaltenen Darstellungen und Empfehlungen geben die fachlichen Auffassungen der Verfasser wieder. Diese werden hier unverändert wiedergegeben, sie geben nicht unbedingt die Meinung des Zuwendungsgebers oder des Herausgebers wieder.

Dieser Forschungsbericht wurde mit modernsten Hochleistungskopierern auf Einzelanfrage hergestellt.

Die Originalmanuskripte wurden reprotechnisch, jedoch nicht inhaltlich überarbeitet. Die Druckqualität hängt von der reprotechnischen Eignung des Originalmanuskriptes ab, das uns vom Autor bzw. von der Forschungsstelle zur Verfügung gestellt wurde.

© by Fraunhofer IRB Verlag

2011

ISBN 978-3-8167-8467-8

Vervielfältigung, auch auszugsweise,
nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Verlages.

Fraunhofer IRB Verlag
Fraunhofer-Informationszentrum Raum und Bau

Postfach 80 04 69
70504 Stuttgart

Nobelstraße 12
70569 Stuttgart

Telefon 07 11 9 70 - 25 00
Telefax 07 11 9 70 - 25 08

E-Mail irb@irb.fraunhofer.de

www.baufachinformation.de

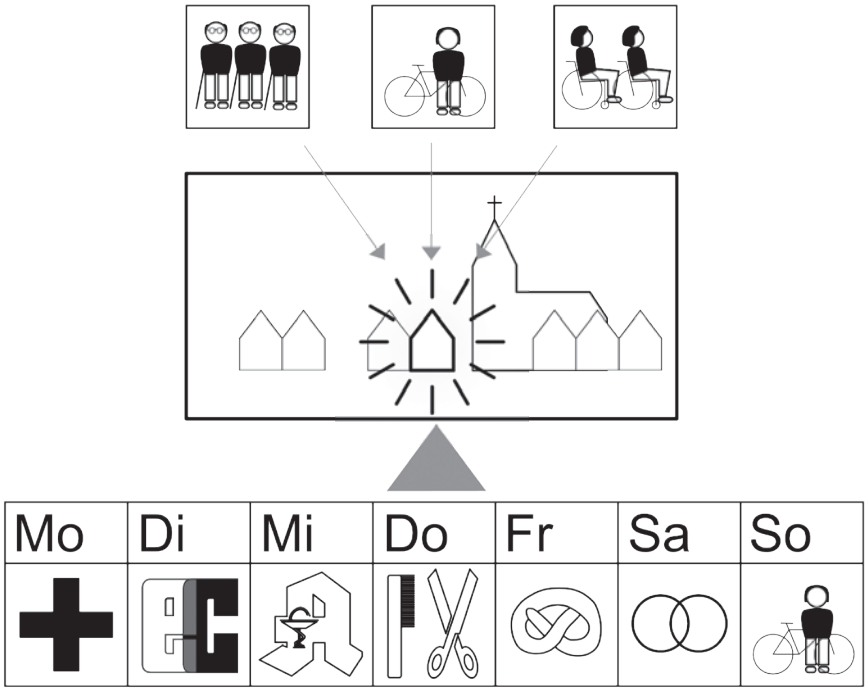
www.irb.fraunhofer.de/bauforschung

Bitte beachten:

Fehlende Seiten sind **Leerseiten**,
die bei Erstellung
der PDF-Datei für den Download nicht
berücksichtigt wurden

Fraunhofer IRB Verlag

Installieren multipler Häuser als gemeinschaftlicher Stützpunkt von Dienstleistung und Nachbarschaft in ländlichen Regionen in der vom Demographischen Wandel besonders betroffenen Modellregion „Stettiner Haff“



Impressum

Titel:
Installieren multipler Häuser als gemeinschaftlicher Stützpunkt von Dienstleistung und Nachbarschaft in ländlichen Regionen in der vom Demographischen Wandel besonders betroffenen Modellregion „Stettiner Haff“

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn, 2010

Verfasser:
Büro rb architekten
Lützner Straße 91, 04177 Leipzig
www.rbarchitekten-le.de

Dipl-Ing. Architektin Jana Reichenbach-Behnisch

Mitarbeit:
Dr.phil. Architektin Pamela Voigt
Dipl.-Ing. Architekt Matthias Seidel

Haustechnikkonzept:
Dipl.-Ing. (FH) Jörg Koenigsdorff
(ZBP - Zimmermann und Becker Ingenieurgesellschaft für Technische Gebäudeausrüstung)

Alle Rechte vorbehalten.
Dieses Werk ist einschließlich seiner Teile urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung, die über die engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes hinausgeht, ist ohne schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen sowie die Speicherung in elektronischen Systemen.

Druck und Bindung: Buchbinderei Mönch, Leipzig

Leipzig, 2010
Die Forschungsarbeit ist zu beziehen über: rb architekten

Der Forschungsbericht wurde mit Mitteln des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung gefördert, innerhalb der Forschungsinitiative „Zukunft Bau“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS).
(Aktenzeichen Z 6-10.08.187-8.15)

Die Verantwortung für den Inhalt liegt bei den Autoren.

Teil 1 Vorwort und Einleitung
1.1. Problemstellung und Ziel – Einführung in die Arbeit 5
1.2. Thesen und Forschungsfragen 9
1.3. Definitionskatalog – Begriffsbestimmungen 11

Teil 2 Theorie + Analyse
2.1. Daseinsvorsorge im Ländlichen Raum am Beispiel des Stettiner Haffs 17
2.2. Demographische Entwicklung im Ländlichen Raum und am Beispiel des Stettiner Haffs 22
2.3. Die Zentralisierung der Gemeinden – Gemeindereformen und ihre Auswirkungen am Beispiel des Stettiner Haffs 27
2.4. Engagement im Ehrenamt für Lebendige Dörfer 30

Teil 3 Praxis + Analyse
3.1. Einführung und Exkurs 35
3.2. Steckbriefe – Vorstellung der vier Modelldörfer 39
3.2.1. Modelldorf Gladrow 39
3.2.2. Modelldorf Löwitz 41
3.2.3. Modelldorf Schlatkow 43
3.2.4. Modelldorf Vogelsang-Warsin 45
3.3. Zwei Workshops – eine Auswertung 47
3.4. Bedarfskatalog der Gemeinden 49
3.5. Kriterienkatalog der Gemeinden 63
3.5.1. Ort + Heimat – was unterstützt den Ortscharakter und was schafft Identität? 63
3.5.2. Nutzung + Ausbau – was brauchen die einzelnen Nutzer? 67
3.6. Organisationsformen und Rechtsgrundlagen 70
3.6.1. Einführung 70
3.6.2. Organisationsformen – „house sharing“ und wie man es organisieren kann 70
3.6.3. Rechtsgrundlagen 71
3.7. Finanzierung, Förderung und Bewirtschaftung 79
3.7.1. Einführung 79
3.7.2. Finanzierung durch Förderung – Ausbau des Multiplen Hauses und Startphase 79
3.7.3. Finanzierung durch Einnahmen – Bewirtschaftung nach der Startphase 105
3.7.4. Feste Partner und Sponsoring 106
3.7.5. Netzwerke 110

Teil 4 Raumkatalog und Innenausbau
4.1. Einführung 113
4.2. Nutzungsschemata 115
4.3. Modellgrundrisse am Beispiel der Modelldörfer 129
4.4. feste Möblierung 145

Teil 5 Energiekonzept und technische Ausstattung eines Multiplen Hauses
5.1.1. Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien im Wärmeschutz (EEWärmeG) 149
5.1.2. Energieeinsparverordnung 2009 (EnEV 2009) 150
5.1.3. Landesbauverordnung von Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) 150
5.1.4. Sonstige relevante rechtliche Rahmenbedingungen 150
5.2. Anforderung aus den geplanten Nutzungen an die technische Gebäudeausrüstung 151
5.3. Anforderungen an die geplanten Nutzungszeiten 151
5.4. Konzept für die technische Ausstattung 152
5.4.1. Beheizung und Warmwasserversorgung 152
5.4.2 Einsatz von Photovoltaikanlagen 158
5.4.4 Beleuchtung, Telefon und Internet 159
5.4.3 Zutrittskontrolle, Zutrittsrechte und Verbrauchskostenzuordnung im Multiplen Haus 159

Teil 6 Auswertung und Ergebnisse
6.1. Antworten auf die Forschungsfragen und Fazit 163
6.2. Das Label „Multiples Haus M.H.“ 167
6.2.1. Definition, Ziel und Grundlage 167
6.2.2. Zehn Regeln für die Installation eines Multiplen Hauses 167
6.2.3. Fazit 169
6.3. Fazit und Ausblick 171

Teil 7 Hilfsmittel – wie installiert man ein Multiples Haus?
7.1. Fragebogen Bedarfskatalog – was braucht das Dorf? 177
7.2. Fragebogen Kriterienkatalog 1 – Nutzung und Ausbau 189
7.3. Fragebogen Kriterienkatalog 2 – was brauchen potentielle Nutzer? 191
7.4. Gebäudepass 193
7.5. Handlungsempfehlungen 197

Teil 8 Zeitdokumente
8.01. Interview mit Frau und Herrn Weigel, Anwohner Schmuggerow 205
8.02. Interview mit Peter Fels – Bündnis für Familie Uecker-Randow / Birgit Brackrock, Demokratischer Frauenbund e.V. 206
8.03. Interview mit Schwester Angela, Ambulanter Pflegedienst 215
8.04. Interview mit Holger Brandstädt, Kulturverein Weitblick e.V. Bugewitz 219
8.05. Interview mit Simone Waßermann, Dr. Michael Waßermann – Grafik- und Designschule Anklam 224
8.06. Interview mit Kristin Wegner, Höfeladen Esslust 227
8.07. Interview mit Reni Hübner – Bürgermeisterin Gemeinde Löwitz 231
8.08. Interview mit Karsten Naumann – Bürgermeister Gemeinde Ducherow 238
8.09. Interview mit Dr. Klaus Brandt – Bürgermeister Gemeinde Schlatkow, Barbara Brandt, Dr. Michael Waßermann 241
8.10. Interview mit Frau Heidrun Hiller, Agendabüro Stettiner Haff 258
8.11. Interview mit Jörg Kubiak – Verein „Pro Eggesin e.V. / Pommersches Landleben e.V. 265
8.12. Interview mit zwei Einwohnern, Vogelsang-Warsin 275
8.13. Interview mit Gerd Walther – Bürgermeister Gemeinde Vogelsang-Warsin 277
8.14. Interview mit Ulrich Höckner – Caritas-Kreisstelle Ostvorpommern 287
8.15. Interview mit Frau Uta Kleist – Volkssolidarität Kreisverband Ostvorpommern e.V. 297
8.16. Interview mit Anett Zahn – Sparkasse Uecker-Randow 300
8.16. Diskussionsrunde 1. Workshop 303
8.17. Diskussionsrunde 2. Workshop 307

Teil 9 Anhang
9.1. Literaturverzeichnis 311
9.2. Quellen – Internet 315
9.3. Liste der Kontaktpartner und Links 316
9.4. Durchgeführte Interviews 318
9.5. Bildnachweis 320

Teil 1
Vorwort und Einleitung

1.1. Problemstellung und Ziel – Einführung in die Arbeit

Der Demografische Wandel führt in weiten Regionen Deutschlands zu einer stetigen Überalterung als folge von Arbeitslosigkeit und Wegzug der jungen Bevölkerung. In den dörflichen Strukturen besonders stark betroffener Regionen hat das bereits heute zur Folge, dass die Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Infrastruktur der einzelnen Dörfer unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht mehr möglich ist. Einfache menschliche Bedürfnisse, wie Einkaufen, Arztbesuche, gemeinschaftliche Treffpunkte, kulturelle Erlebnisse, die der Aufrechterhaltung von Lebensqualität dienen, können nicht mehr am eigenen Wohnort befriedigt werden.
Die zunehmende Überalterung in den einzelnen Gemeinden führt gleichzeitig zu einem Mobilitätsverlust großer Teile der Bevölkerung, was wiederum den Verlust an Lebensqualität und Nachbarschaft einer ganzen Generation zur Folge haben kann.
Dieser Mangel an Lebensqualität ist eine Art Armut, die sich immer weiter ausbreitet. Um Armut zu definieren, können wir in unserer hochentwickelten Gesellschaft nicht mehr ausschließlich auf den Begriff der monetären Armut zurückgreifen

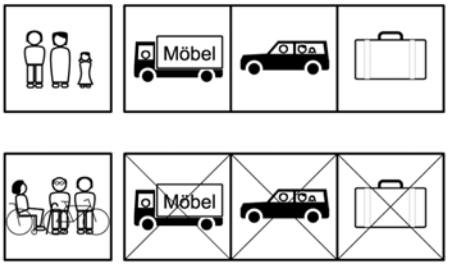


Abb. 1.1: „Mobilität“ und „Armut“

Die Fachleute sprechen nun von einem „soziokulturellen“ Existenzminimum und einem „mehrdimensionalen Lebenslagenansatz“. Das heißt, neben den materiellen Aspekten von Armut werden kulturelle und psychosoziale Merkmale in deren Betrachtungen mit einbezogen. Für die Wohnumwelt sind das vor allem Infrastruktur und Verkehrsanbindung. Damit sind wir wieder beim Mobilitätsverlust auch im geistigen sozialen Sinn. Mobil sein heißt auch: Möglichkeiten haben.

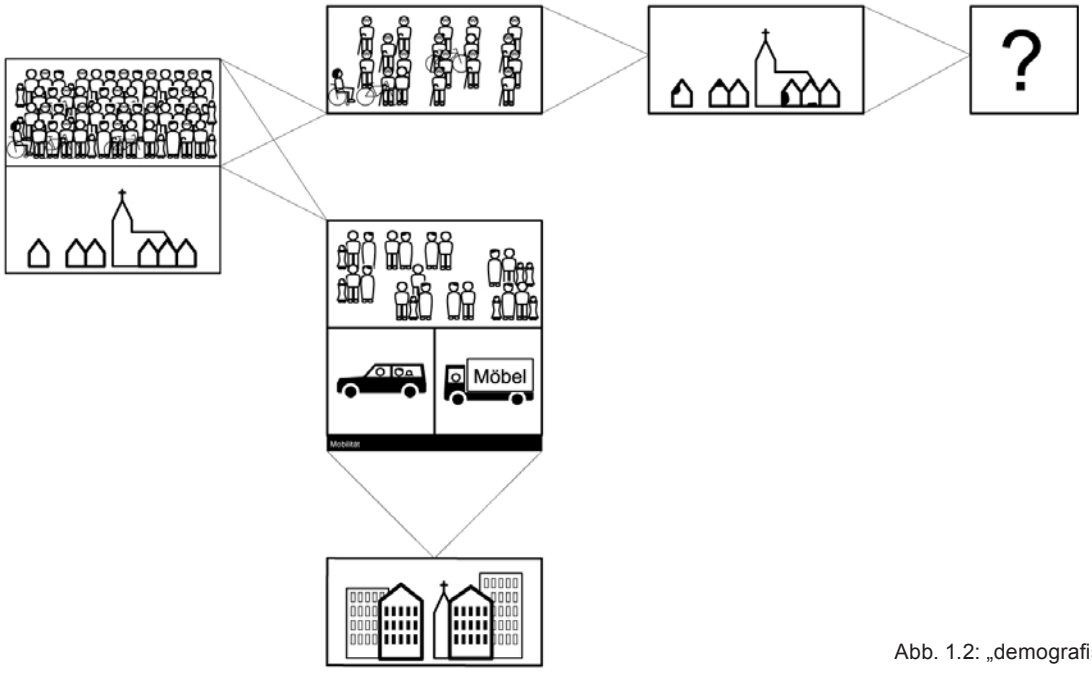


Abb. 1.2: „demografischer Wandel“

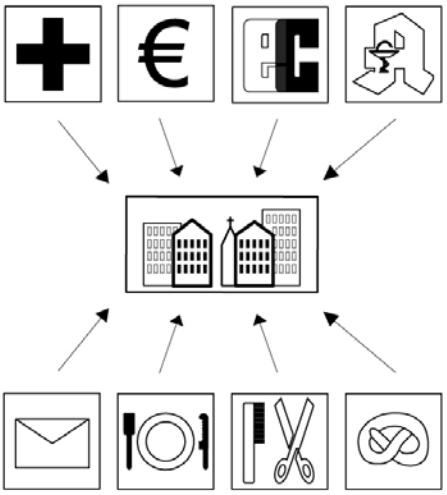


Abb. 1.3: „Zentralisierung“

Dieser Mobilitätsverlust geht einher mit einer zunehmenden Zentralisierung von Dienstleistungen auf kommunaler Ebene durch die Gemeindereformen, aber auch in der Grundversorgung wie Einkaufszentren, Supermärkte, Ärztehäuser, Sparkasse, Post etc. Der Verlust an dieser kleinteiligen Infrastruktur birgt die Gefahr der Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen aus dem öffentlichen Leben. Für den Landschaftsraum kann das bedeuten, dass ganze Dörfer aufgegeben werden.

Problemzonen sind ländliche, ohnehin schon dünn besiedelte und überalterte Regionen, wie z.B. die Modellregion Stettiner Haff: Einer Langzeitstudie der Bertelsmann Stiftung zufolge wird in den Regionen Anklam und Ueckermünde am Stettiner Haff im Jahr 2020 der Altersdurchschnitt bei ca. 51 Jahren liegen; 50% der Bevölkerung werden älter als 57 Jahre alt sein. Sie werden inzwischen mit 350 anderen Gemeinden in Deutschland in der Kategorie 4 der „Schrumpfenden Städte und Gemeinden mit hoher Abwanderung“ geführt und die Tendenz ist steigend.
Die Frage, ob man nun ganze Dörfer sich selbst überlassen oder gar aufgeben sollte, wird in dieser Arbeit von vornherein ausgeschlossen. Die romantisierte Vorstellung gepflegter Kirchenruinen auf englischem Rasen oder verlassener umbrischer Dörfer an bewaldeten Berghängen, die wir Deutschen aus unseren Urlaubsregionen mitbringen, entspricht keinesfalls dem Bild, dass ein leergezogenes mecklenburgisches Dorf abgeben würde bzw. heute schon in Ansätzen zeigt.
Es liegt aber auf der Hand, dass sich heute eine historische Dorfstruktur mit Laden-Gasthaus-Schule-Arzt in verschiedenen Gebäuden und als jeweils einzelne Unternehmen unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht wieder ansiedeln lässt.
Wie kann also die verlorengegangene Infrastruktur trotzdem wiederbelebt werden ?

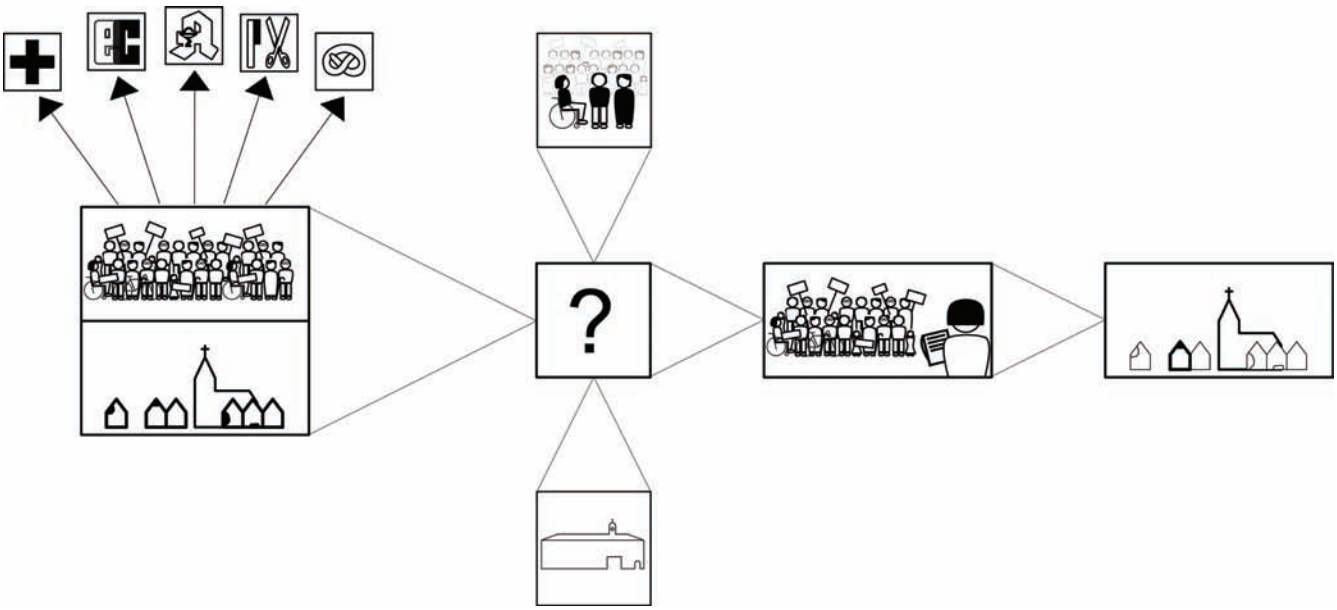


Abb. 1.4: „Wiederbelebung verlorengegangener Infrastruktur“

Ziel des Forschungsprojekts ist die Entwicklung eines prototyphaften multiplen Gebäudes als bauliche Hülle für verschiedenste Nutzungen, das der Wiederbelebung verlorengegangener Infrastruktur und somit der Erhöhung der Lebensqualität in den betroffenen Regionen dient. Vorrangig soll dafür aufgelassene Bausubstanz genutzt werden, z.B. Gemeindehäuser, Schulen, Bahnhöfe oder Profanbauten. Das multiple Gebäude wird die ökologisch und wirtschaftlich vertretbare Antwort auf die zunehmend eingeschränkte Mobilität einer alternden Gesellschaft.
Wichtigste Ziele sind hier das Stabilisieren der Ortskerne, das Installieren einer sozialen Infrastruktur, das Festlegen und Unterstützen der Ortstypologie, das Entwickeln und das Etablieren von Modellhäusern in der Modellregion.

Das Multiple Haus wird einen zentralen Anlaufpunkt schaffen. Es muss baulich so flexibel gestaltet sein, dass Raumnutzungen als Arztpraxis, als Schwesternzimmer, als Pflegestützpunkt, als Bürgerbüro, als Treffpunkt der Volkssolidarität, als Bibliothek, aber auch als Vortragsraum, als Musizierzimmer, als Kinderhort, als Nachbarschaftstreff und als Lebensmittelladen, als Friseur, als Post, als Sparkasse, etc. möglich sind und ein Wechsel der Nutzung sogar im Tagesrhythmus erfolgen kann.
Gleichzeitig unterstützt ein Multiples Haus wieder das Einsetzen von „Gemeindeschwestern“, den Besuch des „Landarztes“, und bietet diesen Berufsgruppen ein professionelles und attraktives Arbeitsumfeld, das sie beispielsweise wöchentlich nutzen können. Die fehlende Mobilität der Anwohner wird ersetzt durch die Mobilität und dem zentralen Anlaufpunkt der „Dienstleister“.

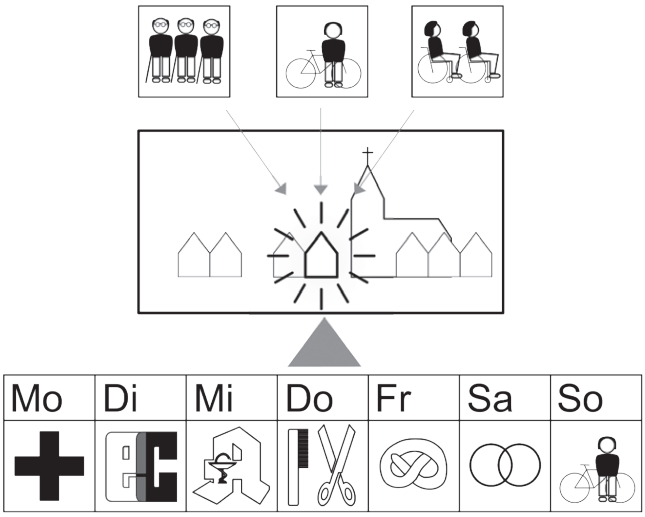


Abb. 1.5: Multiples Haus als Zentrum und Anlaufpunkt

Abb. 1.6: Schmuggerow

1.2. Thesen und Forschungsfragen

These 1 als Hauptthese: Durch das Installieren eines Multiplen Hauses als gemeinschaftlichem Stützpunkt von Dienstleistung und Nachbarschaft wird ein Dorf im Kern soweit stabilisiert, dass es als Ort und als Dorfgemeinschaft erhalten bleibt.

Zum einen wird davon ausgegangen, dass rein örtlich und städtebaulich ein dörfliches Zentrum zu schaffen ist, das durch seine Architektur und seine Lage stabilisierend wirkt. Es sind deshalb historische, architektonisch auffällige bzw. ortstypische Gebäude in zentraler Lage zu bevorzugen, die den Dorfbewohnern bekannt sind und den „Durchreisenden“ zum Anhalten bewegen.

Zum anderen dient die zentrale Lage logistisch der gleichermaßen guten Erreichbarkeit für alle Dorfbewohner und stellt sich in die Tradition des Dorfangers und des Marktplatzes bzw. des historischen Gemeindehauses.

Außerdem muss es für potentielle Dienstleister optimal erreichbar sein. Auch diese profitieren von einer guten Sichtbarkeit und Werbewirksamkeit des Hauses.

Fragen:

Ist es hilfreich, ein Label „Multiples Haus“ zu schaffen, um überregional bekannt zu machen, was in einem Dorf mit einem Multiplen Haus „zu erwarten“ ist? Muss dafür ein eingängiger deutscher Begriff gefunden werden?

These 2: Das Installieren eines Multiplen Hauses ist unabhängig von der Größe des bedürftigen Dorfes und demnach unabhängig von der Zahl der Einwohner. Diese Faktoren haben lediglich Einfluss auf die Größe und die funktionalen Anforderungen an das Multiple Haus.

Grundsätzlich wird hier davon ausgegangen, dass auch in Dörfern mit weniger als 100 Einwohnern ein zentraler Anlaufpunkt gebraucht und von der Bevölkerung angenommen wird. In Dörfern mit sehr wenigen Einwohnern kann ein Raum reichen, der als „wettersicherer“ Ort der Kommunikation und der Pflege von Dorftradition und gemeinschaftlichem Leben dient. Je mehr Einwohner eine dörfliche Gemeinschaft hat, desto vielfältiger werden die Bedürfnisse und damit auch die Anforderungen an ein Multiples Haus.

Außerdem muss das Multiple Haus technisch und innenräumlich flexibel auf demografische Schwankungen im Dorf reagieren können (Zuschalten von Räumen, kleine technische Kreisläufe im Gebäude, etc.).

Fragen:

Kann es von der Anzahl der Dorfbewohner abhängig sein, ob sich gemeinschaftliches Engagement und Dorfleben entwickeln?
Muss eine Mindestbewohnerzahl für die Installation eines Multiplen Hauses festgelegt werden?

These 3: Es gibt innerhalb jeder dörflichen Gemeinschaft interessierte und engagierte Bürger, die Dorfleben pflegen und beleben wollen.

Es wird davon ausgegangen, dass schon das Engagement weniger Bürger ein Dorf nachhaltig stabilisieren kann. Im weiteren werden einige der zahlreichen Beispiele vorgestellt, in denen Dorfbewohner mehr oder weniger erfolgreich versuchen, gemeinschaftliches Leben aufrecht zu erhalten und damit auch ihr Dorf vor dem Aussterben zu bewahren. Das reicht auch in der Region Stettiner Haff von eigeninitiierten Dorfläden bis zu Dorfmuseen und -festen. Häufig braucht dieses Engagement jedoch (einen) Raum.

Fragen:

Welche Probleme treten auf?
Wie können interessierte Bürger in ihrem Engagement unterstützt werden?
Ist es nicht nur hilfreich, sondern sogar unerlässlich ein Label „Multiples Haus“ zu schaffen, um vorab Rechtssicherheit und Planungssicherheit für die Akteure und die potentiellen Dienstleister zu schaffen?
Wie funktioniert hier staatliche Anschubfinanzierung ohne Dauersubventionierung?

These 4: Die Installation eines Multiplen Hauses bremst den Wegzug und fördert den Zuzug im Dorf.

Zum einen wird davon ausgegangen, das die vorbeschriebene Stabilisierung des Dorfes und die Tatsache, dass die Bewohner Grundbedürfnisse wieder an ihrem Wohnort befriedigen können, dazu führt, dass die Bewohner im Dorf bleiben. Da in ländlichen Regionen Hausbesitz, Landbesitz und Tradition eine weitaus größere Bedeutung haben als im städtischen Raum, fällt den Bewohnern der Wegzug aus „ihrem“ Dorf sehr schwer und erfolgt in der Regel nur unter Zwang von Außen. Dazu kommt, dass in strukturschwachen Regionen Haus und Land auch nicht gewinnbringend bzw. gar nicht zu veräußern sind. Resultat sind aufgelassene Bauernhöfe und -häuser mit „Zu verkaufen“-Schildern, die das Dorfbild nicht positiv bereichern. Das gleichzeitig alte DDR-Plattenbauten auch in den Dörfern nicht abgerissen oder sogar noch saniert werden, muss hier deutlich als völlig verfehlte Planungs- und Fördermittelpolitik kritisiert werden. Warum die Gelder nicht günstig und unbürokratisch den sanierungswilligen Bewohnern bzw. potentiellen „Zuziehern“ für den Ausbau der brachliegenden Dorfhäuser zur Verfügung gestellt werden, bleibt unverständlich.
Zum anderen wird davon ausgegangen, dass die vorgenannte Stabilisierung das Dorf wieder attraktiver macht für „Suchende“, die sich in ländlichen Gegenden niederlassen wollen. Sie finden nun eine nutzbare und vor allem ausbaufähige Grundstruktur vor, die ihnen für die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse am Wohnort dient, aber auch der Verwirklichung ihrer eigenen (Geschäfts-)Ideen einen Platz bietet.

Fragen:

Was sind Grundbedürfnisse für die alteingesessenen Dorfbewohner?
Was sind Grundbedürfnisse für potentielle „Zugezogene“?
Gibt es Unterschiede? Welche Gemeinsamkeiten gibt es?

1.3. Definitionskatalog – Begriffsbestimmungen

aufgelassene Gebäude: engl.: abandoned buildings
Erst durch die Übertragung ins Englische wird die Bedeutung des Begriffs, so wie er in dieser Arbeit auch verstanden werden soll, erklärt. Die Übersetzung beschreibt aufgelassen in Verbindung mit Gebäude als aufgegeben, leer, leer stehend, unbewohnt, verlassen.

co-working:
Co-working (auch Coworking, engl. “zusammen arbeiten”) ist ein sich seit einigen Jahren abzeichnender Trend im Bereich Neue Arbeitsformen. Freiberufler, Kreative und kleinere Firmengründer, die unabhängig voneinander agieren oder in unterschiedlichen Firmen und Projekten aktiv sind, arbeiten in einem meist größeren Raum zusammen und können auf diese Weise voneinander profitieren. Co-working ermöglicht die Bildung einer Gemeinschaft („Community“), welche mittels gemeinsamer Veranstaltungen, Workshops, und weiterer Aktivitäten gestärkt werden kann. Dabei bleibt die Nutzung jedoch stets unverbindlich und zeitlich flexibel. So geschaffene Räumlichkeiten werden auch „Co-working Spaces“ genannt. [1]

Demografischer Wandel:
Mit dem Begriff „demografischer Wandel“ wird die Veränderung der Zusammensetzung der Altersstruktur einer Gesellschaft bezeichnet.
Der Begriff ist zunächst weder positiv noch negativ behaftet und kann sowohl eine Bevölkerungszunahme als auch eine Bevölkerungsabnahme bezeichnen. Die demografische Entwicklung wird dabei von folgenden drei Faktoren beeinflusst:
- der Fertilität/ Geburtenrate
- der Lebenserwartung
- dem Wanderungssaldo

Die Entwicklung der Bevölkerungszahl ergibt sich also aus der Summe des Wanderungssaldo und des Geburten- oder Sterbeüberschusses.[2]
Der Begriff „Demografischer Wandel“ ist sehr stark auf die Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung, insbesondere die natürliche Schrumpfung der Bevölkerungszahlen bei relativ starker Alterung der Bevölkerung, seit Mitte des 20. Jahrhunderts, zugeschnitten. [3]

Dienstleistungen der Daseinsvorsorge:
„... Leistungen, die dem Gemeinwohl dienen und an deren Bereitstellung ein öffentliches Interesse besteht... Sie bilden die Basis für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung und leisten einen wichtigen Beitrag für den sozialen Zusammenhalt der europäischen Union. Sie unterliegen daher nicht ausschließlich den marktwirtschaftlichen Wettbewerbsregeln, sondern besonderen Bestimmungen.“ [4]
„Im Mittelpunkt der Daseinsvorsorge steht üblicherweise die Versorgung mit Infrastrukturgütern. Demnach können ihr unter anderem folgende Bereiche zugeordnet werden: Straßenbau, Öffentlicher Personennahverkehr, Energieversorgung, Zugang zu Kommunikationsdiensten, Abfallbeseitigung, Bildung, Gesundheitswesen, Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Deichbau und auch soziale Einrichtungen wie Altenheime und Pflegedienste. ...“ [5]

1 http://de.wikipedia.org/wiki/Coworking
2 http://www.foerderland.de/1066.0.html (Demografischer Wandel)
3 http://www.de.wikipedia.org/wiki/Demographischer_Wandel_in_Deutschland
4 Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK): Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit Ländlicher Räume. Schriftenreihe Nr. 171 (2006), Seite 11
5 Universität Rostock: Daseinsvorsorge im peripheren ländlichen Raum – am Beispiel der Gemeinde Galenbeck. Rostock, 2007, Seite 12-13

Dorf:
Ein „... Dorf (ist) eine historisch gewachsene Siedlung und in diesem Sinn eine Art von lokaler Gemeinschaft seiner Bewohner, deren potenziell gemeinsames Interesse und Handlungsfeld mindestens die Lebendigkeit und Lebensfähigkeit ihres Dorfes ist.“ [6]
Das im Zuge der Gemeindereformen aus Dörfern im Amtsdeutsch „Ortsteile“ werden, trägt nicht zur Identifikation der Bewohner mit ihrem Dorf bei. Diese Bezeichnung wird im weiteren grundsätzlich vermieden.

Dorfladen / Nachbarschaftsladen:
Als Dorfladen / Nachbarschaftsladen wird eine Verkaufsstelle bezeichnet, die neben der Einkaufsmöglichkeit von Waren des täglichen Bedarfs auch öffentliche und/oder private Dienstleistungen in Dörfern oder Stadtteilen von bis zu 1500 Einwohnern (EW) anbietet. Zusätzliche Dienstleistungen können eine Poststelle sein, Bürgerbüro, Friseur oder beispielsweise ein Bankterminal.
Ein Dorf-/ Nachbarschaftsladen ist ein marktfähiges Kleinunternehmen. Es befindet sich in zentraler Lage im Ort. Der Laden ist die einzige Versorgungseinrichtung des Ortes und der nächste Großmarkt sollte mindestens 5 km entfernt sein. Im städtischen Raum besetzt er die Nische zwischen der Peripherie und der Innenstadt und bildet das stadtteilbezogene Einkaufs- und Dienstleistungszentrum. [7]

Ehrenamt:
Ein Ehrenamt im ursprünglichen Sinn ist ein ehrenvolles und freiwilliges öffentliches Amt, das nicht auf Entgelt ausgerichtet ist. Man leistet es für eine bestimmte Dauer regelmäßig im Rahmen von Vereinigungen, Initiativen oder Institutionen; kann in einigen Fällen dazu verpflichtet werden. Ein Ehrenamt wird unter Umständen auch aberkannt. Für ehrenamtliche Tätigkeit fällt in manchen Fällen eine Aufwandsentschädigung an. Heute wird „Ehrenamt“ zunehmend gleichbedeutend mit Begriffen wie „Freiwilligenarbeit“ oder „Bürgerschaftliches Engagement“ verwendet. [8]

Heimat:
Das deutsche Wort Heimat verweist auf eine Beziehung zwischen Menschen und Raum. Allerdings ist die geographisch-historische Eingrenzung der Bezugsräume keine feststehende, sondern situationsbedingt verschiebbar. Heimat kann eine Gegend oder Landschaft meinen, aber auch sich auf Dorf, Stadt, Land, Nation, Sprache oder Religion beziehen. Heimat bezeichnet somit keinen konkreten Ort (Heimstätte), sondern Identifikation. Es ist die Gesamtheit der Lebensumstände, in denen ein Mensch aufwächst. Auf sie wird seine Psyche geprägt, ihnen „ist er gewachsen“. [9]

Label:
Als Label (englisch „Zettel“, „Schildchen“) wird hier das inzwischen gering verbreitete: Prädikat (v. lat.: praedicare = bekannt machen) verstanden. Label werden in vielen Bereichen für die Erfüllung von (Qualitäts-) Anforderungen vergeben (siehe Qualitätssicherung), die von einer Organisation festgelegt oder ausgeschrieben werden.
Anhand des Label sollen potenzielle Nutznießer die zu erwartende Qualität einer Dienstleistung oder eines Produktes abschätzen können. Positive Auszeichnungen haben einen wichtigen Werbeeffekt;

6 Krambach, Kurt: Dörfer im europäischen Kontext – Möglichkeiten der Vernetzung. Vortrag für Verein Brandenburg 21 e.V., 2008 (06.10.2007), Seite 90
7 Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund: Der Dorfladen – eine Chance für den ländlichen Raum. Hannover 1999
8 http://de.wikipedia.org/wiki/Ehrenamt
9 http://de.wikipedia.org/wiki/Heimat

daher wird ein Label oft als Etikett auf der Produktverpackung oder an hervorragender Stelle in Werbebroschüren verwendet. Für viele Label gibt es deswegen ein leicht wiedererkennbares Symbol.
Für Label / Prädikate werden auch – je nach ausstellender Organisation – die Begriffe Qualitätssiegel, Gütesiegel, Zertifikat oder Prüfsiegel verwendet. [10]

multipel [lat.], vielfältig, vielfach:
Wenn man das Wort „multipel“ im Lexikon nachschlägt, erfährt man, dass es aus dem lateinischen kommt und „vielfältig“ bedeutet. Genau in diesem Wortsinn ist es hier auch angewendet.

Ländlicher Raum/ ländliche Region:
Der ´Ländliche Raum` ist ein dünn besiedeltes Gebiet mit zumeist deutlich unterdurchschnittlichen Dichtewerten in den Bereichen Bevölkerung, Wohnungen und Arbeitsplätzen. Die Gebiete verfügen in der Regel über einen hohen Anteil an Freiraum- bzw. Landwirtschaftsflächen und zum Teil infrastrukturellem Entwicklungsbedarf.
Die Europäische Union verwendet zur Definition ländlicher Gemeinden das von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) festgelegte Kriterium, worunter Gemeinden mit weniger als 150 Einwohner/km² fallen. Laut Kommission nehmen die ländlichen Gebiete, in denen 25 % der europäischen Bevölkerung leben, ca. 90 % des EU-Territoriums ein. [11]
In Deutschland werden für Fragen der Raumordnung Verdichtungs-, Zentralitäts- und Erreichbarkeitsmerkmale für die Definition des Ländlichen Raums herangezogen. In den jeweiligen Landesentwicklungsplänen werden entsprechende Abgrenzungen vorgenommen. Im Raumordnungsbericht des Bundes aus 2005 wird zwischen Zentralraum, Zwischenraum und Peripherieraum unterschieden. [12, 13]

Modellvorhaben
In dem Modellvorhaben „Demografischer Wandel – Zukunftsgestaltung der Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen“ engagierten sich 2007 bis 2009 Bund, Länder, Kommunen, viele Projektträger und die Bürgerinnen und Bürger gemeinsam, um den Bewohnern Perspektiven in ihrer Region zu geben.
Der Bund steht den Modellregionen „Südharz-Kyffhäuser“ und „Stettiner Haff“ dabei unterstützend zur Seite, die Initiative und das Engagement jedoch kommen aus den Regionen.

Die wesentlichen Handlungsfelder sind:
- der regionale Arbeitsmarkt und Ausbildungsinitiativen,
- Wirtschaft und Landwirtschaft,
- Verkehrsinfrastruktur sowie die Gesundheits-, Schul-, Sport- und Freizeitversorgung und
- neue Formen des Wohnens und Zusammenlebens.

Das Vorhaben hatte Vorbildcharakter und konnte Impulse für eine Erweiterung auf zwei Regionen im Westen Deutschlands ausgeweitet werden. Nach einem Teilnahmewettbewerb wurden am 28. April 2009 mit dem Werra-Meißner-Kreis und dem Kreis Nordfriesland zwei Regionen ausgewählt, die den demografischen Wandel aktiv gestalten wollen. [14]

10 http://de.wikipedia.org/wiki/Prädikat/Qualität
11 http://www.europa.eu/bulletin/de/200612/p117005.htm (Entwicklung des Ländlichen Raums)
12 Krajasits, Cornelia: Zur Typisierung von ländlichen Räumen im deutschsprachigen Raum – Konsequenzen für einen differenzierenden Umgang mit der sozio-demographischen Entwicklung. ÖIRProjekthaus-GmbH, 2008
13 http://www.oesfo.at/static/mediendaten–bank/root01/2008/herbsttagung/krajasits.pdf
14 http://www.region-schafft-zukunft.de

Multiples Haus:
Das Multiple Haus als zentraler Anlaufpunkt eines Dorfes ist die bauliche Hülle für verschiedenste Nutzungen, die der Wiederbelebung verlorengegangener Infrastruktur und somit der Erhöhung der Lebensqualität in den betroffenen Regionen dient. Es muss baulich so flexibel gestaltet sein, dass der Raum als Arztpraxis, als Bürgerbüro, als Bibliothek aber auch als Vortragsraum, als Musizierzimmer, als Kinderhort, als Nachbarschaftstreff und als Lebensmittelladen, als Friseur, als Post, als Sparkasse, etc. genutzt werden kann. Ein Wechsel der Nutzung sollte auch im Tagesrhythmus erfolgen können. EinMultiples Haus wird in seinem Inneren wie ein Chamäleon sein und ermöglicht vielfältige flexible Nutzung bei modernster technischer Ausstattung. Nach Außen muss es Ruhe, Kraft und Tradition ausstrahlen.

Nachbarschaft:
Die Nachbarschaft ist eine soziale Gruppe, deren Mitglieder primär wegen der Gemeinsamkeit des Wohnortes miteinander interagieren. Form und Intensität nachbarschaftlicher Kontakte haben immer auch strukturelle Ursachen (u.a. soziale Segregation); so sind Nachbarn, im Gegensatz zu Angehörigen des Verkehrskreises, nicht frei wählbar. Enge nachbarschaftliche Beziehungen bedeuten immer auch intensive soziale Kontrolle. Es muss also immer eine Balance zwischen der Sicherung nachbarschaftlicher Funktionen und sozialer Distanz bestehen. Nachbarschaft ist eine Basis zur Ausbildung sozialer Identität, symbolischer Ortsbezogenheit und Heimat. Als Basis für die Organisation sozialer Dienste, informeller Austauschbeziehungen oder für pol. Aktivierung dürfte sie bei weiter zunehmender Arbeitslosigkeit und Verarmung erneut an Bedeutung gewinnen. [15]

Nachbarschaftshilfe:
Nachbarschaftshilfe bezeichnet eine gegenseitige, unter Nachbarn gewährte Form der Hilfe und Unterstützung, bei der zumeist auf ein Entgelt in Form einer Geldzahlung verzichtet und stattdessen Gegenleistungen in ähnlicher Form erbracht werden. Wirtschaftswissenschaftler kritisieren diesen Weg, da Entgeltfinanzierung weitaus höhere Effizienz garantieren könnte. Außerdem führe Nachbarschaftshilfe, die nur auf Gegenleistungen zu einem späteren Zeitpunkt fußt, zu gegenseitiger Abhängigkeit in unnötig verkrusteten Beziehungsstrukturen.
Nachbarschaftshilfe ist üblicherweise ein gewohnheitsmäßiges und wenig formalisiertes Instrument sozialer Gemeinschaften zur Bewältigung von individuellen oder gemeinschaftlichen Bedürfnissen, Notlagen und Krisen. [16]

netzwerken:
„Unter der Tätigkeit „netzwerken“ (Networking) versteht man den Aufbau und die Pflege eines Beziehungsgeflechts einer mehr oder weniger großen Gruppe von einander „verbundenen“ Personen, die sich gegenseitig kennen, sich informieren, und manchmal unabhängig von ihren Leistungen zum Beispiel in ihrer Karriere fördern oder andere Vorteile verschaffen.“ [17]

Sponsoring:
Unter Sponsoring versteht man die Förderung von Einzelpersonen, einer Gruppe von Menschen, Organisationen oder Veranstaltungen, durch eine Einzelperson, eine Organisation oder ein Unternehmen, in

15 http://www.bernd-hamm.uni-trier.de/veroeffentl/artikel/lexika/Nachbarschaft1.pdf
16 http://de.wikipedia.org/wiki/Nachbarschaftshilfe
17 http://de.www.wikipedia.de/netzwerken

Form von Geld-, Sach- und Dienstleistungen mit der Erwartung, eine die eigenen Marketingziele unterstützende Gegenleistung zu erhalten. Sponsoring wird von Unternehmen (den Sponsoren) zum Zweck des Marketings und der Kommunikation betrieben. Neben der Förderung des Empfängers gilt als Ziel regelmäßig auch, auf das eigene Unternehmen aufmerksam zu machen. Sponsoring wird von Unternehmen – den Sponsoren – als Marketinginstrument genutzt und ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit und der Werbung – oft auch der grundsätzlichen Unternehmenspolitik, insgesamt letztendlich mit dem Ziel der Verkaufs- bzw. Absatzförderung für Produkte und Dienstleistungen. [18]

18 http://de.wikipedia.org/wiki/Sponsoring

Abb. 1.7: Vogelsang-Warsin

Motorrad MUSEUM Ducherow e.V.
Günstig
zu vermieten
Gewerberaum
zu vermieten

Teil 2
Theorie + Analyse

2.1. Daseinsvorsorge im Ländlichen Raum am Beispiel des Stettiner Haffs

Die poltische Diskussion und damit das Ringen um den Erhalt und die Förderung des Ländlichen Raumes als Lebensraum dreht sich vor allem um die gesetzlich verankerte: Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse.
Der Begriff „gleichwertige Lebensverhältnisse“ gehört zur zentralen Leitvorstellung des Bundes und der Länder und zielt auf die gleichmäßige Entwicklung der Teilräume vor allem bezogen auf Daseinsvorsorge, Einkommen und Erwerbsmöglichkeiten ab. Die Verantwortung „für die Fläche“ ist ein Kernelement des Sozialstaates (Art. 20 GG). Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen (§ 106 GG) wahren die „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet“, indem auch finanzschwache Länder die notwendige Infrastruktur vorhalten können. Und das Raumordnungsgesetz des Bundes konkretisiert gleich im ersten Grundsatz: „Im Gesamtraum der Bundesrepublik Deutschland und in seinen Teilräumen sind ausgeglichene soziale, infrastrukturelle, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Verhältnisse anzustreben“ (§ 2 Abs. 2 Nr. 1 ROG, „siwök“). Länderverfassungen und Landesplanungsgesetze zitieren den Begriff ihrerseits und verpflichten sich damit zu einer entsprechenden Strukturpolitik und Entwicklung ihres Landesgebietes. Bund und Länder gewährleisten gleichwertige Lebensverhältnisse z. B. dadurch, dass sie die Aufgabenträger im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge gesetzlich zur Vorhaltung einer Grundversorgung verpflichten. [19]

Abb. 2.1, Ducherow
Abb. 2.2: Löwitz

19 Stefan Krappweis: Gleichwertige Lebensverhältnisse – Möglichkeiten und Grenzen der Angleichung der Teilräume. http://planung-tu-berlin.de/Profil/Gleichwertige_Lebensverhaeltnisse.htm

Von hoher Bedeutung für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gelten unter Gesichtspunkten der regional ausgewogenen Teilhabe und Chancengleichheit die Bildung, Gesundheit und die verkehrlichen Erreichbarkeitsverhältnisse als fundamentale Bereiche der Daseinsvorsorge. [20]
Ziel bleibt es, allen Bevölkerungsgruppen in zumutbarer Erreichbarkeit und unter Berücksichtigung der sich abzeichnenden Bevölkerungsentwicklung, Altersstruktur, des Konsumverhaltens und der Mobilität den gleichberechtigten und diskriminierungsfreien Zugang zu Versorgungsangeboten, zu Leistungen des Bildungs- und Gesundheitswesen sowie zu anderen sozialen und technischen Infrastrukturen zu gewährleisten. [21]
Das Postulat der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse (§ 1 ROG) bedeutet, dass die Raumordnung in allen Teilräumen Deutschlands eben gleichwertige, nicht aber identische Lebensverhältnisse herzustellen hat. [22]

Innerhalb der Österreichischen Raumordnungskonferenz, die in diesem Punkt auf die Deutsche Raumordnungskonferenz übertragen werden kann, heißt es, dass es sich bei Dienstleistungen der Daseinsvorsorge um Leistungen handelt, die dem Gemeinwohl dienen und an deren Bereitstellung ein öffentliches Interesse besteht, ohne dass diese von der öffentlichen Hand selbst erbracht werden müssen.

In der ÖROK wird daher festgestellt, dass diese Dienstleistungen daher nicht ausschließlich den marktwirtschaftlichen Wettbewerbsregeln unterliegen, sondern besonderen Bestimmungen.

> „Ein dicht gewobenes Netz an so genannten Dienstleistungen der Daseinsvorsorge bildet eine, wichtige, oftmals schon selbstverständliche Grundlage für das funktionieren unseres Alltags. ... Es handelt sich also um Leistungen, die dem Gemeinwohl dienen und an deren Bereitstellung ein öffentliches Interesse besteht, ohne dass diese von der öffentlichen Hand selbst erbracht werden müssen. Auch die Europäische Union räumt diesen Dienstleistungen einen besonderen Stellenwert ein: Sie bilden die Basis für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung und leisten einen wichtigen Beitrag für den sozialen Zusammenhalt der Europäischen Union. Sie unterliegen daher nicht ausschließlich den marktwirtschaftlichen Wettbewerbsregeln, sondern besonderen Bestimmungen.“ [23]

Im regionalen Entwicklungsprogramm für Vorpommern wurden als Ziele für die Region erklärt:
Eine nachhaltige Raumentwicklung soll die wirtschaftlichen und sozialen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringen. Wichtiges Ziel dabei ist die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilräumen des Landes.
Die in der Ministerkonferenz für Raumordnung (MRKO) im Juni 2006 beschlossenen drei Leitbilder „Wachstum und Innovation“, „Daseinsvorsorge sichern“ und „Ressourcen bewahren, Kulturlandschaften gestalten“ beschreiben die Schwerpunkte der raumordnerischen Arbeit in den nächsten Jahren.

Zu den drei inhaltlichen und methodischen Schwerpunkten des Nationalen Strategieplanes ELER zur Entwicklung des ländlichen Raumes gehört, neben der Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der

20 http://www.bbr.bund.de/cln_007/nn_22518/DE/ForschenBeraten/Raumordnung/RaumentwicklungDeutschland/InfrastrukturDaseinsvorsorge/infrastrukturdaseinsvorsorge__node.html?__nnn=true
21 Dr. Engelbert Lütke Daldrup: Herausforderungen des demografischen Wandels für die Stadt- und Raumentwicklungspolitik des Bundes – Fachvortrag anlässlich des 1. Regionale Demografiekonvents, 12. Februar 2008, Sondershausen
22 http://www.bbr.bund.de/cln_007/nn_22560/DE/ForschenBeraten/Raumordnung/RaumentwicklungDeutschland/InfrastrukturDaseinsvorsorge/Gleichwertig/Gleichwertig.html
23 Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK): Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit Ländlicher Räume. Schriftenreihe Nr. 171 (2006), Seite 11

Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft, Verbesserung der Umwelt und der Landschaft auch die Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum. [24]
Genauer bedeutet dies, die Förderung von Ausbildung, Information und Unternehmergeist unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse von Frauen, jungen Menschen und älteren Arbeitnehmern. Als konkrete Ziele wurden hierbei die Sicherung und Verbesserung der Lebensqualität und Zukunftsperspektiven formuliert, ebenso die Erhaltung bzw. Herstellung der Mindestversorgung mit Gütern und Dienstleistungen.

In der 2005 vom BMVBW veröffentlichten Studie ´Öffentliche Daseinsvorsorge und demographischer Wandel` wird die Informations- und Kommunikationstechnologie, sprich, der flächendeckenden Versorgung mit leistungsfähigem Internet (Breitband) als grundlegende Infrastruktur eingeordnet.
Gerade daran mangelt es aber im Bereich der Modellregion Stettiner Haff. Trotz Fördermitteln für den Bau von Breitbandleitungen, kommt die reale Umsetzung durch Internetanbieter nur schleppend voran.

Wie es bereits innerhalb der ÖROK formuliert wurde, müssen die daseinssichernden Leistungen heute nicht mehr zwingend vom Staat erbracht werden. In Fachteilbereichen zeichnet sich eine veränderte Arbeitsteilung zwischen Staat und privaten Unternehmen ab. In den letzen Jahren gab es also einen Wandel von der Leistungsverwaltung zur Gewährleistungsverwaltung oder auch vom sorgenden zum gewährleistenden Staat. [25]

Gerade in entlegenen Regionen mit schrumpfender Bevölkerung ist das Problem der Rentabilität von Infrastruktureinrichtungen gegeben. Die Infrastrukturkosten je angeschlossenem Haushalt steigen an.
Durch Bevölkerungsrückgang erhöht sich die kommunale Pro-Kopf-Verschuldung und engt die Handlungsspielräume vor Ort weiter ein.
Schon die Erste Bilanz der Erfahrungen in den damaligen Modellregionen des BMVBW zeigte deutlich, dass jede Region vor dem Hintergrund ihrer spezifischen Bedingungen eigene Schlussfolgerungen für die Anpassung und Umgestaltung ziehen muss.
Grundlegend wird empfohlen, dass eine aktive, frühzeitige und auf realistische Entwicklungen ausgerichtete und abgestimmte Planung der öffentlichen Daseinsvorsorge durchgeführt wird. Zudem wird ein Denken in Funktionen statt in Einrichtungen als grundlegender Maßstab für eine integrierte Grundversorgung gefordert.

Da die Ergebnisse dieses Modellvorhabens in die Ministerien der Bundesländer gegeben wurden und ein Workshop mit den Fachministerkonferenzen durchgeführt wurde, kann man davon ausgehen, dass Projekte von Dorfzentren wie ´DORV` oder ´Markttreff`, Projekte der medizinischen Versorgung Ländlicher Gebiete, wie ´Schwester AGnES` und neue Modelle der Bildung, wie ´kleine Schulen im ländlichen Raum` sich auf diese Beschlüsse beziehen und Dank der erhöhten politischen Aufmerksamkeit initiiert und letztendlich auch realisiert werden.
Diese Beispielprojekte dienen als Vorbild für andere Gemeinden, wobei mehrfach darauf hingewiesen wird, dass Ausrichtung und Inhalt solcher Projekte auf die regionalen Besonderheiten zugeschnitten werden müssen und deren Initiierung und Durchführung von Aktiven Bürgern

„Ist der Ausbau von Straßen und Wegen weitgehend abgeschlossen,... hinsichtlich der Kommunikationsinfrastruktur noch großen Nachholbedarf. Mobilfunknetze und digitale Verbindungen sind überall anzutreffen, Breitbandanschlüsse fehlen allerdings, so dass schnelle Internetverbindungen nicht möglich sind.“
Quelle: Universität Rostock: Daseinsvorsorge im peripheren ländlichen Raum – am Beispiel der Gemeinde Galenbeck. Rostock, 2007, Seite 12-13

„Einen Königsweg zur Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge unter den Bedingungen des demographischen Wandels gibt es nicht. Jede Region muss vielmehr vor dem Hintergrund ihrer spezifischen Bedingungen eigene Schlussfolgerungen für die Anpassung und Umgestaltung ziehen.“
Quelle: BBR Bundesministerium für Bauwesen und Raumordnung (Herausgeber): Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern. Werkstatt: Praxis Heft 38, Bonn 2005 (07.01.2009), Seite 49

„Ansätze der integrierten Grundversorgung überschreiten damit die Grenzen traditioneller sektoraler Infrastrukturangebote. Sie zielen darauf ab, verschiedene öffentliche und private Leistungen an einem Ort zusammen anzubieten. Beispielsweise können soziale Infrastruktureneinrichtungen um private und öffentliche Dienstleistungen ergänzt werden, oder es handelt sich um ein privates Kerngeschäft mit angegliederten Gemeinschaftsangeboten. In vielen Fällen werden die Handlungsfelder soziale Infrastruktur und Handel, Dienstleisung, Verwaltung miteinander verbunden. Ansprüche, bekannte Standards und amtliche Vorschriften müssen verändert werden, wenn Leistungen in baulicher, personeller und organisatorisch anderer Form angeboten werden.“
Quelle: BBR Bundesministerium für Bauwesen und Raumordnung (Herausgeber): Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern. Werkstatt: Praxis Heft 38, Bonn 2005 (07.01.2009), Seite 49

24 Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV): Handlungskonzept der Bundesregierung zur Weiterentwicklung der ländlichen Räume. ELER 2007-2013. Berlin, 2009, Seite 26)
25 Universität Rostock: Daseinsvorsorge im peripheren ländlichen Raum – am Beispiel der Gemeinde Galenbeck. Rostock, 2007, Seite 13

„In welchem Ausmaß sich räumliche Ungleichheiten ausbilden, hängt von vielen – demografischen, wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen – Faktoren ab, deren Wechselwirkungen zudem sehr komplex sein können (Abb. 4). Das Bild ist vielschichtiger, als einfache Erklärungen in der politischen Debatte oft glauben machen möchten."
Quelle: Neu, Claudia: Räumliche Ungleichheit nimmt zu. In: Demografische Forschung aus Erster Hand. Nr 3, 2007, Seite 4

„Generell sind keine Einheitslösungen für alle Räume möglich und es gibt keinen Königsweg zur Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge und Gestaltung zukunftsfähiger Angebote. Die Unterschiede in den Siedlungsstrukturen und Erreichbarkeitsverhältnissen, die verschiedenen bereits vollzogenen Modernisierungen bei den Angeboten ebenso die unterschiedlichen Ansprüche und Präferenzen der Bevölkerung machen es erforderlich, das zunehmend Regelungen und Lösungen auf regionaler und lokaler Ebene gesucht werden."
Quelle: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen: Öffentliche Daseinsvorsorge und demographischer Wandel. Bonn, 2005

„Die Förderung des Gedankens Lokaler Agenden war unsere ursprüngliche Aufgabe: Stärkung des Ehrenamtes und der Zivilgesellschaft in den kleinen ländlich geprägten Gemeinden und Städten. Aktivierung der Bürgerschaft für die Verbesserung der Lebensbedingungen in ihrem direkten Lebensumfeld."
Quelle: Interview mit Heidrun Hiller, Agendabüro Stettiner Haff

abhängig ist. Auffällig ist, dass trotz gleicher demographischer Voraussetzungen und Fördermöglichkeiten es auffällig unterschiedlich entwickelte kleinräumige Gebiete gibt. So weisen neueste Untersuchungen der Ländlichen Regionen in ganz Deutschland eine Vielfalt des Nebeneinanders von prosperierenden und eher strukturschwachen Regionen nach.

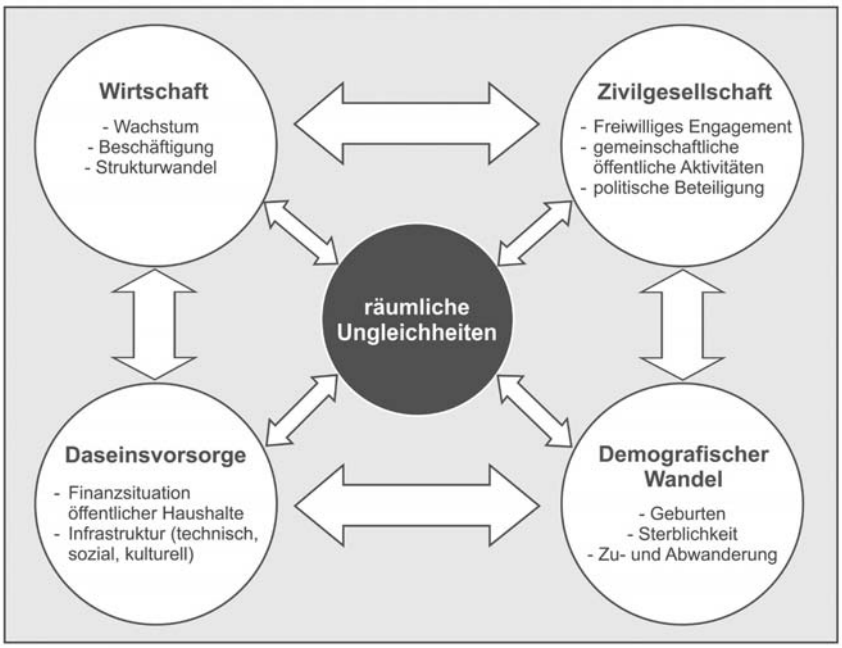


Abb. 2.3: Demografische, wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Einflussgrößen auf räumliche Ungleichheiten.
Quelle: Neu, Claudia: Räumliche Ungleichheit nimmt zu. In: Demografische Forschung aus Erster Hand. Nr 3, 2007, Seite 4

Bisher galt als Heilmittel gegen die ländliche Verarmung und Verödung der Ruf nach dem engagierten Bürger. Der Bürger soll die entstehenden Versorgungslücken füllen und die sonst drohende Abkopplung dieser Region abwenden. Fraglich ist aber, inwiefern bürgerschaftliches Engagement diese Entwicklung abfangen kann.
Diese Einbeziehung der Betroffenen in die Entscheidungsprozesse aber auch die kundenorientierte Qualität der Leistungserbringung bei öffentlichen Einrichtungen, wie Ämtern, Behörden, öffentliche oder private Monopolbetriebe, wird als Governance [26] oder auch Bottom up-Ansatz bezeichnet.

In den letzen Jahren haben sich regionale und lokale Aktionsgruppen gegründet, um im Rahmen von regional differenzierten, sektorübergreifenden Entwicklungsstrategien die oben beschriebenen und noch weitreichenderen wirtschaftlichen und sozialen Probleme in Angriff zu nehmen. Zu den von politisch-administrativer Seite eingeführten Gruppen gehören die LEADER+, die integrierten Entwicklungskonzepte (ILEK), Regionen Aktiv, die Agenda 21-Prozesse und auch das Modellvorhaben Demographischer Wandel – Zukunftsgestaltung der Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen, in welchem diese Forschungsarbeit integriert ist. Ihnen allen eigen ist der Bottom up-Ansatz, der vorhandene Akteure vor Ort und damit neue (innovative) Ideen und Initiativen unterstützt und Partnerschaften zwischen der öffentlichen Hand, privaten Akteuren und Vertretern von Verbänden fördert. Hierbei spielt der Informations- und Meinungsaustausch über eine Servicestelle der jeweiligen Aktionsgruppen, neben der konkreten finanziellen Unterstützung durch Fördergelder eine grundlegende Rolle.

26 Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK): Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit Ländlicher Räume. Schriftenreihe Nr. 171 (2006), Seite 11

Dadurch sollen wirtschaftliche, umweltbezogene, soziale und kulturelle Anliegen bestmöglich aufeinander abgestimmt und Synergien genutzt werden. Der Austausch erfolgt allerdings nicht nur innerhalb der Region, sondern diese Aktionsgruppen stehen auch mit entsprechenden Gruppen anderer Bundesländer in Kontakt, denn für die auftretenden Probleme im Ländlichen Raum können nur gemeinsam Lösungen gesucht, vielleicht gefunden und erprobt werden.
Innerhalb der in dieser Arbeit analysierten Region Stettiner Haff (Landkreis Ostvorpommern und Uecker-Randow) gibt es neben dem Regionalkoordinator des Modellvorhabens, Sitz in Anklam, auch eine Koordinatorin für LEADER+, ebenfalls mit Sitz in Anklam und der Agenda 21 Stettiner Haff, mit Sitz in Ueckermünde.

Die Region des Stettiner Haffs sucht nach Lösungen für die anfallenden Probleme. Vereine und Initiativen vor Ort aber auch Institute der Universitäten in Rostock, Greifswald und Neubrandenburg initiierten Projekte auf dem Gebiet der medizinischen Grundversorgung, der regionalen und/oder biologisch angebauten Produkten, des Tourismus im sogenannten Hinterland, des Individualverkehrs mit dem Rad aber auch die Schaffung und Erhaltung von kulturellen Angeboten. Viele dieser Aktivitäten werden von den oben genannten Regionalgruppen unterstützt aber es gibt auch zahlreiche Vereine, die sich privat und mit vollem Engagement ihrer Mitglieder ein anregendes soziales Umfeld selbst gestalten.

Abb. 2.4: Gerd Walther im Vereinsraum, Vogelsang-Warsin
Abb. 2.5: Besichtigung Wrangelsburg mit Herrn Kautz sen. und jun.

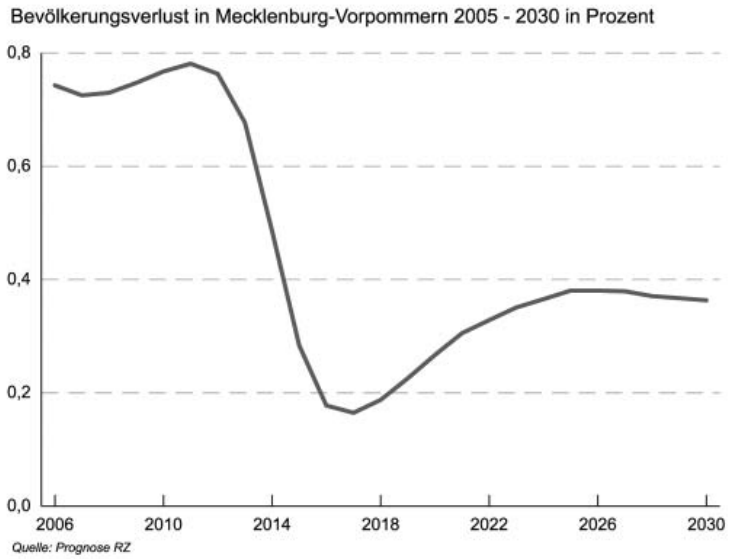
2.2. Demographische Entwicklung im Ländlichen Raum und am Beispiel des Stettiner Haffs

„Die Geschwindigkeit allerdings, mit der sich dieser Strukturwandel, die demographische Entwicklung vollzieht, kann einem schon, na ja nicht Angst einjagen aber schon bedenklich stimmen."
Quelle: Interview mit Karsten Naumann, Bürgermeister Ducherow

„Ein riesengroßes Problem hat das Dorf in den nächsten 10 Jahren. 80% der Bevölkerung sind weit über 60.

Wie viele Kinder gibt es in Schlatkow?
Sechs zwischen fünf und 14 Jahren. Zwei sind jetzt dazu gekommen. Also ganz wenig. Die jungen Leute ziehen alle weg. Also die jungen Frauen, jedenfalls die die weiterkommen wollen, ziehen alle weg. Nur, die die es nicht schaffen bleiben."
Quelle: Interview mit Frau Brandt, Schlatkow

Viele Menschen haben in der Vergangenheit das strukturarme Bundesland Mecklenburg- Vorpommern verlassen. Wissenschaftler des Rostocker Zentrums für Demographischen Wandel (ZDWA) prognostizieren, dass sich dieser Trend auch zukünftig fortsetzen wird. Während einige Städte dieser Entwicklung voraussichtlich positiv entgegenwirken können, sind es die Landkreise, die stark schrumpfen werden. In den meisten Regionen geht damit eine starke Alterung der Bevölkerung einher. Die Hauptursache der Schrumpfung war bisher die starke Abwanderung von Menschen im arbeitsfähigen Alter in wirtschaftlich starke Gebiete. In näherer Zukunft wird es zu einem Rückgang der Abwanderung kommen, da die geburtenschwachen Jahrgänge der 1990er Jahre in das wanderungsfähige Alter kommen. Diese bilden jedoch eine kleine Gruppe, demzufolge fallen auch die Fortzüge aus Mecklenburg Vorpommern sehr gering aus. Für die Periode 2018 bis 2050 zeigt die Prognose einen erneuten Anstieg des Bevölkerungsverlustes, der durch die hohe Anzahl der Sterbefälle begründet liegt: Die geburtenstarken Jahrgänge des 20. Jahrhunderts erreichen ein Alter, in dem die Sterbewahrscheinlichkeit hohe Werte annimmt.



Können laut dieser Bevölkerungsprognose vor allem die Universitätsstädte Rostock und Greifswald und im späteren Verlauf auch Wismar und Strahlsund mit einer Bevölkerungszunahme rechnen, so werden die Landkreise bis 2030 weiterhin mit dem Verlust eines großen Teiles der Bevölkerung rechnen müssen. Die größte relative Abnahme wird im Landkreis Uecker-Randow mit -29,9 Prozent erwartet. Hier macht sich das ungleiche Verhältnis zwischen Frauen und Männern bemerkbar: Zu Beginn des Prognosezeitraums gab es im gesamten Bundesland in der Altersgruppe 25 bis 35 Jahre ein Übergewicht an Männern, dass sich bis ins Jahr 2030 in höhere Altersgruppen verschieben wird. Die fehlenden Geburten aufgrund abgewanderter junger Frauen zeigen sich dann in 2030 in einer geringen Anzahl junger Einwohner.

Abb. 2.6.: Bevölkerungsverlust in Mecklenburg-Vorpommern 2005-2030 in Prozent
Quelle: http://www.zdwa.de/ (Rostocker Zentrum für Demographischen Wandel (ZDWA)) , 2008

Landkreise die sich in geografisch naher Lage zu Großstädten befinden, werden von diesen profitieren: Ostvorpommern von Greifswald, Ludwigslust von Hamburg oder der Müritzkreis von Berlin. Jedoch reichen die Effekte der Großstädte den Prognosen des ZDWA zufolge nicht aus, um auch in diesen Landkreisen ein Bevölkerungswachstum zu bewirken.

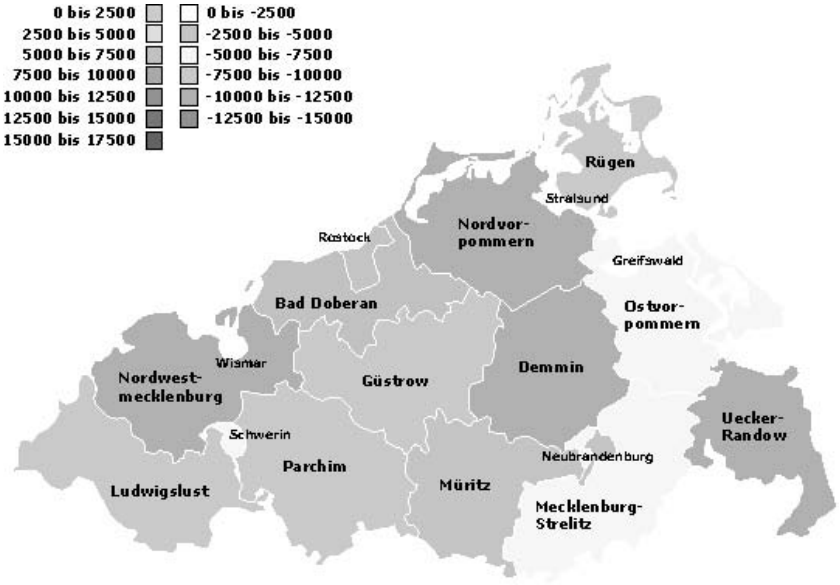


Abb. 2.7

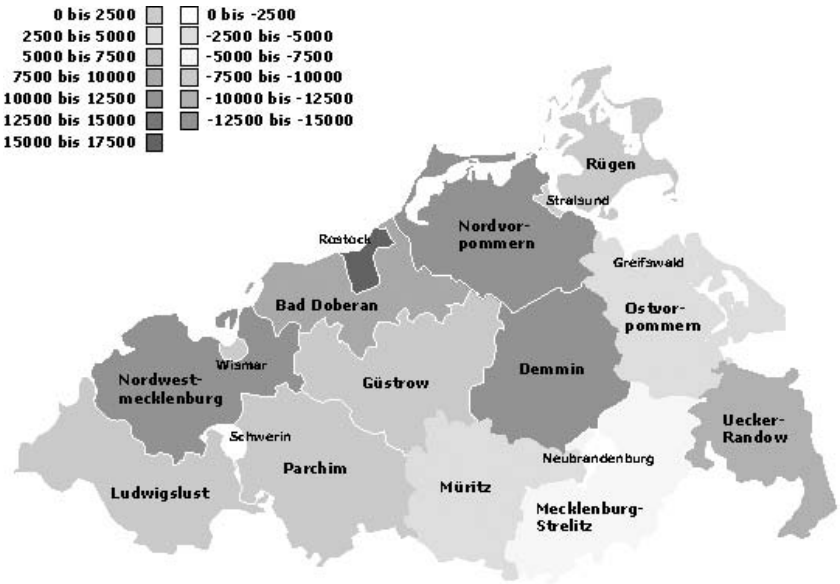


Abb. 2.8

Trotz der schon prognostizierten positiven Wanderungssalden für gesamt Mecklenburg-Vorpommern ab 2015, die auch positiv auf die Landkreise wirken, wird die Population der Landkreise (Ausnahme: Bad Doberan) nicht wachsen: Das im Prognosezeitraum ansteigende Geburtendefizit kann durch den Überschuss der Zuzüge, entsprechend den Annahmen, nicht annähernd ausgeglichen werden.

Abb. 2.7: Bevölkerungsgewinn/-verlust: 2005 bis 2015
Quelle: http://www.zdwa.de/ (Rostocker Zentrum für Demographischen Wandel (ZDWA)) , 2008

Abb. 2.8: Bevölkerungsgewinn/-verlust: 2015 bis 2030
Quelle: http://www.zdwa.de/ (Rostocker Zentrum für Demographischen Wandel (ZDWA)) , 2008

„Der ´dünn besiedelte LR` tritt als Raumordnungskategorie gar nicht in Erscheinung. Er wird immer mit dem ´mit starker Wirtschaftsbasis (Tourismus)`, den ´Landstädten` und den ´außerhalb der Ordnungsräume gelegenen Speckgürtelgemeinden` zusammengefasst, was seine Schwäche kaschiert."
Quelle: Klüter, Helmut: Wüstungen in Vorpommern – Bedrohung für den Ländlichen Raum (LR). In: Greifswalder Beiträge zur Regional-, Freizeit- und Tourismusforschung Nr. 16 (2005), Seite 9

Neben der Schrumpfung wird auch die Alterung vor Mecklenburg-Vorpommern nicht Halt machen. Die Wissenschaftler kommen in ihren Prognosen zu dem Ergebnis, dass das Durchschnittsalter Mecklenburg-Vorpommerns zwischen 2005 und 2030 für Männer um 8,8 Jahre und für Frauen um 7,6 Jahre ansteigen wird. In 2030 werden die Mecklenburger und Vorpommern demnach durchschnittlich 51,5 Jahre alt sein. 2005 waren es noch 43,2 Jahre. Die dargestellten Bevölkerungspyramiden zeigen die Entwicklung innerhalb Vorpommerns.

Der Anteil der 0- bis 14-Jährigen an der Gesamtbevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns zeigt im Prognosezeitraum einen konstanten Verlauf, während der Anteil der 15- bis 49-Jährigen kontinuierlich abschmilzt. Letzteres bedeutet: Personen, die potentiell Kinder zur Welt bringen können, gehören zu einer immer kleiner werdenden Bevölkerungsgruppe, so dass auch die 0-bis 14-Jährigen zahlenmäßig an Gewicht verlieren werden.

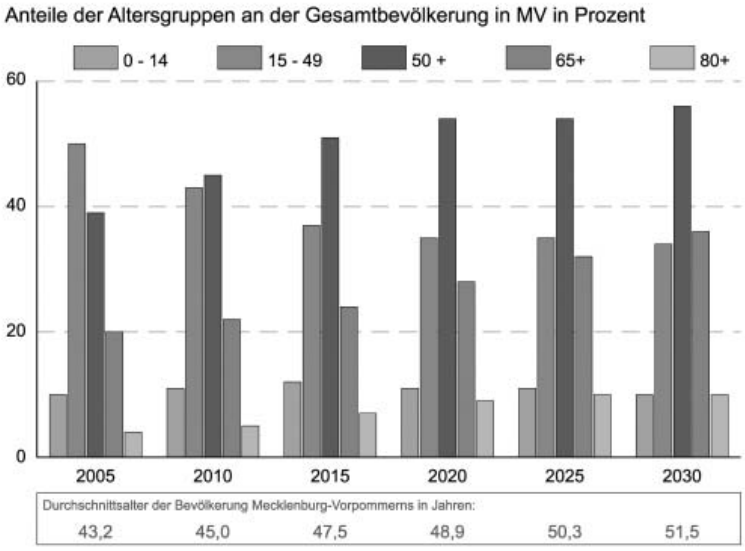


Abb. 2.9

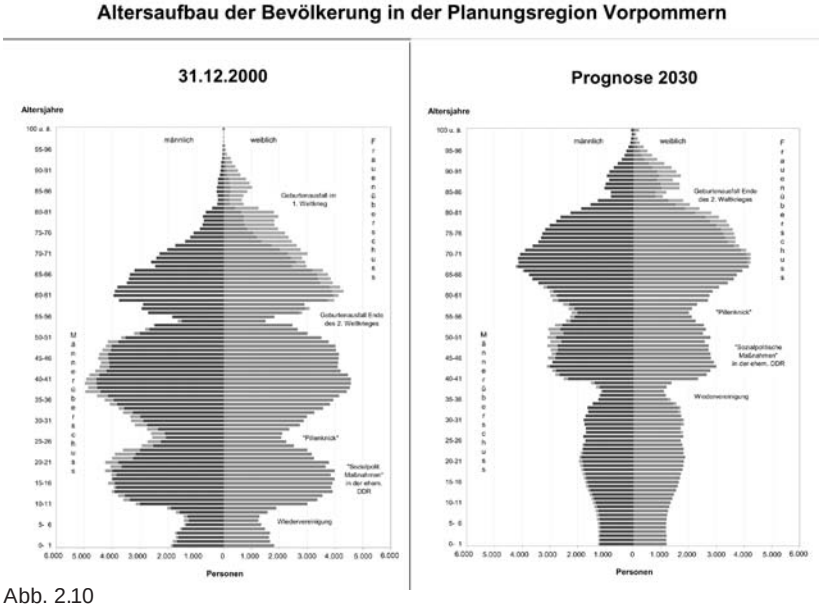


Abb. 2.10

Abb. 2.9: Anteile der Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung in MV in Prozent
Quelle: http://www.zdwa.de/ (Rostocker Zentrum für Demographischen Wandel (ZDWA)), 2008

Abb. 2.10: Altersaufbau der Bevölkerung in der Planungsregion Vorpommern
Quelle: Regionaler Planungsverband Vorpommern: Regionales Raumentwicklungsprogramm Vorpommern. Entwurf 2009, Seite 12

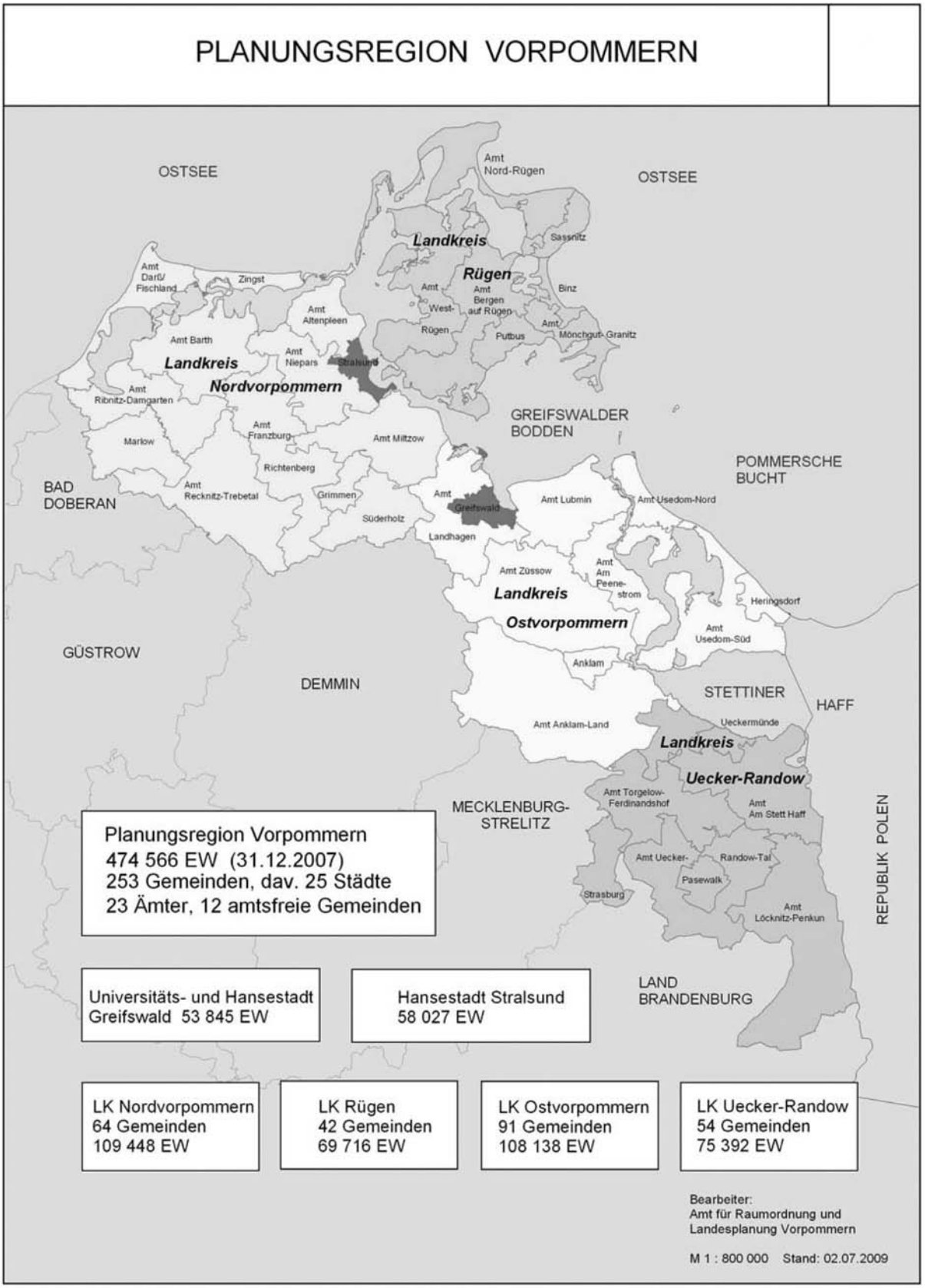


Abb. 2.11: gesamte Planungsregion des Raumentwicklungskonzeptes
Quelle: Regionaler Planungsverband Vorpommern: Regionales Raumentwicklungsprogramm Vorpommern. Entwurf 2009, Seite 9

„Die Verwaltungsreform soll die Verwaltung leistungsfähiger und kostengünstiger machen und zugleich die Bürgernähe sowie die demokratische Teilhabe der Bürger an der Verwaltung, die kommunale Selbstverwaltung, gewährleisten."
Quelle: Innenministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern: Landesregierung beschließt Konzept zur künftigen Kreisstruktur; Pressemitteilung des Innenministeriums Mecklenburg-Vorpommern; 27.11.2007

„Die Fördermittel, die für diesen undifferenzierten LR zur Verfügung gestellt wurden, landeten überwiegend bei den organisations- und antragsstarken, verhältnismäßig reichen Gemeinden der Speckgürtel und Tourismusgebiete."
Quelle: Klüter, Helmut: Wüstungen in Vorpommern – Bedrohung für den Ländlichen Raum (LR). In: Greifswalder Beiträge zur Regional-, Freizeit- und Tourismusforschung Nr. 16 (2005), Seite 9

„Zu unserer Gemeinde gehören vier Orte: Schmuggerow, Löwitz, Sophienhof und Schwerinsburg. Vor fünf Jahren haben wir uns zu einer Gemeinde zusammengeschlossen. Schwerinsburg war vorher eigenständig und ist dann mit Löwitz zusammengegangen, weil die Einwohnerzahl immer mehr schrumpfte. In beiden Gemeinden. Sie wissen ja sicher auch, dass die Mittel auch immer weniger wurden, die wir als Kommunen bekommen haben. Und darum haben wir gesagt: Arbeiten wir zusammen. Es war von früher her sowieso eine Zusammenarbeit von diesen Orten und daher hatten wir uns dafür entschieden. Und da wir jetzt mit dieser Fusion noch keine 500 Einwohner erreicht haben und Fördermittel nur für Gemeinden ausgegeben werden, die 500 Einwohner haben – haben wir hier schon einige Beispiele gehabt – darum jetzt auch dieser Schritt. Und ohne Fördermittel könnte eine Kommune, wenn sie nicht ein ganz dickes Polster mehr hat, gar nichts mehr machen."
Quelle: Interview mit Reni Hübner, Ortsvorsteherin Schwerinsburg

Stellt sich die Bevölkerungsentwicklungen der Landkreise Ostvorpommern und Uecker-Randow besorgniserregend dar, so trifft dies noch mehr auf die einzelnen Ämter zu. Denn strukturstarke Regionen, wie Usedom beschönigen die Zahlen der strukturschwachen Gebiete des Hinterlandes.

Dies verdeutlichen folgende Zahlen:
Die Bevölkerungsdichte Mecklenburg-Vorpommerns beträgt laut dem Statistischen Amt MV für den 30.09.2008: 71,96 EW/km². Für den Landkreis Ostvorpommern sind es zur selben Zeit 56,15 EW/km² und für Uecker-Randow lediglich 45,95 EW/km². Die innerhalb dieses Forschungsprojektes maßgeblichen Gemeinden Löwitz, Schlatkow und Vogelsang-Warsin befinden sich im Amt Anklam Land, welches lediglich 22,2 EW/km² aufzuweisen hat, Amt Züssow mit 34 EW/km² und dem Amt Stettiner Haff mit 28 EW/km².

Im demographischen Handlungskonzept, dem Raumentwicklungskonzept von Vorpommern, dem die Modellregion zugehört, werden als Ursachen für die Strukturprobleme: [27]
- die Lage am Rand, abseits der großen Zentren und Metropolen,
- die geringe Bevölkerungsdichte, der Rückgang der Bevölkerungszahlen und die Abwanderung der jungen, aktiven Menschen, insbesondere der Frauen sowie
- die geringe wirtschaftliche Dynamik und die unterdurchschnittliche Kaufkraft in der Region genannt.

Grund für einen vermehrten Wegzug kann auch die mangelnde Bindung der Bevölkerung durch fehlendes landwirtschaftliches Eigentum sein. Bereits die Kinder lernen mit dem Eintritt in die Schule, dass man das Dorf verlassen muss – je höher die angestrebte Ausbildung, desto weiter muss gependelt werden. Die Wahrscheinlichkeit, dass die mobilitätsgeschulten Kinder als Erwachsene im Dorf bleiben, ist auch deshalb sehr gering. [28]

Trotzdem gibt es eine nachweisbare neuzeitliche Wanderungsbewegung in die Universitätsstädte Mecklenburg-Vorpommerns aber auch in den ländlichen Bereich Vorpommerns. Neben der reinen positiven Bevölkerungsstatistik (siehe Abb. 3) ist besonders die positive Wirkung durch den Zuzug von Studenten und Lehrenden in eine Region hervorzuheben, wie man am Beispiel der Universitätsstadt Greifswald und ihrem Umland im Landkreis Ostvorpommern erleben und nachweisen kann. Die „Zuzügler" in den ländlichen Gebieten können die Masse der „Abwanderer" zwar nicht aufheben, bilden aber aufgrund Ihrer Herkunft aus finanzstärkeren Regionen Westdeutschlands beziehungsweise ihres Engagements und ihrer Ideen eine Bereicherung für das Ländliche Gebiet. Diese „Zugezogenen", die sogenannten „Aussteiger" oder Vertreter der „Generation 50+", sind auf der Suche nach Ruhe, Freiraum und Natur, die für sie bessere Lebensbedingungen bedeuten. [29]

27 Regionaler Planungsverband Vorpommern: Regionales Raumentwicklungsprogramm Vorpommern. Entwurf 2009
28 Klüter, Helmut: Wüstungen in Vorpommern – Bedrohung für den Ländlichen Raum (LR). In: Greifswalder Beiträge zur Regional-, Freizeit- und Tourismusforschung Nr. 16 (2005), Seite 5-6
29 (MVBL Ministerium für Verkehr, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern (Herausgeber): 4. Landesprognose zur Bevölkerungsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern bis zum Jahr 2030. Schwerin, 30. September 2008 (14.01.2009), Seite 4-5).

2.3. Die Zentralisierung der Gemeinden – Gemeindereformen und ihre Auswirkungen am Beispiel des Stettiner Haffs

In den letzten 19 Jahren kam es zu zwei grundlegenden Verwaltungs- und Gebietsreformen in Mecklenburg-Vorpommern, die auf der Grundlage der Zentralisierung der Verwaltung basierten.

Die innerhalb der DDR bestehenden 3 Bezirke Rostock, Schwerin und Neubrandenburg wurden zum 14. Oktober 1990 zum Bundesland Mecklenburg-Vorpommern zusammengefasst. Aus den 37 Kreisstellen (Rostock: 10 Landkreise, 4 Stadtkreise, 360 Gemeinden; Schwerin: 10 Landkreise, 1 Stadtkreis, 389 Gemeinden; Neubrandenburg: 14 Landkreise, 1 Stadtkreis, 492 Gemeinden) wurden 31 Landkreise. Die zweite Verwaltungs- und Gebietsreform trat am 12.06.1994 in Kraft. Es gingen 12 Landkreise mit 851 Gemeinden und 6 kreisfreien Städte daraus hervor.
Derzeit befindet sich eine neuerliche Reform in Diskussion. Im Jahr 2011 soll das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern aus 6 Landkreisen und 2 kreisfreien Städten (Rostock, Schwerin) bestehen. (MI, 2007) Nach den Plänen der Landesregierung sollen die beiden Landkreise Ostvorpommern und Uecker-Randow gemeinsam mit der bisher kreisfreien Universitäts- und Hansestadt Greifswald zu einem gemeinsamen Regionalkreis „Südvorpommern“ zusammengefasst werden.
Diese Zusammenlegung von Gemeinden, der Speckgürtel und Tourismusgebiete mit dünn besiedelten Gemeinden der Ländlichen Räume, kaschiert die Schwächen der Letzteren.
Die notwendige Einsparung von Verwaltungsstrukturen geht demnach zu Lasten der bereits geschwächten Ländlichen Räume.

„Das kann man mit reinnehmen, dass es jetzt erst mal eine totale Verunsicherung wegen der Wahl gibt. Das ist für uns ein echtes Problem. Ich hatte ja vor mit Ranzin zusammen zu gehen, und dann müssen die beiden Gemeinden einen neuen Bürgermeister wählen. Angenommen die haben mich nicht gewählt. Die haben ja mehr Einwohner da in der anderen Gemeinde. Was ist denn dann?
Das ist eben auf dem Dorf eine Personenkiste. Und wenn ich unter Umständen Schach Matt gesetzt werde – trifft ja nicht immer nur die schlechten.
Wenn die uns so das Geld weiterzahlen würden, wie sie es bisher machen, würden wir in die Schräglage nicht kommen. Aber wenn sie uns 30% wegnehmen, dann wäre es das halt, weil das geht nicht. Wir haben es ja geschafft, gerade weil wir ja jetzt auch die Kosten für die Häuser durch diese Aktivitäten reinholen. Alles was wir hier machen, führt ja letztendlich dazu, dass mehr Buchungen sind, dass mehr Leute herkommen. Also zumindest haben wir immer ein kleines Polster in der Gemeinde.“
Quelle: Interview mit Dr. Klaus Brandt, Bürgermeister Schlatkow

Zusätzlich geht mit den Zusammenlegungen der Ämter eine Entmündigung der Gemeinden einher. Aus den ursprünglich 14 Ämtern wurden nach Abschluss der Gebietsreform am 1. Januar 2005 7 Ämter. Die Stadt Wolgast und die Gemeinde Zinnowitz verloren ihre Amtsfreiheit. Das Amt Anklam Land wurde aus den vorher eigenständigen Ämtern Ducherow, Krien, Spantekow gebildet und besteht derzeit (Stand Januar 2010) aus 24 Gemeinden. [30]
Die durch das Finanzausgleichsgesetz festgelegte Verteilung der Steuermittel werden vom ´dünn besiedelten Ländlichen Raum` in die Zentralen Orte umverteilt, den sogenannten Grundzentren.

Die Informations- und Organisationsmacht der Behörden liegt vollständig bei den Amtsverwaltungen (in bestimmten Ämtern bei den geschäftsführenden Gemeinden). Diese Ämter haben zwar keine Legislative und sind keine Gebietskörperschaften, doch sie entscheiden, welche Informationen aus den Landesbehörden ´nach unten` gegeben und welche Gemeindewünsche als Anträge aufgearbeitet und ´nach oben` geleitet werden. Die Gemeinden selbst werden von ehrenamtlichen Bürgermeistern geleitet. Die Bürgermeister müssen komplizierte Förderprogramme studieren, Anträge verfassen und bestmöglich im Land, im Bund und bei der EU-Kommission durchfechten. Von ihrem Eigenengagement ist die Gemeinde abhängig.

Nicht selten ist aufgrund der beschränkten Mittel einer kleinen Gemeinde der Kommunale Eigenanteil einer Förderung nicht aufbringbar. In

30 http://www.amt-anklam-land.de

„*Gibt es in den einzelnen Dörfern Ansprechpartner für Sie und die Bevölkerung?*
Das ist mehr oder weniger von der Kommunalverfassung vorgegeben und wenn wir dann fusioniert sind, dann ist es auch möglich, das steht auch in der Kommunalverfassung, einen Ortsteilvertreter zu wählen, der als Ansprechpartner vor Ort dient, beispielsweise Frau Hübner. Sie hat sich bereit erklärt, für den Ortsteil Schwerinsburg den Ortsteilvertreter zu machen. Die ist dort bekannt, die ist dort anerkannt und damit ist für mich oder egal wer dann der neue Bürgermeister wird, zumindest bewerkstelligt, dass der Kontakt zur Bevölkerung vor Ort hergestellt ist. Denn das wäre für mich nicht machbar, schon gar nicht im Rahmen einer ehrenamtlichen Tätigkeit. Es finden sich immer noch Leute, die sich auch so ein bisschen verantwortlich fühlen. [...] Wir stehen jetzt kurz vor der Fusion einiger kleineren Umlandgemeinden. In diesem Zwecke müssen auch gesetzliche Vorgaben erfüllt werden. Die Leute müssen angehört werden, deren Vorstellungen, Wünsche, Probleme, Sorgen muss man sich anhören. Das ist passiert in allen Orten unter meiner Mitwirkung. In der Phase ist einiges zur Sprache gekommen, was mir schon bekannt war. Einiges noch nicht in dem Maße. Was mich überrascht hat ist, dass in allen Orten in erster Linie Wert darauf gelegt wird: Was passiert mit den Gemeindezentren? Da hat mich sich noch getroffen, da hat man gefeiert, da hat man gesellige Abende verbracht, teilweise in Geschlechtergruppen, teilweise auch nicht. In einigen Ortschaften gab es tatsächlich noch den Friseur der gekommen ist, den Doktor der gekommen ist und noch kommt. Natürlich improvisiert, logischerweise."
Quelle: Interview mit Karsten Naumann, Bürgermeister Ducherow

dünn besiedelten Gebieten, wie Ostvorpommern und Uecker-Randow, können daher nur wenige Förderanträge gestellt werden. Die Gemeinden begegnen diesen Schwierigkeiten mit einem weiteren Zusammenschluss einwohnerschwacher Gemeinden, um die für einen Fördermittelantrag mindestens geforderte Einwohnergrenze von 500 Personen zu überschreiten. Um den Kontakt zu den Problemen und Wünschen der einzelnen Siedlungen und Dörfer nicht zu verlieren, können sogenannte Ortsvorsteher der einzelnen Dörfer in die Gemeinderäte gewählt werden.

Im Regionalen Raumentwicklungsprogramm Vorpommern (RREP) [31] soll als Leitlinie einer nachhaltigen Regionalentwicklung im Punkt 3 das zentralörtliche System gestärkt werden. Das heißt, für die Entwicklung Vorpommerns zu einem attraktiven Wohn- und Wirtschaftsstandort mit zukunftsfähigen Städten als Kristallisationspunkte, sollen die Zentralen Orte vorrangig als räumliche Entwicklungsschwerpunkte ausgebaut werden. Problematisch ist hierbei, dass die Festlegung des Einzugsgebietes hauptsächlich nach Einwohnern, nicht nach Entfernungen geschieht. So werden für einen seit Jahrzehnten dünnbesiedelten Raum folgende Kriterien für die Ausweisung von Grundzentren festgesetzt:
Städtischer Siedlungskern in ländlichen Räumen: 2000 Einwohner in der Gemeinde, in Stadt-Umland- Räumen: 5000 Einwohner in der Gemeinde. Fünf der sechs folgenden Kriterien müssen zudem erfüllt sein: 5000 Einwohner im Nahbereich, 600 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, 300 Einpendler, Einzelhandelszentralität, Bank- oder Sparkassenfiliale, ärztliche Versorgung.

Die Funktionstüchtigkeit zentraler Orte wird mit Hilfe des kommunalen Finanzausgleichs aufrecht erhalten. Der Finanzausgleich wird ebenfalls anhand der Einwohnerzahl in seiner Größe berechnet.
Allgemein lässt sich daraus schlussfolgern, dass ein einwohnerarmes Gebiet wenige zentrale Orte auf großer Fläche aufweist, die zudem aufgrund ihrer im Vergleich zu zentralen Orten in strukturstarken Regionen geringen Bevölkerungszahl, eine entsprechend geringe finanzielle Transferleistung erhalten.

Prof. Dr. Helmut Klüter, Institut für Geografie und Geologie, Universität Greifswald, bezeichnete bereits 2005 das Instrumentarium der „Zentrale Orte" als ungeeignet, destruktiv und veraltet. Der dünn besiedelte Ländliche Raum wird aufgrund der weiteren Verminderung von Grundzentren noch ärmer gemacht, als er ohnehin schon ist. [32]

Mit der Zusammenlegung der Gemeinden und den somit verändernden Geldflüssen, werden auch die Infrastruktureinrichtungen bis hin zum Einzelhandel immer mehr in die Zentralen Orte verlegt. Dies begründet sich zu einem nicht unerheblichen Teil darauf, dass öffentliche und private Infrastruktureinrichtungen, wie z.B. Schulen oder Großmärkte sich mittelbar und unmittelbar nach der Anzahl der Einwohner im territorialen Bezug und der Struktur der Bevölkerung berechnen. Um ein sinnvolles Netz an Zentren der Daseinsvorsorge und Einrichtungen des Grundbedarfs zu gewährleisten, hat der Minister Dr. Backhaus [33], Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern, die Festsetzung von Ankergemeinden gefordert, welche in einem Radius von höchstens zwanzig Kilometer von jedem Wohnort liegen sollen.

31 Regionaler Planungsverband Vorpommern: Regionales Raumentwicklungsprogramm Vorpommern. Entwurfsfassung von 2008
32 Klüter, Helmut: Wüstungen in Vorpommern – Bedrohung für den Ländlichen Raum (LR). In: Greifswalder Beiträge zur Regional-, Freizeit- und Tourismusforschung Nr. 16 (2005), S. 1-14
33 Mvregio: M-V plant System von „Ankergemeinden" als Grundzentren im ländlichen Raum. Schwerin/Mvregio, 09.03.2008 - http://www.mvregio.de/mvr/nachrichten_mv/97308.html

Er fordert also die Festlegung der Grundzentren nach dem maximal zurückzulegenden Weg anstatt einer Mindesteinwohnerzahl oder gar Abhängigkeiten bestehender privater Versorger.

Vielleicht kann man diese Ankergemeinden mit den im Raumordnungsprogramm von 1998 definierten Ländlichen Zentralorten gleichsetzen. Interessanterweise wurde in den Regionalen Raumentwicklungsprogrammen Vorpommerns (RREP) von 2003 und 2008 aber lediglich die Grundzentren als unterste Stufe des Versorgungsnetzes beibehalten. Laut dem RREP von 2003/08 werden somit Ober-, Mittel- und Grundzentren unterschieden.

Solch gegensätzliche Aussagen der Landesentwicklung zeigen die Unsicherheit, die die rapide demographische Entwicklung hervorruft, vielleicht aber auch das allmähliche Umdenken und Umlenken der Politik. Besonders in den strukturschwachen und bevölkerungsarmen Regionen des Stettiner Haffs muss nach neuen Strategien der Erhaltung beziehungsweise des Aufbaus von Einrichtungen des Grundbedarfes gesucht werden. Diese notwendige kleinräumige Vernetzung der Daseinsvorsorge muss sich unabhängig von der Ämterstruktur entwickeln. Neue Konzepte der Organisation, Vernetzung und Bewirtschaftung müssen gesucht werden.

„„Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen, wie im Grundgesetz verankert, bedeutet in der Zukunft vor allem gleiche Chancen zur Teilhabe“, ist der Minister überzeugt und meint damit vor allem den gleichberechtigten Zugang zu Bildung, Erwerbstätigkeit sowie sozialer und kultureller Infrastruktur. Ankergemeinden, die in einem Radius von höchstens zwanzig Kilometer von jedem Wohnort liegen sollen, könnten ein hinreichendes Netz von Einrichtungen der Daseinsfürsorge und des Grundbedarfs sichern. „Hieran muss über verschiedene Fachbereiche und Instanzen hinweg zielgerichtet gearbeitet werden““
Quelle: Mvregio: M-V plant System von „Ankergemeinden“ als Grundzentren im ländlichen Raum. Schwerin/Mvregio, 09.03.2008 http://www.mvregio.de/mvr/nachrichten_mv/97308.html

2.4. Engagement im Ehrenamt für Lebendige Dörfer

„Die Leute die hier arbeiten sind fast alle Ehrenamtlich (im Büro für Demokratischen Frauenbund, Torgelow; Anmerk. D. Verf.). Das hat natürlich auch damit zu tun, dass man froh ist, wenn man sich überhaupt beschäftigen kann. Der Mensch, der möchte tätig sein. Und wir haben nun mal hier wenig Arbeit. Aber es war auch früher schon das Ehrenamt ganz hoch. Auch bei den Kindern und Jugendlichen schon ausgeprägt.“
Quelle: Interview mit Peter Fels, Bündnis für Familie Uecker-Randow

In Deutschland sind 23 Millionen Menschen über 14 Jahre ehrenamtlich in Vereinen, Verbänden, Initiativen oder Kirchen tätig. Viele Bereiche des öffentlichen und sozialen Lebens würden ohne Ehrenamtliche kaum mehr existieren. Neben Betreuung von Kindern und alten Menschen zählen dazu: Dienste bei Natur- und Umweltschutz, Agenda 21-Projekten, Tierschutz, Telefonseelsorge, Caritas und Diakonie, Hilfsorganisationen, Umsonstladen, Hausaufgabenhilfe, Helfer in vielen Hospitälern, Altenheimen und Behinderteneinrichtungen; in Sport-, Kultur- und anderen Vereinen. Die Freiwilligen Feuerwehren, wichtigste Stütze der aktiven Gefahrenabwehr in Deutschland, haben ausschließlich ehrenamtliche Mitglieder. Auch den Katastrophenschutz der Bundesrepublik Deutschland gewährleisten größtenteils ehrenamtliche Kräfte.

Das in Umfragen am meisten genannte Motiv des freiwilligen Engagements ist das Bedürfnis der BürgerInnen zur gesellschaftlichen Mitgestaltung (wenigstens oder gerade im Kleinen). Dazu kommt der Wunsch nach sozialen Kontakten und sozialer Einbindung. Andere Motive, wie Spaß zu haben und mit sympathischen Menschen in Kontakt zu kommen, stehen im Vordergrund der konkreten Erwartungen an die freiwillige Tätigkeit. Bei jungen Leuten und Arbeitslosen nimmt die so genannte Interessensorientierung (eigene Interessen und Probleme sowie der berufliche Nutzen als Hintergrund des Engagements) deutlich zu. [34]

Abb. 2.12: Schwerinsburg

34 http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/engagementpolitik.html
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Kindern: Praxishandbuch zum Freiwilligendienst aller Generationen. Berlin, 2008

Der Ruf nach dem engagierten Bürger beinhaltet natürlich die konkrete Unterstützung desselben und die Analyse und Verbreitung von gelungenen Projekten.

Daher gründete das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Kindern die Initiative ZivilEngagement. Diese soll die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement stärken, für eine bessere engagementpolitische Abstimmung sorgen und auch zum bürgerschaftlichen Engagement motivieren. Der Name ZivilEngagement fasst dabei zusammen, worauf es ankommt: vielfältiges, individuelles Engagement, das Eigeninteresse und Gemeinwohl verbindet, passgenaue Angebote und eine starke Zivilgesellschaft, die einen Rahmen für bürgerschaftliches Handeln bieten kann und auf sozialen Zusammenhalt ausgerichtet ist.

An der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL), Birmensdorf , Schweiz wurde die Partizipation der Dorfbewohner am Mitgestaltungsprozess im Dorf oder im Quartier untersucht. Im Web-Paket: ´Wege zu einem lebendigen Dorf` sind folgende Definitionen eines traditionellen, eines anonymen und eines lebendigen Dorfes festgelegt worden: [35]

Die überlieferten Strukturen und Normen bestimmen das Leben im **traditionellen** Dorf. Die BewohnerInnen müssen sich anpassen und versuchen, ihre Bedürfnisse im vorgegebenen Rahmen zu erfüllen. Die einschränkenden Normen entsprechen der gegenseitigen existenziellen Abhängigkeit und werden deshalb von allen akzeptiert. Das Dorf gibt den BewohnerInnen Sicherheit durch eine beständige Ordnung. Mit der gesellschaftlichen Veränderung und neuen Lebensformen verliert diese Ordnung jedoch ihren existenziellen Sinn. Wird sie dennoch aufrechterhalten, blockiert dies die Erneuerung des Zusammenlebens im Dorf.

Im **anonymen Dorf** bestehen keine verbindlichen Strukturen mehr. Die BewohnerInnen sind auf sich gestellt und haben untereinander kaum Austausch; es herrschen Anonymität und Einzelkämpfertum. Die Leute sind jedoch frei, ihr Leben ganz nach ihren Bedürfnissen zu gestalten. Sie können den dörflichen Lebensraum und seine Funktionen frei nutzen, haben aber kaum Einfluss auf dessen Entwicklung. Sie haben deshalb nur einen schwachen Bezug zu ihrer Umgebung und fühlen sich nicht verantwortlich dafür.

Im **lebendigen Dorf** treten neue Formen des Zusammenlebens und der Zusammenarbeit an die Stelle der alten, überkommenen dörflichen Strukturen. Sie bieten den BewohnerInnen die Möglichkeit, ihre Bedürfnisse offen zu äußern und ihren Lebensraum aktiv mitzugestalten. Dadurch entsteht ein laufender Austausch, der das Bewährte mit Innovationen verbindet und das Dorf lebendig erhält.

Weiterführend definiert die Studie ´Lebendige Dörfer in Brandenburg` ein lebendiges Dorf durch: engagierte BewohnerInnen und geeignete Möglichkeiten, innovative Ideen auszutauschen und neue Wege der Zusammenarbeit zu finden. [36]

„Wir haben auch für unser kleines Dorf ein sehr rühriges Kulturleben. Wir haben den Dorfclub, der unwahrscheinlich aktiv ist und auch praktisch das gesamte kulturelle Leben in der Gemeinde zusammenhält und auf den Weg bringt. Da haben auch verschiedene Jugendliche und auch Erwachsene, die da mit drin sind, Schlüssel, so dass die jederzeit reinkönnen.
Es gibt da auch eine Art Vertrauensverhältnis, dass die Leute, die sich ständig hier aufhalten auch stets und ständig rein können. Das klappt jetzt sehr gut. Wir hatten auch schon andere Zeiten. Wo ich auch als Bürgermeister unwahrscheinlich froh bin. Wenn die Gemeinde das alles vorhalten oder organisieren sollte, was der Dorfclub macht, wären wir nie dazu in der Lage. Dadurch, dass das Hand in Hand geht, der Dorfclubvorsitzende ist auch mein Stellvertreter. Von daher kann das besonders gut funktionieren.“
Quelle: Interview mit Gerd Walther, Bürgermeister Vogelsang-Warsin

„Ich bin 2001 hierher gezogen und habe festgestellt: es gibt eine Menge spannender Leute und: Mensch, die kennen sich nicht. Dann habe ich jemanden aus der Region kennen gelernt und der hat gesagt: ja, wo sollen sie sich kennen lernen?
Dann haben wir überlegt: wie kann so was funktionieren? Dann ging es eben los mit den Veranstaltungen der Buchhandlung und wir haben Kino auf dem Hof gemacht. So entstanden Begegnungspunkte.
Dann kam der Kulturverein dazu. Wenn man zwei-, dreimal bei einem Konzert am Tisch zusammen sitzt, sagt man dann schon: Ach, Sie schon wieder. Man lernt sich dann kennen.
Also Begegnung möglich machen, das ist unser Ansatz. Alles andere ist „nur“ Mittel zum Zweck.“
Quelle: Interview mit Holger Brandstädt, Kulturverein Weitblick e.V. Bugewitz

35 http://www.wsl.ch/land/products/lebendiges_dorf/inhalt/welcome.html (WSL, 21.04.2009)
36 Humboldt Universität Berlin, Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät: Lebendige Dörfer in Brandenburg – Bürgerbeteiligung im Alltag. Potsdam und Berlin, 2006, Seite 11
37 Humboldt Universität Berlin, Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät: Lebendige Dörfer in Brandenburg – Bürgerbeteiligung im Alltag. Potsdam und Berlin, 2006, Seite 71

„Die Art und Ausmaß des persönlichen Engagement hängen stark von gewissen Rahmenbedingungen ab. So ist die wichtigste Voraussetzung eine materielle Grundsicherung, die von Ängsten und Nöten des Überlebens befreit. Auch der Zeitfaktor spielt naturgemäß eine wichtige Rolle. Außerdem beeinflussen auch Möglichkeiten der Einflussnahme, die soziale Infrastruktur und auch die Anerkennung des Engagement den Einsatz der Individuen."
Quelle: Humboldt Universität Berlin, Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät: Lebendige Dörfer in Brandenburg – Bürgerbeteiligung im Alltag. Potsdam und Berlin, 2006, Seite 13

„Jede ländliche Region soll die Chance haben, ihre eigenen Potenziale zu entfalten. Auch z. B. in Finnland, Schweden oder Estland, wo es weitaus dünner besiedelte und schwächer strukturierte „periphere" Gebiete gibt als in Brandenburg. Solche Gebiete sind nicht abnorm, sondern gehören zur Normalität dieser Länder – allerdings werden sie auch auf besondere Weise in ihre Entwicklung gefördert ... Dörfer sind eine starke und unverzichtbare Kraft als die unterste und eigentliche Ebene des Lebens und Wirkens der Menschen im ländlichen Raum. Lebendige ländliche Regionen in einer modernen Gesellschaft brauchen auch lebendige und lebensfähige Dörfer !!!"
Quelle: Krambach, Kurt: Dörfer im europäischen Kontext – Möglichkeiten der Vernetzung. Vortrag für Verein Brandenburg 21 e.V., 2008 (06.10.2007)
Prof. Dr. sc. Kurt Krambach, ist Mitglied des Ökospeicher e.V. Wulkow und der Brandenburgischen Werkstatt Lokale Agenda 21.

Lebendige Dörfer bieten eine hohe Lebensqualität und die Bewohner identifizieren sich stark mit ihrem Dorf durch gemeinschaftlich organisierte kulturelle Aktivitäten sowie gemeinschaftlich erbauter und genutzter Dorfinfrastruktur. [37]
Schwerpunkt für die Erhaltung oder Schaffung lebendiger Dörfer sind also aktive, engagierte Bewohner.

Recherchen und Interviews im Stettiner Haff unterstützen und präzisieren diese Festlegungen: Es muss sogenannte Zugpferde geben, die von sich aus, als Charaktereigenschaft, die ganze Dorfbevölkerung mitreißen können, die Ideen und gleichzeitig die Kraft haben, diese auch voranzutreiben. Dem Punkt der materiellen Grundsicherheit wird prinzipiell zugestimmt, wobei dies stark auf die finanzielle Gesamtsituation heruntergeschraubt verstanden werden möchte.

Es kristallisiert sich also die Frage heraus. Wie kann man die Bewohner dauerhaft aktivieren? Grundlegend müssen die Bewohner beteiligt werden. Viele Menschen aus vielen verschiedenen sozialen Gruppen sollen die Möglichkeit haben, sich am Dorfentwicklungs- und -gestaltungsprozess zu beteiligen. Dies kostet Zeit, denn sie müssen informiert, aufgeklärt und beraten werden. Sie sollen Kooperationen und Vernetzungen (auch überörtliche), Öffentlichkeitsarbeit und Gruppenbildung bewerkstelligen.

Die Aktivierung der Dorfbevölkerung kann durch Monitoring von außen geschehen. Die Erhaltung eines aktiven und lebendigen Dorfes sollte aber durch eigene Kräfte erfolgen. Dies erfordert eine gute innerdörfliche Kommunikation, um das dörfliche Zusammengehörigkeitsgefühl, den generationsübergreifenden Austausch und die Vernetzung der lokalen Vereine und Gewerbetreibenden zu erreichen. Entscheidend sind die Formulierung gemeinsamer Ziele und die Honorierung der erbrachten Leistungen.

Hier müssen nochmals die Zugpferde herausgehoben werden. Sie gehören zum harten Kern der Engagierten im Dorf. Sie besetzen verantwortungsvolle Positionen in der Dorfgemeinschaft. Ohne sie geht gar nichts. Viele Zugpferde haben nach einigen Jahren „burn out" Syndrome, da sie sich mit vielen freiwillig geleisteten Arbeitsstunden teilweise unter hohem persönlichen Risiko einsetzen. Ihre Motivation hängt von der Anerkennung der Bewohner ab aber auch von ihrer Fähigkeit, Verantwortung abzugeben, die Last also auf mehrere Schultern zu verteilen.

Die Gemeinden des Stettiner Haffs bestehen zumeist aus mehreren Dörfern und auch einzelnen Siedlungen. Das oder die Zugpferde eines Dorfes ist/sind also nicht automatisch der/die BürgermeisterIn. Sie können aber Ortsvorsteher beziehungsweise Gemeindevertreter sein. Allein dadurch ist eine direkte Zusammenarbeit zwischen Dorfgemeinschaft und Kommunaler Ebene gegeben.
Kommunale Strukturen sind besonders im Stettiner Haff auf bürgerschaftliches Engagement angewiesen, da hier selbst die Bürgermeister als Ehrenamtliche arbeiten. In der Studie ´Lebendige Dörfer in Brandenburg` wird den Kommunalen Strukturen eine entscheidende Rolle in der Motivation einer Dorfgemeinschaft gegeben: [38]

38 Humboldt Universität Berlin, Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät: Lebendige Dörfer in Brandenburg – Bürgerbeteiligung im Alltag. Potsdam und Berlin, 2006, Seite 20

- Sie kümmern sich, in dem sie Foren für überdörflichen Austausch bieten,
- Gesetzliche Auflagen und Vorschriften werden unkompliziert und zugunsten der Dörfer ausgelegt,
- Gemeindehäuser werden ohne bürokratische Hindernisse zur Nutzung überlassen,
- Sie fördern einen transparenten und fairen Mittelvergabeprozess.

Ein weiterer wichtiger Grundsatz der Dorfentwicklung ist die Vernetzung mit Nachbardörfern, Dörfern des Landkreises und darüber hinaus, um regelmäßig Erfahrungen auszutauschen, zweckmäßige Kooperationen für gemeinsame Interessen zu bilden und gemeinsam lokale, nationale und EU Politiken zu beeinflussen. Der Verein Brandenburg 21 e.V. ist eine solche Vernetzung, welche maßgeblich durch Prof. Dr. sc. Kurt Krambach in der Öffentlichkeit vertreten wird.

„Wenn sich die Bewohner eines Ortes für die Entwicklung ihres Ortes interessieren, ist es sinnvoll mit einer moderierten und mehrphasigen Ortsentwicklungsstrategie alle Aspekte der Stärken und Schwächen, Entwicklungspotenziale und Zukunftsrisiken eines Ortes, einer Stadt genauer zu beleuchten. Nimmt man die Bürger auf diese „Reise“ mit und werden Prozesse und gemeindliche Entscheidungen transparent gemacht, dann lassen sich die Menschen viel lieber und auch nachhaltiger darauf ein, sich aktiv in die Gestaltung des Ortes mit einzubringen. Aktiv mit Zeit, Ideen, Engagement. Diese professionelle Begleitung z.B. von Planungsbüros konnte über Eigenmittel des Landes Mecklenburg-Vorpommern gefördert werden. Und dann entstehen in einem solchen Prozess schnell zwei, drei, vier oder 20 Ideen und Projekte für die Gemeinde. Für deren Umsetzung haben sich die Gemeinden nach Notwendigkeit und Möglichkeit um Beschäftigte aus dem zweiten Arbeitsmarkt bemüht. Da sind meist natürlich kleinteilig tolle Sachen entstanden und umgesetzt worden. Viele Heimatstuben, Gemeindechöre, Gemeindestuben, Ortsleitbilder und grüne Schulhöfe fanden so ihren Anfang und sind inzwischen aus der Wahrnehmung oder dem kulturellen Leben der Orte gar nicht mehr weg zu denken.“
Quelle: Heidrun Hiller, Agendabüro Stettiner Haff

„Das eigentliche Problem scheint hierbei zu sein, wer den Anfang macht. Vernetzung kann nicht von oben verordnet oder organisiert werden. Sie kann nur von unten wachsen und das nur, wenn das Interesse daran bewusst ist und umgesetzt wird. ... Der Kerngedanke der Dorfbewegungen ... ist die Mobilisierung der eigenen Kräfte und Ressourcen im Dorf und die Vernetzung der Dörfer untereinander! ... Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern ... Das heißt ja nicht, dass wir den Staat aus seiner Pflicht entlassen oder auf Förderung verzichten wollen. Im Gegenteil! Und wenn jemand wieder einmal, wie das vor einiger Zeit in einer Fernseh- Talkshow geschah, auf die Idee kommen sollte, öffentlich verkünden zu müssen: „Wir in Brandenburg machen vier Dörfer zu, damit das fünfte überleben kann“ – dann sollten wir denjenigen künftig zum Tag der Dörfer einladen und bitten, uns zu erklären, woher er diese Weisheit besitzt und wie er von den 80 Prozent Dörfer, die er zumachen will, die Zustimmung dafür bekommen hat!“
Quelle: Krambach, Kurt: Dörfer im europäischen Kontext – Möglichkeiten der Vernetzung. Vortrag für Verein Brandenburg 21 e.V., 2008 (06.10.2007)

Abb. 2.13: Früh- und Spät-Verkauf, Vogelsang-Warsin

Abb. 3.1: Wrangelsburg mit Schloß und Papier-
manufaktur

Teil 3
Praxis + Analyse

3.1. Einführung und Exkurs

In der Praxis gibt es sowohl internationale als auch nationale Ansätze dafür, benachteiligten Bevölkerungsgruppen wieder eine Grundversorgung zu gewährleisten.
Annette Spiro, Professorin an der ETH Zürich, hat sich in einem ihrer Texte mit den sogenannten „poupatempo“ in Sao Paulo in Brasilien beschäftigt, die dort in den Vororten eingerichtet werden. [39, 40]

Poupatempo heißt übersetzt „spar zeit“. Denn die Stadt Sao Paulo hat inzwischen einen Stadtplan, der 600 Seiten umfasst, und Vororte von der Grösse einer deutschen Großstadt. Allerdings fehlt diesen Vororten eine klassische städtische Infrastruktur. In den „poupatempo“ können die Bewohner des Stadteils nun ein Konto eröffnen, die Gasrechnung bezahlen, Strafanzeige erstatten oder einen Pass beantragen. Auf Initiative des dortigen Gouverneurs hat die Stadtverwaltung diese „Stationen“ installiert, um „Zeit zu sparen“. Die Wege zur Stadtverwaltung, zum Postamt, zur Bank sind für die Bewohner einfach zu weit geworden und das schneidet sie buchstäblich vom gesellschaftlichen Leben ab.
Jetzt ist die Stadt wieder zu ihnen gekommen: im „Poupatempo“ im Wohn- und Industriequartier Itaquera sind bis zu 400 verschiedene Dienstleistungen und Ämter vertreten. Inzwischen hat sich in der Nachbarschaft wieder ein Einkaufszentrum angesiedelt. Sao Paulo hat heute 18 solcher „poupatempo“.
Was hat eine Millionenstadt wie Sao Paulo mit den Dörfern in Mecklenburg-Vorpommern oder Oberbayern zu tun?
Sao Paulo und die ländlichen Regionen in Deutschland haben ein gemeinsames Problem: die negativen sozialen Auswirkungen von Zersiedlung. Denn die Ergebnisse sind offensichtlich dieselben (s.a. Zitat nebenstehend).

Bemerkenswert ist in jedem Fall, was in einem vergleichsweise armen Land wie Brasilien Staat bzw. Kommune initiieren, um die sozial benachteiligten Bewohner nicht weiter auszugrenzen und wieder Infrastruktur zu installieren.
Diese verknappte Herausarbeitung von Gemeinsamkeit und Unterschied und die Vorstellung eines Lösungsansatzes in einem anderen Land dient nun als Grundlage für die zentrale Frage nach dem Lösungsansatz in den Ländlichen Gegendenden Deutschlands.
Auf den ersten Blick ist der brasilianische Ansatz, in moderne neue Dienstleistungszentren zu investieren, sogar wirtschaftlich vertretbar, da sich dort offensichtlich zahlreiche Konsumenten dieser Dienstleistungen zusammengefunden haben. Bedenkt man allerdings, dass es sich um die Versorgung der Randgruppen einer Gesellschaft geht, wird schnell klar, dass hier genau wie in Deutschland zuallererst ein soziales und gesellschaftliches Problem gelöst werden musste, dass erst im zweiten Schritt und auch nur sehr langfristig positive wirtschaftliche Auswirkungen haben kann. Es handelt sch tatsächlich auch in Sao Paulo um eine weitsichtige Investition in die Zukunft. Genau das muss auch der Lösungsansatz in Deutschland sein.

„Da Zonen mit niedriger Bevölkerungsdichte und Trabantenstädte oft nicht imstande sind, ein breites Angebot an Dienstleistungen bereitzustellen, und da viele öffentliche Einrichtungen .... oft nicht vorhanden sind, sehen sich die Einwohner gezwungen, für die meisten Tätigkeiten lange Wege zurückzulegen. Es kommt zur Ausgrenzung von Einwohnern, die dazu nicht imstande sind. Betroffen sind vor allem Minderjährige, Behinderte, ältere oder sozial schwach gestellte Personen.“ Quelle: www.wikipedia.de zu „Zersiedlung“

Abb. 3.2, 3.3: Poupatempo [40]

39 Spiro, Annette: Zeit sparen in São Paulo - Das ‚Poupatempo‘ von Paulo Mendes da Roche in Itaquera. In: ARCH+, Nr. 190, Dezember 2008
40 Spiro, Annette: Offene Räume in São Paulo. In: Werk, Bauen + Wohnen, April 2003

Entsprechend hat es also auch wirtschaftliche Gründe, dass bei der Entwicklung des Projektes Multiples Haus grundsätzlich von der Aktivierung von Bestandsgebäuden ausgegangen wird und eben nicht von der Investition in neue Gebäude. Letzteres wäre weder mit dem aktuellen Leerstand von Gebäuden in den schrumpfenden Dörfern noch mit dem ganzheitlichen Ansatz des Projekts vereinbar. Ausserdem unterstützt dieser Ansatz auch den additiven Ausbau von Dienstleistung auf dem Land, der im weiteren noch ausführlich erläutert wird.

In den nun folgenden Kapiteln der Arbeit werden die Region am Stettiner Haff und ausgewählte Dörfer vorgestellt.

Nach einer ersten Interviewrunde und dem ersten Workshop vor Ort mit den verschiedensten Akteuren und Bürgermeistern wurde eine Vorauswahl von drei Gemeinden getroffen; später wurde noch ein weiteres Dorf in die Untersuchung aufgenommen. Kriterien bei der Auswahl war zum einen das Interesse des jeweiligen Bürgermeisters, da sich ein Multiples Haus in einem Dorf nicht „von außen“ initiieren lässt. Zum anderen wurden Dörfer mit unterschiedlicher Struktur und unterschiedlich ausgeprägtem gesellschaftlichem Leben gesucht.

Den Teilnehmern des ersten Workshops wurde ein Fragenkatalog zu den Bedürfnissen des ländlichen Lebens und den Kriterien für ein Multiples Haus zur Beantwortung vorgelegt, ausgewertet, aktualisiert und nach dem zweiten Workshop als Fragebogen in die Projektdörfer gegeben.
Die Auswertung dieses Fragebogens und die Auswertung der Interviews sind Grundlagen für die Bedarfs- und Kriterienkataloge in dieser Arbeit.

Hervorzuheben ist, dass es in diesen Dörfern wie auch in anderen Regionen Deutschlands die unterschiedlichsten Ansätze zur „Selbsthilfe“ gibt, das diese Akteure aber unabhängig voneinander zahlreiche Probleme anführen, die langfristige und nachhaltige Lösungen behindern und schlechtestenfalls sogar verhindern.
Ein Schwerpunkt im folgenden Praxisteil dieser Arbeit wird sich deshalb mit einer beispielhaften Problemanalyse und Lösungsansätzen beschäftigen.

Die Region Stettiner Haff

Die Region Stettiner Haff liegt im äußersten Nordosten Deutschlands, in Mecklenburg-Vorpommern. Sie grenzt im Osten an die polnische Großstadtregion Szczecin, im Norden an die Ostsee und im Westen und Süden an die Planungsregion Mecklenburgische Seenplatte und den brandenburgischen Landkreis Uckermark. Die Lage an Ostsee und Haff, die Insel Usedom, Peenetal, Randowbruch und die Uecker, große Moorflächen, die Ueckermünder Heide, landwirtschaftliche Nutzung und ausgedehnte Wälder prägen das Landschaftsbild. Die in der Modellregion Stettiner Haff betrachteten Gebiete sind die Landkreise Ostvorpommern und Uecker-Randow.

Wie in der Studie: Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume – LandInnovation – nachzulesen ist das Stettiner Haff traditionell ein gering

besiedeltes Gebiet, welches immer wieder durch gezielte Besiedelungsmaßnahmen gefördert wurde, die den im 14. bzw. Mitte des 20. Jahrhunderts durch Krankheit und Krieg hervorgerufenen Bevölkerungsverlusten entgegengesetzt wurden. In der Siedlungsstruktur Vorpommerns dominieren daher Dörfer und Landstädte. Es entstanden Städte, wie Ueckermünde (1230), Pasewalk (1240) und Penkun (vor 1284) aber lediglich Anklam (1243) und Wolgast (1128) konnten sich als überregionale Verwaltungs- und Handelszentren, als Hansestädte herausbilden. Diesen Status konnten beide aber nicht bis in die heutige Zeit halten. Nur in dem agrarisch weniger nutzbaren Gebiet entstand die „Industrialisierungsinsel“ Torgelow-Eggesin, die aber keine überregionale Bedeutung erlangt hat.

Gezielte Besiedelungsmaßnahmen waren beispielsweise die im 13. Jahrhundert stattfindende deutsche Ostkolonisation, währenddessen wichtige Teile der heute erhaltenen Siedlungsstruktur angelegt wurden. Die Anwerbung von südwestdeutschen, niederrheinischen und niederländischen Bauern erfolgte durch askanische Landesherren unter Zuhilfenahme von sogenannten Lokatoren. Im 14. Jahrhundert kam es zur Verödung vieler Dörfer und einer drastischen Entsiedelung durch die spätmittelalterliche Agrarkrise, die Pestwellen und dem Dreißigjährigen Krieg. Im 17./18. Jahrhundert kam es nach der Rückgabe der schwedisch besetzten Gebiete südlich der Peene an Preußen (1720) zu einer gezielten Ansiedlungspolitik des preußischen Staates. Neben den Hugenotten wurden Kolonisten aus dem süddeutschen, thüringischen und pfälzischen Raum angeworben. [41]

Im 17. und 18. Jahrhundert setzte sich neben den freien Landstädten auf dem flachen Land im vollen Umfang die Gutswirtschaft durch. Begleiterscheinung waren leibeigenschaftsähnliche Rechtszustände der abhängigen Landbevölkerung und das sogenannte Bauernlegen, also die Einziehung von Bauernstellen zugunsten der Gutsbetriebe. Dagegen schritten die preußischen Könige aus militärischen Erwägungen seit der Mitte des 18. Jahrhunderts ein und verboten das weitere Einziehen der Bauernstellen, um die Rekrutierung der Soldaten auf der Grundlage des Kantonswesens nicht zu gefährden. In Schwedisch-Pommern unterblieb ähnliches und so erreichte am Ende des 18. Jahrhunderts hier die Gutswirtschaft einen ähnlichen Höhepunkt wie im benachbarten Mecklenburg. [42]

Eine erneute Aufsiedlung erfolgte im 19. Jh. beziehungsweise im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts im Zuge der so genannten Inneren Kolonisierung. Auf vielen Gütern wurden neue Bauernstellen durch überregional tätige Siedlungsgesellschaften geschaffen.
Seit Beginn des 20. Jahrhunderts entstanden in touristisch attraktiven Gebieten Wochenend- und Ferienhaussiedlungen, wie zum Beispiel auf Usedom die sogenannten ´Kaiserbäder` und die kleineren Bäder-Dörfer direkt am Stettiner Haff. Diese sind auch heute wichtige Tourismus- und damit Wirtschaftszentren der Region. Derzeit wirken sich die Tourismuszentren der Küste aber wenig befruchtend auf das Hinterland aus, welches mehr als Durchreisegebiet dient.
Das Hinterland Ostvorpommerns und Uecker-Randows ist durch Landwirtschaft und kleine Dörfer beziehungsweise Siedlungen mit traditionell 30 bis 400 Einwohnern geprägt. Allerdings sei hier vermerkt, dass genaue Angaben zu den Bevölkerungszahlen in der Mehrzahl nur für

Abb. 3.4, 3.5: Stettiner Haff

41 Beetz, Stephan; Neu, Claudia; Plieninger, Tobias: Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume – LandInnovation – Zwischen Berlin und Stettiner Haff. Eine naturräumliche, politische und sozioökonomische Analyse der Region Barnim/Uckermark/Uecker-Randow. Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Berlin (2005), Materialien Nr. 3, Seite 23-24
42 http://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_Pommerns

Gemeinden veröffentlicht wurden und werden. Als Gemeinde werden Siedlungen und Dörfer zusammengefasst und erreichen somit höhere Bevölkerungszahlen.

Mecklenburg-Vorpommern war von den Kampfhandlungen des II. Weltkrieges relativ wenig betroffen und wurde daher eines der Hauptziele der aus den größeren Städten evakuierten Bevölkerung sowie der späteren Flüchtlings- und Umsiedlerströme. [43]
Lebten beispielsweise 1939 1.405.403 Personen in der Region, stieg die Bevölkerung 1946 auf 2,1 Mio. an, wobei sich die weibliche nahezu verdoppelte. In den 1950er Jahren fiel die Bevölkerungszahl wieder unter 2 Mio., erreichte 1964 ihr Minimum von 1,892 Mio. und stieg bis 1988 auf 1,978 Mio. an. Bereits in den letzten beiden Jahrzehnten der DDR ist aber eine unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung innerhalb Mecklenburg-Vorpommerns nachweisbar. Während man im mecklenburgischen Landesteil ein verhaltenes Bevölkerungswachstum registrierte, befand sich Vorpommern bereits in einer Schrumpfungsphase. [44]

Da zu jener Zeit die Geburtenzahlen etwa doppelt so hoch lagen wie heute, war die Abwanderung damals weit stärker als derzeit. 1971 lebten 590.079 Personen in Vorpommern, 1990 nur noch 566.144. Sowohl vor als auch nach der Wende blieb Vorpommern die Region mit dem stärksten Bevölkerungsrückgang innerhalb des heutigen Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern.
Die jahrhundertealte Struktur der Großgrundbesitzer, der preußischen Junker, Grafen und Fürsten und deren eingesetzte Bauern und Landarbeiter wurde ab Kriegsende 1945 durch Enteignung aufgelöst und der Großgrundbesitz durch eine Bodenreform an Bauern, Landarbeiter und Umsiedler verteilt.
Seit 1949 bis in die 1950er Jahre erfolgte eine erneute Umstrukturierung aller Ackerflächen in Agrargenossenschaften, um die Eingliederung in die zentrale Planwirtschaft zu bewerkstelligen. [45]

Nach der politischen Wende wurden diese Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) durch Rückerstattung beziehungsweise Aufkauf der Flächen durch ehemalige LPG-Abteilungsleiter aufgelöst. [46]

Die unterschiedlichen Siedlungsstrukturen und Sozialverfassungen haben die Untersuchungsregion nachhaltig geprägt und – neben den naturräumlichen Merkmalen – zu lokal unterschiedlichen Entwicklungspfaden beigetragen. Charakteristisch ist für die Region, dass ein sehr wesentlicher Teil der historischen Entwicklung durch staatliches Handeln geprägt wurde und damit auch Bevölkerungsstrukturen in einer gewissen politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit verblieben. [47]

43 Klüter, Helmut: Wüstungen in Vorpommern – Bedrohung für den Ländlichen Raum (LR). In: Greifswalder Beiträge zur Regional-, Freizeit- und Tourismusforschung Nr. 16 (2005), Seite 2
44 Klüter, Helmut: Wüstungen in Vorpommern – Bedrohung für den Ländlichen Raum (LR). In: Greifswalder Beiträge zur Regional-, Freizeit- und Tourismusforschung Nr. 16 (2005), Seite 2-3
45 Rust, Christian: „Deutschland und die Nachkriegsordnung. Großbritannien, die Vereinigten Staaten und die Grundlagen einer Friedensregelung mit Deutschland in Paris 1919 und Jalta/Potsdam 1945“ Dissertation, Dissertation FU Berlin, FB Geschichts- und Kulturwissenschaften (2001), Seite 87, 103
46 Rust, Christian: „Deutschland und die Nachkriegsordnung. Großbritannien, die Vereinigten Staaten und die Grundlagen einer Friedensregelung mit Deutschland in Paris 1919 und Jalta/Potsdam 1945“ Dissertation, Dissertation FU Berlin, FB Geschichts- und Kulturwissenschaften (2001), Seite 92
47 Beetz, Stephan; Neu, Claudia; Plieninger, Tobias: Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume – LandInnovation – Zwischen Berlin und Stettiner Haff. Eine naturräumliche, politische und sozioökonomische Analyse der Region Barnim/Uckermark/Uecker-Randow. Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Berlin (2005), Materialien Nr. 3, Seite 24

3.2. Steckbriefe – Vorstellung der vier Modelldörfer

3.2.1. Modelldorf Gladrow

Gladrow gehört der Gemeinde Wrangelsburg an, welche sich in der Mitte des Landkreises Ostvorpommern befindet. Wrangelsburg liegt ca. 5 Kilometer nordöstlich von Züssow, dem Amtsitz des Landkreises und ca. 15 Kilometer südöstlich von Greifswald. Die Gemeinde Wrangelsburg ist dem „Oberzentrum“ Greifswald zugeordnet.
Das Spielhaus in Gladrow, ein ehemaliges Pommersches Wohnhaus mit Reetdach, wurde 1999 vom Verein „Spielhaus e.V.“ gegründet und ausgebaut. Es fanden Puppenspiele, Familientreffen, Frauennachmittage (Handwerkskurs: Spinnen) und Feste darin statt. Als Einzugsgebiet wurde der Landkreis Ostvorpommern mit Usedom und Rügen angegeben. Mit Auflösung des Vereins 2008/09 suchte man nach Nachfolgern. Seit August 2009 vermietet die Gemeinde dieses Haus an den VASF (Verein zur Förderung der Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklung in der Region Greifswald und Umgebung e.V), welcher derzeit ein attraktives Nutzungskonzept sucht.
Im Dorf existieren derzeit außer der Bushaltestelle, einem Telefon und einem Briefkasten keine „öffentlichen Einrichtungen“ mehr.

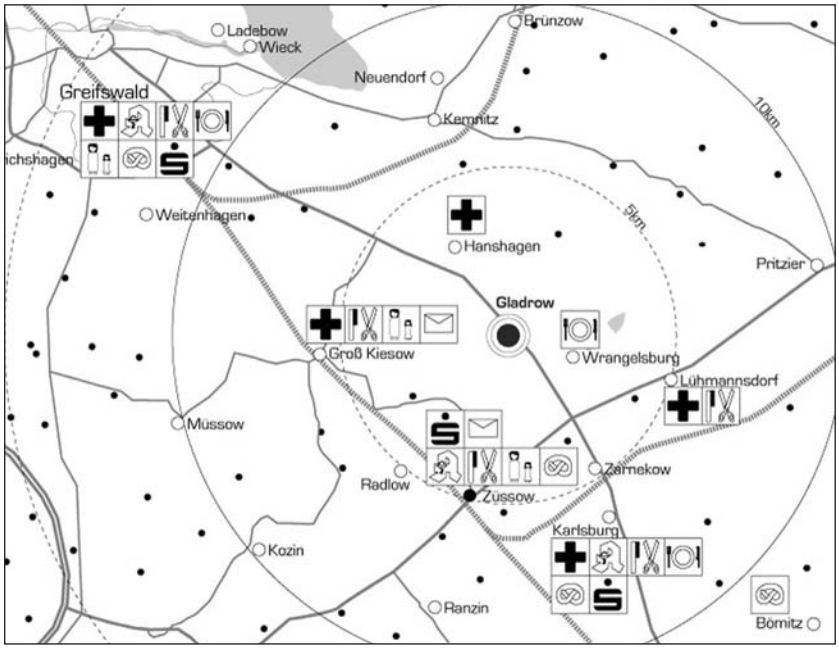


Abb. 3.6: Kartenauszug mit Entfernungen von Projektdorf Gladrow, mit beispielhaften Dienstleistungen der Umgebung.

Kulturlandschaft der Gemeinde Wrangelsburg:

„Felder, Wiesen und Wälder kennzeichnen die Landschaft. Die einfachen Ortsverbindungen und Wege sind ideal für Radtouren.“ [48]

Das Herrenhaus in Wrangelsburg wurde um 1880 errichtet. Dieses soll auf dem mittleren Teil des Wrangelschen Schlosses (um 1600-1686) errichtet worden sein.
Im Erdgeschoss befindet sich ein renovierter großer und ein kleiner

48 www.amt-zuessow.de

Saal, in dem hochwertige Oster- und Adventsmärkte Gäste aus der gesamten Region anlocken (11.000 Besucher).
Von den Wirtschaftsgebäuden des Gutes sind noch mehrere erhalten. Eines ist die älteste Feldsteinscheune des Landkreises, welche ungenutzt und baufällig ist. Andere Nebengebäude werden zum Teil von der Papiermanufaktur beziehungsweise dem Verein „Chancen nutzen e.V." genutzt oder befinden sich in privaten Besitz. Die Papiermanufaktur in Wrangelsburg ist überregional bekannt für die Pflege alten Handwerks: der Kunst der Papierherstellung. Sie beherbergt zudem die einzige Holzdruckbuchstabenwerkstatt in Norddeutschland.
Entlang des Südufers des Schlosssees ließ Carl Gustav Wrangel ab 1643 einen repräsentativen Park mit weitläufigem Obstgarten anlegen. Ende des 19. Jahrhunderts wurde dieser zum englischen Landschaftspark mit See erweitert.
Im Dorf gibt es eine Gaststätte: den Dorfkrug (14-17 Uhr geschlossen), welcher von dem amtierenden Bürgermeister Herrn Juds betrieben wird. Weiterhin ist ein Fensterbauer, eine Hundeschule und ein Autolackierer ansässig.

Steckbrief:

Das Dorf **Gladrow** hat 52 Einwohner.
Die Gemeinde **Wrangelsburg** hat 219 Einwohner, davon sind 15 Kinder (31.12.2008)

Ehrenamtlicher Bürgermeister: Andreas Juds, Besitzer des Dorfkruges in Wrangelsburg.

Zur Gemeinde gehören die Dörfer (Ortsteile in Amtsdeutsch)
Wrangelsburg: 167 EW
Gladrow: 52 EW
Bundesland: Mecklenburg-Vorpommern, Landkreis: Ostvorpommern, Amt: Züssow, Sitz in Züssow, Außenstellen in Gützkow, Ziethen
Gemeindefläche: 14,99 km²
14,6 EW/km²

Wirtschaftsstruktur: Landwirtschaft, Reiterhof, gewerbliche und handwerkliche Kleinunternehmen, Handel und Freiberufler.

Weblinks:

Gemeinsam mit Wrangelsburg wird auch das Spielhaus beworben. Hintergrundinformationen zu dem Dorf Gladrow sind nicht erhältlich.

- http://www.amt-zuessow.de/
- http://www.vorpommern-sued.de/Wrangelsburg
- http://www.vfas.de/projekte.htm

3.2.2. Modelldorf Löwitz

Das Dorf Löwitz liegt ca. 20 km südlich der Hansestadt Anklam und ca. 10 km vom „Grundzentrum“ Ducherow entfernt.
Im Dorf, bis zum Juni 2009 noch Sitz der gleichnamigen Gemeinde, jetzt zugehörig zur Gemeinde Ducherow, existieren außer der Bushaltestelle, einem Telefon und einem Briefkasten keine „öffentlichen Einrichtungen“ mehr und auch der ehemalige Konsum, Gasthof, Schule und Kindergarten stehen leer. Abseits der Hauptstraße befindet sich der Gemeinderaum, welcher heute für die aller zwei Wochen stattfindenden Sprechstunden des Arztes für Allgemeinmedizin (Herrn Dr. Jakubowski) und für Treffen der Volkssolidarität genutzt wird.

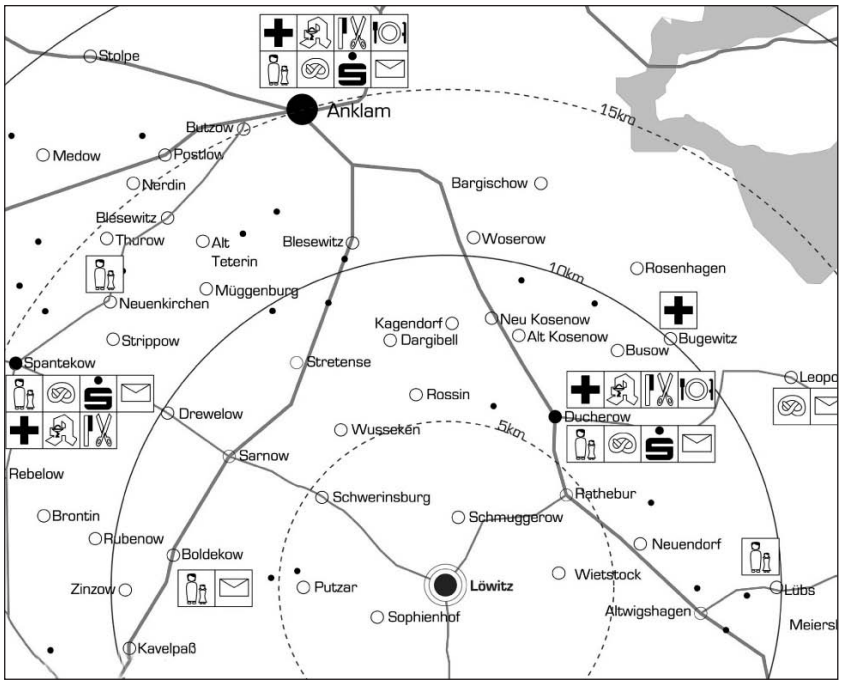


Abb.3.7: Kartenauszug mit Entfernungen von Projektdorf Löwitz, mit beispielhaften Dienstleistungen der Umgebung.

Kulturlandschaft der Gemeinde Löwitz:

„Eine reizvolle und ursprüngliche Natur mit Seen, Wäldern, Wiesen und geschichtsträchtigen Orten mit liebenswerten Menschen lädt zum Verweilen ein.“ [49]
Das Land ist reich an Gewässern, Wäldern und Feldern, jedoch traditionell sehr dünn besiedelt. In der Umgebung von Schmuggerow gibt es vor allem ein reges Vogelleben. Störche nisten hier regelmäßig. Seltene Vögel wie z.B. der Schwarzstorch und die Kraniche sind hier zu finden. Von Frühjahr bis Herbst und selbst im Winter können Sie hier einen wahren Chor von Vogelgezwitscher genießen. In den Wäldern der Umgebung treffen Sie auf viel Wild, darunter Wildschweine und Rotwild. [50]
Das Löwitzer Schloß wurde 1989 gesprengt, die Schlossparkanlage ist noch weitgehend erhalten und wird von der Gemeinde gepflegt. Auf dem Friedhof mit der kleinen Feldsteinkirche aus dem 17. Jahrhundert (1990 saniert) befindet sich eine Grabanlage der ehemaligen Schlossherren zu Schwerin.

49 www.amt-anklam-land.de
50 http://www.schlossschmuggerow.de/

Das Schloß in Schwerinsburg fiel 1945 einer Brandstiftung zum Opfer. Der Schlosspark ist noch erkennbar, Teile der Parkmauern sind erhalten.

Das Gutshaus in Schmuggerow ist in Privatbesitz und wurde zu einer Ferienwohnanlage umgebaut.

Das Gutshaus in Sophienhof ist in Privatbesitz und wird derzeit saniert.

Steckbrief:

Das Dorf **Löwitz** hat 134 Einwohner.
Die Gemeinde **Ducherow** hat 2545 Einwohner. (31.12.2008)
Ehrenamtlicher Bürgermeister: Herr Karsten Naumann, Rechtsanwalt

Zur Gemeinde gehören die Dörfer (Ortsteile in Amtsdeutsch):
Ducherow: 2011 EW
Busow: 99 EW
Löwitz: 136 EW
Schmuggerow: 124 EW
Sophienhof: 39 EW
Schwerinsburg: 131 EW (0-19 Jahre: 21, 20-49 Jahre: 46, 50+ Jahre: 64)

Bundesland: Mecklenburg-Vorpommern, Landkreis: Ostvorpommern, Amt: Anklam Land, Sitz in Spantekow, Außenstellen in Krien und Ducherow
Gemeindefläche: 54,24 km²
46,92 EW/km²

Wirtschaftsstruktur: Landwirtschaft
Wirtschaftsstruktur in Ducherow: Gewerbe, keine größeren Industriebetriebe
Soziale Infrastruktur in Ducherow: Kindertagesstätte, Regionalschule mit Grundschule, Allgemeinarzt, Apotheke, Gaststätte, Hotels, Pensionen, Jugendclub, Sportvereine, Kleiderkammer

Mobile Händler liefern 2x die Woche: Backwaren, Obst/Gemüse, Eier, Fleisch, Fisch, Getränke

Weblinks:

Löwitz:
http://de.wikipedia.org/wiki/L%C3%B6witz

Ducherow:
http://www.amt-anklam-land.de/cms/front_content.php?idcat=43
http://de.wikipedia.org/wiki/Ducherow

Schmuggerow:
http://www.schlossschmuggerow.de/

Schwerinsburg:
-

3.2.3. Modelldorf Schlatkow

Das Dorf Schlatkow liegt ca. 14 km nördlich von der Hansestadt Anklam und ca. 10 km vom ´Grundzentrum` Züssow entfernt.
Das nur teilweise in seiner ursprünglichen Form erhaltene Gutshaus mit den Nebengebäuden und der ehemaligen Feldscheune, welches 1934-1945 als überregional ausbildende Pommersche Melkerschule betrieben wurde, dient heute als Gemeindezentrum mit einem Vereinsraum, Bibliothek, Ausstellungsraum für Wechselausstellungen und Klavierabenden, einer festen Ausstellung „Krieg und Frieden in Vorpommern – 200 Jahre Waffenstillstand zu Schlatkow“, Teeküche, Sommerterrasse (an Wochenenden von Mai bis Mitte September, 14-17 Uhr geöffnet) und Abenteuerspielplatz. Die Scheune wird für öffentliche und private Feiern genutzt. Im Gutshaus gibt es eine Sammelunterkunft für Radtouristen des durch Schlatkow führenden Radweges ´Peenetal Rundweg`. An „öffentlichen Einrichtungen“ gibt es in Schlatkow ansonsten lediglich eine Bushaltestelle, ein Telefon und ein Briefkasten.

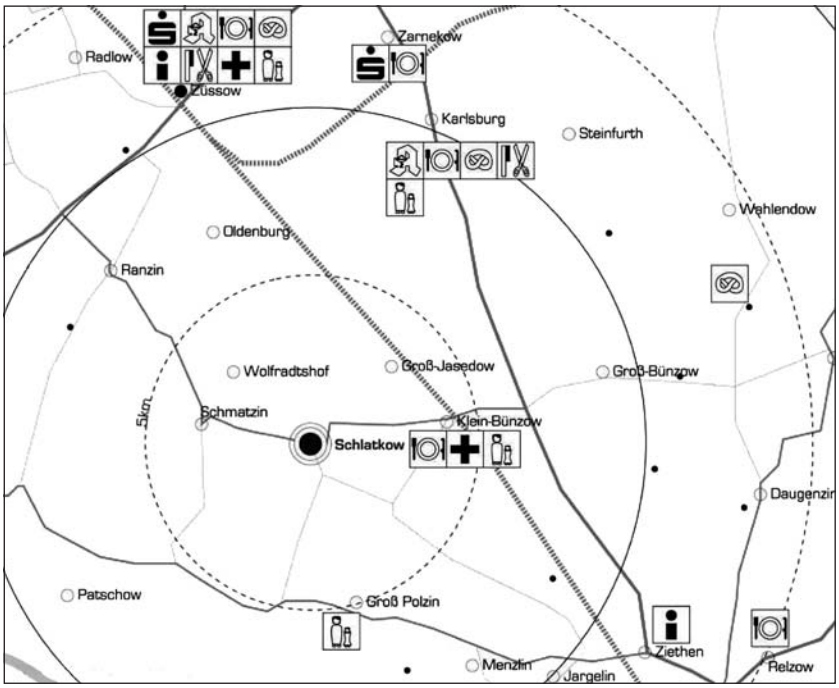


Abb.3.8: Kartenauszug mit Entfernungen von Projektdorf Schlatkow, mit beispielhaften Dienstleistungen der Umgebung.

Kulturlandschaft der Gemeinde Schmatzin:

Die Gemeinde Schmatzin liegt an der „Vorpommersche Dorfstrasse“, welche als eine Gruppe von Siedlungen und Landschaftselementen zwischen Gützkow und Anklam an beiden Peeneufern touristisch und kulturell entwickelt wird. Die „Vorpommersche Dorfstrasse“ ist „durch ihre zahlreichen historischen Stätten, ihre malerischen Dörfer und das ökologisch wertvolle Peenetal ein Paradies für Urlauber, die das Abenteuer in einer noch unberührten Landschaft suchen.“ [51]

In Schlatkow gibt es neben der nur teilweise Original erhaltenen Gutsanlage und ehemaligen Melkerschule (Anlage von Fachwerkgebäuden

51 http://www.schlatkow.de/tourismus_kul-tur.html

von 1768) die Feldsteinkirche Maria Magdalena (ev.) mit barocker Ausstattung aus der Zeit um 1700 mit einem freistehenden restaurierten Glockenstuhl (18. Jh.) sowie ein bronzezeitliches Hügelgrab und eine Sieben Tonnen Findlingskulptur.
Schlatkow definiert sich als Kulturdorf entlang der Vorpommerschen Dorfstraße und setzt daher schrittweise einen Dorfrundgang mit eigenem Farbkonzept und Grünanlagen um.

Die Gutsanlage in Schmatzin wurde um die Jahrhundertwende in Backstein erbaut ist heute wieder in Privatbesitz und wird mit 1000 ha als Landwirtschaftsgut betrieben. Im Dorf ist ein bronzezeitliches Hügelgrab erhalten.

Die Gutsanlage in Wolfradshof wurde im Neoklassizistischen Stil erbaut. Im Gutspark ist das sehenswerte zwölf Apostel-Winterlindenrondell und ein eiszeitlicher Kultstein erhalten. Im Dorf gibt es ein bronzezeitliches Hügelgrab.

Steckbrief:

Das Dorf **Schlatkow** hat 151 Einwohner, davon sind 6 Kinder
Die Gemeinde **Schmatzin** hat 321 Einwohner (31. Dez. 2008).

Ehrenamtlicher Bürgermeister: Dr. Klaus Brandt

Zur Gemeinde gehören die Dörfer (Ortsteile in Amtsdeutsch)
Schmatzin: 139 EW
Schlatkow: 152 EW
Wolfradshof: 30 EW

Bundesland: Mecklenburg-Vorpommern, Landkreis: Ostvorpommern,
Amt: Züssow, Sitz in Züssow
Gemeindefläche: 17,64 km²
18,2 EW/km²

Wirtschaftsstruktur: Landwirtschaft
Soziale Infrastruktur: Sommerterrasse, Vereine

Mobile Händler liefern: Backwaren, Obst/Gemüse, Eier, Fleisch, Fisch, Getränke, Kolonialwaren

Weblinks:

- http://www.schlatkow.de/
- http://www.amt-zuessow.de/index.phtml?view-77&SpecialTop=5
- http://www.vorpommern-sued.de/tiki-index.php?page=Gem_Schmatzin
- http://www.vorpommersche-dorfstrasse.de/rad.html
- http://www.gutshaeuser.de/gutshaeuser_s/schlatkow.html
- http://de.wikipedia.org/wiki/Schmatzin
- http://www.mittsommer-remise.de/htdocs/gut_kow.html

3.2.4. Modelldorf Vogelsang-Warsin

Vogelsang-Warsin liegt im nördlichen Teil der Ueckermünder Heide, knapp einen Kilometer vor dem Ufer des Stettiner Haffs. Die Grenze zu Polen ist etwa vier Kilometer entfernt, allerdings ohne Grenzübergang. Die nächstgelegene Stadt Ueckermünde, als ´Mittelzentrum` eingestuft, ist sieben Kilometer entfernt.
Im Dorf gibt es ein aktives Gemeindehaus, eine privat betriebene Früh- und Spätverkaufsstelle mit Imbiss, Selbstreparaturpunkt für Radfahrer, Postagentur, Schreib- und Drogeriewaren, einen Bäcker, Fischer (Familienbetrieb) mit Verkauf 1 x pro Woche, Zahnarzt, öffentliches Telefon, Briefkasten und Bushaltestelle.

Verhandlungen zur Gemeindezusammenlegung mit Luckow (682 EW, 3km Entfernung), zu welchem bereits das Dorf Rieth gehört und Altwarp (565 EW) zu welchem Altwarp-Siedlung gehört.

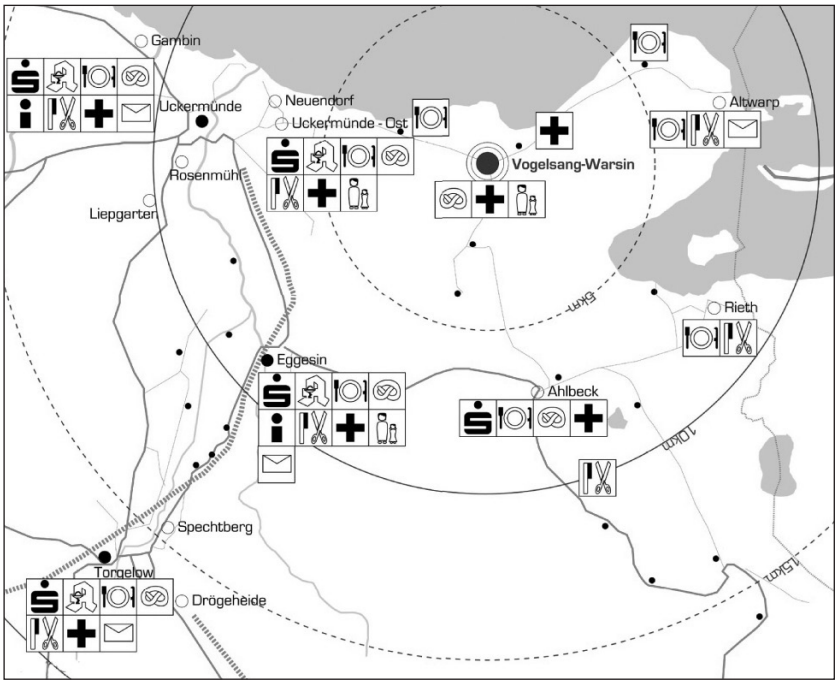


Abb.3.9: Kartenauszug mit Entfernungen von Projektdorf Vogelsang-Warsin, mit beispielhaften Dienstleistungen der Umgebung.

Kulturlandschaft der Gemeinde Vogelsang-Warsin:

Vogelsang-Warsin liegt in einem ausgedehnten flachen Waldgebiet. Warsin, der kleinere der beiden Ortsteile, liegt knapp einen Kilometer nordöstlich von Vogelsang am von Schilf umgebenen Südufer des Stettiner Haffs. Zu jeder Jahreszeit laden ein idyllischer Bootshafen und ein naturbelassener von Bäumen umsäumter Strand zum Verweilen ein. [52]

In Vogelsang befindet sich eine alte Schmiede und das 1847 im neugotischen Stil nach Plänen von E. Knoblauch und K.F. Schinkel erbaute Gutshaus mit Parkanlage und die Erbgrabstätte (1842) der Adelsfamilie von Enckevort. Das denkmalgeschützte Gutshaus befindet sich heute

52 http://www.vogelsang-warsin.de

wieder in Privatbesitz und wird derzeit als Wohneigentum erschlossen. (http://www.schloss-vogelsang.de) Der zugehörige Park ist in privatem Besitz aber dessen allgemeine Begehbarkeit wurde rechtlich festgelegt.

Es ist ein kleiner Hafen und Sandstrand vorhanden.

Sehenswert sind in der Umgebung die Binnendünen Altwarp und das Wacholdertal.

Steckbrief:

Das Dorf **Vogelsang-Warsin** hat 380 Einwohner (31. Dez. 2009).
194 männl. / 186 weibl.
0-19 Jahre: 38 (20 männl. / 18 weibl.)
20-49 Jahre: 146 (76 männl. / 70 weibl.)
50+: 196 (98 männl. / 98 weibl.)
Ehrenamtlicher Bürgermeister: Herr Gerd Walther, Vermessungsingenieur

Bundesland: Mecklenburg-Vorpommern, Landkreis: Uecker-Randow, Amt: Am Stettiner Haff, Sitz in
Eggesin und Ueckermüde
Gemeindefläche: 63,2 km²
6,1 EW/km²

Wirtschaftsstruktur: Waldwirtschaft, Fischerei, Kleingewerbe
Soziale Infrastruktur: Gemeindezentrum, Feuerwehr, Vereine, Zahnarzt, Kindertagesstätte, Früh- und Spätverkaufsstelle mit Post und Fahrradreparatur, Bäcker, Ferienwohnungen

Mobile Versorgung mit: Fisch, Apotheke, Bibliothek

Weblinks:

- http://www.vogelsang-warsin.de/
- http://de.wikipedia.org/wiki/Vogelsang-Warsin
- http://www.gutshaeuser.de/gutshaeuser_v/vogelsang1.html
- http://www.eggesin.de/stettiner_haff/gemeinden/vogelsang-warsin.php

3.3. Zwei Workshops – eine Auswertung

Im Rahmen der Bearbeitung wurden neben zahlreichen Interviews vor Ort mit den verschiedensten Akteuren zwei Workshops durchgeführt. Die Workshops sollten nicht nur „Arbeitsergebnisse hervorbringen“, sondern auch eine Testlauf sein für das Interesse in der Region am Projekt, und den Akteuren die Region so präsentieren, wie sie den Verfassern als „Besucher von außen“ aufgefallen ist. Auch deshalb wurde für beide Workshops die Kleinstadt Anklam gewählt:

Anklam ist Kreisstadt mit zentraler Lage in der Region Stettiner Haff. In der Historie als Hansestadt bedeutend, sind noch heute die großen Kriegsschäden im Stadtbild ablesbar. Anklam ist geprägt durch eine hohe Arbeitslosigkeit und einen hohen Prozentsatz an rechtsorientierten Wählern, aber die Stadt hat auch ein sehr kreativ organisiertes Theater und eine private Grafik- und Designschule – beide überregional bekannt (s.a. Interviews im Anhang). Diese Gegensätze, die sich im Stadtbild ebenfalls deutlich abbilden, werden von den Akteuren in der Region als zunehmend problematisch beschrieben, insbesondere auch in der Außenwerbung, in der das „Image“ einer Stadt eine wichtige Rolle spielt.

Sehr bewusst wurde als Veranstaltungsort die Aula der Grafikschule in einem denkmalgeschützten ehemaligen Fabrikgebäude aus der Gründerzeit gewählt. Der Imbiss wurde jeweils bei „Esslust“ geordert, einem der wenigen Läden auf dem Land, die regionale Bioprodukte wie Käse und Brot und eine eigene mittägliche Suppe vertreiben (s.a. Interview Frau Wegner, im Anhang).

Zum ersten Workshop im Februar 2009 wurden verschiedene Akteure eingeladen, um nach einer Vorstellung des Forschungsprojekts in Arbeitsgruppen einen Fragebogen zu beantworten und zu ergänzen, der Grundlage der Bedarfs- und Kriterienkataloge werden sollte. Die Verfasser waren sich von Anfang an des Vorteils bewusst, wenn sie „von außen“ auf die Region blicken, aber auch des Nachteils: im zeitlich eng begrenzten Rahmen der Projektarbeit ist eine sinnvolle Analyse der Region ohne engen Kontakt zu den Akteuren vor Ort nicht möglich.
Neben Vertretern von Vereinen, der Volkssolidarität, dem Agendabüro Stettiner Haff, etc. saßen bereits die ersten Dorf-Bürgermeister mit an den Tischen.

Abb. 3.10: erster Workshop, Grafik- und Designschule Anklam, 2009

„Walther (Bürgermeister Vogelsang-Warsin): - ISDN-Ausstattung, man braucht modernen Datenzugang, für Bürgerbüro oder anderen Sachen hinaus /- das wissen wir trotz aller Ankündigungen sieht sehr schlecht aus /- verschiedene Aussagen dazu, von Verhandlungen mit Telecom abhängig, genug Privathaushalte zusammenfinden, Einzugsbereich, Frage des Preises
Kautz (Landrat a.D.): - im Dorf sind es die Bürgermeister, die hier Ansprechpartner sein sollten, die Gemeindevertreter /- einen Hauptansprechpartner für die Umsetzung, Durchführung eines Multiplen Hauses bestimmen, der alles organisiert, in den Händen hat, Dörfer sehr unterschiedlich, die einen aktiv mit Vereinen, Dorffesten, in anderen läuft nichts.
Hiller (Agendabüro Stettiner Haff): - langwieriger Prozess um so etwas zu installieren, ein Jahr zu kurz, eher 10 Jahre notwendig; Was ist mit Nachhaltigkeit über Legislaturperioden hinweg? Zuständigkeiten / Wunsch nach: dauerhafte Tragfähigkeit, politische Unabhängigkeit, Trägerunabhängigkeit, Kontinuität
Hollunder (Bugewitz e.V.): - Diese Kontinuität, diese Langwierigkeit muss von uns kommen. Wir sind hier und bleiben auch hier.
Brandt (Bürgermeister Schlatkow): - wo wir Probleme haben: ist das ganze Vertragswesen, - Schwierigkeiten mit Finanzamt, mit Gewerbeaufsicht, mit Kommunalaufsicht“
Diskussionsrunde 1. Workshop

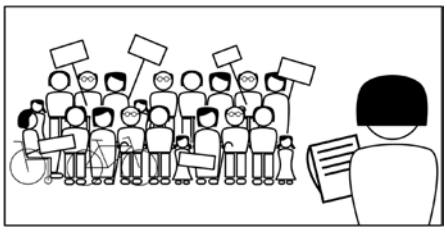
Resonanz zum 2. Workshop: „ANKLAM. Die Architektin Jana Reichenbach-Behnisch gibt sich kämpferisch. Sie halte nichts davon, kleine Dörfer auf Ortsteile herunterzustufen, sagt die temperamentvolle Frau mit den wachen Augen
am Rande des Workshops über das Installieren multipler Häuser in ländlichen Regionen. Was auf den ersten Blick ein wenig sperrig daherkommt, besitzt als Forschungsvorhaben, eingebunden in das bundesweite Projekt „Modellregion Stettiner Oderhaff“, einen bedeutungsschwangeren Hintergrund. Es geht um den Um- und Ausbau meist nicht mehr genutzter Häuser zu gemeinschaftlichen Stützpunkten von Dienstleistungen und Nachbarschaft in den vom Bevölkerungsschwund gebeutelten Dörfern Schmatzin im ostvorpommerschen Amt Züssow, Löwitz im Amt Anklam-Land und Vogelsang-Warsin im Uecker-Randow-Kreis. Reichenbach-Behnisch schlägt Alarm: „Der Verlust an kleinteiliger Infrastruktur in vielen von Abwanderung ausgezerrten Dörfern birgt die Gefahr der Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen aus dem öffentlichen Leben.“
Zarnekow, Hartmut: Multiple Häuser bringen Lebensqualität. In: Anklamer Zeitung, 07. Oktober 2009

Aus der abschließenden großen Gesprächsrunde und der Auswertung des Workshops festigten sich die bestimmenden Problemfelder in den Dörfern wie Mobilität, Grundversorgung, Nachbarschaft, Kommunikation und Internet, aber auch der Arbeitstitel „Multiple Häuser“ wurde bereits diskutiert.
Insbesondere diese Diskussion zeigte das hohe Maß an Aufgeschlossenheit in der Region für das Konzept, die durchaus kritische Auseinandersetzung mit der Idee der Multiplen Häuser und die große Bereitschaft zur Zusammenarbeit – ein (ehrenamtlicher!) Bürgermeister hatte für den Workshop extra Urlaub genommen.

Der zweite Workshop im September 2009 war vordergründig eine erste Präsentation des Projekts und des Arbeitsstandes vor den Landräten von Ostvorpommern und Uecker-Randow, den beiden Landkreisen, die als Modellregion „Stettiner Haff“ zusammenarbeiten. Geladen waren neben den Akteuren aber auch die Versorger der Region als potentielle „Sponsoren“, die örtliche Sparkasse und die Post als potentieller „Mieter“ in den Multiplen Häusern, die Bürgermeister der inzwischen vier Projektdörfer und das Bundesbauministerium als Förderer des Projekts.
Wenn auch einheitlich bedauert wurde, dass die Telecom der Einladung nicht gefolgt war und deshalb das auch für die Multiplen Häuser wichtige Thema der instabilen Internetversorgung in der Region nur einseitig zur Sprache kam, waren die Aussagen und Ergebnisse nach der abschließenden Gesprächsrunde doch so konstruktiv wie erfreulich:
Die Landräte, die nicht an der ganzen Veranstaltung teilnehmen konnten, bescheinigten dem Projekt ein großes Umsetzungspotential in der Region und versicherten ihre Unterstützung.
Post und Sparkasse betonten nicht nur den Willen zur Zusammenarbeit, sondern seitens der Post kamen sofort klare Vorschläge zu zentralen wettergeschützten Postanlagen im Multiplen Haus.
Die anwesenden Bürgermeister bekundeten gegenüber dem Bundesbauministerium ihr großes Interesse an einem Modellprojekt „Multiples Haus“ in ihren Dörfern und die Bereitschaft zur Arbeit in einem ersten Netzwerk.
Das Agendabüro Stettiner Haff hob besonders das große Werbe- und Marketingpotential der Multiplen Häuser für die Region hervor und auch positive Folgeeffekte, die in ihrem Umfang heute noch gar nicht komplett abgeschätzt werden könnten, auch in Bezug auf neue Handlungsfelder, die sich mit der Installation der Häuser ergeben werden.

Die Anwesenheit von wichtigen Vertretern der Bundes- und Landespolitik bei den Workshops war sehr zu begrüßen und für die Akteure selbstverständlich sehr wichtig.
Für die Verfasser waren die Ergebnisse, wie geplant, eine wichtige Grundlage für die Aufstellung der Bedarfs- und Kriterienkataloge.

3.4. Bedarfskatalog der Gemeinden



Auf der Grundlage der geführten Interviews und der Auswertung der Workshops wurde ein Bedarfskatalog aufgestellt, in dem mögliche Nutzungen aufgeführt sind. In Form eines Fragebogens (Bedarfsumfrage) sollen sie nach „Dringlichkeit“ bewertet werden aber auch nach der Frequenz ihrer Nutzung.

Die Auswertung der Fragebögen und die Schnittmenge der Nutzungen ist Grundlage für die ganz praktischen Anforderungen an ein multiples Gebäude – ganz allgemein für den Ländlichen Raum und ganz speziell für das einzelne Dorf.

Die wirklichen Bedürfnisse der Dorfbewohner können sehr unterschiedlich sein. Letztendlich zeichnen sich aber in der Auswertung ganz deutlich die wichtigsten Bedürfnisse ab, die durchaus nicht täglich oder wöchentlich angemeldet werden aber in jedem Fall im Dorf selbst befriedigt werden sollen. Die Befriedigung dieser „Grundbedürfnisse“ stärkt und unterstützt die Selbständigkeit der Dorfbewohner und macht sie wieder unabhängig vom öffentlichen (Schulbus-)Verkehr und vom naturgemäß eingeschränkten Angebot der mobilen Händler.

In der ersten Stufe sind die wirklichen „Grundbedürfnisse“ in der Verallgemeinerung für den Ländlichen Raum enthalten. Die zweiten Stufe stellen die erweiterten Bedürfnisses in der Region dar und in der dritten Stufe die speziellen Bedürfnisse im einzelnen Dorf.

1. Stufe „ Grundbedürfnisse“ - Ländlicher Raum

- Medizinische Grundversorgung und Pflege
- Einkauf von Grundnahrungsmitteln (Backwaren, Fleischwaren, Milchprodukte, Obst, Gemüse)
- Apotheke
- Post
- Geldverkehr und Finanzberatung
- Körperpflege und Gesunderhaltung „Beauty & Wellness” (Friseur, Kosmetik, Massage)
- Bürgerbüro
- Öffentliche Veranstaltungen
- Bibliothek
- Gastronomie*

**Aufgrund der vielfältigen Möglichkeiten, wie eine „gastronomische Versorgung“ auch nur tageweise im Dorf betrieben werden kann – vom „Kaffeeklatsch“ und mitgebrachtem Kuchen über Dorffeste und Vereinsleben bis hin zu Lese- und Computercafe und der kleinen Gaststube – wird diese nicht als zentraler Begriff „Gastronomie“ abgefragt. Eine „Theke“ als kommunikativer Treffpunkt und als praktische Unterstützung von Verkauf und jeder Art von „geselligem Beisammensein“ ist hier als „Grundbedarf“ gesetzt.*

Bereits in dieser Stufe zeichnet sich ab, dass in den Bewohnern des Ländlichen Raums auch die sozialen und kulturellen Defizite „Grundbedürfnisse“ auslösen. In der zweiten Stufe wird das noch deutlicher.

„Ich bin 1980 aus Berlin hierher gezogen. Da gab es in jedem Dorf noch eine Kneipe. Das war dort das Kommunikationszentrum. Da bin ich jeden Abend nach der Arbeit hin und habe auf diese Art und Weise die Leute kennen gelernt. Seit 1985 gibt’s in den Dörfern nördlich der Peene, von denen ich rede, keine Kneipen mehr. Die Leute haben kein Kommunikationszentrum. Dort war man jeden Tag und wusste was los war. Jetzt wohn ich da und weiß nicht was im Dorf los ist. Und das funktioniert eben nur, wenn ich auch was ausschenke, als Gaststätte mit Stammtisch und so weiter.“
Quelle: Interview mit Dr. Waßermann, Grafik- und Designschule Anklam

„Beratungs- und Bildungsangebote in die Dörfer zu bringen, ist einfach ganz doll wichtig. Und wir werden es jetzt bei der Kommunalwahl erleben. Wie da die Rechten einmarschieren. Die machen das nämlich. Die machen das in den ländlichen Gebieten. Die machen der Dorfjugend Angebote. Die machen Pfadfinderspiele. Die erzählen über den Führer und über das Volk.
Und wir machen gar nichts. Wir machen irgendwelche sinnlosen Sachen: Kochen gegen Braun aber wir bringen es nicht dahin, da wo sie leben."
Quelle: Interview mit Peter Fels, Bündnis für Familie Uecker-Randow

„Wir sind jetzt gerade dabei mit der Telecom auf den Weg zu bringen, dass unsere Gemeinde doch noch DSL bekommt, weil wir waren ursprünglich nicht vorgesehen. Klar, wäre es auch schön auch einen Internetzugang zu haben, das der Bürgermeister in seiner Sprechstunde Donnerstags auch mal das ein oder andere Formular für den Bürger aus dem Netz ziehen kann. Das der eben nicht zur Amtsverwaltung oder zum Landkreis brauch. Das man da natürlich auch wieder Technik braucht, ist auch klar. Also DSL wird kommen. Entweder noch in diesem Jahr, spätestens Anfang nächsten Jahres, das haben wir jetzt vertraglich vereinbart mit der Telekom. Als Gemeinde müssen wir darüber nachdenken, wie wir damit umgehen oder welche Dienstleistung wir dann damit anbieten könnten. Wäre auch eine praktische Geschichte. Die dann auch allen zu Gute kommen würde."
Quelle: Interview mit Gerd Walther, Bürgermeister Vogelsang-Warsin

Es gibt bei uns keinen Bus nach Greifswald. Das ist ein echtes Problem und Greifswald ist die nächste Stadt. Von Anklam fährt auch nur zweimal am Tag ein Bus zu uns. Das kann man eigentlich nicht machen. Meine Kinder können nicht mal nach der Bücherei allein nach Hause fahren, weil es keinen Bus gibt."
Quelle: Interview mit Kristin Wegner, Höfelasen Esslust

2. Stufe Erweiterte Bedürfnisse – Die Region

Hier:
Das Stettiner Haff

Am Stettiner Haff gibt es noch keine flächendeckende Internetversorgung, der Altersdurchschnitt liegt weit über dem anderer Regionen und der Busverkehr beschränkt sich in der Mehrzahl der Dörfer auf den morgendlichen Schulbus aus dem Dorf heraus und einem mittäglichen und einem nachmittäglichen Schulbus in das Dorf hinein. Das spiegelt sich in der Wertigkeit der erweiterten Bedürfnisse wieder, die hier häufig genau so hoch, wie die der Grundbedürfnisse liegt.

- Computerservice (Computerhilfe, Internethilfe)
- Büroservice (Schreibservice, Buchhaltung)
- Fahrdienst (Personenbeförderung, Kurierdienst, Lebensmittellieferservice)
- Beratungsangebote (Versicherung, Geldanlagen, Gesundheitspflege)
- Vereinstreffen
- Kinderveranstaltungen
- Tanzveranstaltungen
- „Kaffeeklatsch"

3. Stufe Spezielle Bedürfnisse – Das Dorf

Hier:
Vogelsang-Warsin

Das Dorf Vogelsang-Warsin hat 380 Einwohner und aktuell eine relativ gute Grundversorgung. Im Ort ist eine Einkaufsmöglichkeit von Grundnahrungsmitteln fest installiert, es gibt eine Poststelle, ein Bürgerbüro und die fahrende Bibliothek kommt einmal im Monat. Trotzdem werden von den Dorfbewohnern die fehlenden Bedürfnisse aus der Liste in der Mehrzahl als sofortiger, aber mindestens mittelfristiger Bedarf angemeldet:

- Allgemeinarzt oder Gemeindeschwester
- Physiotherapie/ Krankengymnastik
- Friseur
- Massage
- Einkauf von Grundnahrungsmitteln, hier: Fleisch

Erweiterte Angebote der Stufe 2 sind vor allem die regelmäßigen Sport- und Kinderveranstaltungen. Dringendste Bedürfnisse sind hier:

- Computerhilfe, Internethilfe
- Beratungsangebote (Lebenshilfe, Sozialberatung, Pflege- und Altenwohnberatung)

Außerdem wird regionaltypisch der Busverkehr als „nicht ausreichend" eingestuft.
Besondere Angebote im Dorf sind aktuell der „eigene" Zahnarzt und der kleine Jugend- und Dorfclub. Das es in Vogelsang-Warsin bereits aktive Bemühungen und Ansätze gibt, das Dorf auch für Besucher attraktiv zu machen und das mit der alten Grundschule ein relativ großes

Gebäude als Multiples Haus zur Verfügung steht, kann man deutlich an den speziellen Bedürfnissen für das Dorf ablesen:

- Schullandheim
- Gemeindeküche
- Unterkünfte für Fahrradtouristen und Familien

Auf den nächsten Seiten sind die Grundlagen der einzelnen Bedarfsstufen abgebildet:

- die Auswertung der Bedarfsumfrage in den Arbeitsgruppen des ersten Workshops (Grundlage Stufe 1 und 2)

- als Beispiel „Dorf" die Auswertung der Bedarfsumfrage im Dorf Vogelsang-Warsin (Grundlage Stufe 3).

Hinweis: Im Teil „Hilfsmittel" wird der Bedarfskatalog als Fragebogen zur Verfügung gestellt

Auswertung Bedarfsumfrage 1. Workshop

Dienstleistung / Angebot	Bewerten Sie auf einer Punkteskala 1 - 5		Wie oft wird die 1x am Tag	Dienstleistung wöchentlich (1-3x)	14tägig	bzw. Angebot 1x im Monat	benötigt 4x im Jahr	? 2x im Jahr	1x im Jahr	auf Abruf / nach Bedarf
Apotheke	3353-54555	**4,2**	x	xxxxxx	xx	x				
Beauty & Wellness	3312-13311	**2,0**				xxxxxxx				
Bäcker	4454555545	**4,6**	xxx	xxxxxxx						
Berufsberatung	11-2-31325	**2,25**			x	x	xx	x	x	xx
Bibliothek	3323444532	**3,3**			xxxxx	xxxx				
Biolebensmittel	31-123331-	**2,1**		x	xxx	x		x		x
Buchhaltung	3221-2121-	**1,75**			x	xxxxx				
Büroservice	3323321214	**2,4**			xx	xxxxx				x
Catering/Partyservice	4141312114	**2,2**			x	xxx		x		xxxx
Chor	213343342-	**2,5**		xxx	x	xxx				
Computerservice & -hilfe	4332212521	**2,5**			xxx	xxxx				
Dekoration / Raumausstattung	41-1214-11	**1,8**				xx			x	x
Discjockey / mobile Diskotheken	31-441151-	**2,5**			x	xx	x			xx
Einkaufsservice & -hilfe	4544545552	**4,3**	x	xxxxxxx	x					
Bürgerbüro / Behörde	3344544534	**3,9**		xxxx	x	xx		x		
öffentliche Veranstaltung	3333544335	**3,6**			x	xxxxxxx	x			x
Fahrradreparatur, -wartung & -pflege	21-12233-1	**1,8**			xx	x		xxx		x
Farb- & Stilberatung	11114111--	**1,3**				xxxx		x	x	x
Finanzberatung & -vermittlung	22-3312224	**2,3**				xxxxxxx				xx
Fleischer	4344545345	**4,1**	xx	xxxxxx	xx					
Friseurdienste	34-4-44135	**3,5**		xxx	xx	xx				
Gartenarbeiten & -pflege	31-25131-4	**2,5**		xx	xx	xx				xx
Gemeinde-schwester	45-5535545	**4,5**	x	xxx	x					xxxx
Gesundes Wohnen / Feng Shui	21-13111-5	**1,8**		x		x			xx	xxx
Gesundheit / Nahrungs-ergänzung	22-24122-5	**2,5**			x	xxx				x
Getränkegroßhandel	41-343113-	**2,5**		x	xx	xxx				
Hausarzt	45-5555555	**4,8**		xxxxxx		xx				
Haushaltsservice & -hilfe	43-4444225	**3,5**		xx	xxx	x				xx
Hausmeister- & Hauswartservice	41-3144222	**2,5**		xx	xx	x				xx
Kaffeeklatsch	45-3543555	**4,3**	x	xxxx	xx	x			x	
Kfz-Zulassung	21-11113-2	**1,5**				xx				xxx
Kinderbetreuung	43-3452523	**3,4**	x	xxx						xxx
Kinderveranstaltung	32-355354-	**3,75**				xxxxxx				xx
Kurierdienste	45-2543543	**3,8**	x	xxxxx		x				x
Lebensmittellieferservice	55-3544545	**4,4**	x	xxxxx	x					x

Dienstleistung / Angebot	Bewerten Sie auf einer Punkteskala 1 – 5		Wie oft wird die	Dienstleistung		bzw. Angebot	benötigt	?		
			1x am Tag	wöchentlich (1-3x)	14tägig	1x im Monat	2x im Jahr	2x im Jahr	1x im Jahr	auf Abruf
Lese- & Schreibhilfe	32-23423-4	**2,87**		x	xx	xx				xxx
Lesung	32-2222224	**2,3**				xxxx		xx		
Maniküre / Pediküre	21-252335-3	**3,25**		x	x	xxxx				x
Massagen	31-2524225	**2,8**			xxx	xxx				xx
Möbelmontage / -reparatur	12-2112---	**1,5**				xx		x		xxx
Obst / Gemüse	23-3335525	**3,4**		xxxxx	x	x				
Personal Trainer	11-13122--	**1,57**				xx		x		xxx
Personenbeförderung	55-3534552	**4,1**	xx	xxxxx						x
Pflanzen & Gartenpflege	22-15131-2	**2,1**		x	x	xx		x		x
Pflege & Betreuung	55-3524545	**4,2**	xx	xxxxxx						
Polsterreinigung	11-11121-1	**1,12**		x		xx			xx	xx
Physiotherapie / Krankengymnastik	25-3534545	**4,0**		xx	xx	xxx				x
Post	33-3535533	**3,6**		xxxxxx		x				x
Psychologische Beratung / Lebenshilfe	22-34323-5	**1,8**			xxx		x			xxx
Rechtsberatung / Rechtsanwälte	21-23213-1	**1,8**				xx	x		x	xxxx
Reinigungsservice	31-122322-	**2,0**		x		xxx		x	x	x
Sauna	32-13321-	**2,1**		x	xx	xxx				x
Sachverständige / Gutachter	11-11212--	**1,28**				xx	x	xx		xx
Schmuck & Accessoires	13-12112--	**1,57**				xx	x	xx		x
Seniorenbetreuung	35-3524555	**4,1**	x	xxx	x	xx				
Seniorentanz & -musik	25-3523542	**3,4**			xx	xxxx	x			
Showtanz	11-3212---	**1,3**				x		xx	x	x
Spiele / Unterhaltung	22-241455-	**3,12**		x	xx	xxx				x
Steuerberatung / betriebswirtschaftliche Beratung	21-23112--	**1,7**				xx	x	x	x	xx
Tanzunterricht	12-12122-2	**1,6**				xxx				xxx
Teppichreinigung	11-1121—1	**1,14**				x			x	xxx
Tierpflege & -betreuung	12-1423-2-	**2,1**			xx	x		x		xxx
Tiersalon	11-1112---	**1,16**				xxx				x
Tierärzte / Tierambulanzen	22-3534441	**3,1**		x	x	xxx				xx
Unterhaltung/ Künstler	21-35332--	**2,7**				xx	xx			xx
Versicherung / Geldanlagen	22-131232-	**2,0**				xxxx			x	xx
Vereinstreffen	32-3535551	**3,5**		xx	x	xxxx				
Wäscherei	32-1323323	**2,4**			x	xxx	x			xx
Yoga	21-13112--	**1,57**			x	xx		x		xx
Änderungsschneiderei	13-131122-	**1,75**				xxx		xx		xx

Dienstleistung / Angebot **Ergänzte Angebote**	**Bewerten Sie auf einer Punkteskala 1 – 5**	**Wie oft wird die** **1x am Tag**	**Dienstleistung** **wöchentlich (1-3x)**	**14tägig**	**bzw. Angebot** **1x im Monat**	**benötigt** **2x im Jahr**	**?** **4x im Jahr**	**1x im Jahr**	**auf Abruf**
Energieberater	2 3								x
Haushaltberater	24								x
Fotograph	2								x
Fischhändler	2		x						
ISDN-Anschluß									
Spielplatz	5								
ÖPNV-Haltestelle	4		x						
Gottesdienst	3				x				
Wohnumbau-, Lebens- u. Seniorenberatung	5				x				

Dorf: *Vogelsang-Warsin* Ansprechpartner: *Gerd Walther (Bürgermeister)*

Notizen

Bedarfsumfrage

für die Initiierung eines Multiplen Hauses im eigenen Dorf.

Was ist unter einem Multiplen Haus zu verstehen?
Es ist ein vielfältiges flexibel nutzbares Haus. Es ist zentraler Anlaufpunkt der Dorfbevölkerung aber auch der Dienstleister von Außen. Ein Allgemeinarzt oder eine Gemeindeschwester, ein Zahnarzt, ein Friseur, eine BeraterIn für soziale, kommunale oder finanzielle Belange können sich stundenweise einmieten und somit der Dorfbevölkerung Ihre Dienste anbieten. Es kann eine Verkaufsstelle eingerichtet werden, in der Lebensmittel aber auch Waren des täglichen Bedarfs stundenweise angeboten werden. Ein Café lädt zum treffen am Sonnabendnachmittag ein oder der Stammtisch am Dienstag Abend.
Das multiple Haus bietet eine flexible Grundausstattung, die von jedem genutzt werden kann. Organisiert von der Bevölkerung selbst. Organisiert aber auch durch ein zu bildendes Netzwerk mit anderen Multiplen Häusern der Region.

Dieser Fragebogen soll Aufschluss über den derzeitigen Zustand des Dorfes geben. Über die kulturellen und sozialen Aktivitäten der eigenen Bevölkerung aber auch der Versorgung mit Lebensmitteln, der medizinischen und sozialen Betreuung. Gleichzeitig nimmt er die Änderungswünsche in der Versorgung und kulturellen sowie sozialen Gemeinschaft auf.

Dieser Fragebogen ist Grundlage für die zielgerichtete Installation eines eigenen Multiplen Hauses, das auf die Bedürfnisse vor Ort angepasst ist aber auch durch die Initiative der Bevölkerung zum Leben erweckt und erhalten werden soll.

Das Ziel der Ideensuche ist das Zusammentragen von möglichst vielen Wünschen, Ideen, Anliegen, Vorschlägen etc. Es geht (noch) nicht darum, diese Beiträge zu bewerten oder ihre Realisierbarkeit abzuschätzen. Die Ideensuche ist in erster Linie ein (durchaus ernst gemeintes!) Gedankenspiel, das möglichst viel und möglichst verschiedenes „Material" für solch ein flexibel nutzbares Haus liefern soll.

Ist-Zustand des Dorfes:		Dorf	in 5km Umkreis
Einwohner	insg.	*380 (11.12.2009)*	
	männlich	*194*	
	weiblich	*186*	
Im Alter zwischen	0-19	*38*	*20 m / 18 w*
	20-49	*146*	*76 m / 98 w*
	50+	*196*	*98 m / 98 w*

Anzahl der Teilnehmer an der Umfrage *15*

Notizen

im Dorf		in 5km Umkreis	Welche Angebote an ÖPNV sind vorhanden?
. Ja	◆ nein	.....nein.....	Zug
. Ja	. nein	.....ja.....	Bus
. Ja	◆ nein	.....nein.....	Rufbus
. Ja	◆ nein	.....ja	Taxi

Öffentliche Einrichtungen	Was ist vorhanden?
Dorfgemeinschaftshaus	z.B. Kommune / Sport
Jugendherberge	
Feuerwehr	
Sporthalle	
Badestrand	
Dorfclub (Kulturarbeit)	
Märchengruppe	Vereine
Line Dancer	
Familienbildungs- Fremdenverkehrs-zentrum (mit Kinderverein)	
Jagdgenossenschaft	
Anglerverein	
2 Vereine für Bootssport	
Schloß	Sehenswürdigkeiten
Binnendünen Altwarp	
Schlosspark	
Wacholdertal	
Erbgruft	
Strand	
ehem. Schmiede	
.....	

◆ Ja	. nein	.....	Ist ein Bürgerhaus vorhanden?
. Ja	. nein	.....	Bei Nein: Ist ein entsprechend nutzbares Haus vorhanden, dass leer steht bzw. freie Räume hat (Beispiele: Bahnhof, Gasthof, Schule, Gutshaus, Laden, etc.)?

Wer besitzt das Bürgerhaus bzw. das andere Haus?

◆ Ja	. nein	.....	Gemeinde
. Ja	. nein	.....	Privat
. Ja	. nein	.....	Unbekannt
◆ Ja	. nein	.....	Hat es eine zentrale Lage im Ort?
. Ja	◆ nein	.....	Ist es das gefühlte Zentrum des Ortes?
. Ja	◆ nein	.....	Ist es auch für Durchfahrende leicht zu finden?
. Ja	. nein	.....	Ist es deutlich ausgeschildert?

Grobe Einordnung des baulichen Zustandes:

. kaputt	. kleine Reparaturen	◆ in Ordnung	Dach
. kaputt	. kleine Reparaturen	◆ in Ordnung	Fenster
. kaputt	. kleine Reparaturen	◆ in Ordnung	Türen
. keine	. Kohle . Holz . Gas	◆ Öl . Strom	Heizart
. weiß nicht			

Dorf: *Vogelsang-Warsin* Ansprechpartner: *Gerd Walther (Bürgermeister)*

Notizen

Bedarfsumfrage

für die Initiierung eines Multiplen Hauses im eigenen Dorf.

Das Ziel der Ideensuche ist das Zusammentragen von möglichst vielen Wünschen, Ideen, Anliegen, Vorschlägen etc. Es geht (noch) nicht darum, diese Beiträge zu bewerten oder ihre Realisierbarkeit abzuschätzen. Die Ideensuche ist in erster Linie ein (durchaus ernst gemeintes!) Gedankenspiel, das möglichst viel und möglichst verschiedenes „Material" für solch ein flexibel nutzbares Haus liefern soll.

Welcher Altersgruppe gehören Sie an?

. 0-19
4 ◆ 20-49
10 ◆ 50+

Wie mobil sind Sie?
(Doppelnennungen natürlich möglich!)

Fahrrad		◆ Ja *10*	◆ selten *2*	. nie
Auto		◆ Ja *14*	. selten	. nie
Bus	*nicht ausreichend*	◆ Ja *1*	◆ selten *1*	◆ nie *3*
Rufbus		. Ja	. selten	◆ nie *4*
Taxi		◆ Ja *1*	◆ selten *2*	◆ nie *3*
Zug	*nicht im Ort vorhanden*	◆ Ja *1*	◆ selten *2*	◆ nie *2*

Was ist zur Zeit in Ihrem Dorf vorhanden?
Bitte teilen Sie uns Ihre Meinung durch ankreuzen der betreffenden Felder mit.

Bedarf	**Vorhanden**		**Wie oft wird diese Leistung vor Ort angeboten?**					
	dauerhaft	**mobil**	**2 x pro Woche**	**1 x pro Woche**	**aller 14 Tage**	**1 x im Monat**	**2 x im Jahr**	**1 x im Jahr**
Lebensmittelversorgung:								
Backwaren	IIIII IIIII IIII							
Obst/Gemüse	IIIII IIIII IIII							
Eier	IIIII IIIII IIII							
Fleisch	I							
Fisch	IIII I	III		IIIII II				
Getränke	IIIII IIIII IIII							
med. Versorgung / Körperpflege:								
Allgemeinarzt								
Zahnarzt	IIIII IIIII IIII							
Apotheke	I	IIII						
Physiotherapie/ Krankengymnastik								
Massage								
Friseur								
Tanz	I						IIIII IIIII	
Sport	III			IIIII IIII				
Dienstleistung / Warenverkauf:								
Post / Kurierdienst	IIIII IIIII III							
Chem.Reinigung								
Änderungs-schneiderei								
Bibliothek / Vide-othek		III				IIIII IIIII		
Schreibwaren	IIIII III							
Drogeriewaren	I							

Bedarf	**Vorhanden**		**Wie oft wird diese Leistung vor Ort angeboten?**					
	dauerhaft	**mobil**	**2 x pro Woche**	**1 x pro Woche**	**aller 14 Tage**	**1 x im Monat**	**2 x im Jahr**	**1 x im Jahr**
Beratung / Hilfe:								
Bürgerbüro	II			IIIII IIIII II				
Berufsberatung (Jugendamt, Agentur f. Arbeit)								
Sozialberatung, Psychologische Beratung / Lebenshilfe						I		
Steuerberatung/ betriebswirtschaftliche Beratung								
Versicherung / Geldanlagen								
Krankenkassen, Pflege-, Altenwohnberatung								
Energieberater								

Was wünschen Sie sich in Ihrem Dorf?
Bitte beschränken Sie sich NICHT selbst indem Sie jetzt bereits an die Finanzierung oder Umsetzung denken. Einfach wünschen ! Bitte ergänzen Sie Ihre Ideen.

Bedarf	**Wie dringend wünschen Sie sich dieses Angebot im Dorf?**				**Wie oft sollte diese Leistung vor Ort angeboten werden?**					
	sofort	**mit-tel-fristig**	**später**	**gar nicht**	**2x pro Woche**	**1x pro Woche**	**aller 14 Tage**	**1 x im Monat**	**2 x im Jahr**	**1 x im Jahr**
Lebensmittelversorgung:										
Backwaren										
Obst/Gemüse										
Eier										
Fleisch		I		I		II				
Fisch										
Getränke										
med. Versorgung / Körperpflege:										
Allgemeinarzt / Gemeinde-schwester	IIIII	IIIII I			II	I				
Zahnarzt										
Apotheke	I	I				I				
Physiotherapie/ Krankengymnastik	III	III	I			II				
Massage	IIII	III				II				
Friseur	IIIII	II				II				
Sport		I			I					
Tanz	I									
Dienstleistung / Warenverkauf:										
Post / Kurier-dienste										
Chemische Reini-gung, Änderungs-schneiderei		II			I					
Bibliothek/Video-thek		I								
Schreibwaren										
Drogeriewaren		I								
Touristeninfo		I								
Angelplaketten		I								

Bedarf	**Wie dringend wünschen Sie sich dieses Angebot im Dorf?**					**Wie oft sollte diese Leistung vor Ort angeboten werden?**				
	sofort	**mittelfristig**	**später**	**gar nicht**	**2x pro Woche**	**1x pro Woche**	**aller 14 Tage**	**1 x im Monat**	**2 x im Jahr**	**1 x im Jahr**
Beratung / Hilfe:										
Bürgerbüro	I									
Berufsberatung (Jugendamt, Agentur f. Arbeit)				I						
Sozialberatung, Psychologische Beratung / Lebenshilfe		IIII		I		I		II		
Steuerberatung/ betriebswirtschaftliche Beratung				I						
Versicherung / Geldanlagen / Finanzierung				I						
Krankenkassen, Pflege-, Altenwohnberatung	I	II	III	I		I		II		
Energieberater										I
Lese- & Schreibhilfe		I								
Computerhilfe / Internet	III	IIII								

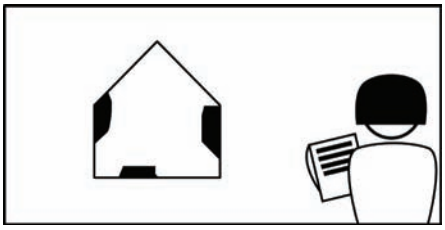
zusätzlich könnte im Multiplen Haus stattfinden / vorhanden sein / angeboten werden:
- touristische Betreuung für Wandergruppen
- Zusammenarbeit mit Jugendherberge, Touristenstation Ueckermünde
- Nutzung des Segelhafens, Segelverein
- Café + Imbißstube für Öffentlichkeit, Touristen, Abendessen möglich (Kooperation mit vorh. „Früh + Spät“

Mögliche Vereinsarbeit im Multiplen Haus:
- Schullandheim für Gruppen
- 1 Gemeindeküche, 1 Aufenthaltsraum
- 2 Unterkünfte für Fahrradtouristen oder Familien (Nutzung der Erfahrung aus der Umgebung, siehe Dorka u.co)

Das alltägliche Leben ist geprägt durch die gegenseitige Hilfe und Unterstützung.
Das sogenannte Ehrenamt.
Bitte kreuzen Sie folgendes für Sie zutreffendes an. Bitte ergänzen Sie Ihre Ideen.

Ehrenamt / Gegenseitige Hilfe:	**Dies tun sie bereits bzw. könnten Sie für andere tun.**	**Diese Hilfe brauchen / bekommen Sie von anderen.**	**Was könnte in einem multiplen Raum / Haus stattfinden?**
Einkaufsservice & -hilfe			
Fahrradreparatur			I
Haushaltsservice & -hilfe			
Hausmeister- & Hauswartservice	I		III
Pflanzen- & Gartenpflege	I		I
Tierpflege & -betreuung	I		I
Lese- & Schreibhilfe	I		I
Computerhilfe / Internet	II		IIIII
Holzwerkstatt			
Vereinsarbeit			
für Kinder	I		I
für Jugend	I		III
für Erwachsene	I *(Dorfclub)*		I
für Senioren			II
für alle			I
Kirchgemeinde			
Café			III
Stammtisch			II
Spielraum			III
Ehrenamt / Gegenseitige Hilfe:	**Dies tun sie bereits bzw. könnten Sie für andere tun.**	**Diese Hilfe brauchen / bekommen Sie von anderen.**	**Was könnte in einem multiplen Raum / Haus stattfinden?**
Familienfeste (priv.)	I		III
Ausstellung / Heimatstube	I		II
Themenmarkt / Dorffest	I *Strandfest*		I
Dorfzeitung / Dorfblatt	*Homepage pflegen (Dorfclub)*		
Veranstaltungen (Basar)			I
variable Ausstellungen			I
Sommerkino für Kinder			I
Buchlesung / Vorträge			I
Kinderbetreuung / Babysport			I
Schüler-/Nachhilfe			I
Organisation Fahrgemeinschaften			I
Betreutes Wohnen			III
Begegnung Kinder u. ältere Menschen			I

3.5. Kriterienkatalog der Gemeinden



Auf der Grundlage der geführten Interviews und der Auswertung der Workshops wird ein Kriterienkatalog für die Auswahl von Dörfern und Gemeinden, für die Gebäudeauswahl und den Standort am Beispiel des Stettiner Haffs aufgestellt.

Ein Multiples Haus muss sich in zentraler Lage befinden, architektonisch den Ortscharakter unterstützen und damit Ortsidentität schaffen und stärken.

Das bildet die Grundlage dafür, dass ein Multiples Haus im Dorf angenommen wird bzw. dass Projekte aus dem Dorf heraus initiiert werden. Auch deshalb soll aufgelassene Bausubstanz genutzt werden, z.B. Gemeindehäuser, Schulen, Bahnhöfe oder Profanbauten, wie alte Gasthöfe.

3.5.1. Ort + Heimat – was unterstützt den Ortscharakter und was schafft Identität?

Lage und Charakter und damit die Auswahl des Gebäudes sind entscheidende Kriterien, um hier die wichtigsten Ziele zu erreichen:
- das Stabilisieren der Ortskerne,
- das Installieren einer sozialen Infrastruktur,
- das Festlegen und Unterstützen der Ortstypologie,
- das Entwickeln von Modellhäusern und
- das Etablieren von Modellhäusern in der Modellregion.

Ein Multiples Haus muss sich in zentraler Ortslage befinden, mit seiner Architektur den Ortscharakter unterstützen und damit Identität schaffen und stärken.
Diese Unterstützung ist besonders wichtig, damit ein Heimatgefühl entstehen und die Rückbesinnung auf die eigenen Wurzeln stattfinden kann und damit es eine positive Auseinandersetzung mit der Geschichte des eigenen Dorfes gibt. Durch die schleichende Auflösung der dörflichen Gemeinschaft sind es oft nur noch wenige Bewohner, die sich mit ihrem eigenen Dorf identifizieren. Auch diese gilt es damit zu unterstützen, um den stetigen Identitätsverfall und letztendlichen Verlust zu verhindern.

Was aber heißt hier **„Ortscharakter“**?
Überregional und allgemein bedeutet es, dass die historischen Merkmale der dörflichen Struktur herausgearbeitet werden und im einzelnen die prägenden Symbole, Materialien und Farben der Hausarchitektur.
Regional wird dieser Begriff entsprechend unterschiedlich behandelt:
Am Stettiner Haff gibt es wie in jeder Region dorfspezifische und ortsübergreifende Merkmale in der Dorfarchitektur. Zum einen haben die „Vorlieben“ der jeweiligen Ritter und Junker die Dörfer nachhaltig geprägt, zum anderen natürlich der Zeitgeschmack ihrer „Blütezeit“ und die typischen Baumaterialien der Region:
- Die Dorfanlagen säumen oft die Eingangsstraße zum obligatorischen Schloss oder gruppieren sich vor dem Eingang zur schlosseigenen Parkanlage. Die Art der Besiedlung ist seit Jahrhunderten vom zwar

„Im Sommer gibt es geführte Wanderungen durch das historische Vogelsang. Dies wird vom Förderverein „Natur und Leben am Stettiner Haff“ angeboten. 2006 haben wir damit angefangen und haben das auch immer fortgeführt. Wo wir also Schloss, Schlosspark, dann eine alte Schmiede und das Erbbegräbnis der Familie von Enckefort mit der Gruft zeigen. Das Erbbegräbnis ist so eine Art Feierhalle oder Kapelle, die Erbgruft und davor ist ein Glockenturm. Wo dann immer so zwischen 5 und 15 Leuten pro Wanderung kommen und sich dann ein bisschen über den Ort erkundigen. Auch viele Leute, die vor 30, 40 Jahren hier gewohnt haben, die gerade hier in der Gegend sind und die sagen: ´Ach, wie schön. Mal wieder eine Gelegenheit, sich ein paar Sachen anzusehen.` “
Quelle: Interview mit Gerd Walther, Bürgermeister Vogelsang-Warsin

„Vom Grundgedanken her, sollten bestimmte Standards eingehalten werden, eine regionale Ausrichtung.
Wir brauchen uns nur die Gastronomie und die Beherbergungslandschaft anzukucken. Gerade, wenn man als Fremder kommt und man geht in die eine Gaststätte und am nächsten Tag in die andere. Man wird da keinen Unterschied feststellen, weil die sich in der Bestuhlung vom Polster her vielleicht um einen My unterscheiden aber der Rest ist Nullachtfuffzehn, was eben überall herrscht.
Und das kann natürlich nicht sein. Es sollte schon so ein gewisses Ambiente hergestellt werden, was auch in die Region passt und wo man eine Aussage hat. Der Gast muss eben merken, der ist in Vorpommern und nicht irgendwo an der Tankstelle in Linofurth oder sonst wo.“
Quelle: Interview mit Jörg Kubiak, Verein Pommersches Landleben e.V.

flachen, aber sehr feuchten Land bestimmt. Ausgedehnte Langdörfer wie in den Tälern bergreicher Gegenden findet man hier selten.
- Da der Landadel zahlreich war, waren Dörfer und Schlösser das ebenfalls, aber nicht übermäßig groß. In Sophienhof reihen sich zwanzig Häuser an beiden Seiten der einzigen Dorfstraße, an deren Ende das Gutshaus steht mit Treppenturm und Zinnen.
- Landbesitz war vorrangig dem Adel vorbehalten, was die Landarbeiter länger als anderswo zu „Leibeigenen“ machte. Entsprechend klein und niedrig waren die Häuser im Dorf, mit einfachsten Raumgrundrissen und meist nur eingeschossig mit steilem Dach. Kirche und Pfarrhaus, ein Gasthof oder ein eigener Schulbau heben sich in der Dorfarchitektur heute noch ab.
- Folgerichtig wurden in den Dörfern bis weit ins letzte Jahrhundert hinein ausschließlich regionale, weil preiswerte Baumaterialien wie Lehm und Holz fürs Fachwerk, Feldsteine für Mauersockel oder ganze Wände und natürlich Schilf für die Dachdeckungen verwendet. Am Haff selbst, auf dem ein reger Schiffsverkehr nach Stettin und bis nach Ägypten unterhalten wurde, gab es z.B. in Vogelsang-Warsin regionale Ziegelbrennereien, was in der Dorfarchitektur dort heute noch deutlich abzulesen ist.

Solche historischen Merkmale sind vor der Auswahl eines geeigneten Hauses herauszuarbeiten und im Netzwerk der Multiplen Häuser als „Regel“ zu berücksichtigen und festzulegen, um den Wiedererkennungswert für Touristen und andere „Auswärtige“ zu erhöhen.

Abb. 3.11: historische Gutsanlage, Schlatkow

Der hohe Wiedererkennungswert muss aber auch den Dorfbewohner selbst ihre regionalen Wurzeln ganz bewusst und optisch vor Augen führen und bestenfalls auch noch ein ganz dorftypisches Merkmal zeigen, welches das einzelne Dorf wiederum in der Region heraushebt.

Ein Beispiel: Wenn am Stettiner Haff die Dächer der Multiplen Häuser mit einer traditionellen Schilfdeckung versehen werden, sollte zusätzlich geprüft werden, ob die ehemals ansässigen Ziegeleien nicht auch Dachziegel produzierten und somit eine Dachdeckung mit diesen traditionellen ortstypischem Material gewählt werden sollte.

Für jedes einzelne Dorf können auch sehr unterschiedliche Gebäude eine historische oder auch emotionale Bedeutung haben, die sich dem Auswärtigen auf den ersten Blick nicht erschließt. Im Dorf Gladrow wurde das ehemalige Tagelöhnerhaus von den Dorfbewohnern auch aus ganz pragmatischen Gründen ausgewählt: es stand leer, es liegt mitten im Dorf, es ist sehr klein und für die 52 Dorfbewohner blieb deshalb der Ausbau überschaubar. Aber in dieser Region ist auch ein Tagelöhnerhaus ein geschichtsträchtiges Gebäude:
Gerade aufgrund des zentralistischen Landbesitzes der Junker in der Geschichte der Region Stettiner Haff fehlte hier immer eine historische Bindung an Grund und Boden bei den Bauern – sie blieben Landarbeiter im Dienst des Brotherrn, Tagelöhner ohne ausgeprägtes Heimatgefühl.

„Schlatkow definiert sich also als ein Kulturdorf. Das ist so unsere Vision. Nicht nur zu sagen, wir haben hier bloß das Ensemble, sondern dass es einen Dorfrundgang gibt. Wir haben eine hochinteressante Kirche mit wunderbarem Inventar. Dann haben wir eine Gesamtdorfgestaltung für die Farblichkeit und die Grünanlagen. An manchen Stellen ist es noch nicht fertig aber es wird schon ersichtlich. Es soll das Gesamterlebnis „Vorpommersches Dorf“ ergeben. Ein bisschen Schick. Also nicht kitschig aber auch nicht so tristgrau.“
Quelle: Interview mit Dr. Klaus Brandt, Bürgermeister Schlatkow

Was heißt nun **„Heimat“**?
Nach ihrer Vertreibung 1945 und in den Folgejahren wurden die Landjunker am Stettiner Haff durch die LPG, die Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft, abgelöst, die gemeinschaftlichen Besitz aller suggerierte, aber an der eingesessenen Landbevölkerung vorbeiverwaltete. Für die Bauern, in der Historie ehemals „Der erste Stand“ im Staate, konnte sie das Beackern der eigenen Scholle nicht ersetzen und auch nicht die emotionale Bindung an privates Eigentum.

Aus einem Landstrich mit dieser Geschichte fällt der Wegzug leichter. Hier fehlen die Wurzeln, die die Menschen früher auch in schweren Zeiten in der „Heimat“ gehalten haben. Den Bewohnern wurde in der Vergangenheit immer gezeigt, dass sie hier kein eigenes Land zum Verwurzeln haben, denn ihre Geschichte war die Geschichte der anderen: des Landadels und der DDR-Landwirtschaft. Besonders junge Menschen suchen ihr Heil heute auch in der „Landflucht“, weil bäuerische Tradition und der Heimatgedanke ihnen fremd sind. Insbesondere für eine ländliche Region wie das Stettiner Haff ist es aber erforderlich, dass der Begriff „Heimat“, der dank deutscher Vergangenheit oft als rechtsbesetztes Unwort verstanden und leider heute noch verwendet wird, wieder vollständig positiv in den alltäglichen Sprachgebrauch übernommen und ganz modern mit den „regionalen Stärken“ ausgefüllt wird:

Ortsidentität kann also von einem ein Tagelöhnerhaus unterstützt werden, aber auch von einem alten Gasthof oder einem leerstehenden Bahnhof.

Ein weiteres ganz pragmatisches Entscheidungskriterium für ein bestimmtes Gebäude läßt sich aus einer der bekanntesten und vor allem

„Die Region war historisch geprägt durch Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft. Handwerk, Industrie und Handel waren bis 1945 stark durch die direkte Nachbarschaft zu einer Großstadt geprägt – vom Hafen, und den Wirtschafts- und Industriebetrieben profitierte auch die ländliche Region östlich Stettins – die heutigen Landkreise Uecker-Randow und Ostvorpommern. Bereits 1945 musste die Region diesseits der Oder also durch die Trennung von der Metropole einen kompletten wirtschaftlichen Strukturbruch verkraften. Es etablierten sich in den Folgejahren das Transportwesen, zunehmend auch die NVA und natürlich war die Region um Haff und Ostsee eine beliebte Tourismusregion. Die Agrar- und Forstwirtschaft und auch die Fischerei blieben große Arbeitgeber. Es gab also relativ große, teilweise stark subventionierte Wirtschaftsstrukturen, die ab 1989 wiederum völlig neuen Rahmenbedingungen unterworfen wurden. Mit den Folgen kämpft die Region noch zwanzig Jahre nach der Wende: So ein kompletter Strukturbruch hat auch einen starken Identitätsverlust zur Folge. Die Menschen hier empfanden ihre Heimat lange als Verliererregion, viele Menschen mussten nach der Wende ihre Heimat verlassen, um woanders Arbeit oder einen Ausbildungsplatz zu finden. Diese Menschen fehlen heute hier natürlich sehr – und auch deren Kinder, die nun in anderen Bundesländern geboren werden.“
Quelle: Interview mit Heidrun Hiller, Agendabüro Stettiner Haff

„Das Dorfgemeinschaftshaus haben wir vor zwei Jahren ins Dorferneuerungsprogramm reingenommen, [...]
Es ist jetzt nicht in dem Sinne zentral. Sie wissen ja, wir bestehen aus Ortsteilen – einmal dem ehemaligen Dorf Vogelsang und einmal dem ehemaligen Dorf Warsin. Wir haben an der zentralen Stelle nur noch sehr wenig kommunale Gebäude. [...] Aber von der Größenordnung her haben wir das ehemalige Schulhaus umgenutzt. Aber, weil Sie vorhin sagten: Fährt man daran vorbei? Es ist immer so ein bisschen in der Randlage. Es liegt nicht zentral. Wobei bei solchen kleinen Dörfern kann man jetzt nicht praktisch auf der grünen Wiese was neues planen, man muss ja irgendwo mit dem Vorlieb nehmen, was mal irgendwo an Struktur gewachsen ist. Und als nach dem Krieg das Schloss sich erweitert hat – wo wurde die Schule erbaut? Am damaligen Rand des Dorfes, wo Platz war. Das Dorf ist zwischenzeitlich weiter gewachsen. Es sind noch drei Häuser dazu gekommen."
Quelle: Interview mit Gerd Walther, Bürgermeister Vogelsang-Warsin

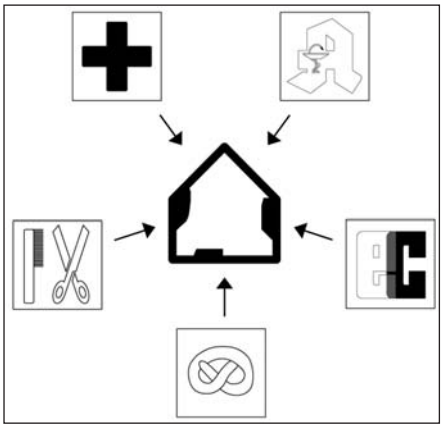
Abb. 3.12: derzeit ungenutzte Schule, Vogelsang-Warsin

überregionalen Folgen des Demografischen Wandels ableiten: dem Schließen der Dorfschulen.

In vielen Dörfern stehen Schulgebäude leer, die für eine private Nutzung oft zu groß oder ungünstig geschnitten sind, und deren Umbau für eine Wohnnutzung deshalb aufwendig ist – vorausgesetzt, es finden sich überhaupt „Zuzügler". Da auch die Unterhaltung der leerstehenden Gebäude oder der Abbruch Geld kostet, sollte dieses Geld in die grundhafte Sicherung des Gebäudes fliessen und in einen additiven, also schrittweisen Ausbau – in dieser Arbeit vorgestellt am Beispiel der derzeit leerstehenden Dorfschule im Dorf Vogelsang-Warsin. Damit wird auch wieder deutlich gemacht, dass das Konzept Multiple Häuser ein Langzeitprojekt ist, das die aktuelle und die zukünftige demografischen Entwicklung der einzelnen Dörfer und der jeweiligen Region optimal begleiten soll und für ein lebendiges Dorf in jeder seiner „Daseinsphasen" sorgen soll. Die Schulräume werden weiterhin optimistisch vorgehalten für neue Schul- und Lernkonzepte und für neue junge „Dorfbewohner" – wenn auch erst einmal anders genutzt oder raumweise „geparkt".

Hinweis: Im Teil „Hilfsmittel" wird der Kriterienkatalog „Ort und Heimat" als Fragebogen zur Verfügung gestellt.

3.5.2. Nutzung + Ausbau – was brauchen die einzelnen Nutzer?



Nachdem der eigentliche Bedarf der Dörfer an Nachbarschaft und Dienstleistungen festgestellt wurde, muss dieser Katalog die Fragen beantworten, welche Kriterien das Haus aus Sicht der gewünschten und potentiellen Nutzer erfüllen muss, damit ein optimaler Arbeits- und Aktionsraum für sie ensteht.

Generell wird in dieser Arbeit unterschieden zwischen sogenannten „flexiblen Nutzungen“ und sogenannten „festen Nutzungen“.

Als **Flexible Nutzungen** werden hier solche eingeordnet, die nur einen grundhaften Ausbaustandard des Raums und auch des Hauses erfordern und deshalb ohne Probleme im Tagesrhythmus wechseln können.
In diese Gruppe gehören grundsätzlich die:
- Nutzung durch Vereine
- Nutzung als Treffpunkt verschiedener Gruppen wie Nachbarn, Jugendliche, Kaffeekränzchen, Skatrunden, Familien zum Feiern, etc.
- Beratungsstellen
- „Internetcafe“ mit HotSpot
- Kinderbetreuung
- Ausstellungen und Vorträge
- Eingeschränkte Gastronomie ohne Alkoholausschank, wie ein Dorfcafe o.ä.
- Eingeschränkter Lebensmittelverkauf

Gastronomie und Lebensmittelverkauf stellen in dieser Gruppe die höchsten Anforderungen an die Räume und bilden deshalb die Grundlage für den Ausbaustandard, der für alle anderen Nutzer dieser Gruppe gleichzeitig die Attraktivität des Raums erhöht und damit die Flexibilität erhöht.
Die flexiblen Nutzungen bilden die Grundstufe des Multiplen Hauses und insbesondere kleinen Dörfern die Möglichkeit, viele verschiedene Nutzungen in einem Raum unterzubringen, ohne eine teure „Logistik“ vorzuhalten.
Diese Nutzergruppe bietet nur geringe Einnahmemöglichkeiten für das Multiple Haus.

Als **Feste Nutzungen** werden hier solche eingeordnet, die einen erweiterten Ausbaustandard des Raums und auch des Hauses benötigen und bei denen der geplante Wechsel im Tagesrhythmus auch mehr Organisation erfordert.
In diese Gruppe gehören grundsätzlich die
- Nutzung durch Ärzte, Gemeindeschwestern und Pflegedienste, etc.
- Nutzung durch Friseure, für kosmetische Behandlungen, Massagen und Physiotherapie, etc.

Aufgrund der hygienischen Anforderungen, die diese Nutzungen mit sich bringen, wird empfohlen dafür auf Dauer einen weiteren Raum im Haus vorzusehen und entsprechend auszubauen. Außerdem erhöht das die Attraktivität für die potentielle Nutzer.
Diese Nutzergruppe bietet gute Einnahmemöglichkeiten für das Multiple Haus.

„*Können Sie sich vorstellen in einem Raum, zum Beispiel eben eines Multiplen Hauses zu arbeiten?*
Ja. Ich war ja als Gemeindeschwester tätig. Da gab es das auf jedem Dorf. Da kam der Arzt und die Gemeindeschwester war zur Sprechstunde da. Da war auch die Mütterberatung, da machte man die Kontrollen und die Babys waren alle gut versorgt. Da hatte man noch einen engeren Kontakt zu den Patienten und mehr Zeit.
Aber es war ja keine Arztpraxis.
Nun, ein Raum der mit Medikamentenschrank, Schreibtisch, Stühlen und Liege ausgestattet war, mit Waage und was man so brauchte. Ansonsten hast du dir die Spritzen sterilisiert, in Alufolie mit einem Tupfer und alles rein in den Rucksack und hast zum Beispiel die Krippeimpfung gemacht. Das ging auch alles.“
Quelle: Interview mit Schwester Angela, Ambulanter Pflegedienst

Ein Multiples Haus mit zwei getrennten Nutzerräumen ist die optimale Raumvariante und im Aufwand-Nutzen-Verhältnis eine sehr wirtschaftliche Lösung.

„Jetzt muss ich sagen, dass praktizier ich schon mit der Sprechstunde seit 30 Jahren. [...] Das ist für mich ein Minusgeschäft. Aber aus Liebe zum Patienten – ich tu es für die Leute. [...]
Wen wollen Sie da als Landarzt hier motivieren? Das muss ein Landbube, ein Landmädchen sein. Vielleicht Wasser zu lieben, den Wald zu lieben und zu sagen: Ich hab meine Befriedigung in der täglichen Arbeit. Das ist es. Die gibt's immer weniger."
Quelle: Interview mit praktizierendem Arzt, Ostvorpommern

Selbstverständlich werden im nächsten Teil dieser Arbeit auch die Vor- und Nachteile der 1-Raum-Variante und geräumigerer Häuser vorgestellt, denn Wirtschaftlichkeit und Nutzen sind ganzheitlich zu betrachten und auch in Bezug auf die Größe des Dorfs, die Wünsche der Dorfbewohner und bereits vorhandene Nutzer individuell zu bewerten: Im Dorf Löwitz hält der Hausarzt aus Ducherow aller zwei Wochen eine Sprechstunde im Büro der alten Bürgermeisterei. Im Dorf Schwerinsburg kommt aller zwei Wochen eine Friseuse ins ehemalige Gemeindehaus und macht dort den alten Damen im Hinterzimmer die Haare. Beiden sollte mit dem Multiplen Haus zuallererst ein professioneller Raum gegeben werden, den sie sich auch „teilen" können. Dann findet sich vielleicht auch ein Nachfolger für den Arzt, wenn er „in Rente" geht – was er aktuell und aus gutem Grund bezweifelt.

In jedem Fall heißt das: die bereits durchaus vorhandenen Initiativen nutzen, festigen und ausbauen.

Die wichtige Klammer für beide Nutzungsarten soll in jedem Fall eine Art Neues Bürgerbüro bilden, dass als offener Verwaltungsraum den Übergang von der flexiblen Nutzung zur festen Nutzung bildet.

An einem Tag können junge Leute aus dem Dorf hier sitzen, die ihren älteren Nachbarn beim Umgang mit dem Computer und dem Internet behilflich sind und dafür in der freien Zeit kostenlos surfen können.
An einem anderen Tag sitzt hier eine nette Dame von der örtlichen Sparkasse, die aber auch den Antrag für den neuen Personalausweis aufnehmen darf oder Briefmarken verkauft.

„Bürgerämter (auch Bürgerbüros, Bürgerdienste oder Bürgerservices) sind Einrichtungen der Kommunalverwaltung, in der publikumsintensive Dienstleistungen für die Bürger an einer Stelle zusammengefasst sind."
Quelle: www.wikipedia.de

Beide nutzen dieselbe Logistik nur mit einem Unterschied:
einer ist „nichtzahlender" flexibler Nutzer, die andere ist „zahlende" feste Nutzerin.

Ein wichtiges Ziel ist also, dass Gemeinde, örtliche Sparkasse, Post, etc. die Multiplen Häuser in ihr Netzwerk von Beratungsstellen aufnehmen, gleichzeitig aber einen attraktiven Arbeitsplatz im Dorf angeboten bekommen, den sie mobil und flexibel nutzen können – s.a. Kapitel „Feste Partner und Sponsoring".

„Coworking (auch Co-working, engl. "zusammen arbeiten") ist ein sich seit einigen Jahren abzeichnender Trend im Bereich Neue Arbeitsformen. Freiberufler, Kreative und kleinere Startups, die unabhängig voneinander agieren oder in unterschiedlichen Firmen und Projekten aktiv sind, arbeiten in einem meist größeren Raum zusammen und können auf diese Weise voneinander profitieren. Coworking ermöglicht die Bildung einer Gemeinschaft („Community"), welche mittels gemeinsamer Veranstaltungen, Workshops, und weiterer Aktivitäten gestärkt werden kann. Dabei bleibt die Nutzung jedoch stets unverbindlich und zeitlich flexibel. So geschaffene Räumlichkeiten werden auch „Coworking Spaces" genannt."
Quelle: www.wikipedia .de

Was in den deutschen Großstädten aktuell unter dem Begriff:
co-working-places netzwerkartig installiert wird, kann hier auf das ländliche Leben zugeschnitten werden:

Es wird ein professioneller Arbeitsplatz „vermietet" – um die Logistik muss sich der Mieter nicht kümmern. Er kommt mit seinem Laptop unter dem Arm an, setzt sich auf einen Arbeitsstuhl an einen Schreibtisch, loggt sich ins Internet ein und arbeitet. Bestenfalls mietet er noch einen abschließbaren Schrank, damit er Fachliteratur oder Ablageordner nicht nach jedem Arbeitstag transportieren muss. Er nutzt Teeküche, WC-Anlage, Besprechungstisch, Briefkasten und Internetanschluss, wie in jedem anderen „Büro", teilt sich diesen Arbeitsplatz aber mit anderen Nutzern.

Auch für einzelne Dorfbewohner selbst bietet sich mit diesem Arbeitsplatz die Möglichkeit, Selbstständigkeit auszuprobieren, ohne gleich ein „richtiges“ Büro einzurichten oder anzumieten.

Unterschied zum „klassischen“ co-working ist im Multiplen Haus der „Besucherverkehr“:
Hier bietet der Nutzer des Büroarbeitsplatzes zusätzlich seine Dienstleistung an. Unter dem Begriff „Beratungsstelle“ kann das von der Rechtsberatung über Internetshopping bis hin zu den klassischen Aufgaben eines Bürgerbüros sehr vielfältig sein. Diese Vielfalt wird unterstützt durch die Möglichkeit zum täglichen Wechsel. Wird das Beratungsangebot einmal nicht genutzt, kann professionell andere Arbeit erledigt werden. Zusätzlich unterstützt wird die Effizienz zum einen durch das geplante Netzwerk der Multiplen Häuser, das bestenfalls in jedem Dorf einen solchen Arbeitsplatz anbietet, und zum anderen, wenn Gemeindeverwaltung, Sparkasse, Post, etc. sich in jeder Gemeinde auf eine einzige Person ihres gemeinsamen Vertrauens „einigen“ können.

Im Teil „Raumkatalog“ werden schematisch die wichtigsten flexiblen und festen Nutzungen vorgestellt und die einzelnen Anforderungen gegenübergestellt.
Da hier die Kenntnis von Verordnungen und häufig die Einholung von Genehmigungen unerlässlich sind, werden auch diese aufgelistet.

Hinweis: Im Teil „Hilfsmittel“ wird der Kriterienkatalog „Nutzer“ als Fragebogen zur Verfügung gestellt.

3.6. Organisationsformen und Rechtsgrundlagen

3.6.1. Einführung

„Die Einwohner, die Dorfbevölkerung traf sich am Wochenende hier draußen bei Kaffee und Kuchen.
Die haben erzählt, die wollten gar nicht wieder nach Hause gehen. Und dann kamen die Probleme. Aber so ist die Idee entstanden. War super. Gut gestartet, gut gelaufen und wir wollen es nicht einschlafen lassen. [...] In der Endkonsequenz hab ich gesagt: O.K. unser Verein zieht sich hieraus zurück. Das Ganze wird aber prompt unter der Schirmherrschaft der Gemeinde weitergeführt. Was ich damit zu Protokoll gegeben habe und dann haben wir das so weiter gemacht. Die Einnahmen wurden in den Gemeindehaushalt vereinnahmt, auf ein Sonderkonto. Und dann können wir das hier refinanzieren, wenn wir was hier machen wollen. Eh wir hier anfangen uns mit Versicherungen und allen möglichen Konzessionen zu beschäftigen und so weiter war das dann einfacher das unter dem Dach der Gemeinde auch als Risikoträger weiter zu führen.
[...]
Wenn wir das so in der Größenordnung weiterführen wollen ohne noch Leute dazu zu bekommen, machen wir das in der Form nicht. Das war jetzt mal ein Experiment. Das war das im Rahmen des Projektes versprochen. Das man mal zeigt, das man das machen kann. Es geht eben heute nur noch mit Vereinen. Auf gewerblicher Ebene sind viele Dinge hier gar nicht möglich, weil die Umsätze nicht kommen. Ich war 10 Jahre selbstständig, da muss mir also keiner erzählen, dass ich einen Umsatz haben muss, um davon zu leben. Und wenn sich dann jemand hinstellen will, mit 20 € Umsatz in der Woche, dann ist er doof. Hier muss im Prinzip, na ich will nicht sagen, eine Freihandelszone –. Eigentlich müsste man hier ein Reservat aus Vorpommern machen. Man müsste so einige Sachen abschaffen.“
Quelle: Interview mit Eheleuten Brandt, Bürgermeister Schlatkow

Leider können ambitionierte Projekte auch am eigenen Erfolg scheitern. In der Praxis folgt einer euphorischen ersten Phase mit dem rasanten Wachstum des Projekts häufig Ernüchterung, wenn plötzlich neue Verwaltungsvorschriften greifen, Anträge zu stellen sind und der erforderliche Verwaltungsaufwand die Akteure als „Laien“ zunehmend überfordert. Plötzlich fehlt die Kraft fürs eigentliche Projekt, da sie bereits in der Verwaltung des Projekts verschwindet.
Am Anfang eines Dorfprojekts Multiples Haus muss entschieden werden, welche Organisationsform für den Besitz und den Betrieb des Hauses gewählt werden soll, denn davon ist das ganze Bewirtschaftungskonzept abhängig.
In diesem Kapitel werden mögliche Organisationsformen vorgestellt, die den verschiedenen Nutzern eines Multiplen Hauses eine vertragliche und verwaltungstechnische Grundlage bieten können. Das soll heißen, dass sich nach dem Prinzip des **„car sharing“** die Dienstleister und andere Nutzer über Grundmiete und Nutzungsgebühren das Haus teilen.
In dieser Arbeit werden im Ergebnis einer größeren Analyse insbesondere die Gründung und der Betrieb eines Vereins und die Gründung und der Betrieb einer Dorfgenossenschaft vorgestellt und als Entscheidungshilfe die Vor- und Nachteile gegenübergestellt.
Außerdem wurden die theoretischen rechtlichen Aspekte betrachtet und die ganz praktischen Rechtsprobleme von Einzelprojekten ausgewertet, die bereits in den ersten Interviews zur Sprache kamen. Dazu gehören auch Probleme und Grenzen, auf die Akteure im Rahmen des Baurechts oder des Gewerberechts heute immer wieder stoßen, und die das Installieren neuer Ideen erheblich erschweren.

3.6.2. Organisationsformen – „house sharing“ und wie man es organisieren kann

Beim sogenannten „car sharing“ gibt es vom „nachbarschaftlichen Autoteilen“ über die Gründung von Mobil-Gemeinschaften, Vereinen oder Genossenschaften bis hin zu eigenständigen CarSharing-Unternehmen die verschiedensten Beispiele.

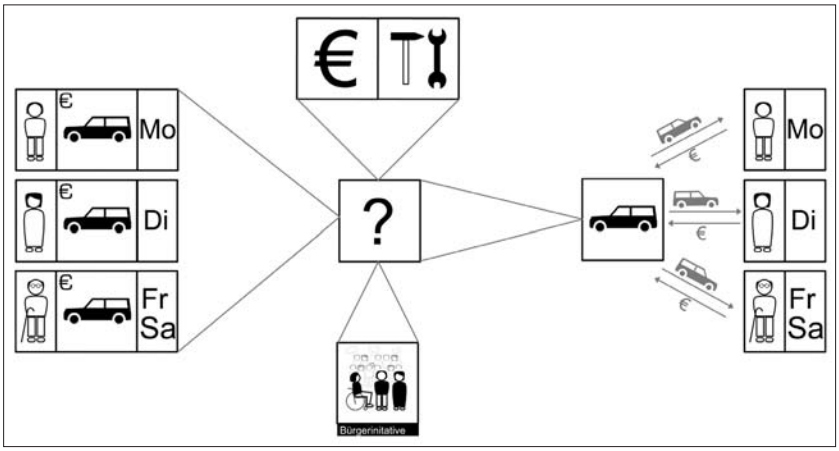


Abb. 3.13: „car sharing“

Vertraglich geregelt sein müssen Organisation, Versicherung, Wartung, Kostenteilung, etc. Bei kleinen Gruppen übernimmt oft ein Mitglied ehrenamtlich die Organisation, bei Vereinen und Genossenschaften wird eine Bezahlung über die Einlagen der Mitglieder geregelt.
Beim car sharing gibt es auch Mobilgemeinschaften, in denen die örtliche Sparkasse Mitglied im Verein als Gruppennutzerin ist, was dort den Kauf eines Autos ermöglicht hat.

Im Prinzip kann so praktisch als „house sharing“ auch die Nutzung und Bewirtschaftung eines Multiplen Hauses funktionieren und sogar die wichtige Anfangsfrage nach dem Erwerb oder Besitz eines Multiplen Hauses geklärt werden. Aus der Erfahrung gibt es bei solchen Gemeinschaften immer finanzkräftigere Mitglieder und solche, die der Gemeinschaft ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen können. Bereits in der Planungsphase und mit der Entscheidung für oder gegen eine Organisationsform im Betrieb muss hier entschieden werden, ob künftig gemeinnützig und mit geförderter Unterstützung gewirtschaftet werden soll, oder ob beispielsweise eine Genossenschaft ohne Förderung, aber mit Genossenschaftsanteilen die bessere Wahl ist.

„Pommersches Landleben e.V., die Vereinsgründung hat in erster Linie Förderechtliche Gründe. Ganz einfach wegen der Netzwerkförderung. Da müssen die Antragsteller immer als Verein organisiert sein. Ich denke, man würde einiges viel einfacher hinkriegen.
Ich weiß was Vereinsarbeit bedeutet und Verein ist nicht immer eine gute Rechtsform. Wir als Verein hier leben autark ohne Förderung.“
Quelle: Interview mit Jörg Kubiak, Verein Pro Eggesin e.V.

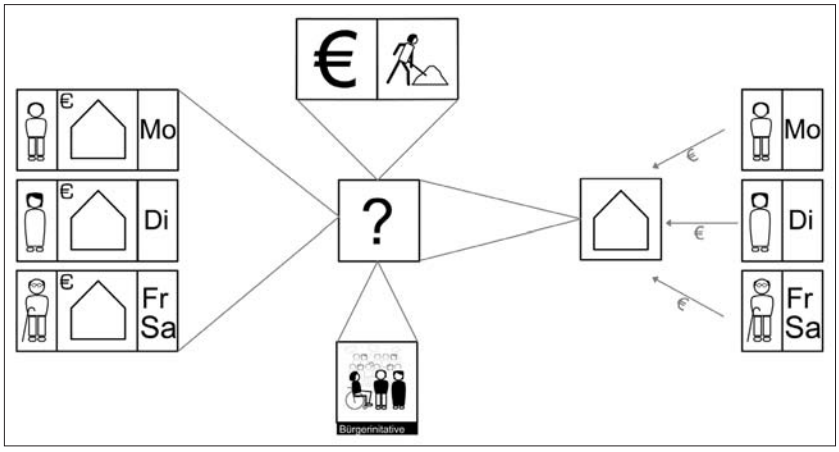


Abb. 3.14: „house sharing“

3.6.3. Rechtsgrundlagen

Neben den verwaltungsrechtlichen Regelungen, die im Vorfeld für die Organisation zu treffen sind, müssen auch die baurechtlichen und nutzungsabhängigen Anforderungen betrachtet werden. Ausgewertet wurden für diese Arbeit Praxisbeispiele und die Interviews, die am Stettiner Haff mit den Akteuren geführt wurden, um einen praxisorientierten Katalog aufstellen zu können.
Besonders problematisch ist grundsätzlich wachsender Besucherverkehr und mehr Öffentlichkeit, wenn die Projekte zunehmend erfolgreich laufen, da Akteure und Betreiber das „Überschreiten der Grenze“ oft gar nicht bemerken. Da mit den Multiplen Häusern auch ein zentraler Ort für Dorffeste und Feiern geschaffen werden soll, werden hier die wichtigsten Problempunkte aufgeführt:

Sanitäre Anlagen:
Anzahl und Größe prüfen – Verwaltungsvorschriften zu den Landesbauordnungen
Hinweis: Mobile Lösungen sind nur temporär kostengünstig!

„Herr B.: Dieser unser Verein hat sich zum Ziel gestellt, hier im Sommer was zu machen, um die genannten Themen der wüstenartigen Situation zu beheben. Das führte natürlich zu rechtlichen Fragen. Ganz klar. In meiner Doppelstellung als Vereinsvorsitzender und Bürgermeister musste natürlich das Amt eingreifen und auf die ganzen Probleme hinweisen. [...]
Und das Amt hat an „Unterstützung“ nur folgendes zu tun: Er war dann zum Amtsleiter geladen. Da waren drei Fachbereiche damit beschäftigt: Was machen die in Schlatkow mit der Sommerterrasse? Das ist wirklich wahr. Und daraus resultiert dann hier dieser Auflagenkatalog den sie uns zusandten.

Das Amt hat Ihnen aber keine Hilfestellung in der Lösung gegeben?
Frau B.: Nein, dazu ist das Amt nicht da. Die sagen nur: das und das dürft ihr nicht und das und das müsst ihr. Aber wie wir das dann lösen – .“
Quelle: Interview mit Eheleuten Brandt, Bürgermeister Schlatkow

Alkoholausschank:
kostenpflichtige Schanklizenz erforderlich – Gewerbeaufsichtsamt
Kochen, Backen, etc.
Grenzbereiche der Hygienevorschriften beachten – s.a. „Cafe“

Lautstärke:
Lärmschutz beachten – Emissionsvorschriften der Länder
Hinweis: Veranstaltungen rechtzeitig beim Ordnungsamt anmelden!

Besonders beim Lärmschutz ist es sehr hilfreich, wenn einfach alle Dorfbewohner persönlich eingeladen werden. Sicherer ist aber immer die ordnungsrechtliche Genehmigung.

Generell wird hier davon ausgegangen, dass es von Vorteil ist, wenn die Ämter bereits in der Planungsphase beteiligt werden. Je professioneller die Anfrage, desto größer die Aussicht auf eine schnelle und positive Antwort. In der Auswertung wurde aber auch festgestellt, dass Kreativität und Flexibilität im Umgang mit neuen Ideen und Projekten bei den zuständigen Sachbearbeitern nicht immer gleichmäßig gut ausgeprägt sind. Wenn hier statt zu erlauben und zu genehmigen behindert oder sogar verhindert wird, ist das gemeinsame Ziel, die Stabilisierung der Region, verfehlt.

Im Teil „Raumkatalog“ werden die verschiedenen festen und flexiblen Nutzungen der Räume im Multiplen Haus schematisch aufgeführt. Baurechtliche Anforderungen sind dort jeweils direkt zugeordnet, ebenso die Ämter, die zu konsultieren sind, und die Vorschriften, die berücksichtigt werden müssen.
Dieser ersetzt zwar nicht die Fachleute, die insbesondere für den Ausbau eines Hauses im Einzelfall hinzugezogen werden müssen, dient aber als Leitfaden und Wegweiser durch einen Wald von Vorschriften und soll damit erheblich die Installation des Multiplen Hauses erleichtern.

Eingetragener Verein (e.V.)

Zusammenschluss von natürlichen und juristischen Personen

(juristischen Person:
Personenvereinigung oder eine Vermögensmasse, die aufgrund gesetzlicher Anerkennung rechtsfähig ist, d. h. selbst Träger von Rechten und Pflichten sein kann, dabei aber keine natürliche Person ist.)

- Verein führt einen eigenen Namen.
- Ist in das Vereinsregister des jeweils zuständigen Amtsgerichts eingetragen. (Eine Eintragung in das Vereinsregister ist jedoch weder zur offiziellen Anerkennung des Vereins erforderlich noch ist die Eintragung Voraussetzung für die Anerkennung einer Gemeinnützigkeit.)
- Verein kann vor Gericht klagen und verklagt werden.
- Der Vorstand vertritt den Verein nach außen.

Als Mindestzahl hat der Gesetzgeber sieben Mitglieder angegeben (§ 56 BGB). Dies ist eine allgemein anerkannte Sollvorschrift, die sowohl als Voraussetzung für die Eintragung als auch bei der möglichen Auflösung des Vereins gilt. Allerdings führt die Unterschreitung dieser Mitgliederzahl nicht zwingend zur Auflösung des Vereins.

Ein Verein ist **nicht** per se gemeinnützig. Die Gemeinnützigkeit hat auch nichts mit der Eintragung des Vereins zu tun. Vielmehr ist die Gemeinnützigkeit (genauer: Steuerbegünstigung) ein rein steuerlicher Tatbestand. Die Gemeinnützigkeit wird auf Antrag vom Finanzamt gewährt und bescheinigt.

Gemeinnützigkeit: in Gesamtbilanz kein Gewinn im Jahr, aber auch einzelne Bereiche dürfen in Gewinn und Verlust nicht zu weit auseinander gehen (Absicherung bei Finanzamt)

Vereinsstruktur:
- Mitgliederversammlung (oberstes Organ), i.d. Regel: regelmäßige jährliche Mitglieder- bzw. Hauptversammlung
- Vorstand (z. B. Vorsitzender, stellvertretender Vorsitzender, Kassierer, Schriftführer)

Satzung:
schriftlich niedergelegte Grundordnung eines rechtlichen Zusammenschlusses und für alle Mitglieder bindend.
Grundsätzlicher Inhalt:
- Name und Sitz, eventuelle Aussage zum Geschäftsjahr
- Ziel und Aufgaben
- Gemeinnützigkeit
- Mitgliedschaft und Beiträge

Genossenschaft

Zusammenschluss von natürlichen und juristischen Personen

eingetragene Genossenschaft:
- eingetragene Genossenschaft ist eine juristische Person
- Mitglieder der Genossenschaft können juristische oder natürliche Personen sein.
- mindestens sieben Mitglieder (§ 4 GenG)
- Die Genossenschaft ist in das Genossenschaftsregister des zuständigen Amtsgerichts als Registergericht einzutragen
- Sie muss über eine Satzung mit gesetzlich vorgeschriebenem Mindestinhalt verfügen (§§ 5 ff. GenG)
- aufgrund der gewählten Gesellschaftsform automatisch Kaufmann
- Begrenzung der Haftung für getätigte Geschäfte der eG auf das Vermögen der eG möglich ist
- Die Satzung der e. G. kann auch bestimmen, dass im Falle einer Insolvenz gewisse Nachschusspflichten der Mitglieder bestehen
- Mitglied in einem Prüfungsverband - nimmt Kontroll- und Aufsichtsrechte gegenüber der eG wahr
- Genossenschaftsverband nimmt in regelmäßigen Zeitabständen, d.h. mindestens alle zwei Jahre, eine Jahresabschlussprüfung vor.
Dabei werden nicht nur die wirtschaftlichen Verhältnisse geprüft, sondern auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung, ob also die Geschäfte der Genossenschaft ordnungsgemäß geführt worden sind.

Der Prüfungsverband betreut darüber hinaus seine Mitgliedsgenossenschaften in betriebswirtschaftlichen, rechtlichen und steuerlichen Fragen
(ZdK Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.; Prüfungsverband der Deutschen Verkehrsgenossenschaften e.V.,)

Genossenschaftsorgane
1. Vorstand
2. Aufsichtsrat
3. Generalversammlung

Es müssen zwei Vorstandsmitglieder (§ 24 GenG) und drei Aufsichtsratsmitglieder (§ 36 GenG) gewählt werden. Bei Genossenschaften mit nicht mehr als 20 Mitgliedern kann der Vorstand auch aus nur einem Mitglied bestehen und auf einen Aufsichtsrat kann verzichtet werden, in diesem Fall nimmt die Generalversammlung die Funktionen des Aufsichtsrats wahr.

- Vorstand: Anzahl, Wahl, Rechte und Pflichten, Umfang der Finanzberechtigung
- Mitgliederversammlung: Beschlussfähigkeit, Entscheidungsumfang gegenüber dem Vorstand
- Beschlussverfolgung
- Auflösung des Vereins, Änderungen, Vermögensbildung

Haftung:
Für Verbindlichkeiten, die der eingetragene Verein durch seinen Vorstand begründet, haften nicht die einzelnen Vereinsmitglieder mit ihrem jeweiligen Privatvermögen, sondern nur der Verein mit dem Vereinsvermögen. Ausnahmsweise kann es zur Haftung, der Durchgriffshaftung, der Vorstandsmitglieder kommen.
Etwas anderes gilt für unerlaubte Handlungen, die ein Mitglied des Vereins in seiner Eigenschaft als Vereinsorgan begeht. Hier schließt die Haftung des Vereins die persönliche Haftung des handelnden Vereinsmitglieds nicht aus.

Steuerpflichtig wird ein Verein – wie jedes Unternehmen – wenn er wirtschaftliche Einkünfte erzielt.
Eine Reihe von Einnahmen des Vereins bleiben körperschaft- und gewerbesteuersteuerfrei (Mitgliedsbeiträge, Aufnahmegebühren und Umlagen, wenn sich dahinter nicht in Wirklichkeit wirtschaftliche Leistungen verbergen).
Die meisten anderen Einnahmen (z.B. aus dem Verkauf von Speisen und Getränken, Eintrittsgelder, Werbeeinnahmen usf.) sind aber grundsätzlich steuerpflichtig. Die Überschüsse (Gewinne) die der Verein erzielt, unterliegen der Körperschaftsteuer (entspricht der Einkommensteuer) und meist auch der Gewerbesteuer.

Für gemeinnützige Vereine gibt es hier aber Sonderregelungen. Bestimmte wirtschaftliche Erträge (aus sogenannten Zweckbetrieben) bleiben körperschaft- und gewerbesteuerfrei. Das Gleiche gilt für Einnahmen aus der Vermögensverwaltung. Wegen der unterschiedlichen steuerlichen Behandlung werden unterschieden:
- der ideelle Bereich (mit Einnahmen wie Mitgliedsbeiträgen, Spenden, Zuschüssen)
- die Vermögensverwaltung (z.B. Zinsen, langfristige Vermietung und Verpachtung von Immobilien u.a.)
- der Zweckbetrieb (z.B. Eintrittsgelder zu Kultur- und Sportveranstaltungen)
- der steuerpflichtige wirtschaftliche Geschäftsbetrieb (z.B. gastronomische Einnahmen, Warenverkauf, gesellige Veranstaltungen)

Das Nebeneinander von steuerlich unterschiedliche behandelten Einnahmen macht die Besteuerung (und damit auch die Buchhaltung) gemeinnützige Vereine recht kompliziert – zumindest dann, wenn der Verein verschiedene Einnahmequellen hat.

Rechte der Mitglieder:
Die Genossen erhalten das Recht zur Benutzung der satzungsgemäßen Einrichtungen der Genossenschaft. Sie haben ein Stimmrecht auf der Generalversammlung, bei großen Genossenschaften, bei denen an die Stelle der Generalversammlung die Vertreterversammlung getreten ist, haben sie ein aktives und passives Wahlrecht.
Sie haben einen Anspruch auf Auszahlung des Gewinnanteiles, so weit die Satzung nicht eine andere Gewinnverwendung vorsieht (z.B. Zuschreibung zu den Rücklagen).

Pflichten der Mitglieder:
Zahlung der Pflichteinlagen (auf den Geschäftsanteil)
Nachschusspflicht in der Insolvenz, so weit nicht durch Satzung ausgeschlossen andere durch die Satzung bekundete Pflichten (z. B. Abnahmepflichten, regelmäßige Zahlungsverpflichtungen)

Es gibt u. a. folgende Arten von Genossenschaften:
Bezugsgenossenschaften
Einkaufsgenossenschaften
Konsumgenossenschaften
Absatzgenossenschaften
Kreditgenossenschaften
Dienstleistungsgenossenschaften
Produktivgenossenschaften
Wohnungsbaugenossenschaften

Kreditgenossenschaften:
Volksbanken und Raiffeisenbanken. Je nach Spezialisierung werden sowohl Kredite, Refinanzierungen, internationale Geld-, Kapital- und Devisengeschäfte, Realkredite, Bausparen, Versicherungen, Kapitalanlagen, Vermögensverwaltung, Leasing und Factoring angeboten.

Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften:
vorwiegend im ländlichen Bereich: Kreditgenossenschaften mit Warengeschäft, Bezugs- und Absatzgenossenschaften, Milchverarbeitungsunternehmen, Vieh-, Fleisch- und Zuchtgenossenschaften, Obst-, Gemüse-, Gartenbau-genossenschaften, Winzergenossenschaften, Agrargenossenschaften.

gewerbliche Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften:
Nahrungs- und Genußmittelhandel, Konsumgüterhandel, Nahrungsmittelhandwerk, freie Berufe und sonstige Berufsgruppen, Produktions- und sonstige Wirtschafts-genossenschaften, Verkehrsgenossenschaften, Produktivgenossenschaften.

Konsumgenossenschaften:
Ursprünglich waren diese nur mit Lebensmitteln und Nahrungsmitteln für Endverbraucher beschäftigt. Heutzutage

Bei der Umsatzsteuer wird der Verein nicht anders behandelt als gewerbliche Unternehmen. Für gemeinnützige Vereine gilt aber in Vermögensverwaltung und Zweckbetrieb der ermäßige Umsatzsteuersatz von 7%. Wegen der oft geringen Einnahmen können zwar Vereine oft die Kleinunternehmerregelung in Anspruch nehmen. Überschreiten sie die entsprechenden Grenzen, müssen sie aber auf ihre Leistungen Umsatzsteuer berechnen.

Der Verein kann Spendenbescheinigungen (Zuwendungsbestätigungen) ausstellen.

Neben den steuerlichen Vorteilen hat die Gemeinnützigkeit einen Imageeffekt (Gemeinwohlorientierung). Zudem werden bestimmte Zuschüsse ausschließlich oder bevorzugt an gemeinnützige Organisationen vergeben.
Mit der Gemeinnützigkeit sind aber eine Reihe von Auflagen verbunden. Das betrifft vor allem:
- Einschränkungen bei der Mittelverwendung
- Beschränkungen bei der wirtschaftlichen Betätigung
- strenge Beschränkungen bei Zuwendungen an Mitglieder
- die Vermögensbindung bei Auflösung des Vereins
- erweiterte Buchführungspflichten

Wegen der Vermögensbindung ist ein späterer Verzicht auf die Gemeinnützigkeit problematisch. Entzieht das Finanzamt die Gemeinnützigkeit später wieder (z.B. weil der Verein überwiegend nicht begünstigte Zwecke verfolgte), kann es zu erheblichen Steuernachzahlungen kommen. Auch eine private Haftung der Vorstandsmitglieder ist möglich.

Auch Vereine können Arbeitgeber sein.
Meldepflichten, Lohnsteuer, Sozialversicherungsbeiträge Auch „Aufwandsentschädigungen“ sind in der Regel abgabenpflichtiger Arbeitslohn. Nur echter Aufwandsersatz (z.B. für Fahrten mit dem eigenen Pkw im Auftrag des Vereins oder für Sportkleidung) ist steuerfrei.
Nur bestimmte Tätigkeiten gelten als selbstständig und sind dann nicht lohnsteuer- und sozialversicherungspflichtig.
Dabei ist auf klare vertragliche Regelungen (Art und Umfang der Tätigkeit) zu achten und darauf, dass die Vergütung nicht überhöht (sondern ortsüblich oder tariflich) ist.
Sonderfall:
sogenannter Übungsleiterfreibetrag (2.100€ pro Jahr). gilt für bestimmte nebenberufliche pädagogische und künstlerische Tätigkeiten und in der Alten-, Kranken und Behindertenpflege.
außerdem die steuerfreie Ehrenamtspauschale von 500€ pro Jahr.

existieren Konsum-, Verbraucher- und Dienstleistungs-genossenschaften.

Wohnungsgenossenschaften:
Der Fokus liegt auf dem Mietwohnungsbau sowie dem Neubau von Eigenheimen und Eigentumswohnungen.
Bsp.: Dorfläden sind meist Konsumgenossenschaften

Genossenschaftsprinzip:
- gemeinsam, aber nicht immer gleichberechtigt etwas unternehmen (genossenschaftlicher Geschäftsbetrieb)
- gemeinsame wirtschaftliche, soziale und kulturelle Bedürfnisse zu befriedigen
- Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung
- Oberste Leitmaxime ist die gesetzlich vorgegebene Förderung der Mitglieder
- Kapitalbeteiligung

Dem Förderungsprinzip zugrunde liegen die Grundsätze der Selbsthilfe, der Selbstverantwortung, der Selbstverwaltung und das Identitätsprinzip. Letzteres besagt, dass die Miteigentümer/Träger zugleich Geschäftspartner (Abnehmer, Lieferant) und Eigenkapitalgeber sind (Dreifachbeziehung).

Das Prinzip der Selbsthilfe bedeutet, dass die Mitglieder einer Genossenschaft sich freiwillig zusammen tun, um gemeinsam zu wirtschaften. Dabei soll die wirtschaftliche Förderung aller Mitglieder aus eigener Kraft und nicht durch Unterstützung Dritter bzw. des Staates gelingen (Eigenkapital).

Die Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht:
Die Genossen haften im Insolvenzfall für die Schulden der Genossenschaft mit ihrem ganzen Vermögen.

Die Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht:
Die Genossen haften im Insolvenzfall mit der im Statut festgesetzten Haftpflichtsumme (entweder ein bestimmter Betrag, der nicht unter einen Geschäftsanteil beträgt, oder einen oder mehrere Geschäftsanteil)

Genossenschaft ohne Haftpflicht:
Die Genossen haften im Insolvenzfall nur mit ihrer geleisteten Einlage. Darüber hinaus haften nur die Genossenschaft als Körperschaft.

Eigenkapital:
Die Selbstverantwortung konkretisiert sich auch darin, dass die Mitglieder das Kapital der Genossenschaft selbst aufbringen, indem sie verpflichtet sind, Geschäftsanteile zu zeichnen und Einzahlungen darauf leisten (§ 7 f. GenG). Darüber hinaus können in der Regel weitere

Links:

http://www.vereinsknowhow.de/
http://www.marktplatz-verein.de/
http://www.vereinsrecht.de/
http://www.bmj.de/vereinsrecht
(BMJ - Bundesministeriums für Justiz)

freiwillige Anteile gezeichnet werden. Dieses Kapital haftet für die Verbindlichkeiten der Genossenschaft gegenüber Dritten. Gerade in diesem Punkt ist die Genossenschaft besonders flexibel. Im Unterschied zur GmbH (25.000 Euro) oder zur AG (50.000 Euro) muss die Genossenschaft bei ihrer Gründung kein bestimmtes Mindestkapital haben.

Was im konkreten Einzelfall an Eigenkapital benötigt wird hängt vom betriebswirtschaftlichen Konzept der Genossenschaft ab. Die Tragfähigkeit dieses Konzeptes wird am besten mit dem zuständigen Genossenschaftsverband zum frühestmöglichen Zeitpunkt erörtert. So können von vornherein Fehlentscheidungen vermieden werden.

Prüfungsverband der Deutschen Verkehrsgenossenschaften e.V. :
Hilfestellung bei der Gründung Ihrer Genossenschaft,
- Die erforderlichen Unterlagen, wie die Struktur eines Unternehmenskonzepts, Mustersatzungen und die Struktur des Ablaufs der Gründungsgeneralversammlung stellen wir Ihnen kostenfrei zur Verfügung. Auf Wunsch leiten wir auch die Gründungsgeneralversammlung.
- Für die Eintragung im Genossenschaftsregister ist ein Gründungsgutachten erforderlich. Dieses erstellen wir ebenfalls kostenlos.
- In den ersten beiden Geschäftsjahren gewähren wir neu gegründeten Genossenschaften Beitragsfreiheit.

Links:

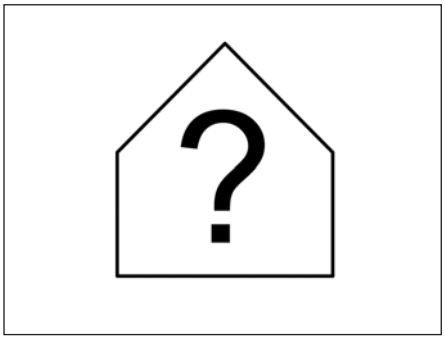
- http://www.genossenschaftsgruendung.de
- ZdK Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V. (http://www.zdk-hamburg.de/)
- Prüfungsverband der Deutschen Verkehrsgenossenschaften e.V. (http://www.pv-hamburg.de/)
- Genossenschaftsverband Norddeutschland e.V. (www.geno-verband.de)

Schwerinsburg
Gemeinde Löwitz
Landkreis
Ostvorpommern

3.7. Finanzierung, Förderung und Bewirtschaftung

3.7.1. Einführung

Hier werden allgemeine Finanzierungsmöglichkeiten aufgezeigt, die bauliche Maßnahmen am Multiplen Haus, aber auch die laufende Bewirtschaftung betreffen.
Dazu gehört das Aufzeigen aktueller Fördermöglichkeiten aus den Gemeinden, den Ländern oder der Europäischen Union, da ohne Anschubförderung auch das Installieren eines Multiplen Hauses in den wenigsten Fällen möglich sein wird.



In einer „Nutzergemeinschaft“ wie der geplanten wird es sowohl in der Startphase als auch im laufenden Betrieb finanzkräftigere Partner geben und solche, die ihre Arbeitskraft einbringen (s.a. unten zu „Ehrenamt“).
Deshalb sind Gespräche mit möglichen Partnern unerlässlich, die ein Multiples Haus z.B. versorgungstechnisch unterstützen können – und das zum beiderseitigen Nutzen. Hier gilt es Verantwortung zu übernehmen ohne wirtschaftliche Gesichtspunkte außer Betracht zu lassen.

Ziel bleibt es ein Modell zu zeigen, dass nach einer Anschubfinanzierung mindestens finanziell autark und später wirtschaftlich funktionieren kann.

„Die LEADER-Förderung ist fast nie kompatibel mit dem Ansatz und dem häufig geringen Fördervolumen den Lokale Agenden und kleine Vereine benötigen, um ihre Projekte im direkten Lebensumfeld zu entwickeln und umzusetzen und damit das gesellschaftliche, kulturelle und soziale Leben auf dem Dorf und in den kleinen ländlichen Gemeinden zu gestalten. Nicht nur, dass LEADER formal für den ungeübten „Normalbürger“ schwierig ist, sondern auch die Fragen der Vorfinanzierung und der Eigenanteile sind Kriterien, die ein kleiner Schulförderverein oder ein Heimatverein nicht anfassen kann und wird. Für Instrumente wie LEADER und INTERREG sollte man schon einige Erfahrungen in der Akquise von Fördermitteln haben. [...]
Mir wurde manchmal gesagt: „Ehrenamtlich arbeiten für unsere Gemeinde – ja, jederzeit. Aber die Mittel für die Projekte noch selbst mitbringen – das können wir nicht.“ – Und nicht nur in den privaten Haushalten sieht es finanziell in unseren Landkreisen nicht so gut aus – auch die öffentlichen Kassen sind leer, die Stadt- und Gemeindeverwaltungen müssen sparen, sind großenteils in Haushaltssanierung. Da ist kein Cent „übrig“ – sei er auch noch so nötig und sicher auch oft durch die Entscheidungsträger gewünscht. [...] Das Ziel unserer Beratung ist es, passende Projektideen zu streuen bzw. vorhandene Projektideen aufzugreifen, zu besprechen und dann zu gemeinsam mit den Akteuren zu sehen, wie bekommt man die Umsetzung organisiert und gegebenenfalls finanziert. Das alles aber nicht in überbordenden Größenordnungen sondern in angemessenem finanziellem Rahmen. Mit den Finanzierungsmöglichkeiten und Fördermitteln, die wir hier in der bzw. für die Region einwerben können.“
Quelle: Interview mit Heidrun Hiller, Agendabüro Stettiner Haff

3.7.2. Finanzierung durch Förderung – Ausbau des Multiplen Hauses und Startphase

Um eine solide Basis aufzubauen, kann das heißen, das man den Ausbau des Hauses additiv plant, insbesondere dann, wenn es um größere Gebäude geht.
Im Teil „Raumkatalog“ und im Teil „Energiekonzept“ werden am Planbeispiel der ehemaligen Schule im Dorf Vogelsang-Warsin gezeigt, wie ungenutzte Bausubstanz schrittweise aktiviert werden kann – erst trocken und sicher, später auch warm. Das heißt, es werden anfangs Kalträume hergerichtet, die flexibel genutzt werden können, auch als Sommerunterkunft für Radwanderer oder einfach nur zum Tischtennis spielen bei Regen. Später kommen erste Warmräume dazu und mit der schrittweisen Stabilisierung des Multiplen Hauses wird auch die Heizung erweitert. Die Bauphasen und damit die Baukosten werden an das Budget des Dorfes angepasst.

Auch für den schrittweisen Ausbau von leerstehenden Häusern oder für das Aktivieren von Räumen für ganz bestimmte Nutzungen wird eine erste Finanzierung benötigt.

Hier ist die Kenntnis der tatsächlich vielfältigen Fördermöglichkeiten unerlässlich. Deshalb wird dieser Bereich im folgenden sehr ausführlich behandelt. In tabellarischer Form werden die verschiedenen Kriterien, die Höhe der Eigenmittel, die Zeitspanne von Antragstellung bis Zuwendung und die Laufzeiten gegenübergestellt, um eine brauchbare Entscheidungshilfe zu liefern.

Zitat zum Wert ehrenamtlicher Arbeit für den Einsatz als Eigenmittel bei Fördermittelanträgen:
„...bei Anträgen und Förderungen als Eigenmittel: Die Perspektive die bei Anträgen (z.B. bei Stiftungen) und bei Förderungen (z.B. bei einigen EU-Programmen) in Bezug auf ehrenamtliche Arbeit eingenommen wird, ist eine betriebswirtschaftliche. Der Antragsteller erklärt in solchen Fällen, dass er von den Gesamtkosten einer Maßnahme oder eines Projekts einen bestimmten Anteil mit Hilfe ehrenamtlicher Arbeit erbringen möchte. Die Argumentationskette ist also, dass von einer bestimmten Summe X (also zum Beispiel 100.000 €), ein bestimmter Anteil Y (also zum Beispiel 20.000 €) mit Hilfe ehrenamtlicher Arbeit erbracht wird und daher die Förderung nicht die Gesamtkosten des Projekts, die Summe X (also zum Beispiel 100.000 €) betragen muss, sondern nur die Summe X – Y (also zum Beispiel 100.000 € – 20.000 € = 80.000 €). Dabei wird davon ausgegangen, was Leistungen, die am Markt gekauft werden müsste, kosten würden, wenn diese Leistungen nicht von Ehrenamtlichen erbracht würden. Von daher wird die Berechnung solcher Kostenanteile wie folgt vorgenommen: Man berechnet die Kosten, die entstanden wären, wenn die Organisation die Leistungen am Markt hätte kaufen müssen."
Quelle:: www.wiktionary.de, „Ehrenamt"

„´Wir klären mit jeder Gemeinde, die Interesse an einer Breitbandanbindung hat, wie ein wirtschaftlicher Ausbau aussehen könnte`, verspricht Ulrich Adams, der das Ausbauprojekt verantwortet."
Quelle: http://www.telekom.com/dtag/CMS/content/dt/de/532336 vom 27.10.2009)

„Sie sprechen das Thema der Eigenanteile an. Ein schwieriges Thema bei der Lage der öffentlichen Haushalte. Manche Gemeinden und Städte stellen für die Arbeit Lokaler Agenden in ihrem Haushalte ein eigenes Budget ein – diese Summe steht dann den Agendagruppen zur Verfügung und wird häufig genutzt, um in den gängigen Programmen die nötigen Eigenanteile zu finanzieren. Wo die Eigenanteile fehlen, fokussieren sich die Projektträger natürlich auf alle Möglichkeiten einer 100%igen Förderung, meist sind das die Stiftungen. Der fatale Effekt dieser finanziellen Probleme ist, dass Vereine – die ja eigentlich für die Region zusammen arbeiten sollten, weil sie die Entwicklung der Region jeder in seiner Sparte vorantreiben – immer stärkere Konkurrenten werden und sich aus dieser Situation heraus nicht mehr austauschen."
Quelle: Interview mit Heidrun Hiller, Agendabüro Stettiner Haff

Eine entscheidende Rolle bei den verschiedenen Fördermittelanträgen kann das Ehrenamt spielen, indem es als eine Berechnungsgrundlage für den vom Antragsteller zu erbringenden Eigenanteil herangezogen wird. Was sich in der Literaturrecherche für diese Arbeit bereits gezeigt hat, konnte in der Praxis in den Dörfern am Stettiner Haff bestätigt werden: es gibt zahlreiche engagierte Bürger, die sich in den verschiedensten Bereichen ehrenamtlich betätigen bzw. aktiviert werden können. Häufig gehören sie zur Generation 50+, aber oft sind es auch Menschen ohne Arbeit, die in ihrer ungewollten Freizeit etwas Sinnvolles tun wollen oder sich einen Weg zurück in die (Voll-)Beschäftigung erhoffen (s.a. Kapitel: Finanzierung durch Einnahmen – Bewirtschaftung nach der Startphase).

An dieser Stelle sei besonders auf das Netzwerk Ländliche Räume DVS (Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume) hingewiesen.
Aufgabe des DVS ist es, den Austausch zwischen Akteuren (Vertreter von Kommunen, Verwaltungen und Verbänden, Unternehmer, Privatpersonen, lokale Aktionsgruppen) zu ermöglichen und gemeinsame Projektentwicklung und Kooperationsvorhaben zu unterstützen.

Hervorgehoben werden soll hier u.a. die Fördermöglichkeit der Breitbandversorgung für das Internet, sowie die Initiative Breitband-Kooperation für Kommunen, die seit Mai 2008 von der Deutschen Telekom angeboten wird. Gerade für die DSL-Versorgung in den dünn besiedelten ländlichen Gebieten, in denen sich Investitionen für den Konzern alleine nicht rechnen, werden Möglichkeiten gesucht über Kooperationsmodelle mit den Kommunen die Versorgung dennoch zu realisieren.
Die Breitbandversorgung wird im ländlichen Raum seit 2008 im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz" (GAK) mit unterstützt. Der Bund stellt für die Förderung der Breitbandversorgung bis 2010 jährlich mindestens 10 Millionen Euro Bundesmittel zur Verfügung. Dieser Betrag wird von Länderseite kofinanziert.

Eines der wichtigsten Förderprogramme für den Ländlichen Raum ist derzeit ELER (für den Zeitraum 2007 bis 2013). Als Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes unterstützt ELER über Finanzierung innovative Projekte in den ländlichen Räumen. ELER bildet den neuen finanziellen und rechtlichen Rahmen für die ländliche Entwicklung, in den LEADER als methodischer Ansatz integriert wurde. Einer der drei inhaltlichen Schwerpunkte von ELER ist die Diversifizierung (Veränderung, Auffächerung, Abwechslung, Vielfalt (Spezialisierung auf mehrere Bereiche) der ländlichen Wirtschaft und Verbesserung der Lebensqualität im Ländlichen Raum.

Deshalb wurde dieses Förderprogramm von den Verfassern besonders intensiv ausgewertet. Im Ergebnis der Workshops und Interviews wurde wiederholt von den ehrenamtlichen Bürgermeister, aber auch von anderen Akteuren, auf die Problematik von Fördermittelanträgen hingewiesen. Neben der fehlenden Information über die aktuellen Fördermöglichkeiten wurden Berge von Antragsformularen, widersprüchlich formulierte Ausschreibungstexte und lange Bearbeitungsfristen häufig als Grund angeführt, warum das Stellen von Fördemittelanträgen die meist ehrenamtlich arbeitenden Antragsteller überfordert.

Die Verfasser haben deshalb beispielhaft für den Ausbau eines Multiplen Hauses einen fiktiven LEADER-Antrag ausgefüllt und eingereicht. Im Abschluss dieses Kapitels sind sowohl der ausgefüllte Antrag mit allen erforderlichen Anlagen sowie der Bewilligungsbescheid nach vierwöchiger Prüfung mit allen erteilten Auflagen angefügt. Es wurde die maximale Ausbau-Gesamtsumme beantragt. Die Verfasser weisen auch hier noch einmal auf einen schrittweisen Ausbau „Trocken – Sicher – Warm“ und auf den hohen Anteil von möglichen Eigenleistungen hin, besonders in den Kostengruppen „Außenwände“ und „Innenwände“, die ca. 50% der geschätzten Ausbausumme ausmachen.

Nicht nur für die LEADER-Anträge empfiehlt es sich, bereits in der Antragsphase Fachleute für die Ausbauplanung hinzuziehen, die eine entsprechende und prüfbare Kostenaufstellung erstellen können und sich möglichst mit der Antragstellung auskennen. Je professioneller der Antrag desto höher die Chance auf einen positiven und schnellen Bewilligungsbescheid.

Abb. 3.15: Gutsanlage Schlatkow

Programm	Ziel / Was wird gefördert?	Wer kann den Antrag stellen?	Wo wird der Antrag gestellt	max. Fördersatz	Zuwendungsart
ELER-VO Achse 3	Invesititionen in dorfgemäße Gemein-schafts-einrichtungen inkl. Leistungen von Architekten und Ingenieuren, Vorarbeiten (Untersuchungen, Erhebungen) sowie Betreuung der Zuwendungsempfänger (ausgenommen die Betreuung durch Stellen der öfftl. Verwaltung)	Gemeinden und Gemeindeverbände, Teilnehmer-gemeinschaften und deren Zusammenschlüsse, Wasser- und Bodenverbände sowie ähnliche Rechtspersonen	Landwirtschafts amt M-V	bis 60% in neuen Ländern, 100% bei Modellcharakter	
ELER-VO Achse 3	Investitionen zur dezentralen Versorgung mit erneuerbaren Energien (Nahwärme- oder Biogasleitungen)	Gemeinden und Gemeindeverbände, natürliche Per-sonen und Personengesellschaften, juristische Per-sonen des privaten Rechts, Wasser- und Bodenverbände und vergleichbare Köperschaften	Landwirtschafts amt M-V	65% bei Gemeinden und Gemeindeverbände bis einschließlich 2009 in den neuen Ländern, 35% bei natürlichen Personen und Personengesellschaften, juristische Personen des privaten Rechts bis einschließlich 2009 in den neuen Ländern	
ELER-VO Achse 3	diejenigen Breitbandinvestitionskosten in ländlichen Räumen bezuschußt, die in Wirtschaftlichkeitsberechnung der Netzbe-treiber zur Finanzierung der Invesitionen nicht gedeckt sind bei leistungsgebundener Infrastruktur : Verlegung oder Verbesserung der erforderlichen Einrichtungen bis einschließl. der Verteilereinrichtungen; bei funkbasierten Lösungen: die Einrichtung der technischen Netzinfrastrukturelemente bis einschließlich des Sendemastes	Gemeinden und Gemeindeverbände	Landwirtschafts amt M-V		Projekt-förderung

Programm	Ziel / Was wird gefördert?	Wer kann den Antrag stellen?	Wo wird der Antrag gestellt	max. Fördersatz	Zuwendungsart
ELER-VO Achse 3	Förderung der Dorferneuerung und -entwicklung. Maßnahme leistet einen Beitrag zur Verbesserung der Lebens-qualität der örtlichen Bevölkerung und zum Anderen verbessert die touristische attraktivität der ländlichen Regionen. Gegenstand der Förderung: Vorar	Gemeinden und Gemeindeverbände, Teilnehmergemeinschaften und ihre Zusammenschlüsse sowie einzelne Beteiligte, Wasser- und Bodenverbände und ähnliche Rechtspersonen, natürliche Personen und Personengesellschaften sowie juristische Personen des privaten Rechts	Landwirtschaftsamt M-V	In neuen Ländern bis einschließlich 2009 bei Gemeinden, Gemeindeverbänden, Teilnehmergemeinschaften, 35% bis einschließlich 2009 in neuen Ländern bei natürlichen Personen und Personengesellschaften sowie juristischen Personen des privaten Rechts als Zuwendungsempfänger 100% der notwendigen Vorarbeiten bei besonders innovativen Vorhaben mit Modellcharakter	
ELER-VO Achse 3	Förderung des Regionalmanagements (RM) zur Initiierung, Organisation und Umsetzungsbegleitung von ländlichen Entwicklungsprozessen.	Gemeinden und Gemeindeverbände, Zusammenschlüsse von verschiedenen Akteuren im ländlichen Raum mit eigener Rechtspersönlichkeit unter Einschluß von Gemeinden oder Gemeindeverbänden.	Landwirtschaftamt M-V		
ILER M-V	Förderung der nachhaltigen Entwicklung der ländlichen Räume: - zur Schaffung und Erneuerung von Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung für die ländliche Wirtschaft und Bevölkerung; zur Steigerung der touristischen Attraktivität; - zur Dorferneuerung und Dorfentwicklung; - zur Umsetzung des LEADER-Ansatzes	Unternehmen, Kommune, Öffentliche Einrichtung, Verband/Vereinigungen	zuständiger Landrat, zuständiges Amt für Landwirtschaft (AfL)	Gemeinden/-verbände, Teilnehmergesellschaften: erhalten bis 31.12.09 bis zu 65%, ab 01.01.10 bis zu 45% der zuwendungsfähigen Ausgaben // Natürliche Personen, Personen-gesllschaften erhalten ab 01.01.10 bis zu 25% der zuwendungsfähigen Ausgaben // Erarbeitung der erforderlichen Dorfentwicklungskonzepte wird mit bis zu 15.000E gefördert // Maßnahmen zum LEADER-Ansatzes mit Zustimmung der Lokalen Aktionsgruppe werden bei privatrechtlichen Antragstellern bis zu 50% der zuwendungsfähigen Ausgaben gefördert Anderen Antragsteller bis zu 90%	Zuschuss

Programm	Ziel / Was wird gefördert?	Wer kann den Antrag stellen?	Wo wird der Antrag gestellt	max. Fördersatz	Zuwendungsart
Kommunaler Aufbaufond M-V	Verbesserung der kommunalen Infrastruktur. Naherholungsmaßnahmen, Bau von Verwaltungsgebäuden und Feuerwehrgerätehäusern, Erhaltung ortstypischer Ortsbilder, Erhaltungsmaßnahmen an kulturellen Einrichtungen, Komplementierung von Maßnahmen anderer Ressorts: wirtschaftsnahe Infrastruktur; Schulneubau, -sanierung; Alten- und Pflegeheime; Einrichtungen der Jugend- und Sozialarbeit; Sportstätten.	Gemeinden, Ämter, Zweckverbände	Innenministerium M-V	Darlehen in besonders strukturschwachen Gebieten im ländlichen Raum 100% der Investitionskosten, Verbilligung des Zinssatzes bis zu 4%, Zuschuss bis zu 20%. Die beantragte Finanzhilfe muss bei Zuschüssen und Zinshilfen mind. 25.000 €, bei Darlehen mind. 75.000€ betragen. Bei Kleinstgemeinden können Mindestbeträge unterschritten werden.	Projektförderung Zuschuss, Darlehen
Räumliche Strukturmaßnahmen	Infrastrukturmaßnahmen in ländlich geprägten Regionen. Investitionen in kommunale Infrastruktur sowie andere vorhaben und Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge. Ziel ist es, zur Verbesserung des wirtschaftlichen und kommunalen Umfeldes beizutragen.	Gemeinden, Gemeindeverbände (bis zu 50.000 Einwohner) sowie Gebietskörperschaften, Zweckverbände in ländlichen Regionen	über Hausbank an die Landwirtschaftliche Rentenbank (LR)	bis zu 100% der Investitionskosten, je Kreditnehmer im Jahr max. 10 Mio.€	Darlehen

Programm	Ziel / Was wird gefördert?	Wer kann den Antrag stellen?	Wo wird der Antrag gestellt	max. Fördersatz	Zuwendungsart
Leben auf dem Land	Fördergebiet: Gemeinden bis 50.000 EW Gefördert werden typische Aspekte der Dorferneuerung und Ortsbildgestaltung, Erwerb, Erhaltung und Erweiterung von landwirtschaftlich oder ehemals landwirtschaftlich genutzter Bausubstanz zur Eigennutzung als Wohnrau	Privatpersonen sowie nicht wirtschaftlich tätige Gruppen im ländlichen Raum, z.B. Vereine oder Bürgerinitiativen.	über Hausbank an die Landwirtschaftliche Rentenbank (LR)	bis zu 100% der Investitionskosten, je Kreditnehmer im Jahr max. 10 Mio.€	Darlehen
Breitbandversorgung ländlicher Räume	Investitionen in leitungsgebundene oder funktbasierte Breitbandinfrastrukturen / Verlegung der Leerohre / Informationsveranstaltungen, Machbarkeitsuntersuchungen, Planungsarbeiten und Aufwendungen, die der Vorbereitung und Begleitung der Invesititionsmaßnahme dienen	Gemeinde und Gemeindeverbände in Mecklenburg-Vorpommern	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz in M-V	90% der zuwendungsfähigen Ausgaben, max. 200.000€ pro Einzelvorhaben / Anträge sind formgebunden bis zum 31. März eines jeden Jahres einzureichen.	Projektförderung Zuschuss
Erhaltung von Denkmalen in M-V	für alle Arten von Denkmalen im Sinne des Denkmalschutzgesetzes. Förderfähig sind Arbeiten zur Sicherung, Erhaltung und Restaurierung in ihrer Originalsubstanz; Arbeiten zur Wiederherstellung teizerstörter Denkmale zur Sicherung der originalen Substanz sowie Arbeiten zur rekonstruierenden Wieder-herstellung untergegangener Teile, wenn diese für das Verständnis oder Er-scheinungsbild der teilzerstörten Denkmal unverzichtbar sind, sowie Arbeiten zur Bergung und Sicherung wichtiger Denkmale. Ziel ist der Schutz und die Pflege von Denkmalen als Zeugnisse der Vergangenheit und kulturellen Tradition.	Unternehmen; Kommune, Öffentliche Einrichtungen, Privatperson, Verband/ Vereinigung	Landesamt für Kultur und Denkmalpflege, M-V	Bis zu 50% der denkmalbedingten Mehraufwendungen. Bei herausragenden Landesinteresse kann die Bewilligungsbehörde im Einzelfall einen höheren Fördersatz festlegen. Anträge sind je bis zum 31.10. für das darauf folgende Jahr einzureichen.	Projektförderung Anteilfinanzierg. Zuschuss

Programm	Ziel / Was wird gefördert?	Wer kann den Antrag stellen?	Wo wird der Antrag gestellt	max. Fördersatz	Zuwendungsart
Energetische Erneuerung der sozialen Infrastruktur in den Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern	Förderfähig sind Kosten von Maßnahmen zur Minderung des Primärenergiebedarfs, insbesondere zur Minderung des Bedarfs an fossiler Energie einschließlich des Einsatzes erneuerbarer Energien.	Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern	Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern (LFI)	bei Gemeinden mit besonders schwieriger Haushaltslage bis zu 49% Bei Vorhaben, die einer Gesamtmaßnahme zuzuordnen sind, die in die Städtebauförderungsprogramme aufgenommen ist, oder die einem Untersuchungsgebiet für städtebauliche Gesamtmaßnahmen zuzuordnen sind, ist der Antrag beim Ministerium für Verkehr, Bau und Landesentwicklung einzureichen.	Projektförderung Anteilfinanzierung
Marktanreizprogramm - erneuerbare Energien	A) Basis- und Bonusförderung für solarthermische Anlagen zur Warmwasserbereitung (60€/m²) und Heizungsunterstützung (105€/m²) und Komponenten (Zuschuss) ; B) Innovationsförderung für große solartherm. Anlagen (GSTA) von 20 bis 40m² (210€/m²) C) KfW-Programm “Erneuerbare Energien”	Privatpersonen, Freie Berufe, Unternehmen der Privatwirtschaft, Kommunen, Kreise, Städte, Unternehmen mit Kommunaler Mehrheitsbeteiligung, Gemeinnützige Antragsteller (Kirchen, Vereine)	Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)		

Programm	Ziel / Was wird gefördert?	Wer kann den Antrag stellen?	Wo wird der Antrag gestellt	max. Fördersatz	Zuwendungsart
EEG	erhöhte Einspeisevergütung, die vom Netzbetreiber über einen Zeitraum von 20 Jahren gezahlt wird.	Privatpersonen, Freie Berufe, Unternehmen der Privatwirtschaft, Kommunen, Kreise, Städte, Unternehmen mit Kommunaler Mehrheitsbeteiligung	örtlicher Stromnetzbetreiber		
Klimaschutz-Förderrichtlinie	M-V fördert Maßnahmen zur Einsparung von Treibhausgasen / - innovative Maßnahmen zur Nutzung erneuerbarer energien; - investive Maßnahmen zur Energieeinsparung, die über den gesetzlichen Standart hinausgehen; - investive Maßnahmen zum Einsatz alternativer Kraftstoffe; - Voplanungsstudien	Unternehmen, Kommune, Öffentliche Einrichtungen, Verband/Vereinigungen	Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern (LFI)	bei besonders innovativen oder wirksamen Vorhaben, Maßnahmen mit besonderem Multiplikatoreffekt sowie Demonstrationsvorhaben kann höhere Quote gewährt werden. Körperschaften und Anstalten des Öffentl. Rechts, Vereine, Verbände und gemeinnützige Stiftungen können bis zu 60%, darf nicht wirtschaftlich sein Projekt in M-V, zuwendungsfähige Ausgaben mind. 20.000€, Antragsteller über notwendige Rechte und Genehmigungen verfügt, Vorhaben zweckmäßig und wirtschaftliche geplant wurde, Gesamtfinanzierung gesichert ist.	Projektförderung

Programm	Ziel / Was wird gefördert?	Wer kann den Antrag stellen?	Wo wird der Antrag gestellt	max. Fördersatz	Zuwendungsart
KfW - Kommunal Investieren (148)	Es werden grundsätzlich alle Investitionen in die kommunale Infrastruktur mitfinanziert, z. B. im Rahmen der allgemeinen Verwaltung öffentlichen Sicherheit und Ordnung; Wissenschaft, Technik und Kulturpflege; Stadt- und Dorfentwicklung, z. B. auch touristische Infrastruktur; sozialen Infrastruktur (Krankenhäuser, Altenpflegeeinrich-tungen, Kindergärten, Schulen etc.); Ver- und Entsorgung kommunalen Verkehrsinfrastruktur inkl. Öffentlicher Personen-nahverkehr; Energieeinsparung und Umstellung auf umweltfreundliche Energieträger; Erschließungsmaßnahmen, einschließlich Aufwendungen für Grunderwerb, die dauerhaft von dem kommunalen Unternehmen zu tragen und nicht umlagefähig sind	Investitionen strukturschwacher Kommunen, im Regionalfördergebiet (GA-Gebiet A, C oder D) bzw. in Haushaltsnotlage oder in einer Haushaltssicherungs-lage. Unternehmen mit mehrheitlich kommunalem Gesell-schafterhintergrund (d. h. unmittelbare oder mittelbare Beteiligung einer oder mehrerer kommunaler Gebietskörperschaften mit insgesamt mehr als 50 %). Unternehmen (unabhängig von der Rechtsform und der Gesellschafterstruktur) im Rahmen von Forfaitierungsmodellen.	über eine durchleitende Bank	Höhe: - bis zu 100 % der Investitionskosten, - Der Kredithöchstbetrag liegt bei 10 Millionen Euro pro Vorhaben. Zinssatz: Individuell ermittelt, Fax-Nr. 069 74 31 - 42 14, www.kfw-foerderbank.de, Tilgung: max. 30 Jahre bei höchstens 5 tilgungsfreien Anlaufjahren. Bis 20 Jahren höchstens 3 tilgungsfreie Anlauf-jahre, Auszahlung: 100 % - ggf. in Teilbeträgen; Die Kombination mit öffentlichen Fördermitteln ist grundsätzlich möglich. Die gleichzeitige Inanspruchnahme des KfW-Programms Erneuerbare Energien (Standard und Premium) für dieselbe Maßnahme sowie des KfW-Unter-nehmerkredits ist ausgeschlossen. - Förderung nur bei Antragstellung vor Beginn des Vorhabens-Programmnummer: 148 (bei Antragstellung mit angeben)	

Programm	Ziel / Was wird gefördert?	Wer kann den Antrag stellen?	Wo wird der Antrag gestellt	max. Fördersatz	Zuwendungsart
KfW-Investitionskredit Kommunen – flexibel (209)	Alle Investitionen sowie Investitions-fördermaßnahmen im Rahmen des Vermögenshaushaltes/Vermögensplanes des aktuellen Haushaltsjahres (inklusive Haushaltsreste des Vorjahres) in die kommunale und soziale Infrastruktur; Aufwendungen lokaler Mikrofinanzierer für den Auf- und Ausbau der betrieb-lichen Infrastruktur in der Kommune.	Kommunale Gebietskörperschaften, Rechtlich unselbstständige Eigenbetriebe von kommunalen Gebietskörperschaften, Kommunale Zweckverbände, die auf Basis des Zweckverbands-gesetzes bzw. den entsprechenden Landesgesetzen zur kommunalen Zusammenarbeit der jeweiligen Bundesländer gegründet wurden.	KfW, Niederlassung Berlin	Höhe: bis zu 50 % der Investitionskosten, - Mindestbetrag des KfW-Kredites beträgt 2 Millionen Euro. Zinssatz: Individuell ermittelt, www.kfw-foerderbank.de, Tilgung: max. 30 Jahre, Auszahlung: 100 % - Kombination mit öffentlichen Fördermitteln generell möglich, aus-geschlossen ist Kombination mit Darlehen aus “KfW-Investitionskredit Kommunen” (208) sowie Darlehen der Landesförderinstitute (LfI), die über Globaldarlehen aus diesem Programm refinanziert werden. - Förderung nur bei Antragstellung vor Beginn des Vorhabens-Programm-nummer: 209 (bei Antragstellung mit angeben)	
KfW - Sozial Investieren - Energetische Gebäudesanierung	Energetische Sanierung von Schulen, Schulsport- und Schulschwimmhallen, Kindertagesstätten, Gebäuden der Kinder- und Jugendarbeit	Kommunen, gemeinnützige Organisation, Kirche	über eine durchleitende Bank	Teil des Konjunkturprogramms des Bundes; Der Antrag ist vor Beginn des Vorhabens bei der Hausbank zu stellen. Planungs- und Energieberatungsleistungen gelten nicht als Vorhabensbeginn.	

Programm	Ziel / Was wird gefördert?	Wer kann den Antrag stellen?	Wo wird der Antrag gestellt	max. Fördersatz	Zuwendungsart
KfW - Kommunalkredit - Investitionsoffensive Infrastruktur (207)	Alle Investitionen in kommunale und soziale Infrastruktur in struktur-schwachen Kommunen, Vorhaben zur Energieeinsparung am kommunalen Gebäudebestand, (Schulen, Kindertagesstätten, Sporteinrichtungen, Krankenhäuser, Altenpflege- und Behinderteneinrichtungen und Verwaltungsgebäude - z. B. Erneuerung von Fenster oder Heizungstechnik, Erneuerung der Beleuchtung. Sonstige Modernisierungsvorhaben an Gebäuden, (Behebung baulicher Mängel, Sanierung denkmal-geschützter Gebäude; Bauliche Maß-nahmen zur Verbesserung der allgemeinen Aufenthalts- und Verhältnisse, insbesondere barrierefreier, alten- und behindertengerechter Umbau, Nach-rüstung von Aufzügen); sonstige Infrastrukturvorhaben: Grünanlagen, Spielplätzen z. B. bei Kindergärten, Schulen oder Sporteinrichtungen; Anpassungen der technischen Infrastruktur aufgrund des demographischen Wandels (z. B. Wasserleitungen); Abwasser und Wasserversorgung; Abfallwirtschaft; Baulanderschließung; barrierefreie Ausgestaltung von Straßen, Fußwegen und Einrichtungen des ÖPNV.	Kommunale Gebietskörperschaften, deren rechtlich unselbständige Eigenbetriebe sowie kommunale Zweckverbände in Regionalfördergebiet (GA-Gebiet A, C oder D)	KfW Niederlassung Berlin	Höhe: bis zu 100 % der Investitionskosten, langfristige direktkredite mit günstigen Festzinssätzen und tilgungsfreien Anlaufjahren mit bis zu 50% des Kreditbedarfs einer Investition, ein Hächstbetrag ist nicht festgelegt. Bestandteil des Maßnahmepakets der Bundesregierung „Beschäftigungs-sicherung durch Wachstums-stärkung“. Zinssatz: Faxabruf unter: 069 74 31-42 14 oder www.kfw-foerderbank.de, ersten beiden Jahre zinsfrei, drei weitere Jahre verbilligt, Tilgung: max. 30 Jahre bei höchstens 5 tilgungsfreien Anlaufjahren, Auszahlung: 100 % - Eine Kombination der KfW-Darlehen mit anderen Fördermitteln (z. B. Kredite, Zulagen/Zuschüsse) sowie eine Mitfinanzierung im Rahmen des Investitionspaktes bzw. von Vor-haben auf der Grundlage des Zukunftsinvestitionsgesetzes sind grundsätzlich zulässig, sofern die Summe aus Krediten, Zuschüssen und Zulagen die Summe der Auf-wendungen nicht übersteigt. - Förderung nur bei Antragstellung vor Beginn des Vorhabens - Programmnummer: 207 (bei Antragstellung mit angeben). Max. Kreditlaufzeit: 30 Jahre bei höchstens 5 tilgungsfreien Anlaufjahren.	

Programm	Ziel / Was wird gefördert?	Wer kann den Antrag stellen?	Wo wird der Antrag gestellt	max. Fördersatz	Zuwendungsart
KfW - Kommunal Investieren - Investitionsoffensive Infrastruktur (212)	Alle Investitionen in kommunale und soziale Infrastruktur in strukturschwachen Kommunen, Vorhaben zur Energieeinsparung am kommunalen Gebäudebestand, (Schulen, Kindertages-stätten, Sporteinrichtungen, Krankenhäuser, Altenpflege- und Behinderteneinrichtungen und Verwaltungsgebäude - z. B. Erneuerung von Fenster oder Heizungstechnik, Erneuerung der Beleuchtung. Sonstige Modernisierungsvorhaben an Gebäuden, (Behebung baulicher Mängel, Sanierung denkmal-geschützter Gebäude; Bauliche Maßnahmen zur Verbesserung der allgemeinen Aufenthalts- und Verhältnisse, insbesondere barrierefreier, alten- und behindertengerechter Umbau, Nachrüstung von Aufzügen); sonstige Infrastrukturvorhaben: Grünanlagen, Spielplätzen z. B. bei Kindergärten, Schulen oder Sporteinrichtungen; Anpassungen der technischen Infrastruktur aufgrund des demographischen Wandels (z. B. Wasserleitungen); Abwasser und Wasserversorgung; Abfallwirtschaft; Baulanderschließung; barrierefreie Ausgestaltung von Straßen, Fußwegen und Einrichtungen des ÖPNV.	Folgende Unternehmen, die Träger der Investitionsmaßnahme mit Investitionsort in den neuen Ländern sowie in den Regionalfördergebieten in den alten Ländern und Berlin sind: Unternehmen mit mehrheitlich kommunalem Gesellschafterhintergrund (d. h., unmittelbare oder mittelbare Beteiligung einer oder mehrerer kommunaler Gebietskörperschaften mit insgesamt mehr als 50 %). Unternehmen (unabhängig von der Rechtsform und der Gesellschafterstruktur) im Rahmen von Forfaitierungsmodellen. Ausgeschlossen sind Sanierungsfälle und Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne von Artikel 1 Ziffer 6 i. V. mit Ziffer 7 AGVO.	über eine durchleitende Bank	Finanzierungsanteil max. 75 % der Investitionskosten. Das antragstellende Unternehmen ist verpflichtet, einen beihilfefreien Eigenbeitrag von mindestens 25 % zu erbringen. Kredithöchstbetrag 10 Millionen Euro pro Vorhaben. Zinssatz: Faxabruf unter: 069 74 31-42 14 oder www.kfw-foerderbank.de. Auszahlung: 100 %. Kombination der KfW-Darlehen mit anderen Fördermitteln zulässig. Die gleichzeitige Inanspruchnahme eines anderen KfW-Programms für dasselbe Vorhaben ist ausgeschlossen. Gefördert werden nur Vorhaben/Bauabschnitte, die spätestens bis 31.12.2010 begonnen werden.	

Programm	Ziel / Was wird gefördert?	Wer kann den Antrag stellen?	Wo wird der Antrag gestellt	max. Fördersatz	Zuwendungsart
KfW - Energieeffizient Sanieren - Kommunen (218)	Dient der zinsgünstigen langfristigen Finanzierung von besonders umfangreichen Investitionen zur CO2-Minderung und zur Energieeinsparung, Förderung von energetischen Maßnahmen an folgenden Einrichtungen in den Gemeinden, die bis zum 01.01.1990 fertig gestellt worden sind: Schulen, Schulsporthallen und -schwimmhallen, Kindertagesstätten sowie Gebäude der Kinder- und Jugendarbeit, die ganzjährig und mit normalen Innentemperaturen genutzt werden	Kommunale Gebietskörperschaften, Rechtlich unselbstständige Eigenbetriebe von kommunalen Gebietskörperschaften, Kommunale Zweckverbände, die auf Basis des Zweckverbandsgesetzes bzw. der entsprechenden Landesgesetze zur kommunalen Zusammenarbeit der jeweiligen Bundesländer gegründet wurden.	Über ein Kreditinstitut bei der KfW-Förderbank	Gebieten der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur - „GA-Gebiete“ bis zu 100% und sonstigen Gebieten bis zu 70%, bei energetischer Sanierung nach Neubau-Niveau max. 350€/m² Netto-Grundfläche, bei Einzelmaßnahmen max. 50€/m² Netto-Grundfläche pro Maßnahme. Wird ein Maßnahmenpaket von mindestens 3 Einzelmaßnahmen durchgeführt, beträgt der Darlehenshöchstbetrag 200€/m² Netto-Grundfläche. Für die Kombination von Maßnahmenpaketen mit mehr als 3 Maßnahmen kann eine zusätzliche Förderung von 50€/m² Netto-Grundfläche je weiterer Maßnahme erfolgen. Der Höchstbetrag für die Förderung von Maßnahmenpaketen oder die Förderung mehrerer Einzelmaßnahmen beträgt maximal 300€/m² Netto-Grundfläche. VV Investitionspakt 2009: Für Kommunen mit festgestellter Haushaltsnotlage ist ab 2009 eine weitere Option vorgesehen: Der kommunale Eigenanteil kann abweichend vom üblichen Drittel auf bis zu 10% gesenkt werden, Bund und Land übernehmen dann jeweils bis zu 45%. Ein Land kann zudem analog zum Programm Zukunftsinvestitionen den Bundesanteil an den förderfähigen Kosten auf bis zu 75% erhöhen.	

Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums: Hier investiert Europa in die ländlichen Gebiete.

Mecklenburg Vorpommern
MV tut gut.

Antrag

auf Gewährung einer Zuwendung nach der Richtlinie für die Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung (ILERL M-V)

Die grauen Felder werden von der Bewilligungsbehörde ausgefüllt!

An die zuständige Bewilligungsbehörde:

Dieser Antrag betrifft:

- [x] die erstmalige Antragstellung für das Vorhaben
- [ ] die Änderung eines bislang nicht bewilligten Antrages
- [ ] die Änderung eines erlassenen Zuwendungsbescheides

Eingangsstempel:

Anzahl der Anlagen:

Eingang im PEB registriert:
Antrag **500** Änderungsantrag **511**

Aktenzeichen, soweit bekannt
(A) (B)

Antragsteller

EU-Betriebsnummer (BNRZD, 12-stellig)	aktueller Stammdatenbogen ☐ liegt vor ☐ wurde nachgefordert am ______ und nachgereicht am ______
Name: Reichenbach-Behnisch	
Vorname (bei juristischen Personen: Ansprechpartner): Jana	
Straße, Nr.: Lützner Straße 91	Postleitzahl, Ort: 04177 Leipzig
Telefon: 0341 4928236	E-Mail: info@rbarchitekten-le.de

Bankverbindung

Kontonummer	Bankleitzahl
Kreditinstitut	Kontoinhaber

Vorhabenbeschreibung

Durchführungsort	vorgesehener Durchführungszeitraum
Ducherow OT Löwitz	

Kurzbeschreibung des Vorhabens (Was soll gemacht werden, welche Ziele sollen erreicht werden, welche Wirkungen sind zu erwarten)

Installation eines multiplen Hauses:
Wiederbelebung verlorengegangener wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Infrastruktur und somit Erhöhung der Lebensqualität. flexible Nutzung des Erdgeschosses durch Gemeinde, Vereine, Private, Dienstleister im Stundenrhythmus. Vermietung, Leihe der Räume. Haus in Besitz der Gemeinde. Versorgung und soziales Leben im Dorf unterstützen. Organisation durch Ehrenamt.

bauliche Maßnahmen:
Renovierung und Sanierung des Erdgeschosses
einfacher Ausbaustandart
Wände, Decken, Böden, Fenster, Türen nach Nutzungsbestimmungen,
Wärmeschutzverordnung, Sicherheitsbestimmungen aufrüsten
Heizsystem mit Solarenergie
entsprechend der flexiblen Nutzungen Oberflächen wählen
Festeinbau der Küchenzeile

Formular LU M-V ILE01.2/09

Ist mit dem Vorhaben eine unmittelbare Beschäftigungswirkung verbunden?

☐ Schaffung von Arbeitsplätzen -> Anzahl: ☐ Sicherung von Arbeitsplätzen -> Anzahl:

☒ Generierung alternativer Einkommensquellen bei den Antragstellern

Ist das Vorhaben Bestandteil einer für die ländliche Entwicklung besonders förderlichen Gesamtplanung oder dient deren Umsetzung?

☐ Gebietsbezogene lokale Entwicklungsstrategie (GLES) im Rahmen von LEADER, Schwerpunkt 4 VO (EG) 1698/2005

☐ Vorhaben ist zur Umsetzung von der Lokalen Aktionsgruppe (LAG) durch Beschluss ausgewählt worden

☐ Vorhaben wird von der Lokalen Aktionsgruppe (LAG) befürwortet, jedoch nicht zur Umsetzung ausgewählt

☐ Dorferneuerungsplanung, Dorfentwicklungskonzept

☐ Plan über die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen gemäß § 41 Flurbereinigungsgesetz

☒ andere: Modellvorhaben "Demografischer Wandel - Region schafft Zukunft" BMVBS

Begründung der Notwendigkeit der Zuwendungsgewährung

Die Umsetzung eines multiplen Haueses fördert die Lösung von Kernproblemen in dünnbesiedelten ländlichen Gegenden, zum Beispiel in der Region "Stettiner Haff". Es bildet bzw. stärkt das Dorfzentrum durch die Gewährleistung von Dienstleistungen und Vereinsarbeiten. Es ist Treffpunkt der Dorfbevölkerung und Anlaufstelle für regionale Anbieter der Wirtschaft und des Sozialwesens.

Kostenplan

Gliederung in Kostenpositionen, Kostengruppen	Nettobetrag	Mehrwertsteuer	davon zuwendungsfähig
200 Herrichten Erschließen	5042 €	6000 €	
300 Bauwerk - Baukonstruktionen	157707 €	187672 €	
400 Bauwerk - Technische Anlagen	39278 €	46741 €	
500 Aussenanlagen	4202 €	5000 €	
600 Ausstattung	4860 €	5783 €	
700 Baunebenkosten	36112 €	42973 €	
	€	€	
	€	€	
Summe	247201 €	294169 €	

Finanzierungsplan

Eigenanteil (eigene Mittel der Antragsteller) €	Weitere Förderungen sind hierfür ☒ nicht vorgesehen. ☐ vorgesehen/beantragt:	
hiermit beantragte Zuwendung €	Art der Förderung	
sonstige Mittel (z. B. andere Förderungen) €	Bewilligende Stelle	
Gesamtkosten des Vorhabens 247201 €	Höhe der Förderung €	Zeitraum der Förderung
Die Ausführung der Arbeiten erfolgt in Eigenleistung durch Antragsteller ☐ ja ☒ nein ☐ teilweise	In der Vergangenheit wurden Förderungen hierfür ☒ nicht gewährt. ☐ gewährt:	
	Art der Förderung	
Es besteht eine Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 UStG ☒ ja ☐ nein ☐ teilweise	Bewilligende Stelle	
	Höhe der Förderung €	Zeitraum der Förderung

Formular LUM-V ILE01 2/09

Hinweise

Die Gewährung einer Zuwendung ist grundsätzlich vor Entstehung der Ausgaben zu beantragen. Zuwendungen für bereits begonnene Vorhaben können nicht gewährt werden. Als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrags zu werten.

Für Vorhaben, für die Zuwendungen nach der o. g. Richtlinie an **öffentliche Rechtspersonen** gewährt werden, gelten die einschlägigen Vergabevorschriften, insbesondere Vergabe- und Vertragsordnungen, sowie europäische und nationale Wertgrenzenfestlegungen. Ist nach diesen Vorschriften eine öffentliche Ausschreibung des Vorhabens nicht erforderlich, sind mit dem Antrag mindestens drei Vergleichsangebote/Kostenvoranschläge einzureichen.

Wenn die Zuwendung mehr als 25.000 Euro beträgt, gelten für **private Rechtspersonen** die einschlägigen Vergabevorschriften, insbesondere Vergabe- und Vertragsordnungen, sowie europäische und nationale Wertgrenzenfestlegungen. Ist nach diesen Vorschriften eine öffentliche Ausschreibung des Vorhabens nicht erforderlich oder beträgt die Zuwendung weniger als 25.000 Euro, sind mit dem Antrag mindestens drei Vergleichsangebote/Kostenvoranschläge einzureichen.

Die nach der o. g. Richtlinie gewährten Zuwendungen werden auf schriftlichen Antrag ausgezahlt. Mit dem Auszahlungsantrag sind der Bewilligungsbehörde entsprechende Rechnungen sowie Kontoauszüge als Nachweis deren Bezahlung im Original vorzulegen.

Für die nach der o. g. Richtlinie gewährten Zuwendungen wird regelmäßig eine Zweckbindungsfrist von 5 bzw. bei Bauten und baulichen Anlagen von 12 Jahren festgelegt. Dies bedeutet, dass Objekte, für die Zuwendungen gewährt wurden, innerhalb dieser Frist nicht entgegen der festgelegten Zweckbestimmung verwendet werden dürfen. Dies schließt die Pflicht zur ordnungsgemäßen Unterhaltung und Pflege mit ein.

Anträgen für Vorhaben nach Nr. 2.2, 2.3 und 2.4 ILERL M-V ist die Anlage "Erklärung zur Übernahme des nationalen Kofinanzierungsanteils" beizufügen.

Anträgen von Unternehmen für Vorhaben nach Nr. 2.2, 2.3 und 2.4 der ILERL M-V ist die Anlage "De-minimis-Erklärung" beizufügen.

Erklärungen

Mit der Ausführung des beantragten Vorhabens wurde noch nicht begonnen. Der Ausführung des Vorhabens zuzurechnende Lieferungs- oder Leistungsverträge wurden bisher nicht abgeschlossen.

Die Zuwendung wird im Falle der Gewährung wirtschaftlich, sparsam und nur für den beantragten bzw. im Zuwendungsbescheid festgelegten Zweck verwendet.

Die in diesem Antrag, den Anlagen und ggf. in weiteren mit dem Antrag eingereichten Unterlagen enthaltenen Angaben sind richtig und vollständig.

Mir/uns ist bekannt, dass eine nach der Richtlinie für die Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung (ILERL M-V) gewährte Zuwendung erst dann ausgezahlt wird, wenn die erbrachten Leistungen durch bezahlte Rechnungen nachgewiesen sind. Mir/uns stehen die finanziellen Mittel zur Verfügung, um diesbezüglich die Vorfinanzierung des Vorhabens durch mich/uns zu gewährleisten.

Mir/uns ist bekannt, dass die in diesem Antrag enthaltenen sowie alle sonstigen nach den allgemeinen Grundsätzen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung erheblichen Angaben **subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches** sind und dass nach dieser Vorschrift sich strafbar machen kann, wer vorsätzlich oder leichtfertig
- unrichtige oder unvollständige Angaben über subventionserhebliche Tatsachen macht, die für ihn vorteilhaft sind,
- eine mit Hilfe solcher Angaben erlangte Bescheinigung über eine Subventionsberechtigung oder subventionserhebliche Tatsache in diesem Verfahren gebraucht oder
- die Bewilligungsbehörde über subventionserhebliche Tatsachen in Unkenntnis lässt, zu deren Mitteilung er verpflichtet ist.

Mir/uns ist ferner bekannt, dass ich/wir verpflichtet bin/sind, der Bewilligungsbehörde
- unverzüglich alle Tatsachen anzuzeigen, die der Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention/des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention/des Subventionsvorteils erheblich sind,
- rechtzeitig vorher anzuzeigen, wenn ich/wir eine mit der Subvention erworbene oder hergestellte Sache, deren Verwendung durch die Bestimmungen der für die Gewährung der Subvention maßgeblichen Förderrichtlinien bzw. die Bestimmungen im Zuwendungsbescheid beschränkt ist, entgegen der Verwendungsbeschränkung verwenden will/wollen.

Weiterhin verpflichte ich mich/verpflichten wir uns, eine Überprüfung der Voraussetzungen für die Gewährung und der Verwendung der gewährten Zuwendung durch die Bewilligungsbehörde, das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz, die Bescheinigende Stelle des Finanzministeriums, den Landesrechnungshof, die Europäische Kommission, den Europäischen Rechnungshof, den Bundesrechnungshof und das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz oder eines von dort Beauftragten zu dulden.

Ich erkläre mich/wir erklären uns damit einverstanden, dass die mit der Gewährung der Zuwendung in Zusammenhang stehenden Daten in Datenverarbeitungssystemen erfasst, gespeichert und verarbeitet werden; dies schließt die Verwendung der anonymisierten Daten zum Zweck der Evaluierung der Programme und Maßnahmen mit ein.

Mir/uns ist bekannt, dass nach Art. 44a der VO (EG) Nr. 1290/2005, zuletzt geändert durch die VO (EG) Nr. 1437/2007, vorgeschrieben ist, Informationen über die Empfänger von EGFL- und ELER-Mitteln sowie die Beträge, die jeder Begünstigte erhalten hat, zu veröffentlichen. Weitere Einzelheiten enthält die VO (EG) Nr. 259/2008.
Die Daten können zum Zweck des Schutzes der finanziellen Interessen der Gemeinschaften von Rechnungsprüfungs- und Untersuchungseinrichtungen der Gemeinschaften und der Mitgliedstaaten verarbeitet werden. Hinsichtlich der personenbezogenen Daten wird auf die Rechte nach der Richtlinie 95/46/EG und die einschlägigen nationalen datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere §§ 24 ff. Datenschutzgesetz Mecklenburg-Vorpommern hingewiesen.
Danach können betroffene natürliche Personen als Empfänger von Fondsmitteln bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen ein Recht auf Widerspruch, Berichtigung, Sperrung oder Löschung unrichtiger Daten haben. Die Geltendmachung dieser Rechte ist bei der Zahlstelle für den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft unter folgender Anschrift einzulegen:
Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern
Zahlstelle
Paulshöher Weg 1
19061 Schwerin.

Mir/uns ist bewusst, dass die mit dem Stammdatenbogen für Fördermaßnahmen, die aus dem ELER finanziert werden, abgegebenen Erklärungen darüber hinaus für alle Anträge auf Beihilfen und Zuwendungen aus dem ELER gelten.

Anlagen

☒ Kostenschätzung(en), Vergleichsangebote	☐ Erklärung zur Übernahme des nation. Kofinanzierungsant.
☒ Übersichtspläne/Bauzeichnungen	☐ De-minimis-Erklärung
☐ Eigentumsnachweis/Nutzungsberechtigung	☐ andere Anlagen:
☐ erforderliche (Bau-) Genehmigung(en)	
☐ erforderliche Beschlüsse der Vertretungsorgane	

Rechtsverbindliche Unterschrift

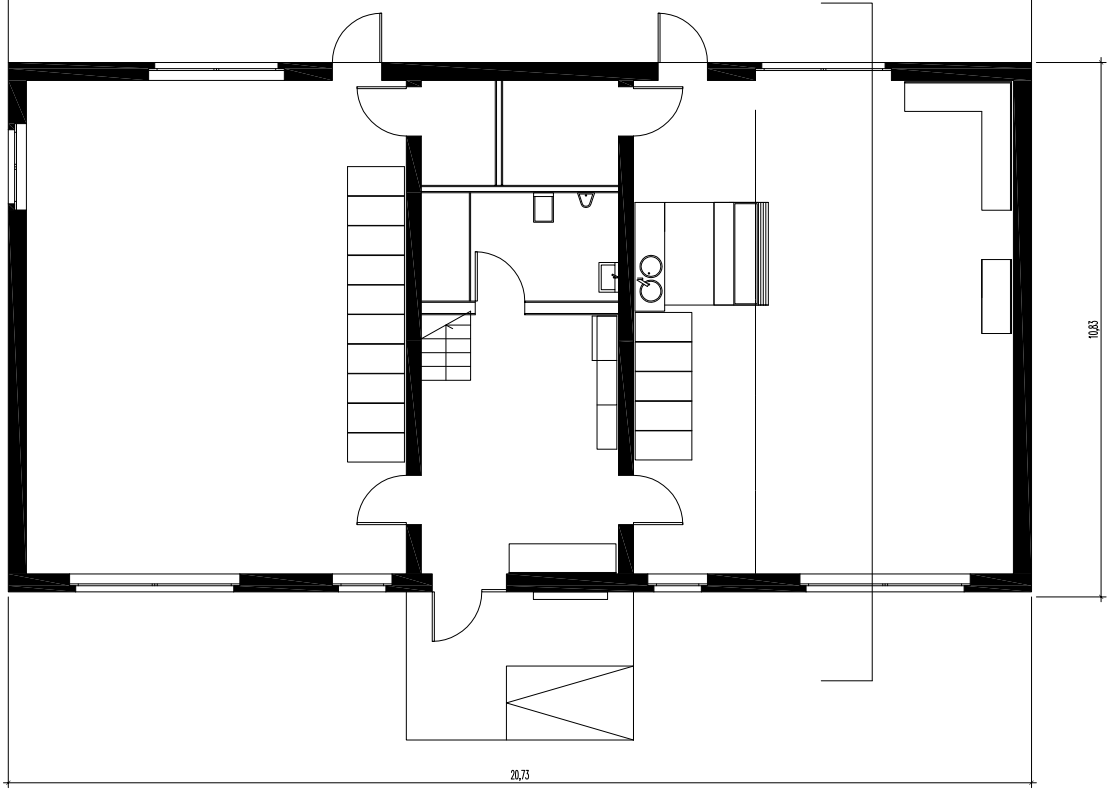
Ort, Datum	Name(n) in Druckschrift	Unterschrift(en)
Leipzig, 05.01.2010	Jana Reichenbach-Behnisch	

Formular LU M-V ILE01.2/09

Kostenschätzung									
KG	Kostengruppe der 1. Ebene	Einheit	Faktor in EUR	Fläche	Betrag Brutto	5% Sanierungsaufschlag	Zwischensumme brutto	KG 300+400 anteilig	Endbetrag Netto
100	Grundstück	m² FBG		1000					
200	Herrichten Erschließen	m² FBG	6	1000	6000	0	6.000		**5.042**
300	Bauwerk - Baukonstruktionen	m² BGF	663	445	294942	14747	309.689	187672	**157.707**
400	Bauwerk - Technische Anlagen	m² BGF	105	445	46710	2336	49.046	46741	**39.278**
	Bauwerk (300+400)	m² BGF	968	445	430624	17083	447.707	234412	**196.985**
500	Außenanlagen	m² AUF	5	1000	5000	0	5.000		**4.202**
600	Ausstattung und Kunstwerke	m² BGF	13	445	5783	0	5.783		**4.860**
700	Baunebenkosten	m² BGF	92	445	40927	2046	42.973		**36.112**
Summe								**294.169**	**247.201**

KG	Kostengruppe der 2. Ebene	Einheit	Faktor in % von KG 300	Fläche	Betrag Brutto	Endbetrag Netto
310	Baugrube	m³ BGI			0	0
320	Gründung	m² GRF		255,00	0	0
330	Außenwände	m² AWF	31,8%		98.481	82.757
340	Innenwände	m² IWF	14,0%		43.357	36.434
350	Decken	m² IWF	1,6%		4.955	4.164
360	Dächer	m² DEF	10,8%		33.446	28.106
370	Baukonstruktive Einbauten	m² BGF	0,1%	445	310	260
390	Sonstige Baukonstruktionen	m² BGF	2,3%	445	7.123	5.986
	Summen KG 300 anteilig		**61%**		**187.672**	**157.707**

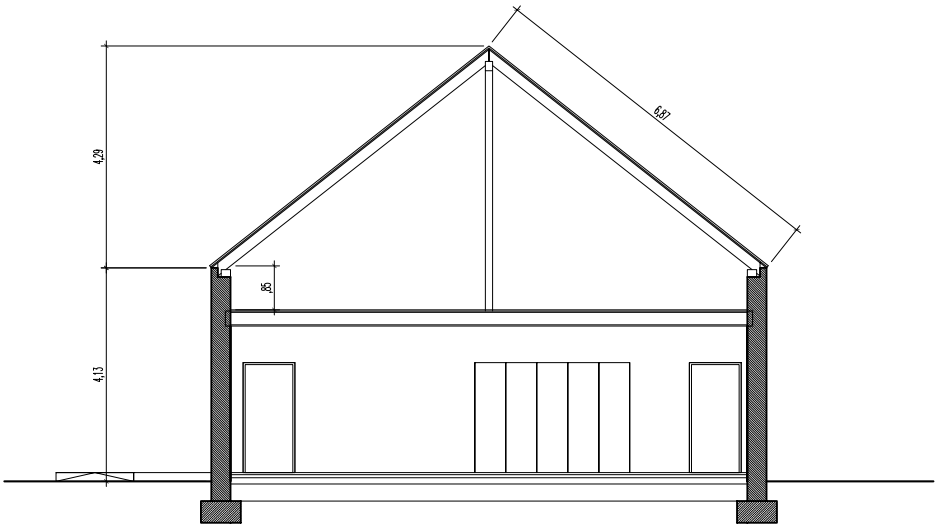
KG	Kostengruppe der 2. Ebene	Einheit	Faktor in % von KG 300	Fläche	Betrag Brutto	Endbetrag Netto
410	Abwasser, Wasser, Gas	m² BGF	29,6%	445	14.518	12.200
420	Wärmeversorgungs-anlagen	m² BGF	35,0%	445	17.166	14.425
430	Lufttechnische Anlagen	m² BGF	2,0%	445	981	824
440	Starkstromanlagen	m² BGF	25,9%	445	12.703	10.675
450	Fernmeldeanlagen	m² BGF	2,8%	445	1.373	1.154
460	Förderanlagen	m² BGF		445		
470	Nutzungsspezifische Anlagen	m² BGF		445		
480	Gebäudeautomation	m² BGF		445		
490	Sonstige Technische Anlagen	m² BGF		445		
	Summen KG 400 anteilig		**95%**		**46.741**	**39.278**



Grundriss EG *Multiples Haus Löwitz, Dorfstraße 32*

BGF: ca. 445 qm *M 1: 100 (im Original A4)* *Stand: 05.01.2010*

rb architekten
Jana Reichenbach-Behnisch
Dipl.-Ing. Arch.
Lützner Straße 91
04177 Leipzig



Schnitt A-A Multiples Haus Löwitz, Dorfstraße 32

BGF: ca. 445 qm

M 1:100 (im Original A4) Stand: 05.01.2010

rb architekten
Jana Reichenbach-Behnisch
Dipl.-Ing. Arch.
Lützner Straße 91
04177 Leipzig

Email: AW: LEADER-Foerderung Multiples Haus Loewitz
18.01.2010 09:36

Sehr geehrte Frau Reichenbach-Behnisch,

Ihre Förderanfrage ist bei uns eingegangen und ich möchte gleich antworten.
Ich habe bereits mit Herrn Reimann, dem zuständigen Bearbeiter im Landwirtschaftsministerium darüber gesprochen.
Die Maßnahme ist bedingt förderfähig.
Erste Bedingung ist der Nachweis der Nachhaltigkeit, d.h. es müsste ein Betreiberkonzept vorgelegt werden, denn eine Förderung ist mit einer Bindefrist von 12 Jahren verbunden (Gebäude muss mindestens bis Ablauf der Bindefrist als Multiples Haus genutzt werden, ansonsten könnten die Fördermittel zurückgefordert werden).

Für uns als LAG steht die Frage, ob in Löwitz mit seinen wenigen Einwohnern eine tragfähige Einrichtung entstehen kann?!

Hiermit teile ich Ihnen die Berechnung der Kosten mit, die auf eine Gemeinde in M-V zukommen würden, wenn diese über LEADER gefördert werden würde:
Der von der Gemeinde zu eigenen Zwecken genutzte Teil des Gebäudes würde zu 90% gefördert werden. Dieser Anteil müsste anhand der Grundflächen festgelegt werden und im Antrag auch dargestellt werden. Der Teil, der vermietet oder verpachtet werden soll, würde nur mit 50% bezuschusst werden.

Bsp: 50 : 50

Für den öffentlichen Teil:

Gesamtkosten (netto)	247.201,00	
davon 50%		123.600,50
davon Zuwendung 90%	111.240,45	
davon EU (80%)		88.992,36
dav. öff. Kofi (Gemeinde) 20%		22.248,09
Eigenmittel		12.360,05

Für den anderen Teil:

Gesamtkosten (netto)	247.201,00	
davon 50%		111.240,45
davon Zuwendung 50%	55.620,23	
dav. EU 80%		44.496,18
dav. Öff. Kofi (Gemeinde) 20%		11.124,05
Eigenmittel		55.620,23

Auf die Gemeinde kämen bei einer Raumaufteilung von 50:50 Kosten in Höhe von 101.352,42 € zu. Hinzu kommt noch die Mehrwertsteuer in Höhe von 46.968,19 €, so dass die Gemeinde insgesamt 148.320,61 € selbst übernehmen müsste.
Bei einem anderen Grundflächenverhältnis würden sich die Kosten entsprechend verschieben.

Wenn Sie als Person oder Ihre Firma der Antragsteller sind, müssten Sie Eigentümer oder langfristiger Pächter des Hauses werden.

Der Finanzierungsplan könnte dann folgendermaßen aussehen:

Fördersatz 50% der Nettokosten

Gesamtkosten	247.201,00 €
davon 50%	123.600,50 €
davon EU-Mittel (80%)	98.880,40 €
davon regionale öff. Kofi (Gemeinde) 20%	24.720,10 €
Eigenmittel	123.600,50 €

Die Gemeinde müsste sich in dem Fall also mit 24.720,10 € am Projekt beteiligen, es sei denn, Sie finden einen anderen öffentlichen Partner, der die Kosten übernimmt.
Bei Antragstellung muss dazu eine verbindliche Erklärung erfolgen (Formular: Erklärung zur Übernahme der regionalen Kofinanzierung). Weiterhin muss sich der Kofinanzierer in OVP auch immer an den Kosten für das LEADER-Regionalmanagement der Region beteiligen. Die Beteiligung erfolgt per Umlage. Pro 1.000 € Zuwendung sind zwischen 15-20 € aufzubringen (z.Z. wären das 2.088,85 €).

Die De-minimis-Erklärung gilt für Wirtschaftsunternehmen.
Um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, dürfen Wirtschaftsunternehmen innerhalb von 3 Jahren nicht mehr als 200 T€ Fördermittel erhalten. Das würde für Sie zutreffen.

Die erforderlichen Eigenmittel können von bestimmten Projektträgern teilweise als Eigenleistung erbracht werden (z.B. Malerleistungen) – das gilt aber nicht für Privatpersonen und Unternehmen.

Die Baugenehmigung kann nach Bestätigung des Förderantrages nachgereicht werden. Es muss aber im Vorfeld sicher sein, dass diese auch erteilt werden wird. Falls das Gebäude unter Denkmalsschutz steht, muss die Untere Denkmalbehörde einbezogen werden.

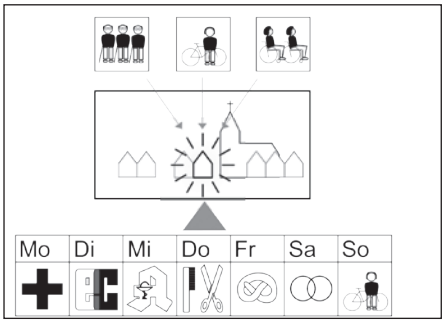
Ich hoffe, Ihnen weiter geholfen zu haben.

Mit freundlichen Grüßen
R. Hübner

Renate Hübner
Lokale Aktionsgruppe LEADER Ostvorpommern
Landkreis Ostvorpommern
Amt für Bau und Wirtschaftsentwicklung
Demminer Str. 71 - 74
17389 Anklam
Tel: 03971 84-209
Fax: 03971 84-236
www.kreis-ovp.de

Abb. 3.16: Vogelsang-Warsin

3.7.3. Finanzierung durch Einnahmen – Bewirtschaftung nach der Startphase



Nachdem von Anfang an bestätigt wurde, dass sich die alte Dorfstruktur mit Laden-Gasthaus-Schule-Arzt in verschiedenen Gebäuden und als jeweils einzelne Unternehmen unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht ansiedeln lässt, muss nun dargestellt werden, welche Ausgaben zwingend beim Betrieb eines multiplen Hauses zu decken sind und welche Einnahmen dafür in Frage kommen.

Wie geht es also nach Sanierung, Ausbau und Startphase weiter?
Mit der Entscheidung für eine bestimmte „Organisationsform im Betrieb“ muss auch festgelegt werden, ob künftig gemeinnützig und mit geförderter Unterstützung gewirtschaftet werden soll oder ob beispielsweise eine Genossenschaft ohne Förderung aber mit Genossenschaftsanteilen und einer gewinnorientierten Bewirtschaftung die bessere Wahl ist. Dazu muss im Vorfeld die Gegenüberstellung der geplanten Einnahmen und Ausgaben geprüft werden.

Ausgaben

Grundkosten Haus
- Grundsteuer (o.a. lfd. öffentliche Lasten des Grundstückes)
- evtl. Kredittilgung
- Instandhaltung, Instandsetzung
- Hausverwaltung
- Sach- und Haftpflichtversicherung

Betriebskosten Haus
- Wasser, Abwasser / Strom/ Heizung mit
- Anschlusskosten / Grundkosten / Verbrauch / Wartung
- Straßenreinigung
- Müllbeseitigung
- Hausmeister
- Gebäudereinigung / Ungezieferbekämpfung
- Schornsteinreinigung

Unternehmenskosten „Multiples Haus“
- Installation / Hardware / Festkosten / Verbrauch
- Personalkosten intern
- Gebühreneinzugszentrale (GEZ)
- Steuern (Gewerbe, Gaststätten)
- Steuerberater
- Versicherungen

Einnahmen

- Miete (Gewerberaummiete, Nutzungsgebühren)
- Betriebskosten von Mietern und Nutzern (nach Betriebskostenverordung – BetrKV)
- Mitgliedsbeiträge/ Genossenschaftsanteile
- Projektgelder
- Spenden
- Einnahmen aus Veranstaltungen / Verkäufen

„Die Herberge betreibt die Gemeinde. Das deckt dann gerade mal die Betriebskosten. Mehr kommt doch da nicht raus. Und da ist schon die Frage tabu, wo die Personalkosten herkommen. In der Regel hab ich ein Volumen von 5000 Euro vielleicht, was wir hier durch diese Vermietung reinkriegen. Davon sind ja schon ungefähr 3500€ Betriebskosten oder 3000€, was diese Häuser verursachen. Mit Heizung, Versicherung, Müll, Strom, Strom also Lichtstrom, wir haben ja Elektroheizung drin. Die Frage sind nur die Personalkosten. [...] Wir haben ja die Möglichkeit – also unsere Frauen dürfen offiziell Veranstaltungen vorbereiten. Das heißt sie können Blümchen pflücken, können die hinstellen, können den Tisch decken. Das ist alles kein Thema. Das Thema ist der Beherbergungsbetrieb. Dort machen wir wirklich Wirtschaft. Ich meine zwar nicht in den finanziellen Dimensionen aber wir sind gewerblich tätig.
Aber da darf ich in dem Moment keine ABM-Kräfte beschäftigen, dass die da sauber machen. Das müssen wir klären. Ansonsten muss ich erst mal zu machen. Wir haben ja nun Buchungen schon bis zum Jahresende, das ist ja das schwierige. Da gibt's dann Ärger noch von den Leuten. Die sieht man dann auch vielleicht nie wieder."
Quelle: Interview mit Dr. Klaus Brandt, Bürgermesiter Schlatkow

Überwiegen flexible Nutzungen, sind die möglichen Mieteinnahmen ungewiss und schlecht kalkulierbar. Bei festen Nutzungen kann auch mit festen Einnahmeposten gerechnet werden. Kursiv gedruckte Personalkosten sollten zumindest am Anfang durch ehrenamtliches Arbeiten eingespart werden, aber bei der Eigenmittelberechnung nicht vergessen werden.
Gerade in kleinen Dörfern wird es sehr stark vom ehrenamtlichen Engagement und dem Willen der Dorfbewohner abhängen, ob sie ihr Dorf aktivieren wollen. Aber auch dort kann ein Multiples Haus wirtschaftlich betrieben werden, d.h. man kann Einnahmen verbuchen und Verwaltung und Organisation dann auch bezahlen.

In Gladrow hat ein Dorf mit 52 Einwohnern ein kleines 1-Raum-Haus zu einem öffentlichen Spielhaus für alle gemacht und einen attraktiven Anziehungspunkt geschaffen. Das jetzt wieder ein Betreiberverein gefunden wurde und das Haus auch überregional bekannt ist, ist ein sehr gutes Beispiel für ehrenamtliches Engagement. Hier wurde also eine solide Basis geschaffen.

Bei der eigentlichen Bewirtschaftung eines Multiplen Hauses ist ein Netzwerk von mehreren Häusern ganz hervorragend geeignet, um den organisatorischen Aufwand für das einzelne Dorf gering zu halten und alle Vorteile eines solchen Verbunds zu nutzen. Das geht von der gemeinsamen Werbung für die Häuser bis zum „Teilen der Dienstleister", denn für diese wird der tägliche Wechsel ihres Arbeitsortes natürlich viel attraktiver und wirtschaftlicher, wenn sie auf wenigen Kilometern möglichst viele Häuser anfahren. Und es soll sich natürlich auch als ein Grund für die Dienstleister herausstellen, sich dann dort auch gleich anzusiedeln. Unerlässlich für die Senkung der Ausgaben ist die Unterstützung durch die Gemeinden, durch die ansässigen Versorgungsunternehmen und die großen Dienstleister. Zentrale Festmietangebote wie das der Post, welches im folgenden erläutert wird, sollten zwingend umgesetzt werden und bieten die erste dauerhafte Einnahmequelle.

3.7.4. Feste Partner und Sponsoring

Um ein Projekt wie die Multiplen Häuser gerade in kleinen Dörfern oder in Dörfern, in denen die Dorfstruktur bereits zusammengebrochen ist, zu ermöglichen, sind die Politik und die großen Unternehmen in der jeweiligen Region gefragt, die in die Verantwortung gehen und sich zu einem solchen Projekt offen positiv bekennen.
Die Unterstützung der Multiplen Häuser kann zum einen finanzieller Art sein –

in der Startphase beispielsweise durch:
- Sonderkonditionen in der Baufinanzierung durch die örtlichen Sparkassen
- den Erlass von Eigenmitteln für Fördergelder durch die Politik
- den Erlass von Anschlussgebühren durch die Versorger

in der weiteren Bewirtschaftung beispielsweise durch:
- den Erlass der Grundsteuer durch die Gemeinden
- die Medienversorgung zum Nulltarif – zumindest für die ersten Jahre.

Auch der Einstieg als „Nutzer“ des Hauses und damit als fester Partner in der Bewirtschaftung ist eine wichtige Unterstützung, da sie dem Haus Einnahmen sichert und den Weg in die wirtschaftliche Unabhängigkeit der multiplen Häuser entscheidend befördert.
Zum anderen ist also auch eine „personelle“ Unterstützung als „fester Nutzer“ wichtig, indem zum Beispiel Post und Sparkasse in Kooperation mit den Verwaltungen der Landkreise die Multiplen Häuser in ihr Netz von Beratungsstellen einbeziehen. Interessant sind hier zum Beispiel Konzepte wie das Aktivieren ehemaliger Mitarbeiter, die die Zeit, die Ruhe und die Erfahrung im Umgang mit der eigenen Generation mitbringen oder auch das Einrichten von ABM-Stellen.

Bürgermeister, Sparkasse, Post und Telefon

Als „Zwischenstation“ zwischen fester und flexibler Nutzung und als erster personeller Anlaufpunkt wird das Neue Bürgerbüro eingerichtet, in dem klassisch der Bürgermeister oder Ortsvertreter seine Sprechstunde abhält, dass aber an anderen Tagen als Sparkassen- und Poststützpunkt und/oder Beratungsstelle jedweder Art von den Vereinen und Verbänden genutzt wird. Empfohlen wird hier eine „Personalunion“ für die verschiedenen Bereiche, das heißt, das eine Person verschiedene Funktionen übernehmen kann oder andersherum gesehen, mehrere Anbieter sich eine Personalstelle teilen.

Das Projekt, dass von der Post auf dem 2.Workshop in Anklam auch für diese Region vorgeschlagen wurde, bindet sofort den nächsten festen Partner und Großmieter an jedes Multiple Haus:
Die Postzustellung soll in den Dörfern überwiegend über zentrale Postkastenanlagen erfolgen. Kombiniert mit einem Paketcontainer können die Postkästen im Flur der Multiplen Häuser und damit wettergeschützt installiert werden. Mit einer Sitzbank ausgestattet, wird der Eingangsraum zum ersten einfachen Kommunikationsort für die Dorfbewohner, wenn sie ihre Post holen. Damit dieser Vorteil den Nachteil des weiteren Weges zum Postkasten sinnvoll ausgleicht, ist der maximale Weg zur zentralen Anlage von Anfang an zu begrenzen und freistehende Anlagen sind generell auszuschließen. Außerdem sollte ein Multiples Haus dann auch immer Standort eines Briefkastens sein, denn dieser kann dann praktisch täglich im Zuge der Postzustellung geleert werden.
Dieser Vorschlag der Post wird als sehr positiv bewertet, wenn die Länge des Weges zum Briefkasten von vornherein beschränkt wird, da sonst eine versteckte neue Form von Zentralisierung entstehen könnte.

Als Netzbetreiber soll die Telecom, die im ländlichen Raum die Telefonzelle inzwischen einspart und gegen eine nicht überdachte Telefonsäule ausgetauscht hat, die öffentlichen Telefone im Eingangsraum der Multiplen Häuser installieren und wieder die „witterungsfeste“ Kommunikation fördern.

Medienversorger als Sponsoren

Die Versorgungsunternehmen, welche in der Region die Dörfer mit Strom, Wasser, Gas, etc. versorgen, sind bei diesem Projekt als Sponsoren angesprochen. Durch den Erlass von Anschlussgebühren und

„Kann die Sparkasse selbst „Mieter“ oder „Nutzer“ in Multiplen Häusern sein?
Dies ist durchaus möglich, muss allerdings im Einzelfall geprüft werden. Theoretisch vorstellbar ist die Möglichkeit, dass Kundenberater zu Beratungsgesprächen Multiple Häuser nutzen, je nach Bedarf z.B. alle zwei Wochen, mit einer Sprechzeit von 2 oder 3 Stunden am Tag. Ich kann mir vorstellen, dass ein regelmäßiges Beratungsangebot in einem Multiplen Haus gerade durch die älteren Einwohner gut angenommen werden könnte. [...]
Im Konzept empfehlen wir mehrere Partner für eine „Personalunion“, die sich in ihrer Zusammenarbeit untereinander lediglich über einen wirtschaftlichen Ausgleich einig werden müssen.
Die Übernahme der Beratungstätigkeit für unsere Kunden ist nicht übertragbar. Für Kundengespräche sind fachlich geschulte Mitarbeiter notwendig, die den gesetzlichen Anforderungen entsprechen. [...]
Wie wäre es, wenn der Geldverkehr „auf Bestellung“ ablaufen würde: In der einen Sprechstunde bestellt der Dorfbewohner das Geld, und in der nächsten Sprechstunde wird es ihm mitgebracht?
Auch dies ist aus derzeitiger Sicht nicht möglich. Ich kann hier nur empfehlen, dass der Kunde Verfügungsberechtigte für sein Konto eintragen lässt und diese ihm Bargeld mitbringen. [...]
Können Sie sich im Multiplen Haus die Zusammenarbeit mit der Post und der Gemeinde vorstellen? Wenn ja, wie?
Dies ist unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit zu prüfen. Sicherlich kann man mal einen Brief annehmen und in das Postfach der Post legen. Konkrete Zusammenarbeiten wären im Einzelfall zu prüfen. [...] Ich finde die Idee gut. Ich denke aber auch, dass eine Umsetzung schwierig ist. Es gibt in dörflichen Gemeinschaften einen Bedarf durch die Einwohner, insbesondere zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse. Besonders interessant für die Einwohner ist das Multiple Haus natürlich auch als Kommunikationsort.“
Quelle: Interview mit Anett Zahn, Sparkasse Uecker-Randow

„Zu der wirtschaftlichen Seite dieses Multiplen Hauses ist es auch wichtig, dass man da Telekommunikation einrichtet. Das man da Breitbandzugang hat. Das man da auch ältere Leute dahin führen kann.
Ich denke die Kommunikationsstrecke läuft in Zukunft übers Internet und dass man da so einen Punkt hat, den man da auch nutzen kann. Unser Haus ist ja für „Jugend engagiert", für Freiweilligenzentrum, für Bewerbungen offen, dass die Leute auch unsere Technik, unser Internet nutzen können und das müsste in so einem Haus auch sein, also dass das öffentlich ist. Das jeder da ran kommen kann, von mir aus mit einem kleinen Obolus. Aber dass es überhaupt technisch möglich ist, dass man dann in so einem Haus die Verbindung zur Umwelt, zur Welt hat."
Quelle: Interview mit Ulrich Höckner, Caritas-Kreisstelle Ostvorpommern

die Versorgung der Multiplen Häuser wenigstens im ersten Jahr zum Nulltarif könnten die Betriebskosten in der wichtigen Startphase der Häuser entscheidend gesenkt werden. Damit für Dörfer und Akteure die Entscheidung für die Installierung des Hauses erleichtert, und für potentielle Nutzer wird es ebenfalls attraktiv, sich von Anfang an an der Installation des Hauses zu beteiligen und diese auch für den eigenen kostengünstigen Start zu nutzen.

Wichtiger Punkt bleibt nach wie vor eine instabile und lückenhafte Internetversorgung in der Region. In den Bedarfskatalogen aller Befragten wurde dieses Problem hervorgehoben. In der heutigen Zeit ist es nicht mehr möglich, eine Region durch Zuzug und als Standort neuer Unternehmen fördern zu wollen, wenn keine stabile Internetversorgung gewährleistet ist. Dazu gehören auch die Multiplen Häuser, in deren Konzept vom Nutzungswechsel und dem mobilen Arbeitsplatz das Internet eine entscheidende Rolle spielt.
Hingewiesen wird hier noch einmal auf das Förderprogramm „Breitbandversorgung ländlicher Räume" in dem auch vorgesehen ist, dass Dörfer Eigenleistungen wie das Ausschachten von Gräben erbringen, damit ihr Dorf angeschlossen werden kann.

„Mobile Händler" und Lebensmitteldiscounter

Die derzeitig ausschließliche Versorgung vieler Dörfer im Ländlichen Raum durch mobile Händler wurde von Anfang an als aktuell notwendig aber als Notversorgung betrachtet. In unserer heutigen Gesellschaft kann es nicht das Ziel sein, dass insbesondere ältere Leute bei Wind, Regen und Schnee im Freien warten und dann vor der Theke eines fahrenden Händlers ausharren, um Grundnahrungsmittel einzukaufen.
Mit dem Multiplen Haus wird wieder ein „Verkaufsraum" zur Verfügung gestellt, in dem der Händler in einem verschließbaren Schrank auch ein nicht verderbliches Grundsortiment lagern und vorhalten kann – im zweiten Schritt kann durchaus aus gekühlt gelagert werden.

Aus der Auswertung der Interviews und Workshops ging auch hervor, dass aktuell in der Region die Versorgung durch die mobilen Lebensmittelhändler nicht nur als – naturgemäß – sehr eingeschränkt, sondern auch als sehr teuer empfunden wird.
Die Verfasser haben also als ersten Schritt zur „wetterfesten" Grundversorgung das Konzept entwickelt, dass die bereits in den zentralen Versorgungsorten ansässigen Lebensmitteldiscounter die Versorgung der Multiplen Häuser zu „ihren" Preisen unterstützen. Das heißt, der derzeit bereits aktive mobile Händler kann die Waren beim Discounter abholen und in den Dörfern zu Discount-Preisen verkaufen – natürlich ausschließlich im Multiplen Haus.

„Wir würden gern hier bleiben aber mein Mann kann jetzt altersbedingt nicht mehr Auto fahren und dann geht das nciht mehr.
Wo kaufen Sie denn ein? Kommen die mobilen Händler hierher?
Zu den mobilen Händlern gehe ich nicht. Da stehen doch die Trinker vor dem Wagen. Aber hier eins weiter, meine Nachbarin, die hat sonst keinen und muss bei dem einkaufen. Das ist dann schon teurer als in einer Kaufhalle. Jetzt bringt uns eine Tochter immer was mit oder nimmt uns mit zum einkaufen aber auf Dauer geht das nicht. Wir ziehen dann nach Anklam ins Betreute Wohnen."
Quelle: Interview mit Herrn und Frau Weigel, Schmuggerow

Das Konzept hat drei Startvorteile:
Erstens: die Discounter erhalten neue Kunden zum Nulltarif, die sie sonst aufgrund ihrer Versorgungspolitik und ihrer Logistik in den abgelegenen Ortschaften gar nicht mehr erreichen.
Zweitens: die mobilen Händler werden fest an die multiplen Häuser gebunden und sind vorzugsweise die zukünftigen Betreiber des nun wieder als richtigem „Laden" initiierten Lebensmittelverkaufs.
Drittens: der „Dorfladen" wird dank Preisvorteil von allen genutzt.

Als Besonderheit der Region muss nüchtern festgestellt werden, dass sowohl der Vorteil des Lebensmittelverkaufs im eigenen Dorf als auch der sinnvolle Einkauf regionaler Produkte vorerst „über den Preis“ diskutiert werden.
Als weitere Besonderheit müssen die Verfasser hier allerdings mitteilen, dass es trotz intensiver Bemühungen während der kompletten Bearbeitungszeit nicht gelungen ist, einen brauchbaren Kontakt zu den ansässigen großen Discountern wie LIDL herzustellen, um dort das Projekt überhaupt vorzustellen und zu diskutieren. Die in den Medien bereits verbreitete Auffassung, dass insbesondere die großen Lebensmitteldiscounter keinen „Außenkontakt“ wünschen und sich regelrecht abschotten, können die Verfasser leider nur bestätigen.

Im Nachtrag der Arbeit werden nun kleinere Vertriebsunternehmen und andere Regionen kontaktiert.
Der zweite Vorteil bleibt allerdings in jedem Falle erhalten: der wetterfeste Verkauf im Multiplen Haus.
Im Umkehrschluss heißt das aber auch: im Dorf mit einem Multiplen Haus wird nur noch dort „verkauft“. Der mobile Händler muss also den Verkaufsraum nutzen.

Was gewinnen feste Partner und Sponsoren?

Im Fall des Multiplen Hauses sind die bereits aufgezählten ganz praktischen Unterstützungen besonders in der Startphase unerlässlich und zahlen sich für die beteiligten Unternehmen einfach dadurch aus, dass die Region, in der sie selbst ansässig sind, langfristig stabilisiert wird und das dörfliche Leben wieder in allen Lebensphasen uneingeschränkt ermöglicht wird. Damit unterstützen sie nachhaltig und dauerhaft die Stabilisierung ihrer eigenen Kundenzahl bzw. erhöhen diese sogar.
Außerdem bietet die Partnerschaft in einem anfangs regionalen, später überregionalen Projekt wie diesem besonders beim Start ein hohes Werbepotential durch die Vorreiterrolle, die alle Beteiligten innehaben, dass aber auch langfristig anhalten wird durch das stetige Wachsen eines länderübergreifenden Netzwerks.
Unterstützt wird dies durch die Einführung des Labels „Multiples Haus m.H.“.

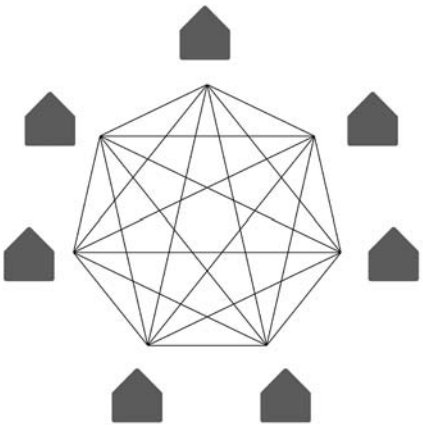
Im Fall der Post und ihres Vorschlags wurde ganz klar das wirtschaftliche Potential des Multiplen Hauses erkannt. Die Post wird zwar kostenpflichtiger Nutzer des Hauses, spart aber letztendlich (Fahrt- und Personal-)Kosten ein durch die Zentralisierung ihres Zustellsystems auf dem Land.

Hinweis: Im Kapitel „Zwei Workshops – eine Auswertung“ wird der zweite Workshop in Anklam im September 2009 ausgewertet, zu dem neben dem Bundesbauministerium und den Landräten auch die Post, die örtliche Sparkasse, EON als großer Strom- und Gasversorger der Region und die Abwasserzweckverbände zur ersten Projektvorstellung und Diskussion erschienen waren. Im Kapitel „Zeitdokumente“ ist die Mitschrift der Diskussionsrunde einsehbar.

„Der eine will nicht, der andere kann nicht. bei der Kommunikation verfallen Deutschlands Discounter-Könige ins Schweigen oder sie stottern. Dennoch lässt sich von Aldi und Lidl in puncto Öffentlichkeitsarbeit einiges lernen – zum Beispiel, dass auch das Nicht-Sagen gelernt sein will.“
Quelle: Willenbrock: Reden ist Silber, Schweigen ist Gold. In: brandeins 02, 2009, S. 53-57

„Man muss dazu sagen, was ich als das größte Handycap sehe, dass es immer nur eine Projektfinanzierung ist. Also immer nur für einen begrenzten Zeitraum. Wir haben natürlich immer den Wunsch und die Vorstellung, im nächsten Jahr dann wieder eine Finanzierung zustande zu kriegen.
Aber es ist das mühseligste, dass auch in eine finanzielle Form zu bringen, die auf Dauer angelegt ist und die auf Nachhaltig angelegt ist. Da gibt es keine Struktur. Da sehe ich das genauso, wie bei dem behindertengerechten Arbeitsplatz. Da muss von Außen finanziert werden. Da muss also wirklich gesagt werden: „Das wollen wir. Weil das die Vorteile hat: vom Sozialleben, von den Kosten her.“ Man spart viel mehr Geld, wenn man so eine Einrichtung oder so ein Multiples Haus vorhält, als wenn man jetzt im Einzelfall immer hinterher gehen muss und dann den Harz IV Bescheid, und dann die Klage vom Sozialgericht schickt. Das ist jetzt mehr der soziale Bereich. Das ist in der Gesundheit genauso. Es ist viel billiger, wenn man da eine Sprechstunde einmal in der Woche einrichtet, als wenn man mit Fahrdienst und sonst was die Leute dann zu den Ärzten in die Städte fährt und die dann dort Stunden sitzen.
Und einfach auch vom Lebensgefühl her denk ich, wird es jetzt auch von der Belastung her weniger werden, wenn die Leute eine größere Identität oder in sozialen Kontakten auch stabiler sind. Das müsste die Politik auch sehen, dass da auch investiert wird und dass das vorgehalten wird.“
Quelle: Interview mit Ulrich Höckner, Caritas Kreisstelle Ostvorpommern

3.7.5. Netzwerke



Sowohl beim Installieren als auch beim Betreiben von Multiplen Häusern im ländlichen Raum ist der regelmäßige Austausch von Informationen und die Pflege der Kommunikation entscheidend.
Falls bereits Netzwerke von Akteuren in der Region bestehen, sollten diese auch für die Installation der Multiplen Häuser genutzt werden. Besonders Netzwerke potentieller Nutzer wie Vereine oder die Fachverbände spezieller Berufsgruppen sind hier wichtige Ansprechpartner. Über diese erreicht man sofort größere Akteursgruppen.
(siehe dazu auch: Anhang/Quellen Internet)

Im weiteren sind aber immer eigene Netzwerke Multipler Häuser erforderlich, um die Kräfte zu bündeln. Sie unterscheiden sich in der geografischen Ausdehnung:

1. Ein Netzwerk der Dörfer, die gemeinsame Nutzer haben (wollen).

Schließen sich bereits in der Planungsphase der Multiplen Häuser mehrere Nachbardörfer zusammen, können sie von Anfang an von den Erfahrungen und Ergebnissen der anderen profitieren und Aufgaben verteilen. Größter Vorteil ist das gemeinsame gezielte Zugehen auf gewünschte und potentielle Nutzer wie Ärzte, Lebensmittelhändler, Friseure, etc., denn mit diesen kann der tägliche oder wöchentliche Wechsel zwischen den Dörfer mit eingeplant und vertraglich vereinbart werden. Für die Nutzer ist das ein viel attraktiveres Angebot, es birgt für sie ein höheres Maß an Sicherheit und mehr potentielle „Kundschaft“ in mehreren Dörfern. Für die Betreiber der Häuser verteilen sich dadurch der Aufwand in der Bewirtschaftung und gegebenenfalls das „wirtschaftliche Risiko“ auf mehrere Häuser und auch für sie nimmt die Sicherheit im Betrieb zu. Je nach Verwaltungsstruktur können das einzelne Dörfer einer Gemeinde sein und/oder mehrere selbstverwaltete Nachbardörfer in einem engeren geografischen Radius.

Hier ist der persönliche Kontakt das wichtigste Kommunikationsmittel. Die Werbung für die Häuser kann auf die Gemeinden begrenzt erfolgen; empfohlen wird besonders dafür der Verbund im regionalen Netzwerk – siehe Punkt 2.

2. Ein Netzwerk von allen Dörfern einer Region, die ein Multiples Haus haben (wollen).

(Der Begriff „Region“ ist hier nicht verwaltungstechnisch gemeint, sondern historisch und regionaltypisch. Das Stettiner Haff als Region vereint beispielsweise im aktuellen Begriff zwei Landkreise. Historische Regionen sind das Eichsfeld, das Erzgebirge, die Region Unterfranken, etc. Diese Begriffsbestimmung ist für die Herausarbeitung regionaltypischer Eigenheiten bedeutsam.)

Der Verbund im regionalen Netzwerk bietet natürlich die Möglichkeit zum Austausch von Informationen und Erfahrungen und gemeinsame Lösungen für allgemeine Probleme. Im Verbund ist aber auch die unerlässliche Werbung für die Häuser kostengünstig machbar.
Hier ist das Internet ein wichtiges Kommunikationsmittel.

„Der Blick für die Region als Ganzes geht verloren, weil die Sicherung des individuellen Vereinsbestandes zunehmend von den gleichen Finanzierungstöpfen abhängig ist. Nachdem uns in der Anfangsphase dieser Missstand bewusst geworden ist, haben wir Seminare mit relevanten Themen angeboten: „Effektive Öffentlichkeitsarbeit“, „Fundraising“ etc. Die Vertreter der Vereine und die in der Verwaltung für die Agenden Zuständigen kamen auf diesen Seminaren ins Gespräch. Wir nennen das den „Kaffeepauseneffekt“, der für gute Netzwerkarbeit ganz wichtig ist.
Wir haben uns von Anfang an bemüht die Ideen- und Projektträger mit unserer Tätigkeit zu verselbstständigen. Ich habe das Agendabüro immer als organisatorisches „Backoffice“, als Dienstleistungsbüro für die Region verstanden. Dass das Angebot des Agendabüros zeitlich befristet ist, kann also durchaus als Chance verstanden werden.“
Quelle: Interview mit Heidrun Hiller, Agendabüro Stettiner Haff

Wie groß ist das Einzugsgebiet ihrer Produkte? Ganz Mecklenburg-Vorpommern.
Wie sieht Ihre Werbung aus?
Es gibt eine Internetseite. Ab und zu gibt es einen Artikel in der Zeitung und in verschiedenen Touristenblättchen und Touristenführern. Dann sind wir in dem Einkaufsführer: Bio einkaufen in MV auch drin. Um die Vermarktung kümmere ich mich selber.
Sie hatten und haben vor Ort ein gutes Netzwerk das Sie nutzen können?
Genau. Also ich kenne relativ viele Höfe hier im Umkreis und das war dann auch unsere Idee. Die hatten alle das Problem, dass sie ihre Produkte nicht los wurden. Also keine Zeit hatten für die Vermarktung. Sie haben produziert und sind mal auf einen Markt gefahren, vielleicht einmal die Woche.“
Quelle: Interview mit Kristin Wegner, Höfeladen Esslust

Über eine eigene Website kann sich ein Netzwerk Multipler Häuser überregional und professionell präsentieren und seinen Mitgliedern einen wichtiges und schnelles Portal zur Kommunikation bieten und neue Mitglieder werben.

Abb. 3.17: Ducherow

Das führte dazu, das ich in die Arbeitsgruppe „Gutsanlagen Schlösser und Parks“ beim Planungsverband eingetreten bin. Einfach, um Hilfe von gleichgesinnten oder betroffenen zu finden. Einer der Punkte dieser Arbeitsgruppe ist ja auch mit großen Katalogen und bundesweit die Vermarktung der Gutsanlagen zu unterstützen. Privatinvestoren zu gewinnen, dass sie diese Anlagen kaufen und dann von mir aus Hotels oder Privatresidenzen daraus machen. Was ja auch geschieht. Da sind wir recht erfolgreich in dieser Arbeitsgruppe. [...] Wir haben hier einen Verein: Schlatkow 2007 e.V. . Der ja praktisch auf dieses Ereignis zugeschnitten war, auf diesen 200 jährigen Waffenstillstand. In der Satzung geht es natürlich darum, dass sich unser Verein einbringen will in die Erhaltung, Bewirtschaftung dieser Anlage. Das es nicht nur dasteht, sondern wir wollen auf der einen Seite auch Gäste ins Hinterland locken. Das machen wir ja auch über unseren Tourismusverein „Vorpommersche Dorfstraße“. Das ist praktisch hier der regionale Tourismusverein. Da bin ich mit im Vorstand drin. Damit wir praktisch Leute hier ins Hinterland bekommen. Es ist ja inzwischen so, dass nicht nur die Gäste von der Küste hierher kommen, sondern es gibt direkt Fangruppen, die auf Rädern das Hinterland, nur das Hinterland besuchen. Das vorhin auf dem Foto waren Geografen, 40 Leute, die aus dem Bus stiegen, die sich nur im Hinterland bewegen und die die kleinen Perlen suchen. Was sich so versteckt hat im Verborgenen. Und das sind natürlich die Leute, die uns wahnsinnig interessieren. [...] Im Prinzip ist die Vorpommersche Dorfstraße Mitglied des Vereins Pommersches Landleben. Die sind an uns herangetreten um eine Vernetzung herbeizuführen. Und wir haben einen Vorstandssitz. Wir wollen uns da nicht in den Vordergrund drängen aber da wir auch immer unsere Region zu vertreten haben, möchten wir schon so ein bisschen im Vorstand wissen was los ist. So sind wir Vorstandsmitglied und zuständig für die Presse. Aber die müssen auch für ihr Netzwerk Partner suchen und da bietet es sich natürlich an, wenn man in den Wirtschaftsfördergesellschaften den Schulterschluss sucht.
Quelle: Interview mit Dr. Klaus Brandt, Schlatkow

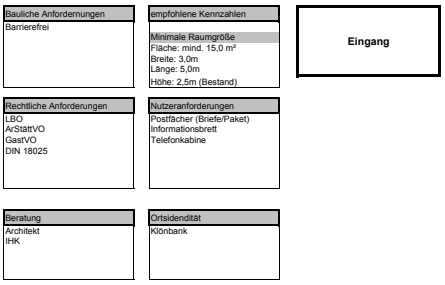
Abb. 4.1: Heimatstube, Vogelsang-Warsin

Teil 4
Raumkatalog und Innenausbau

4.1. Einführung

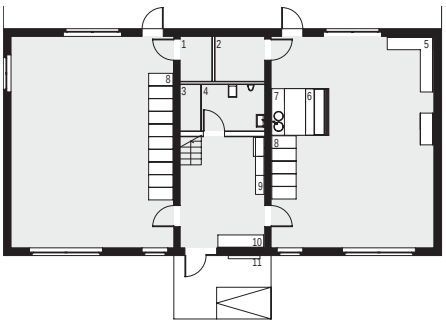
Auf der Grundlage der vorangegangenen Analysen wurde ein allgemeines Projektmodell für das Multiple Haus entwickelt, welches hier in Varianten vorgestellt wird.
Nach der Betrachtung des Ortes, des Dorfes und des Hauses „von außen“, wird nun das Haus „von innen“ betrachtet, in drei Schritten von der geplanten Nutzung über den modellhaften Grundriss des Hauses bis letztendlich hin zur festen Ausstattung der Räume. Im Multiplen Haus muss ein Mindestausbaustandard vorgehalten werden, der eine optimale Nutzung trotz der erforderlichen Flexibilität ermöglicht.

Erster Schritt – Nutzungsschemata:
In übersichtlichen Schemata werden die Nutzungen vorgestellt, die nach der Auswertung der verschiedenen Bedarfskataloge als unbedingt notwendig für die Dörfern festgestellt wurden, und auch solche, die spezielle Anforderungen an den Ausbau eines Hauses bzw. eines Raums stellen.

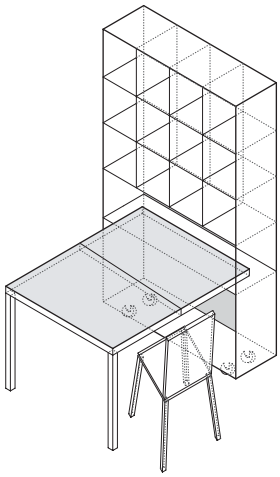


Die Ordnung der Nutzungen nach sogenannten „festen“ und „flexiblen“ Nutzungen wird als erste Entscheidungshilfe eingeführt: feste Nutzungen benötigen oft einen höheren Ausbaustandard oder haben mehr „Genehmigungsbedarf“ als flexible, sind aber für die Dörfer wirtschaftlich gesehen und für ein aktives Dorfleben sehr attraktiv.
Jeder Nutzung werden nun ihre allgemeinen baurechtlichen Anforderungen zugeordnet sowie die speziellen Rechtsvorschriften, die im Betrieb zu beachten sind, insbesondere gewerberechtliche und Hygienevorschriften.
Die Abwägung dieser Vorschriften ist besonders aufgrund des Nutzungswechsels im Multiplen Haus und wegen der damit verbundenen Überschneidung von Vorschriften erforderlich, ist aber natürlich auch für jede geplante Einzelnutzung hilfreich.

Zweiter Schritt – Modellgrundriss:



Nach der beispielhaften Abwägung werden zwei Raumkategorien aufgestellt, denen die verschiedenen Nutzungen so zugeordnet werden, dass sie sich weder behindern noch sich genehmigungsrechtlich gegenseitig im Wege stehen. Es ist beispielsweise unkompliziert, wenn sich Vereins- und Büronutzung mit einer gastronomischen Nutzung oder Verkauf in einem Raum abwechseln. Nutzungen, die im weitesten Sinne dem Gesundheitswesen zuzuordnen sind, wie Behandlungszimmer von Ärzten und Gemeindeschwester, sind aufgrund der hygienischen Vorschriften nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand oder gar nicht in einem Raum unterzubringen, in dem beispielsweise auch Lebensmittel verkauft oder Bier ausgeschenkt werden sollen.
Unter den oben genannten Gesichtspunkten betrachtet, ist ein Multiples Haus, in dem mindestens zwei getrennte Räume genutzt werden können, im Aufwand-Nutzen-Verhältnis die günstigste Variante: einem vergleichsweise geringen Aufwand steht eine optimale Flexibilität gegenüber.



Dritter Schritt – „Inventar“:
Eine minimale, aber feste Grundausstattung der Räume muss die flexiblen Nutzungen erleichtern. Außerdem unterstützt diese Standardausstattung die Nutzung der Multiplen Häuser im Netzwerk, da potentielle Nutzer wissen, welchen gesicherten Ausbaustandard sie in jedem Multiplen Haus zu erwarten haben.

Die drei festen Grundelemente sollen als praktische, einfache und neutrale Möbel die Nutzung des Raums sofort und ohne weiteren Aufwand ermöglichen:
- Für die Nutzer abschließbare „Schränke” mit rollbaren Schüben, die wandartig eine Raumseite begrenzen
- Für die Besucher einfache Bänke zum Sitzen an mindestens einer zweiten Raumwand
- Für beide ein einfacher Tresen zentral im Raum zum „Austausch” von Waren, von Geschichten, von Getränken, ...

Je nach Nutzung werden diese Grundelemente durch „lose“ Möblierung ergänzt: Stühle, Tische, Hocker, Schreibtisch, Vitrinen für die Sportpokale, Bilderrahmen für die Fotos vom Dorffest, etc.. Erst diese bestimmen den individuellen Charakter des Raums.

4.2. Nutzungsschemata

Legende:

abc	flexible Nutzungen
abc	feste Nutzungen
abc	Nebenräume

Rechtliche Anforderungen

VStättVO	Versammlungsstättenverordnung
LBO	Landesbauordnung
HygVO	Hygieneverordnung
LMHV	Lebensmittelhygieneverordnung
IfSG	Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen
GastVO	Gaststättenverordnung
GastG	Gaststättengesetz
ArStättVO	Arbeitsstättenverordnung
ASR	Arbeitsstätten-Richtlinien
JarbSchG	Gesetz zum Schutz der arbeitenden Jugend
DIN 18025	baulichen Anforderungen für das barrierefreie Wohnen für behinderte und ältere Menschen
BGR 110	Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften/Fachausschuss „Nahrungs- und Genussmittel“: Arbeiten in Gaststätten
GEZ	Gebühreneinzugszentrale

Beratung

IHK	Industrie- und Handelskammer

Eingang

Bauliche Anfordernungen
Barrierefrei

empfohlene Kennzahlen
Minimale Raumgröße
Fläche: mind. 15,0 m²
Breite: 3,0m
Länge: 5,0m
Höhe: 2,5m (Bestand)

Rechtliche Anforderungen
LBO
ArStättVO
GastVO
DIN 18025

Nutzeranforderungen
Postfächer (Briefe/Paket)
Informationsbrett
Telefonkabine

Beratung
Architekt
IHK

Ortsidendität
Klönbank

private Feiern

Bauliche Anfordernungen
Lager für flexible Bestuhlung (36Stühle, 9Tische)
WC-Anlage für 36 Gäste
Kühltheke
gute Reinigung Oberflächen
Geschirrspüleinrichtung
Wasseranschluß

empfohlene Kennzahlen
48 Personen
Minimale Raumgröße
Fläche: ca. 35 m²
Breite: 6,0m
Länge: 5,85m
Höhe: ca. 2,50m (Bestand)

Rechtliche Anforderungen
Landesbauordnung (LBO)
Gewerbemietvertrag / Nutzervertrag inkl. Ausstattung
Lärmschutzsatzung der Gemeinde
Rauchverbot
DIN 18025

Nutzeranforderungen
flexible Beleuchtung
Musikanlage
Geschirr und Zubehör
elektr. Geräte (Kaffeemaschine)

Beratung
Gewerbemietvertrag: Amtsverwaltung/Finanzwesen

Ortsidendität
regionale Nutzer
Regionale Ausstattung

Verein

Bauliche Anfordernungen
flexible Bestuhlung
WC Anlage
Projektionsfläche
Teeküche

empfohlene Kennzahlen
-
Minimale Raumgröße
Fläche: mind. 15 m²
Breite: -
Länge: -
Höhe: 2,50m (bis 50qm)
Höhe: 2,75m (50 bis 99qm)

Rechtliche Anforderungen
Landesbauordnung (LBO)
Leih-/ Mietvertrag
VStättVO
Rauchverbot
DIN 18025
Verkauf: GastVO, GastG, LMHV
Lärmschutzsatzung der Gemeinde
GEZ

Nutzeranforderungen
flexible Nutzung
Vereinsvitrine

Beratung
Verkauf: Gewerbeamt
Gewerbemietvertrag: Amtsverwaltung/Finanzwesen

Ortsidendität
Vereine des Ortes
regionale Vereine
Ortsgruppen der Volkssolidarität etc.

"Dorfmarkt" unregelmäßiger Verkauf (Lebensmittel)

Bauliche Anfordernungen
Anlieferung (Kühlschrank)
Abfallentsorgung
Regalflächen
Kassenbereich
Anschlagtafel
gut zu reinigende Oberflächen
Kühltheke (bei Bedarf)

empfohlene Kennzahlen
-
Minimale Raumgröße
Fläche: mind. 10 m²
Breite: -
Länge: -
Höhe: 2,50m (bis 50qm)
Höhe: 2,75m (50 bis 99qm)

Rechtliche Anforderungen
eigener Anbau / Produktion unregelmäßiger Verkauf
Landesbauordnung (LBO)
Mietvertrag / Nutzervertrag
HygieneVO / IfSG
Lebensmittel HygVO
Rauchverbot
DIN 18025
ArStättVO

Nutzeranforderungen
Verkauf von Produkten aus eigener Produktion
Produkte des Handwerks, Kunst, Literatur

Beratung

Ortsidendität
Produkte der Einwohner
Ernte aus Garten
Produkte eigener Herstellung

Verkauf Lebensmittel

Bauliche Anfordernungen
Anlieferung (Kühlschrank)
Kühltheke (bei Bedarf)
Abfallentsorgung
Regalflächen
Kassenbereich
Anschlagtafel
gut zu reinigende Oberflächen

empfohlene Kennzahlen
-
Minimale Raumgröße
Fläche: mind. 10 m²
Breite: -
Länge: -
Höhe: 2,50m (bis 50qm)
Höhe: 2,75m (50 bis 99qm)

Rechtliche Anforderungen
Landesbauordnung (LBO)
Mietvertrag / Nutzervertrag
HygieneVO / IfSG
Lebensmittel HygVO
Gewerbeamt
Gesundheitspaß bei unverpackten LM
Rauchverbot
DIN 18025
ArStättVO
Ladenöffnungszeiten

Nutzeranforderungen
Verkauf, auch von regionalen Produkten

Beratung
Gewerbeanmeldung: IHK
Gewerbesteuer (bis 24.500€ frei)
Gesundheitspaß: Gesundheitsamt
Ladenöffnungszeiten: IHK
Gewerbemietvertrag: Amtsverwaltung/Finanzwesen

Ortsidendität
regionale Erzeuger
Regionale Ausstattung

Vortrag

Bauliche Anfordernungen
Lager für flexible Bestuhlung (31 Stühle, 1 Vortragstisch, 1 Pult)
WC Anlage
Projektionsfläche
gute Reinigung Oberflächen

empfohlene Kennzahlen
bspw. 30 Personen
Minimale Raumgröße
Fläche: ca. 35 m²
Breite: 6,0 m
Länge: 5,85 m
Höhe: 2,50m (bis 50qm)
Höhe: 2,75m (50 bis 99qm)

Rechtliche Anforderungen
VStättVO (ab 200Personen!)
Landesbauordnung (LBO)
Lärmschutzsatzung der Gemeinde
Rauchverbot
DIN 18025
GastG
Leih-/ Mietvertrag

Nutzeranforderungen
flexible Nutzung als Kino und Plenum
Projektionsfläche
Abdunklung

Beratung
Gewerbemietvertrag: Amtsverwaltung/Finanzwesen

Ortsidendität
Regionale Vortragsreihen
Veranstaltungen der Gemeinden
" Stadtrat"
regionale Themen

Beratung

Bauliche Anfordernungen
WC Anlage
Teeküche
Wartebereich
Lager für Besprechungtische

empfohlene Kennzahlen
bspw. 4 Besprechungstische
Minimale Raumgröße
Fläche: ca. 50 m²
Breite: 5,6 m
Länge: 9,0 m
Höhe: 2,50m (bis 50qm)
Höhe: 2,75m (50 bis 99qm)

Rechtliche Anforderungen
Landesbauordnung (LBO)
Rauchverbot
DIN 18025
Leih-/ Mietvertrag

Nutzeranforderungen
Computer
Drucker

Beratung
Gewerbemietvertrag:
Amtsverwaltung/Finanzwesen

Ortsidendität
regionale Themen
Bürgerberatung
Bürgerservice

Sport

Bauliche Anfordernungen
Lager Sportgeräte
WC Anlage
gute Reinigung Oberflächen
Belüftung

empfohlene Kennzahlen
-
Minimale Raumgröße
Fläche: mind. 35 m²
Breite: -
Länge: -
Höhe: 2,50m (bis 50qm)
Höhe: 2,75m (50 bis 99qm)

Rechtliche Anforderungen
Landesbauordnung (LBO)
Rauchverbot
DIN 18025
ArStättVO
Entgeldlich: Gerwerbeamt
Leih-/ Mietvertrag

Nutzeranforderungen
Musikanlage
Beleuchtung
flexible Sportgeräte
Geräte für jung und alt

Beratung
Gewerbemietvertrag:
Amtsverwaltung/Finanzwesen

Ortsidendität
Vereine / Personen des Ortes
regionale Vereine
Ortsgruppen der
Volkssolidarität etc.

Arzt
Gemeindeschwester
Pflegedienste

Bauliche Anfordernungen
WC Anlage
Teeküche
Wartebereich
Internet
Kaltwasser + Warmwasser
Empfang, Schwester
gute Reinigung Oberflächen

empfohlene Kennzahlen
Besprechungstisch
Minimale Raumgröße
Fläche: ca. 15 m²
Breite: 5,0 m
Länge: 3,0 m
Höhe: 2,50m (bis 50qm)
Höhe: 2,75m (50 bis 99qm)

Rechtliche Anforderungen
Landesbauordnung (LBO)
Rauchverbot
DIN 18025
Arzneimittelgesetz
Gerwerbeamt
Gesundheitsamt
ArStättVO
Leih-/ Mietvertrag

Nutzeranforderungen
Vorschriften der Ärztekammer
Sichtschutz für Umkleide
Computer

Beratung
Gewerbemietvertrag: Amtsverwaltung/Finanzwesen

Ortsidendität

Massage
Physiotherapie

Bauliche Anfordernungen
WC Anlage
Teeküche
Wartebereich
Internet
Kaltwasser + Warmwasser
Empfang, Schwester
gute Reinigung Oberflächen

empfohlene Kennzahlen
1 Massageliege
Minimale Raumgröße
Fläche: ca. 10m²
Breite: 3,0
Länge: 3,0
Höhe: 2,50m (bis 50qm)
Höhe: 2,75m (50 bis 99qm)
+ Wartebereich

Rechtliche Anforderungen
Landesbauordnung (LBO)
Rauchverbot
DIN 18025
ArStättVO
Gerwerbeamt
Gesundheitsamt
Leih-/ Mietvertrag

Nutzeranforderungen
Massagetisch (klappbar)
Sportgeräte (Sprossenwand)

Beratung
Gewerbemietvertrag: Amtsverwaltung/Finanzwesen

Ortsidendität

Friseur
kosmetische Behandlung

Bauliche Anfordernungen
WC Anlage
Teeküche
Wartebereich
Art des Waschens (vorn oder hinten)
Kaltwasser + Warmwasser
Elektroanschluss
gute Reinigung Oberflächen

empfohlene Kennzahlen
1 Frisiertisch
Minimale Raumgröße
Fläche: ca. 10m²
Breite: 3,0
Länge: 3,0
Höhe: 2,50m (bis 50qm)
Höhe: 2,75m (50 bis 99qm)
+ Wartebereich

Rechtliche Anforderungen
Landesbauordnung (LBO)
Rauchverbot
DIN 18025
ArStättVO
Gerwerbeamt
Leih-/ Mietvertrag
GEZ

Nutzeranforderungen
Musikanlage
Beleuchtung
Spiegel
Wartebereich

Beratung
Gewerbemietvertrag: Amtsverwaltung/Finanzwesen

Ortsidendität
lokale Zeitungen

Cafe

Bauliche Anfordernungen
Fettabscheider (bei Bedarf)
Lager für flexible Berstuhlung (48Stühle, 12 Tische 80x80)
WC Anlage für 48 Personen
Kühltheke
gute Reinigung Oberflächen BGR110
Geschirrspüleinrichtung
Wasseranschluß

empfohlene Kennzahlen
48 Personen
Minimale Raumgröße
Fläche: ca. 35 m²
Breite: 6,0 m
Länge: 5,85 m
Höhe: 2,50m (bis 50qm)
Höhe: 2,75m (50 bis 99qm)

Rechtliche Anforderungen
VStättVO
Landesbauordnung (LBO)
Gewerbemietvertrag
Gewerbeanmeldung
HygVO
Gesundheitspaß (LMHV/IfSG)
Ladenöffnungszeiten
Alkoholausschank: Gaststättenverordnung (GastVO)/GastG
Lärmschutzsatzung der Gemeinde
Rauchverbot
DIN 18025
ArStättVO / JarbSchG
BGR 110
GEZ

Nutzeranforderungen
Verkauf von Produkten nach Absprache und Genehmigung durch Gesundheitsamt
Musikanlage
flexible Beleuchtung

Beratung
Gewerbeanmeldung IHK
Gaststättengesetz: IHK
Gewerbemietvertrag: Amtsverwaltung/Finanzwesen
Gesundheitspaß: Gesundheitsamt
Ladenöffnungszeiten: IHK

Ortsidendität
regionale Speisen
Regionale Ausstattung
Regionale Literatur

Küche

Bauliche Anfordernungen
Geschirrschrank
Kaltwasser + Warmwasser
Anschluss für Elektrogeräte
Spülmaschine
Fettabscheider (bei Bedarf)
abschließbare Schränke (Zugangskontrolle)
Kaffeemaschine
Kühlschrank

empfohlene Kennzahlen
bspw. 2 Personen
Minimale Raumgröße
Fläche: ca. 10m²
Breite: 3,0
Länge: 3,0
Höhe: 2,50m (bis 50qm)
Höhe: 2,75m (50 bis 99qm)

Rechtliche Anforderungen
Landesbauordnung (LBO)
ArStättVO
HygVO
Gesundheitspaß (LMHV/IfSG)
Rauchverbot

Nutzeranforderungen
flexible Nutzung in Teilbereichen

Beratung
Gewerbemietvertrag: Amtsverwaltung/Finanzwesen
Gesundheitspaß: Gesundheitsamt

Ortsidendität
regionale Speisen
regionale Getränke

WC unisex

Bauliche Anfordernungen

Gastronomie:
<50 qm 1 Toilette für Hr. + Da.
50-150qm 1WC + 2Urinal
>=50qm mind. 1 Beh.-WC (§4(1) GastVO)
Arbeitsstätte: ASR 37/1
bis 5 Personen 1 WC
bis 10 Personen 1WC + 1 Urinal
Waschtisch mit im Raum

Personenzahl

Minimale Raumgröße
Fläche: ca. 6,0m²
Breite: 2,5m
Länge: 2,5m
Höhe: mind. 2,50m (Bestand)

Rechtliche Anforderungen

LBO
ASR 37/1
ArStättVO
GastVO
Erlaubnis Personaltoilette = Besuchertoilette

Nutzeranforderungen

altengerecht

Beratung

Ortsidendität

WC Herren / Damen getrennt

Bauliche Anfordernungen

Gastronomie:
<50 qm 1 Toilette für Hr. + Da.
50-150qm 1WC + 2Urinal
>=50qm mind. 1 Beh.-WC (§4(1) GastVO)
Arbeitsstätte: ASR 37/1
je bis 5 Personen 1 WC
bis 10 Personen 1WC und 1 Urinal / 2 WC (H/D)
Waschtisch mit im Raum

Personenzahl

Minimale Raumgröße
Fläche: je mind. 2,0 m²
Breite: 1,5m
Länge: 1,5m
Höhe: mind. 2,50m (Bestand)

Rechtliche Anforderungen

LBO
ASR 37/1
ArStättVO
GastVO
Erlaubnis Personaltoilette = Besuchertoilette

Nutzeranforderungen

altengerecht

Beratung

Ortsidendität

HA-Raum

Bauliche Anfordernungen
Heiztechnik

empfohlene Kennzahlen
Minimale Raumgröße
Fläche: ca. 5,0m²
Breite: 2,5m
Länge: 2,0m
Höhe: mind. 2,50m (Bestand)

Rechtliche Anforderungen
Landesbauordnung (LBO)

Nutzeranforderungen

Beratung

Ortsidendität

Lager

Bauliche Anfordernungen
12 Tische 80x80
48 Stapelstühle
Elt-Anschluss
Trocken
Massageliege?
Reinigungsmittel

empfohlene Kennzahlen
Minimale Raumgröße
Fläche: ca. 5,0m²
Breite: 2,5m
Länge: 2,0m
Höhe: mind. 2,50m (Bestand)

Rechtliche Anforderungen
Landesbauordnung (LBO)

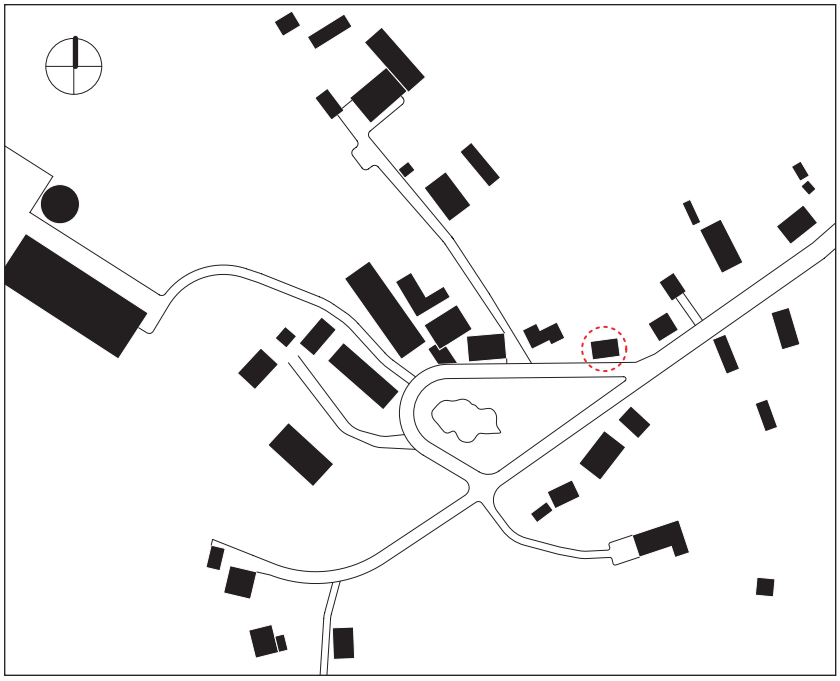
Nutzeranforderungen

Beratung

Ortsidendität

4.3. Modellgrundrisse am Beispiel der Modelldörfer

4.3.1. Modelldorf Gladrow

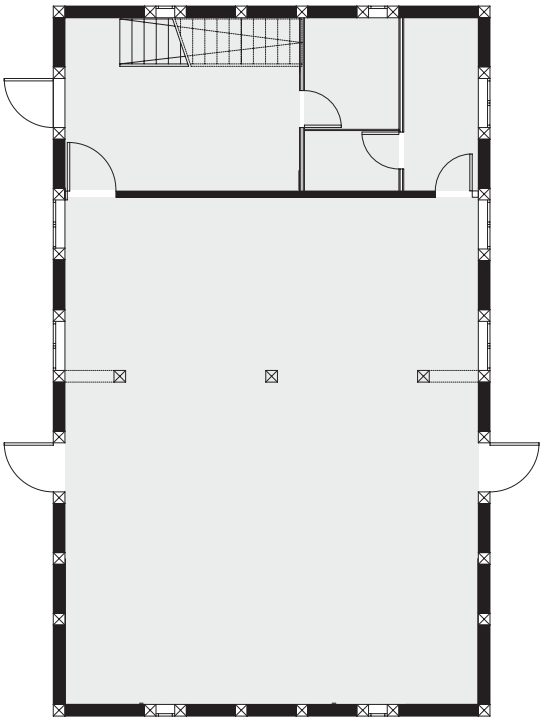


Leider ist es nicht gelungen, Vertreter des VASF - Vorpommern e.V. als Mieter des Spielhauses in Gladrow für eine kontinuierliche Mitarbeit zu gewinnen. Daher gründet sich die durchgeführte Bedarfsanalyse auf die gemeinsame Besichtigung vor Ort und eigene Einschätzungen der Verfasser.

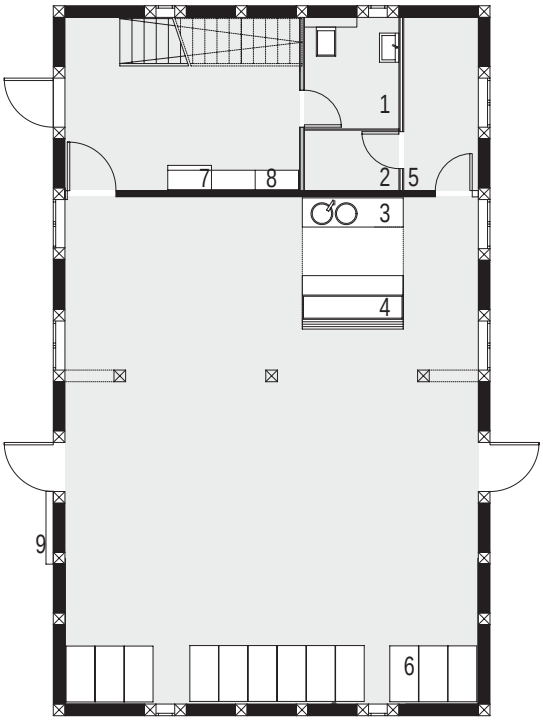
Diese Bedarfsanalyse hat folgende empfohlene Versorgung ergeben:

Allgemeinarzt (1 bis 2 x pro Monat)
Physiotherapie (1 x pro Monat)
Friseur (1 x pro Monat)
Bessere Busverbindungen
Fleischverkauf 1 x pro Woche
Touristeninfo
Soziale Beratung
Krankenkassen-, Pflege-, Altenwohnberatung
Computerhilfe / Internet
Hausmeister- & Hauswartservice
Café, Stammtisch, Spielraum
Ausstellungen, Buchlesungen / Vorträge
Sommerkino für Kinder (Ferienarbeit)
Begegnung ältere Menschen u. Kinder
Organisation Fahrgemeinschaften für Senioren zu Ämtern u.ä.
Schüler- /Nachhilfe

Modelldorf Gladrow Systemgrundriss

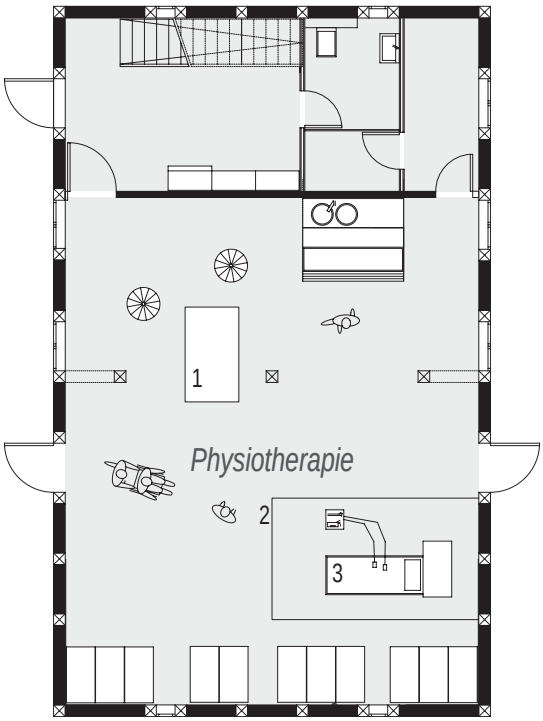


Systemgrundriss mit festen Einbauten



LEGENDE:

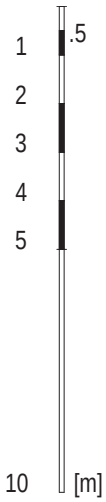
1 WC-altengerecht
2 Haustechnik
3 Spüle / Kühlschrank / Elektroanschluss
4 Tresen, verschiebbar
5 Abstellraum
6 mobile Ausziehschränke
7 Briefkästen und Paketschließfach
8 „Klönbank“
9 Außenwerbung / Lichtkasten



Systemgrundriss mit Einrichtungsvariante

LEGENDE:

1 Gymnastikmatten
2 Raumtrennung / Paravant
3 Behandlungsliege



4.2.2. Modelldorf Löwitz

Für eine Zusammenarbeit konnten der Bürgermeister der Gemeinde Ducherow, Herr Neumann und die ehemalige Bürgermeisterin, heutige Ortsvorsteherin des Dorfes Schwerinsdorf, Frau Hübner für eine Zusammenarbeit gewonnen werden. Demnach gründet sich die Bedarfsanalyse der Dörfer der Gemeinde Ducherow auf ihre Zuarbeiten.

Dorfgemeinschaftshaus (jeweils im Besitz der Gemeinde):

Löwitz:
- Treffen der VS
- 1 x im Monat kommt der Allgemeinarzt

Schmuggerow:
- 2 x im Monat – Ortsgruppe der Volkssolidarität.
- Jugendclub als Örtlichkeit vorhanden, nicht genutzt (Besitzverhältnisse derzeit unklar)

Schwerinsburg :
- 2 x im Monat Treffen der Ortsgruppe der Volkssolidarität
- 2 x im Monat kommt der Allgemeinarzt
- 1 x im Monat kommt die Friseurin
- zeitweise kommt eine Sozialberaterin der Caritas.
- vorhanden ist eine Heimatstube und ein
- vorhanden ist ein Jugendclub (derzeit nicht genutzt)
- bis 2009 – jeden Sommer ein großes Dorffest

Verein für Regionale Produkte: „Ducherower Land“, wieder eingeschlafen

Ducherow, Bugewitz, Bargischow, Neu Kosenow, Löwitz, Schwerinsburg, Lübs:
- EU-Projekt Geoplantour / Terra Projekt (1997-2001)
- Projekte im Bereich Tourismus, Raumplanung und Landwirtschaft
- Partnerstädte und Gemeinden in Griechenland, in Zypern und in Polen
- Schule Ducherow: Partnergemeinde in Polen, Resko

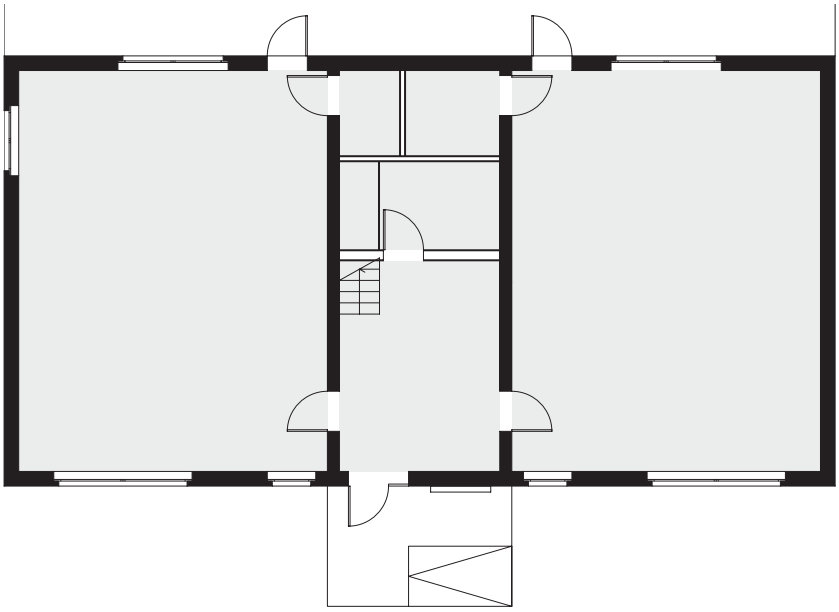
Laut der durchgeführten Bedarfsumfrage in Schwerinsburg wird folgende Grundversorgung gewünscht:

4 x pro Woche: Backwaren, Obst/Gemüse, Eier, Fleisch, Getränke
1 x pro Woche: Fisch
2 x pro Woche: Post
1 x im Monat: Apotheke
1 x im Monat: Massage
nach Bedarf: Physiotherapie
Einkaufsservice & -hilfe ist gewünscht

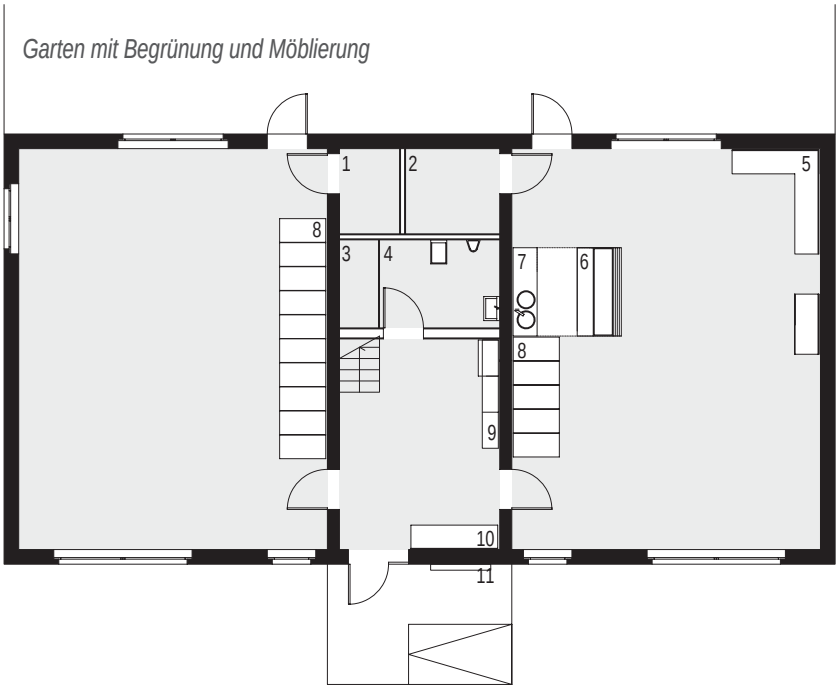
Die Bedarfsanalyse durch die Verfasser hat folgende empfohlene Versorgung ergeben:

Allgemeinarzt (1 bis 2 x pro Monat)
Physiotherapie (1 x pro Monat)
Friseur (1 x pro Monat)
Bessere Busverbindungen
Fleischverkauf 1 x pro Woche
Touristeninfo
Soziale Beratung
Krankenkassen-, Pflege-, Altenwohnberatung
Computerhilfe / Internet
Hausmeister- & Hauswartservice
Café, Stammtisch, Spielraum
Ausstellungen, Buchlesungen / Vorträge
Sommerkino für Kinder (Ferienarbeit)
Begegnung ältere Menschen u. Kinder
Organisation Fahrgemeinschaften für Senioren zu Ämtern u.ä.
Schüler- /Nachhilfe

Modelldorf Löwitz Systemgrundriss

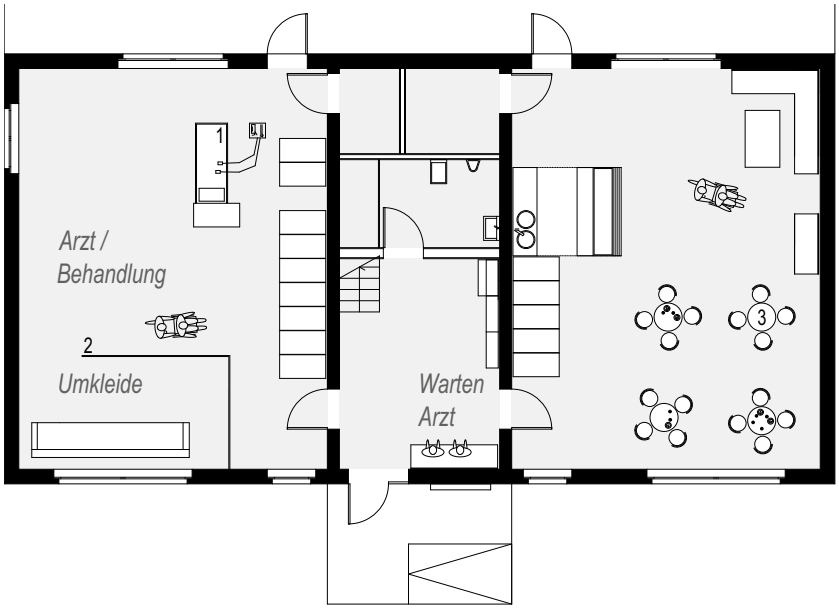


Systemgrundriss mit festen Einbauten



LEGENDE:

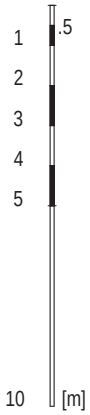
1 Technik
2 Abstellraum
3 Abstellraum Reinigung
4 WC-altengerecht
5 Eckbank
6 Tresen, verschiebbar
7 Spüle / Kühlschrank / Elektroanschluss
8 mobile Ausziehschränke
9 Briefkästen und Paketschließfach
10 „Klönbank“
11 Außenwerbung / Lichtkasten



Systemgrundriss mit Einrichtungsvariante

LEGENDE:

1 mobile Behandlungsliege
2 Raumtrennung / Paravant
3 Cafébestuhlung



4.3.3. Modelldorf Schlatkow

Für eine Zusammenarbeit konnten der sehr aktive Bürgermeister Herr Dr. Brandt und seine Frau gewonnen werden. Leider hatten diese jedoch aufgrund der anstehenden Umstrukturierung der Gemeinden keine Zeit, um die Bedarfsumfrage gemeinsam mit dem Verein Schlatkow 2007 e.V. und Bürgern von Schlatkow durchzuführen. Die erarbeiteten Ergebnisse gründen sich auf die durchgeführten Interviews und die Besichtigung vor Ort.
Herr und Frau Brandt sind „Macher“. Sie wollen ihre Ideen umsetzen und scheitern oft an behördlichen, rechtlichen Gepflogenheiten oder Bestimmungen. Rückschläge führen zur Überbelastung. Ihnen fehlt vor allem eine inhaltliche Unterstützung durch die Ämter. Ihr Beispiel zeigt, dass die aktiven Bürger Verständnis und Teilnahme am Lösungsprozess benötigen.

Im Besitz und betrieben durch die Gemeinde:
Ehem. Herrenhaus:
- private Wohnvermietung

Melkerschule:
- Vereinsraum
- Heimatstube
- Bibliothek
- Veranstaltungsraum mit Flügel (Singenachmittage)
- Küche /WC
- Ferienwohnung mit Kü, DU/WC für 2 Personen + Kind

Bettenhaus:
- Mehrbettzimmer (im regionalen Fremdenverkehrsverband gelistet, übers Internet buchbar)
- Gemeinschaftsküche / Sanitärbereich

LEGENDE:
1 ehem. Herrenhaus
2 Melkerschule
3 Bettenhaus
4 Feldscheune
5 Bürgerhaus
6 Abenteuerspielplatz

Feldscheune: Tanz, Weihnachtsmarkt, Sommerfest, Erntefest, Adventsmarkt Familienfeste

Nebengebäude: Aufenthaltsraum für ABM-Kräfte

Bürgerhaus: Büro des Bürgermeisters (wöchentliche Sprechstunden)

Außenanlage: Abenteuerspielplatz

Im Besitz der Gemeinde und betrieben durch Verein Schlatkow 2007 e.V.:

Ehem. Herrenhaus:
- ständige Ausstellung „Krieg und Frieden in Vorpommern“

Melkerschule:
- Vereinsraum, Veranstaltungsraum mit Flügel (Wechselausstellung, Lesung, Singenachmittage etc.)
- Sommerterrasse, draußen mit Korbstühlen und Sonnenschirmen. Espressomaschine, selbstgebackener Kuchen (durch Backclub Schmatzin)
- Küche /WC

Regionales Netzwerk:

Verein: Vorpommersche Dorfstrasse e.V. (Tourismusverein)
Verein: Pommersches Landleben e.V., hierbei ist der Verein Vorpommersche Dorfstrasse e.V. im Vorstand vertreten (Öffentlichkeitsarbeit)
Arbeitsgruppe: „Gutsanlagen Schlösser und Parks“ beim Planungsverband

Gewünschte Grundversorgung mit:

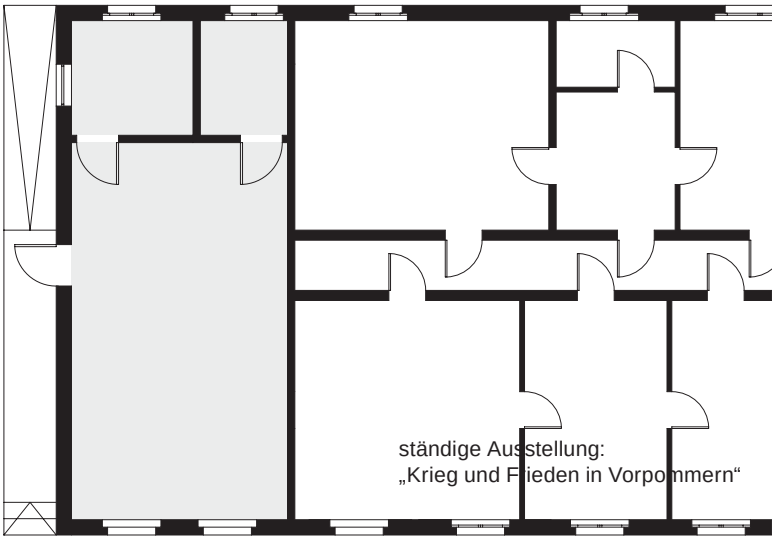
Tante-Emma-Laden, mit Cafétisch
(Lebensmittel, Drogerie, Touristeninfo, Waren und Info aus/zu der Region, Schreibwaren)
Stützpunkt Radtourismus (Werkstatt)
Bauernmarkt

Betreutes Wohnen (auf lange Sicht gewünscht)

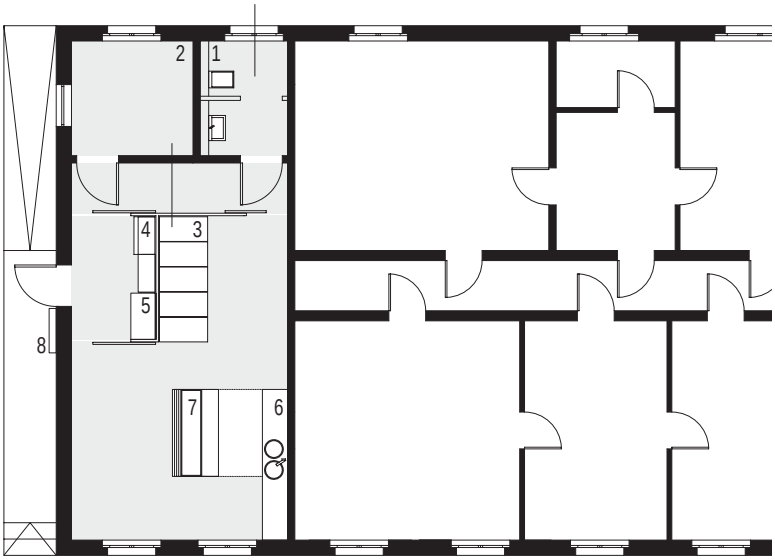
Die Bedarfsanalyse durch die Verfasser hat folgende empfohlene Grundversorgung ergeben:

Allgemeinarzt (1 bis 2 x pro Monat)
Physiotherapie (1 x pro Monat)
Friseur (1 x pro Monat)
Postannahme / -ausgabe
Soziale Beratung
Krankenkassen-, Pflege-, Altenwohnberatung
Computerhilfe / Internet
Hausmeister- & Hauswartservice
Sommerkino Schlatkow

Modelldorf Schlatkow Systemgrundriss

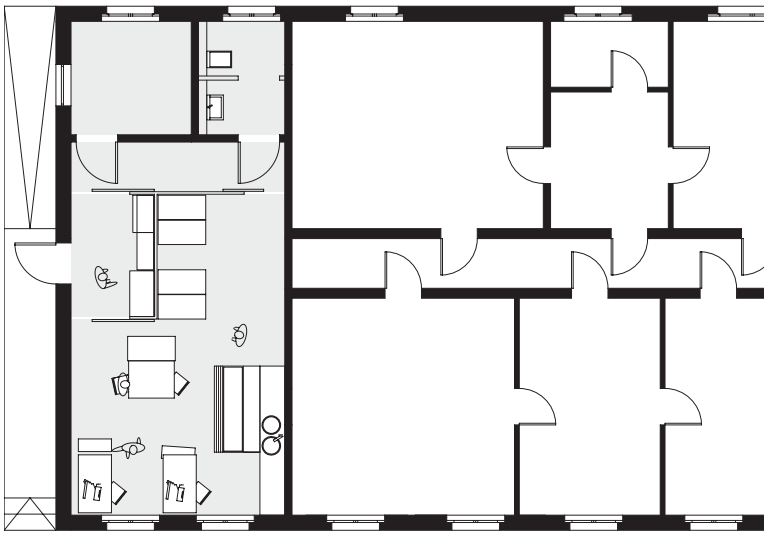


Systemgrundriss mit festen Einbauten



LEGENDE:

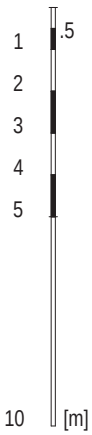
1 WC-altengerecht
2 Haustechnik / Abstellraum
3 mobile Ausziehschränke
4 Briefkästen und Paketschließfach
5 „Klönbank“
6 Spüle / Kühlschrank / Elektroanschluss
7 Tresen, verschiebbar
8 Außenwerbung / Lichtkasten



Systemgrundriss mit Einrichtungsvariante

LEGENDE:

1 „mobile Besprechungsbox“
2 Arbeitstisch



LEGENDE:

1 Dorfgemeinschaftshaus
2 Alte Schule
3 Garage

Die Verfasser empfehlen Abbruch der Garage, die die Gestaltung eines Dorfangers behindert.

4.3.4. Modelldorf Vogelsang-Warsin

Für eine Zusammenarbeit konnte der sehr aktive Bürgermeister Herr Walther gewonnen werden. Die erarbeiteten Ergebnisse gründen sich auf das durchgeführte Interview, die Besichtigung vor Ort und die Bedarfsumfrage.

Dorfgemeinschaftshaus (im Besitz der Gemeinde):
- Büro des Bürgermeisters (wöchentliche Sprechstunden)
- Turnhalle mit Umkleide, Duschen, Abstelle für Sportgeräte (Matratze, Tischtennisplatte) für Familien- und Kindersport, Frauensportgruppe, Kita aus Nachbardorf, Familien- und Gemeindefeiern (Frühjahrstanz, Herbsttanz, Märchenspiel zu Weihnachten)
- Vereinsraum für Dorfclub, einmal die Woche Massage
- Gruppenraum zur Vermietung (Volkssolidarität, LAN-Party, priv. Feiern)
- Küche, WC-Anlage
- Außenanlage (Förderung für Gestaltungskonzept eingereicht) ein Liegeplatz, Spielplatz, Bolzplatz, Tischtennisplatte, Backofen
- Internetzugang

Alte Schule (im Besitz der Gemeinde):
- Heimatstube
- Lager

Vereine:
- Verein: „Natur und Leben am Stettiner Haff“: Führungen durch das historische Vogelsang-Warsin. Hierfür wurde eine Beschilderung der historischen Häuser eingeführt.
- Dorfclub
- Verein zur Pflege des Parks gegründet worden
- Volkssolidarität

- Familienbildungszentrum (mit Kinderbauernhof)
- Jagdgenossenschaft
- Angelverein
- Bootssport (2 Vereine)

Luckow: starker Austausch mit Vereinen in Luckow (gemeinsame Kirchgemeinde, Kirche in Luckow)
- Sportgemeinschaft
- Frauenchor
- Märchengruppe
- Karnevalsverein

Bellin (5 km Entfernung):
- Fremdenverkehrsverein
- Jugendherberge
- Sportplatz in Bellin

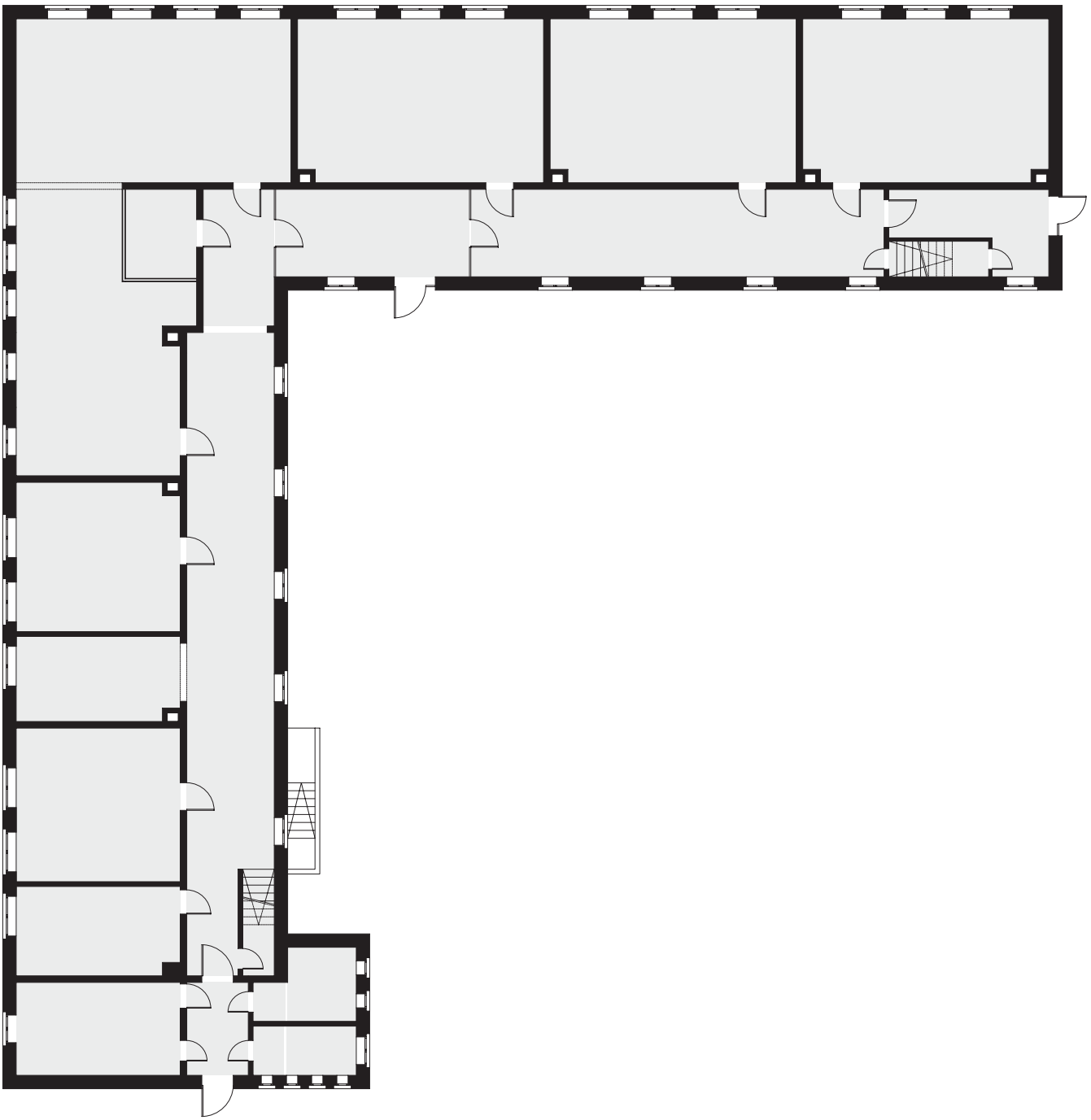
Die Bedarfsanalyse durch die Verfasser hat folgende empfohlene Grundversorgung ergeben:

- Allgemeinarzt (1 bis 2 x pro Woche)
- Physiotherapie (1 x pro Woche)
- Friseur (1 x pro Woche)
- Postannahme / -ausgabe
- Fleischverkauf 1 x pro Woche
- Chemische Reinigung
- Touristeninfo
- Angelplaketten
- Soziale Beratung, Krankenkassen-, Pflege-, Altenwohnberatung
- Computerhilfe / Internet
- Hausmeister- & Hauswartservice
- Café + Imbissstube für Öffentlichkeit, Touristen, Abendessen möglich (Kooperation mit vorh. „Früh-Spät“)
- Stammtisch, Spielraum
- Ausstellungen, Buchlesungen / Vorträge
- Sommerkino für Kinder (Ferienarbeit)
- Kinderbetreuung / Babysport
- Begegnung ältere Menschen u. Kinder
- Organisation Fahrgemeinschaften für Senioren zu Ämtern u.ä.
- Schüler- /Nachhilfe

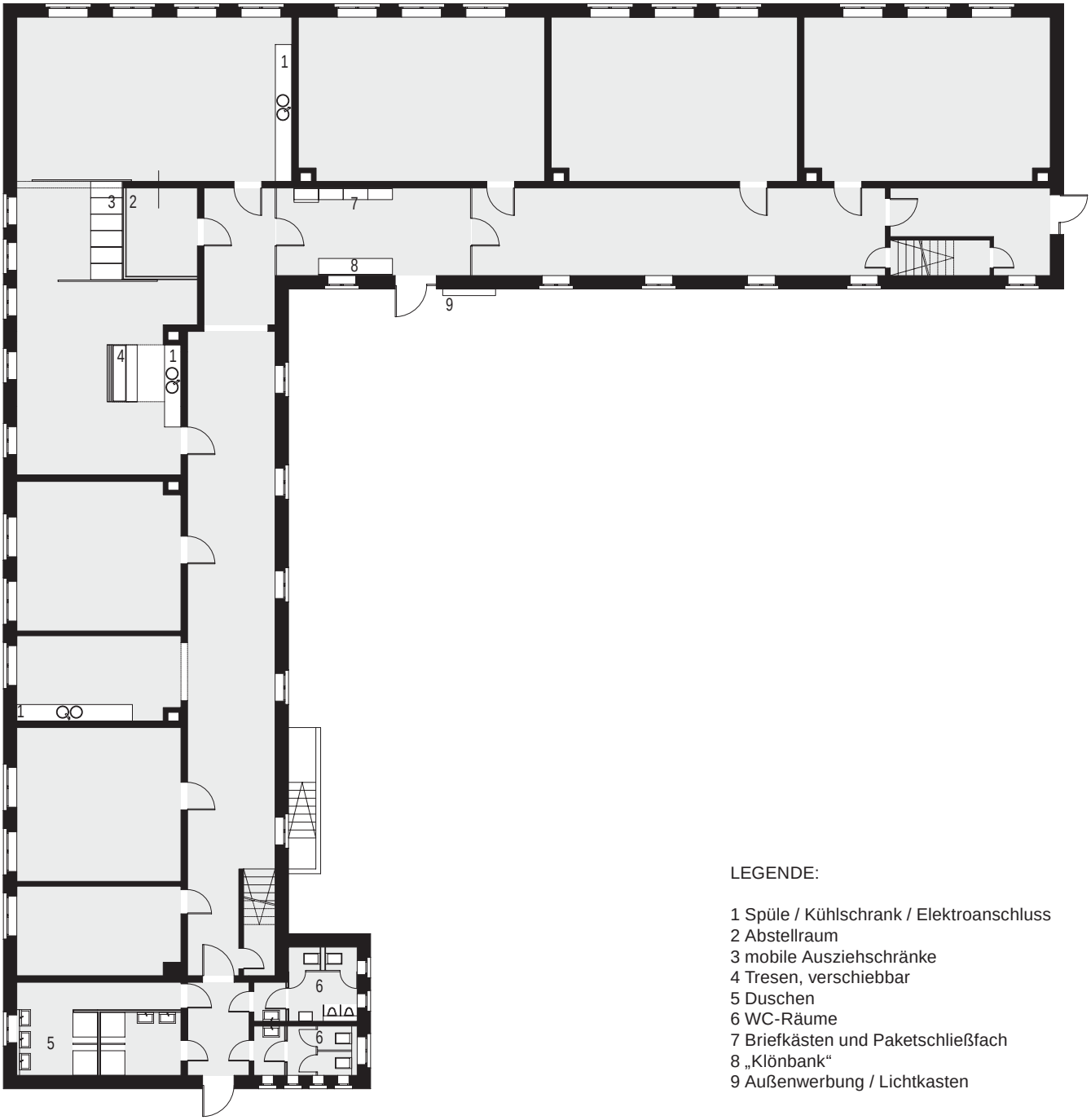
- Tourist. Betreuung f. Wandergruppen
- Zusammenarbeit mit Jugendherberge, Touristenstation Ueckermünde
- Nutzung des Segelhafens, Segelvereins
- bessere Busverbindungen

Mögliche Vereinsarbeit:
- Schullandheim für Gruppen
- 1 Gemeindeküche, 1 Aufenthaltsraum
- 2 Unterkünfte für Fahrradtouristen oder Familien (Nutzung der Erfahrung aus der Umgebung, siehe Dorka u.co.

Betreutes Wohnen (auf lange Sicht gewünscht)



Modelldorf Vogelsang-Warsin Systemgrundriss



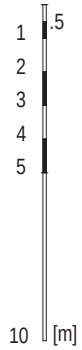
LEGENDE:

1 Spüle / Kühlschrank / Elektroanschluss
2 Abstellraum
3 mobile Ausziehschränke
4 Tresen, verschiebbar
5 Duschen
6 WC-Räume
7 Briefkästen und Paketschließfach
8 „Klönbank“
9 Außenwerbung / Lichtkasten

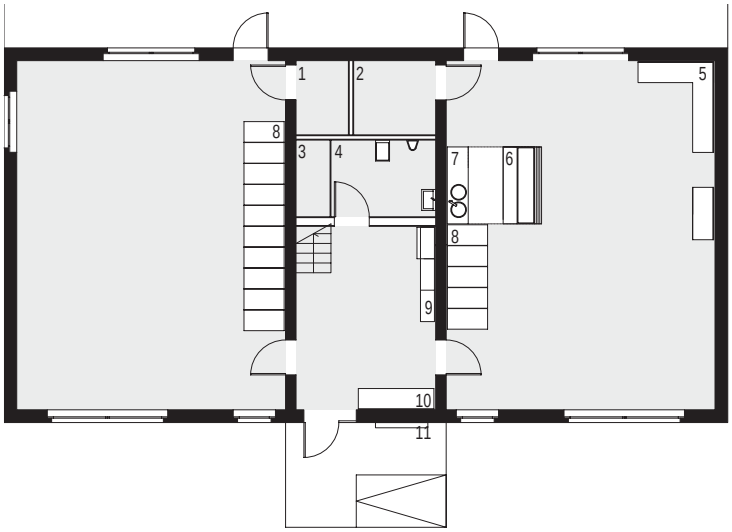
Systemgrundriss mit festen Einbauten

LEGENDE:

1 Turnmatten
2 Tichtennis
3 Billard
4 Behandlungsliege
5 Gymnastikmatten
6 Friseurtisch
7 Spinde
8 Stockbetten
9 Esstisch



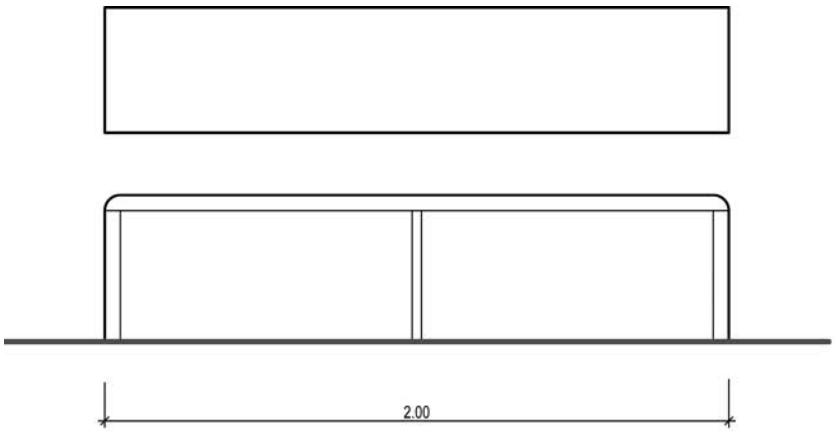
Systemgrundriss mit Einrichtungsvariante

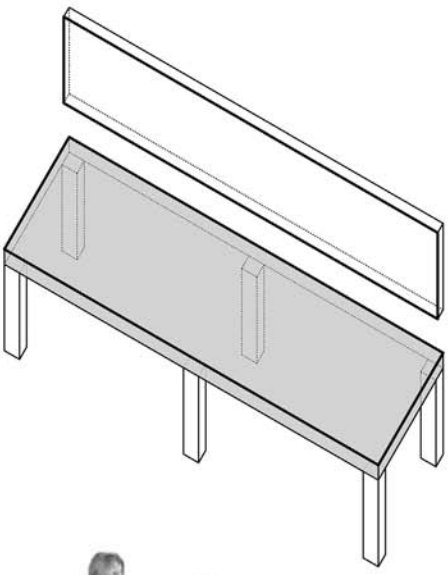


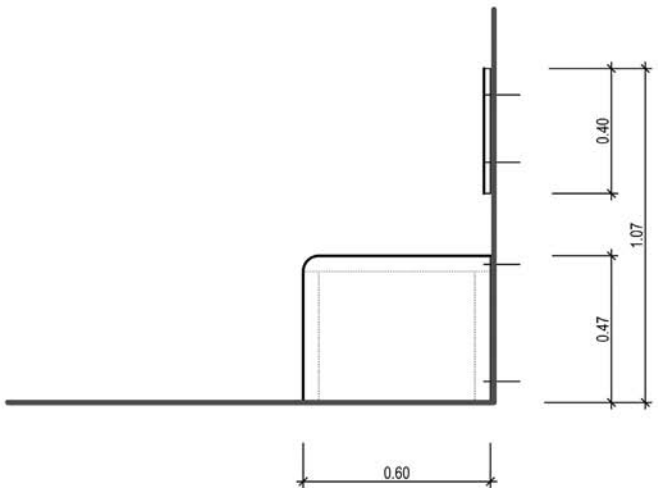
Systemgrundriss Modelldorf Löwitz
mit festen Einbauten

LEGENDE:
1 Technik
2 Abstellraum
3 Abstellraum Reinigung
4 WC-altengerecht
5 Eckbank
6 Tresen, verschiebbar
7 Spüle / Kühlschrank / Elektroanschluss
8 mobile Ausziehschränke
9 Briefkästen und Paketschließfach
10 „Klönbank“
11 Außenwerbung / Lichtkasten

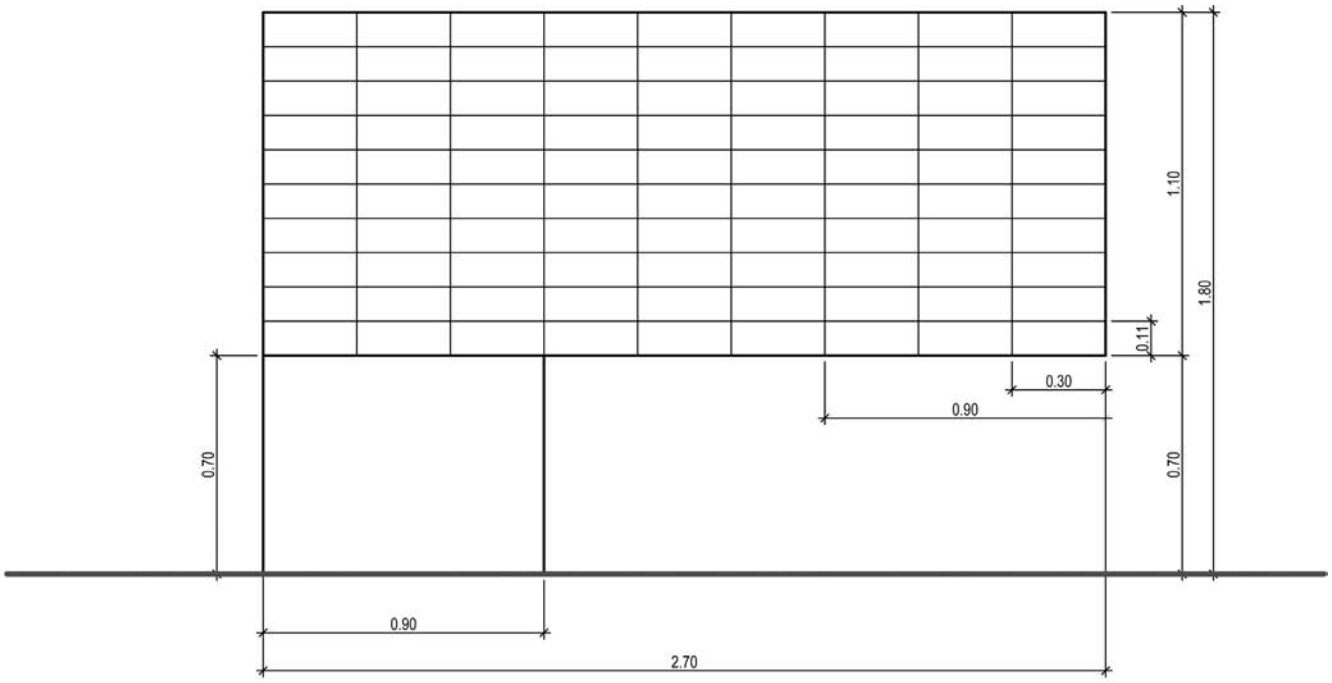
Die Klönbank

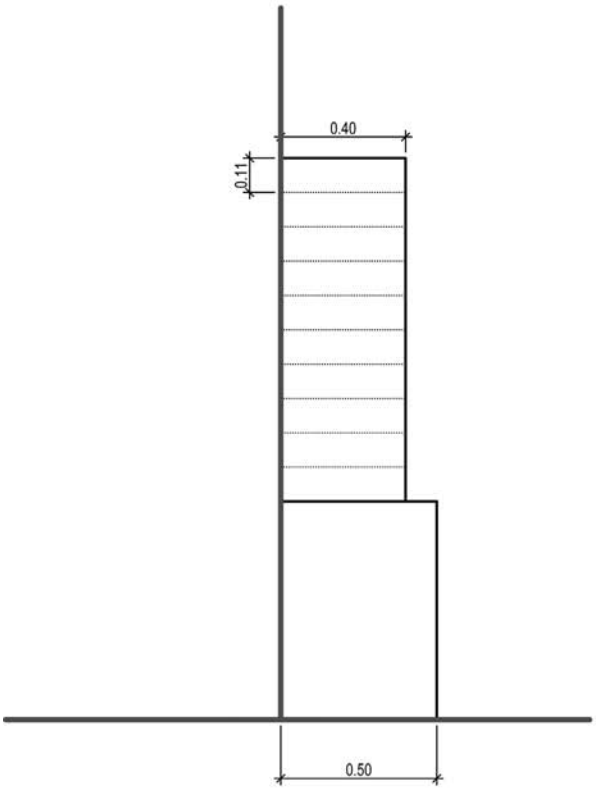


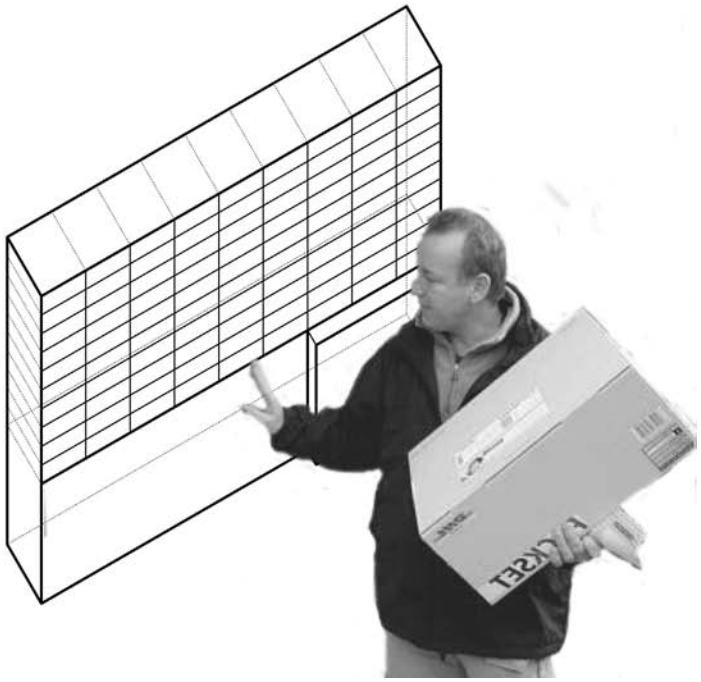




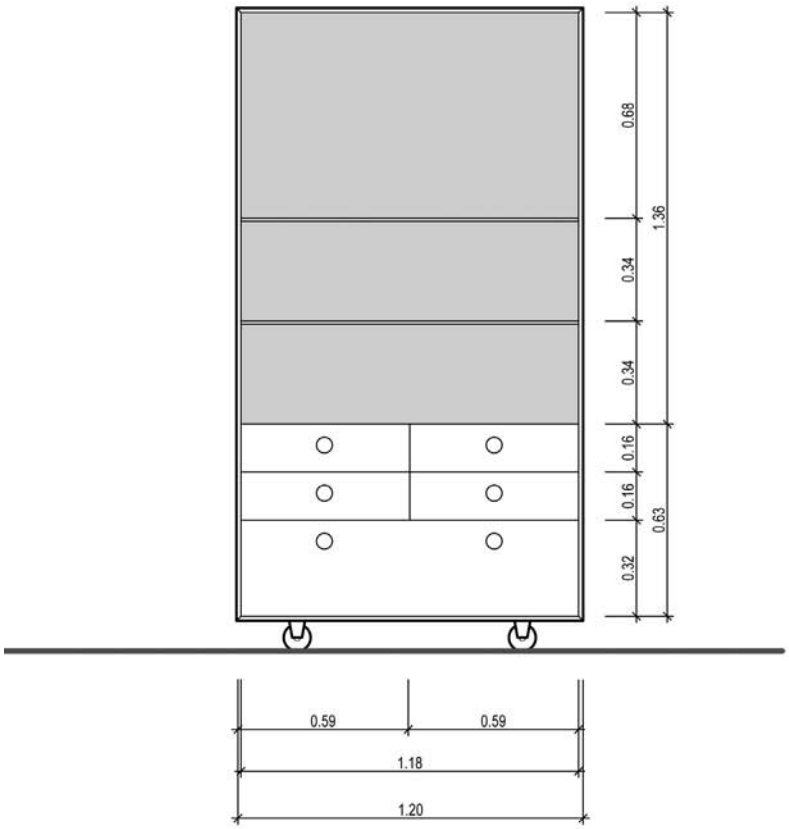
Der Brief- und Paketschrank mit horizontalen Briefkästen

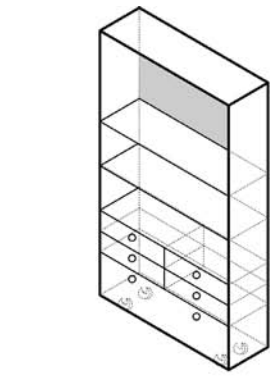


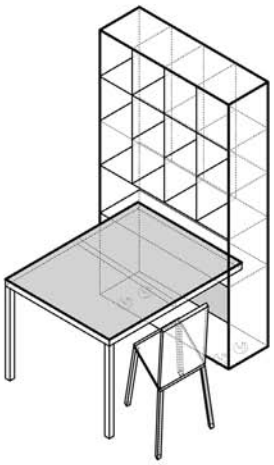




Die abschließbaren „Schränke" als rollbare Schübe, die wandartig eine Raumseite begrenzen. Dargestellt mit einer beispielhaften Unterteilung







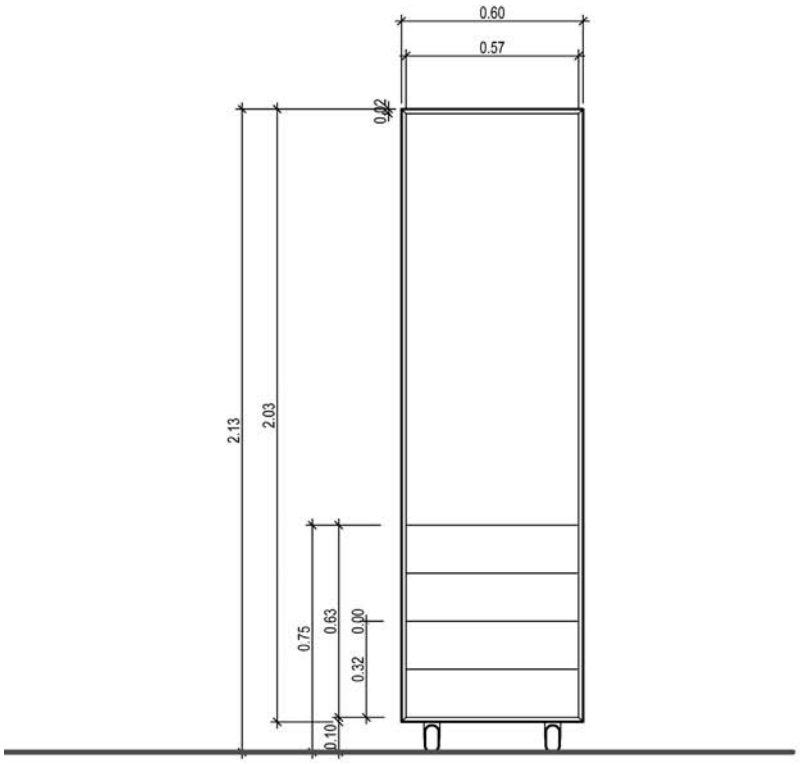


Abb. 5.1: Vogelsang-Warsin

Teil 5
Energiekonzept und technische Ausstattung eines Multiplen Hauses

Auf der Grundlage der vielfältigen Anforderungen an ein multiples Haus wird eine innovative, moderne und flexible Ausstattung benötigt. Unterschiedliche Rahmenbedingungen haben Einfluss auf die technische Ausstattung der Gebäude. Zunächst müssen bauliche und baurechtliche Gesetze und Verordnungen eingehalten werden, die sich im Wesentlichen aus den geplanten unterschiedlichen Nutzungsarten ableiten lassen.
Ein weiteres Kriterium, welches bei der technischen Ausstattung Berücksichtigung finden muss, ist die geplante Nutzungszeit. Der schnellen Folge von Nutzungszeiten und Nichtnutzungszeiten sowie abwechselnde Nutzungen mit unterschiedlichen Anforderungen an die Raumtemperatur, muss im Konzept Rechnung getragen werden. Daraus ergibt sich ein weiterer Aspekt – die Abrechenbarkeit der Verbrauchskosten. Diese müssen unbürokratisch und nachvollziehbar den einzelnen Nutzern des Multiplen Hauses zugeordnet werden können. Die Zuordenbarkeit der angefallenen Verbräuche ist für eine dauerhafte Installation eines multiplen Hauses genauso wichtig, wie die Energieeffizienz und Wirtschaftlichkeit des gesamten Gebäudes einschl. der technischen Infrastruktur.
Ziel ist es, die Betriebskosten der Anlage möglichst gering zu halten, um den dauerhaften Erhalt der Einrichtung zu ermöglichen.

5.1. Anforderungen aus baulichen und rechtlichen Verordnungen

Die Richtlinie EU-RL 2003 der Europäischen Parlaments und des Rates über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden verpflichtet die EU Mitgliedsstaaten, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Energieeffizienz von Gebäuden zu erhöhen. Darauf basieren die nationalen Gesetze und Verordnungen, welche maßgeblichen Einfluss auf die technische Ausstattung von Gebäuden. Darüber hinaus werden öffentliche Interessen und Sicherheitsaspekte in der Landesbauordnung geregelt. Für die Anforderung an Arbeitsstätten gelten die Anforderungen der Arbeitsstättenverordnung und der Arbeitsstättenrichtlinie.

Weitere technische Vorschriften sind jeweils an den Schnittstellen zu den öffentlichen Versorgern zu beachten. Hier gelten z. B. die Satzungen der Wasser- und Abwasserbetrieben beim Anschluss an die öffentliche Kanalisation.

5.1.1. Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien im Wärmeschutz (EEWärmeG)

Seit dem 1. Januar 2009 gilt das Wärmegesetz (EEWärmeG). Wer als Bauherr einen Bauantrag einreicht oder eine Bauanzeige erstattet, muss für die Gebäudeheizung, Warmwasserversorgung und Kühlung auch erneuerbare Energien nutzen. Dafür eignen sich Anlagen, die Sonnenenergie über Solarkollektoren, Biomasse über Holzpelletöfen, Erdwärme über Erdkollektoren oder Umweltwärme über Wärmepumpen nutzen. Alternativ können Bauherren auch die Energieeffizienz

ihres Gebäudes erhöhen, indem sie Ersatzmaßnahmen nach Wärmegesetz durchführen, d. h. die Gebäudehülle besser dämmen oder über Wärmerückgewinnungsanlagen lüften.

5.1.2. Energieeinsparverordnung 2009 (EnEV 2009)

Wenn bei einem Altbau umfangreiche Änderungen, Anbauten über 50 Quadratmeter (m²) oder Umbauten vorgenommen werden sollen, sind i. d. R. die Anforderungen der Energieeinsparverordnung (EnEV) einzuhalten. [1]

Die EnEV 2009 gilt für Gebäude, die unter Einsatz von Energie beheizt oder gekühlt werden sowie für Anlagen bzw. Einrichtungen, die der Heizungs-, Kühl-, Raumluft- und Beleuchtungstechnik und Warmwasserversorgung von Gebäuden dienen. Die Anforderungen sind auch für die Nichtwohnraumgebäude, wie des „Multiplen Hauses“ einzuhalten.

5.1.3. Landesbauverordnung von Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V)

Die Landesbauverordnung von Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) vom 18.April 2006 verpflichtet zur weiteren Maßnahmen für den Bereich Technische Gebäudeausrüstung in Abschnitt 6 und für nutzungsbedingte Anforderungen in Abschnitt 7.

Die Landesbauverordnung von Mecklenburg-Vorpommern regelt im Abschnitt 6, wo Feuerungsanlagen und sonstige Anlagen zur Wärmeerzeugung und Brennstoffversorgung aufgestellt werden können, wie Abgase von Feuerstätten abzuführen und für bestimmte Gebäudeklassen Vorkehrungen zur Brandausbreitung einzuhalten sind. Weiterhin wird festgelegt, dass fensterlose Bäder und Toiletten mit einer wirksamen Lüftung auszurüsten sind.

Bauliche Anlagen, die öffentlich zugänglich sind, müssen in den dem allgemeinen Besucherverkehr dienenden Teilen von Menschen mit Behinderungen, alten Menschen und Personen mit Kleinkindern barrierefrei erreicht und ohne fremde Hilfe genutzt werden können. [2]

5.1.4. Sonstige relevante rechtliche Rahmenbedingungen

Weitere rechtliche Verordnungen für die Ausrüstung eines Gebäudes sind durch die Nutzungsanforderungen zu beachten. Wie die Lebensmittel- und Hygienevorschriften bei Verkauf von Lebensmitteln (Lebensmittelhygiene-Verordnung - LMHV vom 8. August 2007 (BGBl. I S. 1816, 1817)).
Die Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV) vom 12. August 2004, die für die Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer an Arbeitsplätzen zuständig ist, legt fest, was beim Einrichten und Betreiben zu beachten ist. Anforderungen wie Beleuchtung, Raumtemperaturen von Arbeits- und Sanitärräume werden geregelt.
Auch die Auflagen aus den Abwassersatzungen der Wasser- und Abwasser-Verbände sind bei gewerblicher Nutzung zu erfüllen.

1 http://www.bmu.de/erneuerbare_energien/downloads/doc/40512.php
2 http://mv.juris.de/mv/gesamt/BauO_MV_2006.htm

5.2. Anforderung aus den geplanten Nutzungen an die technische Gebäudeausrüstung

Durch die größere Anzahl der Nutzer muss die Technik im Gebäude vor allem leicht zu bedienen sein und der Spezifik der jeweiligen Nutzung Rechnung tragen.

Besonderes Augenmerk muss auf die hygienischen Anforderungen gelegt werden. Nutzungen mit höheren Anforderungen (z. B. ärztliche Behandlung, Massage) sind in Räumen der Raumkategorie 2 berücksichtigt. Als Raumtemperatur muss für den überwiegenden Teil der Nutzung 20°C gewährleistet werden. Wo Behandlungen ausgeführt werden, sollen Raumtemperaturen von 24 °C örtlich erreicht werden können. [3]
In allen Raumkategorien ist Kalt- und Warmwasser zur Verfügung zu stellen. Die Warmwasserbereitung muss legionellensicher erfolgen. Dabei ist zu beachten, dass die Gebäude unter Umständen auch über längere Zeiträume bzw. die Warmwasserversorgung nicht genutzt werden kann.

Konzeptionell ist es günstiger, die Warmwasserbereitung aus diesem Grund im Durchlaufprinzip zu realisieren, um die Aufwendungen für thermische Desinfektion gespeicherten Trinkwassers und Verluste durch ggf. notwendige Zirkulationsanlagen zu minimieren. Hinsichtlich der Abwassereinleitung ist mit der örtlichen Abwasserzweckbehörde abzustimmen, ob für den Betrieb eines Cafés ein Fettabscheider vorzusehen ist. In der Regel ist davon auszugehen, dass die vorgesehene Nutzung (Café, Kuchenverkauf) weitgehend einer häuslichen Nutzung entspricht und deshalb kein überdurchschnittliches starkes mit Fett belastetes Abwasser entsteht.
Grundsätzlich sind jedoch gewerbliche Verbraucher, sofern Speisen ausgegeben werden und dabei Rücklaufgeschirr gereinigt wird, einbaupflichtige Betriebe nach DIN 4040. Bei der gastronomischen Nutzung muss deshalb ein Fettabscheider vorgesehen werden.

5.3. Anforderungen an die geplanten Nutzungszeiten

Bei dem Multiplen Haus werden sich durch die Anzahl der Nutzungen auch immer wieder Nutzungspausen ergeben bzw. das Gebäude schrittweise genutzt werden (siehe Abb. 5.2).
Speziell im Hinblick auf das Heizungssystem soll deshalb gewährleistet werden, dass die erforderlichen Raumtemperaturen schnell erreicht werden können. In den Zeiten, wo das Gebäude nicht bzw. für längere Zeit nicht genutzt wird, sollen die Betriebskosten möglichst gering sein, um unnötige Ausgaben zu vermeiden.
In dem Gebäude werden sich technische Anlagen und Betriebseinrichtungen befinden, die ein nicht unerhebliches Gut darstellen. Gegebenenfalls werden auch Dienstleister bzw. Ärzte Inventar bzw. kleine Geräte dauerhaft im Gebäude installieren. Aus diesen Gründen ist es sinnvoll, das Gebäude mit einer Einbruchmeldeanlage und einer Zutrittskontrolle auszustatten. Die Zutrittskontrolle soll gewährleisten, dass immer nachvollziehbar dokumentiert ist, wer dieses Gebäude zu welchem Zeitpunkt genutzt hat, um hier Transparenz und Sicherheit für alle Nutzer zu garantieren.

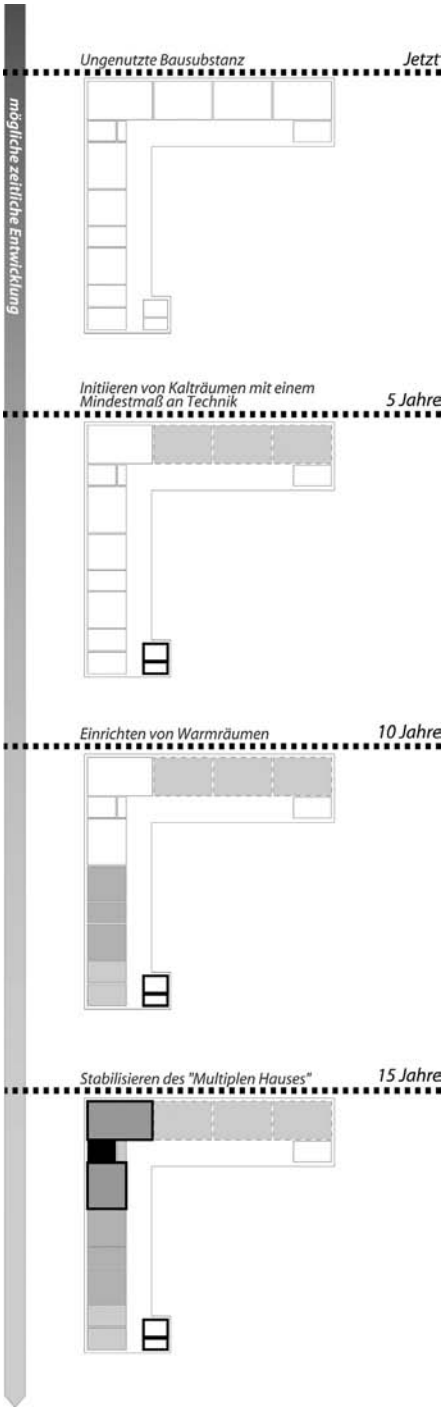


Abb. 5.2: stufenweise „in Betriebnahme“ eines Gebäudes, am Beispiel Vogelsang-Warsins

3 DIN EN 12831, Beiblatt 1

5.4. Konzept für die technische Ausstattung

5.4.1. Beheizung und Warmwasserversorgung

Ausgehend von der Lage der Projektdörfer ist seitens der Versorger an allen Standorten eine öffentliche Strom- und Trinkwasserversorgung gegeben.
Für den Betrieb des Multiplen Hauses ist eine Wärmeversorgung unter Verwendung von leitungsgebundenen Energien günstiger, da die Frage der Bevorratung und Vorfinanzierung von Brennstoffen wie Flüssiggas, Holzpellets und Erdöl dann nicht gegeben ist. Da als einziger Energieträger Elektroenergie an allen Standorten vorhanden ist, werden Versorgungsvarianten auf der Basis der Nutzung von Elektroenergie, jeweils mit einer ergänzenden Verwendung von Umwelt-bzw. Solarenergie untersucht.

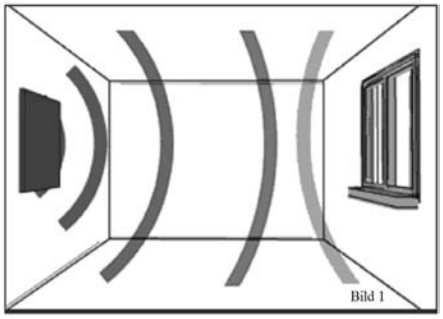


Abb. 5.3: Strahlungswärme bei Raumtemperatur 20°C
Quelle: http://www.infrared-heizung.de

Für die Beheizung des Gebäudes sind zwei Konzepte vorgesehen:
- die Beheizung mit Infrarot-Strahlungs-Heizkörper
- die Beheizung mit einer Wärmepumpe (VRV-Anlage)

Bei beiden Konzepten werden die Gebäude mit Photovoltaikanlagen zur Stromerzeugung ausgerüstet.
Die Infrarot-Strahlungs-Heizkörper gewährleisten durch den Aufbau und Konstruktion einen hohen Anteil der Wärmeabgabe als Wärmestrahlung. Die abgegebene Strahlungswärme ermöglicht ein schnelles und effektives Aufheizen, denn es wird kein Trägermedium wie Wasser oder Luft erwärmt. Die Heizplatten erwärmen das Mauerwerk, das wiederum Wärme abstrahlt. Es entsteht kein typischer Luftzug wie bei Konvektoren, somit können Straubverwirbelungen nicht entstehen, siehe Abb. 5.3 und Abb. 5.4.

Abb. 5.4: Einbaubeispiel
Quelle: Fa. Candor

Das vorgesehene Prinzip wird auch in Infrarotkabinen und im medizinischen Bereich verwendet und ist dort auch als Medizinprodukt geprüft, sodass seitens der elektromagnetischen Verträglichkeit keine negativen Einflüsse zu befürchten sind. Die wesentlichen Vorteile des Systems liegen in der schnellen Aufheizung der Räume bzw. des Aufenthaltsbereiches, der geringen Wartungskosten, der leichten Bedienbarkeit und den geringen Standby-Verlusten in einer längeren Nutzungspause des Multiplen Hauses. In diesem Fall müsste lediglich in der Winterphase die Frostfreiheit zum Schutz der Trinkwasserinstallation in Teilbereich sichergestellt werden. Als Energieträger wird Elektroenergie verwendet. Die beispielhafte Ausstattung der Räume und Anordnung der Heizflächen ist folgend dargestellt.

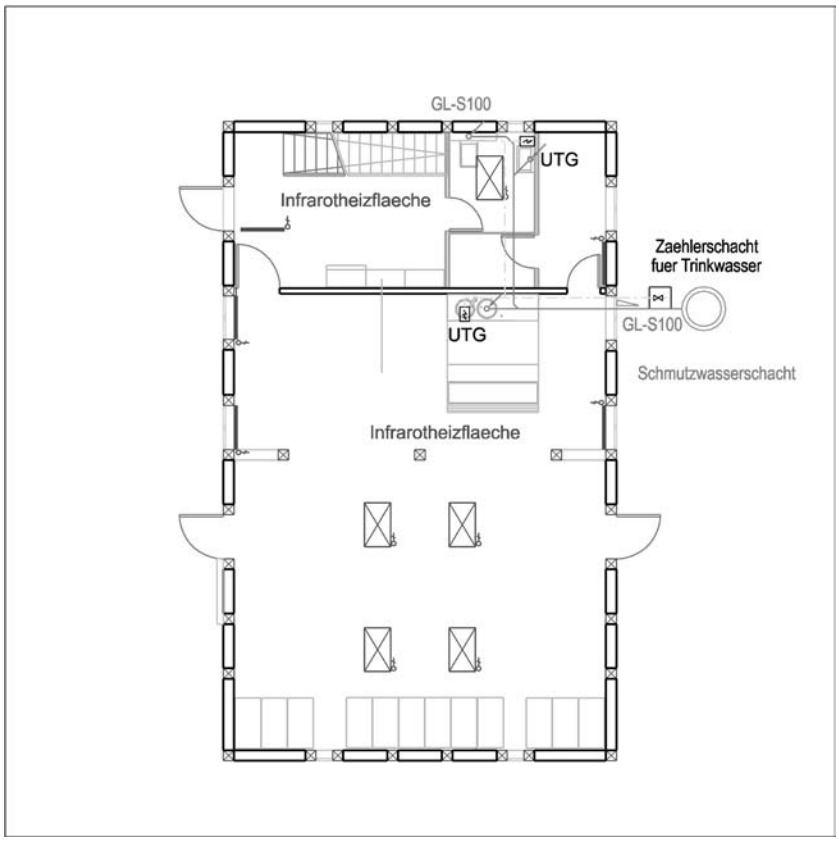


Abb. 5.5: Grundriss des Multiplen Hauses des Modelldorfes Gladrow mit Infrarotheizung
Quelle: ZBP

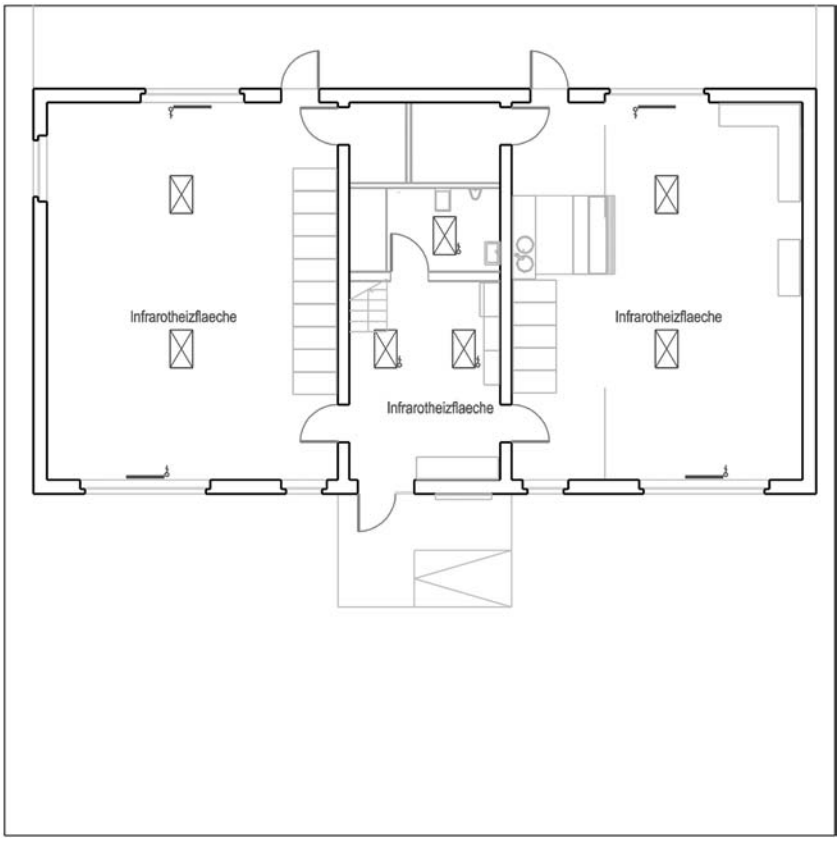


Abb. 5.6: Grundriss des Multiplen Hauses des Modelldorfes Löwitz mit Infrarotheizung
Quelle: ZBP

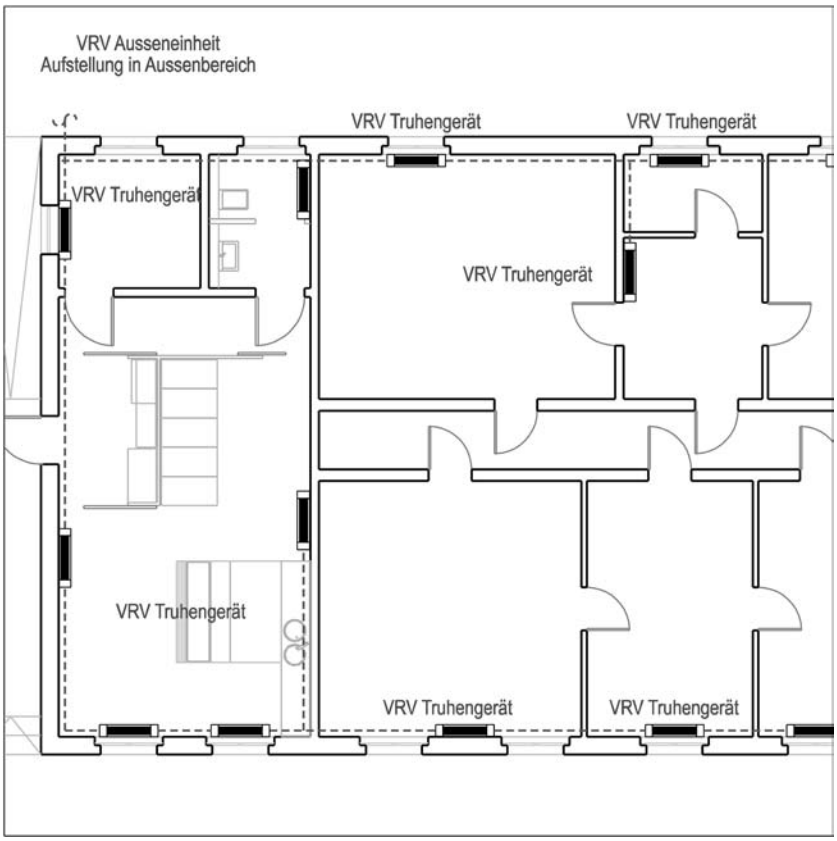


Abb. 5.7: Grundriss für den multipel nutzbaren Hausabschnitt des Multiplen Hauses des Modelldorfes Schlatkow mit Infrarotheizung
Quelle: ZBP

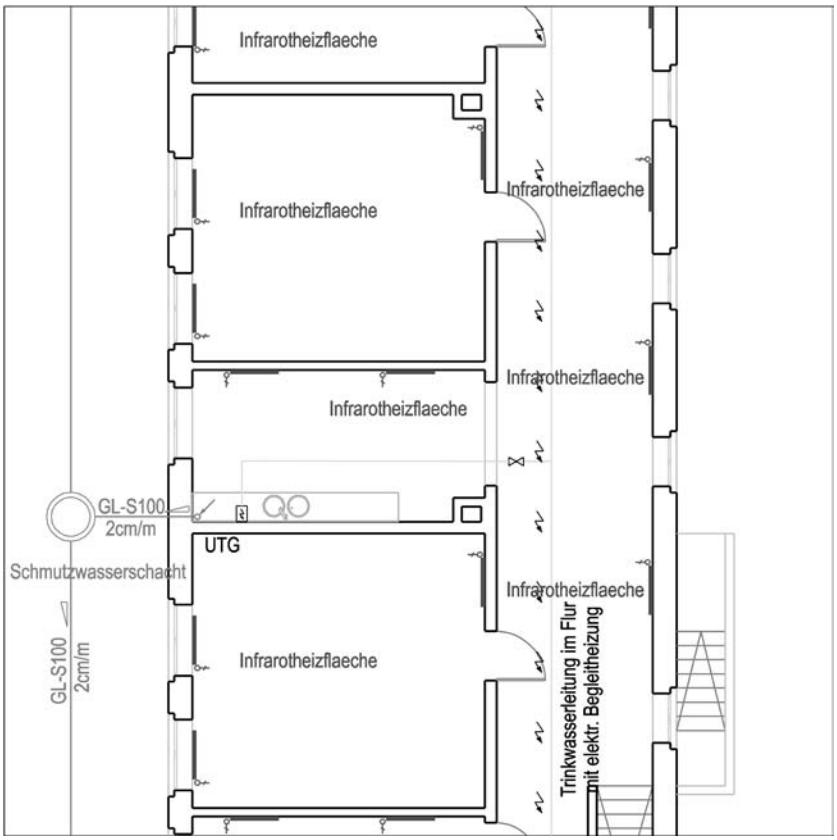


Abb. 5.8: Grundriss für einen Hausabschnitt des des Multiplen Hauses Modelldorfes Vogelsang-Warsinmit Infrarotheizung
Quelle: ZBP

Alternativ ist vorgesehen, die Gebäude mit Wärmpumpenanlagen zu beheizen. Bei dieser Anlage wird neben der Elektroenergie an den öffentlichen Nutzer auch Umweltenergie genutzt (Wärme aus der Umgebungsluft), siehe Abb. 5.9.

Die Modellösung sieht die Bedarfsdeckung mit einem mit variablem Kältemittelvolumenstrom arbeitende Anlage (VRV-Anlage) vor. Die Umweltwärme wird hierbei durch elektrische Energie in einem Kompressor der Umgebungsluft entnommen und als Heizwärme in Gebäuden angeboten. Der Vorteil der Anlage liegt besonders darin, dass durch den Wärmepumpeneffekt eine höhere Effizienz erreicht wird und dass mit dieser Anlage auch im Bedarfsfall die Räumlichkeiten gekühlt werden können, was in einigen Anwendungsfällen sicher von Vorteil ist (ärztliche Nutzung, Computerschulung, Kühlung für Geldautomaten etc.). Die Anlage besteht aus einer Außeneinheit und mehreren Inneneinheiten. Die Außeneinheit kann entweder in den Gebäuden integriert oder im Außenbereich aufgestellt werden, siehe Abb. 5.10 und 5.11.

Die Wärme- bzw. Kälteabgabe kann z. B. über Standgeräte oder Deckeneinbaugeräte erfolgen.

Beide Systeme, die Strahlungsheizung und die Wärmepumpe, gewährleisten ein schnelles Aufheizen der Gebäude und verursachen in Nichtnutzungszeiten geringe Stillstandsverluste.

Im Rahmen eines Baugenehmigungsverfahrens sind Ersatzmaßnahmen nach EEWärmeG erforderlich, z. B. eine hochwertige Wärmedämmung, um die Strahlungsheizung einsetzen zu können.

Grundsätzlich sind folgende Ersatzmaßnahmen möglich:

- der Wärmebedarf wird zu mindestens 50 % aus Anlagen zur Nutzung von Abwärme oder aus Kraft- Wärme Kopplungsanlagen gedeckt.

- der Höchstwert des Jahresprimärenergiebedarfsmuss um 15 % unterschritten und die Anforderungen an die Wärmedämmung der Gebäudehülle im gleichen Maß überschritten werden

- der Wärmeenergiebedarf wird über Energie aus Fern- oder Nahwärmenetzen gedeckt, welche die Anforderungen des EEWärmeG (KWK-Nutzung, Abwärmenutzung) erfüllen.

Infrarotheizungen erfordern nur geringen technischen Aufwand. Die Investitionen und Wartungskosten sind gering.
Die Wärmepumpenanlage ist immer dann günstiger, wenn Dämmmaßnahmen an den Gebäuden nicht oder nur mit verhältnismäßig hohem Aufwand durchgeführt werden können (z. B. Denkmalschutz) und immer dann, wenn Räume oder Gebäudeteile gekühlt (klimatisiert) werden müssen.

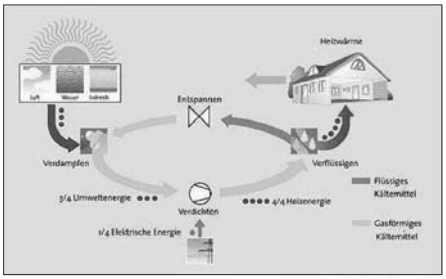


Abb. 5.9: Prinzip einer Wärmepumpe
Quelle: www.effiziento.de

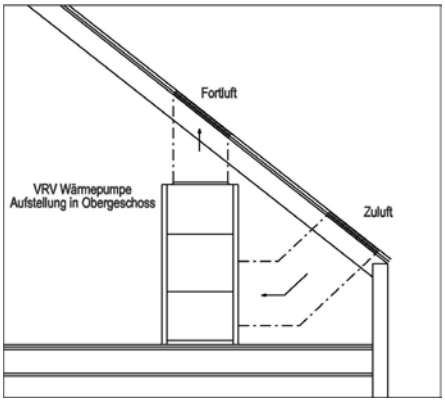


Abb. 5.10: VRV Innenaufstellung
Quelle: ZBP

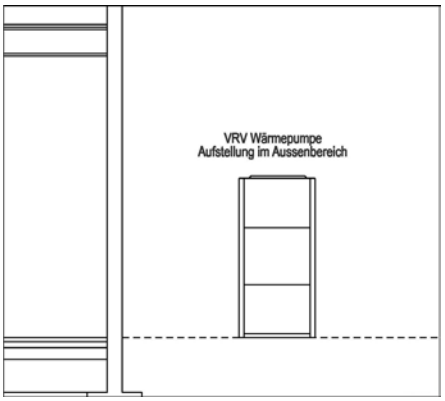


Abb. 5.11: VRV Innenaufstellung
Quelle: ZBP

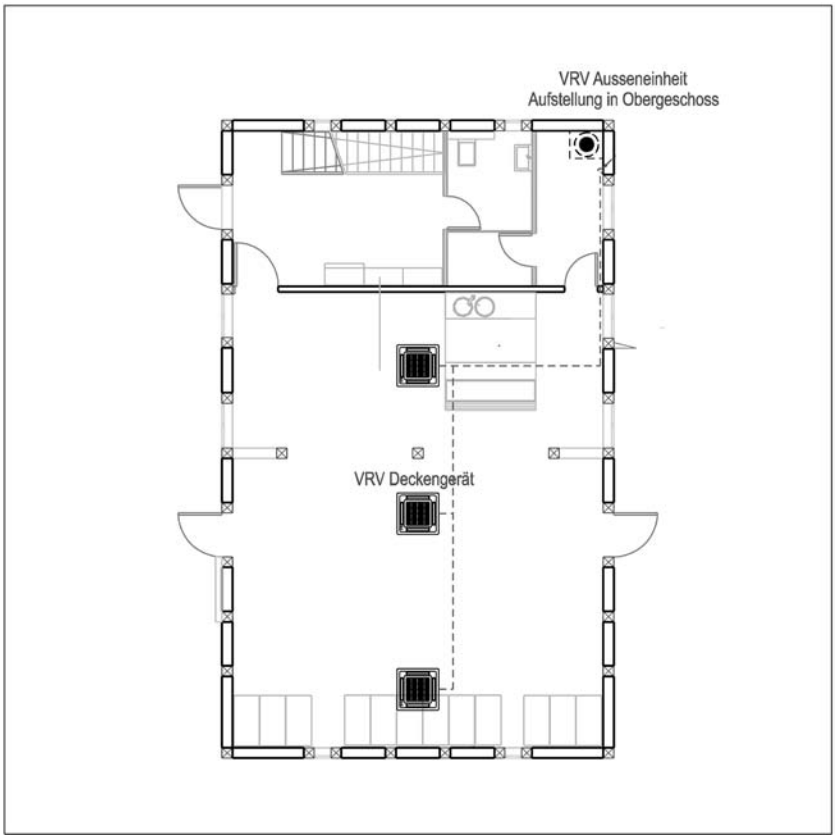


Abb. 5.12: Grundriss des Multiplen Hauses des Modelldorfes Gladrow mit VRV-Anlage
Quelle: ZBP

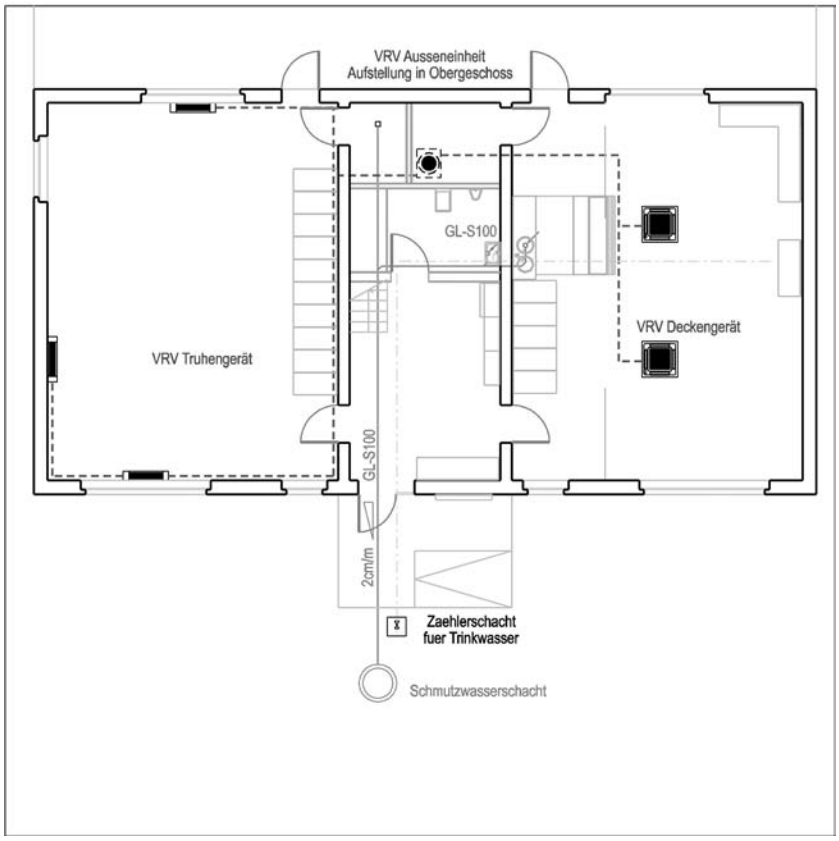


Abb. 5.13: Grundriss des Multiplen Hauses des Modelldorfes Löwitz mit VRV-Anlage
Quelle: ZBP

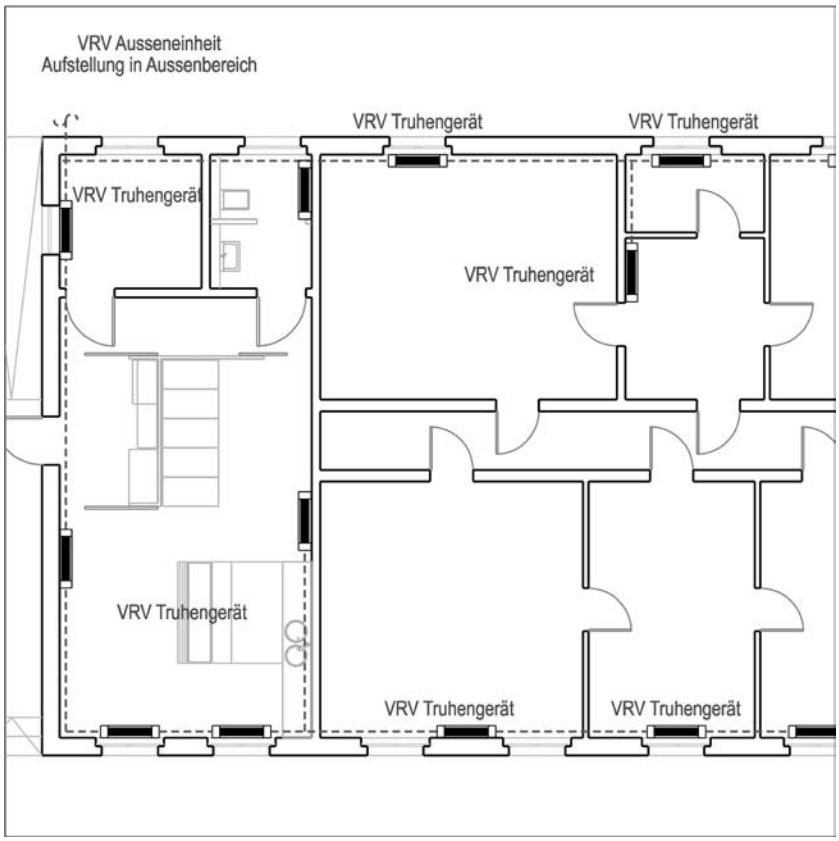


Abb. 5.14: Grundriss für einen Hausabschnitt des Multiplen Hauses des Modelldorfes Schlatkow mit VRV-Anlage
Quelle: ZBP

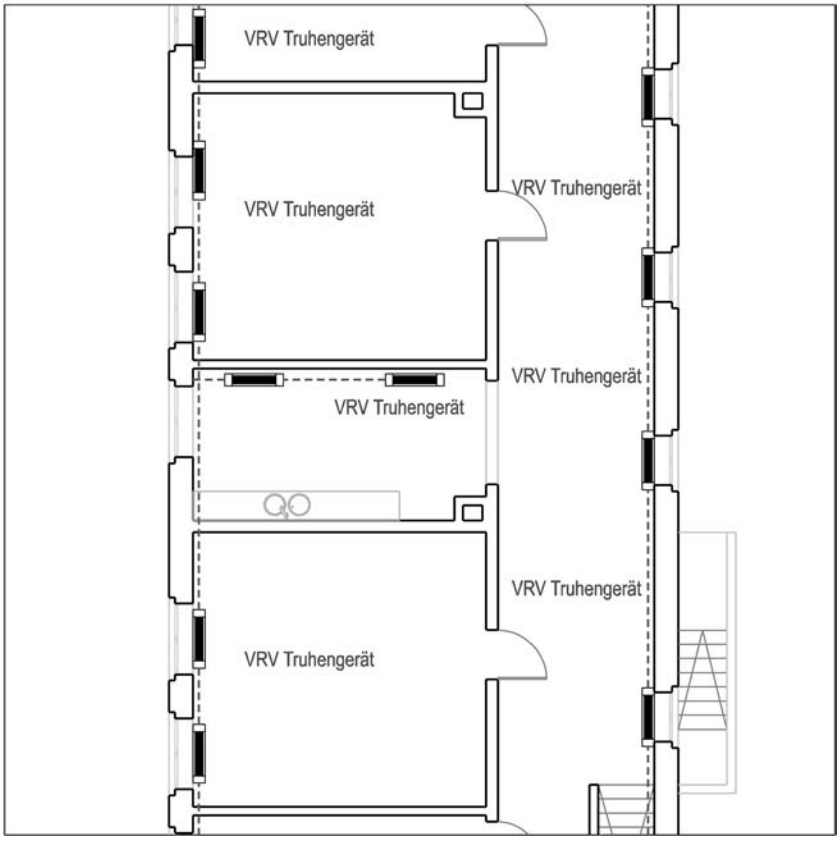


Abb. 5.15: Grundriss für einen Hausabschnitt des Multiplen Hauses des Modelldorfes Vogelsang-Warsin mit VRV-Anlage
Quelle: ZBP

5.4.2 Einsatz von Photovoltaikanlagen

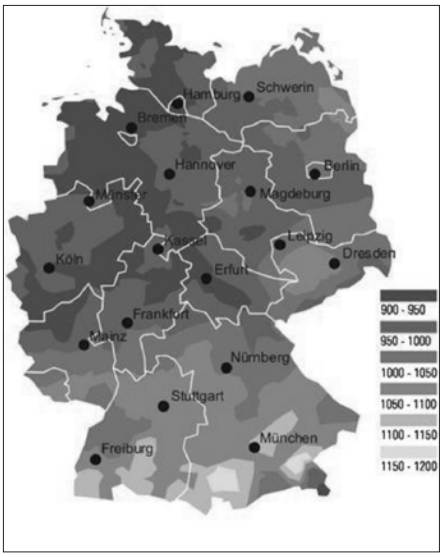


Abb. 5.16: Einsatz von Photovoltaikanlagen
Quelle: DWD

Der Einsatz einer Photovoltaikanlage kann ein Teil der benötigten Energie des Gebäudes erzeugt werden und trägt zu einer ökonomischen Nachhaltigkeit bei. Die Nutzung der Umweltenergie am Bestimmungsort verringert zudem Transportverluste, siehe Abb. 5.15.

Die Strahlungsenergie in Deutschland ist nahezu uneingeschränkt verfügbar. Durch die Jahresschwankungen bei der Solarstrahlung bedingt, ergeben sich auch schwankende Einspeisungsniveaus. Vom Ort, der jeweiligen Jahreszeit, Südausrichtung (Azimut) und Neigungswinkel (Elevation) ist die Intensität abhängig. Der Unterschied zwischen den besten und den schlechtesten Sonnenlagen in Deutschland beträgt maximal 15%. Der i. d. R. geringere Schneefall im Norden bringt im Winter sogar einen Vorteil für die Modelregion.
Es ist möglich, die PV-Anlage entweder in die Dachfläche zu integrieren oder auf dem Grundstück aufzustellen. Bei einer optimal ausgerichteten Dachfläche und einer installierten PV-Anlage von ca. 33 m² ist eine jährliche Stromproduktion von 4.169,88 KWh erreichbar. Für das Multiple Haus ist vorgesehen, den Strom, sofern Bedarf besteht selbst zu verbrauchen, Überschüsse werden in das öffentliche Netz eingespeist, Abb. 5.17.

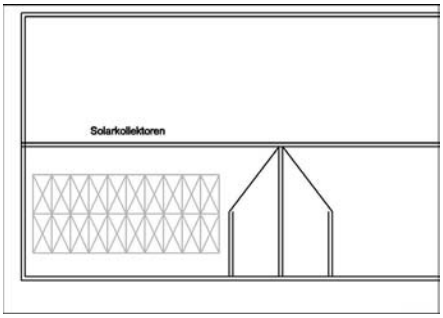


Abb. 5.18: Dachaufsicht des Multiplen Hauses im Modelldorf Löwitz mit Photovoltaikanlage
Quelle: ZBP

Abb. 5.19: Photovoltaikanlage als Außenaufstellung
Quelle: www.pew.nl/upload/pics/pew_pv_anlage_2.jpg

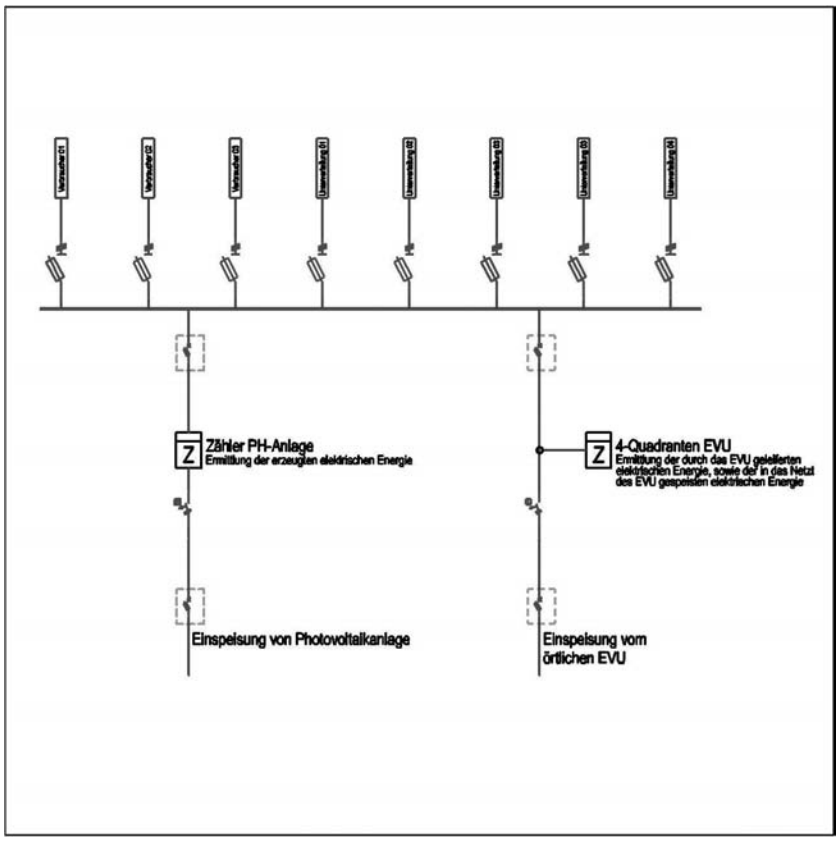


Abb. 5.17 (im Text): Schema Elektroverteilung
Quelle: ZBP

Die zu erzielende Einspeisungsvergütung bzw. die Vergütung für den selbst erzeugten und verbrauchten Strombedarf sollen langfristig die Betriebskosten für die Multiplen Häuser minimieren.

5.4.4 Beleuchtung, Telefon und Internet

Die Beleuchtungsanlage wird nach den jeweiligen Erfordernissen sowie unter Berücksichtigung der derzeit gültigen Norm EN 12464-1 Beleuchtung von Arbeitsstätten in Innenräumen errichtet. Über ein EIB/KNX-System kann die Beleuchtung gesteuert und die Beleuchtungsstärke angepasst werden. In den Unterverteilungen werden Systemkomponenten wie Spannungsversorgung, Linienkoppler, Schaltaktoren, Steuereinheiten usw. aufgebaut. In WC- Bereichen werden Präsenzmelder installiert.

Geplant ist, eine Telefonanlage mit einer unterbrechungsfreien Spannungsversorgung aufzubauen. Es ist eine strukturierte, anwendungsneutrale Verkabelung für Daten und Sprache vorgesehen, die dem heutigen Stand der Technik hinsichtlich Struktur und Geschwindigkeit entspricht (strukturiere Verkabelung).

Für die Nutzung des Multiplen Hauses ist eine Internetverbindung extrem wichtig. Sofern über öffentliche Versorger kein Internet zur Verfügung gestellt werden kann, muss das Internet über Satelliten-System bereitgestellt werden.

Die Datendurchsätze betragen bei den einzelnen Anbietern ca.:

- bei Datendownload [4] 200 … 16000 kbit/s

- bei upload 256 … 382 kbit/s

Durch die Internetverbindung werden angedachte Nutzungen wie

- Computerkurse
- Nachhilfeunterricht
- Finanzdienstleistung

erst ermöglicht.

Auch die Verwaltung der Zugangskontrolle ist von einer externen Stelle (Laptop/PC) nur mit einer Internetverbindung gegeben.

5.4.3 Zutrittskontrolle, Zutrittsrechte und Verbrauchskostenzuordnung im Multiplen Haus

Die vielfältigen Nutzungen erfordern, wie schon unter Punkt 5.2 beschrieben, eine Zutrittkontrolle für das Multiple Haus.

Durch Kombination mit einem digitalen Schließsystem ist u. a. möglich
- Zutrittsberechtigungen von einzelnen Personen zu aktiven oder zu deaktivieren,
- zeitliche Beschränkungen für den Zutritt einzelner Personen beliebig zu verändern (Wochentag, Feiertag, Uhrzeit),
- Zutritte von Personen auszulesen. [5]

4 Informationen darüber: http://www.test.de, Ausgabe TEST11/09, © Stiftung Warentest
5 http.//www.schliess-anlagen.de/vernetzte-schliessanlagen.html

Im Gebäude müssen dafür ein PC, ein Accesspoint und in den einzelnen Bereichen (Türen) vernetzbare Schließzylinder installiert werden.

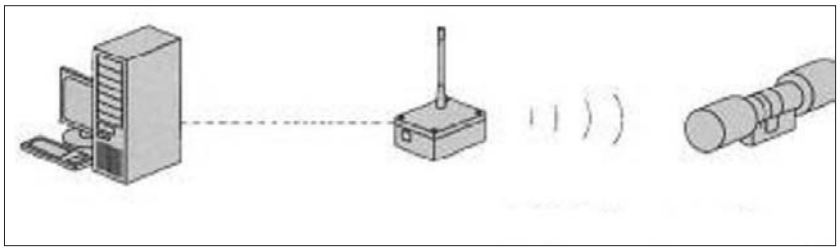


Abb. 5.20: Digitale Schließanlage
Quelle: www.simsons-voss.de

Durch die Möglichkeit, die Zutritte von Personen auszuwerten ist eine Voraussetzung geschaffen, um mit Hilfe dieser Information die verbrauchsabhängigen Kosten aufzuteilen.

In dem Konzept für die Modellprojekte wird davon ausgegangen, dass lediglich Elektroenergie und Trinkwasser als verbrauchsabhängige Kosten umzulegen sind.

Beide vorgestellten Beheizungssysteme (VRV-Anlage und Infrarotheizung) ermöglichen die separate Betriebskostenumlage.
Im Fall der Infrarotheizung werden in dem Untervereilschrank entsprechende Unterzähler mit Impulsausgang eingebaut. Bei der Wärmepumpenanlage ist über eine entsprechende Software eine Betriebskostenauswertung pro Innengerät möglich, sodass auch hier die Umlage nach tatsächlicher Nutzung erfolgen kann.
Für die Erfassung der Trinkwasserverbräuche werden die einzelnen Entnahmestellen bzw. Nutzungseinheiten mit Zähler mit Impulsausgang ausgerüstet. Damit ist es ebenfalls möglich, die anfallenden Kosten transparent darzustellen und für alle Nutzungen einen bequemen und sicheren Zugang zum Multiplen Haus zu gewährleisten.

Teil 6
Auswertung und Ergebnisse

6.1. Antworten auf die Forschungsfragen und Fazit

These 1: Durch das Installieren eines Multiplen Hauses als gemeinschaftlichem Stützpunkt von Dienstleistung und Nachbarschaft wird ein Dorf im Kern soweit stabilisiert, dass es als Ort und als Dorfgemeinschaft erhalten bleibt.

In dieser Arbeit wurde zum einen sowohl historisch betrachtet als auch ganz aktuell an den Beispielen der Projektdörfer aufgezeigt, welche Bedeutung ein dörfliches Zentrum und ein Ort der Begegnung für das Dorfleben hat – als Dorfanger, als Gemeinschaftshaus oder einfach als Dorfkneipe.

In Dörfern, in denen so ein Ort fehlt wie in Löwitz, bricht die Kommunikation der Dorfbewohner weitestgehend zusammen. Das für den ländlichen Raum typische Dorfleben, dass auch von den Städtern bei ihren touristischen Besuchen so positiv und als besonderer Anziehungspunkt wahrgenommen wird, existiert nicht mehr. Der Rückzug in die eigenen vier Wände und in die Anonymität, wie sie vorher den Städten vorbehalten war, setzt ein und wird durch die eingeschränkte Mobilität des Alters und die Resignation einer wachsenden Einsamkeit verfestigt. Die Illusion von Kommunikation wird durch den Fernseher aufrecht erhalten. Selbst das Gespräch mit den Nachbarn „über den Gartenzaun“ wird irgendwann eingestellt.

Fazit ist hier aber auch, dass in Dörfern, in denen es bereits Aktivitäten gibt, um hier gegenzusteuern wie in Schlatkow, sofort wieder ein traditionelles Gemeinschaftsgefühl aufkommt und die Dorfbewohner sich wieder zusammenfinden. In den Interviews wurde hier oft gesagt: „Wir haben so ein multiples Haus schon in unserem Dorf!“ Hier ist der erste Schritt zum Stabilisieren des Dorfs bereits gemacht. Es fehlt also nicht an der Erkenntnis in den Dörfern oder der Nachfrage nach „Dorfleben“ und Gemeinsamkeit, sondern an Anerkennung und Unterstützung von außen. Die Aktivitäten bleiben derzeit oft isoliert und werden sogar bürokratisch gebremst – aus Unwissenheit und Unverständnis sowohl auf Seiten der Bürgermeister und Akteure als auch seitens der Ämter und Gemeindeverwaltungen.

Zum anderen wurde bisher deutlich gemacht, wie negativ sich die zunehmende Zentralisierung in allen Lebensbereichen auf das Landleben auswirkt und wie diese die negativen Auswirkungen des Demografischen Wandels sogar verstärkt.
Um diese Tendenz nachhaltig und wirtschaftlich zu stoppen, bedarf es einer einfachen Lösung wie dem multiplen Haus – dem Angebot zur Nachfrage.

Im Ergebnis wird die Einführung eines Label bzw. einer Marke „Multiples Haus“ als unbedingt erforderlich eingestuft, und es wird in dieser Arbeit anhand des Modellbeispiels entwickelt und erläutert, in dem einfache Regeln aufgestellt werden und die Lösung von Standardproblemen in der Umsetzung bereits modellhaft aufgezeigt wird. Dieses

Abb. 6.1: Schwerinsburg

Label soll Grundlage für die verwaltungstechnische Installierung des Begriffs sein, der die Netzwerkbildung im ländlichen Raum vereinfacht und die Bürokratie bei der Organisation und Genehmigung auf ein Minimum reduziert.

Der Begriff „Multiples Haus“ bleibt dabei der überregionale Begriff und der „Untertitel“, der die (bundesländer-)übergreifende Kommunikation und die Werbung erleichtert. Regional typische, historische und/oder mundartliche „Namen“ für das Haus erleichtern die Identifikation für die Dorfbewohner und die wichtige Werbung für den Tourismus in die jeweilige Region. Der Name für ein Multiples Haus am Stettiner Haff kann ein ganz anderer als im Erzgebirge oder in Unterfranken.
Die Namensfindung in jedem Dorf wird gleichwertig aufgenommen in den Kriterienkatalog wie Architektur, Ortslage und historische Bedeutung des Hauses.

These 2: Das Installieren eines Multiplen Hauses ist unabhängig von der Größe des bedürftigen Dorfes und demnach unabhängig von der Zahl der Einwohner. Diese Faktoren haben lediglich Einfluss auf die Größe und die funktionalen Anforderungen an das multiple Haus.

Im Projektdorf Gladrow haben die 52 Bewohner ein kleines „Spielhaus“ in einer ehemaligen Bauernkate ausgebaut und überregional bekannt gemacht. Hier gab es das Bedürfnis nach gemeinsamen Dorfaktivitäten und den Willen, dafür Freizeit und Engagement aufzubringen.
In dieser Arbeit wird also auch am Praxisbeispiel aufgezeigt, dass die Anzahl der Bewohner keine Rolle bei der Entscheidung für oder gegen ein multiples Haus spielt, das Engagement hingegen eine sehr wesentliche. Ein multiples Haus wird sich in einem kleinen Dorf nur installieren lassen, wenn im Vorfeld klar ist, was die Dorfbewohner haben wollen und wofür sie auch Verantwortung übernehmen – auch wenn sich diese Verantwortung ggflls. nur auf die Hege und Pflege ihres Hauses reduziert. Eine „Mindestbewohnerzahl“ muss also nicht festgelegt werden.

Ausgewertet wird in der Arbeit hingegen, welche Funktionen für welche Dorfgröße sinnvoll sind und wie sich ein regionales Netzwerk von mehreren Dörfern positiv auf die Mehrfunktionalität auswirken kann.
Insbesondere im Bedarfskatalog und in seiner Auswertung wird am Beispiel Stettiner Haff gezeigt, welche Funktionen grundhaft für jedes einzelne Dorf gebraucht werden, für welche Nutzungen längere Wege in Kauf genommen werden oder in welchen zeitlichen Abständen wirklich Bedarf besteht.
Dass diese Bewertung nachweislich entscheidender ist als die Anzahl der Dorfbewohner, ist für die Installation der Multiplen Häuser besonders wichtig, denn sie sollen heute der Stabilisierung des IST-Zustands dienen und in der Zukunft flexibel mit dem Dorf wachsen oder schrumpfen. Diese Wachstums- und Schrumpfungsprozesse hat es in der Historie immer gegeben. Hier muss nur wieder in jeder Richtung ein gesundes Maß gefunden werden – die aktuellen „Ausschläge“ kann ein Multiples Haus abfedern.

Auch an dieser Stelle muss wieder auf die sinkende Mobilität der alternden Landbevölkerung hingewiesen werden. Im letzten Lebensabschnitt sind Entfernungen von mehr als 2 km irgendwann ein unüberwindliches Hindernis. Es ist viel wichtiger, viele kleine Multiple Häuser zu installieren als einige wenige „Große". Es geht hier eben nicht um weitere Zentralisierung und um privilegierte Dörfer. Es geht um eine einfache Lösung für jedes Dorf – auch wenn es heute offiziell „nur noch" Ortsteil heißt. ....

Das Ziel im einzelnen Dorf ist erreicht, wenn das Multiple Haus ein neuer, alter Ort für Nachbarschaft wird – das Ziel in der Region ist erreicht, wenn die Multiplen Häuser ein Netzwerk der Dienstleistung für die Grundbedürfnisse der Landbevölkerung bilden.

These 3: Es gibt innerhalb jeder dörflichen Gemeinschaft interessierte und engagierte Bürger, die Dorfleben pflegen und beleben wollen.

Ziel der Forschungsarbeit war es von Anfang an, nicht nur einzelne aktive Dörfer zu zeigen und in die Analyse für das multiple Haus einzubeziehen, sondern in der Region Stettiner Haff Projektdörfer zu finden. Erfreuliches Fazit war hier, dass die Anzahl der Dörfer für die Auswertung sogar begrenzt werden musste. Dadurch konnten auch bewusst unterschiedliche Projektdörfer in Bewohnerzahl, Struktur, Verwaltung und Ortslage in der Region ausgewählt und gegenübergestellt werden.
Auch die Akteure in den Dörfern unterscheiden sich maßgeblich. Da aber beispielsweise in der Region Stettiner Haff die Bürgermeister i.d.R. ehrenamtlich arbeiten, sei es als „Ortsteilbürgermeister" mit maximal 400 Bewohner oder als „Gemeindebürgermeister" mit bis zu 3000 Bewohnern in mehreren Dörfern, muss man gerade in so dünn besiedelten Regionen zwangsläufig von einem hohen Maß an bürgerschaftlichem Engagement sprechen.

Ein großes Problem sind die ständigen Gemeindereformen, die zwangsweise dazu führen, dass viel Kraft in die Einführung ständig neuer Verwaltungsstrukturen fließt, statt hier Energie zu sparen und zu bündeln. Dieses Problem soll und kann nicht Thema dieser Arbeit sein, muss aber als eine der entscheidenden Ursachen für eine unpersönliche Verwaltungspolitik und eine zunehmend gesichtslose Verwaltung „von oben" benannt werden. Ein ganz praktisches Beispiel dafür ist die Bezeichnung von „Ortsteilen", wie nun die Dörfer genannt werden – ein sinnloser bürokratischer Akt, der kontraproduktiv da wenig identitätsstiftend ist und der wohl kaum das vermisste Heimatgefühl bei den Dorfbewohnern weckt.

Anhand der o.g. Auswertung sind weitere Problembereiche herausgearbeitet und behandelt worden, die vorzugsweise durch das Label „Multiples Haus" sowohl für Akteure als auch für die Verwaltungen und Ämter transparent gemacht werden sollen und hier den Dialog bis hin zur unkomplizierten Genehmigung und schnellen Finanzierung vereinfachen sollen.

So wird in den Kapiteln zu Fördermitteln und Bewirtschaftung auch die Frage beantwortet, wie nach der unerlässlichen Anschubfinanzierung durch Fördermittel ein Multiples Haus ohne Dauersubventionierung weiterbetrieben werden kann. Nüchtern betrachtet müssen aber auch hier regionale Unterschiede beachtet werden, insbesondere was die Höhe, die Art und die Dauer der Unterstützung durch Fördergelder betrifft. Mit der Aktivierung der „Modellregionen“ haben Bund und Länder bereits erste regionale Schwerpunkte gesetzt.

These 4: Die Installation eines Multiplen Hauses bremst den Wegzug und fördert den Zuzug im Dorf.

Vorrangiges Ziel dieser Arbeit bleibt die Stabilisierung auch der Bewohnerstruktur der Dörfer durch das Installieren der Multiplen Häuser, indem der Wegzug aufgrund von fehlender Mobilität, Kommunikation und Dienstleistung gestoppt wird.

Die Auswertung der Bedarfsumfragen und die rege Teilnahme der Dorfbewohner an der Diskussion haben gezeigt, dass die Bewohner im Dorf bleiben würden, wenn die Grundbedürfnisse wieder an ihrem Wohnort befriedigt werden können. Gerade für die ältere Generation ist das Verlassen „ihres“ Dorfes unerwünscht und wird sofort in Frage gestellt, wenn wieder ein aktives Dorfleben und damit die eigene Unabhängigkeit und ein selbstbestimmtes (Weiter-)Leben in Aussicht gestellt wird. Mit dieser Generation muss jetzt der erste Schritt zur Stabilisierung der Dörfer gegangen werden.

Für die jüngere Generation ist es natürlich der Verlust des Arbeitsplatzes, der den Wegzug in erster Linie bestimmt. Gerade junge Frauen, die oft eine sehr gute Ausbildung haben, ziehen weg. Doch gerade diese jungen Frauen haben oft auch Berufe, die in der grundhaften Dienstleistung für die Dörfer dringend benötigt werden: Physiotherapeutinnen, Verkäuferinnen, Friseusen, Ärztinnen, etc. Das Multiple Haus schließt hier die Lücke des „fehlenden Raums“, des Fehlens eines professionellen Arbeitsumfelds auf dem Land. An der fehlenden Bereitschaft zur Mobilität der „Dienstleister“ fehlt es keinesfalls, denn aktuell werden bereits von vielen weite Fahrwege in Kauf genommen oder sie pendeln in andere Bundesländer. Die Einrichtung der Multiplen Häusern würde diese Situation also verbessern und Fahrwege verkürzen.

Die Frage, ob ein Dorf für „Suchende“, die sich in ländlichen Gegenden niederlassen wollen, durch ein Multiples Haus attraktiver wird, kann ganz klar bejaht werden. Sie finden eine sofort nutzbare und vor allem ausbaufähige Grundstruktur vor, die ihrer ersten Information dient und die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse am neuen Wohnort sichert. Aber das Haus ist auch ein Angebot an sie und bietet einen Platz für die Verwirklichung ihrer eigenen (Geschäfts-) Ideen oder für ihr ehrenamtliches Engagement – ein Aspekt, der für viele „Zuzieher“ in den lLändlichen Raum eine wichtige Rolle spielt.

6.2. Das Label „Multiples Haus m.H.“

6.2.1. Definition, Ziel und Grundlage

Das Multiples Haus im Dorf ist das Gebäude in zentraler Lage, dass durch sein regionaltypisches Aussehen und durch ortstypische Merkmale ins Auge fällt und auf Dorfbewohner wie Besucher gleichermaßen einladend wirkt. Von Besuchern ist es einfach und bereits bei der Ortsdurchfahrt zu identifizieren. Sowohl die Dorfbewohner als auch die Dorfbesucher finden hier den Ort im Dorf für Information, Kommunikation, Dienstleistung und Nachbarschaft, dessen verschiedene Nutzungen auch im Tagesrhythmus wechseln können.

Ziel der Platzierung eines Labels ist hier zum einen der hohe Wiedererkennungswert und die Werbewirksamkeit, zum anderen aber auch der Wiederholungseffekt und die Bildung eines überregionalen Netzwerks.

„Alte Ziegelei m.H.“ – durch den einfachen Zusatz m.H. im Namen wird ein Gebäude als Multiples Haus identifizierbar. Das funktioniert wie beim Beispiel „e.V.“ – hier ist jedem Beteiligten sofort klar, dass es sich um einen eingetragenen Verein handelt und was sich dahinter verbirgt.

Grundlage dafür sind Regeln, die für die Installation eine Multiplen Hauses aufgestellt werden. Diese Regeln müssen die amtlichen Genehmigungen, welche für die unterschiedlichen Nutzungen erforderlich sind, in einem einzigen, vereinfachten und schnellen Genehmigungsverfahren ermöglichen: mit der Antragstellung für die Installation eines Multiplen Hauses muss die notwendige Grundausstattung für jeden Prüfer bekannt und abgesichert sein.

6.2.2. Zehn Regeln für die Installation eines Multiplen Hauses

1. Es gibt einen offenen Zugangsbereich („Hausflur“). Dieser Raum hat eine fest installierte
Eingangsausstattung:

- einfache Sitzbank an mindestens einer Wand
- mindestens ein Wandschrank als „Paketbox“/ abschließbar
- zentrale Briefkastenanlage für die Dorfbewohner (bis maximal 100 Dorfbewohner geeignet)

Mindestraumgröße: 10 m²
Maximalraumgröße: 15 m²

2. Es gibt mindestens eine zentrale Toilettenanlage mit Vorraum, Waschbecken und WC. Häuser mit Räumen der Kategorie 2 haben mindestens eine weitere WC-Anlage, die vorzugsweise behindertengerecht ausgestattet ist (in Abhängigkeit vom Altbau).

3. Es gibt mindestens einen abschließbaren Raum der Raumkategorie 1 = „Raum für flexible Nutzungen“.
Räume der Raumkategorie 1 haben eine fest installierte

Grundausstattung:
- Anschluss für Teeküche
- einfacher Tresen, einfache Sitzbank an mindestens einer Wand
- Wandschrank als Kombination aus Regal mit (Glas-)Schiebetüren/ abschließbar und Rollenschrank mit mindestens vier Regalabteilen/ einzeln abschließbar

Mindestraumgröße: 15 m²
Maximalraumgröße: 40 m²

4. Es gibt vorzugsweise einen zweiten abschließbaren Raum der Raumkategorie 2 = „Raum für feste Nutzungen" .
Räume der Raumkategorie 2 haben eine fest installierte
erweiterte Ausstattung:
- Anschluss für Teeküche
- Anschluss für Handwaschbecken
- einfache Sitzbank an mindestens einer Wand
- Wandschrank als Rollenschrank mit mindestens vier Regalabteilen/ einzeln abschließbar (mindestens ein Abteil entspricht den Sicherheitsanforderungen an einfache Arzneimittelschränke) und einem Abteil mit Behandlungsliege/ klappbar (ärztliche Behandlung, Physiotherapie, Massage, etc.) sowie einem Abteil mit drehbarem Stuhl, flexiblem Wasseranschluss und kleinem Waschbecken (Friseur, Kosmetik, etc.).

Hinweis: Für Räume der Raumkategorie 2 muss ein zentraler Reinigungsservice bei jedem Nutzungswechsel gewährleistet sein (also ggflls. täglich), um den hygienischen Anforderungen an diese Räume zu entsprechen.

Mindestraumgröße: 10 m²
Maximalraumgröße: 20 m²

5. Gibt es weitere Räume im Haus, sind sie bei einer speziellen Nutzungszuweisung einer der beiden Raumkategorien entsprechend auszustatten. Andernfalls ist die spezielle Nutzung ausgeschlossen.

6. Es gibt für die vermietbaren Innenräume eine elektronische Zugangskontrolle (aktuell geplant: Kartensystem), die einen Nutzungswechsel für autorisierte Personen im Tagesrhythmus und ohne Schlüsselübergabe ermöglicht sowie die Betriebskostenabrechnung für einzelne Nutzer unterstützt.

7. Es gibt eine elektrische Heizungsanlage, welche die sofortige Erwärmung auch von Räumen ermöglicht, die einige Tage nicht genutzt wurden.

8. Es gibt einen Internet-Anschluß/ W-LAN mit einer Flatrate (Zugang über Kartensystem – s.o.).

9. Es gibt drei sogenannte Werbeträger am Haus, vorzugsweise am Hauptzugang, mit folgenden Informationen:
- Name des Hauses (z.B. „Alte Ziegelei m.H.")
- Informationsschaukasten „Dorfbewohner + Besucher" für Öffnungszeiten, Art der Dienstleistungen bzw. Veranstaltungen, etc.

- Informationsschaukasten „Besucher“ für Dorfgeschichte, Regionales und andere touristische Informationen

10. Durch den Namenszusatz „m.H.“ wird das Haus in jeder Art von Kommunikation und Veröffentlichung als Multiples Haus ausgewiesen.

6.2.3. Fazit

Die aufgestellten Regeln sollten Grundlage einer Vorschrift sein, auf die sich Dorf und Amt, Antragsteller und Antraggenehmiger, verbindlich berufen können: werden diese Regeln und diese Vorschrift eingehalten, wird die Installation des Multiplen Hauses von Amts wegen genehmigt. Insbesondere im Nutzungsänderungsverfahren, dass vor dem Ausbau durch einen Architekten oder anderen Bauvorlageberechtigten beim zuständigen Bauamt zu beantragen ist, ist diese ergänzende Vorschrift zur Vereinfachung unerlässlich, da bisher ein Nutzungswechsel der vorgeschlagenen Art nicht eindeutig geregelt ist.

Für Label und Vorschrift sind die Grundlagen geschaffen und der erste Schritt ist mit dieser Arbeit gemacht.
Der zweite Schritt sollte die professionelle Ausarbeitung und der Testlauf am Modellprojekt sein, vorzugsweise im Rahmen einer entsprechenden Anschlussforschung als „Modellvorhaben der Aktivierung von Bestand“ – für eine Zukunft im ländlichen Bauen.

Abb. 6.2: Melkerschule, Schlatkow

6.3. Fazit und Ausblick

Nach dem Abschluss dieses Forschungsprojekts lässt sich die Problemlösung im Ländlichen Raum durch die Multiplen Häuser neben den ausführlich behandelten wirtschaftlichen Aspekten auf zwei grundsätzliche Begriffe zurückführen: Heimat und Kommunikation.
Dabei stehen „Heimat“ als Synonym für Verbundenheit, Tradition, Kontakt im Dorf und „Kommunikation“ als Synonym für Mobilität, Information, Kontakt nach außen. Sie bestimmen den Lebensraum der Dorfbewohner und ihre Möglichkeiten.

Heimat und Identität

Die Heimat ist der Bereich, in dem der Mensch sich verwurzelt fühlt und mit dem er sich identifizieren kann – ob Zugezogener oder Alteingesessener.
Wird den Menschen die Möglichkeit zur Identifikation weggenommen oder nicht angeboten, verlassen sie den Ort, wenn sich die Gelegenheit dazu bietet.

„Das deutsche Wort Heimat verweist auf eine Beziehung zwischen Menschen und Raum. [...]
Heimat bezeichnet somit keinen konkreten Ort (Heimstätte), sondern Identifikation. Es ist die Gesamtheit der Lebensumstände, in denen ein Mensch aufwächst. Auf sie wird seine Psyche geprägt, ihnen „ist er gewachsen“.“ Quelle: www.wikipedia.de

Will man also den Kulturraum der dünn besiedelten Regionen nicht aufgeben, will man den Ländlichen Raum stabilisieren und den Wegzug gerade auch der älteren Generation stoppen, bedarf es zuallererst der Unterstützung von Heimatgefühl und Identität. Es bedarf einer lebenswerten Umgebung, die nicht nur in der Erinnerung und der Historie existiert.
Die Beschäftigung mit der Geschichte der Dörfer und die Pflege von Traditionen spielen dabei eine wichtige kommunikative Rolle für die Dorfbewohner. Das Erkennen regionaltypischer Architektur und die Wiederbelebung ihrer Merkmale und Materialien beim Aktivieren des Baubestandes spielen eine wichtige optische Rolle für das Dorfbild.

Wichtige Unterstützung bei der Herausarbeitung von Merkmalen und Eigenheiten geben hier die sogenannte „Regionale Agenda“ bzw. „Lokale Agenda“ für die Dörfer, falls diese bereits bestehen. Andernfalls können Förderung und Unterstützung seitens der Länder in Anspruch genommen werden, um eine eigene Dorfagenda aufzustellen:

Kommunikation und Information

Am Stettiner Haff befindet sich das Agendabüro noch bis zum April 2010 in der Kleinstadt Ueckermünde. Fachlich kompetent und sehr engagiert betrieben von der Hochschule in Neubrandenburg war und ist es eine wichtige Unterstützung und ein zentraler Anlaufpunkt, insbesondere auch für Projekte, die so langfristig angelegt sind wie das der Multiplen Häuser.

Unverständlich also nicht nur für die Verfasser ist die Schließung des Büros aus finanziellen Gründen. Die „Betreiber“ arbeiten zwar an der Installation einer Nachfolgeinstitution, dies ist aber keineswegs gesichert. Nach den zwei Jahren intensiver unterstützter Projektarbeit in der „Modellregion Stettiner Haff“ fragen sich natürlich die meisten Projektakteure, wie es jetzt weitergehen soll. Dabei geht es vordergründig nicht um den gern unterstellten Ruf nach einem endlosen För-

Abb. 6.3: Blick von Altwarp nach Nowe Warpno, Polen

dermittelstrom in die einzelnen Projekte, sondern um eine Anlaufstelle und einen Ansprechpartner, der weiterhin Informationen sammelt und weitergibt und der fachlich kompetent die Kommunikation der Akteure untereinander fördert und koordiniert. Dies ist gerade zur Unterstützung der vielen ehrenamtlichen Akteure unbedingt notwendig, gerade damit die nicht unerheblichen Investitionen im Rahmen der Modellregion eine sinnvolle Anschubsubventionierung darstellen und „Früchte tragen“. Die Akteure vor Ort sind durchaus mündige Partner – ihnen fehlt nur demnächst am Stettiner Haff der zentrale Anlaufpunkt, der für die „Nachsorge der Modellregion hervorragend geeignet gewesen wäre und den sie gerade jetzt brauchen. Für eine so große Region wie das Stettiner Haff, die aus zwei sehr weitläufigen Landkreisen besteht, ist ein zentraler Koordinationsort wie das Agendabüro eine sehr wirtschaftliche und effektive Lösung für beide Seiten, denn auch die Akteure sind dankbar für gezielte und professionelle Information mit kleinstmöglichem Zeitaufwand. Vordergründig wollen sie die Zeit ihrer oft auch noch ehrenamtlichen Tätigkeit und ihre Kraft in die eigentlichen Projekte investieren und nicht in endlose Diskussionsrunden und neue Arbeitskreise.

Für die Bekanntmachung der Forschungsergebnisse aus dem Projekt der Multiplen Häuser werden die Verfasser übergeordnet die modernen Medien, Fachliteratur, Fachmessen und Kongresse nutzen. Damit die Ergebnisse dann auch konzentriert und langfristig in der Praxis umgesetzt werden können und an der Basis ankommen bei den bedürftigen und interessierten Bürgermeistern und Akteuren, bedarf es einer regionalen Anlaufstelle, die nicht nur als Bibliotheksregal funktioniert.
Je mehr hier die modernen Medien und das Internet für die Kommunikation untereinander genutzt werden können, desto effektiver wird diese und desto mehr Akteure erreicht man mit immer weniger Aufwand. Damit hat sich das nächste Grundproblem im Umgang mit dünn besiedelten Ländlichen Regionen gezeigt:

Das Internet

Für Stadtbewohner und Urbanisten ist es heute undenkbar ohne Internetanbindung zu existieren. Gooogle und Wikipedia sind selbstverständliche Informationsquellen, online shoppen und online- banking werden genutzt, Skype ersetzt das klassische Telefonieren, Websiten sind die neuen elektronischen „Visitenkarten“ der Unternehmen und der Briefverkehr über Email erscheint neben Blogs und Twitter für die junge Generation der Städter bereits sogar überholt. Diese Medien sind aus dem modernen Leben nicht mehr wegzudenken, und dass trotz der „kurzen“ Wege in der Stadt und den vielen Angeboten sich persönlich zu treffen und direkt miteinander zu kommunizieren.

Wie hoch ist also erst der Effekt in dünn besiedelten und weitläufigen Regionen wie dem Stettiner Haff. Gerade hier muss eine flächendeckende und vor allem stabile Internetanbindung auch des letzten entlegenen Dorfes und ohne Diskussion über die Einwohnerzahl höchstes Anliegen von Politik und Versorgern sein, um die Region zu stabilisieren und den Wegzug zu stoppen.
Das Internet bietet die Möglichkeit, sofort eine Vielzahl von Defiziten auszugleichen, mit denen diese Regionen zu kämpfen haben. Für den einzelnen Dorfbewohner lösen sich viele seiner Versorgungsprobleme,

den regionalen Kleinstunternehmer macht es wettbewerbsfähiger. Und es liegt auf der Hand, dass sich neue große Wirtschaftsunternehmen heute in einer Region nicht ansiedeln werden, wenn sie nicht über eine stabile Internetanbindung verfügt.
Es ist also wenig überraschend, dass im Ergebnis der Workshops und der Bedarfsumfragen in der Region Stettiner Haff eine Internetanbindung in den Multiplen Häusern ganz oben auf der Liste steht. Der Vorschlag, hier mit einem einfachen Computer und einer Internetflatrate einen ersten Kommunikationspunkt und einen Ort der gegenseitigen Hilfe für junge und ältere Dorfbewohner zu schaffen, wurde sofort positiv aufgenommen.
Für die multiple Nutzung der Häuser und den damit verbundenen flexiblen Datenzugriff der Nutzer ist die Internetanbindung unerlässlich.
In einer Region ohne flächendeckende Internetversorgung kann ein Multiples Haus als zentrale Anlaufstelle übergangsweise diesen Engpass überbrücken und ein Dorf für Neuansiedlungen jeder Art attraktiver machen.
Die Telecom als Netzbetreiber hat nach anfänglichem Interesse und trotz der positiven Resonanz seitens der Landes- und der Bundespolitik nicht mehr auf die Gesprächsangebote der Verfasser reagiert. Eigeninitiative der betroffenen Dörfer bleibt hier also unerlässlich, die durchaus vorhandenen Fördermöglichkeiten bei der Breitbandversorgung müssen gezielt ausgenutzt werden bis hin zur Übernahme von Eigenleistungen wie dem Ausheben der Gräben zur Verlegung. Das heißt seitens der Dörfer „Druck von unten“ auf die Telecom ausüben, seitens der Politik aber eben auch mehr „Druck von oben“.

Hier sei auch noch einmal nachdrücklich auf die Ergebnisse der Raumordnungskonferenz unserer österreichischen Nachbarn verwiesen, die im theoretischen Teil dieser Arbeit bereits ausgewertet wurde:
die sogenannten Dienstleistungen der Daseinsvorsorge bilden eine wichtige, oft selbstverständliche Grundlage unseres Alltags. Für ihre Bereitstellung besteht ein hohes öffentliches Interesse, ohne das diese von der öffentlichen Hand selbst erbracht werden müssen. Sie unterliegen nicht ausschließlich den marktwirtschaftlichen Wettbewerbsregeln. Es zeichnet sich eine zunehmend veränderte Arbeitsteilung zwischen Staat und privaten Unternehmen ab, im Zuge des Übergangs vom sorgenden zum gewährleistenden Statt. Gerade die großen Unternehmen und die Versorger in einer Region sind zwingend durch die Politik in die Verantwortung zu nehmen – insbesondere, wenn es sich wie bei Post und Telecom um ehemalige Staatsunternehmen handelt.

Wegzug und Zuzug – Wie soll es weitergehen?

Das Forschungsprojekt „Multiple Häuser“ ist als Teil eines Großprojekts konzipiert, dass sich mit nutzerrorientiertem Bauen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels am Beispiel der ostdeutschen Modellregion „Stettiner Haff“ beschäftigt. Kernpunkt ist das „Aktivieren von Bestand“, das heißt das Entwickeln neuer Nutzungskonzepte für leerstehende Bestandsgebäude auf der Grundlage bestehender Initiativen vor Ort.

Weitere Teilprojekte sind derzeit:

- Etablieren komplexer veränderbarer Wohn- und Lebensformen für die

Generation 50+ durch Umnutzung und Aktivierung partiell ungenutzter Bausubstanz (laufende Forschungsarbeit Juni 2009 bis Oktober 2010)

- Etablieren temporärer Wohn-Arbeits-Projekte zur Konservierung von Bausubstanz in ländlichen Regionen (in Planung)

Endziel dieses Großprojekts ist die modellhafte Aktivierung vorhandener Bausubstanz an ausgewählten Kernstandorten der Modellregion, um den Auswirkungen des demografischen Wandels in dieser Region beispielhaft entgegenzuwirken.
Die Forschungsergebnisse zur Installation von multiplen Häusern sind in der vorliegenden Publikation dokumentiert.

Parallel läuft bereits seit Juni 2009 die o.g. Forschungsarbeit „Altwarp 2020“ zu komplexen Wohnformen der Generation 50+ im Ländlichen Raum.
Die Multiplen Häuser sind der erste Schritt zum Stabilisieren des aktuellen Zustands und sollen den Wegzug stoppen; das Etablieren von neuen Wohnformen für die Generation 50+ zielt auf den weiteren Zuzug dieser Generation:

In Regionen wie dem Stettiner Haff, die vom Demographischen Wandel am meisten betroffen sind, werden durch den Wegzug junger Menschen im Jahr 2020 50% aller Bewohner älter als 57 Jahre alt sein. Diese Bevölkerungsgruppe wünscht sich ein sicheres und lebendiges Wohnumfeld mit einem gut ausgebauten Dienstleistungsangebot und funktionierenden Netzwerken aus Kunst, Kultur, Fitness – aus Gründen stetig sinkender Mobilität vor Ort und mit kurzen Wegen. Da sie das in der Regel nicht oder nur unvollständig vorfindet, droht in den folgenden Jahren die weitere Entvölkerung der Regionen durch den Wegzug auch der älteren Menschen oder die Ausgrenzung einer ganzen Generation.

Ein Aktivieren aufgelassenen Siedlungsbestandes wie auch von Grossbauernhöfen oder Rittergütern stärkt eine Region aus ihren Wurzeln heraus. Das Stettiner Haff beispielsweise als traditioneller Armeestandort verliert seit der Wende durch den schrittweisen Rückzug der Armee den größten Arbeitgeber vor Ort und braucht in den nächsten Jahren tragfähige Modellkonzepte für die Entwicklung ihrer historischen, teilweise heute schon aufgelassenen Kasernengelände. Zusätzlich entsteht durch den Zuzug der aktiver „Ruheständler“ ein großes vielfältiges Potential für die Ausübung von „Ehrenämtern“, sei es in Sportvereinen, kulturellen und karitativen Einrichtungen oder bei der Kinderbetreuung.

Das Problem des hohen Bevölkerungsanteils an +50-Jährigen soll zum Vorteil genutzt werden: durch weiteren Zuzug dieser Altersgruppe in die Region. Im Gegensatz zum amerikanischen Typ der Sun-City sollen keine hermetisch abgeschirmten, sich selbst isolierenden Seniorenstädte geplant werden, sondern es geht um die Einbettung der Generation 50+ in vorhandene und zu Teilen ungenutzte Strukturen. Die damit verbundene Schaffung von Arbeitsplätzen ist die Voraussetzung , dass sich mit der Generation 50+ auch wieder die jungen „Dienstleister“ mit ihren Familien ansiedeln und das Prinzip Wegzug in das Prinzip Zuzug umgekehrt wird.

Ziel ist die Schaffung neuer spezieller Raumstrukturen, in denen die Generation 50+ jetzt und später die Generation 70+ ohne einen erneuten Ortswechsel leben können. Als Modellprojekt im Stettiner Haff wurde das Dorf Altwarp ausgewählt. Dieses besitzt ein aufgelassenes Kasernengelände mit angeschlossener historischer Offizierssiedlung und einem klassischen Ortskern, typischen Fischerkaten und Bauernhäusern. Diese Strukturen sind ideal für ein vielfältiges Angebot von angemessenem, preiswerten Wohnraum für +50-Jährige – vom Ferienhaus oder Zweitwohnsitz über das Einfamilienhaus, über die altersgerechte Wohnung bis hin zum Pflegeheim. Vor Ort und am Beispiel der besuchten Modellregion wird deutlich, dass es sich dort um aktuell funktionierende Siedlungsräume mit sanierten Kleinstädten, bemerkenswerter Historie, reizvoller Landschaft und hohem Erholungspotential handelt. Zudem mit einem ausreichenden, günstigen Immobilienangebot, mit einer relativen Nähe zu Ballungsgebieten und mit einer vorhandenen, überregionalen Infrastruktur, wie Flughafen, IC-Bahnhof und Autobahnen, in die bereits Fördermittel geflossen sind. Im Falle einer ungeleiteten demografischen Entwicklung bliebe diese Region allerdings ohne nennenswerte Zukunft: die Ansiedlung großer Wirtschaftsunternehmen, die auch den Zuzug von jungen Menschen stark befördern würde, ist nicht zu erwarten. Das vorhandene Potential bietet aber genau die erforderliche Grundlage für das sinnvolle Etablieren von zentralen „Alterswohnsitzen“, auch als Initialzündung für den Erfolg bestehender oder neuer Tourismuskonzepte.

Beide Forschungsarbeiten greifen hier an ersten Schnittstellen optimal ineinander. In den Interviews mit den Betreibern von Pflegeeinrichtungen oder Anlagen des betreuten Wohnens wird das Potential der Multiplen Häuser auch für die geplanten neuen Wohnformen in bestehenden Siedlungsstrukturen sofort erkannt und großes Interesse am Betrieb der Häuser als „zentrale Einrichtung“ einer solchen Siedlung bekundet. Dieses neue Feld wird sich sehr positiv auf die Netzwerkbildung der Multiplen Häuser und damit auf die jeweils umliegenden Dörfer auswirken.

Auf der Grundlage des hier vorgelegten Forschungsberichts, der auch als „Handbuch“ verwendet werden soll, ist die Installation erster Multipler Häuser als Modellvorhaben sofort möglich. Aufgrund der guten Resonanz nicht nur bei den Bürgermeistern und der intensiven Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort, bilden sich bereits erste Netzwerke von Dörfern, teilweise innerhalb einer Gemeinde, aber auch gemeindeübergreifend, mit denen aktiv ein Modellvorhaben „Multiple Häuser am Stettiner Haff“ im Anschluss an das Forschungsvorhaben gestartet werden könnte. Die Signalwirkung, die von Modellprojekten ausgeht, ist nachgewiesen. Der Startschuss seitens der Bundespolitik für eine Anschubsubventionierung und damit ein Modellvorhaben „Multiple Häuser am Stettiner Haff“ kann gegeben werden.

Teil 7
Hilfsmittel – wie installiert man ein Multiples Haus?

7.1. Fragebogen Bedarfskatalog – was braucht das Dorf?

Allgemein

Der Fragebogen zum Ortscharakter dient der Analyse „von außen“, um die Lage, die Bedeutung und das Erscheinungsbild des Hauses einzuordnen und zu bewerten.

Die Antworten auf diese Fragen sind für Dorfbewohner und Bürgermeister, aber auch für Akteure auf der Suche nach einem „Wirkungsort“ hilfreich.

Befinden sich auf einem Grundstück mehrere Gebäude, sollte das Gebäudeensemble bewertet werden.

Die Fragen sind so formuliert, dass sie eine Analyse der Region und des einzelnen Dorfes ermöglichen. Gibt es bereits eine lokale Agenda im Dorf oder eine regionale Agenda, kann diese hilfreich zur Bewertung herangezogen werden oder diesen Teil des Kriterienkatalogs sogar ersetzen. In jedem Fall sollten Fördermöglichkeiten für die Erstellung einer solchen Agenda geprüft werden.

Abb. 7.1: Wrangelsburg

Notizen

Dorf: ..... Ansprechpartner: .....

Bedarfsumfrage

für die Initiierung eines Multiplen Hauses im eigenen Dorf.

Was ist unter einem Multiplen Haus zu verstehen?
Es ist ein vielfältiges flexibel nutzbares Haus. Es ist zentraler Anlaufpunkt der Dorfbevölkerung aber auch der Dienstleister von Außen. Ein Allgemeinarzt oder eine Gemeindeschwester, ein Zahnarzt, ein Friseur, eine BeraterIn für soziale, kommunale oder finanzielle Belange können sich stundenweise einmieten und somit der Dorfbevölkerung Ihre Dienste anbieten. Es kann eine Verkaufsstelle eingerichtet werden, in der Lebensmittel aber auch Waren des täglichen Bedarfs stundenweise angeboten werden. Ein Café lädt zum treffen am Sonnabendnachmittag ein oder der Stammtisch am Dienstag Abend.
Das Multiple Haus bietet eine flexible Grundausstattung, die von jedem genutzt werden kann. Organisiert von der Bevölkerung selbst. Organisiert aber auch durch ein zu bildendes Netzwerk mit anderen Multiplen Häusern der Region.

Dieser Fragebogen soll Aufschluss über den derzeitigen Zustand des Dorfes geben. Über die kulturellen und sozialen Aktivitäten der eigenen Bevölkerung aber auch der Versorgung mit Lebensmitteln, der medizinischen und sozialen Betreuung. Gleichzeitig nimmt er die Änderungswünsche in der Versorgung und kulturellen sowie sozialen Gemeinschaft auf.

Dieser Fragebogen ist Grundlage für die zielgerichtete Installation eines eigenen Multiplen Hauses, das auf die Bedürfnisse vor Ort angepasst ist aber auch durch die Initiative der Bevölkerung zum Leben erweckt und erhalten werden soll.

Das Ziel der Ideensuche ist das Zusammentragen von möglichst vielen Wünschen, Ideen, Anliegen, Vorschlägen etc. Es geht (noch) nicht darum, diese Beiträge zu bewerten oder ihre Realisierbarkeit abzuschätzen. Die Ideensuche ist in erster Linie ein (durchaus ernst gemeintes!) Gedankenspiel, das möglichst viel und möglichst verschiedenes „Material“ für solch ein flexibel nutzbares Haus liefern soll.

Ist-Zustand des Dorfes:

.....	Einwohner	insg.
.....		männlich
.....		weiblich
.....	Im Alter zwischen	0-19
.....		20-49
.....		50+

..... Anzahl der Teilnehmer an der Umfrage

		Notizen	
		im Dorf	in 5km Umkreis
Welche Angebote an ÖPNV sind vorhanden?		. Ja . nein	.....
	Zug	. Ja . nein	.....
	Bus	. Ja . nein	.....
	Rufbus	. Ja . nein	.....
	Taxi	. Ja . nein	.....
Öffentliche Einrichtungen	Was ist vorhanden?		
	z.B. Kommune / Sport	.....	.....
		.....	.....
		.....	.....
		.....	.....
		.....	.....
	Vereine	.....	.....
		.....	.....
		.....	.....
		.....	.....
		.....	.....
		.....	.....
	Sehenswürdigkeiten	.....	.....
		.....	.....
		.....	.....
		.....	.....
		.....	.....
Ist ein Bürgerhaus vorhanden?		. Ja . nein	.....
Bei Nein: Ist ein entsprechend nutzbares Haus vorhanden, dass leer steht bzw. freie Räume hat (Beispiele: Bahnhof, Gasthof, Schule, Gutshaus, Laden, etc.)?		. Ja . nein	.....
Wer besitzt das Bürgerhaus bzw. das andere Haus?			
	Gemeinde	. Ja . nein	.....
	Privat	. Ja . nein	.....
	Unbekannt	. Ja . nein	.....
Hat es eine zentrale Lage im Ort?		. Ja . nein	.....
Ist es das gefühlte Zentrum des Ortes?		. Ja . nein	.....
Ist es auch für Durchfahrende leicht zu finden?		. Ja . nein	.....
Ist es deutlich ausgeschildert?		. Ja . nein	.....
Grobe Einordnung des baulichen Zustandes:			
	Dach	. kaputt . kleine Reparaturen . in Ordnung	
	Fenster	. kaputt . kleine Reparaturen . in Ordnung	
	Türen	. kaputt . kleine Reparaturen . in Ordnung	
	Heizart	. keine . Kohle . Holz . Gas . Öl . Strom . weiß nicht	

Notizen

Dorf: Ansprechpartner:

Bedarfsumfrage

für die Initiierung eines Multiplen Hauses im eigenen Dorf.

Das Ziel der Ideensuche ist das Zusammentragen von möglichst vielen Wünschen, Ideen, Anliegen, Vorschlägen etc. Es geht (noch) nicht darum, diese Beiträge zu bewerten oder ihre Realisierbarkeit abzuschätzen. Die Ideensuche ist in erster Linie ein (durchaus ernst gemeintes!) Gedankenspiel, das möglichst viel und möglichst verschiedenes „Material" für solch ein flexibel nutzbares Haus liefern soll.

Welcher Altersgruppe gehören Sie an?

. 0-19
. 20-49
. 50+

Wie mobil sind Sie?
(Doppelnennungen natürlich möglich!)

. Ja	. selten	. nie	Fahrrad
. Ja	. selten	. nie	Auto
. Ja	. selten	. nie	Bus
. Ja	. selten	. nie	Rufbus
. Ja	. selten	. nie	Taxi
. Ja	. selten	. nie	Zug

Was ist zur Zeit in Ihrem Dorf vorhanden?
Bitte teilen Sie uns Ihre Meinung durch ankreuzen der betreffenden Felder mit.

Bedarf	**Vorhanden**		**Wie oft wird diese Leistung vor Ort angeboten?**					
	dauerhaft	**mobil**	**2 x pro Woche**	**1 x pro Woche**	**aller 14 Tage**	**1 x im Monat**	**2 x im Jahr**	**1 x im Jahr**
Lebensmittelversorgung:								
Backwaren								
Obst/Gemüse								
Eier								
Fleisch								
Fisch								
Getränke								
med. Versorgung / Körperpflege:								
Allgemeinarzt								
Zahnarzt								
Apotheke								
Physiotherapie/ Krankengymnastik								
Massage								
Friseur								
Tanz								
Sport :								
Dienstleistung / Warenverkauf:								
Post / Kurierdienst								
Chem.Reinigung								
Änderungs-schneiderei								
Bibliothek / Vide-othek								
Schreibwaren								
Drogeriewaren								

Bedarf	**Vorhanden**		**Wie oft wird diese Leistung vor Ort angeboten?**					
	dauerhaft	**mobil**	**2 x pro Woche**	**1 x pro Woche**	**aller 14 Tage**	**1 x im Monat**	**2 x im Jahr**	**1 x im Jahr**
Beratung / Hilfe:								
Bürgerbüro								
Berufsberatung (Jugendamt, Agentur f. Arbeit)								
Sozialberatung, Psychologische Beratung / Lebenshilfe								
Steuerberatung/ betriebswirtschaftliche Beratung								
Versicherung / Geldanlagen								
Krankenkassen, Pflege-, Altenwohnberatung								
Energieberater								

Was wünschen Sie sich in Ihrem Dorf?
Bitte beschränken Sie sich NICHT selbst indem Sie jetzt bereits an die Finanzierung oder Umsetzung denken. Einfach wünschen ! Bitte ergänzen Sie Ihre Ideen.

Bedarf	**Wie dringend wünschen Sie sich dieses Angebot im Dorf?**				**Wie oft sollte diese Leistung vor Ort angeboten werden?**					
	sofort	**mit-tel-fristig**	**später**	**gar nicht**	**2x pro Woche**	**1x pro Woche**	**aller 14 Tage**	**1 x im Monat**	**2 x im Jahr**	**1 x im Jahr**
Lebensmittelversorgung:										
Backwaren										
Obst/Gemüse										
Eier										
Fleisch										
Fisch										
Getränke										
med. Versorgung / Körperpflege:										
Allgemeinarzt / Gemeinde-schwester										
Zahnarzt										
Apotheke										
Physiotherapie/ Krankengymnastik										
Massage										
Friseur										
Sport										
Tanz										
Dienstleistung / Warenverkauf:										
Post / Kurierdienste										
Chemische Reinigung, Änderungsschneiderei										
Bibliothek/Videothek										
Schreibwaren										
Drogeriewaren										

Bedarf	**Wie dringend wünschen Sie sich dieses Angebot im Dorf?**					**Wie oft sollte diese Leistung vor Ort angeboten werden?**				
	sofort	**mittelfristig**	**später**	**gar nicht**	**2x pro Woche**	**1x pro Woche**	**aller 14 Tage**	**1 x im Monat**	**2 x im Jahr**	**1 x im Jahr**
Beratung / Hilfe:										
Bürgerbüro										
Berufsberatung (Jugendamt, Agentur f. Arbeit)										
Sozialberatung, Psychologische Beratung / Lebenshilfe										
Steuerberatung/ betriebswirtschaftliche Beratung										
Versicherung / Geldanlagen / Finanzierung										
Krankenkassen, Pflege-, Altenwohnberatung										
Energieberater										
Lese- & Schreibhilfe										
Computerhilfe / Internet										

Das alltägliche Leben ist geprägt durch die gegenseitige Hilfe und Unterstützung.
Das sogenannte Ehrenamt.
Bitte kreuzen Sie folgendes für Sie zutreffendes an. Bitte ergänzen Sie Ihre Ideen.

Ehrenamt / Gegenseitige Hilfe:	**Dies tun sie bereits bzw. könnten Sie für andere tun.**	**Diese Hilfe brauchen / bekommen Sie von anderen.**	**Was könnte in einem multiplen Raum / Haus stattfinden?**
Einkaufsservice & -hilfe			
Fahrradreparatur			
Haushalts-, Reinigungsservice & -hilfe			
Hausmeister- & Hauswartservice			
Pflanzen- & Gartenpflege			
Tierpflege & -betreuung			
Lese- & Schreibhilfe			
Computerhilfe / Internet			
Holzwerkstatt			
Vereinsarbeit			
für Kinder			
für Jugend			
für Erwachsene			
für Senioren			
für alle			
Kirchgemeinde			
Café			
Stammtisch			
Spielraum			
Ehrenamt / Gegenseitige Hilfe:	**Dies tun sie bereits bzw. könnten Sie für andere tun.**	**Diese Hilfe brauchen / bekommen Sie von anderen.**	**Was könnte in einem multiplen Raum / Haus stattfinden?**
Familienfeste (priv.)			
Ausstellung / Heimatstube			
Themenmarkt / Dorffest			
Chor			
Dorfzeitung / Dorfblatt			
einmalige Veranstaltungen (Basar, Tombola, Auktion)			

Notizen	
Region	Dorf

Ortscharakter – was prägt Region und Dorf?

Analysiert werden hier historisch und optisch prägende Merkmale in der Landschaftsplanung und der Architektur. Um den Wiedererkennungswert zu steigern, ist vorrangig die Region zu betrachten und die Besonderheit des Dorfes an wenigen bzw. nur einem besonders prägendem Beispiel herauszuarbeiten.

.....	.....	Hausanlage	Einzelhaus = Hausanlage kompakt
.....	.....		Vierseithof = Hofanlage geschlossen
.....	.....		Dreiseithof = Hofanlage offen
.....	.....		andere
.....	.....	Dachform	Satteldach
.....	.....		Walmdach
.....	.....		Mansarddach
.....	.....		Flachdach
.....	.....		andere
.....	.....	Dachdeckung	Ziegel
.....	.....		Schiefer
.....	.....		Schilf
.....	.....		andere
.....	.....	Hauswände	Ziegelmauerwerk
.....	.....		Fachwerk
.....	.....		Natursteinmauerwerk
.....	.....		andere
.....	.....	Fenster	Bogenfenster
.....	.....		Fenstersprossen
.....	.....		nach außen öffnend
.....	.....		andere Besonderheiten

		Notizen	
		Region	Dorf
Haustüren	Doppeltüren	.....	.....
	Geteilte Türblätter („Klöntüren“)	.....	.....
	Glaseinsatz	.....	.....
	Bemalung	.....	.....
	andere Besonderheiten	.....	.....
Spezielles	Symbole	.....	.....
	Ornamente	.....	.....
	Farben	.....	.....

Lage im Dorf

Hier werden Standortkriterien abgefragt, die die Gebäudewahl im Dorf positiv unterstützen.

Befindet sich das Gebäude im Dorfzentrum ?	.....	.....
Befindet sich das Gebäude an der Hauptstraße des Dorfes?	.....	.....
Befinden sich in unmittelbarer Nähe des Gebäudes öffentliche Gebäude und wenn ja, welche?	.....	.....
Befindet sich das Gebäude in unmittelbarer Nähe zu Haltepunkten des öffentlichen Nahverkehrs?	.....	.....
Liegt das Gebäude an einem Rad- und/ oder Wanderweg und wenn ja, an welchem (regional oder überregional bewerten)?	.....	.....

Notizen

Region Dorf

....

....

....

....

....

....

....

....

....

Ortsidentität – Geschichte und Geschichten

Betrachtet wird hier Prägendes aus der Geschichte und der heutigen Zeit für die Region und die Orte, dass anziehend auf Auswärtige wie Touristen wirkt, aber auch als „Ortschronik“ für die Bewohner des Dorfes ein wichtige Bedeutung hat.

Ereignisse	historisch
	aktuell
Persönlichkeiten	historisch
	aktuell
Fabrikation	historisch
	aktuell
Andere Besonderheiten	historisch
	aktuell

Namensfindung für das Multiple Haus m.H.

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Die Namensfindung ist ein Extrakt aus der hier erfolgten Analyse und Bewertung. In einem Dorf wird die „Alte Ziegelei m.H.“ der Namensgeber, im anderen die „Kleine Dorfschule m.H.“, im nächsten der „Gasthof zur Linde m.H.“.
Der Name muss für Dorfbewohner wie Gäste gleichermaßen anziehend und bedeutungsvoll sein, geschichts- oder geschichtenträchtig, zum Dorf passen und zur Region. Es kann ein mundartlicher Name gefunden werden und Dorfbewohner und Akteure sollten an der Namensfindung beteiligt werden. Mit seinem Namenszusatz „m.H.“ weiß jeder, was ihn im Haus erwartet: das kleine dörfliche Zentrum, ein Ort der Kommuikation, Information, Dienstleistung und Nachbarschaft.

Fazit:

Der Kriterienkatalog ist im Rahmen der Forschungsarbeit eine allgemeine Grundlage, ein Arbeitsmittel und eine Entscheidungshilfe für die individuelle Analyse von Region und Dorf.
Im diesem Teil soll er Fragen zu Ortscharakter und Ortsidentität beantworten und damit als ideelle Basis das Erscheinungsbild des multiplen Hauses unterstützen sowie zu seiner dorftypischen Namensfindung beitragen.

7.2. Fragebogen Kriterienkatalog 1 – Nutzung und Ausbau

Allgemein

Der Fragebogen zu Nutzung und Ausbau dient der Analyse „von innen“, um den erforderlichen Ausbaustandard des Hauses zu bewerten.

Die Antworten auf diese Fragen sind für Dorfbewohner und Bürgermeister aber auch für potentielle Nutzer auf der Suche nach einem „Arbeitsort“ hilfreich.

Befinden sich auf einem Grundstück mehrere Gebäude, sollte das Gebäude bewertet werden, welches nach der Auswertung von Kriterienkatalog 1 und/ oder Gebäudepass bereits favorisiert wird.

Die Fragen sind so formuliert, dass sie einerseits eine Analyse der aktuellen Situation im Dorf ermöglichen und andererseits eine zukunftsorientierte Planung gewährleisten.

Grundlage dieser Auswertung sollte der Bedarfskatalog sein.

Notizen

Flexible und feste Nutzungen

..... Gibt es im Dorf aktuell flexible Nutzungen?

..... Wenn ja, welche?

..... Wenn ja, wie viele?

..... Werden weitere flexible Nutzungen gewünscht?

..... Wenn ja, welche?

..... Wenn ja, wie viele?

..... Gibt es im Dorf aktuell feste Nutzungen?

..... Wenn ja, welche?

..... Wenn ja, wie viele?

..... Werden weitere feste Nutzungen gewünscht?

..... Wenn ja, welche?

..... Wenn ja, wie viele?

Raumangebot

Hier ist zu berücksichtigen, dass Räume für eine WC-Anlage, einen Technik- und/oder Abstellraum und ggflls. auch für einen Eingangsbereich vorhanden sein müssen oder mitgenutzt werden können.

Für die Installation des „Multiplen Hauses m.H.“ steht/ stehen zur Verfügung

..... 1 Raum

..... 2 Räume

..... mehr als 2 Räume.

Fazit:

Der Kriterienkatalog ist im Rahmen der Forschungsarbeit eine allgemeine Grundlage, ein Arbeitsmittel und eine Entscheidungshilfe für die individuelle Analyse von Region und Dorf.
In diesem Teil soll er die Planung einer sinnvollen Nutzerstruktur unterstützen.

7.3. Fragebogen Kriterienkatalog 2 – was brauchen potentielle Nutzer?

Allgemein

Der Fragebogen zu Nutzung und Ausbau dient der Analyse „von innen“, um den erforderlichen Ausbaustandard des Hauses zu bewerten.

Die Antworten auf diese Fragen sind für Dorfbewohner und Bürgermeister, aber auch für potentielle Nutzer auf der Suche nach einem „Arbeitsort“ hilfreich.

Befinden sich auf einem Grundstück mehrere Gebäude, sollte das Gebäude bewertet werden, welches nach der Auswertung von Kriterienkatalog 1 und/ oder Gebäudepass bereits favorisiert wird.

Die Fragen sind so formuliert, dass sie einerseits eine Analyse der aktuellen Situation im Dorf ermöglichen und andererseits eine zukunftsorientierte Planung gewährleisten.
Grundlage dieser Auswertung sollte der Bedarfskatalog sein.

Flexible und feste Nutzungen

Notizen

Gibt es im Dorf aktuell flexible Nutzungen? .....

Wenn ja, welche? .....

Wenn ja, wie viele? .....

Werden weitere flexible Nutzungen gewünscht? .....

Wenn ja, welche? .....

Wenn ja, wie viele? .....

Gibt es im Dorf aktuell feste Nutzungen? .....

Wenn ja, welche? .....

Wenn ja, wie viele? .....

Werden weitere feste Nutzungen gewünscht? .....

Wenn ja, welche? .....

Wenn ja, wie viele? .....

Notizen

Raumangebot

Hier ist zu berücksichtigen, dass Räume für eine WC-Anlage, einen Technik- und/oder Abstellraum und ggflls. auch für einen Eingangsbereich vorhanden sein müssen oder mitgenutzt werden können.

Für die Installation des „Multiplen Hauses m.H.“ steht/ stehen zur Verfügung

..... 1 Raum

..... 2 Räume

..... mehr als 2 Räume.

Fazit:

Der Kriterienkatalog ist im Rahmen der Forschungsarbeit eine allgemeine Grundlage, ein Arbeitsmittel und eine Entscheidungshilfe für die individuelle Analyse von Region und Dorf.
In diesem Teil soll er die Planung einer sinnvollen Nutzerstruktur unterstützen.

7.4. Gebäudepass

Allgemein

Die Fragestellungen im Gebäudepass dienen der baulichen Analyse für den weiteren Umgang mit der ausgewählten Bausubstanz.

Die Antworten auf diese Fragen sind für Dorfbewohner, Bürgermeister und Gemeindeverwaltung, aber auch für Hauseigentümer und Akteure hilfreich.

Befinden sich auf einem Grundstück mehrere Gebäude, sollte jedes einzeln bewertet werden.

Insbesondere die Fragen zum Ausbaustandard sind so formuliert, dass sie einen Minimalstandard unterstützen, der entsprechend der geplanten Nutzungen erweitert werden kann.

Gebäudebewertung allgemein und Besitzverhältnisse	Notizen
Wurde das Gebäude vor 1911 erbaut ? (für Banken)	.....
Wurde das Gebäude nach 1911 erbaut ? (für Banken)	.....
Wurde das Gebäude vor 1918 erbaut ? (für Sanierungsfördermittel)	.....
Wurde das Gebäude nach 1918 erbaut ? (für Sanierungsfördermittel))	.....
Steht das Gebäude unter Denkmalschutz ? (für Fördermittel und steuerliche Abschreibungen)	.....
Gibt es ein Bewertungsgutachten/ Verkehrswertgutachten für das Gebäude ?	.....
Ist das Gebäude vollständig leerstehend und wenn ja, seit wie vielen Jahren ?	.....
Verursacht das Gebäude aktuell nur Ausgaben oder fließen auch Einnahmen ?	.....
Sind die Ausgaben höher als diese Einnahmen?	.....
Wem gehört das Gebäude (öffentlicher oder privat Eigentümer)?	.....
Gibt es Interesse an einem Verkauf/ einem Kauf/ einer Verpachtung des Gebäudes?	.....
	.....

Notizen

Gebäudebeschreibung allgemein

..... Wie groß ist das Baugrundstück (Angabe in m2) ?

..... Wie groß ist die Grundfläche des Gebäudes (entspricht der bebauten Fläche) ?

..... Wie viele Geschosse hat das Gebäude ?

..... Ist das Gebäude unterkellert ?

..... Hat das Gebäude ein ausbaufähiges Dach (lichte Raum- höhe größer als 2,00 m) ?

..... Wie viel Nutzfläche hat das Gebäude (Angabe in m2) ?

..... Wie viel Nutzfläche hat jedes Geschoss ?

..... Wie viel Nutzfläche ist augenscheinlich nutzbare Fläche (Angabe in m2 oder %) ?

..... Ist die Nutzfläche in verschiedene abgeschlossene Raumeinheiten geteilt bzw. teilbar (Türen-zum-Treppenhaus) und wenn ja, in wie viele ?

..... Wie wurde das Gebäude vor dem Leerstand genutzt ?

..... Steht es länger als 2 Jahre leer ?

Gebäudebeschreibung Ausbaustandard

Die Beschreibung der folgenden Gebäudeteile soll in vier Kategorien erfolgen:

1)	Intakt =	Reparatur nicht erforderlich
2)	Sanierung =	Reparatur erforderlich
3)	Modernisierung =	Aufarbeiten bzw. Austausch erforderlich
4)	Neu =	nicht vorhanden bzw. neu installieren

..... Fassade dicht ?

..... Fenster dicht ?

..... Dachdeckung dicht ?

..... Dachentwässerung dicht ?

..... Hauseingänge abschließbar ?

..... Treppenhaus sicher ?

..... Keller trocken ?

Notizen

Heizung	abnahmefähig ?*	.....
Schornstein	abnahmefähig ?*	.....
Sanitärinstallation (Trinkwasser- Abwasser- Regenwasser)	anmeldefähig ?*	.....
Elektroinstallation	abnahmefähig ?*	.....

• Bei der haustechnischen Installation sind neben der Anmeldung bei den Versorgern und der Installation von Zählern kostenpflichtige Abnahmen erforderlich, z.B. durch den örtlichen Schornsteinfeger, die mit Auflagen erteilt oder verweigert werden können.

Raumbeschreibung Ausbaustandard

Die Beschreibung der folgenden Gebäudeteile soll in vier Kategorien erfolgen:

1)	Intakt =	Reparatur nicht erforderlich
2)	Sanierung =	Reparatur erforderlich
3)	Modernisierung =	Aufarbeiten bzw. Austausch erforderlich
4)	Neu =	nicht vorhanden bzw. neu installieren

Erdgeschoss

Decke	sicher ?	dicht ?		.....
Wand	sicher ?	dicht ?		.....
Fußboden	sicher ?		dicht ?	.....
Türen	schließbar ?			.....
Heizung	anschlussfähig ?			.....
Sanitärinstallation	anschlussfähig ?			.....
Elektroinstallation	anschlussfähig ?			.....

Obergeschosse (falls vorhanden)

Decke	sicher ?	dicht ?		.....
Wand	sicher ?	dicht ?		.....
Fußboden	sicher ?		dicht ?	.....
Türen	schließbar ?			.....
Heizung	anschlussfähig ?			.....

Notizen

..... Sanitärinstallation anschlussfähig ?

..... Elektroinstallation anschlussfähig ?

Dach (falls ausgebaut oder Nutzung geplant)

..... Decke sicher ? dicht ?

..... Wand sicher ? dicht ?

..... Fußboden sicher ? dicht ?

..... Türen schließbar ?

..... Heizung anschlussfähig ?

..... Sanitärinstallation anschlussfähig ?

..... Elektroinstallation anschlussfähig ?

Keller (falls vorhanden - ausgebaut oder Nutzung geplant)

..... Decke sicher ? dicht ?

..... Wand sicher ? dicht ?

..... Fußboden sicher ? dicht ?

..... Türen schließbar ?

..... Heizung anschlussfähig ?

..... Sanitärinstallation anschlussfähig ?

..... Elektroinstallation anschlussfähig ?

Fazit:

Der Gebäudepass ist im Rahmen der Forschungsarbeit eine allgemeine Grundlage, ein Arbeitsmittel und eine Entscheidungshilfe für die individuelle Bewertung eines Gebäudes. Er kann die Fachleute nicht ersetzen, die einen Ausbau und eine Sanierung planen sollten, kann aber auch diesen bereits einen ersten Überblick über den Gebäudezustand verschaffen.
Hier kann abgeleitet werden, was für eine sichere und allgemeine Nutzung des Gebäudes erforderlich ist und wie die ersten Schritte aussehen (z.B. Anschlussgenehmigungen erwirken).

7.5. Handlungsempfehlungen

Allgemein

Nachdem mit der Beantwortung der vorangegangenen Fragebögen eine Bewertung vom tatsächlichen Bedarf an Dienstleistung und Nachbarschaft im Dorf und von Bau- und Nutzungskriterien des ausgewählten Hauses stattgefunden hat, sollen die Antworten auf die nachfolgenden Fragen als Handlungsempfehlungen und Schrittfolge für die Organisation und den eigentlichen Planungsprozess dienen, der dem Ausbau und der Startphase vorangeht.

Ziel sind abschließend Handlungsempfehlungen für „Dorfakteure“ wie Bürgermeister und Vereine, aber auch für die Gemeinden und die Landkreise, welche die Installation der Häuser und die Bildung von Netzwerken Schritt für Schritt begleiten und erleichtern sollen.

Wer wird das Haus besitzen?

Im Gebäudepass ist die Frage nach den aktuellen Besitzverhältnissen beantwortet worden. Falls das ausgewählte Haus sich nicht im Besitz der Gemeinde befindet, muss entschieden werden, ob zukünftig
- die Gemeinde Eigentümerin des Hauses wird
- der Betreiber Eigentümer wird (Verein oder Genossenschaft)
- das Haus beim kirchlichen oder privaten Eigentümer verbleibt und von diesem verpachtet wird.

Gemeindebesitz ist grundsätzlich vorzuziehen, insbesondere, wenn sich innnerhalb der Gemeinde in verschiedenen Dörfern mehrere Multiple Häuser im Netzwerk befinden sollen. Vereinsbesitz kann vorteilhaft sein, wenn eine Schenkung erfolgt. Genossenschaftlicher Besitz kann vorteilhaft sein, wenn die Kaufsumme gering ist und durch die Einlagen der Mietglieder aufgebracht werden kann, oder eine Schenkung erfolgt. Eine Pacht vom kirchlichen oder privaten Eigentümer kann vorteilhaft sein, wenn sie langfristig abgeschlossen wird und die Investitionskosten durch den Pächter gegengerechnet werden.
Vorteilhaft ist auch eine Erbpacht vom kirchlichen Eigentümer.
Bedacht werden muss bei der Entscheidung immer, wie der Kauf und der weitere Ausbau finanziert werden sollen, da z.B. nur direkter Besitz oder eine Erbpacht die Aufnahme eines Hypothekenkredits auf Gebäude und/oder Grundstück ermöglichen. Ausserdem muss die Antragsberechtigung für Fördermittel berücksichtigt werden.

Wer soll/ wird das Haus betreiben?

- die Dorfbewohner als Dorfverein
- die Dorfbewohner als Dorfgenossenschaft
- die Gemeinde
- ein externer Verein als Nutzer und Betreiber
- eine externe Genossenschaft als Nutzer und Betreiber
- ein Netzwerk als Zusammschluß mehrerer Multipler Häuser

Sollen Besitzer und Betreiber identisch sein?

Diese Frage dient noch einmal der Prüfung der beiden vorangegangen Antworten.
Sind Besitzer und Betreiber identisch, vereinfacht das die nachfolgenden Amtshandlungen und es kann die weitere Finanzierung erleichtern. Letzteres setzt aber Eigenmittel beim Betreiber für den Hauskauf voraus.
Sind Besitzer und Betreiber nicht identisch, kann die weitere Finanzierung dadurch erleichert sein, das keine Kaufsumme aufgebracht werden muss. Allerdings werden die Bewirtschaftungskosten durch eine eventuelle Pachtbelastung höher. Vorzugsweise sollte die Gemeinde Eigentümerin des Hauses sein und die Dorfbewohner sollten das Haus betreiben.

Sind Betreiber und Besitzer nicht identisch, welches Vertragsverhältnis gehen sie miteinander ein?

- Pacht
- Miete
- Erbpacht
- Leihe
- Andere Nutzungsverträge

Welche interne Organisationsform soll für den Hausbetrieb gewählt werden?

- Verein
- Genossenschaft
- GmbH
- GbR
- Andere Organisationsformen

Welches Vertragsverhältnis gehen die Betreiber und die verschiedenen Nutzer ein?

- Mietvertrag
- Nutzungsvertrag
- Pachtvertrag
- Leihvertrag
- andere

Müssen Fachleute beteiligt werden?
Wenn ja, welche? Gibt es diese bereits im Dorf?
Besteht bei letzteren Bereitschaft zur Mitarbeit und zur Aktivierung ihres Dorfs?

Vertragsgestaltung	Rechtsanwälte
Finanzierung/ Bewirtschaftung	Steuerberater, ggflls. Finanzamt

Ausbauplanung mit Kostenschätzung	Architekten, Ingenieure
Bauantrag und Fördermittelantrag Bau	Architekten, Ingenieure
Ausbau	ansässige Baufirmen und Eigenleistung!
Vermietung/ Verpachtung	Hausverwalter, Buchhalter
Bewirtschaftung/ Betriebskosten	Hausverwalter, Buchhalter

Welche Ämter sind bereits in der Planungsphase bzw. so früh wie möglich zu beteiligen?

Eine kurze, formlose Anfrage ist als erster Schritt zu empfehlen. Ist die Planung fortgeschritten, erleichtern professionelle Anfrage- bzw. Antragsunterlagen allen Beteiligten die Prüfung und erhöhen für die Antragsteller die Chance auf eine schnelle und unbürokratische Antwort und Genehmigung. Von allen Beteiligten sollte auch bei Anfragen und Anträgen immer bedacht werden: nicht Quantität sondern Qualität ist entscheidend!

Landratsamt:
- Art des Baugenehmigungsverfahrens klären
- Anfrage: Welche Ämter sind im einzelnen noch zu beteiligen?

Bauordnungsamt:
- bauordnungsrechtliche Auflagen und Bedingungen im Verfahren abfragen.
- nutzungsbedingte Anforderungen abfragen (s.a. Raumkatalog) – Nutzungsliste

Denkmalpflege:
- Denkmalschutz des Bestandsgebäudes klären,
- Besteht Denkmalschutz Auflagen abfragen

Gewerbeaufsichtsamt:
- nutzungsbedingte Anforderungen abfragen (s.a. Raumkatalog) – Nutzerliste

Finanzamt:
- Zuständigkeiten klären (Umsatzsteuernachweise, etc.)

Andere:
- nutzungsbedingte Anforderungen abfragen (s.a. Raumkatalog) – Nutzungsliste

Sollen Fördermittel beantragt werden? Wenn ja, welche?

Hier müssen die aktuellen Fördermöglichkeiten nach folgenden Kriterien geprüft und gegenübergestellt werden (s.a. Liste in Kapitel Finanzierung durch Förderung):

Wer ist förderberechtigt?
Wer wird Vertragspartner?

Antragsfristen
Prüffristen
Bewilligungszeitraum

Förderhöhe
Eigenmittelanteil
Eigenmittelnachweis

Verwendungsnachweis

Besondere Bedingungen

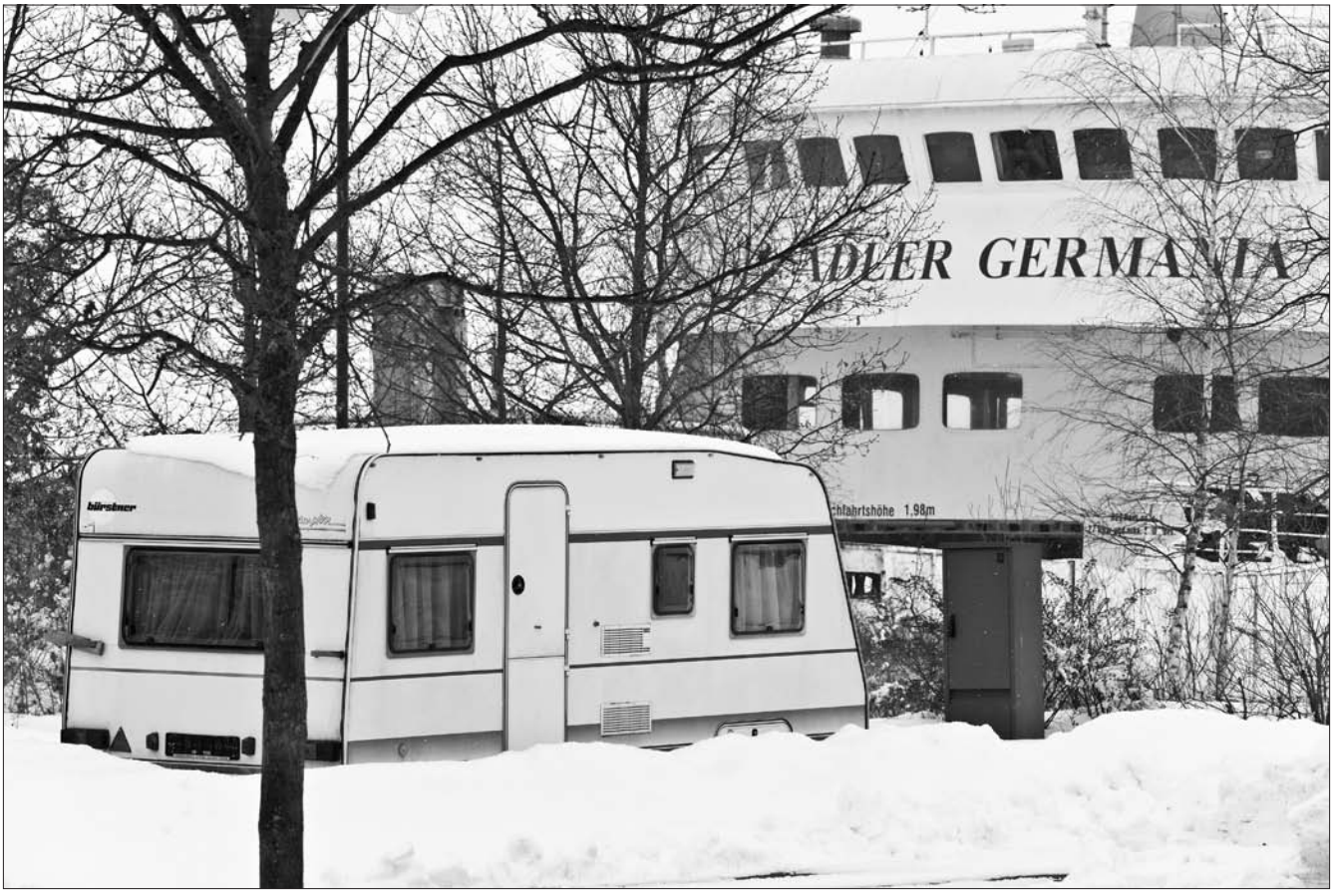
Zu welchen Netzwerken kann in der Region Kontakt aufgenommen werden? Muss ein Netzwerk Multipler Häuser noch aufgebaut werden?

Fazit:

Diese Handlungsempfehlungen sind im Rahmen der Forschungsarbeit eine allgemeine Grundlage, ein Arbeitsmittel und eine Entscheidungshilfe. Im Einzelfall können sie nicht die Konsultation von Fachleuten ersetzen. Als „Handbuch“ verwendet, bietet diese Forschungsarbeit aber auch den Fachleuten Antworten auf die wichtigsten Fragen und verkürzt die Planungs- und Entscheidungswege damit bereits erheblich.

Abb. 7.2: Schwerinsburg

Abb. 8.1: Hafen in Altwarp



Teil 8
Zeitdokumente

Zeitzeugen - Dokumentation der Interviews am Stettiner Haff
Geordnet nach zeitlicher Reihenfolge der Interviews

Interview mit Herrn und Frau Weigel (Einwohner Schuggerow) 23.02.2009, 15:00-15:15 Uhr 204

Interview mit Peter Fels (Bündnis für Familie Uecker-Randow) und Birgit Brackrock (Demokratischer Frauenbund e.V.) 25.02.2009, 10:00-11:30 Uhr 205

Interview mit Schwester Angela (Johanniter Sozialstation, Ducherow) 25.02.2009, 13:30-14:30 Uhr 214

Interview mit Holger Brandstädt (Kulturverein Weitblick e.V. Bugewitz) 26.02.2009, 10:00-11:00 Uhr 218

Interview mit Simone Waßermann, Dr. Michael Waßermann (Grafik- und Designschule Anklam) 26.02.2009, 13:00-14:30 Uhr 223

Interview mit Kristin Wegner (Höfeladen Esslust, Libnow) 26.02.2009, 15:00-16:00 Uhr 226

Interview mit Renate Hübner (Bürgermeister, Gemeinde Löwitz) 27.02.2009, 11:00-12:30 Uhr 230

Interview mit Karsten Naumann (Bürgermeister Gemeinde Ducherow) 25.03.2009, 10:00-11:30 Uhr 237

Interview mit Dr. Klaus Brandt (Bürgermeister, Gemeinde Schmatzin) 25.03.2009, 11:00-13:00 Uhr / 24.06.2008, 18:00-19:00 Uhr 240

Interview mit Heidrun Hiller (Agendabüro Stettiner Haff) 23.06.2009, 10:00-11:30 Uhr 257

Interview mit Jörg Kubiak (Verein „Pro Eggesin e.V.; Pommersches Landleben e.V.) 23.06.2009, 12:30-13:30 Uhr 264

Interview mit zwei Einwohnern (Gemeinde Vogelsang-Warsin) 23.06.2009, 15:30-15:45 Uhr 274

Interview mit Walther (Bürgermeister, Gemeinde Vogelsang-Warsin) 23.06.2009, 12:30-13:30 Uhr 276

Interview mit Herr Höckner (Caritas, Kreisstelle Ostvorpommern) 24.06.2009, 10:00-11:00 Uhr 286

Interview mit Uta Kleist (Volkssolidarität Kreisverband Ostvorpommern) 24.06.2009, 11:30-13:30 Uhr 296

299 Interview mit Anett Zahn (Sparkasse Uecker-Randow, Sparkassenstiftung) 22.02.2010, 14:00-14:30 Uhr

302 Diskussionsrunde des 1. Workshops (Grafik- und Designschule Anklam) 26.03.2009, 10:00-16:00 Uhr

306 Diskussionsrunde des 2. Workshops (Grafik- und Designschule Anklam) 29.09.2009, 12:00-16:00 Uhr

8.01. Interview mit Frau und Herrn Weigel, Anwohner Schmuggerow

Montag, 23.02.2009 ca. 15.00 Uhr Nr. 45, Schmuggerow

Frau und Herr Weigel sind Rentner und in Schmuggerow lebend.

Guten Tag. Wissen Sie näheres über den ehemaligen Konsum hier gegenüber?
Aber ja. Da habe ich selbst drin gearbeitet. Aber der ist schon eine ganze Weile zu. Nach 1990 haben sie ihn noch einige Zeit betrieben aber das ging dann nicht mehr.
Früher haben wir einen eigenen Krämerladen gehabt, den mein Vater betrieben hat. Hier in diesem Anbau, was jetzt unser Wohnzimmer ist. Ich selbst habe den bis ca. 1960 betrieben, danach habe ich im Konsum hier gegenüber den Grundbedarf verkauft. Der Bäcker hat immer geliefert und der Fleischer zweimal die Woche.

Sie sind also von hier?
Ja, ich bin hier in diesem Haus geboren. Mein Mann kam nach dem Krieg als Kriegsflüchtling. Zuerst wurden die alle in dem Herrenhaus einquartiert. Das ist ja jetzt ein Hotel mit Gaststätte.
Unsere Kinder sind am Anfang noch hier zur Schule gegangen, später dann nach Ducherow. Die ehemalige Schule, gleich hier zwei Häuser weiter, wurde dann zum Bürgerhaus. Da kam der Arzt hin und auch heute wird es noch von dem Arzt und die Volkssolidarität genutzt. Ja, alle zwei Wochen kommt hier der Arzt aus Ducherow.
Wir würden gern hier bleiben, aber mein Mann kann jetzt altersbedingt nicht mehr Auto fahren und dann geht das nicht mehr.

Wie ist denn das Dorfleben hier?
Ach, man trifft nur noch die direkten Nachbarn. Aber sonst sehr wenige. Wo auch?
Früher hat man sich im Konsum getroffen. Da wurde erzählt und sich ausgetauscht.

Wo kaufen Sie denn ein? Kommen die mobilen Händler hierher?
Zu den mobilen Händlern gehe ich nicht. Da stehen doch die Trinker vor dem Wagen. Aber hier eins weiter, meine Nachbarin, die hat sonst keinen und muss bei dem einkaufen. Das ist dann schon teurer als in einer Kaufhalle. Jetzt bringt uns eine Tochter immer was mit oder nimmt uns mit zum einkaufen aber auf Dauer geht das nicht. Wir ziehen dann nach Anklam ins Betreute Wohnen.
Brauchen Sie ein Haus?

Wer kauft denn die Häuser hier im Ort?
Auswärtige, die sie als Ferienhäuser nehmen oder auch junge Leute, die noch hier sind. Einer hatte auch ein Haus neu gebaut. Aber jetzt hat er in Hamburg Arbeit bekommen und muss es nun doch auch verkaufen. Die Ställe sind ja auch alle leer. Die hat einer für ne Mark gekauft aber nutzt sie nicht. Mein Mann hat da ja bis zum Schluss als Techniker gearbeitet. Früher waren da die Rinder drin. Jetzt gibt es neue Ställe hinten Richtung Ducherow. Aber mit den alten Gebäuden hier weiß keiner was anzufangen. Ist schade drum.

Abb. 8.2: Schloß in Schmuggerow

Abb. 8.3: Peter Fels
Abb. 8.4: Birgit Brackrock

8.02. Interview mit Peter Fels – Bündnis für Familie Uecker-Randow / Birgit Brackrock, Demokratischer Frauenbund e.V.

1. Gespräch: Mittwoch 25.02.2009 10.00 Uhr Bahnhofsstraße 26, Torgelow
2. Gespräch: Mittwoch 30.09.2009 10.00 Uhr Bahnhofsstraße 26, Torgelow

Peter Fels ist Projektkoordinator des Deutschen Kinderhilfswerks für das Projekt „Respekt“ und ehrenamtlicher Sprecher für das Lokale Bündnis für Familie des Landkreises Uecker-Randow.
Birgit Brackrock arbeitet für den Demokratischen Frauenbund in der Stadt Torgelow und ehrenamtlich auch im Lokalen Bündnis, eng mit Herrn Fels zusammen.

Sie arbeiten ausschließlich im Landkreis Uecker-Randow?
F.: Ja. Im Rahmen des Modellprojektes wollen wir sehen, dass wir auch in Ostvorpommern ein Lokales Bündnis für Familie gründen und dann natürlich auch so ein Kinder- und Jugendlichen-Beteiligungsprojekt machen. Hier in Uecker-Randow ist das Lokale Bündnis vor vier Jahren gegründet worden und der Demokratischen Frauenbund hat auch seinen eigenen Kreisverband. Noch ist das alles von Ostvorpommern getrennt. Aber die objektiven Bedingungen sind ja ähnlich und daher wird das in Zukunft alles verwachsen.

Wie sieht die reale Grundversorgung aus, beispielsweise die Hausarztversorgung oder der Landarzt?
F.: Also Grundversorgung ist ja nicht nur der Arzt. Da bin ich jetzt nicht ganz so gut beschlagen. Ich in meinem Gebiet sehe da mehr die Grundversorgung für Kinder und Jugendliche mit Freizeiteinrichtungen, dem Schulbesuch generell. Die Schulen haben den ländlichen Raum so gut wie verlassen. Im Landkreis Uecker-Randow sind es in den Städten auch die Freizeiteinrichtungen. Wir haben eine Umfrage gemacht, dass es bis zum Schulbussystem runterschlägt. Das Kinder, die in ländlichen Regionen wohnen, und das sind immer noch mehr als die in der Stadt – man hat nur das Gefühl, dass mehr in der Stadt wohnen aber das ist gar nicht so – das also Kinder bis zwei Stunden auf den Schulbus warten müssen, weil er nicht passt miteinander. Und eines der größten Probleme ist, glaube ich: Freizeiteinrichtungen. So ein eigener Raum. Also Räume für Jugendliche, wirklich auch Räume, ist was ganz wichtiges, ganz notwendiges. Ich würde sogar soweit gehen, das ist nicht nur eine Infrastrukturmaßnahme, sondern es ist auch ein Projekt das auch der Demokratisierung dient.
Wir haben Fragebögen an 270 Kinder- und Jugendliche gegeben und da spiegeln sich manchmal auch kleine Tragödien ab. „Trinkst du Alkohol?“ Da hat ein 14-Jähriger in Eggesin gesagt „Ja, ab und zu.“ Und noch: „Wenn, dann trinkt er alleine.“ Ja, das muss man sich überlegen. Nicht mit Kumpels, das würden wir alle ja noch verstehen. Er hängt da in irgendeinem Dorf bei Eggesin und wenn es in der Schule nicht klappt, dann zieht er sich Alkohol rein.
Also Räume auf jeden Fall für die Kinder und Jugendlichen. Freizeiteinrichtungen in denen sie auch sich selber was gestalten können. Also wir haben auch in Torgelow eine Zukunftswerkstatt gemacht. Die Kinder suchen sich ja auch Räume. Das ist auf dem Land manchmal sogar einfacher als in der Stadt, weil sie da nicht so auffallen im Land. Kinder haben sich da einen Raum im Bahnhof so für sich vereinnahmt, dass

sogar Eltern mithelfen das Mobiliar dort mit reinzubringen. Das ist völlig illegal. Aber das ist so was, was die Kinder und Jugendlichen wirklich brauchen.
B.: Noch mal zu den Landärzten, die Sie ansprachen. Also in dem Sinne Landärzte gibt es bei uns im Landkreis Uecker-Randow gar nicht. Die Leute, die in der ländlichen Gegend wohnen, die fahren in die Stadt. Die in den größeren unserer Städte wohnen, wie Ueckermünde, Torgelow und Pasewalk gehen dort zum Arzt.

Einen klassischen Landarzt gibt es also gar nicht?
F.: Da kenn ich keinen. Beim Zahnarzt erst recht nicht. Das geht nicht, die Leute müssen da auch kommen. Und dann harmoniert das ja überhaupt mit der Gesundheitsordnung. Das fahren kriegen die Ärzte ja nicht bezahlt. Und die haben ja so schon zu tun. Arzt war mal ein geachteter und gehobener Beruf.
B.: Und die wir hier noch haben, viele, muss man ja auch sagen, sind veraltet. Die Ärzte werden also mal ein Mangel werden oder, ja, jetzt kommen viele Polen zu uns her als Ärzte.

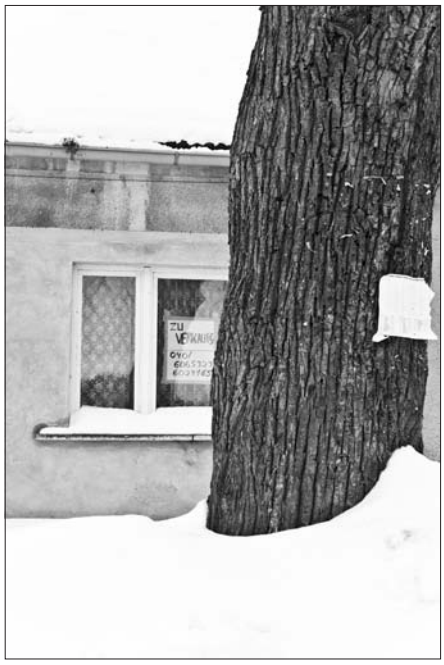
Gibt es Probleme in der Bevölkerung? Oder sagen die Leute einfach: „Gottseidank kommt überhaupt ein Arzt“?
F.: Ja, das auf jeden Fall. Also, ich glaube das Klima haben wir hier immer besser im Griff. Das wir auch sehen, das Stettin für uns das Oberzentrum ist. Am Freitag habe ich erst einen polnischen Künstler hier gehabt, der jetzt eine Galerie oder einen Künstlerverbund mit Berlinern und mit polnischen Künstlern hat. Polen ist für uns die Chance überhaupt.

Wird das auch von der allgemeinen Bevölkerung so gesehen?
F.: Es gibt und gab große Schwierigkeiten. Warum es bei uns in der Bevölkerung so schlecht ankam, weil es die Politik vermasselt hat. Sie haben gelogen und betrogen. In den Schulen wurde zu wenig gemacht, in der Schulsozialarbeit, in Löbnitz gerade. Das ist richtig Hausgemacht und blöd gemacht. Und dann passieren solche blöden Dinger, dass sie in Löbnitz eine Wohnungsräumung machen und eine Stunde später fuhr der polnische LKW vor. Das macht man nicht. Das kann ich als Kommunalpolitiker anders machen. Daher gab es auch hier die Probleme. Aber Ärzte kommen bei der Bevölkerung gut an.

Ist auch Vertrauen vorhanden?
B.: Das muss sich wahrscheinlich erst aufbauen, mit der Zeit. Man hatte ja jahrelang einen Hausarzt, zu dem hat man ja dann Vertrauen, und wenn dann auf einmal ein neuer kommt. Die arbeiten auch oft anders.

Das würde mit jüngeren Ärzten wahrscheinlich ähnlich sein.
B.: Ja, wahrscheinlich, kann durchaus sein. Und es sind jetzt sehr viele polnische Ärzte.
F.: Das wird prinzipiell als etwas Gutes gesehen.
B. Weil die Leute froh sind. Die müssen jetzt nicht nach Ueckermünde oder nach Pasewalk fahren und dort zum Arzt sondern haben ihren Ansprechpartner vor Ort.
F.: Est gibt, die verschiedensten Beratungsangebote. Ich weiß zum Beispiel, dass der Frauenbund ja hier mal ein Projekt Namens „Fahrrat“ geplant hat. Das haben wir aber nicht verwirklicht. Da ging es darum, das aus der Stadt heraus Frauen mit dem Fahrrad in die Dörfer fahren,

Abb. 8.5: ehemaliger Gastof in Löwitz



um zu bestimmten Fragen, was Frauenpolitik betrifft, zu beraten. Aber es gab keine Räume.

Wie sieht die Vereinsarbeit aus? Wir haben vorher recherchiert und wenig gefunden. Ist wirklich so wenig da oder habe ich Pech gehabt?
F.: Da haben Sie Pech gehabt. Beim Landkreis Uecker-Randow oder Ostvorpommern? Da unterscheiden sich die beiden rapide. Es gibt zum Beispiel in Torgelow 63 Vereine, so ungefähr. Das Ehrenamt im Landkreis Uecker-Randow ist wirklich sehr sehr ausgeprägt. Also wir hier mit unserem Projekt „Respekt“ könnten ohne die Ehrenamtsleute nicht arbeiten. Die Leute die hier arbeiten sind fast alle Ehrenamtlich (im Büro für Demokratischen Frauenbund, Torgelow; Anmerk. D. Verf.).
Das hat natürlich auch damit zu tun, dass man froh ist, wenn man sich überhaupt beschäftigen kann. Der Mensch, der möchte tätig sein. Und wir haben nun mal hier wenig Arbeit.
Aber es war auch früher schon das Ehrenamt ganz hoch. Auch bei den Kindern und Jugendlichen schon ausgeprägt. Nicht nur die Freiwillige Feuerwehr. Ich kann da mal ein Beispiel geben: Wir haben vor vier Jahren im Umweltbildungswettbewerb einen Sonderpreis bekommen für „Lurchenland in Zwergenhand“. Da haben insgesamt 72 Institutionen oder Personen oder Initiativgruppen teilgenommen, davon waren 13 aus dem Landkreis Uecker-Randow.
Also das Ehrenamt ist sehr sehr ausgeprägt. Schützenvereine, Kaninchenzüchter.

Woher kommen diese Unterschiede zwischen Ueckermünde und Ostvorpommern?
F.: Ja, ich weiß auch nicht. Wir versuchen seit zwei Jahren ein Lokales Bündnis für Familie zu gründen. Was wir jetzt machen ist die schlechteste Variante, das wir über die Politik gehen. Sollte man ja eigentlich nicht. Ein paar Akteure wollen ja, die machen auch bei uns in dem Projekt mit. Die haben uns darum gebeten. Man selber steht da vor verschlossener Tür. Das weiß man nicht. Die sind sehr anders.

Wie finanziert sich der Demokratische Frauenbund?
B.: Über Mitgliedbeiträge und über Spenden.

Wie finanziert sich das Bündnis für Familie?
F.: Das Lokale Bündnis ist kein Verein. Also unserer nicht. Es gibt drei verschiedene Bündnisarten. Das eine ist, dass es über die Behörde finanziert wird, über eine Kommune in der Regel. Die zweite ist ein Vereinscharakter. Wir sind eine große Initiativgruppe. Wir finanzieren uns trotzdem auch gut. Wir haben in drei Jahren 450.000 € Fördermittel als Projektgelder erhalten, die hier auch immer ganz konkret nur für ein Projekt gedacht sind und nicht für das Lokale Bündnis an sich. Da haben wir 72 Vereine, Institutionen, Unternehmer im Verteiler, die sich für Familie engagieren.
Also Ehrenamt ist hier sehr viel vorhanden. Unser Fachdienstleiter für Jugend, der ist sogar der zweite Mann vom Schützenverband überhaupt.

Wie schätzen Sie das Niveau der Schulen ein?
F.: Also schlichtweg – wir haben ja überhaupt erst durch das Projekt „Respekt“ überhaupt erst mal wieder einen Kontakt mit Schulen gehabt – wir sind zutiefst entsetzt, was sich in den vergangenen Jahren

im Schulbereich angehäuft oder kaputtgemacht hat oder was auch immer. Es ist eine blanke Katastrophe. Der Prozess wir weiter fortgeführt. Nicht dass einer mal aufhört damit. Jetzt wird in Mecklenburg-Vorpommern Konkurrenz unter den Schulen geschaffen. Das heißt, die haben um ihre Schülerzahlen jetzt selber zu kämpfen. Und es ist eine Katastrophe. Die Schulen sind abgeschottet. Lehrer sind nur noch 18 Stunden beschäftigt und werden kreisweit rumgeschickt. Keiner ist mehr an einem Punkt und sagt: das ist meine Schule. Dadurch fühlen sie sich auch total nicht verantwortlich. Eine riesen Bürokratie ist aufgebaut worden. Wir brauchten für die Befragung eine Genehmigung. Da stand: Hiermit wird ihrem Projekt „Respekt“ gestattet in der Schule ... zu befragen. Und dann kamen 23 Auflagen. Und räumlich schon. Versuchen Sie mal in die Schule zu kommen. Da kommen Sie nicht rein. Die Schule ist zu, die ist verbarrikadiert, weil ja irgendwo ist was passiert und es gab auch mal einen Rechten. Die Schulen sind zu und verrammelt. Und wenn Sie kucken, dass ja immer länger die Kinder und Jugendlichen in der Schule zubringen. Das ist eine blanke Katastrophe für die Kinder. Die sind nur noch unter Aufsicht. Mit allem drum und dran sind sie 12 Stunden ständig unter Aufsicht. Mit dem Bus hin, da werden sie beaufsichtigt, in der Schule werden sie beaufsichtigt, mit dem Bus zurück da werden sie beaufsichtigt. Da haben sie 12 Stunden rum. Dann haben sie noch acht Stunden zum schlafen. Da haben sie noch vier Stunden für Schularbeiten, mit Eltern reden oder vielleicht auch mal mit dem Kumpel was alleine machen, ohne Erwachsene. Demgegenüber steht natürlich, dass die Kinder sich viel mit ihrer Schule auseinandersetzen. Die geben die Schule nicht auf. Auf unserer Kinder- und Jugendkonferenz war Schule ein großes Thema, bis hin zur Schultoilette. Es hat sich eine Arbeitsgruppe gebildet, die wollen die Toiletten ordentlich gestalten. Die waren ganz aktiv die Kinder. Das war unwahrscheinlich. Aber da muss viel passieren. Aber das sieht von der offiziellen Politik her finster aus. Das Niveau der Lehrer ist gut, nicht schlechter als woanders in Deutschland. Aber, wie gesagt, wenn man nur noch 18 Stunden beschäftigt ist –.

...

F.: Das geht darum, dass kein Geld zur Verfügung steht. Als der G8 Gipfel hier war, hatten wir mit unseren Landtagsabgeordneten die Gespräche, dass sie da mal so 20 Millionen einfach so rausschmeißen und für die Lehrer kein Geld haben. Auch für die Lehrer selber. Mir fällt immer hier der Kunstlehrer wieder ein. Dem Menschen, dem Lehrer gegenüber. Ihm wurden immer mehr die Stunden gekürzt. Jetzt steht er am Vormittag vor seinem Haus und fegt die Straße. Mit Anfang 40.

Wie viele Kinder sind in einer Klasse?

F.: Mit denen wir die Umfrage gemacht haben waren 23 Schüler. Wir haben die 9. Klasse befragt. Aber da war auch der Altersunterschied extrem. Der jüngste war noch 13 und der älteste war schon fast 18. Dann waren vier mit Migrationshintergrund und insgesamt waren in der Klasse auch nur fünf Mädchen, der Rest waren nur Jungs. Dem gegenüber war es wieder, das bei der Kinder- und Jugendkonferenz die Mädchen kamen.

Welchen Schultyp gibt es hier?

F.: Wir haben die Regionalschule. Gymnasium gibt’s auch.

In Sachsen gehen die Kinder nach der 4. Klasse entweder aufs Gymnasium oder die Regionalschule.

Abb. 8.6

F.: Und das wird bei uns noch verschärft. Durch den Konkurrenzkampf. Die Gymnasien werden das Aufnahmeniveau senken. Das ist auch für die Kinder schlecht. Die kommen da hin und sind von Anfang an Versager. Die wären gute Schüler in der Regionalschule oder in der Mittelschule eben und da sind sie jeden Tag Versager. Jeden Tag. Die kommen nach Hause und die Schularbeiten schaffen sie nicht. Und die Eltern sagen: Du sollst mal was werden.

Uns interessiert auch wer dieses Multiple Haus füllen könnte. Sie haben vorhin das Projekt „Fahrrat“ angesprochen. Kann man also sagen: Das Potential ist da. Die Leute kann man aktivieren?
F.: Ob es auch bei den Frauen nun so ist aber auf jeden Fall bei den Kinder und Jugendlichen. Beratungs- und Bildungsangebote in die Dörfer zu bringen, ist einfach ganz doll wichtig. Und wir werden es jetzt bei der Kommunalwahl erleben. Wie da die Rechten einmarschieren. Die machen das nämlich. Die machen das in den ländlichen Gebieten. Die machen der Dorfjugend Angebote. Die machen Pfadfinderspiele. Die erzählen über den Führer und über das Volk.
Und wir machen gar nichts. Wir machen irgendwelche sinnlosen Sachen: Kochen gegen Braun aber wir bringen es nicht dahin, da wo sie leben.
Also um nur mal den Landkreis, den Begriff auch zu verdeutlichen. Wenn ich mir vornehme in Penkun was zu machen, da ist unser Familienbüro, kann ich den Tag wegstreichen. Da bin ich den ganzen Tag außer Haus. So weit ist das weg. Wir haben eine Länge von 180 km. Wenn Sie da hinten dann nach Löcknitz rechts abbiegen, da ist die Welt zu Ende. Und da haben Sie aber drei vier Jugendliche und die hängen eben im Mopedschuppen oder irgendwo. Zu denen müssen wir hinkommen. Und das fehlt, so was. Und so ein Projekt wie das multiple Haus wäre da vielleicht was.
Wir sind ja in der Leibnitz-Gemeinschaft mit drin und ich verfolge das immer. Es geht in der Diskussion auch immer um die gleichwertigen Lebensverhältnisse. Das leuchtet uns ja auch ein.
In Leipzig ist klar, habe ich Kultur und alles. Aber dafür haben sie kein Reh im Garten. Aber wenn es dann das Problem der Wirtschaftlichkeit betrifft. Ich finde nach wie vor, das ist notwendig. Bloß das so ein multiples Haus nicht zu groß, zu aufwändig und nicht zu teuer wird. Ich glaube das Maß haben die ehrenamtlichen Bürgermeister. Die wissen auch wo die Räume sind, die wissen auch in der Regel, was sie alles geschlossen haben in den letzten Jahren.
Betreuung, im Sinne auch Bildung und Erziehung ist ganz wichtig. Muss ja nicht nur für Kinder und Jugendliche sein, kann auch für Erwachsene sein. Ist ja genau dasselbe.

Wie sieht die Erwachsenenbildung vor Ort aus? Es gibt eine Volksschule in Anklam. Wird das Angebot gut angenommen?
F.: Ja, hier ist sie in Pasewalk. Also ich glaube das Niveau hat sich verschlechtert. Also wir haben ja im Landkreis und Ostvorpommern auch das demographische Problem, dass die jungen intelligenten gebärfähigen Frauen abwandern und die Männer über 30, die noch bei Mama wohnen, die bleiben. Und das Niveau hat es.
B.: Dazu muss man aber auch sagen, die Angebote der Volkshochschule, die es gibt, würden wahrscheinlich mehr genutzt werden, wenn sie nicht so teuer wären. Die Leute die vielleicht Bildung haben und einen Sprachkurs machen wollen, die können sich das nicht leisten. Die

Leute die zu Hause sind sowieso nicht. Da haben wir ja mehr als genug Leute hier oben die Harz IV Empfänger sind. Das ist einfach zu teuer.

F.: Sie kennen ja das Mehrgenerationshausprojekt nach Ursula von der Leyen, das wollten wir überhaupt nicht haben hier im Landkreis, als lokales Projekt. Dann haben wir es dann doch genommen. 250.000€ lässt man nicht verfallen. Aber das geht an der Sache total vorbei. Wir haben das hier in Torgelow und da war aus Penkun noch nie einer gewesen.

2. Gespräch: Peter Fels / Mittwoch 30.09.2009 1 0 . 0 0 U h r
Bahnhofsstraße 26 / Torgelow

Würden Sie als Familienbündnis ein solches Multiple Haus betreiben oder können Sie es nur nutzen?
Das kommt darauf an. Na ja, ich sag mal nein. Finanziell können wir es uns nicht leisten. Aber wir sind jetzt an einer richtigen Weichenstellung. Wir haben jetzt die erste Phase abgeschlossen, haben die Sozialraumanalyse fertig und sind von der Politik in Schwerin aufgefordert worden mal ein völlig neues Konzept von Familienpolitik, ehrenamtlicher Familienpolitik einzureichen. Das hat uns auch die Politik, vom Ministerpräsidenten angefangen, zugesichert. Prinzipiell also doch ja. Kann ich sogar sagen. Wenn das so passt. Unser Schwerpunkt ist immer die Kinder- und Jugendbeteiligung.
Wir haben das Schülerradio. Da haben wir mit 24.000€ gebürgt. Da haben alle gesagt, um Gottes willen, das geht gar nicht. Also das wäre schon möglich, wenn es Sinn macht. Die Volkssolidarität würde es sicher auch betreiben, was auch gut ist aber das kann negativ werden in der Nachhaltigkeit. Wir haben es in vielen Projekten erlebt. Ihr Hauptklientel ist und wird auch in unserem Leben bleiben: die Alten. Was ja auch gut ist. Wir werden ja auch alle mal alt. Aber das hilft bei bestimmten Sachen nicht weiter. Zum Beispiel der Arbeitslosenverband und die Volkssolidarität betreiben das hauptsächliche an Jugendeinrichtungen in unserem Landkreis und bekommen somit 90% der Gelder für die Jugendarbeit. Und das sind so Sachen, wo das nicht funktioniert. Also z.B. in Ueckermünde, wenn Sie von hier aus reinkommen ist auf der linken Seite das Jugendzentrum.
Da ist kein Jugendlicher drin. Das hat die Sozialraumanalyse gezeigt. Aber jeden Monat bekommen sie die und die Gelder. Also solche Sachen. Das muss man eben bedenken. Auf der anderen Art, wenn Sie Senioren haben und das Haus soll betrieben werden, ist die Volkssolidarität die erste Adresse. Aber Sie werden in anderen Lagen Schwierigkeiten haben. Deswegen ist es gut, wenn sie von der VS so einen Insider haben, der über den Tellerrand hinaus kuckt und das Ziel vor Augen hat.

Wir wollen ja nicht nur etwas für Alte machen oder nicht nur für die Jungen. Da gehören alle dazu.
Also wir können uns das durchaus vorstellen so ein Haus zu betreiben. Eigentlich ist an diesem Projekt ja das wirklich Gute: Man kann das Vergegenständlichen.
Mit Heidrun Hiller vom Agendabüro zusammen haben wir ja auch vor Herrn Tiefensee, egal wo der jetzt abbleibt, nächstes Jahr hierher einzuladen. Nicht als Politiker. Um zu zeigen: „Hey, das war gut, was ihr

gemacht habt.“ Da wäre ja auch mit so einem multiplen Haus, egal wo das entsteht, so. Da kann man den Leuten zeigen. „Ey, ist doch was geworden.“

Wie steht es mit der Kooperation zum Lokalen Bündnis für Familien in Ostvorpommern?
Es hat sich da jetzt ein Bündnis neu gegründet. Wir arbeiten da ziemlich eng zusammen im Bereich Kinder und Jugend. Unser Schirmherr in der Zusammenarbeit ist das Deutsche Kinderhilfswerk in Berlin. Wir haben als Lokales Bündnis da jetzt auch das Jugendfestival gemacht. Das haben wir mit gesponsert und auch finanziell mit unterstützt. Ja und wir sind jetzt an der Scheide, weil insgesamt die Bündnisse suchen, auf welcher Basis sie zusammenarbeiten. Sie brauchen ein Thema. Das ist so der Ausgangspunkt. Wir haben ein Jahr vergammelt indem wir über Vereinbarkeit von Familie und Beruf sinnlose Maßnahmen gemacht haben, mit allen 19 Bündnissen, die wir sind. Und suchen jetzt für 2010 eigentlich das Thema, das man so als Jahresthema nehmen kann, woran man arbeitet. Das sollte uns enger zusammenschließen, wenn wir es finden.
Wir in Uecker-Randow sind Rebellen, das muss ich auch sagen. Wir sind von wenigen geliebt. Berühmt-berüchtigt und von vielen verfemt, weil wir bestimmte Sachen nicht mehr akzeptieren. Das liegt aber wirklich daran, dass wir der Landkreis sind, dem es am dreckigsten geht und das nicht erst seit gestern sondern seit Jahren und wir uns einfach nicht mehr den Luxus leisten können irgendwelchen Schnullifax zu machen der dann in der Zeitung steht aber der keinem was bringt. Leider hängen bestimmte Fördermittelvergaben an Schnullifax noch dran und das machen wir nicht mit und damit treten wir anderen auf die Füße. Wir waren in vielem auch zu laut, das möchten wir selbstkritisch zugeben. Jetzt sind wir ruhiger geworden, halten uns ein bisschen zurück. Aber wir nehmen jede Hand, die sich uns ausstreckt, sofort an und gehen dann gemeinsam.
Und so ist die Ruhe auch zum Lokalen Bündnis in Ostvorpommern zu verstehen. Wir haben uns in die Gründung überhaupt nicht mit eingemischt. Das war auch gut so. Sollen sie das mit denen machen und wo sie es wollen. Wir haben zusammen die Auswertung der Sozialraum-Analyse der Kinder und Jugendlichen gemacht, die wir durch die Uni Greifswald haben erstellen lassen. Da haben wir uns kennen gelernt. Zwei ganz toughe Frauen und ich denke, das ist auf einem guten Weg. Da haben wir auch Fehler gemacht. Wir sind wir sehr laut gewesen, das hat viele verschreckt. Ich denke wir werden sehr eng zusammen arbeiten. Aber die ganzen Sachen, die wir hier ansprechen, die tragen die beiden Mädels mit, das weiß ich.
Sie kommen auch aus der Jugendarbeit, das ist eigentlich das Schöne. Weil, bei der Jugendarbeit hat man das gleichen Themen, wie eben auch für die alte Generation. Die Bedürfnisse sind anders aber die Gebrechlich-, Zerbrechlichkeit, will ich mal sagen, diese Ansprüche, und den Schutz, den man aufbauen muss und auch dass sie immer die Benachteiligten sind, das ist bei der alten Generation genau das selbe.
Da trifft man sich und die wissen eben zum Beispiel, das allererste was man braucht ist dafür ein Raum mit einem Dach. Das ist das aller erste. Und wenn ich mit einer Bushaltestelle anfange. Aber das braucht man eben. Und das wissen wir aus unserer Zeit ja auch. Der erste Knutscher und so. Und das ist auch wirklich die Verbindung zwischen alter Generation, 50+ und dieser jungen Generation. Der dritte Faktor ist die

Mobilität. Wir waren auf dem Demografie-Konkress von Frau Schmidtmann ein bisschen enttäuscht, was die Mobilität betraf.

Mit Frau Schmidtmann habe ich auch lange auf dem Demografie-Kongress gesprochen. Aber ihr Thema der Radstationen ist für uns uninteressant.
Ja das finde ich auch. Das legen wir weg. Das bringt uns nicht weiter. Wir würden z. B. mit dem Lokalen Bündnis einmal im Jahr so einen Familientag machen. Das ist ganz zentralistisch bestimmt, von oben. Das ist auch gut so. Mancher Zentralismus ist ja auch gut. Voriges Jahr war das Thema „Zeit für Familie". Da kann man ja alles damit machen. Zeit für Familie hat man dann, wenn man mobil ist. Was gehört zu Mobilität in einem Landkreis? Wen betrifft es am meisten? Junge / Alte? Was heißt mobil? Wozu muss ich mobil sein? Was will ich mit Mobilität erreichen? Das war ein riesen Gebiet, da war unter anderem auch die Radmobilität ein Thema. Und da kamen wir mit Frau Schmidtmann nicht zusammen, inhaltlich und in den Anschauungen nicht.

Wann ist der Familientag traditionell? Wahrscheinlich im Sommer, oder?
Im Sommer. So im Mai. Und wir machen das immer so in zwei Hälften, eigentlich in drei Teilen. Also einmal ist es der Familientag mit Spiel für die Familie. Also richtig so Zuckerwatte essen und die Kinder fahren Karussell. Relaxen sage ich mal. Das Zweite ist die Kinder und Jugendbeteiligung an Projekten mit Ergebnissen oder Ideen initiiert werden. Das Dritte ist immer irgendwie eine Workshopphase. Das also Erwachsene, Entscheidungsträger über irgendwas beraten. In diesem Falle wäre es Mobilität gewesen, wo wir sagen: Was heißt das? Muss gar nichts raus kommen, aber dass man sich mal eine Stunde irgendwo hinsetzt und sagt: Los, heute ist Familientag, wir sind alle mal zusammengekommen. Von mir aus kann man dabei mal ein Bier trinken, ganz egal. Aber um sich auszutauschen. So, hat man diese drei Sachen: die Kinder sind zufrieden, dass sie mal rumtoben können, die Jugendlichen haben ihre Phantasiephase gehabt und die Erwachsenen haben mal über ein Problem nachgedacht. Ich könnte mir vorstellen, dass man das auch mit beiden Bündnissen zusammen durchführt. Ich weiß das Thema noch nicht. Aber man kann jedes Thema so runterbrechen. Was dann aktuell ist.
Wir wollen die wirklich auch hier haben, Tiefensee und so und denen zeigen, dass unser Engagement nicht abbricht. Und das gibt dann vielleicht auch denen, die hier in der Region sind auch so ein bisschen Auftrieb: „Mensch guck mal, die stehen nicht nur da, wenn es uns gut geht, sondern sie sind auch da, wenn sie uns abgesäbelt haben." Aber vor allem eben das Ziel: Was passiert?
Vielleicht auch noch mal für Sie zum Verständnis, warum wir auch so rabiat manchmal sind. Für mich ist das hier noch nicht entschieden. Also generell ist für mich noch nicht entschieden, dass dieser Landkreis, ich sag mal, klingt jetzt pathetisch: überlebt. Das kann auch wirklich irgendwann die Studie vom Berliner Institut sagen, die hat ja auch was für sich, die sagen: „Wir ziehen den Stecker."
Wenn man sich ein bisschen in der Welt umguckt, in Australien oder so, da sind ganze Städte, die sind leer. In Amerika sind Städte leer, in Russland, ehemalige Sowjetunion. Da sind ganze Städte leer. Und dann ist der Stecker gezogen. Die werden uns nicht hier weg treiben. Da treibt man sich von ganz alleine weg. Und dieser Schwupp, dass

das nicht mehr rückgängig zu machen ist – das hat eigentlich der Konvent gezeigt – er ist noch lange nicht vollbracht. Und dafür sind solche Projekte hier so wichtig, dass man den Menschen auch wieder Mut gibt ja, und sagt: „Hey guck mal, da draus ist was entstanden im Dorf. Das was passiert.“ Und dann kommen die aus allen Löchern gekrochen. Da kommt auch der, der sich nur im Hühnerstall besäuft und selbst der streicht den Fensterladen an. Weil er wieder Mensch ist. „Ey, guck mal ey. Hier passiert was”

Abb. 8.7: Schlatkow

8.03. Interview mit Schwester Angela, Ambulanter Pflegedienst

Mittwoch, 25.02.2009 13.30 Uhr Johanniter Sozialstation, Hauptstraße 58, Ducherow

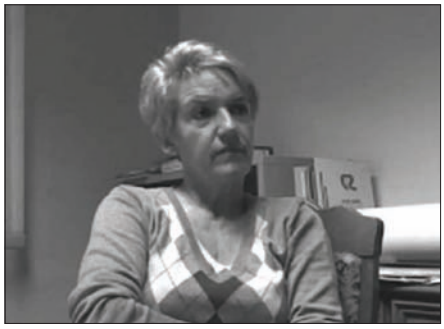


Abb. 8.8: Schwester Angela

Schwester Angela ist Leiterin der Johanniter Sozialstation in Ducherow.

Sind Sie bei den Johannitern angestellt?
Ja, angestellt.

In welchem Umkreis arbeiten Sie?
Ich muss sagen, ich hab Ducherow nicht alleine, sondern Spantekow auch noch. Also ich hab zwei Bereiche.
Ich würde mal sagen, so bei 40 km liegen die Grenzen.

Machen Sie das alleine?
Nein, wir sind neun Kollegen.

Wie umfangreich ist ihre Arbeit? Was gehört zur Pflege? Krankengymnastik?
Krankengymnastik gar nicht. Da muss man speziell eine Ausbildung haben. Es ist einfach nur das pflegerische und die Behandlungspflege. Das heißt: Wunden versorgen, spritzen, Medikamentengabe und Medikamentenboxen. Das ist alles Behandlungspflege. Und dann eben das pflegerische mit Hauswirtschaft und einkaufen und Patienten waschen, Grundpflege.

Sind Sie an die hiesige Diakonie angeschlossen oder übernehmen Sie Pflegedienste für die Diakonie?
Also wir sind hier nicht mit angeschlossen aber wir sind in Kooperationsbereitschaft. Das heißt, wenn ich Patienten habe, wo ich sage, hier kann ich keine Pflege mehr sichern. Und anders herum ist es eigentlich auch. Mehr oder weniger selten. Aber falls da mal Patienten wieder in die Häuslichkeit zurückkehren und bekommen einen Betreuer, weil sie schon im Heim waren, kriege ich die Patienten dann auch. Dann arbeite ich mit dem Betreuer zusammen.

Wie erfahren Sie von zukünftigen Patienten. Gehen diese Patienten zum Arzt und er vermittelt Sie?
Durch den Arzt oder den Angehörigen, selten durch den Patienten selbst. Die Angehörigen sehen dann zum Beispiel, dass ihre Mutter oder Vater nicht mehr mobil sind, sich nicht mehr bewegen können, vielleicht auch schon Dement und durcheinander sind und brauchen doch eine bestimmte Obhut. Dann wird die Pflegestufe beantragt. Das dauert auch so seine Zeit, bis das alles so gelöst ist und dann geh ich dann da rein und pflege denjenigen.
Wenn natürlich der Patient noch weiter hinfälliger wird, dann warte ich nicht ab bis ich die Bestätigung kriege, sondern gehe ich gleich rein. Das kann man dann rückwirkend abmachen.

Können Sie sich vorstellen in einem Raum, zum Beispiel eben eines Multiplen Hauses zu arbeiten?
Ja. Ich war ja als Gemeindeschwester tätig. Da gab es das auf jedem Dorf.

Da kam der Arzt und die Gemeindeschwester war zur Sprechstunde da. Da war auch die Mütterberatung, da machte man die Kontrollen und die Babys waren alle gut versorgt. Da hatte man noch einen engeren Kontakt zu den Patienten und mehr Zeit.

Wie oft waren Sie als Gemeindeschwester auf dem Dorf?
Ist unterschiedlich. Einmal die Woche sowieso, war ich meistens. Zweimal die Woche, kam darauf an wie groß das Dorf dann war. Bis hoch zum Kap war ich dann. Da bin ich dann mit dem Moped gefahren. Mit dem Auto war ja nicht so. Ja, so wie Schwester Agnes.

Wie weit sind sie gefahren?
Etwa einen 20 km Umkreis.

Sie haben dann mit einem Arzt zusammen gearbeitet?
Ja, mit einem Arzt. Er hatte ja auch seinen Bereich.

Kennen Sie hier in der Region jemanden, der als Gemeindeschwester arbeitet?
Nein, kenne ich keinen.

Und damals war das wie eine Sprechstunde in einem Raum in dem Dorf?
Ja, eine Sprechstunde und einmal die Woche kam der Arzt.

Aber es war ja keine Arztpraxis.
Nun, ein Raum der mit Medikamentenschrank, Schreibtisch, Stühlen und Liege ausgestattet war, mit Waage und was man so brauchte. Ansonsten hast du dir die Spritzen sterilisiert, in Alufolie mit einem Tupfer und alles rein in den Rucksack und hast zum Beispiel die Krippeimpfung gemacht. Das ging auch alles. Die Leute brauchen ja auch einen Anlaufpunkt. Einmal die Woche saßen sie im Wartesaal und dann wurde groß diskutiert. Sie sind ihre privaten Probleme losgeworden. Haben sich ihre Standartmedikamente mitgenommen. Ich hatte dann ja auch einen Medikamentenschrank wo das notwendigste drin war. Der Arzt hat die Rezepte geschrieben und ich hab dann die Medikamente besorgt und die andere Woche dann mitgenommen.

Gibt es die private Pflege nur unter der eigenen Verwandtschaft oder helfen sich auch die Nachbarn gegenseitig?
Da es alles ältere Leute sind auf dem Dorf hat da jeder mit sich zu tun. Es gibt private Pflege, wo die Angehörigen keine Arbeit haben.

Wie sieht es mit gegenseitiger Hilfe bei Haushaltsdiensten aus?
Ja gibt es, aber auch selten.

Kann man das so sagen, dass es immer mehr auf Sie übertragen wird?
Ja, weil ja keiner weiter da ist. Es wird auch immer seltener, dass ältere Menschen Auto fahren und wenn wir dann im Haushalt sind, dann fragen sie: „Oh, Schwester, können Sie mir mal schnell beim Schlecker ranfahren, mir ist das oder jenes ausgegangen.“ oder: „Können se mir mal ein halbes Brot holen, ich hab´s vergessen. Der Bäcker ist hier schon vorbei gefahren.“

Das man die Gemeindeschwester dazwischen schaltet. Das hört sich alles gut an. Man hat da immer das Bild der Schwester Agnes vor Augen.

Würden Sie sagen, eine Gemeindeschwester ist eine gute Ergänzung?
Für uns auf keinen Fall. Wir haben ja ein ganz anderes Arbeitsfeld. Ich arbeite nach Aufträgen, die ich vom Arzt kriege. Blut abnehmen oder so, das könnte „Schwester Agnes“ machen. Und für den Arzt war das schon eine kleine Erleichterung gewesen, weil er nicht mehr rausfahren musste und nicht mehr Blut abnehmen musste. Nach den neuesten Bundesdeutschen Gesetzen, ist das eigentlich so, dass wir das zu Hause nicht mehr machen dürfen, weil eventuell drei Prozent auch tröpfchenweise verbluten können. Du nimmst Blut ab, machst vielleicht ein Tupfer drauf, gehst los und das blutet nachher weiter. Und wiederum muss man ja auch sehen, dass man das Blut zum Arzt kriegt, weil vielleicht um acht oder neun der Fahrer kommt und holt das ganze Blut ab. Also das sind schon wieder Wege und Zeit.

Sie arbeiten jetzt also nach Aufträgen?
Ja, für mehrere Ärzte. Wir haben hier in Ducherow zwei Ärzte. Ich bekomme auch Aufträge von Anklam und aus der Umgebung, je nach dem wo die Patienten gerade in Behandlung sind.

Wissen Sie, wann und wohin der Arzt in die Gemeinde Löwitz kommt?
Ja, da ist so ein Gemeinschaftsraum. In Schmuggerow, wo Sie waren, ist noch ein Gemeinderaum, wo sich auch die Rentner treffen. Da kommt er auch hin. Und nach Löwitz fährt er auch. Da ist auch ein Raum.

Angenommen es würde wieder eine Art Gemeindeschwester geben. Ist diese dann eine Konkurrenz für Sie?
Nein, gar nicht. Die Schwester Agnes hatte zudem Zeit für die Patienten. Da wir jetzt nach Aufträgen arbeiten, hat jede Leistung die wir machen Minuten dahinter. Danach hat man sich zu richten und danach hat man den Tourenplan auszurichten. Ob ich nun einen drei Zentner schweren Patienten habe und ich wasch den oder ob ich einen mit 50 Kilo habe, der noch ein bisschen mitmacht, die Zeit ist immer die gleiche. Und letztendlich bindet man sich auch Zeit ans Bein, die einem nicht bezahlt wird.

Gibt es bei Ihnen Patienten, die hätten sich noch ganz gut bewegen können aber da es im Dorf nichts gibt wo sie sich hinbewegen sollen, wird das nachlassen der Mobilität beschleunigt?
Nein, an sich nicht. Es ist vielmehr diese Vereinsamung. Jeder zieht sich zurück und das war früher eben anders.

Sie sprachen bereits von Familienangehörigen. Es gibt diese also noch?
Es gibt teilweise Angehörige, die noch arbeiten und die dann damit nicht belastet werden wollen oder es sind eben Angehörige, die dann auch schon das Alter haben und sagen: „Nee also wir möchten uns dann nicht weiter reinknien.“

Gibt es in Ihrer Arbeit Schnittstellen mit Vereinen, der Kirche oder auf privater Basis?
Nein.

Wir versuchen uns auch einen Überblick über das alltägliche Leben zu machen. Gibt es hier aktive Vereine?
Ja, es gibt Sportvereine, Schützenvereine. Es gibt einen Chor und auch viele andere Veranstaltungen.

Abb. 8.9: Hauptstraße in Ducherow

8.04. Interview mit Holger Brandstädt, Kulturverein Weitblick e.V. Bugewitz

Donnerstag 26.02.2009 10.00 Uhr Ueckerstraße 79, Ueckermünde

Abb. 8.10: Holger Brandstädt

Holger Brandstädt ist Inhaber der Friedrich-Wagner-Buchhandlung in Ueckermünde und Mitbegründer des Kulturvereins Bugewitz e.V.

Warum gründete sich der Verein?
Das fing damit an, dass die Kneipe in Bugewitz eine neue Bewirtschaftung hatte. Einige Leute aus der Region haben gesagt: Mensch, hier muss man mal was machen. Und haben ein Schild angebracht: Bugewitzer Bühne. Nun galt es dies auch mit Leben füllen. Wir können heutzutage alle irgendwie nach Berlin fahren und dort ins Konzert gehen, das ist nicht so weit. Aber wir können auch kucken, ob sich hier in der Region genug Leute finden, die das auch wollen. Dann haben wir das angefangen mit Konzerten, mit Kino, Kindertheater. Übrig geblieben sind die Konzerte und Lesungen. Das, wo die Resonanz am besten ist. Das andere kriegten wir nicht finanziert. Das Kindertheater scheiterte dann daran, dass die Menschen, die das gemacht haben, einfach mehrfachbelastet sind. Die schafften das einfach nicht mehr.

Wie viele Leute helfen in diesem Verein?
Das waren am Anfang so 10-12 und seit letztem Jahr ein bisschen mehr, 15-16 Leute, weil ja auch immer welche ausscheiden. Man muss rechtzeitig dafür sorgen, dass da was nachwächst.

Wie sprechen Sie die Leute an?
Einer war hier im Laden und hat gefragt. Und dann habe ich gesagt: wir haben eine Sitzung in drei Monaten und wenn er da kommt, dann ist das ok. Und er hat sich das gemerkt. Die anderen haben wir angesprochen. Wir sind ein ganz kleiner Verein. Wir haben keine Zeit für irgend welche Gruppendynamik, sondern sind sehr Ergebnisorientiert.

Ist das auch der Grund, warum Sie ohne Fördermittel arbeiten?
Ja, keine Förderung. Wenn ich einen Förderantrag stelle, dann muss ich den spätestens bis September eingereicht haben. Dann kriege ich irgendwann im Januar eine Eingangsbescheinigung und irgendwann ein Schreiben: „Sie kriegen das Geld von uns." beziehungsweise „Der Haushalt ist noch nicht durch." Im letzten Jahr war der Haushalt in Uecker-Randow zum Beispiel im November erst durch.
Oder es kommt die Bescheinigung: „Ja, ist ganz schön aber könnt ihr das mit der Hälfte noch mal kalkulieren?" Dann kalkuliert man das ganze noch mal durch. Reicht das noch mal ein, um dann im August eine Bescheinigung zu erhalten: „Leider ist das ganze Geld alle. Man kann gern für das nächste Jahr beantragen aber das muss dann bis September wieder vorliegen." Wir sind nicht dazu da, irgendwelche Aufsätze über Gender, Mainstreaming oder saisonverlängernde Maßnahmen zu schreiben und wir sind auch nicht dazu da, irgendwelche Leute in den Büros zu beschäftigen. Wir sind der Meinung, wenn sich genug Leute finden, die Kultur wollen und dies durch ihren Eintritt mittragen, dann ist Kultur möglich. Wir wollen nicht von irgend jemanden dafür bezahlt werden, das dann keiner kommt. Das ist uns ganz wichtig. Dann kann man bestimmte Sachen leider nicht machen oder nur relativ wenig, weil

die Zielgruppe dafür zu klein ist aber man kann trotzdem doch relativ viel auch hinkriegen. Der Verein hat keine Schulden.
Wichtig bei der ganzen Geschichte ist, wir haben keine Personal- und auch keine Raumkosten. Wir beteiligen uns an den Heizkosten im Winter und ansonsten ist ja das Gasthaus so strukturiert, das der Saal der Gemeinde gehört. Den nutzen wir und daran ist ja auch die Gaststätte beteiligt, da sie ja Umsatz macht, wenn der Saal voll ist.
Das funktioniert. So ist es schon einmal im Monat richtig voll. Das ist schon ein Unterschied, ob da zwei, drei Leute am Abend drin sitzen oder wir 100 bis 200 Leute haben. Die Gaststättenbetreiber haben die Chance einmal im Monat ihre Miete einzuspielen.

Die Eintrittsgelder kommen dem Verein zu Gute?
Ja, die Eintrittsgelder kommen dem Verein zu Gute und der bezahlt die ganzen Kosten. Die Gehälter der Künstler, die GEMA und auch eine kleine Lesereihe. Diese rechnet sich meistens nicht, da zahlen wir drauf. Letztes Jahr gab es eine Ausstellung von Siegfried Rehfeld in der Kirche von Lassan. Die haben wir unterstützt, indem wir Geld reingegeben haben, denn der kommt aus der Region.
Das ist auch so eine Geschichte, da hatte Ulrike Seidenschnur, eine mit S. Rehfeld befreundete Malerin, einen Termin und wollte die Ausstellung machen und dann schaute sie eben, wie das Geld zusammen gesammelt werden kann. Dann hat sich herausgestellt Lassan ist in Ostvorpommern, Rehfeld lebt aber in Uecker-Randow. Das heißt, die Sparkasse in Uecker-Randow gibt kein Geld dazu, denn das ist woanders. Die Sparkasse in Ostvorpommern sagt: „Nein, wir kennen den nicht." Dann haben wir gesagt: vielleicht kann man so eine deutsch-polnische Geschichte daraus machen, denn es wird auch in Stettin ausgestellt. Die Pommerania hat gesagt: „Nein, das geht auch nicht, weil die Sparkasse Uecker-Randow kein Geld gibt."
Das sind einfach Sachen, die wir uns sparen.
Ich mach nebenbei ja auch noch Programmkino, dann gibt es Ausstellungen und Lesungen oder Vorträge.

Wo ist das Kino?
Das Kino ist hier in Ueckermünde in drei Sälen. Wir machen in unregelmäßiger Reihenfolge aber ganzjährig ein Programm.

Richten Sie das trotzdem auf die Saisonzeit aus?
Nein, wir machen es ganzjährig. Das ist genau unser Ansatz.
Die Grundidee von Weitblick und auch von dieser Buchhandlung ist: Begegnung. Ganz wichtig. Ich bin 2001 hierher gezogen und habe festgestellt: es gibt eine Menge spannender Leute und: Mensch, die kennen sich nicht. Dann habe ich jemanden aus der Region kennen gelernt und der hat gesagt: ja, wo sollen sie sich kennen lernen?
Dann haben wir überlegt: wie kann so was funktionieren? Dann ging es eben los mit den Veranstaltungen der Buchhandlung und wir haben Kino auf dem Hof gemacht. So entstanden Begegnungspunkte.
Dann kam der Kulturverein dazu. Wenn man zwei-, dreimal bei einem Konzert am Tisch zusammen sitzt, sagt man dann schon: Ach, Sie schon wieder. Man lernt sich dann kennen.
Also Begegnung möglich machen, das ist unser Ansatz. Alles andere ist „nur" Mittel zum Zweck.

Wie groß ist ihr Einzugsbereich?
Unser Einzugsgebiet erstreckt sich von Greifswald bis in die Uckermark. Wir sind ja hier in Ueckermünde ein bisschen abgelegen. Nördlich ist Wasser, Östlich Polen, der Rest ist Wald und Wiese. Aber Bugewitz liegt relativ günstig an der B109, zwischen Anklam und Pasewalk und Ueckermünde. Es kommen auch Leute von Usedom. Es ist relativ groß. Eine Stunde fahren ist kein Problem aber dafür kriegen sie auch was geboten. Aus dem Dorf selbst kommen die wenigsten.
...
Es gibt viele Dörfer, die überaltert sind. Wie soll es da werden? Hier im Haffküstenbereich sieht das immer noch ganz gut aus. Geht man 10km ins Land hinein, sieht das ganz anderes aus. Aber es gibt da auch Kommunen, wo noch was passiert. Leider gibt es auch viele, da passiert nichts außer das die Leute zu ihrer Arbeit pendeln. Aber dadurch, dass wir hier am Wasser sind, sieht es noch ganz gut aus.

Die Küste hier ist ja eher eine Schilfküste.
Ja, das ist ja auch in Ordnung. Ich finde es toll, dass es nicht zugebaut ist. Ich war mal in der Bretagne und dachte ich bin in einem Vorort von Berlin. Das ist komplett zugebaut. Ich finde es toll, dass die Haffküste so naturbelassen ist. Es gibt ja trotzdem Tourismus. Unser Beleuchter in Bugewitz hat als erster angefangen einen Bauernhof umzubauen, reetgedeckt als Ferienwohnungen. Dem haben die Leute einen Vogel gezeigt und haben gesagt: „Wer sollte denn hier auf unserem Dorf Urlaub machen?“ Mittlerweile haben die festgestellt: bei dem ist immer voll. Da ist was zu holen. Dann haben sie es nachgemacht. Aber das klappt nicht halb so gut, wenn man die alten Möbel der Schwiegermutter da reinstellt und mal im Baumarkt kuckt, was es da gibt. Der Tourist hier sucht etwas anderes.
Ja, hier passiert schon was. Das sehen wir auch an den Zahlen.
Der neue Radweg Berlin – Usedom hat dazu geführt, dass im Landesinneren, in Pasewalk plötzlich Ferienwohnungen und Gästezimmer nachgefragt sind. Vorher war hier gar nichts.
Das ändert sich jetzt.

Wie lange dauert so eine Veränderung? Sie haben ja vor sieben Jahren angefangen und das eher sehr langsam entwickelt?
Ja, das ist ganz entscheidend. Wir arbeiten alle und da war es gut, dass wir das Tempo immer selber bestimmen konnten. Das ist ja auch der Vorteil, wenn man auch mal sagen kann: wir machen weniger. Wir haben auch schon mehr gemacht. Das hat nicht funktioniert, weil unser Besucherpotential relativ klein ist und dann haben wir gesagt: dann machen wir lieber weniger. Es nützt mir nichts, ein Konzert mit Bobo zu machen und eine Woche später das nächste und beide nur halbvoll zu haben. Dann schaue ich doch lieber, dass ich die 100-200 Leute einmal im Monat habe. Wir haben ja auch den wirtschaftlichen Druck.
Einmal im Monat ist das was zur Zeit geht. Wir veranstalten dazu eine Konzertreihe in der St. Petri Kirche Mönkebude. Die bespielen wir in diesem Jahr fünf mal. Zu den 12 Konzerten in Bugewitz gibt’s dann auch ein zwei Monate, wo dann auch mal zwei sind, da sind das dort 14 und dann kommen 5 in der Kirche dazu, das sind dann 19 und dann gibt es hier im Haus noch drei Ausstellungen und noch ein paar Lesungen dazu. Dann sind wir bei 25 bis 30 Veranstaltungen im Jahr plus das Kino. Das ist schon viel.
Die Kirche hat den großen Vorteil, dass man sie in der Woche und auch

Sonntags bespielen kann und dass sie beheizbar ist. Wir sprechen damit auch wirklich unterschiedliche Zielgruppen an. Nach Mönkebude kommen andere Leute als nach Bugewitz.
...
Im Kulturverein sind mehrere Leute aber die Arbeiten sind ganz klar verteilt. Das heißt, ich mache die Verträge, die Künstlerauswahl, die Werbung und die Presse. Unser Beleuchter, Gerd Wagner, macht die technische Abwicklung und der Rest macht dann das was dann noch kommt. Also Saal ein- und ausräumen, Tische dekorieren, Einlass, solche Sachen. Da sind 30 Termine schon relativ viel. ...
Ich bin hier der feste Ansprechpartner. Als wir das damals gegründet haben, hat einer gesagt: der hat den Buchladen und kann sowieso nicht weg. Viele haben Projektarbeiten gemacht. Die sind mal auf dem Dorf, da im Theater und waren nie erreichbar. Und ich bin einfach überwiegend erreichbar. Ich habe auch vorher schon Veranstaltungen gemacht. Das heißt, wenn einer anruft und fragt: können wir das so machen? Dann kann ich ja oder nein sagen und das relativ schnell.

Wie sind Sie auf die Idee gekommen in Ueckermünde einen Buchladen aufzumachen?
Ich bin auf dem Land groß geworden, im Brandenburgischen und väterlicherseits stamme ich von hier. Ich bin mit 17 nach Berlin gezogen und habe mir seltsamerweise überlegt: das machst du 10 Jahre, dann hast du genug von der Stadt. Nach zehn Jahren habe ich das Angebot bekommen, den Buchhandlung hier zu übernehmen. Meine Großmutter hat hier vor 71 Jahren ihre Ausbildung begonnen. Also meiner Familie gehörte das nicht aber die hat hier gelernt und dann gearbeitet. Und die Alteigentümerin hat nach der Wende das Haus wieder bekommen und hat sich gesagt: was machst du damit? In ihrer eigenen Familie wollte es keiner und dann wurde ich gefragt. Ich wollte gerne wieder aufs Land und hatte das Problem: Oderbruch, Uckermark – alles schöne Landschaften aber Leben, wovon? Und hier war der familiäre Kontakt da. Es ist gibt Wasser vor der Tür, gibt einen Hafen. Das kommt noch dazu. Und der Laden funktioniert.
...
Eine Fahrbibliothek oder Verkauf lohnt sich für Sie sicher gar nicht.
2003 oder -04 gab es mal ein Angebot vom Landkreis, die Fahrbibliothek zu übernehmen. Da haben sie auch gesagt: da können Sie da dann auch Sachen mit verkaufen. Also Bücher oder eine Kiste Sternburg oder eine Stange polnischer Zigaretten oder was ich da hätte verkaufen können. Das finde ich absolut uninteressant.
Die konnten die Fahrbibliothek nicht weiter betreiben, weil die Kosten zu hoch sind. Und dann habe ich gefragt: was sind denn die Kosten? Na, die mussten den Bus unterhalten, die hätten die Bibliothekarin und dann noch den Busfahrer. Dann hab ich gesagt: Na ja, Personalkosten halbieren. Die Bibliothekarin macht den Busschein. So wie das sonst überall auch üblich ist. „Ja, das geht nicht. Das machen die nicht.“ Wieso nicht? Da geht man einmal in die Bibliothek und sagt: Passt auf, wir haben das Problem. die Fahrbibliothek muss zu machen. Aber es gibt eine Möglichkeit: zwei bis drei von euch machen einen Busschein und die kriegen eine Beschäftigungsgarantie. Das war für die Kreisverwaltung natürlich undenkbar. Die Bibliothek haben sie jetzt zum Glück nicht geschlossen, sondern durch ein Modellprojekt für zwei Jahre Geld bekommen. So nach dem Motto: wir halten junge Frauen auf dem Lande, indem wir die Fahrbibliothek erhalten. Da haben sie es wieder

hingekriegt. Aber das ändert nichts daran, das die Strukturen insgesamt ungesund und nicht nachhaltig sind. Ich brauche nicht einen extra Fahrer für den Bus.

Kennen Sie neben dem Bioladen Esslust noch an anderer Stelle Läden für regionale Produkte?
Es gibt hier im Kulturspeicher ein klein wenig was. Dabei gibt es sicherlich reichlich fertige Projekte in der Schublade der Entwicklungsgesellschaft, wie man Regionalprodukte anschieben könnte aber es passiert eigentlich nichts. Bis auf die zwei drei Sachen, bei Edeka und die Esslust bei Anklam – das ist viel zu weit weg, ist einfach nichts. Es gibt eine Gärtnerin, die Biokisten verkauft, wo man auch Brot kaufen kann. Es gibt hier am Hafen frischen Fisch zu kaufen und es gibt auch mal ein Stück frisches Wild, sonst nichts. Das hat damit zu tun, dass in der Region die regionale Vermarktung noch nie wirklich stattgefunden hat und auch Wertschöpfung nie stattgefunden hat. Es gibt hier einen Bauernhof, der hat vor zwei Jahren angefangen Eis zu produzieren Das Kino hat letztes Jahr gesagt: wir verkaufen das Eis. Aber das sollte es dann auch im Tierpark geben oder am Hafen oder Bahnhof. Das man so eine richtige regionale Kette aufbaut. Es gibt hier keine Wertschöpfung. Es gibt nur produzieren und weg. Aber da hängen natürlich die Arbeitsplätze dran oder eben nicht.

Abb.8.11: Landschaft bei Vogelsang-Warsin

Abb. 8.12: Simone Waßermann
Abb. 8.13: Dr. Michael Waßermann

8.05. Interview mit Simone Waßermann, Dr. Michael Waßermann – Grafik- und Designschule Anklam

Donnerstag 26.06.2009 13.00 Uhr Demminer Straße 36, Anklam

Simone Waßermann ist seit 2008 Leiterin der Grafik- und Designschule in Anklam. Diese private Berufsausbildungsstätte wurde 1996 durch Herrn Dr. Michael Waßermann (Architekt und Vater von S. Waßermann) gegründet.

Die Dörfer haben kein Zentrum mehr, so dass sich die Leute nicht mehr treffen, nicht mehr kommunizieren.
Herr W.: Das ist ja nicht das erste mal, dass ich so etwas höre. Ich wohne in genau so einem Dorf und habe das gerade mit unserem Bürgermeister besprochen. Aber in allen Nestern ist das doch so. Und wir haben so einen Ort, da haben wir jeden Sonntag Kaffee gemacht, mit selbstgebackenem Kuchen. Das war dann der Kommunikationsort. Jetzt ist das wieder geschlossen.

Warum?
Weil das Ordnungsamt und das Gewerbeamt kommt und sagt: Ende.
Frau W.: Das geht ja alles nur, wenn man es als Verein organisiert und betreibt.
Herr W.: Dann kommt trotzdem das Gewerbeamt und Finanzamt. Wir haben ja alle Vorraussetzungen. Das haben wir ja alles in unserem Bau organisiert. Jetzt sind wir an der Stelle, wo das Finanzamt kommt und sagt: wer macht das hier. Und das haben wir genau nicht organisiert. Bei Ihnen in der Forschungsarbeit fehlt also noch das Ordnungsamt und das Gewerbeamt.

Wie lange gibt es dieses Haus schon?
Herr W.: Na, so etwa seit 15 Jahren wird das gemacht. Das ist eine Ruine gewesen. Das steht ja unter Denkmalschutz. Das war eine pommersche Melkerschule. Na ja, es quält sich so dahin. Wir haben da riesen Fördermittel drin. Wir haben da ein Schwedenzentrum. Da kommt die schwedische Botschafterin. Das hat mit der Geschichte zu tun. Also da ist mächtig was los. Und jetzt fällt das auseinander. Wenn der Bürgermeister das jetzt nicht macht, ist wieder alles umsonst gewesen. Da sind tausende von Fördergeldern reingeflossen. Jetzt Nachhaltigkeit da reinzubringen, dass das weiter immer am Leben bleibt, das geht nur, meinen wir, wenn in irgendeiner Form Geld umgesetzt wird. Nicht Profit gemacht wird aber Geld eingenommen wird. Also kamen wir auf die Idee das mit einer Gaststätte zu machen.
Frau W.: Der Plan war eben, das Touristen da auch schlafen können. Es ist eine Herberge. Das ist eigentlich sehr schön dort.
Herr W.: Hier gibt es entlang der Peene ein Projekt in der die Raumordnung und die Universität Greifwald involviert sind, eine Pommersche Dorfstraße zu entwickeln, um dieses tote Gebiet hinter der Küste zu entwickeln. Da gibt es den Ort Schmatzin, von dem ich jetzt rede, da gibt's Lüssow usw.. Da gibt es so eine Struktur die aber alle nicht wissen, wie sie das nun am Leben erhalten sollen. Die kriegen das aber auch nicht fertig im Landkreis mit der Landrätin die Diskussion zu führen.
...

Löwitz war für uns auch dadurch interessant, da die Gemeinde Löwitz nun Ducherow zugeschlagen wird.
Herr W.: Dieser Prozess passiert jetzt sowieso. Das passiert mit allen diesen Dörfern, dass alles zentralisiert wird. Und das bedeutet dann, dass gleichzeitig viel weggedrückt wird. Da entstehen neue Machtstrukturen, neue Infogruppen, die das dann alles verändern und die die bisher alles gemacht haben, stehen dann da.

Was in Löwitz besonders ist: da gibt's nichts. Die Gebäude stehen nur da und es müssen erst mal viele Gelder reingebracht werden. In der Gemeinde Schmatzin ist alles baulich schon in Ordnung. Da ist eine Betriebsstruktur, eine Organisationsstruktur zu entwickeln, dass es am Leben bleibt. Das ist eine wesentlich höhere Stufe, als Sie in Löwitz haben. Das beides zu entwickeln, das wäre natürlich sehr reizvoll.

Grundsätzlich wichtig ist die Bildung eines Netzwerkes. Hier suchen wir Ansprechpartner, indem wir hier die Interviews machen.
Frau W.: Ich bin hier seit September. Aber Vernetzung ist hier ein großes Problem. Manchmal habe ich den Eindruck, die wissen hier gar nicht voneinander und wissen nicht, wie man ein Netzwerk bildet und warum man es braucht. Wir sind ja in die Strukturen reingewachsen und für uns ist es daher einfach, dieses zu nutzen und aufzubauen.
Herr W.: Ich bin 1980 aus Berlin hierher gezogen. Da gab es in jedem Dorf noch eine Kneipe. Das war dort das Kommunikationszentrum. Da bin ich jeden Abend nach der Arbeit hin und habe auf diese Art und Weise die Leute kennen gelernt. Seit 1985 gibt's in den Dörfern nördlich der Peene, von denen ich rede, keine Kneipen mehr. Die Leute haben kein Kommunikationszentrum. Dort war man jeden Tag und wusste was los war. Jetzt wohn ich da und weiß nicht was im Dorf los ist. Und das funktioniert eben nur, wenn ich auch was ausschenke, als Gaststätte mit Stammtisch und so weiter. Das ist nicht herzustellen, weil eben die Gesetze in diesem Land das verhindern.
Wir haben auch schon andere Projekte gemacht. Um einfach da auszuschenken, haben wir gesagt: wir schenken nur an Vereinsmitglieder aus.

Das ist der Punkt, wo wir mit dem Projekt sehr hilfreich sein können.
Herr W.: Das interessiert mich. An den Stellen muss man jetzt ansetzen. Wie kann man mit den Fördergeldern, die ja hier wirklich ausgeschüttet werden, das ist ja sagenhaft, was da alles gemacht wird. Wie kann man das retten, indem man ein nachhaltiges Konzept entwickelt.
Frau W.: So ein Multiples Haus ist ja auch eine Sache, die auch gerade was den rechtsextremen Hintergrund angeht, wichtig ist. Die machen ja Basisarbeit. Das ist ja gerade das was so verhängnisvoll ist. Einkaufen gehen und Kohle reinschaufeln. Da muss es einen Gegenpol geben.

Herr W.: Haben Sie mal die Leute gefragt, die was machen, wo die her sind?
Eine war von hier aber alle anderen waren Zugezogene.
Herr W.: Genau das ist der Punkt. Wir sind hier im Lande, da habe ich auch die Historik gelesen, wir sind im Lande der Schlösser und Katen. Das spielt wirklich eine Rolle. Ich hätte das nicht für möglich gehalten. Das geht bis ins Persönliche hinein. Das ist in dem Denken der Leute drin.

Sie haben die Schule gegründet und ausgebaut?
Herr W.: Mit einem Partner zusammen. Wir haben 1994 als GbR angefangen, zwei Mann. Ich war ja Gründungsmitglied des Lilienthalmuseums, und der dort die Grafik gemacht hat, ist der Partner. Es ist eine Berufsfachschule.

Die Immobilie haben Sie gepachtet?
Herr W.: Gekauft. Also dieses Gebäude hier nutzt die Schule und die anderen Gebäude werden anderweitig vermietet. Die Schule selber hat diese Ruine gekauft, leider, sage ich heute, weil immer noch ein Kredit abzuzahlen ist, und betreibt das nur mit dem Schulgeld. Es gibt keine Zuschüsse. Theoretisch gäbe es Zuschüsse aber nicht in der Form, wie wir das machen. Die Schule ist nur deshalb entstanden, weil wir gesagt haben, wir übernehmen alleine die Verantwortung und bilden eine GbR. Anders hätte die Gründung zu lange gedauert.
Frau W.: Dadurch das wir eben ein profitorientiertes Unternehmen sind, sind wir nicht förderberechtigt. Wir haben eine Bafögberechtigung. Das heißt, die Schüler die hier ausgebildet werden, bekommen das Schüler-BAföG, das sie nicht zurückzahlen müssen.

Wie viele Schüler nehmen sie auf?
Herr W.: Wir hatten mal 150 bis 200 Schüler insgesamt. Jetzt haben wir 70. Wir haben sehr sehr zu leiden unter der demographischen Entwicklung.
Die Schüler kommen hauptsächlich aus der Region?
Herr W.: Der Schwerpunkt ist Mecklenburg-Vorpommern.
Frau W.: Wenn wir weiter bestehen wollen, müssen wir verstärkt werben und gehen auf Messen nach Berlin, Köln, Hannover, Hamburg, Franfurt/Oder und so weiter. Aber, ob tatsächlich aus Köln jemand hierher kommt, müssen wir einmal sehen.
Diejenigen die fertig sind mit der Ausbildung, bleiben die in der Region?
Herr W.: Na, das sind 600 Absolventen. Aber ja, es gibt eine ganze Masse die bleiben. Ich fahr nach Strahlsund, nach Greifswald, da find ich die überall. Aber es ist natürlich schwierig. Die meisten sind überall in der Welt.

8.06. Interview mit Kristin Wegner, Höfeladen Esslust

Donnerstag 26.02.2009 15.00 Uhr Höfeladen Esslust, Nr. 7a, Libnow

Abb. 8.14: Kristin Wegner

Kristin Wegner führt seit 2005 den Höfeladen Esslust, welcher als Schwerpunkt regionale Biolebensmittel verkauft. Der Laden mit Café befindet sich in einem ehemaligen Stall an der Bundesstraße 110, welche auf die Insel Usedom führt.

Warum eröffneten Sie hier einen Bioladen?
Na, weil ich von hier bin. Ich wollte immer wieder hierher zurück und wollte die Bioprodukte und die landwirtschaftlichen Produkte vermarkten. Ich habe in den Ferien und vor dem Studium hier in der Gegend gearbeitet und habe gemerkt, dass das einfach fehlt. Es wurde produziert aber es wurde nicht verkauft. Die Leute vom Schwarze Schafe Hof im Nachbardorf haben uns gesagt, dass das Gebäude hier, der Stall versteigert wird. Mein Mann ist Tischler und dann haben wir gesagt: Ok, wir probieren es und machen es.

Wann war das?
Das war 2005. Ende 2004 habe wir das gekauft und 2005 haben wir dann schon den Laden aufgemacht.

Wie groß ist das Einzugsgebiet ihrer Produkte?
Ganz Mecklenburg-Vorpommern.

Wie sind Ihre Öffnungszeiten?
Im Sommer sieben Tage die Woche und im Winter sechs Tage die Woche.

Wie viele Mitarbeiter haben Sie?
Ich habe zwei Mitarbeiter und meinen Vater als Unterstützung.

Wie sieht Ihre Werbung aus?
Es gibt eine Internetseite. Ab und zu gibt es einen Artikel in der Zeitung und in verschiedenen Touristenblättchen und Touristenführern. Dann sind wir in dem Einkaufsführer: Bio einkaufen in MV auch drin. Um die Vermarktung kümmere ich mich selber.

Sie hatten und haben vor Ort ein gutes Netzwerk das Sie nutzen können?
Genau. Also ich kenne relativ viele Höfe hier im Umkreis und das war dann auch unsere Idee. Die hatten alle das Problem, dass sie ihre Produkte nicht los wurden. Also keine Zeit hatten für die Vermarktung. Sie haben produziert und sind mal auf einen Markt gefahren, vielleicht einmal die Woche.

Welches Produktsortiment bieten Sie an?
Der Schwerpunkt liegt auf frischen Produkten, wie Gemüse, Käse und Backwaren. Schafskäse ist dann der Schwerpunkt. Dieser „Schwarze Schafe Hof“ ist 5 km weiter. Die produzieren Schafskäse, Schafswurst, Schweinewurst und Brot. Die machen also auch das Brot selbst. Das ist auch das, was die Leute anspricht. Das kennen sie und kaufen sie auch. Dann gibt’s noch Kuhmilchkäse aus der Region.

Die Kuhmilch auch?
Nein, es gibt keinen der hier die Milch abfüllt. Das ist das Problem mit dem Veterinäramt wieder mal. Das ist schwierig, da so eine Anlage zu installieren. Das man das darf.

Das war doch früher hier so ein Schwerpunkt, oder?
Ja, ich finde es auch sehr schade.

Darf man einfach zum Bauern gehen und mit seinem Kännchen frische Milch holen?
Ja, das darf man. Direkt ab Hof darf man aber man darf es nicht in den Laden stellen. Weil dann muss man so eine Flaschenabfüllanlage und eine Reinigungsanlage haben. Wenn man 100 Liter in der Woche verkauft, ist das einfach zu wenig.

Holen die Leute hier ihre Milch vom Bauern?
Nein, ich kenne niemanden, der das so macht.

Holen sich die Leute Eier?
Ja, das funktioniert. Da hat ja auch jeder ein paar Hühner. Da wo ich wohne, da gibt es auch viele Leute die ihre Hühner haben. Das ist ganz normal.
Aber mein Schwerpunkt ist Bio. Ich verkaufe nur kontrolliert biologische Sachen.

Gibt es inzwischen viele Bauern, die umgestiegen sind oder sind das eher die Neubauern, die biologisch produzieren?
Also die, die Bio machen sind meistens Neubauern. Das gibt es selten, dass einer umgestellt hat. Einige Fleischproduzenten haben ihre Mutterkuhhaltung umgestellt. Aber das so jemand Acker oder so was umstellt, das habe ich noch nicht mitgekriegt. Das sind alles Leute, die nach der Wende gekommen sind.

Und junge Bauern, die nach der Ausbildung wieder herkommen und den Vaterhof übernehmen?
Ja doch, da kenne ich den, der die Eier liefert, der ist von Rügen. Der hat das so gemacht.

Seit wann gibt es Ihren Lieferservice?
Den Lieferservice gibt es seit Ende 2005. Seit der ersten Wintersaison. Im Winter war nichts los und da haben wir gedacht wir müssen was tun. Die Lieferung ist immer Freitags, einmal in der Woche nach Usedom und alle zwei Wochen bis Ueckermünde. Wir liefern die Bestellungen. Wir haben eine Preisliste, die streichen an was sie wollen, wir stellen das zusammen und fahren die Kisten aus. Und die Kisten werden in der nächsten Woche wieder abgeholt.

Wer sind ihre Kunden für den Lieferservice? Könnten diese nicht auch in einem Multiplen Haus ihre Biokisten abholen?
Meine Kunden sind beschäftigte Leute, die keine Zeit haben oder alte Leute, die das nicht tragen können. Die nehmen das in Anspruch und die sind so individuell und wollen das wirklich direkt zu ihnen geliefert haben und direkt in den Kühlschrank tun. Das glaube ich nicht, das die kommen und das abholen.
Aber es gibt so ein Hemmnis bei dem Lieferservice, einige wollen nicht

eine Kiste haben, die wir zusammensuchen, sondern ihre Kiste selbst zusammensuchen. Vielleicht kommen so, mit einem Verkauf im multiplen Haus, neue Kunden. Das wäre eine Möglichkeit. Aber die Kunden, die ich jetzt habe, bei denen kann ich mir das nicht vorstellen.
Das Komplettprogramm kaufen eher Leute, die gut verdienen. Das ist einfach so. Die älteren kaufen so Sachen, die sie sonst nicht kriegen, wie die Milch oder die Butter, die schmeckt einfach besser. Gemüse. Rote Beete gibt's nicht mehr im Supermarkt. Das habe ich schon ganz oft gehört.

Trägt sich Ihr Geschäft wirtschaftlich?
Ja, also es ist im Moment nicht üppig. Aber es ist jetzt das vierte Jahr und das ist das erste gute Jahr. Es hat drei Jahre gebraucht, um das aufzubauen. Es leben zwei Leute davon also zwei Angestellte und ich auch. Wir sind gerade am umbauen, um hier auch warmes Essen anzubieten.

Sind Sie in einem Netzwerk?
Ja, da gibt es diesen Flyer für ein loses Netzwerk von Initiativen des Lasaaner Winkels. Der von 2009 ist gerade im Druck. Ein Netzwerk, einen Verein für regionale Produkte ist gerade in Uecker-Randow in Gründung. Da habe ich einen Brief bekommen.

Wir bemerken immer wieder die starre Grenze zwischen den Landkreisen. Gerade bei regionalen Produkten sollte eine Zusammenarbeit doch angestrebt sein.
Ich habe immer noch das Gefühl, das die Leute hier soviel mit sich selbst zu tun haben, das es wirklich schwierig ist, sie zu aktivieren, weil sie keine Zeit haben. Das merke ich auch an mir. Die Einladung ist gekommen, ich weiß nicht, ob ich hinfahren kann. Das kostet einfach einen Tag Zeit, da fährt man hin und diskutiert: Was gründet man? Und Vereinsarbeit kostet Zeit.

Hier ist ja alles mit fahren verbunden?
Ja, das ist nicht das man Abend mal kurz los geht. Das geht nicht.
Es ist einfach so, die Leute sind weit verteilt in der Gegend. Ich wohne in einem Dorf im Lassaner Winkel, da wohnen vielleicht 50 Leute. Also die Kontakte sind wirklich weit verteilt. Meine Freunde wohnen 100 km weiter, das fährt man auch einfach für einen Nachmittagstee hin. Das macht man.

Haben Sie auch Kontakte zu der Nachbarschaft in Ihrem Dorf?
Das sind halt relativ alte Leute. Wir haben eine ältere Frau als direkten Nachbarn, zu der wir Kontakt haben. Mehr ist das nicht. Und selbst da ist es schwierig, da wir den ganzen Tag arbeiten. Die Frau ist noch sehr aktiv. Aber es ist schwierig. Heute war einer aus dem Dorf hier, da konnte man sich mal unterhalten.

Sie haben Kinder?
Ja, zwei Kinder. Die eine geht schon zur Schule, die andere kommt auch nach Greifswald in die Waldorfschule.

Wie weit ist das von Ihnen?
Das sind 40 km und sie brauchen eine dreiviertel Stunde. Da gibt es

Abb. 8.15: Heidschnucken in Schlatkow

einen Bus. Das haben wir uns auch selbst organisiert, das ist auch so ein Netzwerk, was irgendwie zustande kam, weil es viele Leute gibt, die ihre Kinder da hinschicken wollen.

Es war also die Initiative der Eltern?
Genau, die haben gekuckt, das man ein Unternehmen findet, das die Kinder da hin transportiert.

Das bezahlen sie aber nicht, sondern wird von den Verkehrsbetrieben gestellt?
Nein, das ist ein privates Taxiunternehmen, was einen Bus hat.

Das hat man gegengerechnet, wie viele Kinder man braucht, um das zu machen?
Ja, genau. Jeder zahlt was, der Landkreis gibt was dazu und so finanziert sich das.

Für alte Leute ist der geringe ÖPNV wohl ein echtes Problem, denn es gibt eigentlich nur noch den Schulbus.
Es gibt bei uns keinen Bus nach Greifswald. Das ist ein echtes Problem und Greifswald ist die nächste Stadt. Von Anklam fährt auch nur zweimal am Tag ein Bus zu uns. Das kann man eigentlich nicht machen. Meine Kinder können nicht mal nach der Bücherei allein nach Hause fahren, weil es keinen Bus gibt.

Wie lange fahren Sie hier her?
Das sind 8 km. Das ist harmlos. Im Sommer könnte ich auch das Rad nehmen.

Sind die Radwege hier gut ausgebaut?
Ja, auf der Insel geht das schon aber in Richtung Wolgast gibt's das nicht. Aber man kann mit dem Rad eigentlich auch fahren, da es wenig viel befahrene Straßen sind. Da gibt es Nebenwege.

Können die Kinder auch mit dem Rad fahren? Ist es also eine sichere Gegend?
Ja. Also meine Kinder fahren mit dem Rad von einem Dorf zum anderen und ich kenne viele Kinder, die das auch machen.

8.07. Interview mit Reni Hübner – Bürgermeisterin Gemeinde Löwitz

Freitag, 27.02.2009 13.00 Uhr Haus Kummerfrei (Gemeindehaus), Schwerinsburg

Abb. 8.16: Reni Hübner

Reni Hübner war von 1994 bis Mai 2009 ehrenamtliche Bürgermeisterin der Gemeinde Schwerinsburg, zu welcher die Dörfer Löwitz, Sophienhof und Schmuggerow gehören.

Bis wann bleiben Sie Bürgermeisterin?
Bis zur Wahl. Bis zur Wahl sind wir noch eigenständig und ab dem 08. Juni 2009 gehören wir dann zu Ducherow.

Dann gibt es einen neuen Bürgermeister?
Dann gibt es auf alle Fälle einen neuen Bürgermeister. Ich bin dann nachher schon ein bisschen zu alt. Überhaupt so eine Gemeinde zu leiten, gehört schon bisschen mehr dazu.

Welche Dörfer werden noch nach Ducherow eingemeindet?
Die Gemeinde bleibt Ducherow. Löwitz und Rathebur kommen noch dazu. Die anderen haben sich noch nicht entscheiden können.
Zu unserer Gemeinde gehören vier Orte: Schmuggerow, Löwitz, Sophienhof und Schwerinsburg. Vor fünf Jahren haben wir uns zu einer Gemeinde zusammengeschlossen. Schwerinsburg war vorher eigenständig und ist dann mit Löwitz zusammengegangen, weil die Einwohnerzahl immer mehr schrumpfte. In beiden Gemeinden. Sie wissen ja sicher auch, dass die Mittel auch immer weniger wurden, die wir als Kommunen bekommen haben. Und darum haben wir gesagt: Arbeiten wir zusammen. Es war von früher her sowieso eine Zusammenarbeit von diesen Orten und daher hatten wir uns dafür entschieden. Und da wir jetzt mit dieser Fusion noch keine 500 Einwohner erreicht haben und Fördermittel nur für Gemeinden ausgegeben werden, die 500 Einwohner haben – haben wir hier schon einige Beispiele gehabt – darum jetzt auch dieser Schritt. Und ohne Fördermittel könnte eine Kommune, wenn sie nicht ein ganz dickes Polster mehr hat, gar nichts mehr machen.

Wer ist zur Zeit der Hauptarbeitgeber in der Gemeinde?
Der Hauptarbeitgeber für unsere Gemeinde ist die Agrarwirtschaft in Schmuggerow (Ducherower Agrar GmbH & Co. KG; Anm. d. Verf.).

Was macht diese Agrarwirtschaft genau?
Milchwirtschaft. Das sind die Kuhställe in Schmuggerow. Es sind über 100 Kühe. Vorher hatten wir überall Kühe. Wir gehörten alle schon zur Tierproduktion Schmuggerow. Wir hatten alle zusammen über 300 Kühe in dem Bereich, über 800 Schweine und dann das Jungvieh. Hier haben viele Leute gearbeitet in der Landwirtschaft. Die Agrar GmbH war ja schon vorher in Ducherow und ist es ja bei Herrn Schroeder jetzt auch noch.

Wie lange sind Sie jetzt Bürgermeisterin?
Ich bin seit 1994 Bürgermeisterin. Vorher war ich mal in der Gemeindevertretung aber nicht Bürgermeister. Da bin ich mal so reingeschlittert. Da wurde noch jemand für die Gemeindevertretung gesucht. Dann hab

ich gesagt: „Ja“. Und als dann die Wahlen zu Ende waren, dann sagte der, der den Bürgermeister gemacht hatte und sollte auch wieder, weil die Partei auch die meisten Stimmen bekommen hatte: „Du, ich kann nicht mehr. Ich hab eine Arbeit gekriegt. Und jetzt musst du das machen.“ Und seitdem bin ich Bürgermeister.

Seitdem sind sie im Vorruhestand?
Nein, ich hab seit 1990 Erwerbsunfähigkeitsrente bekommen und war sowieso schon zu Hause.

Wir haben uns schon gefragt, wie die ganzen Bürgermeister das alle ehrenamtlich schaffen.
Na ja, ich bin zu Hause, da geht es immer ganz gut. Aber wir haben auch Bürgermeister die auch arbeiten. Also die haben es wirklich schwer. Der Bürgermeister von Ducherow ist ein Anwalt. Aber wie er nun dann das vergrößerte schaffen will, weiß ich auch noch nicht. Sicherlich muss er sich ein paar gute Mitarbeiter aus der Gemeindevertretung ranziehen. Das geht nicht anders.

Die Gemeindestruktur besteht aus einem Bürgermeister und den Gemeindevertretern? Kommen die Gemeindevertreter dann auch aus den einzelnen Orten?
Ja, das liegt nachher daran, ob wir das mit der Wahl hinkriegen. Ob wir Kandidaten aus unseren Orten gewinnen können. Wir haben welche, die sich bereit erklären und ob die dann auch die nötige Stimmzahl haben, das sie mit in die Gemeindevertretung kommen. Das ist nun mal so. Eine Wahl ist eine Wahl.

Gibt es hier auch eine NPD Fraktion?
Nein, nur im Kreis.

Ist es hier problematisch mit der NPD?
Ja, ist so. In Ducherow sind auch etliche. Da wird auch sehr aufgepasst. Muss ich auch sagen. Toi toi toi.

Ihre Vereinsarbeit sieht man auch auf einigen Fotos hier. Was war oder ist das?
Das war unser Garagen-Nightclub. Da hatten sich junge Leute zusammengefunden und haben so Playback-Aufführungen bei den ganzen Dorffesten gemacht. Wir haben schon immer sehr schöne Dorffeste gehabt. Jedes Jahr. War immer ein Anziehungspunkt. Wir hätten halb so viele Leute hierher bekommen, wenn das nicht gewesen wäre. Muss ich neidlos eingestehen. Ich hab schon mal gesagt: „Das Zelt müssen wir festhalten!“ Wir müssen es ja immer draußen machen, weil wir keinen so großen Raum hier haben. Zuerst hatten wir noch selber ein altes Armeezelt aber über die Jahre ist das dann auch nicht mehr benutzbar gewesen. Da gibt es ein Zelt hier im Amt, was wir uns dann immer ausleihen. Das ist dann ja ein bisschen fester. Aber das andere war dann eben schon ein bisschen wacklig. Da musste man dann schon die Pfosten festhalten. Das hat gewackelt wie was. Es ist wirklich schade, dass die aufgehört haben.

Warum haben diese Leute aufgehört?
Aus personellen Gründen und dann gab es auch ein paar Unstimmigkeiten in der Truppe, wie das dann immer über die Jahre so kommt.

Und sonst haben wir noch die Volkssolidarität. Wir haben hier in Schmuggerow und auch in Löwitz eine Gruppe und auch in Schwerinsburg eine. In Schmuggerow gibt es regelmäßige Treffen. Damals kurz vor der Wende hat die LPG einen Jugendclub gebaut. Heute sind die Eigentumsverhältnisse noch nicht geklärt. Der ist ja praktisch damals mit in die EG Schmuggerow rein gegangen. Und wie da Insolvenz war; bei der ganzen Abwicklung ist der vergessen worden. Der steht auf Gemeindeland und wir nutzten ihn auch immer. Wenn was war, haben wir auch immer alles gemacht. Aber offiziell gehört er nicht zur Gemeinde. Das sind finanzielle Sachen. Ich kann da nichts machen lassen. Das darf ich nicht. Jetzt sind wir dabei die Eigentumsverhältnisse zu klären, dass das auf die Gemeinde kommt. So, dass dieses Haus bestehen bleibt für die Bürger in Schmuggerow, das die Volkssolidarität sich da treffen kann oder das da auch mal Geburtstag gefeiert werden kann.
Und so etwas haben wir hier ja auch. Wo wir hier gerade sind. Alle 14 Tage trifft sich die VS (Volkssolidarität; Anm. d. Verf.) immer drin. Das Frauentreffen. Und wenn uns nichts anderes einfällt, dann werden Spiele gespielt. Über Winter sind die Frauen froh, dass sie mal rauskommen und sich mit anderen unterhalten können.

Wie organisieren Sie das? Werden die Frauen eingeladen?
Nein. Hier in Schwerinsburg haben wir feste Termine. Alle 14 Tage, wenn die Mülltonne weggeht. Dienstag geht sie weg und Mittwoch ist hier Treff. Da muss was bei sein, das sie sich nach richten können. Das klappt an und für sich schon.

Wie sieht es mit der Bevölkerungsstruktur aus? Wie viele sind 0 bis 20 Jahre alt, 20 bis 40 und älter?
Ich würde sagen, bis 40 Jahre sind es 50 Leute hier in Schwerinsburg. 40 die jüngsten, die anderen eben auch 40 und der Rest ist dann alt. Eben wie das überall ist. Wir haben viele Leute hier, die sind jetzt auch sehr alt. Unser Ältester ist zwar im Moment nicht mehr hier, der ist ins Heim gekommen, weil er an Demenz leidet. Aber der ist 98. Oder 88 haben wir hier eine. Und 84, 85.

Diese Ältesten wohnen noch in ihren Häusern?
Ja. Viele haben jemanden dabei. Aber meine Nachbarin zum Beispiel, die ist 88. Die Frau macht sich noch alles allein. Sohn und Tochter wohnen in Berlin, die kommen dann und machen dann ganz grobe Arbeiten mal. Oder gegenüber da wohnt eine 88 jährige Frau – mit ihrem Sohn aber zusammen und der macht dann, was sie nicht mehr so kann. Aber sie macht ihren Garten noch, das Haus, was so zu machen ist.

Kommt dann der Pflegedienst?
Muss ja nicht. Wenn er gebraucht wir, dann wird er auch kommen. Wir haben ja die Johanniter in Ducherow angesiedelt. Ist ja kein Problem. Wir haben sogar hier jemanden im Dorf wohnen, die arbeitet bei den Johannitern.

Wie sieht bei Ihnen in der Gemeinde die nachbarschaftliche Hilfe aus?
Auch, gibt's auch. Machen wir auch alles. Wenn's was einzukaufen ist oder zum Arzt zu fahren. „Bringst mal dies mit" oder „Bringst mal das mit."

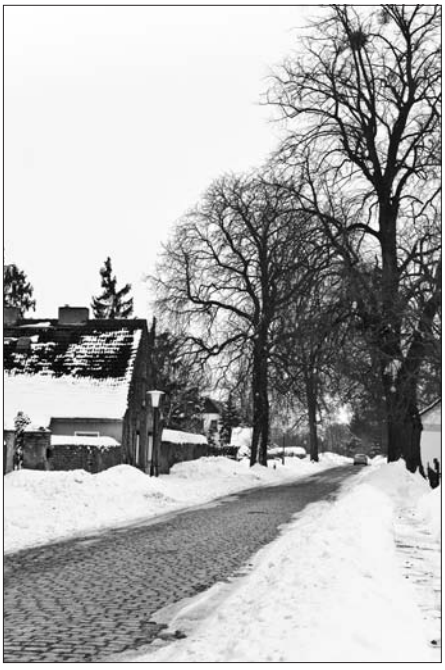
Es ist wahrscheinlich ganz gut, dass die Frauen sich alle zwei Wochen sehen?
Ja, das hilft auch mit. Da sind ja auch meistens die älteren drin. Na ja, die Jungen wollen sich da noch nicht einsortieren. Bei uns fährt morgens um sechs noch ein Bus außer dem Schülerbus um sieben.
Besonders gut finde ich immer noch, dass der Doktor jeden Monat einmal hierher kommt. Die Räume können Sie sich nachher noch mal ansehen. Bei uns kommt hier nach Schwerinsburg jeden Monat der Friseur. Auch hier in dieses Haus. Wir haben hier oben eine Heimatstube drin. Und hatten auch mal einen Jugendclub hier im Keller. Aber wir haben die Jugendlichen nicht mehr für die wir das eingerichtet haben, das waren 15 Stück. Die sind mit einmal alle weg. In die Lehre oder haben jetzt woanders Arbeit gefunden. Und jetzt haben wir nicht mehr viele Kinder.

Wie viele Kinder sind es derzeit?
Schulpflichtig sind acht hier in Schwerinsburg. Vier Kinder von 0 bis 6. Es gibt bald wieder einen Nachwuchs aber das ist doch nicht viel.

Wie viele haben Arbeit?
Die meisten von den jungen Leuten haben Arbeit – im Plus in Ducherow oder sie fahren nach Anklam oder woanders hin – als Verkäuferin im Futtermittelladen, zoologischen Handel, Baubetriebe und alles was so ist. Die Friseurin, die wir hier haben, hat einen Laden in Anklam und auch einen in Friedland und kommt auch immer noch hierhin. Da ist die Tochter auch mit eingebunden. Die eben keine Arbeit haben – haben wir auch welche, wollen wir gar nicht abstreiten. Aber na ja. Was das noch ist.

Und in den anderen Dörfern? In Sophienhof wohnen ganz wenige Leute?
Ja, das ist ganz wenig. Das sind die meisten Ältere die da wohnen. Da sind noch drei Familien die noch kleine Kinder haben. Eine davon ist schulpflichtig. Die arbeiten alle bis auf zwei Frauen.

Abb. 8.17: Schwerinsburg



Wie sieht es in Löwitz aus?
Ist es auch so vom Durchschnitt wie bei uns.

Es gibt wohl einige Häuser die wurden als Ferienhäuser verkauft?
Als Ferienhäuser hier direkt bei uns gibt es das Schloss in Schwerinsburg, was schon etwas bewohnt ist. In Sophienhof haben wir noch ein Haus, das hat ein Nachkomme der gräflichen Familie. Die sind auch nicht immer hier, die sind in Berlin. Aber Ferienhäuser haben wir hier nicht. Ist auch nicht so eine ansprechende Region. Ist kein See in der Nähe. Das ist nicht so.
In einigen Dörfern gibt es ja schon oder noch einige Dienstleistungen.
Ja, und so ist das auch in Löwitz und auch in Schmuggerow, da kommt auch der Arzt. Der gleiche. Aber da ist das mit dem Friseur noch nicht so. Vielleicht kann man das noch mal anschieben. Vielleicht wäre das noch eine Möglichkeit, dass man sagt, wenn sie das macht oder wenn wir einen anderen Friseur bekommen. Ja, das haben wir schon lange hier.

Von wem wird das angenommen? Sind das vorwiegend die Älteren?
Ja, die anderen sind ja arbeiten. Das sind meist die älteren Männer.

Gibt es so etwas wie einen Gastausschank hier?
Nein, nichts. In nicht einem Ort.

Gibt es am Wochenende etwas? Vielleicht für die Jüngeren?
Nein. Auch nicht. Glaube ich auch nicht, dass das funktionieren würde. Wer die ganze Woche über außer Haus ist und vielleicht noch über Land muss, ist froh, wenn er mal zu Hause sein kann. Glaube ich.

Und dann gibt es dieses große Dorffest.
Haben wir auch gemacht. Aber ich mach keins mehr. Ich hab gesagt: „Ist mein letztes. 14 Stück – langt." Ja, es muss immer jemanden geben, der meistens auch alles alleine macht. Na ja, nachher bei der Ausführung helfen sie ja doch. Aber das organisatorische…

War das nur für Schwerinsburg oder war es ein Gemeindefest?
Zuerst war es nur für Schwerinsburg. Dann habe ich in der Gemeindesitzung gesagt: „Wo machen wir das jetzt?" Wir hatten hier die Voraussetzungen dazu. Uns alles über die Jahre geschaffen. Sei es die Toiletten. Das muss man ja alles haben. Stromanschlüsse. Das muss ja alles da sein. Und in Löwitz hätten wir das auch machen können. Aber dann hätten wir Toiletten extra bringen lassen müssen, da hätten wir Wasser extra bringen lassen müssen. Und dann hätten wir die Übersicht über die Besucher nicht gehabt. Kostet ja alles Geld. Das muss auch reinkommen. Wir haben unser Fest hier davor gemacht. Vor dem Gebäude. Die Toiletten konnten hier drin genutzt werden, wir haben die Küche hier drin gehabt zum Kaffeekochen. Wir haben die Räumlichkeiten für die Akteure, die so mitgemacht haben, so alle mit nutzen können. Wir haben immer eine sehr große Tombola gehabt. Das haben wir hier alles mit nutzen können. In den anderen Orten fehlt dann immer ein bisschen was. Da hat die Gemeindevertretung gesagt, wir machen es in Schwerinsburg. War natürlich auch ein Ärgernis für viele Bürger in Löwitz und auch in Schmuggerow. Kann ich auch auf eine Art verstehen. Aber ich sag es mal so, die einzelnen wissen gar nicht, was dahinter steckt, was da sein muss, was man braucht und was auch alles Geld kostet.

Gibt es eine Partnergemeinde?
Wir haben im Amt Ducherow einmal ein großes Projekt gehabt: das Terra Projekt. Da hatten wir Partnerstädte und Gemeinden in Griechenland, in Zypern und in Polen. Wir sind auch einige Male in Griechenland gewesen. Wir waren auch schon in Polen, die waren auch schon bei uns. Da hat es auch einen Wechsel in der Führung gegeben und da ist jetzt alles ein bisschen eingeschlafen. Wir haben über die Schule jetzt noch eine Partnergemeinde in Polen, Resko. Die Schule hat da eine Partnerschaft und wir sind ja in die Schule auch mit integriert. Aber das wird hauptsächlich über die Schule gemacht.

Funktioniert das Bürgerbüro des Amtes Anklam Land?
Oft schon ist über einen Verein, zum Beispiel die Caritas, hier immer jemand gekommen. Wer Probleme hat, wer mit Formularausfüllen nicht zurande gekommen ist und so, konnte dann hierher gehen zu dieser Frau, die alle 14 Tage her kam. Und da wurde das mit gemacht. Und so was existiert auch in Ducherow. Das gibt es auch von der Arbeitsloseninitiative. Da ist jetzt wieder eine Kleiderkammer eingerichtet worden in Ducherow. Und da können die Bürger auch hinfahren. Bloß, wir wollen

uns nichts vormachen, wer fährt von hier nach Ducherow und lässt sich so was machen? Macht keiner.
Die Caritas die hier war – das war sehr gut. Da kam eine Frau. Erstmal kannten wir uns schon vorher. Die hat auch einigen Leuten Arbeit besorgt, wenn es auch immer nicht für lange war.
Aber hier hat es nicht so toll geklappt. Weil die jungen Leute, die ich da hin geschickt habe – Ich habe einfach mal gesagt, die waren da draußen und sie saß hier oben, ich sag: „Kommt mal her. Jetzt geht ihr mal zu Frau Schuricke und dann werdet ihr mal mit ihr sprechen." Sie muss ja auch erst fühlen, was die wollen. Na ja. Der eine hat glattweg zu ihr gesagt: „Watt arbeiten? Ick arbeite in meinem Leben nich mehr." Denen reicht das Geld. So was gibt's auch.

Wie alt ist er gewesen?
Na, so über 30 ist er. Ja, ist doch noch ein junger Mann. Ist doch gerade so im besten Alter. Wir haben da noch so einen. Könnte er 26 sein? Er muss zum Beispiel gerade bei uns Stunden ableisten vom Gericht aus. Und bis jetzt toi toi toi. Er arbeitet ja noch nicht lange, eine Woche. Bin bloß gespannt, wie lange er das aushält.
Er wohnt auch hier. Ja, aber wenn sie nachher nicht mehr kommen – ich lauf da nicht hinterher. Das sind seine Stunden, die er ableisten muss. Und er muss einen Bericht beim Gericht abgeben. Er kann froh sein, dass wir ihm die Möglichkeit geben, das hier zu machen.

Wie hoch schätzen Sie den Anteil solch schwieriger Leute in den Ortschaften ein?
So fünf, sechs Leute haben wir in jedem Ort.
Und mal eine MAE Maßnahme (Mehraufwandsentschädigung Maßnahme; Anm. d. Verf.). Aber ob sie die dann immer durchstehen.
Wir hatten mal zwei junge Leute, die hier bei uns arbeiteten. Die lebten zusammen. Das Mädchen hat einwandfrei gearbeitet. Obwohl ich auch erst gesagt habe: „Na." weil wir in den vergangenen Jahren auch Probleme mit ihr hatten. Aber sie hatte sich ganz gut eingefügt. Und dann fing er an zu arbeiten. Und mit einmal sind sie beide weg. Mhm. Dann gibt's Unstimmigkeiten zwischen den Partnern und dann schmeißen die alles hin und weg.

Wo befindet sich die Kinderbetreuung der Gemeinde?
Nach Ducherow oder Sarnow gehen Kinder. Hier aus unserer Gemeinde, nicht bloß hier aus Schwerinsburg gehen nach Sarnow drei Kinder und von Sophienhof gehen zwei Kinder nach Sarnow und zwei gehen nach Ducherow und die von Löwitz gehen hauptsächlich nach Ducherow.

Sind das Kitas oder Kindergärten?
Ja Kitas, mit Kindergrippe.
…
Netto hat sich jetzt auch zurückgezogen aus Ducherow. Furchtbar ist das. Was denken Sie was heute in Ducherow los war. Ich musste heute noch einen Blumenstrauß holen, weil ich morgen wieder zum 70. Geburtstag gehen muss. Na, da geht man auch gleich noch mal beim Plus rein. Irgendwas ist ja dann doch immer.
Was da heute los war. Es hat gestern Geld gegeben für die Arbeitslosen.
...

Die mobilen Händler müssen dann einen Raum benutzten und die Leute können sich auch mal zwei Minuten reinsetzten und eine Runde quatschen.
So was hatten wir hier auch schon gehabt, das wir hier aus dem Dorf jemanden hatten. Ich hatte an und für sich nach der Wende damit angefangen. Ich hatte da zu Hause einen Raum. Aber nachher mit Bürgermeister – das klappte nicht mehr. Das hat jemand gemacht. Aber, irgendwie, die Leute… Dann sind die großen Autos noch gekommen. Nicht wie jetzt, jetzt ist ja bloß noch ein Auto was kommt und das Gemüseauto extra. Dann war der 21 WE (Block mit 21 Wohneinheiten; Anm. d. Verf.) noch voll und der 6 WE, dann hat das Auto vor der Tür gestanden und gehen die Leute da hin. Ist so.
...
Wir haben auch in Ducherow mit diesem Terra Projekt und alles einen Verein gegründet, vor Jahren. „Ducherower Land“ und da ging es auch um regionale Produkte. Wir haben damals über Sommer in Ducherow ständig Märkte abgehalten. Da bin ich dann auch immer hingefahren. Hab dann auch immer Eier mitgenommen. Hier aus dem Dorf zusammen gesammelt und hab die dann da mit angeboten. Aber so was braucht auch immer eine Einlaufphase. Aber da müssen auch immer Leute zu sein. Und dann viel eins weg und der andere weg. Und war Schluss dann.

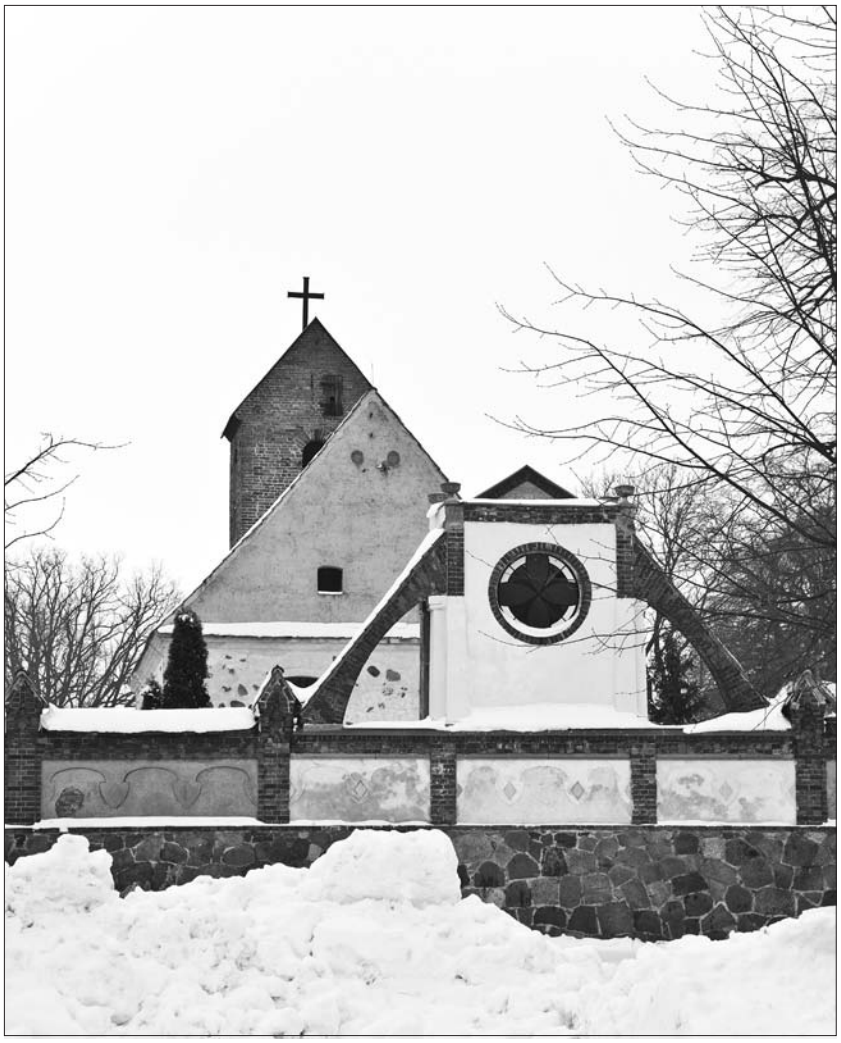


Abb. 8.18: Kirche und Erbbegräbnis Familie Schwerin, Löwitz

Abb. 8.19: Karsten Naumann

8.08. Interview mit Karsten Naumann – Bürgermeister Gemeinde Ducherow

Dienstag, 25.03.2009 10.00 Uhr Büro des Bürgermeisters, Hauptstraße 74, Ducherow

Herr Karten Naumann ist ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Ducherow, zu dem seit Juni 2009 die Dörfer Busow, Heidberg, Löwitz, Marienthal, Schmuggerow, Schwerinsburg, Sophienhof und Rathebur gehören.

Wie viele Einwohner hat Ducherow?
Ducherow hatte mal zu DDR-Zeiten 2600 Einwohner, wir haben jetzt 2115, leicht abfallend. Aber durch die Fusion kommen wir wieder auf 2600 oder 2700, so in etwa. Aber Sie können aber auch mit 8000 Einwohnern einen ehrenamtlichen Bürgermeister haben. Sie können aber genauso gut mit 2000 Einwohnern einen hauptamtlichen Bürgermeister haben, wenn das die Gemeinde bezahlen will.

Eingemeindet wird jetzt die Gemeinde Löwitz?
Ja, die Gemeinde Löwitz und auch die Gemeinde Rathebur mit dem Ortsteil Marienthal.

Seit wann steht das fest?
Mitte des vergangenen Jahres haben wir in etwa damit angefangen und uns alle zusammengesetzt.

Gibt es in den einzelnen Dörfern Ansprechpartner für Sie und die Bevölkerung?
Das ist mehr oder weniger von der Kommunalverfassung vorgegeben und wenn wir dann fusioniert sind, dann ist es auch möglich, das steht auch in der Kommunalverfassung, einen Ortsteilvertreter zu wählen, der als Ansprechpartner vor Ort dient, beispielsweise Frau Hübner. Sie hat sich bereit erklärt, für den Ortsteil Schwerinsburg den Ortsteilvertreter zu machen. Die ist dort bekannt, die ist dort anerkannt und damit ist für mich oder egal wer dann der neue Bürgermeister wird, zumindest bewerkstelligt, dass der Kontakt zur Bevölkerung vor Ort hergestellt ist. Denn das wäre für mich nicht machbar, schon gar nicht im Rahmen einer ehrenamtlichen Tätigkeit. Es finden sich immer noch Leute, die sich auch so ein bisschen verantwortlich fühlen.
Aber Sie werden in diesen Strukturen kein funktionierendes wirtschaftliches Leben aufrechterhalten können, ohne erhebliche Zuschüsse zu leisten. Ob sie dazu in der Lage sind, dauerhaft, das ist eher fraglich, denn das können sie nur auf Kosten anderer Sachen machen, wo dann teilweise Pflichtaufgaben darunter leiden. Da bin ich eher skeptisch.

Wir stehen jetzt kurz vor der Fusion einiger kleineren Umlandgemeinden. In diesem Zwecke müssen auch gesetzliche Vorgaben erfüllt werden. Die Leute müssen angehört werden, deren Vorstellungen, Wünsche, Probleme, Sorgen muss man sich anhören. Das ist passiert in allen Orten unter meiner Mitwirkung. In der Phase ist einiges zur Sprache gekommen, was mir schon bekannt war. Einiges noch nicht in dem Maße. Was mich überrascht hat ist, dass in allen Orten in erster Linie Wert darauf gelegt wird: Was passiert mit den Gemeindezentren? Da

hat mich sich noch getroffen, da hat man gefeiert, da hat man gesellige Abende verbracht, teilweise in Geschlechtergruppen, teilweise auch nicht. In einigen Ortschaften gab es tatsächlich noch den Friseur der gekommen ist, den Doktor der gekommen ist und noch kommt. Natürlich improvisiert, logischerweise.

Vielfach war natürlich auch noch die Meinung: Was haben wir denn hier noch? Darüber muss man sich Gedanken machen, wenn man der Vorsteher der jeweiligen Gemeinde ist, der die Verantwortung trägt. Man macht sich ja auch darüber Gedanken. Wie kann man den Ort voranbringen? Manchmal ist voranbringen ja schon, das erhalten was man hat. Manchmal ist voranbringen schon, je nach Auffassung, den Abschwung zu mindern, wie auch immer. Ich bin ja noch nicht so lange dabei in der Verantwortung. Daher sag ich mir in der gegenwärtigen Situation: Ich bin noch nicht abgestumpft, ich muss mir alles anhören, auch von außen. Ohne, dass ich jetzt damit die Hoffnung verbinde, dass Sie uns groß weiterhelfen können. Da bin ich ganz realistisch.
Sie haben ja selbst gesagt, Sie fühlen sich auch nicht als Heilsbringer. Wenn das so einfach wäre, dann müsste man sich ja die Frage stellen, warum der nicht schon vor 20 Jahren gekommen ist. Der ist bis heute nicht hier. Ganz so einfach wird's nicht sein. Wir müssen der Realität ins Auge schauen. Ist schon klar. Wenn wir jetzt wenig junge Leute haben dann werden wir in 10, 20 Jahren noch weniger junge Leute haben. Es sei denn man kann es den Leuten schmackhaft machen, sich hier wieder anzusiedeln.
Das allerdings ist in der gegenwärtigen Situation für mich eine illusorische Auffassung, weil in den Jahren nach der Wende – ich hab schon einiges miterleben dürfen und auch müssen, was Ansiedlung von Industrien und so weiter und so fort betrifft und bin auch da realistisch. Und sage, na klar, wenn der Unternehmer sich hier ansiedelt, verspricht er sich in erster Linie davon unternehmerischen Erfolg. Und wenn der eine oder andere sich da links oder rechts davon profitiert ist das um so besser aber natürlich ist es so, ganz normal, dass er selbst Erfolg haben will, und zwar um jeden Preis und da auch in gewisser Weise egoistisch vorgehen muss. Also selbst Neuansiedlungen führen ja nicht zwangsläufig zur Verbesserung der Situation für die Bevölkerung.
Die Geschwindigkeit allerdings, mit der sich dieser Strukturwandel, die demographische Entwicklung vollzieht, kann einem schon, na ja nicht Angst einjagen aber schon bedenklich stimmen. Es ist ja so, dass man sich in der großen Politik Gedanken macht aber da DIE Lösung auch noch nicht gefunden wurde.
Ich denke man muss sich in gewisser Weise damit arrangieren, wie die Situation ist, man wird die Welt nicht umstoßen können. Was unser Doktor sagt, dass er auch nicht davon ausgeht, dass man jetzt über Nacht hier plötzlich Gemeindezentren aufbauen kann und Multifunktionshäuser, wo alles wieder bestens funktioniert, wenn dazu die Basis nicht da ist, dann ist alles graue Theorie. Aber da ich trotzdem das was dort in den drei Gemeinden noch vorhanden ist, mit den Mitteln die uns zur Verfügung stehen, die auch beschränkt sind, die wir auch nicht höher ausbauen werden in den Jahren aber ich will das erhalten und deshalb bin ich auch für den Tipp dankbar der mit solchen Geschichten jetzt hier, wo man beteiligt wird, wo man auch Dinge, auf die man bisher noch nicht gestoßen ist, trifft. Mit der Hoffnung lebe ich und ob das nun realistisch ist, müssen wir kucken.

In Löwitz gibt es auch einen Behandlungsraum für den Allgemeinen Arzt, Herrn Jakuboswski?
Ja, in der ehemaligen Kita. Der Doktor fährt nach Schwerinsburg, der fährt nach Löwitz und nach Rathebur. Da sind dann Räume, die spartanisch ausgestattet sind aber die offensichtlich reichen, um einfache Behandlungen durchzuführen.
Das ist natürlich immer weniger vorstellbar, das was jetzt noch praktiziert wird von unserem Doktor hier aus Ducherow. In die Orte zu fahren ist natürlich die Ausnahme. Hängt natürlich mit alter Verbundenheit zusammen, mit der Verpflichtung und nicht loslassen können.
Es ist immer schwieriger Nachfolger zu finden. Und wenn das schon schwieriger wird einen Nachfolger in Ducherow zu finden, kann ich mir vorstellen, wird es noch schwieriger vorstellbar, dass der dann noch bereit ist, dann noch in die Dörfer zu fahren. Weil das ja unternehmerisch eine überhaupt nicht nachvollziehbare Entscheidung wäre. Der kann sich sagen, die zehn die ich da noch antreffen würde, von denen kommen auch acht zu mir, weil die woanders hinfahren können um einzukaufen, weil die mehr oder weniger gezwungen sind und dann gehen die natürlich auch dort zum Arzt. Und die zwei die es nicht können, die werden dann entweder mitversorgt und es finden sich andere Alternativen, woher weiß ich nicht aber die bringen dann auch keinen wirtschaftlichen Vorteil mehr.
Deshalb sage ich mir, wenn der Staat da nicht einspringt, denn nur der ist ja überhaupt denkbar, da diese Zentren entstehen zu lassen, dann muss man sich die Frage stellen, wo überall soll das denn der Fall sein und wer soll das bezahlen? Denn das was der Staat ausgibt muss er ja auch erst mal einnehmen.
Eines der größten Probleme ist das hier zuviel am Bedarf vorbei gemacht worden ist, weil eben zuviel leer stand. Anklam ist ein super Beispiel, da werden Supermärkte gebaut. Das kann man sich gar nicht vorstellen. Das ist unwahrscheinlich, dass das funktionieren kann.

Abb. 8.20: Ducherow

Es gibt doch diese Leute, die dieses Landleben bewahren wollen.
Ja, das ist keine Frage.

Aber wenn Ihnen diese Möglichkeiten entzogen werden, weil es dann irgendwann nicht mehr lebenswert ist.
Ja, aber vieles hängt auch von der Wirtschaftlichkeit ab.
Das kulturelle, gesellschaftliche Leben ist auch wichtig.
Das kulturelle gesellschaftliche Leben konzentriert sich ja mehr auf die staatliche Schiene. Aber was die reine Wirtschaft betrifft, Arzt, Friseur usw. das muss man erst mal kalkulieren und berechnen und das, was passiert, das ist ja nur deshalb der Ausnahmetatbestand, weil das alles aus traditionellen Gründen immer noch so ist, das man sich verpflichtet fühlt. Weil der Arzt sich gegenüber einer Oma Müller gegenüber in Kleinkleckersdorf verpflichtet fühlt. Ich will das auch nicht nur pessimistisch sehen, sonst würden wir hier nicht sitzen und uns Gedanken machen.

8.09. Interview mit Dr. Klaus Brandt – Bürgermeister Gemeinde Schlatkow, Barbara Brandt, Dr. Michael Waßermann

1. Gespräch: Mittwoch 25.03.2009 11.00 Uhr Schlatkow 66, Schmatzin OT Schlatkow
2. Gespräch: Mittwoch 24.06.2009 18.00 Uhr

Abb. 8.21: Dr. Klaus Brandt

Dr. Klaus Brandt ist ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Schmatzin. Schlatkow ist Amtssitz der Gemeinde. Seine Frau Barbara Brandt unterstützt ihn in der Organisation von Veranstaltungen.
Herr Dr. Michael Waßermann ist Architekt in Ruhestand. Er gründete die Grafik- und Designschule in Anklam, welche nun seine Tochter Simone Waßermann führt.
(* Erläuterungen anhand einer Beamerpräsentation)

Herr B.: Ich muss im Vorfeld sagen, ich habe diese Präsentation* nicht für diesen Tag hier vorbereitet, sondern für eine Dokumentation unserer Bemühungen im Rahmen eines Projektes, das in den letzten fünf Jahren hier unternommen wurde.
Ich wusste ja überhaupt nicht, dass man durch die Wahl zum Bürgermeister oder wenn man sich freiwillig opfert, dass man Besitzer einer Gutsanlage, einer riesengroßen Scheune und eines Gemeindehauses wird. Womit sich ja schon der Rahmen auftut, bei einer Gemeinde von 332 Einwohnern, wenn da ein hoher Anteil an kommunaler Gebäude ist, was da auch für Werterhaltungsmaßnahmen und welche Fragen der Bewirtschaftung sich auftun.
* Hier sieht man zu einem Zeitpunkt x eine Baustelle. Das rechte Fachwerkgebäude nennt sich Melkerschule. Das hat einen historischen Hintergrund. Das war im Prinzip vor Jahren eine Ruine. Meine Vorgänger Dr. Vogel und Herr Este haben sich entschieden, das alte Fachwerkgebäude wieder in Stand zu setzten. Mit EU-Mitteln. Das hat auch nicht immer Freude bei der Bevölkerung hervorgerufen, weil ja nun alle nach einer Dorfstraße schrieen. Und die haben sich ausgerechnet auf das älteste Fachwerkensemble Ostvorpommerns konzentriert.
Da kann man sich schon das Spannungsfeld vorstellen, welches bis heute besteht. So ist auch die Einstellung der Bevölkerung zu dieser Geschichte: Er hätte lieber was vernünftiges machen sollen. Aber wir haben eine andere Sicht zu dieser Anlage und je länger man damit beschäftigt ist, verliebt man sich logischerweise in diese Geschichte. Das führte dazu, das ich in die Arbeitsgruppe „Gutsanlagen Schlösser und Parks“ beim Planungsverband eingetreten bin. Einfach, um Hilfe von gleichgesinnten oder betroffenen zu finden. Einer der Punkte dieser Arbeitsgruppe ist ja auch mit großen Katalogen und bundesweit die Vermarktung der Gutsanlagen zu unterstützen. Privatinvestoren zu gewinnen, dass sie diese Anlagen kaufen und dann von mir aus Hotels oder Privatresidenzen daraus machen. Was ja auch geschieht. Da sind wir recht erfolgreich in dieser Arbeitsgruppe.

* Nun zu diesem Schlatkow. Das ist eine Anlage von Fachwerkgebäuden von 1768. Ich sagte es ja schon, die ältesten des Landkreises. Hinten sieht man das bescheidene Gutshaus. Wir haben uns das alles planmäßig vor fünf Jahren ausgedacht. Anders wird das nix.
Wir hatten in diesem Ensemble vor 200 Jahren den Waffenstillstand zwischen Schweden und Frankreich. Da waren Könige und was weiß ich hier. Deswegen hatten wir vor zwei Jahren dieses Thema als eine

Aktion genommen: „200 Jahre Waffenstillstand“. Bis dahin musste die Gutsanlage baulich und auch mit einer Ausstellung so hergerichtet sein, dass man unter dem Aspekt „Krieg und Frieden in Vorpommern“ sich mit in diese Thematik „Friedensinitiative“ einordnen kann. Da das Waffenstillstandsthema immer noch aktuell und hochbrisant ist, waren wir also Top im Trend und sind es immer noch. Das Thema gilt immer.
Wir haben also verschiedene Konzepte erarbeitet, was sich die Gemeinde davon verspricht.
Wichtiger war aber erst mal die Räume dazu herzustellen. Das im Prinzip ohne Geld. Wir haben dann ein paar Fördermittel bekommen. Vom Land 3000€ und 2000€ von der Sparkasse. Das ist schon ein kleiner Erfolg.
* Inzwischen sieht es so aus. Schlatkow definiert sich also als ein Kulturdorf. Das ist so unsere Vision. Nicht nur zu sagen, wir haben hier bloß das Ensemble, sondern dass es einen Dorfrundgang gibt. Wir haben eine hochinteressante Kirche mit wunderbarem Inventar. Dann haben wir eine Gesamtdorfgestaltung für die Farblichkeit und die Grünanlagen. An manchen Stellen ist es noch nicht fertig aber es wird schon ersichtlich. Es soll das Gesamterlebnis „Vorpommersches Dorf“ ergeben. Ein bisschen Schick. Also nicht kitschig aber auch nicht so tristgrau. Das ist eh wahrscheinlich auch so eine Sicht auf die Dörfer. Da gibt es Ortsteile, da hat man vor ein paar Jahren gesagt: „Jetzt sind sie tot. Jetzt fällt das zusammen.“ Und dann ziehen Aussteiger dahin. Diese waren aus dem Westen. Die haben soviel Kohle, die züchten da jetzt plötzlich Rinder, bauen die alten Ruinen wieder auf. Das sieht wirklich toll aus. Also, das hier jemand wegen Arbeit herzieht, das ist illusorisch. Aber das Leute hierher kommen, die sich selbst verwirklichen wollen, die eine schöne Umgebung suchen, Flächen vor allem, alte Gebäude. Das sind so die, wo wir eh noch eine Hoffnung haben, das könnte passen. Daran arbeiten wir auch in der Präsentation, das Schlatkow oft genug in der Zeitung ist. Da haben wir so eine überregionale Ausstrahlung.

Abb. 8.22: Gutsanlage Schlatkow

* Wir haben viele Veranstaltungen. Da ist natürlich Barbara diejenige, die mit den Truppen die Termine abstimmt. Ich bin immer dafür da, wo wir Geld herkriegen und muss die Ansprachen halten. Wir haben also schon alles durch: Sommerfest, Erntefest, Adventsmarkt. Wir haben da eine große Scheune. Wir haben auch Touristen hier. Erstaunlicherweise. Und das werden jedes Jahr mehr. Wir machen regelmäßig in diesem Haus hier Ausstellungen, eine Fotoausstellung zum Beispiel.
Wir haben auch am Wettbewerb „Schöner unser Dorf“ mal mitgemacht. Aber das war von der Satzung oder von den Bewertungsmaßstäben her irreal. Da wurden kleine Dörfer wie wir mit Küstenorten, mit Badeorten verglichen. Da haben wir gesagt: „Da machen wir nicht mehr mit.“ Die Resonanz war wirklich: Vorletztes Jahr waren 37 Bewerber, jetzt hatten sie noch drei. Da haben sie es abgesagt. Da macht keiner mehr mit. Man müsste denen das mal erklären, aber was will man noch alles machen.
* Hier ist unsere ABM, wie wir uns so durchschlagen. Wir können ja alles aus finanziellen Gründen im wesentlichen nur mit Harz IV Leuten machen. Was auch immer sehr spannend ist. Ob das rechtlich in Ordnung ist, ob die das dürfen, wenn was passiert und und und.
* Wir hatten in der Kulisse auch schon Theateraufführungen. Das ist natürlich super, wenn’s nicht gerade regnet, wie damals. Weil das in dieser Kulisse ist traumhaft.
* Hier haben wir dokumentiert, wie wir einen Verein gegründet haben. Wie wir Politiker eingeladen haben, nach Schweden gefahren sind. Die Tagungen. * Das war dann die Eröffnung und die Schweden zu Gast. * Dann haben wir auf diesem Foto die schwedische Botschafterin.

Das sieht nach einem sehr intensiven Austausch mit Schweden aus.
Frau B.: Das hängt mit dieser Waffenstillstandproblematik zusammen. Einer der Generäle, die damals den Waffenstillstand unterzeichnet haben, war ein Schwede. Da gibt es noch einen indirekten Nachfahren in Schweden. Als der 200. Jahrestag gefeiert wurde, waren die Schweden auch zu Gast und daraus hat sich ein wirklich recht intensiver Austausch entwickelt.
Herr B.: * Man sieht dann auch hier die Gäste aus Schweden bei uns. Wir haben also auch internationale Gäste, zwar nicht viele. Aus der Schweiz. Wo waren die Mädels mal her? Südamerika.
* Da hatten wir Kontakt aufgenommen zu der Theaterakademie, zu Karl-Heinz Strech und Dr. Bordel.
* Da waren wir mal in Schweden und wollen praktisch mit denen eine Theatergruppe für eine Zusammenarbeit gewinnen. Da ist eine Schauspielschule in Skar. Da sind wir noch dran am arbeiten.

* Das sind unsere Standorte in der Umgebung. Das Hinterland ist ja hochinteressant, was für Kenner eigentlich. Wir haben ein paar Standorte in diesem Länderdreieck hier, wo wir jetzt auch touristisch am 20.06.09 eine Großveranstaltung machen, die über Pommern hinaus beworben wird. Wo diese exklusiven Standorte mit integriert sind, wie Stolpe. Da macht natürlich deren Hotelmanagement mit. * Das hier ist Stolpe. Das ist das Schloss. Da kann man natürlich schon Touristen mit locken. * Das sind Wikinger an der Peene. * Das ist Schlatkow, wenn es gestürmt wird. * Das ist Lüssow die Landwirtschaftsausstellung. Das sind alles Entfernungen von drei Kilometern auch nach Karlsburg oder Gützkow.

Jetzt kommen wir zu dem, was wir letztes Jahr gemacht haben. Das war ein Wirtschaftsexperiment. Anders kann man es nicht nennen. Man sieht schon so ungefähr, wie das langgeht. Draußen mit Korbstühlen und Sonnenschirmen. Selbstgebackener Kuchen, womit wir auch schon Problem eins angetippt haben. Dann haben wir immer ein Programm gehabt. Spontan meisten. * Der Rolf da aus Düsseldorf, der ist plötzlich da gewesen, hat gesagt: „Kann man hier Gitarre spielen?“ Da hat er angefangen, da haben alle mitgesungen.
* Ja, dann setzt sich hier ein Sanitärmeister ans Klavier und spielt auf dem hundert Jahre alten Flügel.
* Hier haben wir den Ortsansässigen Pianisten und die Kinder toben unten am Spielplatz rum.

Frau B.: Na, unser Problem ist im Grund genommen folgendes. Wir haben die Sommermonate hier in Schlatkow immer zwei Ausstellungen. Die Dauerausstellung zur Schwedenproblematik oben im Gutshaus und hier in der Melkerschule die kleinen Ausstellungen. Und dann läuft das folgendermaßen ab. Die Gäste kommen hierher und gar nicht mal so wenige Gäste. Es gibt kein Glas Mineralwasser. Es gibt keinen Kaffee. Es gibt mit Müh und Not eine Toilette. Die Radfahrergruppen landen hier an. Ja, wenn es regnet, wo können wir denn mal rein, wo stellen wir unsere Sachen unter oder wo können wir uns mal frisch machen und wo können wir einfach mal was essen. Und dann haben wir im vergangen Jahr also im Winter gesagt: So, jetzt machen wir es einfach. Ohne zu wissen, worauf wir uns da eigentlich einlassen. Wir haben uns wegen der Gewerbegenehmigung kundig gemacht. Da kamen verschiedene Aussagen: Ihr habt da die Ausstellungen, das kann unter dem Mantel der Ausstellung gemacht werden. Lange Rede kurzer Sinn. Wir haben das gemacht.
Wir haben einen Kaffeeautomaten gekauft, wir haben Geschirr gekauft, Stühle, Schirme. Wir haben eine gewisse Grundausstattung gekauft und am 1. Mai ging das hier los. Und es hat alle Erwartungen übertroffen, im positiven Sinne. Bis dahin, das wir es gewagt haben, über die örtliche Presse auch zu werben und eine Annoncen geschaltet haben: Schlatkow, Sommerterrasse und und und. Dann ging das los.
Die Einwohner, die Dorfbevölkerung traf sich am Wochenende hier draußen bei Kaffee und Kuchen. Die haben erzählt, die wollten gar nicht wieder nach Hause gehen.
Und dann kamen die Probleme. Aber so ist die Idee entstanden. War super. Gut gestartet, gut gelaufen und wir wollen es nicht einschlafen lassen. Schon aufgrund der Tatsache, dass die Leute jetzt schon wieder fragen: Macht ihr denn wieder? Können wir denn wieder? Die haben hier ihre Geburtstagsrunden gefeiert und Kränzchen gemacht und sich einfach mal wieder ausgetauscht.

Herr B.: Die Schwierigkeit bestand sicherlich darin: Wir haben hier einen Verein: Schlatkow 2007 e.V. . Der ja praktisch auf dieses Ereignis zugeschnitten war, auf diesen 200 jährigen Waffenstillstand. In der Satzung geht es natürlich darum, dass sich unser Verein einbringen will in die Erhaltung, Bewirtschaftung dieser Anlage. Das es nicht nur dasteht, sondern wir wollen auf der einen Seite auch Gäste ins Hinterland locken. Das machen wir ja auch über unseren Tourismusverein „Vorpommersche Dorfstraße“. Das ist praktisch hier der regionale Tourismusverein. Da bin ich mit im Vorstand drin. Damit wir praktisch Leute hier ins Hinterland bekommen. Es ist ja inzwischen so, dass nicht nur

die Gäste von der Küste hierher kommen, sondern es gibt direkt Fangruppen, die auf Rädern das Hinterland, nur das Hinterland besuchen. Das vorhin auf dem Foto waren Geografen, 40 Leute, die aus dem Bus stiegen, die sich nur im Hinterland bewegen und die die kleinen Perlen suchen. Was sich so versteckt hat im Verborgenen. Und das sind natürlich die Leute, die uns wahnsinnig interessieren.
Wir sind hier vom Standort auf Gruppen eingestellt, weniger auf Einzelpersonen. Also wenn eine Familie einen Ausflug unternehmen will und übernachten will oder ein Verein, zum Beispiel ein Radverein oder Historikerverein, die mal vor Ort das näher untersuchen wollen und sich mal ein oder zwei Tage hier aufhalten wollen.

Dieser unser Verein hat sich zum Ziel gestellt, hier im Sommer was zu machen, um die genannten Themen der wüstenartigen Situation zu beheben. Das führte natürlich zu rechtlichen Fragen. Ganz klar. In meiner Doppelstellung als Vereinsvorsitzender und Bürgermeister musste natürlich das Amt eingreifen und auf die ganzen Probleme hinweisen. In der Endkonsequenz hab ich gesagt: O.K. unser Verein zieht sich hieraus zurück. Das Ganze wird aber prompt unter der Schirmherrschaft der Gemeinde weitergeführt. Was ich damit zu Protokoll gegeben habe und dann haben wir das so weiter gemacht.
Die Einnahmen wurden in den Gemeindehaushalt vereinnahmt, auf ein Sonderkonto. Und dann können wir das hier refinanzieren, wenn wir was hier machen wollen. Eh wir hier anfangen uns mit Versicherungen und allen möglichen Konzessionen zu beschäftigen und so weiter war das dann einfacher das unter dem Dach der Gemeinde auch als Risikoträger weiter zu führen.

Frau B.: Also ganz einfach, um den Leuten aus dem Dorf und auch den Gästen, die hierher kommen ein paar schöne Wochenenden im Sommer zu bescheren, ist völlig ungeklärt, wenn die Hygiene hier in der Tür steht, würde ich gar nicht mitkriegen, weil ich die Leute nicht kenne. Wo wird der Kuchen gebacken? Wo ist hier das separate Handwaschbecken? Wo wird er aufgewahrt? Wie wird er verkauft? Haben die Leute einen Gesundheitspass? Wieso verkauft ihr hier Alkohol? Alkohol muss ich sagen, maximal eine Flasche Piccolo und ein Gläschen Wein, das ist hier der Alkoholverkauf. Der braucht eine gesonderte Konzession. Wie gestaltet sich das mit den Leuten die hier tätig sind? Warum machen die das? In welcher Form? Sind die versichert? Es ist ein breites Spektrum. Es ist alles im Grund genommen ungeklärt. Und das Amt hat an „Unterstützung“ nur folgendes zu tun: Er war dann zum Amtsleiter geladen. Da waren drei Fachbereiche damit beschäftigt: Was machen die in Schlatkow mit der Sommerterrasse? Das ist wirklich wahr. Und daraus resultiert dann hier dieser Auflagenkatalog den sie uns zusandten.

Sie bekamen dann nur Fragen gestellt? Es war keine Anleitung enthalten?
Herr B.: Da hat jeder Fachbereich seine Bedenken, was zu beachten ist aufgelistet.

Das Amt hat Ihnen aber keine Hilfestellung in der Lösung gegeben?
Frau B.: Nein, dazu ist das Amt nicht da. Die sagen nur: das und das dürft ihr nicht und das und das müsst ihr. Aber wie wir das dann lösen...

Herr B.: Ich hab das aber ins Positive gekehrt. Das genügt mir ja immer, nicht gleich zurück zu schießen. Ich habe mich gleich herzlich bedankt, dass ich hier nichts falsch mache. Wichtig ist ja auch, ich muss ja die Schlussfolgerung ziehen, wenn wir das weitermachen, dass wir das nicht erst in der laufenden Tätigkeit, sonders dass wir im Vorfeld der Saison klären, was da zu klären ist. Wenn wir das so in der Größenordnung weiterführen wollen ohne noch Leute dazu zu bekommen, machen wir das in der Form nicht. Das war jetzt mal ein Experiment. Das war das im Rahmen des Projektes versprochen. Das man mal zeigt, das man das machen kann. Es geht eben heute nur noch mit Vereinen. Auf gewerblicher Ebene sind viele Dinge hier gar nicht möglich, weil die Umsätze nicht kommen. Ich war 10 Jahre selbstständig, da muss mir also keiner erzählen, dass ich einen Umsatz haben muss, um davon zu leben. Und wenn sich dann jemand hinstellen will, mit 20 € Umsatz in der Woche, dann ist er doof. Hier muss im Prinzip, na ich will nicht sagen, eine Freihandelszone –. Eigentlich müsste man hier ein Reservat aus Vorpommern machen. Man müsste so einige Sachen abschaffen. Wir haben jetzt einen Backzirkel. In diesem Haus können wir backen. Da haben wir eine Genehmigung dazu. Und auch dieser Kuchen darf zum Verzehr gebracht werden. Weil wir hier die hygienischen Bedingungen garantieren können. Und unser Backzirkel Schmatzin ist ja außerordentlich erfinderisch, fleißig und was den Kuchen angeht: super. Und wir werben sogar Züssow die Gäste ab, weil wir besseren Kuchen und Kaffee haben.
Ich nehme das auch nicht so verbissen. Unser eigentliches Problem ist, wie wir das Kräftemäßig machen. Man kann das hobbymäßig nur einmal machen.

Über welche Monate lief die Sommerterrasse?
Frau B.: Von Mai bis Mitte September.
Herr B.: Es waren also immer die Ausstellungen offen. Und da ist es ja legitim, wenn man eine Galerie oder eine Ausstellung hat. Und hier ist die Ausstellung ja nicht auf einen Raum bezogen, sondern die Gesamtanlagen. Das man da eine Station hat, wo die Leute sich stärken können.
Frau B.: Also es hat uns keiner im Amt geholfen mit: Mensch ihr könntet doch so oder so.
Herr B.: Die Unterscheiden ja sogar noch, also die Alkoholkonzession, die ja eigentlich relativ billig ist für diesen Zeitabschnitt, wäre jetzt für draußen nur. Das heißt also Imbiss im Freien. Wenn ich die Leute bei Regen hier rein lasse und es kommt jemand und die trinken den Wein hier drin, da hab ich schon ein Problem, weil drin wird das nach der Fläche des Ausschankraumes berechnet. Also wenn sie hier drinnen hocken, brauche ich schon wieder eine andere Konzession. Und wenn ich die nehme, dann bin ich wieder 500€ los. Nur für die Konzession. Und das ist ungefähr das, was wir an Reingewinn erwirtschaftet haben. Also da wird's dann lächerlich. Da bewegt man sich nur aus Spaß an der Freude.

Frau B.: Also aufgrund der Tatsache, das hier nur noch alte Leute wohnen und die Kinder eher weg sind, ist es schon so, dass hier Familientreffen stattfinden. Das also die Kinder aus Neubrandenburg, Strahlsund, Wolgast wo sie alle wohnen, an den Wochenenden hierher kommen mit den Enkelkindern. Dann geht man eben zur Sommerterrasse Kaffee trinken. Die Kinder sind auf dem Spielplatz. Schon ist die

Familie wieder komplett. Und es konzentriert sich dann eben hier. Und das ist doch auch eine ganz schöne Sache.

Es gibt also verschiedene Bevölkerungsstärken innerhalb der Woche und den Wochenenden?
Frau B.: Ja, absolut. Am Wochenende kommen dann eben Kind und Kegel im wahrsten Sinne des Wortes. Machen einen Ausflug. Sind auch hier irgendwo in Schlatkow mal zu Hause gewesen. Na, und auch die Woche über, wenn hier Veranstaltungen sind, ob das nun eine Buchlesung ist oder eine Galerieeröffnung oder einfach Singenachmittage mit einer großen Frequentierung. Wird sehr sehr gerne angenommen. Nur ich krieg im Moment ein zeitliches Problem und dann wird's schwierig. Aber wenn was veranstaltet wird, dann wird es angenommen. Das ist schon das positive.

Frau B.: Also wir haben alle Voraussetzungen, um all das ins Leben zu rufen, was das Leben im Dorf so ausmacht. Und wir kommen ständig im Prinzip mit dem Gesetz in Konflikt, weil wir ja A die finanziellen Voraussetzungen nicht haben und B ja auch die Kenntnis darüber nicht haben. Ist ja klar. Jetzt habe ich A die Zeit nicht und B auch nicht die Kenntnis. Wo setz ich jetzt an? Da ist es natürlich hilfreich, wenn Leute wie Sie auftauchen und sagen: Mensch, es ist toll was ihr hier vorhabt. Wir hätten alle Voraussetzungen: vom Lebensmittelverkauf am Tag A bis hin zum Arztbesuch oder aber eben anderes.
Herr W.: Hier ist also der Stand der Erarbeitung, der Renovierung, der Rekonstruktion, solcher multiplen Häuser, wie Sie gesagt haben, schon relativ weit. Stell ich immer fest: es fehlt jetzt dieses Schild: Gewerbeamt bleibt draußen. Der Hintergrund besteht ja darin, dass letztlich auch nicht alles mit Ehrenamt zu machen ist.
Die Leute die das hier machen, die machen das auch, um letztlich auch zu ihrem Einkommen etwas dazu zu haben, weil sie etwas brauchen zum Leben. Das muss man denen nicht wegnehmen, weil man neidisch ist. Die kriegen Harz IV und dann bin ich neidisch, wenn die woanders noch was kriegen. Das ist die Denke in Deutschland. Und das muss man verhindern. Dann passiert auch wesentlich mehr.

Das ist für uns kein Thema. Das ist für uns zu weit.

Herr W.: Aber man muss wenigsten in so eine Arbeit reinbringen: Möglichkeiten und Maßnahmen, die notwendig sind und Nachhaltigkeit der Investitionen. Mehr muss man ja nicht machen.

Herr B.: Ich bin ja hier zu Ostzeiten sieben Jahre auch Bürgermeister gewesen. Da war das hauptamtlich. Da hatte man den ganzen Tag Zeit sich mit den Belangen zu beschäftigen. Dass wir hier vorangekommen sind, das hängt einmal davon ab: Dr. Vogel, der Vorgänger, war auch im Ruhestand. Dann hat man eine Absicherung, wenn man seine Rente hat. Was ja vielen so geht, sind in den Vorruhestand versetzt worden oder kriegen überhaupt keine Arbeit. Sind aber Leute, die aber erwerbstätig sein müssten. Die brauchen das einfach, damit sie keine Meise kriegen, um ihre Persönlichkeit nicht verkümmern zu lassen. Und dann hat er sich da auch voll reingeklemmt. Mir war das so die letzten fünf Jahre auch möglich. Zunächst war ich auch nur ehrenamtlich, und dann wuchs mir das auch über den Kopf und dann habe ich gesagt, jetzt musst du dich bemühen, dass hier ein Projekt herkommt.

Abb. 8.23: Löwitz

Und das habe ich dann geschrieben und es um zweieinhalb Jahre verlängert bekommen, weil man gemerkt hat hier passiert was. Und da hat man dann auch Zeit, sich mit diesen Fragen beschäftigen. Wer berufstätig ist und soll das nebenbei machen: Das ist ein Unding.

Es gibt Gemeinden da passiert nichts. Es gibt Gemeinden die haben nichts. Die haben den letzten sechs WE Block (Wohneinheiten, Anm. d. Verf.) auch noch verkauft, privatisiert. Da kann man sagen, der Bürgermeister brauchte dann nur die Unterschriften für irgendwelche Papiere zu machen aber es entwickelt sich nichts. Hier sind wir an der Stelle, wo wir ein touristisches Ausflugsziel entwickeln und über den Landkreis hinaus. Damit stehen wir, ich will ja die Förderung durch die Personalkosten nicht erwähnen aber wir stehen ja schon mit den Sachkosten als Gemeinde Mutterseelen alleine da.

Wir kriegen für die gesamten Anlagen keine Zuschüsse. Wo man sagen könnte, wir bekommen jedes Jahr 5.000€ oder 10.000€. Wenn man schon beim Aufstellen des Haushaltes an der Grenze ist, dann wird das schwierig. Es gibt hier genug Leute, die eigentlich alle noch in Arbeit gehören, denen auch die Rentenjahre fehlen. Da müssten die Angebote sein, das wir nicht nur die Härtefälle betreuen, sondern auch diese Gruppe, wie meine Frau. Sie ist nicht förderfähig, weil ich Geld verdiene aber das ist doch kein Einkommen. Gerade die aktiven und gut ausgebildeten Leute liegen total brach.
Frau B.: Das ist ja jetzt nicht das Thema. Aber das greift natürlich mit rein.
Herr B.: Sie will jetzt einen Laden hier machen. Wie stellen wir uns das denn praktisch vor? Sofort, wenn eine Grenze von ungefähr monatlich 300€ an Einkommen überschritten wird, fällt sie aus der Familienversicherung raus und ist dann Gewerbetreibende. Muss ihre eigene Krankenkasse zum doppelten Beitrag bezahlen, weil der Arbeitsgeberanteil wegfällt.

Frau B.: Ich muss das mal eingrenzen: Das spukt uns so lange er Bürgermeister ist im Kopf rum und man unterhält sich darüber.
Es gibt hier außer den historischen Häusern keine Möglichkeit im Dorf für die Leute, um mal zusammen zu kommen. A: Um sich mal Grund zu versorgen, also mit einer Tüte Milch und frischen Brötchen und einer Knackwurst oder so. B: sich zu treffen und zu reden. Also wo sie sich einfach hinsetzen können, Kaffee trinken, ihre Morgenzeitung lesen, kommunizieren, wieder nach Hause gehen. Diese Problematik.

Die Immobilien hätten wir da, die Räumlichkeiten hätten wir da.
Jetzt scheitern wir immer am Wie. Wie mein Mann eben andeutete: Ich hätte die Zeit, hätte auch die Ideen und das würde mir auch Spaß machen. Wenn ich das jetzt ins Leben rufe, ich würde auch Helfer aus dem Dorf finden. Überhaupt keine Frage. Dann komme ich sofort wieder in eine rechtliche Bredouille, wenn ich die rechtlichen Voraussetzungen nicht erfülle. Wenn ich sie erfüllen will, also mit Gewerbegenehmigung und diesem und jenem habe ich nichts gekonnt. Dann habe ich mir persönlich wieder ins Knie geschossen. Eigentor geschossen. Funktioniert so nicht. Wie machen wir das?

Das sind so die Probleme, die uns echt bewegen. Wie kriegen wir die Möglichkeit A: den Leuten im Dorf was zu bieten, denn das wäre das

wichtigste und B: den Touristen, die hierher kommen, sprich den Radfahrergruppen, wie können wir das schaffen denen eine Art Versorgung zu bieten? Unter dem Dach eines multiplen Hauses hätte es eine Chance.

Herr B.: Wir im Verein Vorpommersche Dorfstraße e.V. machen uns auch Gedanken und arbeiten daran, dass wir bestimmte Routen haben, wo wir in der Saison garantieren, dass die Leute nicht ins schwarze Loch fallen, wenn man Touristen herlockt. Wenn man weiß, man kann nicht in jedem Dorf so einen Stützpunkt haben – gehe ich mal davon aus, das wird nicht überall funktionieren – das man aber in akzeptabler Entfernung eine Station richtig fest gemacht hat. Unter dem Stationsbegriff, die für den Touristen genauso attraktiv ist zu erreichen, weil er dort sein Fahrrad repariert kriegt, was zu Essen und zu trinken bekommt. Oder wo er sich hinlegen kann beziehungsweise auch für die postalische Dienstleistung oder Beratungsdienstleistung als Außenstelle des Amtes: Dienstag ist das Amt da. Eine Mitarbeiterin macht hier mal Außendienst. Denkbar wäre das auch für die Sozialagentur. Da haben wir ja doch immer das Problem, das die Erreichbarkeit recht kompliziert ist. Da gibt es natürlich geteilte Meinungen zu. Das die einen sagen, man fährt gerne nach Greifswald, weil man da schön einkaufen kann. Aber in der Regel ist für die Leute, die Harz IV Empfänger sind, von uns aus der Weg bis Greifswald oder bis Gützkow rein von der Infrastruktur schwierig. Greifswald vielleicht noch näher, die Bahnstation ist nur 2 km entfernt und man dann mit der Bahn fahren könnte.

Frau B.: Ein riesengroßes Problem hat das Dorf in den nächsten 10 Jahren. 80% der Bevölkerung sind weit über 60.

Wie viele Kinder gibt es in Schlatkow?
Frau B.: Sechs zwischen fünf und 14 Jahren. Zwei sind jetzt dazu gekommen. Also ganz wenig. Die jungen Leute ziehen alle weg. Also die jungen Frauen, jedenfalls die die weiterkommen wollen, ziehen alle weg. Nur, die die es nicht schaffen bleiben.
Herr B.: Jetzt haben wir die „kleine Schule“ auf dem Lande aber auch die ist unterbesetzt. Aber da ist eine Abweichung von der Stärke der Kinder zulässig.
Frau B.: Mein Mann sprach gerade von den Menschen, die nicht mobil sind, wie Harz IV. Noch schlimmer ist es für die alten Leute, die ja wirklich nicht mehr weg kommen. Teilweise können die nicht mal mehr mit dem Bus fahren, weil ihnen der Aufenthalt in der größeren Stadt zu lange dauert. Dann die schweren Einkaufskörbe. Hier am Ort ist nix. Dann ziehen die dann auch in die Stadt.
Die Hilfsbereitschaft bei dieser älteren Generation ist unglaublich groß. Das kann ich aus Erfahrung sagen. Ganz einfaches Beispiel: Ein großes Fest ist geplant. Da werden 30-35 Kuchen gebraucht. Dann gehe ich von Haus zu Haus und bitte die alten Damen. Das ist jetzt schon so, das wenn ich eine vergessen habe zu fragen oder einfach aus falscher Rücksichtnahme, kommt dann: „Frau Brandt, Sie haben mich überhaupt nicht gefragt. Ich dachte schon sie wollten mich nicht.“ Also das Engagement ist da. Die Hilfsbereitschaft ist sehr groß.

Die Leute brauchen ja immer jemanden, der die Leute auch animiert und alles organisiert.
Frau B.: Ja, das ist ja normal. Es ist einfach so. Aber sie machen mit.

Abb. 8.24: Schmuggerow

Abb. 8.25: Wrangelsburg

Haben Sie auch schon jemanden den Sie als ihren Nachfolger hochziehen?
Frau B.: Na, mit den hochziehen, das ist ganz einfach schwierig, denn die sind dann auch schon in dem Alter, wo also in zehn Jahren, spätestens in zehn Jahren sie an der gleichen Stelle sind.
Herr B.: Also, wenn wir jetzt durch einen Fall X hier ausfallen würden, dann würde hier erst mal zu sein und dann würde auch die Saison hier ausfallen. Aus dem Umfeld Greifswald kommen regelmäßig Leute. Wir rufen alle nach den Radfahrern. Das ist ja fast schick schon, zu sagen: Wir brauchen die Radtouristen. Da gibt es schon genug Statistiken, dass sie die Geldträchtigsten sind und was die dalassen pro Tag. Jetzt können wir denen aber nichts anbieten. Da nützt uns der ganze Fernradweg „Berlin Schlatkow“ nichts. Weil, wenn sie hier ankommen, sie entweder verdursten oder schon verdurstet sind. Wir können ihnen nichts mitgeben, das ist noch viel schlimmer. Jetzt hab ich von einer schwedischen Schriftstellerin Bücher schicken lassen. Die hat mal hier gelebt. Da mach ich mal einen Test, ob sich diese Bücher verkaufen. Da sind so Örtlichkeiten unserer Gemeinde drin beschrieben und Personen von Früher.

Wir bräuchten – da sind wir wieder bei dem Laden – wir bräuchten auch die Produkte, die hier regional hergestellt werden. Deswegen sind wir als Vorpommersche Dorfstraße zusammen gegangen mit dem Verein Pommersches Landleben. Den haben wir mit gegründet. Das ist Kreis Uecker-Randow und Landkreis Ostvorpommern gemeinsam. Da war ich selbst erstaunt in der Gründungsveranstaltung. Da waren Gewerbetreibende eingeladen, die jetzt irgendwas produzieren oder auch Händler. Und ich war richtig verblüfft, wie viele Produzenten es hier im kleinen Bereich gibt, von denen ich nichts wusste. Das Interesse ein gemeinsames Label zu schaffen war sehr groß. Wo unter dem Label dann die einzelnen Produkte vertrieben werden. Der eine stellt Chutney her, der andere macht Senf, der nächste macht Straußenfleisch aus Owstin, da waren noch viel mehr. Alles Leute, die versuchen hier regional Produkte herzustellen.
Da geht es jetzt auch um Märkte, die hier eingerichtet werden sollen. Also Eggesin, die haben das schon mal durch. Das kommt auch sehr gut an. Auch mit der Sache haben wir uns schon beschäftigt. Wir haben ja die herrliche Halle. Wir scheitern immer wieder an denselben Problemen, das Firma Brandt nur beschränkte Kapazitäten hat.

Frau B.: Das ist das Stichwort: Netzwerk. Weil punktuell gibt’s das alles schon.
Herr B.: Na ja, es treffen sich hier doch immer wieder dieselben. Diese Modellregion ist in dem Sinne positiv, weil Ueckermünde bisher nicht so im Blick war und erstaunlicherweise Uecker-Randow doch sehr aktiv ist. Der Landkreis und die Wirtschaftsförderung. Die haben auch eine Wirtschaftsförderungsgesellschaft, da läuft manches anders als in unserem Landkreis. Wo wir hier uns mit dem Projekt selber rumquälen und den Finanzierungsplänen und allem, da hatten die ihre Förderungsgesellschaft. Ruck zuck war der Plan auf dem Tisch. Die hatten das Konzept. Das musste man bei uns sich alles selber erarbeiten.
Herr W.: Hängt ja auch immer wieder von den jeweiligen Personen ab.

2. Gespräch mit Herrn Dr. Brandt: Mittwoch 24.06.2009 18.00 Uhr

Wie wir von Herrn Kubiak erfahren haben sind Sie Mitglied im neugegründeten Verein Pommersches Landleben. Ist das richtig?
Im Prinzip ist die Vorpommersche Dorfstraße Mitglied des Vereins Pommersches Landleben. Die sind an uns herangetreten um eine Vernetzung herbeizuführen. Und wir haben einen Vorstandssitz. Wir wollen uns da nicht in den Vordergrund drängen aber da wir auch immer unsere Region zu vertreten haben, möchten wir schon so ein bisschen im Vorstand wissen was los ist. So sind wir Vorstandsmitglied und zuständig für die Presse. Aber die müssen auch für ihr Netzwerk Partner suchen und da bietet es sich natürlich an, wenn man in den Wirtschaftsfördergesellschaften den Schulterschluss sucht.

Zurück zu Schlatkow. Welches Problem haben Sie, wenn Sie es gelöst haben, wie gelöst?
Also eigentlich haben wir ja fast einen kommunalen Eigenbetrieb hier. Das macht mir ja schon alleine zu schaffen, weil ich ja immer nicht so richtig weiß, wo ich rechtlich hänge. Im Finanzamt habe ich mal einige Fragen abgeklärt. Eigentlich wollen wir ja nichts weiter machen als hier am Sonnabend und Sonntag Nachmittags von 14 bis 17 Uhr aufmachen. Kaffee und Kuchen verkaufen. Alle Ausstellungen sind geöffnet und Führungen gibt es. Zwangsläufig kommt der erste und fragt nach Prosecco. Und damit fängt das an, indem du in dem alkoholischen Bereich ankommst.
Im Finanzamt in der Steuerabteilung für die Vereine haben sie gleich mit der Umsatzsteuer angefangen. Ich sag: „Momente mal. Wir machen hier am Wochenende vielleicht 100 Euro durch Kaffee und Kuchen auch mal 150 und wenn sie ausrechnen, das sind drei Monate maximal, nicht mal und dann nur die Wochenenden. Sagen sie: „Da kommen sie doch nie über die 30.000 Euro im Jahr zusammen.“ Geh ich fest davon aus. Es müsste ein Wunder geschehen und wenn dann wäre ich ja dankbar. Also wenn wir das erreichen würden, dann zahl ich auch Steuern, da hab ich ja gar kein Problem mit, dass wir auch die Umsatzsteuer machen aber momentan kommen wir ja gar nicht in die Lage. Aber es ist natürlich so, dass man da erst mal wegen diesem Prosecco einen Haufen Rennereien hat. Bin ja noch gar nicht fertig. Ich hab auch nicht so viel Zeit.
Wir haben jetzt diese Großveranstaltung am 20.06. gemacht. Hier ein kleines Bildchen davon. Das war im Zeitungsartikel. Da waren 11 Gutshäuser mit involviert, die an dem letzten Sonnabend hier mit Programm unterschiedlichster Art, von Konzerten und verschiedenste Gastronomie und individuell dabei waren. So ist mein Sommerterrasschen wieder erst mal liegen geblieben.
Ich hab vom Amt bekommen: „Nutzung der Sommerterrasse.“ (Anschreiben vom Amt, Anmerk. Der Verfasser) Ich habe einen Zeitungsartikel reingestellt, dass die Sommerterrasse im Mai wieder öffnet. Damit war mir klar, dass das Rennen wie im letzten Jahr wieder los geht. Sie haben mir auch gleich noch mal das Protokoll der Beratung vom letzten Jahr mitgeschickt. Ich mein ja ich kann ja prinzipiell nicht sagen, dass sie sich damit gegen mich verhalten. Dann kamen die entsprechenden Hinweise, ob wir eine Gewerbegenehmigung oder beziehungsweise erst mal eine Ausschankgenehmigung haben. Die haben mich ja gar nicht erzählen lassen was wir da machen, da haben die mir schon alle erzählt, was ich da machen muss oder was ich nicht kann oder was ich

nicht darf. Und da hab ich gesagt: „Na Moment mal, worüber reden wir hier überhaupt hier? Das ist eine Gemeindeveranstaltung, das lege ich jetzt hiermit fest. Das können Sie ins Protokoll nehmen. Und das Geld kriegt die Gemeinde.“ Und haben wir auch so gemacht. Haben wir das zum Schluss nachher eingezahlt und damit war das gut. Ja, ist zwar ärgerlich für den Verein, weil ja der dann die Arbeit macht. Hätten wir auch lieber selber einkassiert aber dazu ist eben ein Vertrag mit der Gemeinde notwendig.
Dieses Jahr hab ich nun den Vertrag vorbereitet. Ich hab ihn zwar noch nicht aber er ist zumindest angearbeitet, wie wir die Teilung machen. Ich sag mal so ein paar Stichpunkte: das wir das Geld kriegen von diesen Wochenendeinsätzen und das wir die Betriebskosten als Kostenpauschale hier in der Gemeinde bezahlen. Das rechnet das Baumanagement. Wir müssen noch eine Vereinshaftpflicht abschließen, falls irgend was kaputt geht. Das Haus gehört der Gemeinde. Wir brauchen auch keine Heizung, weil wir das im Sommer machen. Na ja, denn dieser Vertrag ist wieder Voraussetzung, dass ich so eine Ausschankgenehmigung kriege. Da braucht man ja ein Führungszeugnis, ein Unterrichtungsnachweis der IHK – muss ich auch noch machen. Für den Gesundheitspass ist eine Truppe extra zur Schulung gefahren. Dann der Nachweis das wir als Verein unbedenklich sind und keine Steuerrückstände haben. Für die Erteilung der Gaststättenerlaubnis gibt es eben diese Belehrung im Gesundheitsamt. Die steuerliche Sache haben wir – die Kopie des Miet- und Pachtvertrages fehlt noch, kommt vom Amt. Das hängt aber alles mit dem Alkohol zusammen, vermute ich mal. Wenn wir da nur Tee ausschenken würden, hätten wir die Probleme nicht. Ich könnte ja auch sagen: Schluss mit lustig. Kein Alkohol und dann ist hier Ruhe. Könnte man ja machen. Wäre eine Lösung. Ist ganz schön stressig.
Wir waren heute bei der Volkssolidarität. Wenn diese eine Tagesveranstaltung machen, dann holen Sie sich eine Schankerlaubnis für einen Tag.
Ja, die kostet 30 Euro. Da geht das dann schon. Na, wir müssen ungefähr 150 abdrücken, weil wir die aber dann für immer und ewig kriegen. Eine langfristige, weil ich keine Lust habe das jedes Jahr neu zu machen.

Das heißt, diese Schankerlaubnis erwirken Sie für das Grundstück oder ist diese dann personell gebunden?
Der Verein beantragt ja immer. Wir haben das ja so, egal ob Festscheunenveranstaltung oder hier unsere Sommerterrasse, wenn wir das über den Verein laufen lassen, wenn ich es mache, sonst ist es ja eine Gemeindeveranstaltung. Das lass ich auch so.

Wie verhält es sich, wenn die Räume jemand privat mietet?
Der muss das haben. Ich meine rein rechtlich. Wenn er es nicht hat und schenkt Alkohol aus und die Aufsicht kommt, hat er dann eben das Problem, das er ein Ordnungsverfahren hat.

Sie haben zudem eine Backstube erwähnt, die gesundheitsrechtlich genehmigt wurde.
Na Backstube, wir haben eine normale Küche. Aber wir sind eben berechtigt da in diesem Objekt Kuchen zu backen und den auch anzubieten. Wir haben ja einen Backzirkel: Backclub Schmatzin.

Können Sie diese Küche auch für Kochen nutzen?
Nee, backen ist genug. Man sagt ja immer: „Ihr müsst mehr Werbung machen. Das war alles so toll am Wochenende." Aber wir haben ja auch nur eine geringe Kapazität. Das ist ja nun wirklich kein Gewerbe, was wir hier machen. Ich empfinde das ja als einen Ausflugsort. Das nehme ich auch wahr, weil am Wochenende der Spielplatz voll ist mit Familien die da nun Picknick machen. Und das ärgert mich ja dahingehend, dass wir dann praktisch die Kosten als Gemeinde haben für die Schäden und eine Art Sauberhaltung aber nichts einnehmen. Da kann man ja schlecht eine Kasse am Spielplatz anbauen. Aber man muss eben durch Angebote die Leute rüberlocken und wenn die sich ein Eis holen und solche Geschichten für die Kinder. Dann kommen ja die Alten auch und kucken: „Ach hier gibt's ja Kaffee. Ach da trinken wir doch eine Tasse hier." Das ist immer veranstaltungsbegleitend. Wir machen jetzt nicht nur die Sommerterrasse auf damit wir uns da bereichern können. Ein Alptraum wäre, wenn zwei Busse gleichzeitig kommen würden. Dann würden sich die zwei Frauen da die Hacken abrennen oder der Kuchen würde nicht reichen. Das geht nur auf Anmeldung. Das kriegen wir dann auch hin.

Für Sie war aber von Anfang an klar, dass nicht die Gemeinde jemanden abstellt, der quasi die Sommerterrasse betreibt, sondern dass das auf jeden Fall der Verein macht?
Also ich würde ja zu gerne jemanden haben, der sagt: „Pass auf, wir übernehmen das hier unten und wir versuchen uns eine Existenz aufzubauen." Ich hatte ja auch schon eine junge Gastronomin hier. Die hat das gelernt oder studiert. Die hat jetzt die Jugendherberge in Murchin übernommen. Das ist einfach von den Bettenkapazitäten, die wir haben zu wenig.
Wenn wir jetzt vielleicht angegliedert wären, dann würde das funktionieren. Um hier aus dem Standort zu leben, müsste man permanent Veranstaltungen machen und irgendwann ist dann auch die Nachbarschaft erschöpft, wenn hier jeden Abend Rambazamba ist. Also ich weiß nicht, ob das eine wirtschaftliche Höhe hier kriegt.
Wenn man 30.000 Umsatz hätte, dann könnte man auch schon jemanden geringfügig beschäftigen. Das wäre ja schon mal ein Motiv das zu machen.

Im Augenblick ist es so, dass der Verein alles ehrenamtlich macht? Da bekommt keiner Geld?
Genau. Da kriegt erst mal so gesehen keiner Geld. Wir sind ja ein kleiner Verein. Wir machen das hier praktisch, um unsere Vereinskasse damit zu bauen. Jetzt haben wir erst mal tief investiert. Nun müssen wir erst mal reinholen. Das kriegen wir so in ein zwei Saisons rein, was wir da so investiert haben. Da kann man ja ohne Probleme dann Geld nehmen und fährt weg davon. Ist ja auch lustig. Da wir ein schwedischer Verein sind, dann können wir sagen: „Wir machen mal eine Partnerschaftsfahrt nach Schweden." und schon haben wir einen schönen Urlaub gehabt.

Die Leute bedienen und backen alle ehrenamtlich Samstags, Sonntags? Das machen sie alle mit Lust und Freude, denn sie sagen sich ja alle: „Das ist ja Geld für die Vereinskasse."
Genau. Also die wollen es nicht für die Gemeinde machen, weil das ist dann zu groß gegangen, logischerweise. Die Gemeinde dankt es ja in

dem Sinne auch nicht aber sie kann es ja jetzt danken, indem der Verein erst mal kostenfrei die Objekte kriegt also mietfrei und eben nur die Betriebskosten übernehmen. Wenn sie das nicht machen, dann machen wir hier zu.

Wenn man diese Liste vom Amt jetzt hier liest, ist denen auch aufgestoßen, dass Sie sozusagen in Doppelstellung Bürgermeister und Vorsitzender des Vereins sind. Ist es angedacht, dass Ihre Frau oder jemand anderes die Leitung des Vereins übernimmt?
Wir machen jetzt eine Mitgliederversammlung. Eine außerordentliche und da werden wir das auch ändern. Also weil das hat sich schon gezeigt, das ist mehrfach ungünstig, an verschiedenen Stellen. Und das war damals einfach so, weil ich damit angefangen habe. So ist es immer und dann merkt man aber das ist ungünstig. Und so was lässt sich ja in der Mitgliederversammlung abstellen. Die Strippenzieher das müssen ja nicht immer die im Vorstand sein. Spannend war es 2007, weil wir damals diese Schwedentage gemacht haben. Die Sparkasse hat eben nur Vereine gefördert.

Sie haben im ersten Interview gesagt, dass Sie sich eine Erweiterung der Nutzungen vorstellen könnten und dass Ihre Frau gegebenenfalls aktiver wird.
Wenn wir das hier machen, denn sie ist ja in der Sommerphase die Chefin, sie hat die Frauen da sozusagen unter sich und leitet das Ganze. Es ist mit dem Läden so, wir haben schon x-mal mit dem Gedanken gespielt hier so ein Dorfladen zu machen. Die Räume hätten wir alles dazu. Also das wäre nicht das Problem. Man kann aber als Tante-Emma-Laden nicht das Angebot vorhalten, was die mobilen Händler inzwischen anbieten. Was der für eine Fischtheke oder was der für eine Backwarentheke hat. Einer kommt auch mit diesen Kolonialwaren, wo dann alles drin ist. Man kann das nicht toppen, weil man die Umsätze nicht hat, weil zu wenig Leute einkaufen. Man würde man immer auf altem Zeug rumsitzen und wegwerfen ohne Ende. Das wird wohl die Versorgungszukunft werden oder bleiben. Das ist es ja eben. Die Leute verhalten sich ja zwiespältig oder einige schizophren. Die wollen das eine aber tun genau das, was das eigentlich unterläuft. Da müssten zwangsläufig alle im Tante-Emma-Laden einkaufen, egal ob das Angebot sehr gut ist oder weniger oder beschränkt. Das machen sie ja nicht. Sie wollen sich mit meiner Frau unterhalten und kaufen wollen sie bei Aldi.
Also das haben wir erst mal zurückgestellt. Rein aus kaufmännischen Erwägungen. Schade ist es allemal. Das Geld, was da abfließt. Es fließt ja, es wird ja hier rausgeholt durch die Fahrzeuge. Dass könnte eine Arbeitskraft hier im Ort bündeln.

Das dörfliche Leben in Schlatkow funktioniert noch, oder?
Das haben wir ja hier. In Wolfradshof und hier an dem Tag (Großveranstaltung am 20.06, Anmerk. D. Verf.), da habe ich jeden einzelnen der gekommen ist oder Ehepaar oder Familien begrüßt. Habe mich vorgestellt. Habe gesagt, was sie hier erwartet und wo sie was machen können oder ob sie da anfangen wollen und der Herr R. der macht die Führung, wenn sie es wollen.
Das ist den Leuten aufgefallen. Das hat sich rumgesprochen, dass hier an diesen Standorten die Leute begrüßt worden. Das wurde dann reflektiert als diese unwahrscheinlich familiäre Atmosphäre. Das wollen

die Leute haben. Das ist das wofür die Leute auch viel Geld ausgeben. Daran züchten wir ja, an dem Stammkreis, dem Kundenkreis, die immer wieder kommen. Die fahren dann auch an die Ostsee logischerweise, die sind ja nicht hier den ganzen Tag aber das reicht uns ja auch.

Haben Sie so etwas wie eine Dorfzeitung?
Ich will eine machen. Das Heim (Kinderheim im Ort, Anmerkung der Verf.) soll ja eine neue Trägerschaft kriegen und die haben in ihrem Therapieangebot so eine Mediengruppe und auch eine gute Ausstattung. Das ist ja immer das was mir fehlt. Weshalb ich immer in der Klemme bin, wenn wir hier unseren Budenzauber machen.
Da fehlt normalerweise die Kamera, die das aufzeichnet und wo dann ein schöner Film gemacht wird und der wird bei der nächsten Runde zum einheimsen von Fördermitteln oder zum Verkauf an irgendwelche Leute angeboten.
Genauso dieses Ortsbuch Schmatzin. Diese Gemeindegeschichte zum mitnehmen. Das bezahlen die Leute auch. Ruckzuck war ich jetzt diese paar Bücher von einer schwedischen Autorin los, die hier mal in Schmatzin gelebt hat. Wenn ich da noch mehr gehabt hätte, hätte ich noch mehr verkauft. Dass wir ein Sortiment aufbauen was sich genau auf den Touristen bezieht. Na ja ich meine, man muss sich ja dann auch die Frage stellen, wenn ich es intensiver bewerbe, kriege ich mehr Leute her. Das weiß ich. Dann muss man ja auch sagen, dann steht die Mannschaft auch zur Verfügung, permanent, um das aufrecht zu erhalten. Das ist ja ein Unterschied, ob man einmal die Woche oder ob man in der Saison durch richtig arbeitet. ...
Wenn man eine Förderung kriegen würde für Personalkosten zum Beispiel, das ist ja der Knackpunkt. Also irgendwann läuft sich das aus, weil das kann man keinem Menschen für Jahre zumuten. Ob für die Gemeinde, oder für einen Verein, man kann das nicht immer selbst finanzieren. Das kann es doch nicht sein. Das fängt an mit den Verwaltungen der Buchungen. Sprich, wenn jetzt jemand das Gemeindehaus pachten will, für Familienfeiern die Betten. Wir sind da richtig im regionalen Fremdenverkehrsverband gelistet, übers Internet buchbar.
Da kann jeder Tag und Nacht buchen. Da muss einer reagieren. Das sind in der Regel wir. Weil die Leute aus Harz IV dürfen ja nicht im Hotelwesen arbeiten, die machen praktisch begleitende Funktionen, dass hier Außen alles in Ordnung ist. Das heißt, ich brauche jemanden der vertraglich die Reinigungsarbeiten macht.
Ich kann den Frauen, die Harz IV machen nicht mal Geld geben und sagen, das habt ihr euch verdient. Das ziehen sie denen von der Sozialhilfe ab und dann stehen die weinend vor mir, dass sie keine Stütze mehr haben. Da geht es ja manchmal um 10 Euro und dann ist der Anspruch weg. Also kann man da keine Spielchen machen.
...
Betreibt der Verein oder die Gemeinde diese touristische Funktion?
Die Herberge betreibt die Gemeinde. Das deckt dann gerade mal die Betriebskosten. Mehr kommt doch da nicht raus. Und da ist schon die Frage tabu, wo die Personalkosten herkommen. In der Regel hab ich ein Volumen von 5000 Euro vielleicht, was wir hier durch diese Vermietung reinkriegen. Davon sind ja schon ungefähr 3500€ Betriebskosten oder 3000€, was diese Häuser verursachen. Mit Heizung, Versicherung, Müll, Strom, Strom also Lichtstrom, wir haben ja Elektroheizung drin. Die Frage sind nur die Personalkosten. Auf der nächsten Sitzung ist das dran.

Abb. 8.26: Schlatkow

Sie wollen einen Arbeitsvertrag für irgendeine Person?
Das muss sein. Das ist jetzt der oder die die für die Reinigung zum Beispiel verantwortlich ist. Wir haben ja die Möglichkeit – also unsere Frauen dürfen offiziell Veranstaltungen vorbereiten. Das heißt sie können Blümchen pflücken, können die hinstellen, können den Tisch decken. Das ist alles kein Thema. Das Thema ist der Beherbergungsbetrieb. Dort machen wir wirklich Wirtschaft. Ich meine zwar nicht in den finanziellen Dimensionen aber wir sind gewerblich tätig.
Aber da darf ich in dem Moment keine ABM-Kräfte beschäftigen, dass die da sauber machen. Das müssen wir klären. Ansonsten muss ich erst mal zu machen. Wir haben ja nun Buchungen schon bis zum Jahresende, das ist ja das schwierige. Da gibt's dann Ärger noch von den Leuten. Die sieht man dann auch vielleicht nie wieder.

Was sind das für Leute, die bei Ihnen gebucht haben?
Die wollen Silvester feiern. Die Feiern schon seit drei Jahren hier Silvester. So Familien. Treffen im Clan und dann zusammen kochen.

Im Sommer sind es dann die Fahrradgruppen?
Müsste eigentlich sein. Die fragen mal nach dem Fahrrad.
Es ist also nicht so, dass hier ganze Fahrradgruppen ankommen. Die kommen um die Ausstellung anzusehen aber nicht um hier zu schlafen. Die hier schlafen kommen aus allen Bundesländern und auch aus dem Ausland. Aus der Schweiz und Österreich und andere.
Die buchen das aus dem Internet. Oder die die eben hier Familie haben und hier Familienfeiern machen. Dann kommen auch die Kinder, die jetzt im Westen sind, dann bringen die ihre Freunde mit.
Dann sagen die Freunde: „Wir kommen mal wieder." Haben wir alles schon gehabt. Also das ist im Prinzip bekannt.

Welche Auslastung erzielen Sie?
Also ich hab zumindest immer unseren Plan geschafft. Das wir gesagt haben, gut wir müssen so viele haben, wie die Betriebskosten, jetzt mal von Lohnkosten gar nicht geredet, dass wir da einen Überschuss haben. Das wir damit praktisch das andere Haus mit finanzieren.
In dem Moment, in dem wir 30% weniger Zuführung vom Staat haben, haben wir eh Probleme. Da überleg ich mir, ob ich noch Bürgermeister mache. Lohnverwaltung mach ich nicht mehr. Ist nicht mein Ding. Das können sie dann automatisieren, wie beim Finanzamt. Also müssen wir mal sehen. Das müssen wir erst mal an uns rankommen lassen.

Das kann man mit reinnehmen, dass es jetzt erst mal eine totale Verunsicherung wegen der Wahl gibt. Das ist für uns ein echtes Problem. Ich hatte ja vor mit Ranzin zusammen zu gehen, und dann müssen die beiden Gemeinden einen neuen Bürgermeister wählen. Angenommen die haben mich nicht gewählt. Die haben ja mehr Einwohner da in der anderen Gemeinde. Was ist denn dann?
Das ist eben auf dem Dorf eine Personenkiste. Und wenn ich unter Umständen Schach Matt gesetzt werde – trifft ja nicht immer nur die schlechten.
Wenn die uns so das Geld weiterzahlen würden, wie sie es bisher machen, würden wir in die Schräglage nicht kommen. Aber wenn sie uns 30% wegnehmen, dann wäre es das halt, weil das geht nicht. Wir haben es ja geschafft, gerade weil wir ja jetzt auch die Kosten für die Häuser durch diese Aktivitäten reinholen. Alles was wir hier machen,

führt ja letztendlich dazu, dass mehr Buchungen sind, dass mehr Leute herkommen. Also zumindest haben wir immer ein kleines Polster in der Gemeinde.

...

Die Gemeindereform ist ja immer angeprangert worden.

Na, weil das ja auch im totalen Wiederspruch steht mit dem ländlichen Raum. Mit dem Getöse und Getöne, wie sie das Ehrenamt fördern wollen. Viele Dinge, wo sich der Staat schon längst zurückgezogen hat, die laufen ja noch, weil es die Leute ja einfach wollen. Weil sie hier leben, dann machen sie es und kucken nicht, ob es ihr Material ist sondern die machen eben, reparieren und bringen die Sachen selber mit oder fahren mit ihrem Auto, ohne zu sagen, hier, so und soviel kostet das. Das ist so kontraproduktiv, das man die Kerne in den Gemeinden auch noch lahm legt. So untergraben sie die Leute, die noch was machen. Die meisten meiner Amtskollegen sind wirklich aktiv und rührig, in irgend einer Weise, in unterschiedlichster Form. Der eine hat seine Feuerwehr und der nächste hat seine Schweden.

Abb. 8.27: Kirchhof, Schlatkow

Abb. 8.28: Heidrun Hiller

8.10. Interview mit Frau Heidrun Hiller, Agendabüro Stettiner Haff

Dienstag 23.06.2009 10.00 UhrGoethestraße 12, Ueckermünde

Frau Heidrun Hiller arbeitete von November 2005 bis November 2009 im Agendabüro Ueckermünde als Beraterin für Gemeinden und Vereine, um dort den Ansatz Lokaler Agenden, also die Initiierung kleiner gemeindeeigener Projekte durch die Bürgerschaft, zu fördern. Seit November 2009 arbeitet sie an der Hochschule Neubrandenburg an einem neuen Modellvorhaben.

Bitte erläutern Sie für uns das Agendabüro.
Das Agendabüro Stettiner Haff ist Bestandteil des Drittmittelprojektes „Forschung für ein Integriertes Küstenzonenmanagement in der Odermündungsregion/ IKZM-Oder“ der Hochschule Neubrandenburg, gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Das Drittmittelprojekt war in drei Projektphasen gegliedert und liegt derzeit in den Endzügen der Dritten Phase. Der Aufbau einer gemeinsamen deutsch-polnischen Regionalen Agenda resultiert aus einer Vereinbarung des Landes Mecklenburg-Vorpommern mit der Wojewodschaft Westpommern. Die Absicht ist, die Landkreise um das Stettiner Haff, die ja in beiden Ländern durch ihre Grenznähe peripher liegen und vergleichbare Ausgangssituationen haben, als gemeinsame binationale Region zu entwickeln. Als Agendabüro bedeutet das für uns den klassischen Agendaansatz zu entwickeln: also die Stärkung bürgerschaftlichen Engagements in der Gemeinde, die Einbeziehung der Bürger in die Zukunftsgestaltung ihres Lebensumfeldes. Dazu gab es bis 2006 Fördermöglichkeiten aus dem Haushalt des ehemaligen Umweltministeriums Mecklenburg-Vorpommern, die für die Förderung kleiner Projekte Lokaler Agenden mit einem unkomplizierten Antragsverfahren zur Verfügung gestellt wurden. Eine sehr einfache und effektive Möglichkeit Ehrenamt zu unterstützen, die derzeit nicht zur Verfügung steht.

Das Agendabüro war ursprünglich mit drei Personalstellen in Teilzeit ausgestattet. Unser Projektpartner war bis Mitte 2009 das Partnerbüro in Stettin, finanziert über den Wasser- und Umweltfonds der Wojewodschaft Westpommern. Unsere Kernaufgabe war und ist, den Ansatz und die Möglichkeiten Lokaler Agenden in den Gemeinden in der Region zu etablieren. Beratung und Projektbetreuung der Gemeinden auf der deutscher Seite und die Vermittlung von Kontakten ins Nachbarland standen dabei immer im Vordergrund.

Die Region war historisch geprägt durch Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft. Handwerk, Industrie und Handel waren bis 1945 stark durch die direkte Nachbarschaft zu einer Großstadt geprägt – vom Hafen, und den Wirtschafts- und Industriebetrieben profitierte auch die ländliche Region östlich Stettins – die heutigen Landkreise Uecker-Randow und Ostvorpommern. Bereits 1945 musste die Region diesseits der Oder also durch die Trennung von der Metropole einen kompletten wirtschaftlichen Strukturbruch verkraften. Es etablierten sich in den Folgejahren das Transportwesen, zunehmend auch die NVA und natürlich war die Region um Haff und Ostsee eine beliebte Tourismusregion. Die Agrar- und Forstwirtschaft und auch die Fischerei blieben

große Arbeitgeber. Es gab also relativ große, teilweise stark subventionierte Wirtschaftsstrukturen, die ab 1989 wiederum völlig neuen Rahmenbedingungen unterworfen wurden. Mit den Folgen kämpft die Region noch zwanzig Jahre nach der Wende: So ein kompletter Strukturbruch hat auch einen starken Identitätsverlust zur Folge. Die Menschen hier empfanden ihre Heimat lange als Verliererregion, viele Menschen mussten nach der Wende ihre Heimat verlassen, um woanders Arbeit oder einen Ausbildungsplatz zu finden. Diese Menschen fehlen heute hier natürlich sehr – und auch deren Kinder, die nun in anderen Bundesländern geboren werden. Eine der ersten Aufgaben des Agendabüros war eine umfassende Bestandaufnahme: wir suchten die Ambitionierten, die Leistungsträger, die Raumpioniere.. Was für Vereine engagieren sich wofür? Sind die nachbarschaftlichen Strukturen zerbrochen? Bei welchen vorhandenen Strukturen kann man ansetzen? Welche Projekte und welche Ideen „schlummern" in der Region? Wo gibt es „natürliche" Potenziale? Und natürlich: Wie kann man mögliche Projektideen auch umsetzen? Welche Partner braucht es und woher bekommt man die passende Finanzierung? Netzwerken, recherchieren und natürlich beraten – das waren die Aufgaben unserer ersten zwei drei Jahre.

Mit wie viel würden Sie an den LEADER Topf rangehen?
Die LEADER-Förderung ist fast nie kompatibel mit dem Ansatz und dem häufig geringen Fördervolumen den Lokale Agenden und kleine Vereine benötigen, um ihre Projekte im direkten Lebensumfeld zu entwickeln und umzusetzen und damit das gesellschaftliche, kulturelle und soziale Leben auf dem Dorf und in den kleinen ländlichen Gemeinden zu gestalten. Nicht nur, dass LEADER formal für den ungeübten „Normalbürger" schwierig ist, sondern auch die Fragen der Vorfinanzierung und der Eigenanteile sind Kriterien, die ein kleiner Schulförderverein oder ein Heimatverein nicht anfassen kann und wird. Für Instrumente wie LEADER und INTERREG sollte man schon einige Erfahrungen in der Akquise von Fördermitteln haben.
Sie werden in LEADER kein Projekt für 200 Euro platziert bekommen – und mehr braucht es aber manchmal nicht, um einen Spielplatz etwas aufzupeppen oder eine Baumpflanzaktion auf einem Schulhof durchzuführen. Eine tragische Folge der Einstellung der Agendaförderung war, dass sich die meisten Lokalen Agenden in den Städten und Gemeinden auflösten. Manche waren über den zweiten Arbeitsmarkt unterstützt, viele waren rein ehrenamtlich. Mir wurde manchmal gesagt: „Ehrenamtlich arbeiten für unsere Gemeinde – ja, jederzeit. Aber die Mittel für die Projekte noch selbst mitbringen – das können wir nicht." – Und nicht nur in den privaten Haushalten sieht es finanziell in unseren Landkreisen nicht so gut aus – auch die öffentlichen Kassen sind leer, die Stadt- und Gemeindeverwaltungen müssen sparen, sind großenteils in Haushaltssanierung. Da ist kein Cent „übrig" – sei er auch noch so nötig und sicher auch oft durch die Entscheidungsträger gewünscht.

Die ABM saßen tatsächlich richtig beim Bürgermeister vor Ort?
Viele Agendagruppen entstanden rein ehrenamtlich und wurden – weil sie wirklich viel für die gemeindliche Entwicklung bewirkt haben – dann durch ABM personell unterstützt. Es ist doch wunderbar, wenn der Bürger zum Bürgermeister kommt und sagt: „Wir müssen mehr für Kinder und Kultur tun – und ich würde mich dafür gern engagieren." So kann eine kleine Agendagruppe entstehen, die die Gemeinden und Städte

nach Möglichkeit natürlich unterstützt haben. Wenn sich die Bewohner eines Ortes für die Entwicklung ihres Ortes interessieren, ist es sinnvoll mit einer moderierten und mehrphasigen Ortsentwicklungsstrategie alle Aspekte der Stärken und Schwächen, Entwicklungspotenziale und Zukunftsrisiken eines Ortes, einer Stadt genauer zu beleuchten. Nimmt man die Bürger auf diese „Reise“ mit und werden Prozesse und gemeindliche Entscheidungen transparent gemacht, dann lassen sich die Menschen viel lieber und auch nachhaltiger darauf ein, sich aktiv in die Gestaltung des Ortes mit einzubringen. Aktiv mit Zeit, Ideen, Engagement. Diese professionelle Begleitung z.B. von Planungsbüros konnte über Eigenmittel des Landes Mecklenburg-Vorpommern gefördert werden. Und dann entstehen in einem solchen Prozess schnell zwei, drei, vier oder 20 Ideen und Projekte für die Gemeinde. Für deren Umsetzung haben sich die Gemeinden nach Notwendigkeit und Möglichkeit um Beschäftigte aus dem zweiten Arbeitsmarkt bemüht. Da sind meist natürlich kleinteilig tolle Sachen entstanden und umgesetzt worden. Viele Heimatstuben, Gemeindechöre, Gemeindestuben, Ortsleitbilder und grüne Schulhöfe fanden so ihren Anfang und sind inzwischen aus der Wahrnehmung oder dem kulturellen Leben der Orte gar nicht mehr weg zu denken.

Gehen Sie zu den lokalen Agenden bitte nochmals auf die Fragen ein: Wie installiert man die? Wie kommt man an die Fördermittel ran? Wie muss man die Eigenanteile einstellen?
Die Förderung des Gedankens Lokaler Agenden war unsere ursprüngliche Aufgabe: Stärkung des Ehrenamtes und der Zivilgesellschaft in den kleinen ländlich geprägten Gemeinden und Städten. Aktivierung der Bürgerschaft für die Verbesserung der Lebensbedingungen in ihrem direkten Lebensumfeld.
Und dies möglichst grenzübergreifend zu strukturieren, die Menschen mit gleichen Ideen unabhängig ihrer Nationalität in geeigneten Strukturen zusammen zu bringen. Das Ziel unserer Beratung ist es, passende Projektideen zu streuen bzw. vorhandene Projektideen aufzugreifen, zu besprechen und dann zu gemeinsam mit den Akteuren zu sehen, wie bekommt man die Umsetzung organisiert und gegebenenfalls finanziert. Das alles aber nicht in überbordenden Größenordnungen sondern in angemessenem finanziellem Rahmen. Mit den Finanzierungsmöglichkeiten und Fördermitteln, die wir hier in der bzw. für die Region einwerben können.

Aber das Thema der Finanzierung ist es nicht allein – häufig gibt es eine wunderbare Idee aber der Bürger, die Bürgerin, der Verein weiß nicht so recht, an wen man sich wenden kann. – Da sind wir gern der Vermittler, orientieren uns gemeinsam mit dem Ideenträger und gehen – wenn es gewünscht ist – auch gern die ersten Schritte in Richtung Stadtverwaltung, Kreisverwaltung, Fördermittelgeber mit. Und letztendlich ist dabei egal, ob sich die aktive Gruppe von Menschen, die sich für ihre Gemeinde oder Stadt engagieren nun „Lokale Agenda“, „Heimatverein“ oder anders nennt – wichtig ist uns, Menschen zu unterstützen, die aktiv werden möchten.
Sie sprechen das Thema der Eigenanteile an. Ein schwieriges Thema bei der Lage der öffentlichen Haushalte. Manche Gemeinden und Städte stellen für die Arbeit Lokaler Agenden in ihrem Haushalte ein eigenes Budget ein – diese Summe steht dann den Agendagruppen zur Verfügung und wird häufig genutzt, um in den gängigen Programmen

die nötigen Eigenanteile zu finanzieren. Wo die Eigenanteile fehlen, fokussieren sich die Projektträger natürlich auf alle Möglichkeiten einer 100%igen Förderung, meist sind das die Stiftungen. Der fatale Effekt dieser finanziellen Probleme ist, dass Vereine – die ja eigentlich für die Region zusammen arbeiten sollten, weil sie die Entwicklung der Region jeder in seiner Sparte vorantreiben – immer stärkere Konkurrenten werden und sich aus dieser Situation heraus nicht mehr austauschen. Der Blick für die Region als Ganzes geht verloren, weil die Sicherung des individuellen Vereinsbestandes zunehmend von den gleichen Finanzierungstöpfen abhängig ist. Nachdem uns in der Anfangsphase dieser Missstand bewusst geworden ist, haben wir Seminare mit relevanten Themen angeboten: „Effektive Öffentlichkeitsarbeit“, „Fundraising“ etc. Die Vertreter der Vereine und die in der Verwaltung für die Agenden Zuständigen kamen auf diesen Seminaren ins Gespräch. Wir nennen das den „Kaffeepauseneffekt“, der für gute Netzwerkarbeit ganz wichtig ist.
Wir haben uns von Anfang an bemüht die Ideen- und Projektträger mit unserer Tätigkeit zu verselbstständigen. Ich habe das Agendabüro immer als organisatorisches „Backoffice“, als Dienstleistungsbüro für die Region verstanden. Dass das Angebot des Agendabüros zeitlich befristet ist, kann also durchaus als Chance verstanden werden.

Abb. 8.29: Ducherow

Die Kontakte vor Ort sind sehr wichtig für unsere Arbeit. So haben wir den Bürgermeister von Vogelsang-Warsin durch Herrn Fels vom Bündnis für Familie kennen gelernt.
Ja, räumliche Entfernungen in einem Flächenlandkreis bedeuten nicht zwangsläufig auch inhaltliche Distanzen. Wie auch in großen Städten und Gemeinden finden wir hier in vielen Vereinen und Aktionsgruppen immer wieder die gleichen guten Köpfe – die Menschen, die sich für ihre Region einsetzen. Die kennen einander meist auch interessenübergreifend – allerdings manchmal „nur" vom Telefon, denn die Entfernungen im Landkreis sind gerade dann eine Hürde, wenn sie sich in vielen thematisch verschiedenen Vereinen oder Organisationen engagieren. Überlegen Sie sich die Bandbreite, in der sich Vereine für die Region stark machen: im Sportbereich, in der Traditionspflege, in Kultur und Bildung etc. Es ist nur natürlich, dass sich hier die Wege Einzelner immer wieder kreuzen.

Sie bieten einen digitalen Newsletter an. Wird dieser auch angenommen?
Im Verteiler sind insgesamt über 500 Adressen auf deutscher und polnischer Seite, teilweise weit über unsere Region hinaus – weil wir an Feetback ähnlicher Projekte interessiert sind. Die Empfänger sind vorrangig Vertreter aus den regionalen Verwaltungen, die LEADER-Gruppen, Vereine, Akteure die an unseren Weiterbildungsveranstaltungen teilgenommen haben, Kooperationspartner aus dem Forschungsvorhaben. Die Resonanz auf die Briefe ist sehr unterschiedlich – besonders wichtig ist vielen Lesern natürlich die Rubrik „Aus den Fördertöpfen" aber auch die Berichte aus dem jeweiligen Nachbarland werden interessiert wahrgenommen und die Terminankündigungen. Im Newsletter bitten wir jedes Mal: „Bitte berichteten sie doch auch von ihren Projekten." Nun ja, das passiert von allein selten, häufig habe ich Projektträger angerufen: „Sie machen doch gerade das Projekt XY. Wollen Sie nicht mal was für den Newsletter schreiben?" Es ist nicht so, dass die Menschen hier nicht stolz sind auf das was sie tun. Aber sie sehen nicht unbedingt die Notwendigkeit, dass man so eine Idee auch weiter tragen sollte. Für den Newsletter sind diese Berichte aus der Region ganz wichtig: wir wollen, dass damit die Projektträger die ambitionierten Nachbarn aus der Region kennen lernen und die Leser erfahren, wie viel in unserer Region und beim nahen Nachbarn jenseits der Grenze passiert. Damit erreichen wir einerseits durch den Newsletter eine Vernetzung der Akteure aber natürlich auch eine Verbesserung der regionalen Identität. Und deshalb erscheint der Newsletter von Anfang an zweisprachig – in Deutsch und Polnisch.

Noch einmal ganz allgemein: Das Agendabüro ist nur für Uecker-Randow zuständig?
Nein, für die beiden Landkreise Uecker-Randow und Ostvorpommern auf der deutschen Seite und ein wenig auch für die Wojewodschaft Westpommern – wobei wir für die Kontaktpflege und -vermittlung in Polen lange Jahre unser polnisches Partnerbüro in Stettin hatten. Das klingt sicher nach einem großen Aktionsraum und ist leider auch wirklich nur sehr bedingt zu schaffen. Bei zwei Landkreisen mit diesen räumlichen Entfernungen können wir wenig „aufsuchende Beratung" leisten – wir sind darauf angewiesen, dass die interessierten Bürger uns anrufen und ihren Unterstützungsbedarf kurz darstellen – dann ist es auch kein Problem einmal quer durch die Landkreise zu fahren.

Aber wir können aus personellen Gründen nicht „aufs Gradewohl“ die Vereine und Gemeinden besuchen oder abtelefonieren, ob sie Unterstützungsbedarf sehen.

Kann man hier mit Vorbildern innerhalb und außerhalb der Region arbeiten?
Ja, aber wir haben festgestellt, dass man bevor man in der Region von Vorbildern redet, die Selbsterkenntnis fördern muss, dass die Menschen von sich selbst merken: „Mensch wir machen doch eine ganze Menge toller Sachen.“ Vereine rotieren unter extrem schwierigen Rahmenbedingungen, stellen dann auch noch richtig gut was auf die Beine und wenn man sagt „Wow!“ kommt die bescheidene Antwort: „Aber ist doch ganz natürlich.“ Projekte komplett ohne Sponsoren, ohne große politische Unterstützung … das ist wirklich teilweise sehr beeindruckend für den Außenstehenden. Sie erleben so manch einen großen Aha-Effekt – aber das bedeutet nicht, dass die Protagonisten sich automatisch als „Vorbild“ für andere verstehen. Man muss Vorbilder nicht zwangsläufig in anderen Regionen suchen, es bedarf nur ab und zu Jemandes, der bewusst macht: „Ihr seid doch eure eigenen Vorbilder, denn das was ihr leistet ist enorm.“ Ich habe im ersten Jahr meiner Tätigkeit eine Broschüre erstellt, in der wir einzelne Projekte vorgestellt haben, die es hier in der Region gibt. Ziel war es, zwei Sachen zu erreichen. Einmal, dass es die Akteure schwarz auf weiß sehen und merken: „Ja, wir sind ja richtig gut.“ aber auch, um den Ideentransfer innerhalb und über die Region hinaus anzuregen. Den Blick einfach mal von einer Gemeinde in die andere zu richten. Und Ideen haben wir natürlich auch aus anderen Regionen „importiert“ – die Freiwilligenbörse, die Idee der Zeitbank, die Ausbildung der Schulmediatoren. Sie sehen – es gibt keine Glasglocke über der Region. Nur muss man auch sehr genau abwägen, ob Ideen und Projekte, die beispielsweise in Baden-Württemberg Erfolg versprechend funktionieren auch in gleichen Strukturen in den Nordosten Deutschlands exportiert werden können.

Wir haben für uns festgestellt: es ist einfach historisch bedingt. Früher war es der Junker, der gesagt hat wo es langgeht. Man hat so den Eindruck, jetzt warten sie wieder darauf, das einer kommt und: „Ich bin der Junker und ich sage dir jetzt was du machst.“
Ja, vielleicht ist es eine Frage der Sozialisierung und der historischen Entwicklung aber ganz sicher auch der letzten 20 Jahre. Die Wende bedeutete nicht für jeden Menschen eine wirtschaftliche Verbesserung, häufig sogar das Gegenteil: viele haben eine Arbeit verloren, die sie mochten und die sie gut ernährt hat und mancher hat nach dem Verlust des Arbeitsplatzes nach der Wende nie wieder etwas Adäquates gefunden. Und bitte bedenken Sie: wir sind eine strukturschwache Region die seit 20 Jahren eine starke Abwanderung verzeichnet. Die periphere räumliche Lage bedingt, dass es wenig Austausch mit kreativen Milieus, wie zum Beispiel in Suburbanisierungsräumen von Großstädten gibt. Auch fehlt der Region historisch bedingt das traditionelle Handwerk und Gewerbe in generationenübergreifenden Familienstrukturen – Firmen oder Betriebe in siebenter Generation werden sie wenige finden in den beiden Landkreisen. Und wenn man den Vergleich wirklich wagen will – überlegen Sie die wichtige tragende Rolle, die die Kirchen in süddeutschen Regionen hinsichtlich der Kinder-, Alten- und Sozialarbeit leistet. Die Strukturen der Gemeinden sind hier nicht weniger ambitioniert aber dann doch ganz andere. Es fehlt nicht unbedingt

das Know How, aber manchmal sicherlich die Erfahrung und jahrzehntelange Routine. Nicht jeder Mensch verfügt über die nötige Risikobereitschaft um Neues und Großes zu bewegen. Es ist vielleicht eine Region der kleinen Schritte – aber auch diese Wanderer kommen ans Ziel. Sie brauchen nur mehr Zeit und ab und zu einen Weggefährten zum Ermuntern und Austauschen.

Man kann die Leute aber aktivieren?
Aber ja, häufig ist Aktivierung gar nicht nötig, es braucht nur Jemanden, der die Idee mit trägt und der hilft die Steine mit aus dem Weg zu räumen.

Abb. 8.30: selbst gestaltetes Informationsschild, Schmuggerow

8.11. Interview mit Jörg Kubiak – Verein „Pro Eggesin e.V. / Pommersches Landleben e.V.

Dienstag 23.06.2009 12.30 UhrBlaubeerscheune, Bahnhofstraße 18, Eggesin

Abb. 8.31: Jörg Kubiak

Herr Jörg Kubiak ist Vorsitzender des Vereins „ProEggesin“, welcher die Blaubeerscheune in Eggesin betreibt. Er ist Mitbegründer des 2009 gegründeten Vereins Pommersches Landleben.

Bitte stellen Sie uns den Verein Pommersches Landleben vor.
Dieser Verein Pommersches Landleben hat sich ja jetzt erst gegründet. Ich werde sicherlich in Zukunft da eine gewisse Netzwerkaufgabe bekommen, speziell das Management zu machen. Ich bin aber von der rechtlichen Seite her nicht befugt für den Verein zu sprechen. Nur um das mal so zu sagen. Ich ziehe mir gern die Jacke an über Regionalprodukte und unsere Erzeuge hier zu reden, kann aber nicht über den Verein selbst reden, weil da gibt es einen Vorstand und die müssen selber entscheiden, was sie sagen wollen.

Was gibt es denn an regionalen Netzwerken und regionalen Produkten? Wir haben schon gehört, dass es hier ökologisches Rindfleisch gibt aber keine Weiterverarbeitung.
Ja, das sind schon Probleme, die hier in der Region vorkommen. Es wird unwahrscheinlich viel Bio angebaut bzw. eben Fleischproduktion auf Biobasis aber Veredlung findet zu fast 100% außerhalb der Region statt.

Für welche Erzeugnisse gilt dies noch?
Getreide, Kartoffeln, Fleisch wird fast alles aus der Region exportiert und da weiter verarbeitet. Die Wertschöpfung an sich findet außerhalb der Region statt. Das ist eines der Hauptprobleme, die es hier gibt. Viel wird ja zum Beispiel für Babynahrung geliefert. Hipp ist ein Großabnehmer. Gemüse, Kartoffeln und so weiter.
Ja, ansonsten sind wir ja schon zufrieden, wenn die regionalen Produkte in der Region selbst akzeptiert werden, egal, ob sie jetzt konventionell oder biologisch hergestellt werden.

Es hat sich in den letzten Jahren eine Zusammenarbeit zwischen den Erzeugern entwickelt. Die möchte ich jetzt nicht als Netzwerk bezeichnen. Da sind wir erst auf dem Weg Geschichten zu bündeln. Es gibt kleine Initiativen, wo verschiedene Erzeuger mit dem Lebensmitteleinzelhandel zusammen arbeiten. Speziell Edeka ist ja sehr den regionalen Produkten gegenüber aufgeschlossen, weil sie natürlich in diesem Massenmarkt eine Nische suchen, wo sie speziell ein Alleinstellungsmerkmal haben möchten gegenüber den anderen Ketten. Ansonsten geht der größte Teil an Regionalprodukten über Märkte an den Endverbraucher. Wochenmärkte, die hier in der Region trotzdem noch sehr unterentwickelt sind. Das ist eigentlich typisch für den ländlichen Raum. Also in Großstädten wie in Neubrandenburg oder Greifswald, Strahlsund, Rostock da funktioniert das aber hier bestehen die Wochenmärkte doch eher aus Trödelanbietern.

In größeren Orten, wie Neubrandenburg funktioniert das aber?
Ja, da gehen die eigentlich schon sehr gut. Und wir haben jetzt seit vergangenem Jahr das Bestreben auch hier im ländlichen Raum solche Geschichten zu etablieren. Wir haben hier in Eggesin damals angefangen, im September, da fand der erste Markt statt. Die Märkte werden gut angenommen von der Bevölkerung. Die sind jetzt auch wirklich ausgerichtet in die Richtung, dass man sich da seinen Bedarf an Lebensmitteln kaufen kann. Von Eiern angefangen, Honig und eben frische Erzeugnisse hauptsächlich.

Diese Märkte finden einmal wöchentlich statt?
Die sind einmal im Monat. Regionale Produkte sind ja auch zum größten Teil hochpreisige Produkte, gerade was jetzt Fertigerzeugnisse angeht. Ist natürlich bei der geringen Kaufkraft hier in der Gegend ein Problem. Bei vielen Kunden ist schon das Interesse da Produkte von hier zu kaufen, wo man die Herkunft auch nachvollziehen kann. Also Eier und so was das ist im Absatz kein Problem. Gemüse und so weiter.

Sie sprechen speziell für den Kreis Uecker-Randow?
In Uecker-Randow mit Einzugsgebiet Ueckermünde, Torgelow, Eggesin. In Ostvorpommern soll auch so ein Bauernmarkt etabliert werden. Der Standort ist noch nicht ganz klar. Eigentlich war es angedacht in Zinzow, das ist bei Friedland. Da gibt's so eine Gutsbrennerei und so eine Gutsanlage, die dafür prädestiniert wäre. Großes Interesse ist aber auch da auf Usedom so ein Ding zu etablieren. Ganz einfach, weil viel Gastronomie da ist, Urlauber und so weiter. Weil man da touristische Produkte mit einbauen könnte.

Wie viele Märkte verträgt ihrer Meinung nach diese Gegend? Wäre es ein Problem, wenn es einen in Eggesin und in Torgelow gäbe?
Ich denke eher nicht. Es gibt ja auch vereinzelt auf dem Wochenmarkt in Torgelow so ein paar kleine Anbieter, die da mit Regelmäßigkeit da sind. Da kann man eben von den vietnamesischen Schürzen bis zum Apfel alles kaufen.
Ich denke immer für den Erfolg eines Marktes zählt eben nicht nur, dass man viele Anbieter hat, sondern die Qualität spielt eine große Rolle und das Ambiente selbst.
Also, ein Markt ist nicht nur kaufen sondern Kommunikation. Viele Leute kommen ganz einfach nur um eine Tasse Kaffee zu trinken und sich zu unterhalten. Da muss alles gewährleistet werden.
Da finden wir auch eine Lücke hier im ländlichen Raum, weil der Tante-Emma-Laden ist ausgestorben. Früher da konnten die Leute eben hingehen und denn wurde sich da im Dorfkonsum unterhalten und das bricht weg. Der Markt kann dafür auch eine Alternative sein. Also das ist nicht nur kaufen sondern irgendwo auch ein Stück Kultur.

Sind die mobilen Händler, die die Grundbedürfnisse auf den Dörfern bereitstellen, integriert?
Die sind eigentlich extra.

Selbst wenn diese Obst und Gemüse anbieten, kommt das nicht aus der Region?
Ich denke mal, dass die viel über den Großhandel beziehen.

Sie haben auch keinen Kontakt zu ihnen?
Nein, haben wir dafür nicht.
Also ich persönlich bin der Auffassung, der angesprochene Tante-Emma-Laden kommt wieder. Sicherlich nicht nur aus dem Grund der Versorgung, sondern weil er irgendwo so ein kultureller Mittelpunkt im Dorf ist. Wir kennen es ja selber hier. Ich meine Eggesin ist zwar eine Stadt aber im Grund genommen hat es ja doch einen dörflichen Charakter. Da gab es eben kleine Geschäfte, da haben die im Grunde genommen gleich dahinter gewohnt. Die sind aus dem Wohnzimmer in den Laden gegangen, wenn jetzt Bedarf war und haben da die Waren verkauft. Und warum soll sich das nicht wieder entwickeln?

Sie kennen jetzt noch keine Beispiele?
Also man liest hin und wieder mal was, was außerhalb der Region passiert. Sagen wir mal so, im tiefen Westen. Wo eine Frau auf den Gedanken gekommen ist, ich mach das wieder. Und die funktionieren. Die Geschäfte. Natürlich bezahlt man sicher ein bisschen mehr als im Discounter aber das ist nicht die entscheidende Frage. Man spart ja auch Fahrgeld und so weiter. Das ist ja irgendwo schon so eine Sache.
Da wird ein gewisser Service angeboten, für den man halt auch ein bisschen mehr bezahlt. Ist ja auch in Ordnung von der Sache her. Diejenigen, die das betreiben, wenn sie damit auch keine Million machen und wenn es nur im Nebenerwerb ist, aber Nebenerwerb ist ja hier im ländlichen Raum auch schon was wert.
Man muss natürlich überlegen, was da verkauft werden kann. Sicher muss es eine Mischung aus regionalen und überregionalen Produkten sein. Das ist wahrscheinlich schwer zu schaffen. Ist schon aus Sortimentsgründen schwer zu schaffen, weil ja die Palette nicht zu hundert Prozent ausgeschöpft wird. Hier in der Region ist es zum Beispiel schwierig mit Milchprodukten.

Aber es gibt Milch?
Na, Milch ist ja sowieso so eine heikle Sache, die in der Direktvermarktung verkaufen zu können. Das hat ja Lebensmittelrechtliche Gründe. Das ist ein schwieriges Thema. Aber Käse ist genauso ein Beispiel. Wir haben die Käserei in Wandelow in der Uckermark, die ist schon ein ganzes Stück weg, die jetzt Käse nach, ich sag jetzt mal, holländischer Art machen. Aber es gibt keinen Frischkäse und so weiter. Da ist richtig noch eine Lücke da. Das fehlt.

Aus Ostvorpommern würden sie das ja kriegen. Wir haben gestern erst wieder bei Frau Wegner eingekauft. Das war Schaf- und Ziegenmilch.
Ja. Aber da müsste man jetzt natürlich rauskriegen, ob die in der Lage sind überhaupt die Region komplett zu beliefern. Weil auch gerade Ziege ist ja sehr speziell, ich sag mal, das Milchaufkommen ist begrenzt. Ist ne saisonale Geschichte. Ich glaube im Winter gibt es keinen Ziegenkäse.

Was ist denn noch so typisch? Was wird denn noch so auf diesen Märkten angeboten?
Es geht hauptsächlich immer in Richtung Obst, Gemüse, Eier. Ja, denn Endprodukte, wie Brotaufstriche und so weiter. Wurst und Fleisch dürfte eigentlich nicht das Problem sein, obwohl wir das hier auf dem Bauernmarkt noch nicht haben.

Also es wird in der Region schon produziert?
Ja, es gibt ja Fleischerein, die auch einen Anteil Eigenproduktion haben.

Stammen die Produkte von kleineren Bauernhöfen?
Das ist unterschiedlich. Einer unserer größeren Lieferanten sind zum Beispiel die GWW hier, die gemeinnützigen Wohn- und Werkstätten. Die haben ja Gärtnereien.

Wo sitzen diese gemeinnützigen Wohn- und Werkstätten?
In Ueckermünde. Der Hauptsitz ist in Pasewalk. Und vom zweiten Arbeitsmarkt kommt was. Also hier in Krackow ist zum Beispiel eine Tomatenproduktion. Die uralte Sorten Tomaten produzieren. Eben besondere Sorten. Das ist natürlich ein Renner auf dem Markt. Solche Tomaten sieht man sonst nicht. Solche Sachen sind natürlich auch in der Gastronomie gefragt und im Handel. Ist eben was besonderes, spezielles, vom Geschmack her einzigartig. Ist aber schwer eine Kontinuität hinzubekommen und eine gewisse Saisonverlängerung, weil das ja auch sehr energiekostenintensiv ist. Ja, das ist schwierig.

Was hat sich der Verein Pommersches Landleben auf die Fahnen geschrieben?
Pommersches Landleben möchte natürlich so viel wie möglich kleine Erzeuger ansprechen. Es geht ja nicht nur um Lebensmittel, auch um Kunsthandwerk, was in der Region hergestellt wird und auch um touristische Dienstleistung, die so in das Bild Pommersches Landleben passen. Der Urgedanke beim Pommerschen Landleben ist eigentlich der gewesen, dass die Vermarktung der Region nach außen, immer nur in Richtung, was sicher nicht verkehrt ist, Haff und Ostsee geführt wird. Also wasserseitig, Strandurlaub und so weiter. Das die Region aber viel mehr zu bieten hat. Ich persönlich bin der Meinung, wenn ich jetzt das Stettiner Haff sehe, liegt das Potential im ländlichen Raum noch viel höher, als dass man die Küste nimmt, weil das ist eine Süßwasserküste, die nicht unbedingt spektakulär ist aber ich denke, dass das Hinterland äußerst attraktiv ist. Gerade die Landwirtschaft, Pommersche Tradition und so weiter. Das sind schon Faktoren, die vermarktet werden müssen. In die Nische will das Pommersche Landleben auch stoßen, das man also eine Alternative zum Strandurlaub bietet.

Zielt die Werbung nur auf den Tourismus oder auch auf die eigene Bevölkerung ab?
Die muss natürlich auch intern sein. Sie soll natürlich auch Identitätsstiftend sein.

Wie schätzen Sie die Verbundenheit der Bevölkerung zum Land und den Dörfern und Städten ein? Es ist ein Abwanderungsgebiet. Dies, weil die Leute weg müssen oder auch weil sie es wollen?
Also das ist sicher zu 99% der Hauptgrund. Manche kommen natürlich auch mit dem ländlichen Raum an sich vielleicht nicht klar, die sagen: ist zu wenig los. Solche Leute hat man natürlich auch. Aber trotzdem, beobachtet man ja immer, gerade im ländlichen Raum ist ja die Verbundenheit eigentlich viel größer, und auch dieses Heimatgefühl größer und viele die Abwandern die sagen, wir kommen auf jeden Fall wieder. Also die gehen wirklich nur aus der Not raus, keine Arbeitsplätze in dem Sinne und so weiter.

Diese Leute kommen dann in ihrem Urlaub und um ihre Verwandten zu besuchen wieder her, oder? Ist das auch ein Markt?
Genau. Natürlich, das ist mit Sicherheit ein Markt.
Pommersches Landleben, sagt ja der Name schon, bezieht sich natürlich irgendwo auch ein bisschen auf Pommern. Nicht in dem Sinne, da wird man ja immer gleich in so eine Nische gestellt, revanchistisch oder so. Ist aber absolut nicht der Fall. Also das soll wirklich diesen Heimatbegriff wieder ein bisschen populärer machen. Ist ja in den letzten 50 Jahren so ein bisschen zur Seite gedrückt worden.

Abb. 8.32: Offizierssiedlung, Altwarp

Hier in Eggesin hat die Armee geherrscht und die hat alles beherrscht. Da gab es nichts anderes. Den Leuten ist sicherlich irgendwo ein Stück Heimat weggenommen worden. Wir sind jetzt dabei es wieder aufzubauen. Es gibt eben noch was anderes. Das ist ganz wichtig.

Der Armeestandort ist ja ein historischer Standort, nicht nur einer der DDR. Na ja aber hauptsächlich.

Diese Offizierssieldung ist doch älter.
Nein, die sind nach dem Zweiten Weltkrieg gebaut worden. Das sind ja Überreste aus Reparationszahlungen. Ich glaube die wurden in Schweden oder sonst wo gebaut. Eigentlich ist der Standort selbst erst in DDR-Zeiten entwickelt.

Das heißt, wenn man hier Heimatverbundenheit aufbauen will, muss man davor ansetzen?
Also, ich sag mal, die Aufgaben sind da verschieden gelegt. Es gibt eine gewisse Gruppe, die sagt: Eggesin war Garnisonsstadt, das soll auch so bleiben. Es ist ein Schritt Geschichte. Das muss man so akzeptieren und sicherlich haben da einige noch eine große Verbundenheit zu. Für mich persönlich ist das nicht Eggesin. Das ist ein Kapitel was beendet ist. Die Armee war eine Lebensader für die Ecke hier. Da haben viele ihren Lebensunterhalt hier verdient. Vom Bäcker angefangen, der da beliefert hat, bis hin zum Berufssoldaten. Aber Eggesin ist eben mehr. Hat eine lange Geschichte, hat Tradition von früher her, die 40 Jahre lang unterdrückt worden sind.

Was gab es denn vorher hier?
Es gab Holzindustrie, Kahnschifferei und Ziegeleien. Das hat hier floriert, wenn man den Alten so glauben schenken kann.

Wer beteiligt sich an dieser Aufarbeitung? Sind es Rentner, die in ihren eigenen Archiven und Erinnerungen kramen?
Es sind auch schon jüngere Leute, die es irgendwie von den Alten überliefert bekommen.

Diese Leute kommen dann auch im Verein Pommersches Landleben zusammen?
Im Pommerschen Landleben sind ja hauptsächlich Produzenten von Regionalprodukten aber auch touristische Anbieter, die so ein bisschen ein spezielles Angebot haben. Vom Grundgedanken her, sollten bestimme Standards eingehalten werden, eine regionale Ausrichtung.

Wir brauchen uns nur die Gastronomie und die Beherbergungslandschaft anzukucken. Gerade, wenn man als Fremder kommt und man

geht in die eine Gaststätte und am nächsten Tag in die andere. Man wird da keinen Unterschied feststellen, weil die sich in der Bestuhlung vom Polster her vielleicht um einen My unterscheiden aber der Rest ist Nullachtfuffzehn, was eben überall herrscht. Und das kann natürlich nicht sein. Es sollte schon so ein gewisses Ambiente hergestellt werden, was auch in die Region passt und wo man eine Aussage hat. Der Gast muss eben merken, der ist in Vorpommern und nicht irgendwo an der Tankstelle in Linofurth oder sonst wo.

Legt der Verein Pommersches Landleben diesen Standart fest?
Ja, genau. Das soll Ziel des Vereins sein. Wir legen bestimmte Qualitätskriterien fest. So und so stellen wir uns das vor. Und wer in diesem Netzwerk mitarbeiten will, der muss die Sachen einhalten. Als Beispiel jetzt: zu 80% sind Produkte aus der Region zu verwenden, so und so soll das Outfit sein und so weiter.

Wie ist denn der Zulauf?
Das Interesse ist schon groß. Jetzt kommt es natürlich bei dem Verein auch darauf an, dass sie eine gewisse Öffentlichkeitsarbeit machen und das die Leute erst mal erkennen, in welche Richtung das denn gehen soll. Wir sind zur Zeit so am Start.

Wie lange hat die Vorarbeit bis zur Gründung dieses Vereins gedauert?
Es wurde sich schon einige Jahre mit der Regionalvermarktung beschäftigt. Es waren oft Projekte, da wurde nach Projektablauf nie

Abb. 8.33: Löwitz

wieder darüber geredet und es ist natürlich auch schwierig die verschiedensten Interessen unter einen Hut zu bringen. Jeder Produzent hat natürlich so seine Eigenheiten. Da ein gewisses Management hinzukriegen ist nicht so ganz einfach. Die Leute sind ja auch nicht einfach an sich. Die schwelgen ja nicht in Reichtum. Die müssen sich ja schon in erster Linie um sich sorgen und haben auch gar nicht die Zeit, sich im Großen und Ganzen noch mit Vermarktung zu beschäftigen, beziehungsweise andere Leuten ständig zu kontaktieren.
Und wie gesagt, das sind, ich sag mal über den Daumen gepeilt, vielleicht zehn Jahre wo schon immer ein bisschen gedocktert wurde.

Dies ganz zielgerichtet?
Es wurde immer über eine Dachmarke diskutiert. Wie stellen wir uns nach außen dar? Ich rede jetzt speziell über den Uecker-Randow-Kreis, weil mir der am geläufigsten ist.
Im letzten Jahr haben wir diese ganze Sache so forciert. Auch seitdem es die Blaubeerscheune gibt, macht man sich jetzt doch mehr Gedanken: Was könnte man noch anbieten? Wie kann man gemeinsam an einem Strang ziehen?
Im vergangenen Jahr hat das eigentlich schon sehr gut funktioniert. Und da ist eben der Gedanke gekommen, wir haben nur eine bestimmte Anzahl von Produkten – wir sollten doch mit den Ostvorpommern – wir sind doch ein Pommersches Landleben, passt doch Ostvorpommern super mit zu, wir sollten uns die mit ins Boot holen. Und da haben wir eigentlich festgestellt, dass es in Ostvorpommern zwar auch eine große Anzahl an Produzenten gibt aber dass die Zusammenarbeit da noch viel schwächer ist, als bei uns.

Das scheint auf allen Gebieten so zu sein.
Ja, ja irgendwo ist das da regelrecht erschütternd, muss ich sagen. Die Strukturen da sind entschieden schwächer als bei uns.

Es liegt vielleicht daran, dass sie Usedom haben und sich darauf alles konzentriert?
Ja, genau so ist es. Die ruhen sich im Grund genommen auf den Kaiserbädern aus.

In Ostvorpommern haben wir bereits mit Herrn Brandt gesprochen. Wen gibt es dort noch? Die Blaubeerscheune ist ja in Uecker-Randow so ein bisschen das Zentrum. Gibt es schon ein solches Zentrum in Ostvorpommern?
Es gibt dieses Gut Zinzow. Der Vereinschef ist der Inhaber von dieser Brennerei und von dem Schloss. Ob sich das als Pendant entwickelt –kann ich jetzt nicht sagen. Er macht auch regelmäßig Veranstaltungen und ab und zu mal einen Markt. Angedacht ist es eigentlich, dass es weiter ausgebaut werden soll.
Man muss jetzt erst mal sehen, in welche Richtung der Vorstand gehen will. Da sind einige Sachen, die ich jetzt persönlich nicht so prickelnd finde. Ich hab zumindest gehört, dass sie Prioritäten auch auf Internetvermarktung legen wollen. Das ist, denke ich, nicht der richtige Weg. Es ist ein Baustein aber wird nie der Hauptteil sein können, also das würde alle praktischen Erfahrungen über den Haufen schmeißen, die ja schon viele andere in Gegenden gemacht haben, die besser florieren als Vorpommern. Wir sind da ja wirklich so ein bisschen ein Entwicklungsland auf dem Gebiet. Na ja, muss man sehen.

Die Initiative kam aus Uecker-Randow?
Ja, die kam aus Uecker-Randow, weil unsere Wirtschaftsförderung da aktiv mitgearbeitet hat, die Förder- und Entwicklungsgesellschaft. Und diesen ganzen Prozess mit begleitet hat und unterstützt. Ist so eine glückliche Mischung im vorigen Jahr gewesen. Zum einen hier dieses Modellvorhaben, wo man sich im Grunde genommen Gedanken gemacht hat über die Zusammenarbeit der beiden Landkreise als Region am Stettiner Haff oder als Pommersches Landleben überhaupt.

Durch die Modellregion ist Ihnen erst bewusst geworden, dass die Landkreise zusammen gehören?
Ja, im Grunde hat man da erst so richtig mal drüber nachgedacht. Ich würde mal sagen, dass ist der Hauptpluspunkt, den das Modellvorhaben auf diesem Gebiet hatte.
Das Projekt nannte sich ja erst regionale Esskultur. Das war ja Zinnober, das hat der Region nichts gebracht. Da mögen ja einige vielleicht anderer Meindung sein, einige einzelne. Der Hauptpluspunkt ist das Nachdenken über diese gemeinsame Region und diese Zusammenarbeit auch mit dieser Harzregion, praktisch diese Parallelregion. Da ist der Bauernmarktgedanken entstanden.
Wir sind zum ersten Demographiekonvent hingefahren. Wir haben uns da alle gleich gut verstanden und da kam die Idee, dass wir uns mal bei denen auf so einem Bauernmarkt mit unseren Produkten vorstellen. Und da waren wir da unten. Das war ein Kaff. Ich weiß nicht wie viele Einwohner. Aber da gab es auch so ein Gut, die einmal im Monat so einen Bauernmarkt machen und die haben Tausende Besucher aus dem Umland. Soweit war das da schon entwickelt. Und dann haben wir gesagt, wenn die das da unten können, dann versuchen wir das hier auch mal.

Bleibt die Zusammenarbeit bestehen?
Ja, das ist angedacht.

Gerade der Austausch dieser Produkte ist ja phantastisch. Das zieht ja wieder Touristen aus der Ecke hierher.
Das spielt eine Rolle. Ich meine, man darf nicht übertreiben, wenn man einmal im Jahr da runter fährt und die kommen hierher, dann reicht das. Wenn dann deren eigenen Erzeuger nachher sagen – ich meine Thüringer Fleisch- und Wurtwaren sind auch gut, wenn wir dann mit unseren Pasewalker runterfahren. Wir wollen denen nicht den Umsatz wegnehmen, soll ja eigentlich so sein, dass in der Region selber die Wertschöpfung herzustellen.
Aber Werbung und so weiter, zum gegenseitigem Vorteil ist schon o.k. Das wollen wir auch beibehalten.
...
Es ist so ein Grundgedanke, der doch jetzt häufig immer mehr ins Spiel gebracht wird, ob es sich überhaupt lohnt, so ein Dorf noch zu versorgen. Mit der Grundversorgung.

Wie wird das denn ins Gespräch gebracht?
Von der Politik. Gerade da beim Demographischen Workshop in Anklam. Da geht's darum. Das da Tatsache Vertreter gesagt haben, vielleicht muss man sich überlegen, ob eben da noch Strom und Wasser hingeliefert wird. Es ist natürlich ein enormer Kostenfaktor, wegen zwanzig Leuten. Aber kann man das einfach so auslöschen?

Gibt es ein Netzwerk im Pommerschen Landleben, welches für die Multiplen Häuser genutzt werden könnte?
Ja, das Netzwerk haben wir aber ich kann jetzt nicht für das Pommersche Landleben sprechen. Da müssen Sie dann mit Dr. Vielhaber reden. Und ob das überhaupt seine Interessenlage ist.
Für Pro Eggesin, können Sie jederzeit bei mir anfragen, für die kann ich sprechen.

Für Eggesin haben Sie solche Adresslisten?
Ja, wir sind hier schon immer so ein Multiplikator gewesen. Und pro Eggesin, der Name ist jetzt ein bisschen unglücklich, weil er den Eindruck erweckt, der beschäftigt sich nur mit Eggesin aber so ist es ja nicht.

Der Verein beschäftigt sich also mit der Region? Das bezieht sich aber doch auf Uecker-Randow?
Die Initiative ist jetzt schon von hier aus gegangen. Damit will ich jetzt nicht zunichte machen, was andere schon gemacht haben. Das fließt hier alles mit ein, in unsere jetzige Arbeit.

In dem Verein Pro Eggesin haben Sie eigentlich all das schon vorbereitet, was jetzt im Pommerschen Landleben zum Teil mit verarbeitet wird.
Genau, eigentlich durch die Personalunion. Ich bin der Chef von Pro Eggesin und habe hier die Geschichte mit den Regionalprodukten koordiniert und die Kontakte natürlich nach Ostvorpommern hergestellt, die Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung. Ich war der Ansprechpartner im Modellvorhaben und dadurch bündelt sich das irgendwo. Also ich kann das eine von dem anderen nicht mehr trennen, das ist alles irgendwo schon eins.

Könnten Sie der Sprecher für regionale Produkte in den Multiplen Häusern sein?
Ich sag es mal so, es muss schon eine Stelle geben, die diese Sache bündelt. Die wollen schon eine logistische Struktur freigegeben haben. Einer der da kommt und der holt das ab, denn anders funktioniert das nicht, weil der Kostenaufwand ja viel zu groß ist. Das kann man nachvollziehen.
Am besten ist natürlich, man findet schon eine Struktur die vorhanden ist, die nur ein bisschen erweitert zu werden braucht, um das in Gang zu bringen.

Wie kam es eigentlich zu einer Vereinsgründung?
Das Pommersche Landleben? Also über zu Pro Eggesin kann ich sagen, das hat ganz einfach mit der Stadtentwicklung zu tun, dass da eben einige versierte Leute gesagt haben: Wir müssen jetzt was unternehmen, um gerade jetzt nach dem Truppenabbau eine andere Identitätsstiftende Geschichte hier zu finden.
Deshalb gibt es Pro Eggesin. Pommersches Landleben, die Vereinsgründung hat in erster Linie Förderechtliche Gründe. Ganz einfach wegen der Netzwerkförderung. Da müssen die Antragsteller immer als Verein organisiert sein. Ich denke, man würde einiges viel einfacher hinkriegen.
Ich weiß was Vereinsarbeit bedeutet und Verein ist nicht immer eine gute Rechtsform.
Wir als Verein leben autark, ohne Förderung.

Dies bewusst, also absichtlich ohne Fördergelder?
Nee. Eigentlich fehlt uns die Zeit, uns auch noch um Fördergelder zu kümmern. Es hat sich ja im Laufe der Jahre entwickelt, dass wir dann dieses Haus hier haben und alles noch mit dazu und für alle Kosten sind wir selbst zuständig. Das muss irgendwo über Veranstaltungen erwirtschaftet werden.

Das Haus gehört dem Verein?
Das gehört der Stadt aber wir pachten es und bezahlen da sämtliche Kosten.

Sie haben das Haus selbst ausgebaut?
Nein, nur einen Teil und alles selbst ausgestattet und Investitionen getroffen, die nötig waren, von der Küche angefangen und die Bestuhlung und so weiter.

Wo ist das Geld hergekommen?
Aus Veranstaltungen. Wir haben ja zweimal im Jahr so eine Großveranstaltung und dann eben regelmäßig kleinere Veranstaltungen, die mit Pommerscher Küche und so weiter zu tun haben. Da haben natürlich die Gaststätten wieder ihre Probleme mit, obwohl die eigentlich immer nur positive Effekte davon haben. Wir machen ja auch die komplette Werbung und alles für die Stadt. Finanzieren das. Aber es gibt immer Meckerfritzen.

Als Sie das Haus übernommen haben, war das doch sicher eine Ruine.
Ja, das war eine Ruine. Die bauliche Geschichte hat die Stadt gemacht. Hauptsächlich durch Städtebauförderung.

Woher stammen die Leute, die sich im Netzwerk Pommersches Landleben beteiligen?
Ja gut, der der das Gutshaus hat, der ist nicht aus der Region aber die meisten sind aus der Region.

Es gibt ja viele Zugezogene.
Ja, zum Beispiel haben wir in Ramin, das ist so ein kleines Dorf an der polnischen Grenze, da sind welche aus Berlin hierher gezogen und haben so den Resthof übernommen. Den haben sie mit Ferienwohnungen ausgebaut. Sie haben jetzt das Glück, dass sie genau am Oder-Neisse-Radweg liegen. Die Region profitiert unwahrscheinlich von den beiden Radwegen. Die haben da natürlich ein gewisses Flair reingebracht und so ein typisches Bild für das Pommersche Landleben genutzt.

8.12. Interview mit zwei Einwohnern, Vogelsang-Warsin

Montag, 23.06.2009 ca. 15.00 Uhr Hafen von Vogelsang-Warsin

Abb. 8.34: Einwohner, Vogelsang-Warsin

Zwei Männer beim Feierabendbier am kleinen Hafen von Vogelsang-Warsin. Der eine ist zwischen 45-50 Jahre alt, der andere ca. 65 Jahre alt. Beide wohnen in Vogelsang-Warsin. Beide haben je ein Boot im Hafen liegen.

Guten Tag. Sind Sie von hier?
Aber natürlich. Unsere Boote liegen auch hier im Hafen.

Gehören die Boote hier ausschließlich Leuten aus Vogelsang-Warsin?
Die gehören Leuten von hier, von Altwarp und Löcknitz, keinem Auswärtigen. Vogelsang-Warsin gehört ja traditionell zu Altwarp und Löcknitz. Es gibt keine Verbindung zu Bellin oder Ahlbeck. Haben wir auch nie gehabt.
Auch der neue Gutsbesitzer hat sein Boot jetzt hier liegen. Hat er letztens erst herbringen lassen. Das fährt er dann, wenn er mal da ist.

Gibt es auch Leute, die sich ein Boot teilen?
Die Boote hier gehören immer einem einzelnen. Keiner teilt sich mit jemandem anderen ein Boot.

Sind Sie dann auch Mitglied in dem hiesigen Bootsverein?
Ja. Dieses Wochenende, am 26. bis 28. Juni, feiern wir 20 jähriges Jubiläum.
Wir sind 55 Leute im Bootsverein und insgesamt 90 Leute im Angel- und Bootsverein.

Wir haben ja eine Weile nach dem Hafen gesucht. Wir kamen etwas abseits vom Deich hierher.
Ja, der alte Deich geht ja rund um das Schloss. Der Kanal hier ging auch bis zum Park. Da konnten sie früher direkt einsteigen. Beim neuen Deichbau wurde aber die Länge gekürzt. Jetzt geht der Kanal nur bis kurz hinter den Hafen hier. Über den Kanal wurden früher auch die Ziegel aus den Ziegeleien transportiert. Die gingen dann über den Bodden weiter bis nach Stettin und von dort in die Welt. Die Ziegelsteine wurden 1921 sogar mal bis nach Ägypten geliefert. Da gibt es also ein Haus aus Vogelsang-Ziegeln. Das muss man sich mal vorstellen.

Beschäftigen Sie sich mit der Geschichte des Ortes?
Mein Opa weiß das noch und erzählt immer mal aus der Zeit. Er war Maler und Tapezierer.
Die nächste Stadt war ja damals Stettin. Es gab jeden Tag ein Postschiff. Da hat er eine Karte zur Bestellung seines Materials hingeschickt und schon am nächsten Tag kam die Ware, wieder mit dem Schiff. Das war in DDR Zeiten undenkbar. Jetzt kommt das so langsam wieder, dass Stettin für uns die nächste Stadt ist. Seit letztem Jahr ist die Grenze nun wieder ganz offen, Dank dem Schengener Abkommen. Das ist sehr gut für uns. Jetzt können wir überall Segeln, ohne die ständigen Kontrollen.

Wohin segeln Sie denn dann?
Einfach raus auf den Bodden, zum Angeln. Oder fahren rüber zum baden, zum Hafenfest oder ähnliches. Meine Frau badet gerne mal im Salzwasser, da segeln wir dann eben über den Bodden mal hin. Die beste Badestelle ist auf der polnischen Seite in Neuwarp, also Nowe Wapno. Dort ist es windgeschützt. Sie haben einen sehr schönen Strand gemacht. Richtig mit neuer, guter Befestigung. Da gibt es Essen und Trinken, was man halt so braucht. Unsere und die polnischen Kinder spielen dann alle miteinander. Sie verstehen sich sprachlich nicht aber spielen miteinander – kein Problem. Wir Erwachsenen stehen daneben und staunen nur.

Gibt es hier denn auch Tourismus?
Hier gibt es weniger Touristen. Die sind mehr in Mönkebude und Ueckermünde. Hier ist es ja nicht so zum baden. Aber für uns ist der kleine Strand hier drüben ausreichend. Außerdem gibt es immer noch ein großes Strandfest im Juli.

Abb. 8.35: Hafen, Vogelsang-Warsin

8.13. Interview mit Gerd Walther – Bürgermeister Gemeinde Vogelsang-Warsin

Dienstag 23.06.2009 16.30 UhrEggesiner Str. 2, Vogelsang-Warsin

Abb. 8.36: Gerd Walther

Herr Gerd Walther ist ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Vogelsang-Warsin.

Hier in Vogelsang-Warsin gibt es einen Früh-Spät-Verkauf.
Der sich gerade jetzt das Angebot erweitert hat durch einen zusätzlichen Imbiss und einen Selbstreparaturpunkt für Radfahrer. Die Postagentur ist vor drei Wochen reingekommen oder vor vier. ...
Die Beschilderung ist schon sehr oft kritisiert und schon dreimal beim Landstraßenbauamt beantragt worden, weil es eine Landesstraße ist und wir dürfen an der Landesstraße nicht so ohne weiteres Schilder aufstellen.
Das Landesstraßenbauamt sagt jedes mal: „Ja Herr Walther, das Schild kommt." Wir wollten hier vorn ein Schild haben, weil wir hier zum Strand die Strasse ausgebaut haben, am Schloss vorbei. Also Sie kommen dann per Bitumen bis zum Strand. Ja, das stimmt.
Da haben Sie ein Manko beschrieben, wo wir auch wissen, dass es definitiv noch Potentiale gibt bei der Ausschilderung.

Haben Sie eine Heimatstube?
Im alten Schulgebäude. Wobei man auch sagen muss, es ist mittlerweile auch auf dem Stand der älteren Dame, die diese Heimatstube betreibt. Es also bloß noch eine Frage der Zeit ist, weil sie mehr oder weniger die einzige ist, die sich mit dem Thema beschäftigt und engagiert. Und man ja auch in den letzten Jahren beobachten konnte, dass das Interesse, sag ich jetzt mal, sehr stark zurückgegangen ist.
Ich hab mal vor ein paar Jahren im Amt angeregt, mit den fünf umliegenden Gemeinden zusammen nachdenken. Es macht ja keinen großen Sinn, wenn jedes Dorf eine eigene Heimatstube aufbaut. In jedem Dorf kann man dann praktisch das Bett der 50er Jahre sehen und ein paar andere nette Accessoires, die vor 60, 70 oder 40 Jahren aktuell waren und das wiederholt sich in jedem Dorf. Es macht, glaub ich eher Sinn zu sagen: Es gibt fünf Dörfer, in einem gibt es meinetwegen eine Heimatstube, in dem anderen Dorf ein anderes Museum mit Blick auf Fischerei oder auf Ziegelindustrie oder irgendein Hinkucker. Aber jeder konzentriert sich auf einen Schwerpunkt und alles zusammen ergänzt sich.
Aber da sind wir noch ein bisschen davon entfernt. Und von daher ist also, wenn man es ehrlich nimmt die Zukunftsperspektive der Heimatstube endlich.

Abb. 8.37: Dorfgemeinschaftshaus, Vogelsang-Warsin

Planen Sie die Sanierung dieses Dorfgemeinschaftshauses?
Das Dorfgemeinschaftshaus haben wir vor zwei Jahren ins Dorferneuerungsprogramm reingenommen, weil wir als Gemeinde schon mit dem anderen Dorf im Dorferneuerungsprogramm drin sind.
Und dann nachher, als die Möglichkeit gegeben wurde, weil ja die Turnhalle selbst schon älter als dreißig Jahre als ist und dann das Gesamtgebäude auch reinkommt, haben wir dann den Antrag gestellt, dass es mit aufgenommen wird in die Liste. Was auch bewilligt wurde.

Das Problem ist, wir konnten erst in diesem Jahr über die Dorferneuerung so 65-70% Fördermittel, je nach Fördermöglichkeit, in die Sanierung des Gebäudes hier reinstecken. Uns fehlt nur der Eigenanteil. Wir hatten deswegen gehofft, dass wir den Eigenanteil über das Konjunkturpaket I bekommen. Aber leider hat es nicht geklappt. So, dass wir dann gesagt haben, dass wir an der Stelle nichts unversucht lassen und das Projekt der Außenanlagen um das Dorfgemeinschaftshaus machen. Das Projekt hat uns ganz kurzfristig ein Architekt aus der Nachbargemeinde gemacht. Wobei wir in einer Diskussionsrunde geschaut haben: Wo soll es hingehen? Was soll dieses Grundstück alles anbieten? Welche Möglichkeiten soll es geben? Also zum Beispiel ein Liegeplatz, ein Spielplatz, ein Bolzplatz und das alles kompakt auf einem Areal und das wären so unsere Vorstellungen und das entspricht ja auch voll dem, was wir auch damals besprochen haben. Es ist jetzt nicht in dem Sinne zentral. Sie wissen ja, wir bestehen aus Ortsteilen – einmal dem ehemaligen Dorf Vogelsang und einmal dem ehemaligen Dorf Warsin. Wir haben an der zentralen Stelle nur noch sehr wenig kommunale Gebäude. Das vorletzte kommunale Gebäude, wo zu DDR-Zeiten das Gemeindebüro drin war, was auch für beide Ortsteile ortszentral lag, wurde verkauft. Aber von der Größenordnung her haben wir das ehemalige Schulhaus umgenutzt. Aber, weil Sie vorhin sagten: Fährt man daran vorbei? Es ist immer so ein bisschen in der Randlage. Es liegt nicht zentral. Wobei bei solchen kleinen Dörfern kann man jetzt nicht praktisch auf der grünen Wiese was neues planen, man muss ja irgendwo mit dem Vorlieb nehmen, was mal irgendwo an Struktur gewachsen ist. Und als nach dem Krieg das Schloss sich erweitert hat – wo wurde die Schule erbaut? Am damaligen Rand des Dorfes, wo Platz war. Das Dorf ist zwischenzeitlich weiter gewachsen. Es sind noch drei Häuser dazu gekommen.

Abb. 8.38: Bäcker, Vogelsang-Warsin

Ist es irgendwo eine Art neues Zentrum? Hier gibt es den Bäcker, den Früh-Spät-Verkauf und das Dorfzentrum.
Ja, wenn man es so will hat man hier das Dorfgemeinschaftshaus, der Früh-und-Spät, der Bäcker, hier kommt man auch rum zum Strand. Die alten Sehenswürdigkeiten: Schloss, Schlosspark und Erbbegräbnis. Wir haben jetzt mehrere Sachen, das liegt alles schon kompakt dicht beieinander. Die Wege sind so lang nicht. Ist alles fußläufig erreichbar.

Wie weit ist Luckow weg?
Luckow ist eigentlich von der reinen Entfernung gar nicht weit weg. Also die Entfernung von ehemals Vogelsang zu Warsin ist gleich wie nach Luckow. Also von Dorfzentrum zu Dorfzentrum sind es zwei bis drei Kilometer. Das ist alles noch übersichtlich.

Weiter weg ist schon Altwarp?
Ja. Altwarp besteht aus der ehemaligen Siedlung und das Dorf. Das sind ja auch noch mal zwei Teile. Altwarp hat jetzt noch 570 Einwohner. Weiß also, dass es in zwei drei vier Jahren auch in die Situation kommen könnte auch unter 500 Einwohner zu rutschen. Da ist es dann eben einfach zu diskutieren, dass man bei der Gelegenheit gleich sagt: Ok, lasst uns eventuell auch im Dreierverbund ins Gespräch kommen. Jetzt nicht zwanghaft, sondern einfach kucken: gibt es Gemeinsamkeiten? Für Vogelsang-Warsin hätte es den Charme, dass wir fast automatisch in der Mitte liegen und uns aus der Sicht dann nicht so sehr

die Gedanken machen müssten, weil ja automatisch bei solchen Geschichten diskutiert wird: Wer fällt wo hinten runter? Und weil wir das kleinste Glied in der Kette sind, würde ja normalerweise in die Richtung auch immer die Diskussion gehen. Dadurch aber, dass wir die zentrale Lage haben, mach ich mir an der Stelle keine Sorgen. Es spricht eigentlich alles für uns. Auch Altwarp hat kein Dorfgemeinschaftshaus.

Hat die Bevölkerung von den Dörfern bereits einen Austausch?
Der Vorteil der beiden Dörfer, wenn es jetzt um Vogelsang-Warsin und Luckow geht, ist zweifelsohne, dass schon ganz ganz viele Gemeinsamkeiten da sind. Also Zusammenarbeit bei Vereinen und Verbänden. Es ist so, dass praktisch in der Luckower Sportgemeinschaft auch immer Leute aus Vogelsang-Warsin mitgespielt haben, im Frauenchor aus Luckow sind auch Vogelsang-Warsiner bei. In der Märchengruppe, die arbeitet und jedes Jahr zwei- drei Aufführungen macht, da sind aus allen drei Teilen Leute mit zugegen. Diese Märchengruppe hat sich vor 5-6 Jahren gegründet und nennt sich Luckow-Vogelsang-Warsin. Wir sind eine gemeinsame Kirchgemeinde. Also Vogelsang-Warsin hat keine eigene Kirche. Die Kirche in Luckow war auch immer die Kirche für Vogelsang-Warsin. Deshalb sind die Ahnenbilder und die alten Wappenbilder unseres ehemaligen Grafen von Enckefort auch alle in der Luckower Kirche dargestellt. Es gibt eine ganz enge Verzahnung. War auch alles früher gemeinsam, gehörte früher zum Anwesen der Familie von Enckefort, die also hier das Sagen hatten.
Das Schloss wurde nach dem Brand 1937-38 umgebaut aber das Schloss war hier der herrschaftliche Sitz.
Der Eigentümer war ja nach der Wende der Landkreis Uecker-Randow. Es war 1950 bis 1993 Kinderheim. Damals es gab die Strategie, die großen zentralen Kinderheime aufzulösen und dezentrale Unterbringungen, familiäre Angebote für die Kinder zu schaffen. Im April 1993 hieß es auf einmal über Nacht: das Kinderheim in Vogelsang macht dicht. Das hat natürlich auch heftige Probleme mit sich gebracht, weil es ja im Ort der größte Arbeitgeber war. Wir hatten zu besten Zeiten 100 Kinder. Das waren auch alles Kinder, die als Einwohner in Vogelsang-Warsin gemeldet waren. Das waren im Regelfall alles Kinder, wo die Eltern kein Erziehungsrecht mehr hatten. Das heißt, die hatten hier ihr richtiges zu Hause, mit allem drum und dran. Es gab einen riesengroßen Betreuerstab. In den besten Zeiten haben dort bis zu 70 Menschen gearbeitet, was Erziehung, Betreuung, Versorgung anging. Dementsprechend war mit dieser Entscheidung 1993, dass die das zu machen, vor Ort auch ein ganz schön heftiger Schlag für die Gemeinde angerichtet worden. Ohne, dass diese Entscheidung gewollt war aber man musste sich darüber im Klaren sein, dass das der Nebeneffekt war. Das Schloss war aus der Historie gewachsen eigentlich mal das Zentrum des Dorfes. Kulturelles Leben, gesellschaftliches Leben. Vogelsang war ein reines Tagelöhnerdorf. Die lebten alle mehr oder weniger für das Schloss oder davon bei dem Schloss zu arbeiten und das dementsprechend auch wenn es nach dem Krieg eine ganz andere Geschichte genommen hat. Aber so war ja durch die Art des Kinderheimes wieder eine ganz zentrale Funktion geschaffen worden.
Damit hatten wir nach der Wende heftigste Probleme, weil, ich hab das immer so gesagt, weil man uns eigentlich das Zentrum genommen hat, was wir hatten, was auch ausgestrahlt hatte. Dann für eine Gemeinde eine vollkommen neue Rolle zu finden und zu definieren ist nicht so einfach.

Ist das Grundstück verkauft worden?
Ja. Also sie haben es damals einmal verkauft. Der Verkauf wurde wieder rückabgewickelt also noch in den 1990er Jahren, weil der Investor nicht seriös war. Dann jahrelang angeboten wie Sauerbier, nicht losbekommen und unterm Strich nachher per Auktion, bei der Norddeutschen Grundstücksauktionen AG. versteigert und da hat eine Familie aus Essen zugeschlagen.
Die sind jetzt auch Eigentümer des Schlosses. Sie haben ihre eigene Wohnung fertiggemacht, als Vorführwohnung; als Modellwohnung um auf zwei Ebenen zu vermarkten: Eigentumswohnungen und Mietwohnungen. Drei- oder vier Verträge sind auch schon abgeschlossen. An der zweiten Wohnung wird heftigst gearbeitet, bei der dritten wird gerade angefangen. Also von daher geht es ganz langsam vermarktungsmäßig auf den Weg. Aber wirklich ganz langsam. Es ist nicht jetzt irgendein Investor der dick die Kohle reinschaufelt und dann geht es über Nacht los. Die machen das immer Schritt für Schritt.

Die wohnen jetzt auch hier?
Nein, noch ist es so, dass sie es als reine Nebenwohnung haben. Das wäre natürlich immer der Idealfall, bei den Mietwohnungen wäre es auch so, dass sich hier immer Menschen ansiedeln. Das würde auch für die Gemeinde gut sein. Damit auf dem Grundstück halt auch Leben ist.

Ist der Park auch mit verkauft worden?
Der Park ist mit verkauft worden, allerdings mit der Option der öffentlichen Begehbarkeit. Das ist zur Zeit noch nicht zu 100% gewährleistet. Es ist jetzt aber gerade ein Gemeinnütziger Verein zur Pflege des Parks gegründet worden. Es war auch ein langer Gegenstand der Diskussion, die jetzt die Schlosseigentümer mitgemacht haben, ob es als Gemeinnütziger Verein oder als Einzelpersonen die Möglichkeiten gibt, Förderungen zu bekommen, weil der Park unter Denkmalschutz steht. Da müssen viele Sachen bedacht werden. Der Verein hat gerade seine Eintragung im Vereinsregister bekommen und hat jetzt gerade mit der Beschäftigungsgesellschaft gesprochen, ob die die Möglichkeit sehen, dort auch mit 1Euro-Kräften eine Art Grundberäumung hinzubekommen.
Dann also schrittweise wieder eine richtige Begehbarkeit ermöglichen, die das dann auch interessant macht. Da ist auch immer die Unterstützung von der Gemeinde gekommen, weil die Eigentümer damit überfordert wurden.
Es ist klar, über eine öffentliche Begehbarkeit und Erreichbarkeit muss man sich nachher genauer unterhalten. Wir haben eine Vereinbarung der Begehung mit dem Schlosseigentümer: Im Sommer gibt es geführte Wanderungen durch das historische Vogelsang. Dies wird vom Förderverein „Natur und Leben am Stettiner Haff“ angeboten. 2006 haben wir damit angefangen und haben das auch immer fortgeführt. Wo wir also Schloss, Schlosspark, dann eine alte Schmiede und das Erbbegräbnis der Familie von Enckefort mit der Gruft zeigen. Das Erbbegräbnis ist so eine Art Feierhalle oder Kapelle, die Erbgruft und davor ist ein Glockenturm.
Das ist alles kommunal, der Friedhof ist kommunal und damit auch der ganze Trakt dort. Wir haben damals, als wir als Gemeinde unser 750 jähriges Jubiläum gefeiert haben, erstmals diesen historischen Spaziergang mit dem Förderverein angeboten und es wurde auch immer

Abb. 8.39: Alte Schmiede, Vogelsang-Warsin

sehr gut angenommen. Immer drei Termine. Auch in diesem Jahr wieder. Im Juli und August jeweils immer am Sonntag Nachmittag. Die werden dann immer vorher angekündigt. Wo dann immer so zwischen 5 und 15 Leuten pro Wanderung kommen und sich dann ein bisschen über den Ort erkundigen. Auch viele Leute, die vor 30, 40 Jahren hier gewohnt haben, die gerade hier in der Gegend sind und die sagen: „Ach, wie schön. Mal wieder eine Gelegenheit, sich ein paar Sachen anzusehen."

Warsin war ein Fischerdorf?
Ja. Vogelsang war ein Tagelöhnerdorf auch unter anderem davon noch geprägt, dass besten Zeiten drei Ziegeleien hier waren. Ist auch noch ein bisschen zu erkennen. Ist so sternförmig hier zu sehen. Die Ziegel wurden dann mit einer Kleinbahn an den Kanal, der hier gebaut wurde, gebracht und dann wurden von dort aus die Ziegel verschifft – also europaweit. Das muss man auch dazu sagen, neben dem Schloss hatten die Ziegeleien eine ganz ganz wichtige Funktion.
Warsin dann mehr als altes Fischer- und Bauerndorf. Dementsprechend ganz anders geprägt auch immer schon mit großem Grundbesitzanteil. Die Vogelsanger haben ja praktisch erst mit der Insolvenz des Schlosses 1935 die Möglichkeit bekommen, den Grund und Boden zu erwerben, weil bis dato alle auf dem Schloss gearbeitet hatten. Und in Warsin war das immer alles alter Grundbesitz und alte Bauernfamilien und von daher ist dann auch die Struktur der beiden Ortsteile ein ganz bisschen unterschiedlich.

Ist das auch heute noch bemerkbar in dem was die Leute tun und machen?
Ja. Also zwei Sachen sind noch besonders deutlich, wenn es um kulturelles Leben und das Wahlverhalten geht.

Können Sie das gerade erklären?
Das kulturelle Leben kann aber auch eher Zufall sein, das würde ich nicht so sehr auf die Geschichte zurückführen wollen, dass das eine Dorf so eine Geschichte hat und das andere so eine. Also es ist einfach so eine Falle... Vogelsang-Warsin ist ein Dorf. Damals immer noch als Vogelsang geführt, nach dem Kriege mal kurz auch in einzelnen Büchern als Vogelsang-Warsin. Das war für uns Grund genug nach der Wende, wo man ja auch viele Sachen anders machen wollte, überhaupt beim Innenministerium den Antrag zu stellen: auf den Namen Vogelsang-Warsin und der dann auch 1994 genehmigt wurde. Also auch zu DDR Zeiten hieß es immer die Gemeinde Vogelsang mit dem Ortsteil Warsin und erst ab 1994 Vogelsang-Warsin. Das ist immer ganz ganz wichtig, weil oft die Einheimischen immer noch sagen: „Ich wohn in Warsin" und „Ich wohn in Vogelsang." Dann sag ich: „Nein, ihr wohnt in Vogelsang-Warsin."
Ich bin zum Beispiel auch einer der wenigen, der in Warsin geboren und aufgewachsen und nach Vogelsang gezogen ist. Das kommt nur alle Jubeljahre nur einmal vor und wird bis zum heutigen Tage – interessiert beobachtet. Sagen wir es mal so, ganz vorsichtig.
In Warsin waren nach der Wende bei der ersten Wahl 80% CDU-Wähler. Alles alte gewachsene Bauernfamilien. Nach der Wende auch größtenteils, dann haben sie ihre Landwirtschaft wieder im größeren Maß nutzen können, was so mit der LPG nicht möglich war. Also auch ein neues Selbstbewusstsein. Wie auch immer. In Vogelsang wurde

Abb. 3.40-8.44: Dorfgemeinschaftshaus, Vogelsang-Warsin

mehr sozialdemokratisch gewählt. Aber das ändert sich, das ändert sich alles. Bei der jetzigen Kommunalwahl waren es zwei Gemeinden, wo Die Linke mit absoluter höchster Mehrheit zugeschlagen hat. Wobei bei uns Parteipolitik keine oder nicht die Bedeutung hat, das hängt immer von den Personen im Dorf ab, von der Sachpolitik.

Das Miteinander funktioniert im Dorf gut? Da es auch ein Bürgerhaus gibt? Man trifft sich?

Ja. Also das ist auch ein Wert, den ich bei uns in der Gemeinde auch ganz ganz hoch halte und auch hoch schätze und bei den Menschen auch anerkenne, dass es so ist wie es ist. Als ich 2004 Bürgermeister wurde, hatten wir 2005 das erste mal nach der Wende wieder zum Frühjahrsputz aufgerufen. Und für mich damals überraschend, dass von den damals gut 400, 410 Einwohnern, die wir damals noch hatten, 75 Bürger Gewehr bei Fuß standen und anpacken wollten.

Wir haben uns seitdem immer jedes Jahr den Strandabschnitt vorgenommen, weil er ja praktisch das Aushängeschild ist, was wir neben Schloss und anderen Sachen haben. Wo wir auch in Größenordnungen etwas ansprechendes haben, mit einem kleinen Sportboothafen, den wir auch noch haben.

Also das Ensemble ist mittlerweile ganz schön geworden, was man auch mit ein bisschen Stolz vorzeigen kann. Und das strahlt natürlich auch ein bisschen aus. Wir haben auch für unser kleines Dorf ein sehr rührriges Kulturleben. Wir haben den Dorfclub, der unwahrscheinlich aktiv ist und auch praktisch das gesamte kulturelle Leben in der Gemeinde zusammenhält und auf den Weg bringt. Da haben auch verschiedene Jugendliche und auch Erwachsene, die da mit drin sind, Schlüssel, so dass die jederzeit reinkönnen.

Es gibt da auch eine Art Vertrauensverhältnis, dass die Leute, die sich ständig hier aufhalten auch stets und ständig rein können. Das klappt jetzt sehr gut. Wir hatten auch schon andere Zeiten. Wo ich auch als Bürgermeister unwahrscheinlich froh bin. Wenn die Gemeinde das alles vorhalten oder organisieren sollte, was der Dorfclub macht, wären wir nie dazu in der Lage. Dadurch, dass das Hand in Hand geht, der Dorfclubvorsitzende ist auch mein Stellvertreter. Von daher kann das besonders gut funktionieren.

Was wir dann aber noch nicht hatten: Die Volkssolidarität trifft sich hier regelmäßig nebenan und macht Ihre Ortsgruppensitzungen. Hier wird einmal die Woche Massage angeboten, auf diesem – na ich weiß nicht, ich war noch nicht dabei – auf diesem Tisch oder sie stellt bestimmt so eine Bank auf. Wo auch viele ältere Bürger hinfahren.

Zum Strandfest, welches wir dieses Jahr zum 25. mal machen, kommen jedes Jahr zwischen 1000 und 1500 Gäste. Das ist also auch überregional ein schönes Event. Dann verschiedene Veranstaltungen, wie Frühjahrstanz, Herbsttanz. Dann macht der Karnevalsverein aus dem Nachbardorf, aus Luckow, macht im Frühjahr eine Karnevalsvorführung. Die Märchengruppe macht zu Weihnachten dann wiederum ein Märchenspiel für die Kinder und die Familie. Dann ist der Saal unten proppenvoll, 120 Leute, jeder Platz belegt. Von daher haben wir ein schönes kulturelles Angebot für so eine kleine Gemeinde. Klar, wir können uns nicht vergleichen mit, sag ich jetzt mal Städten, die Event nach Event jedes Wochenende haben. Mit Blick auf das, was die kleine Gemeinde leisten kann, ist es sehr viel. Da haben wir weitaus mehr, als viele andere Gemeinden in der Nachbarschaft.

Organisieren Sie das alles alleine?
Nein, da ist mein Stellvertreter, wenigstens noch ein weiterer Gemeindevertreter und ich, dann mein Gemeindearbeiter. Das machen wir immer gerade so, wer da ist. Das ist immer eine Absprache. Wir haben den Schlüsselschrank, wo auch immer eine Übersicht drin ist, welche Schlüssel da sind. Dann haben wir die Mietvereinbarungen, wo dann praktisch auch jeder jederzeit reinkucken kann, wer ist gerade an dem Wochenende drin und auch mal nachlesen kann. Von daher ist es ganz übersichtlich.

Gibt es auch bei Ihnen die Tendenz mit anderen Gemeinden zu fusionieren?
Ja, mit der Gemeinde Luckow. Potenziell käme auch noch die Gemeinde Altwarp in Frage, weil die praktisch im wahrsten Sinne des Wortes eine üble Lage hat und der dann eigentlich ein potentieller Partner fehlt.
Also wir hatten ursprünglich sogar schon vor, das zur Kommunalwahl am 07.06.09 schon auf den Weg zu bringen. Aber da waren die Luckower zu dem Zeitpunkt noch nicht ganz dazu bereit. Nicht, dass sie es nicht gewollt hätten aber die ganzen Regularien und die Geschichten, die man als Vorlauf benötigen, die waren so schnell nicht auf den Weg zu bringen. Die Gemeinde Luckow, die kein Dorfgemeinschaftshaus in dem Sinne hat und wir dann eben praktisch das Dorfgemeinschaftshaus, wie wir es hier haben behalten wollen, dann für noch mehr Bürger ein Anlaufpunkt werden würde.

Wie viele Einwohner gibt es in Luckow?
Jetzt muss ich mal überlegen: 670. Wir haben hier 370. So roundabout kommt das so hin. Dort kommt noch der Ortsteil Rieth dazu.

Wenn sie sich mit Luckow zusammentun und dann noch Altwarp. Wie viele Einwohner wären das dann?
Also wir hätten mit Luckow zusammen 1230 Einwohner und mit Altwarp zusammen dann aktuell 1600. Mit der Siedlung.
Ein bisschen wurde auch der Hebel angesetzt vom Land, mit den Finanzzuweisungen. Das wurde ja ein bisschen drastisch angekündigt, dass sie gekürzt werden und von daher ergänzen sich die Ideen und das, was auf dieser Ebene vorbereitet wird.

Sie sind dann die einzige Gemeinde unter 500 Einwohnern?
Ja, aber wir lassen uns das nicht anmerken. Wir verkaufen uns nicht unter Wert.

Es würde dann einen Bürgermeister geben?
Ja, in dem Augenblick, wo fusioniert wird, kann man sich überlegen, ob man das macht mit Ortsteilvertretern. Wobei wir Ortsteilvertreter ausgeschlossen haben, weil, wenn man das nun wieder macht, noch mal mit Ortsteilvertretung, dann kann man auch eine Gemeindevertretung machen, dann muss man nicht fusionieren. Also, wenn es um Luckow und Vogelsang-Warsin geht, das liegt alles so dicht beieinander. Dann hätten bei der Größenordnung die Gemeindevertretung 11 Gemeindevertreter bei über 1000 Einwohner. So dass, wenn die Bürgerinnen und Bürger ein bisschen mitdenken bei der Wahlentscheidung auch alle Ortsteile mit vertreten sind. Da fällt keiner hinten runter. Von daher hätten wir da gar keine Angst.

Wer ist der größte Arbeitgeber in der Gemeinde?
Also jetzt Arbeitgeber bei uns in der Gemeinde, jetzt wirklich, der richtig einstellt in dem Sinne, haben wir nicht. Der Bäcker mit seinen zwei drei Leuten ist ein Familienbetrieb, der mal saisonal oder als Azubis ein zwei Kräfte dazu hat – ansonsten Fehlanzeige. Die KfZ-Werkstatt am Ortseingang auch Familienbetrieb. Die Fischer, die wir haben – Familienbetrieb, der Heizungs- und Sanitärinstallateur – Familienbetrieb, dann in Warsin Photovoltaik. Dann ein Teil Ferienwohnungen in zunehmenden Maße. Wir haben jetzt 18 Betten auf der neu gestalteten Anlage, was ein Betreiber aus Rieth macht. Was noch mal ein bisschen Bewegung bringt. Aber ansonsten bei uns direkt in der Gemeine gar nicht.
Ist auch an der Stelle schwierig. Wenn jede andere Gemeinde dann automatisch immer so zwei drei Sponsoren hat mit einzelnen Betrieben, die es dann im Dorf gibt. In Luckow zum Beispiel ist es das Landwirtschaftsgut, die automatisch mal auch das eine oder andere übrig haben. Dann muss man dann in dem Sinne, ob das eine Dorfgruppe oder andere Strukturen sind, muss man dann einfach versuchen da Alternativen zu suchen.

Wie machen Sie das? Für die Veranstaltungen Geld sammeln?
Ja, jedes Jahr für das Standfest sind immer so zu besten Zeiten 2000 bis 3000€ Spenden. Von allen möglichen Firmen, die regelmäßig angeschrieben werden. Es gibt ja auch ein paar Firmen in der Region, wo deren Geschäftsführer oder wie auch immer bei uns im Dorf wohnen. Die jetzt zwar nicht vor Ort ihren Sitz haben aber von daher die ein oder andere Firma dann spendet.

Die Leute, die hier wohnen arbeiten nicht hier.
Ja, es ist eine reine Wohn- und Schlafstadt, wie man das immer so schön sagt. Das muss man so eindeutig sagen. Deswegen ist auch so ein bisschen der Streitpunkt in der Bevölkerung entbrannt über den Sinn und Unsinn der Zusammenlegung mit Luckow. Die Massenbewegung von den täglichen Fahrwegen der Bevölkerung her , hat eine andere. Der ein oder andere sagt: „Würde es da nicht mehr Sinn machen mit der Stadt Ueckermünde zusammen zu gehen?“ Ich bin generell kein Gegner davon, sehe allerdings mit dem Wissen um meine Bevölkerung, dass es schwierig ist, so ein Thema zu vermitteln, weil viele Angst haben, da hinten runter zu fallen. Also ich persönlich hätte da gar keine Angst. Hab ich auch immer gesagt, wenn es um die Wahl um ein Stadtamt in Ueckermünde ging. Aber ich kann mein eigenes Fortkommen nicht als Maßstab dafür nehmen, was fürs Dorf am besten ist. Da gibt’s eben einige die dann wirklich sagen: „Da fallen wir runter.“ Wobei, es gibt dann aber auch immer mal was Neues. Dieses Jahr gibt es erstmals mit Ueckermünde die Vereinbarung, dass der Strand bei uns mit der Strandreinigungsmaschine von Ueckermünde gereinigt wird. Die können ja auch zu uns an den Strand kommen.

Sie haben schon sehr viele Angebote in ihrem Bürgerhaus. Was wünschen sie sich noch?
Wir wollen mindestens eine Tischtennisplatte haben oder dieses Pendel hier (Pläne der Außenanlagen, Anm.d.Verf.). Das kostet alles viel Geld, wenn man solche Geschichten auf den Weg bringt. Diesen Backofen fand ich eine sehr gute Idee. Es geht praktisch immer um Gestaltung. Im Gebäude selbst ist es so, dass wir im Winterhalbjahr auch für

Abb. 8.45 / 8.46: Strand, Vogelsang-Warsin

Familien Sachen anbieten, wenn sie mit den Kindern rein wollen, dass sie auch einfach in der Woche die Halle nutzen können. Da haben wir jetzt auch eine Tischtennisplatte gekauft. Sicherlich wäre es schön, wenn man so das ein oder andere auch mit anbieten könnte, bisschen an Sportgeräten, die man auch leicht unterbringen könnte. Die für Familien- und Kindersport geeignet sind. So, dass wir an der Stelle noch ein bisschen lukrativer sind. Ansonsten, klar Vorstellungen gäbe es viele.
Wir sind jetzt gerade dabei mit der Telekom auf den Weg zu bringen, dass unsere Gemeinde doch noch DSL bekommt, weil wir waren ursprünglich nicht vorgesehen. Klar, wäre es auch schön auch einen Internetzugang zu haben, das der Bürgermeister in seiner Sprechstunde Donnerstags auch mal das ein oder andere Formular für den Bürger aus dem Netz ziehen kann. Das der eben nicht zur Amtsverwaltung oder zum Landkreis brauch. Das man da natürlich auch wieder Technik braucht, ist auch klar. Also DSL wird kommen. Entweder noch in diesem Jahr, spätestens Anfang nächsten Jahres, das haben wir jetzt vertraglich vereinbart mit der Telekom. Als Gemeinde müssen wir darüber nachdenken, wie wir damit umgehen oder welche Dienstleistung wir dann damit anbieten könnten. Wäre auch eine praktische Geschichte. Die dann auch allen zu Gute kommen würde.

Wenn wir jetzt ganz konkret aufs Haus kommen. Dann ist hier der Kalender. Hier sind unsere Termine, einmal was regelmäßig genutzt wird: Das ist die Frauensportgruppe die aktuell immer Mittwochs drin ist; das ist Dienstags die Kita aus dem Nachbardorf, weil die keine eigene Halle haben; dann eine Familie die immer noch Sport treibt. Das sind also Sachen, die beständig sind. Dann kommen hier: LAN-Parties finden mehrfach statt, alle möglichen Veranstaltungen, wie Tanz aber auch Geburtstage, goldene Hochzeiten, die regelmäßig drin gefeiert werden. Für kleinere Sachen gibt es den kleinen Raum für bis zu 27 Personen und für größere Sachen die alte Halle. So dass, wenn man so will im Schnitt alle zwei Wochen was ist.

Wie organisieren Sie das rechtlich? Machen sie ein Mietvertrag?
Ganz genau. Hier haben wir die Mietpreise. Turnhalle für Einheimische: 50€, den Bürgerraum 25€. Für Auswärtige: 75€ die Turnhalle, Bürgerraum 35€. Wir haben gesagt, für die Bevölkerung selbst halten wir das ein bisschen preiswerter vor. Ist ja in unserem ureigenen Interesse, dass wir das im Dorf nutzen.
Vogelsang-Warsin ist einheimisch, alles andere ist auswärtig. Auch Luckow.

Wer reinigt?
Die Leute. Da wird ein richtiger Mietvertrag gemacht, wo alles drin steht, wenn es dann nicht in Ordnung ist, machen wir auch eine eigene Reinigung und stellen das dann in Rechnung. Wir hatten auch schon mehrfach Vandalismusschäden. Wo wir dann auch richtig zur Kasse bitten mussten. Hatten wir auch schon alles.
Also es hat sich mittlerweile rumgesprochen, dass die Halle zu den Preisen und wie sie zu haben ist. Und wir haben manchmal sogar die Diskussion: Bieten wir überhaupt noch für Auswärtige an? Weil feiern, selbstbestimmtes feiern heutzutage nicht so einfach ist. Wenn man manchmal das Gebäude am Morgen danach anschaut ...

Gibt es eine Mietkaution?
Jetzt in letzter Zeit nehmen wir es, weil es nicht anders geht.
Wir sind auch eine der wenigen Gemeinden die ein eigenes Wappen haben. Also auch vom Innenministerium genehmigt. Von daher haben wir die Erbgruft, das Haff, die Ähre für die Landwirtschaft und den Baum, ist klar, die Wälder. Komplett nach der Wende auch erst entwickelt, auch mit Einbeziehung der Bürger und mit einem aufwändigen Entscheidungs- oder Findungsprozess entstanden.

Woran würden Sie ihren Erfolg festmachen? An sich selbst sicher?
Nein. Also sicherlich ist es immer derjenige, der vorne wegläuft immer entscheidend. Aber zum Beispiel gerade die Geschichte hier mit dem Wappen, das war damals noch die Geschichte unseres ersten Bürgermeisters nach der Wende. Also einmal ist es ein sehr gutes Teamwork, was wir in unserem Dorf hier haben. Was sicherlich auch von der zwischenmenschlichen Beziehung mit geprägt ist, wenn die funktioniert. Mit meinem Stellvertreter da versteh ich mich blind. Bestimmte Sachen, wenn wir die am Telefon kurz absprechen, da weiß ich einfach, die funktionieren. Wo andere vielleicht eine sehr aufwendige Beratung bräuchten. Ein Telefonat, 20 Sekunden, wir sind beide abgestimmt. Das funktioniert. Das hängt sicherlich immer viel von den agierenden Personen ab. Das ist in einem kleinen Dorf, wo jeder den anderen kennt, eine einfache Geschichte. Deswegen bin ich immer sehr vehement dafür bei kommunalem Ehrenamt darüber nachzudenken, welche Wirkungen haben denn Veränderungen auf politische Strukturen. Weil durch dieses Kennen der Menschen untereinander kann unwahrscheinlich viel geleistet werden, was kein Automatismus ist, wenn es größer wird.
Ansonsten sicherlich, klar man hat verschiedene Ideen und Vorstellungen. Oft wünsche ich mir mehr Zeit für meine Gemeinde. Dadurch, dass ich auf so vielen Hochzeiten tanze, muss man vieles oft sehr zügig durchziehen und kann nicht sagen: Jetzt sind zwei Frauen aus Leipzig da, da nimmt man sich mal die Zeit, um Kaffee und Kuchen richtig vorzubereiten.

Abb. 8.47: Landschaft bei Vogelsang-Warsin

8.14. Interview mit Ulrich Höckner – Caritas-Kreisstelle Ostvorpommern

Mittwoch 24.06.2009 10.00 UhrFriedländer Straße 43, Anklam

Abb. 8.48: Ulrich Höckner

Herr Ulrich Höckner ist Leiter der Caritas in Anklam und zudem für den Bereich Familien-, Erziehungs- und Migrationberatung zuständig. Frau Nadja Garbe ist zuständig für die Erziehungsberatung.

Was leistet die Caritas vor Ort?
Erst mal zu der Caritas hier in Anklam. Wir haben zwar das Caritas Haus hier in Anklam, sind aber für den Landkreis Ostvorpommern tätig. Wir haben hier hinter uns diese Baracke und hier nebenan auch „In Via“, das ist ein eigener Verein aber unter dem Dach des Caritas-Verbandes und „In Via“ – auf dem Weg heißt das – macht katholische Mädchen und Frauen Sozialarbeit. Da haben wir also ein Café, eine kleine Bibliothek, so ein Begegnungszentrum, Computerkabinett, Töpferwerkstatt, einen großen Gruppenraum wo sie auch Karate und Bauchtanz und sonst was anbieten. Das ist geschlechtsspezifisch nur für Mädchen oder Frauen.

Hier im Haus: Ich selber mache Familien- und Erziehungsberatung und Migrationberatung. Wir haben hier zum Beispiel ein Spieltherapiezimmer, wo sich auch vor Ort eine Grabbelgruppe trifft, was von einer Mutter geleitet wird. Was ehrenamtlich so gemacht wird. Ansonsten haben wir hier einen Gruppenraum, einen Konferenzraum, der offen ist, nicht nur für unsere Dienstberatung sondern für alle die mit uns im Netzwerk zusammen arbeiten. Wir haben zum Beispiel eine Zukunftswerkstatt mit Jugendlichen gemacht, mit der Option da ein Jugendparlament anzustoßen. Was uns so noch nicht gelungen ist. Da arbeiten wir mit dem Verein „Demokratisches Ostvorpommern“ zusammen, einem Verein für politische Kultur. Das überhaupt zu entwickeln oder zu fördern hier in der Region. Da trifft sich z.B. auch die Gruppe „Dialog“. Das sind Migranten, meistens Spätaussiedlerinnen, die sich mit einer Deutschlehrerin, die das auch ehrenamtlich macht, treffen, um einfach Deutsch zu sprechen, die deutsche Sprache sichtbar zu pflegen, im Alltag, Zeitung lesen, damit man da also sicherer wird. Die trifft sich also auch in dem Konferenzraum.
Ach so, der Präventionsrat. Da geht es einmal um Kriminalitätsprävention, gegen Vandalismus und so und ich selber bin jetzt in der Arbeitsgruppe „Demokratie und Toleranz“. Die trifft sich hier auch regelmäßig oder als Schulsozialarbeit in Gützkow an der Regionalschule „Peenetalschule“ und am Gymnasium. Da trifft sich hier so der Projektrat der Schulsozialarbeiterinnen. Da ist die Volkssolidarität mit drin, da sitzt ein EU-Rat mit drin, die also auch Schulsozialarbeiterinnen haben. So ist der Konferenzraum für verschiedene Sachen offen, das ist also nicht unsere Caritas eigene und hausinterne Sache.

Dann haben wir noch einen kleineren Gruppenraum, den nutzen wir jetzt für Beratungen, zum Beispiel auch für die Familienberatung, wenn es notwendig ist, dass mehrere anwesend sind. Wir haben eine Schwichtungsstelle für den Täter-Opfer-Ausgleich, das heißt wenn jugendliche Straftäter sich mit ihren Opfer aussöhnen also Wiedergutmachung machen, dann kann auf die Strafverfahren verzichtet werden.

Das macht sich so in der Bewerbung für eine Ausbildung oder so gut, wenn das Strafregister frei ist oder kein schwebendes Verfahren da ist. So eine Mediation begleitet und beschlichtet eine Mitarbeiterin die in Greifswald sitzt und die das für Ostvorpommern mit macht und diesen Raum nutzt.
Dann haben wir zum Beispiel den Mieterverein Greifswald, der hier auch für den Bereich Anklam und Umgebung einmal im Monat Sprechstunden anbietet, wenn jetzt Fragen zur Betriebskostenabrechungen oder irgendwelche Streitereien über Vermieter sind. Das ist dann auch so ein Anlaufpunkt.

Und wir haben mit der Odebrecht Stiftung Absprachen. Das ist eine Psychotherapie in Greifswald, die haben eine Beratungsstelle in Wolgast und hier. Wenn jetzt hier Anläufe sind, dass Patienten sagen, das ist zu weit oder wir schaffen es nicht nach Wolgast oder Greifswald, dann besteht eben die Möglichkeit, dass eine Suchtberaterin aus Wolgast hierher kommt und auch die Beratung macht.
Ansonsten hier im Hause trifft sich dann auch noch die Selbsthilfegruppe für Angehörige für psychisch Kranke. Das ist auch so, dass die Räume mehrfach benutzt werden, das wird vom Landkreis, von der Psychatriekoordinatorin angeboten, also diese Begleitung der Selbsthilfegruppe. Das erfolgt dann im Café von „In Via“.
Oder es gibt auch noch eine Selbsthilfegruppe für Alkoholkranke, die sich auch hier treffen. Also das läuft dann alles unkompliziert, die haben einen Schlüssel, können dann rein und können den Raum für sich nutzen.

Das ist so ein bisschen die Peripherie. Unser Kerngeschäft ist Beratung, die wir anbieten. Das ist einmal die soziale Beratung, das macht Nadja Garbe. Alles was soziale Sicherung anbelangt, das ist von Harz IV bis Rentenfrage, bis Krankenversicherung, bis BAföG. Alles was zur sozialen Sicherung notwendig ist. Das sind auch Betriebskostenabrechnungen und eben auch Vermittlungen von Kuren, Mutter-Kind- oder auch Vater-Kind-Kuren.

Dann, habe ich ja schon gesagt, ich mache Familien- und Erziehungsberatung. Da haben wir noch mehrere Kollegen, die das auch machen. Da haben wir uns das ein bisschen eingeteilt. Ich mache die Scheidungsberatung, wenn Partnerschaftsprobleme sind, wenn es um Fragen zur Trennung, zur Scheidung geht. Wie die Kinder belastet sind durch diese Situation. Das ist dann mein Schwerpunkt.
Migrationsberatung – also alles für jene, die einen Migrationshintergrund haben, das nennt sich Sozialdienst für Migranten. Das ist also nicht nur Beratung sondern auch Begleitung zu den Ämtern, wenn irgendwas mit der Wohnung ist oder mit Behörden, wo sie das nicht verstehen was die Behörden wollen, dann kümmer ich mich darum. Das ist eine halbe Stelle und als die andere halbe Stelle mache ich eben die Leitung hier von der Caritas in Ostvorpommern.

In der Erziehungsberatung haben wir noch einen Psychologen und Psychotherapeuten, der auch Diagnostik und Therapie, also nicht nur Beratung macht. Und er hat auch drei Tage in der Woche Sprechstunde in Heringsdorf. Da haben wir eine Außenstelle von der Caritas. Einen Raum in der Caritas Altenhilfe in Heringsdorf am Waldbühnenweg am Berg.

Dieser ist auch mehrfach benutzt. Da ist ein Altersheim, da ist betreutes Wohnen, da ist eine Caritas Sozialstation, da ist die Kirchengemeinde mit einer kleinen Kapelle, da ist die Pfarrwohnung, da sind Gesellschaftsräume die von mehreren genutzt werden können. Da trifft sich der Verein „Leben im Alter“ und da haben wir eben einen Raum, den wir auch für die Erziehungsberatung nutzen und einen Raum für die allgemeine soziale Beratung.
Jetzt mehr im Schwerpunkt ist die Pflege der Angehörigen oder auch Pflegeverhältnisse oder was damit verbunden ist, wie die Art der Krankenkasse, Rentenversicherung und so was alles. Die Kollegin in Heringsdorf, die da die allgemeine soziale Beratung macht, macht auch die Beratung für die Profession der evangelischen Kirchengemeinde. Die evangelische Kirchengemeinde selber ist Träger von einem betreuten Wohnen, altersgerechtes Wohnen. Da macht unsere Kollegin die Beratung für die evangelische Kirchengemeinde. Da gibt es immer solche Verknüpfungen. Und sie macht auch die Suchtberatung der Odebrecht-Stiftung in Wolgast. Also macht sie auch die allgemeine soziale Beratung. Das ist dann eben in Trägerschaft von uns aber wir nutzen die Räume von denen, so wie sie unsere Räume hier nutzen.

Dann haben wir eine Beratung zum Kindschaftsrecht. Das beinhaltet alles, wenn es ums Sorgerecht geht, Aufenthaltsbestimmungsrecht. Wenn es also Streit gibt, wenn die Eltern zwar das gemeinsame Sorgerecht haben aber an verschiedenen Orten leben. Wie sie das wahrnehmen, das Kind oder die Kinder können sich ja nicht teilen. Wenn es da sehr strittig ist, das ist häufig so, wenn sich die Eltern nicht einigen können, wenn zwar die Partnerschaft auseinandergegangen ist aber die Elternschaft bleibt ja und sie sich da nicht einigen können, dann begleiten wir auch strittige Umgänge.
Das macht also auch eine Kollegin. Wenn also der Vater am Wochenende aus München hierher kommt und die Mutter Angst hat, dass er mit dem Kind dann abdüst, dann wird das eben von uns begleitet. Dann ist die ganze Zeit jemand dabei, das ihr da so ein Stück Sicherheit gegeben wird.

Wir haben noch eine Kollegin in der Erziehungsberatung und sie macht auch die sozialpädagogische Familienhilfe. So nennt sich das. Eine aufsuchende Arbeit. Sie geht in die Familien rein. Da ist eine zweite Kollegin, die die Aufsicht mit Familienarbeit macht. Das müssen die Familien also beim Jugendamt beantragen, und sagen: „Wir brauchen Hilfe, wir kommen allein nicht klar. Kann uns da jemand zur Seite stehen für eine gewisse Zeit?“ Und da sind da diese beiden Kolleginnen die das machen, so eine aufsuchende Arbeit und letztlich auch den Erziehungsbeistand schaffen. Das ist, wenn eine junge Mutter ein Kind hat und da mit der ganzen Situation überfordert ist.
Oder ein Jugendlicher in der Ablösung von zu Hause ist. Es da also sehr schwierig ist, noch keine eigene Wohnung hat oder eben was auf den Weg zu bringen ist, weil es zu Hause nicht mehr geht. Dann gibt es eine Einzelbetreuung. Das ist dann so eine Art Erziehungsbeistand. Dann haben wir einen Arbeitsplatz für einen Sehbehinderten. Das können sie sich noch ansehen. Ich finde das toll, wie die Technik das doch ermöglicht. Das ist so ein Ansatz, den ich also mit sehe. Das auch die Umwelt und diejenigen, die jetzt nicht behindert sind unterstützen. Also, wie könnte der der die Defizite oder Handicaps hat, was braucht er an Unterstützung, das er ganz normal arbeiten kann. Nicht nur, was jetzt

die Erwartung ist, die Leute mit Handicaps oder Defiziten müssen sozusagen auf das Leistungsniveau der anderen kommen, sondern das die anderen sehen, welche Unterstützungen können sie geben, das derjenige seine Arbeit machen kann, integriert ist und nicht abgeschrieben ist. Wenn sie sich das dann ansehen, also ob es das Lesegerät ist oder ein sehr großer Bildschirm, wo er mit seiner sehr eingeschränkten Sehkraft dann doch arbeiten kann. Das läuft auch ganz gut.

Was arbeitet er?
Im Sekretariat. Er ist also Verwaltungsfachmann, -fachwirt nennt sich das glaube ich. Er macht so Verwaltungsaufgaben. Also jetzt haben sie so eine Schülerbefragung an Schulen gemacht. Was wollen also die Schüler von Anklam. Dazu muss man wissen, dass ein großer Anteil der Schüler, die in Anklam zur Schule gehen, Fahrschüler sind. Also aus dem Umland kommen, eigentlich die Schule der Lebensort ist. Der wichtigste Lebensort für sie außerhalb des Elternhauses. In den Dörfern ist meistens nicht viel los. Wenn sie Glück haben ist noch einer da, der eine Klasse älter oder jünger ist. Eine Jugendgruppe oder Freundeskreis oder so gibt es natürlich dann eben nicht.
Und deshalb haben wir eine Befragung gemacht: Was wünschen sich die Jugendlichen? Was erwarten sie? Was wären sie auch bereit einzubringen? Wir haben 380 Schüler befragt mit 18 Fragen. Das wertet er jetzt aus. Da wird es jetzt noch vor den Ferien eine Rückmeldung geben, die auch in Richtung politischer Arbeit, Verwaltungsarbeit geht. Was hier geändert werden müsste. Was sich die Jugendlichen wünschen.

Das ist das hier im Hause. Dann haben wir noch den ländlichen Bereich. Da haben wir in Frau Schuricke eine Mitarbeiterin, die in die Dörfer, in die Gemeinden geht und mit den Bürgermeistern und Gemeindevertretern spricht. Da haben wir den Ansatz – die Erwartung einer Erwerbsarbeit, die ist hier für manche seit 20 Jahren enttäuscht. Die 500. Bewerbung zu schreiben, bringt häufig nicht den Erfolg. Kann man ja sehen wie mit dem demographischen Wandel sich das ändert. Das da dann auf Leute zurückgegriffen wird, die man vorher aussortiert hatte. Das es vielleicht Änderungen gibt. Aber unser Ansatz ist, dass wir sehen: Wozu haben die Leute Lust, die jetzt hier zu Hause sitzen? Was würden sie gerne machen? Unabhängig jetzt von der Erwerbsarbeit. Sondern erst einmal von ihrem eigenen Antrieb und von ihren eigenen Vorstellungen her. Was bräuchten sie dazu, um loszulegen, um loszumachen? Das kann im Freizeitbereich sein, das kann im Ehrenamt sein, das kann sonst wo sein. Das sie sich einbringen. Und das wir sie dann natürlich auch sehen, wenn sie aus diesem Rückzug rauskommen, und aus der vielleicht Depression rauskommen. Dass sie sehen, da ist jemand der sie unterstützt, der mitsucht.
Fragt: Zu was hätten Sie Lust? Was können Sie gerne machen. Das man die nächsten Schritte geht. Wie könnte man das umsetzten im Gemeinwesen? Könnte die Gemeinde jetzt sehen, dass sie die irgendwie mit einbinden, unterstützen. Was gibt es im Gemeinwesen, wo sie sich beteiligen können?
Das kann im Chor sein, das kann eine Line-dance-gruppe sein, das kann eine Fahrradgruppe sein, Sportgruppe sein, oder so. Das der Kontakt da ist und sich dann daraus vielleicht auch mehr Kontakte ergeben und mehr gesehen wird, wo kann man in Arbeit kommen oder ein Hinzuverdienst im Nebenerwerb, in einem Unternehmen. Also dass

Abb. 49: Löwitz

diejenigen jetzt selber was unternehmen. Also dass das dann mehr offen ist. Das der Fokus aber auf dem eigenen Antrieb liegt. Also was würden die Leute gerne machen.
Frau Schuricke hat einmal die Gruppe „Frauen in der Nachphase der Erwerbslosigkeit“. Das kann Erziehungszeit, Pflege von Angehörigen sein, dass sie da draußen waren. Speziell der Schwerpunkt für Frauen.
Dann einmal für junge Mütter. Im ländlichen Raum kriegen viele eben auch sehr früh Kinder, weil das ja auch eine Aufgabe, eine Anerkennung, eine sinnvolle Sache ist. Na ja, wenn eben die Perspektiven nicht: Ich will jetzt Abitur machen und dann in Heidelberg studieren, sind. Sondern die mehr so sehen: die kommen jetzt hier nicht raus, dann lassen sie sich eher auf Familie und Kinder ein ohne zu sehen: Können sie das auch leisten? Speziell mit jungen Frauen wird da gearbeitet. Und dann eben, was auch in unserer Region ist, mit jungen Männern, mit Jugendlichen, weil da so ein Überschuss ist, aufgrund der demographischen Entwicklung. Gerade viele junge Frauen, die eben eine gute Ausbildung haben und weggehen und junge Männer, die keine gute Ausbildung haben aber vom Rollenverständnis also mehr der Bestimmer oder mehr der Macher oder das Familienoberhaupt sein wollen und das funktioniert nicht.
Und dann ist es leider so, dass sich rechte Gruppierungen anbieten und sagen: „Mensch hier, in der Gruppe sind wir stark.“ Die machen auch so, sag ich mal, Erlebnispädagogik, würden wir so fachtechnisch sagen. Das sie mit denen was unternehmen, Schlachtfest, Herbstfest machen aber natürlich auch die nationalsozialistische Ideologie da weiterbringen in Schulungen.
Wir wollen einfach einen Kontrast dazu setzten. Das wir uns speziell jetzt um junge Männer mit schlechtem oder keinem Schulabschluss kümmern. Also genau mit dem gleichen Ansatz: Was könnten sie machen? Wozu hätten sie Lust? Das sie eine Eigendynamik und zum eigenen Antrieb kommen. Da sind dann sehr viele Sachen mit anderen Trägern vernetzt.

Es gibt hier in Anklam zum Beispiel von der Sozialagentur einen bezahlten Träger der Bewerbungstraining macht. Der Bewerbungsunterlagen mit ihnen schreibt. Es gibt eine Kompetenzagentur in Wolgast vom christlichen Jugenddorfwerk, die auch Providing machen: Wozu könnte er eingesetzt werden? Es gibt eine Produktionsschule, in der sie sich selber auch in verschiedenen Arbeitsfeldern erproben können. Es gibt also sehr viele Angebote. Hier in Anklam gibt es die Kollwitzschule, die – in DDR Zeiten hat man Unterrichtfach in der Produktion gesagt – also dann auch mit Betrieben zusammenarbeiten, damit er jetzt nicht nur den Schulbetrieb sondern auch den praktischen Betrieb kennenlernt und dann auch nicht an dem verschulten die Lust verliert sondern auch die Perspektive hat, vielleicht auch im praktischen Feld seine Kompetenzen zu entwickeln. Was über die Betriebe und deren Ausbildung vielleicht möglich ist. Mit denen arbeiten wir zusammen.

Frau Schuricke geht in die Dörfer und bietet dazu Sprechstunden an. Sie versucht über das Gemeinwesen an die Leute heranzukommen und gezielt die Information zu haben: „Mensch, gehen sie doch dahin.“ Sie hat eben die Kompetenz. Sie scheut sich nicht zu klingeln und sich vorzustellen. Also abholende Arbeit zu machen. Also dass man darauf wartet, dass sie hier mit dem Schulbus früh nach Anklam kommen,

Abb. 8.50 / 8.51: Werkstätten des Vereins „Chancen nutzen e.V.“, Wrangelsburg

dann eine Beratung aufsuchen und dann Mittags mit dem Schulbus zurückfahren – das ist dann sehr selten.

Dann haben wir noch eine Mitarbeiterin, die speziell für das Gemeinwesen zuständig ist und erarbeitet. Die in vielen Feldern arbeitet. Sie hat nur 30 Stunden aber trotzdem. Sie macht einmal das Programm „Jugend engagiert“. Das heißt, dass Jugendliche ins Ehrenamt zu vermitteln sind. Das kann der Bereich Sport, Kultur, Museum sein. Das kann im ökologischen Bereich sein also Umwelt. Das kann im sozialen Bereich sein also Altersheim, Pflegeheim.
Wenn die Jugendlichen da über ein halbes Jahr arbeiten – es wird vorher vereinbart, wie viele Stunden sie in der Woche leisten können – kriegen sie auch eine Urkunde vom Bürgermeister, dass sie sich eben ehrenamtlich in dem Feld sehr engagiert haben. Und das macht sich in der Bewerbung natürlich auch gut. Dann sehen auch schon die Jugendlichen, dass es jetzt außer dem schulischen Rahmen andere Bereiche gibt und dann ergibt sich vielleicht daraus dann auch eine berufliche Perspektive. Also das ist der Bereich „Jugend engagiert“.
Sie organisiert das Freiwilligenzentrum, gegenüber unserem Caritashaus. Das ist für alle, die sich ehrenamtlich betätigen wollen. Das ist für Anklam und, meistens natürlich die nähere Umgebung. Sie ist auch in den Feldern Soziales, Umwelt, Sport, Kultur tätig. Da sind schon etliche hundert Leute vermittelt worden. Es ist mehr so ein Vermittlungsdienst. Die Institutionen Museum oder Schulrat, Kindergarten sagen, was sie gern für einen Bedarf an Unterstützung hätten und wir machen Werbung und suchen Ehrenamtliche und vermitteln das dann.
Das ist zum Beispiel, dass ein Rentner in der evangelischen Schule mit den Kindern dann Holzarbeiten macht oder eine Rentnerin soll im Kindergarten vorlesen. Da gibt es ein ganz breites Feld an ehrenamtlicher Arbeit. Zu dem Freiwilligenzentrum gehört noch ein Umsonst-Laden. Da können Leute ihre Sachen hinbringen, die zu Hause rumstehen. Die sie also nicht brauchen. Man kann sich bis zu drei Sachen umsonst nehmen, wenn man denkt, die braucht man oder die kann man gebrauchen.
Das wird auch von Ehrenamtlichen betrieben. Also die Öffnungszeiten und das managen des Umsonst-Ladens.

Dann hat die Frau Meyer, die dieses Feld des Gemeinwesens betreut, gerade ein Bündnis für Familie gegründet. Einmal versuchen wir bei den Arbeitsgebern familienfreundliche Bedingungen zu erreichen. Man also Familie und Arbeit unter einen Hut kriegt, damit die Familien auch hier bleiben können. Das die Arbeitsbedingungen oder Arbeitsstätten die hier sind, wenn die familienfreundlich sind, dass dann auch mehr Familien hier bleiben, wenn sie dass dann unter einen Hut bringen können oder die Belastungen eben geringer werden. In dem Familienbündnis sind alle, die jetzt in der Familienarbeit tätig sind. Von den Professionellen: Vereine, Familienzentrum, Freistellungsbeauftragte. Es sind auch Einzelpersonen, die da mitmachen. Die sagen: „Ich möchte einfach das Anklam eine familienfreundliche Stadt wird.“ Einfach von dem Fokus aus, genau, wie das manchmal mit dem behindertengerecht ist, dass man da kuckt, was da familiengerecht ist.
Das geht von den Wohnbedingungen, Spielplätzen, Mobilität, Bildung. Da gibt es sehr viele Berieche. Da haben sich jetzt erst mal drei Arbeitsgruppen gebildet. Eine, die sozusagen in die Arbeitsbedingungen geht: Was brauchen wir um familienfreundliche Arbeitsfelder, -bedingungen

zu haben? Dann eine für Mobilität. Also jetzt gerade so der ländliche Raum oder auch im Stadtverkehr. Wie kann man Ideen entwickeln also das man da mobil ist? Sonst ist man eben mit seiner Familie auf dem Dorf, hat man da schon ein Handycap, wenn man nicht zwei Autos hat. Ein Auto braucht vielleicht der Verdiener und das zweite Auto braucht man dann für die Familie. Das können sich natürlich so die wenigsten leisten. Wie kann man da also Mobilität schaffen?
Die dritte Arbeitsgruppe ist in Richtung Bildung. Weil wir eben sehen: nordisches Power – Wissen ist Macht. Also wie kann man da stärken durch bessere Bildung? Da arbeiten wir auch mit dem Landkreis zusammen und haben den Zuschlag gekriegt: Lernen vor Ort also lebenslanges lernen. Das wir mit denen dann stark zusammen arbeiten. Wenn man also schon sieht, es klemmt irgendwie in der Schule, oder auch im Vorfeld, oder durch die familiären Belastungen oder durch den Abstand zur Stadt und damit zur Schule, zum Nachhilfeunterricht. Wie kann man da unterstützend sein? Das ist also so am Anfang. Das ist also auch Frau Meyers Arbeitsfeld.

Dann hat sie so ein Projekt mit Jugendlichen. Also unter einem Motto machen wir jetzt ein Filmprojekt. Wo es auch um gewaltfreie Konfliktlösung geht. Das aber aus Sicht und mit der Eigendynamik der Jugendlichen. Also jetzt nicht, dass wir sagen: „Macht doch mal einen Film." Sondern: „Was wollt ihr machen? Wie wollt ihr leben? Wie stellt ihr euch das vor? Was braucht ihr dafür?" Und dann haben die gesagt: „Wir würden gern einen Film machen."
Gerade wenn es zum Beispiel in der Schule um den Umgang mit den Rechten geht. In diesen Konflikten werden die das reinbringen, wie sich die anderen Schüler dazu verhalten und dann auch mit den anderen Leuten reden und das einfach filmen. Dafür werden wir jetzt auch Anfang nächsten Monats eine Unterstützung vom Innenminister kriegen. Er ist der Chef vom Landespräventionsrat für Kriminalitätsprävention. Das wir da die Zuwendung kriegen, das hat auch Frau Meier eingerührt.

Dann haben wir ein Projekt „Dorfzeitung". Wir wollen die ländliche Identität stärken. Bis jetzt läuft es nur in Wiestock. Das ist das entferntest Dorf in Richtung Uecker-Randow also das letzte Dorf von Anklam an der Kreisgrenze zu Uecker-Randow. Da wollen wir noch mehrere Gemeinden und Dörfer gewinnen, dass die also sagen: „Wir wollen auch so eine Dorfzeitung herausbringen." Wir sehen ja, dass sich so eine Regionalzeitung, Tageszeitung sich die wenigsten leisten.

Wie viele Einwohner hat das Wiestock?
Wietstock hat 146 Einwohner. Die Größe ist da nicht so entscheidend, sondern entscheidend ist, dass man Leute findet, die sagen: „Da würde ich was los machen und eh ich zu Hause sitze, da kann ich auch über die Häuserchronik oder über irgendwelche anderen Felder schreiben." Da war zum Beispiel die Gemeindefusion ein Thema. Jetzt vor der Wahl haben sich die Kandidaten alle vorgestellt und so. Da entsteht eine unheimliche Kommunikation. Obwohl Wiestock noch gut ist. Die haben eine Galerie, die haben eine Kneipe. Aber trotzdem ist es schwierig. Die gibt's ja jetzt kostenlos die Zeitung. Wir haben natürlich die Idee, dass sich das irgendwann selber trägt also entweder über die Gemeinde oder über die Bürger.

Im Moment stützen Sie also die Sachkosten?
Die Bundeszentrale und die Landeszentrale für politische Bildung stützen das. Das ist jetzt die Anschubphase für ein Jahr. Dann hoffen wir, dass wir einmal in dem Jahr den Leuten gezeigt haben, wie man das macht. Also jetzt technisch. Auch vom Druck, vom Layout, die Verbindungen da herzustellen. Dann auch vom redaktionellen Inhalt her. Müssen sich die Leute ja auch zutrauen und es muss ja auch so in dem Rahmen sein, dass andere das lesen. Muss jetzt nicht perfekt sein, aber gerade wenn es nicht perfekt ist, dann hat es so was Individuelles. Und dann eben von den Kosten, das man sieht, wie kann sich das tragen. Und wenn das nur ein A3 Blatt beidseitig bedruckt ist. Das reicht ja schon, wenn man das verteilen kann. Vielleicht zahlen sie auch 20Cent dafür. Dann passiert jedenfalls mehr an dörflicher Identität, an Kommunikation. Da suchen wir jetzt noch weitere Partner. Bis jetzt haben wir nur Wiestock gefunden. Wir haben da zwei Projektkoordinatoren, die das mit begleiten. Die zeigen, wie man das machen kann. Die haben ihre Verbindungen also zum Beispiel die Produktionsschule vom Christlichen Jugenddorfwerk in Wolgast. Die haben auch so eine Medienwerkstatt, wo man dann auch billig drucken kann. Also dieses Netzwerk dann eben zur Verfügung gestellt wird.

Wie oft erscheint diese Zeitung?
Das ist ganz sporadisch. Es ist nicht, dass es so gesagt wird: jede Woche. Es ist keine Wochen- oder Monatszeitung. Sondern wie die Themen eben so zusammen kommen. Das kann alle drei Wochen sein, alle sechs Wochen sein also unregelmäßig.

Mit wie vielen Leuten schaffen Sie all diese Aufgaben?
Mit 16 Leuten schaffen wir das.

Wie macht das zum Beispiel Frau Schuricke? Fährt Sie durch den gesamten Landkreis?
Wir haben das natürlich örtlich eingeschränkt. Das ist jetzt südlich von Anklam also der Bereich Anklam Land. Da gibt es drei Schwerpunkte. Das ist einmal Spantekow – Demmin. Demmin ist so ein sozialer Brennpunkt. Dann der Bereich Ducherow – Rossin. Dann Bargischow, weil da so eine starke rechte Szene ist. Das da an drei Tagen in der Woche für zwei Stunden da eine feste Sprechzeit eingerichtet wird. Das die Gemeinde sagt, dann ist sie erreichbar, da stellen wir den Raum zur Verfügung. Sie hat quasi ihre Stundenanzahl in der Woche. Sie hat vorher schon in dem Projekt gearbeitet und hat schon sehr viele Verbindungen und Kontakte und muss also jetzt nicht jede Woche sich beim Bürgermeister oder bei der Gemeinde vorstellen. Sondern wenn sie dann jetzt so die Adressen hat, dann geht sie eben da hin.
Dann hat sie natürlich aus ihrer vorhergehenden Arbeit auch einen Überblick, was gibt es jetzt alles. Und das ist ja leider, was auch zum Defizit im ländlichen Raum gehört, dass das meistens nicht bekannt ist oder meistens nicht kommuniziert wird. Da gibt es eine Bläsergruppe in Bargischow, da gibt es eben ein Chor in Neetzow, da gibt es ein Radfußballverein in Neetzow. Die kommen aber nicht raus. Also die machen das für sich und haben dann ihre Verbindungen. Einfach auch durch die Fläche. Es ist eben so entzerrt, dass häufig andere nichts davon wissen. Aber das weiß sie. Sie hat sozusagen den ganzen Atlas da, wo was wann losgeht. Nicht nur in Richtung Kultur und Freizeit, sondern auch Richtung Arbeitgeber. Also wo ist da ein Landwirt, den

sie dann auch wirklich beackert, ob er nicht noch jemanden als Helfer einstellen kann und wenn es nur einen halben Tag ist. Das dann also die Erprobung und der persönliche Kontakt zustande kommt. Und dafür hat sie 30 Stunden in der Woche.
Das sind jetzt nicht Tausende die sie in Arbeit oder sozusagen da in Mobilität bringt aber es ist schon etwas. Also im vorigen Jahr waren es so über 60 Leute.

Wie knüpft Frau Schuricke im Dorf die Kontakte?
Sie nimmt erst mal so Anlauf und fängt im Jugendclub an.
Also das ist typisch für unsere Arbeit. Der Jugendclub wird vom Arbeitersamariterbund betrieben, ist aber in Trägerschaft der Gemeinde. Ist also auch der soziale Treffpunkt, nicht nur für die Jugendlichen sondern auch am Nachmittag, wo sich auch Schülergruppen treffen, wo auch Nachhilfeunterricht passieren kann. Wo sie da auch reingeht und da Sprechstunde anbieten kann. Wo dann auch die anderen aus der Gemeinde wissen: „Aha, zu der Zeit erreiche ich sie." Oder, dass sie sich dann mit denen verabredet.
Wenn jetzt der Kontakt hergestellt ist, muss sie nicht immer in die Häuslichkeit gehen, sondern kann sich dann auch in diesen Räumen verabreden. Sie nimmt auch die Leute mit im Auto, wenn es zu irgendwelchen Behörden geht, wenn es zu irgendwelchen Arbeitgebern geht oder im Freizeitbereich. Um das anzubahnen und dann natürlich nicht als Versorgungsstruktur, das jetzt gedacht wird, sie fährt die Leute da rum. Sondern, dass der Kontakt gemacht wird und dann mit überlegt wird, wie kann man die Verbindung halten. Das ist im ländlichen Bereich nicht einfach aber da sind so Ideen gefragt.

Also was ich gut finde auch vom öffentlichen Nahverkehr, dass man eine Stunde vorher anrufen kann, und sagen kann: „Ich brauch jetzt ein Taxi bis da und da hin." Und dann zahlt man das eben. Der regelmäßige Fahrplan mit Bussen – das lohnt sich einfach nicht mehr. Außer jetzt für die Schüler, der Schulverkehr. Aber da sind so Dörfer, die sind nicht nur an zweiter sondern schon an dritter Stelle von der Bundesstraße. Das sind solche Pommerschen Dorfstraßen mit Kopfsteinpflaster. Also da traut sich kein Auto mehr hin. Aber trotzdem leben da Menschen.
Jetzt am Wochenende, ich weiß nicht wie lange das war, war der Bahnübergang in Borckenfriede gesperrt und da musste man über Altwigshagen und noch irgendwelche Dörfer eine Umleitung fahren. Bin ich noch nie langgefahren. Hab gestaunt, wo Menschen leben. In welcher Abgeschiedenheit und Bedürftigkeit und von der Infrastruktur abgeschnitten. Die Leute standen am Gartenzaun und haben gestaunt, wie viele Leute da vorbei fahren.
Und da sucht man natürlich Wege, da in Verbindung zu bleiben.
...
Man muss dazu sagen, was ich als das größte Handycap sehe, dass es immer nur eine Projektfinanzierung ist. Also immer nur für einen begrenzten Zeitraum. Wir haben das vorher für drei Jahre gehabt, jetzt für ein halbes Jahr. Wir haben natürlich immer den Wunsch und die Vorstellung, im nächsten Jahr dann wieder eine Finanzierung zustande zu kriegen.
Aber es ist das mühseligste, dass auch in eine finanzielle Form zu bringen, die auf Dauer angelegt ist und die auf Nachhaltig angelegt ist. Da gibt es keine Struktur. Da sehe ich das genauso, wie bei dem behindertengerechten Arbeitsplatz. Da muss von Außen finanziert werden. Da

Abb. 8.52: Löwitz

muss also wirklich gesagt werden: „Das wollen wir. Weil das die Vorteile hat: vom Sozialleben, von den Kosten her.“ Man spart viel mehr Geld, wenn man so eine Einrichtung oder so ein Multiples Haus vorhält, als wenn man jetzt im Einzelfall immer hinterher gehen muss und dann den Harz IV Bescheid, und dann die Klage vom Sozialgericht schickt. Das ist jetzt mehr der soziale Bereich. Das ist in der Gesundheit genauso. Es ist viel billiger, wenn man da eine Sprechstunde einmal in der Woche einrichtet, als wenn man mit Fahrdienst und sonst was die Leute dann zu den Ärzten in die Städte fährt und die dann dort Stunden sitzen.
Und einfach auch vom Lebensgefühl her denk ich, wird es jetzt auch von der Belastung her weniger werden, wenn die Leute eine größere Identität oder in sozialen Kontakten auch stabiler sind. Das müsste die Politik auch sehen, dass da auch investiert wird und dass das vorgehalten wird. Nicht nur immer über ein Projekt, wo man sieht, wo krieg ich da mal wieder Geld her?

Zu der wirtschaftlichen Seite dieses Multiplen Hauses ist es auch wichtig, dass man da Telekommunikation einrichtet. Das man da Breitbandzugang hat. Das man da auch ältere Leute dahin führen kann.
Ich denke die Kommunikationsstrecke läuft in Zukunft übers Internet und dass man da so einen Punkt hat, den man da auch nutzen kann. Unser Haus ist ja für „Jugend engagiert“, für Freiweilligenzentrum, für Bewerbungen offen, dass die Leute auch unsere Technik, unser Internet nutzen können und das müsste in so einem Haus auch sein, also dass das öffentlich ist. Das jeder da ran kommen kann, von mir aus mit einem kleinen Obolus. Aber dass es überhaupt technisch möglich ist, dass man dann in so einem Haus die Verbindung zur Umwelt, zur Welt hat.

8.15. Interview mit Frau Uta Kleist – Volkssolidarität Kreisverband Ostvorpommern e.V.

Mittwoch 24.06.2009 11.30 Uhr Heilige Geist Straße 2, Anklam

Abb. 8.53: Uta Kleist

Frau Uta Kleist ist Mitarbeiterin der Volkssolidarität Ostvorpommern e.V. und zuständig für Mitgliederarbeit und Mitgliederbetreuung.

Wie ist die Volkssolidarität strukturiert und was sind die Arbeitsbereiche?
Die Strukturen: Bundesverband – Landesverband – Kreisverbände – Ortsgruppen. Die Arbeitsbereiche: sozial-kulturelle Angebote für Senioren, Mitgliederbetreuung; Jugend- und Sozialhilfe; Pflege- und Altenhilfe; Träger von Kindertagesstätten.

Wie finanziert sich die Volkssolidarität?
Aus wirtschaftlichen Säulen wie Pflege- und Altenhilfe, Kindertagesstätten, Wohnresidenzen, Obdachlosenhäuser und so weiter. Wir betreiben unter anderem eine Suchtberatungsstelle, Tagesstätten für psychisch kranke Menschen. Wir haben in Trägerschaft zehn Schulsozialarbeiter, die auch Jugendclubs betreuen. Die Teams für die Hilfe zur Erziehung helfen jungen Familien bei der Bewältigung des Alltags. Als gemeinnütziger Verein bleiben die wirtschaftlichen Erträge im Verein und werden für defizitäre Einrichtungen genutzt. Wir erwirtschaften keine Gewinne.

Die Mitglieder bezahlen auch Beiträge?
Ja, zwei Euro im Monat und davon bleibt ein Euro in der Ortsgruppe.

Was haben Sie in den Dörfern für Erfahrungen gemacht?
Das ist sehr unterschiedlich. Ein aktiver Ortsgruppenvorsitzender motiviert einfach viele Menschen am Gemeinschaftsleben teilzunehmen. Wir haben unsere Angebote den Bedürfnissen der Senioren angepasst und bieten beispielsweise zwei große Veranstaltungen im Jahr in der Torgelower Stadthalle an. Die Menschen werden praktisch von der Haustür abgeholt und auch bis dorthin zurückgebracht.
Diese Angebote werden in ländlichen Gegenden sehr gern in Anspruch genommen.

Wie sieht die Mitgliederstruktur aus?
Überwiegend alte Menschen.

Mit alten Leuten meinen Sie Menschen ab 60 Jahre?
Das ist leider fast noch zu jung. Ein häufig benutzter Spruch für die Mitgliederschaft in der Volkssolidarität: „Dafür bin ich noch zu jung." Einige Ortsgruppen liegen mit ihrer Altersstruktur deutlich unter dem Altersdurchschnitt, zum Beispiel die Lühmannsdorfer. Da die VS der einzige Verein vor Ort ist, sind die Angebote generationsübergreifend.

Die Vorsitzenden der einzelnen Ortsgruppen arbeiten ehrenamtlich?
Ja, ehrenamtlich engagierte Menschen. Wenn in Ortsgruppen kein Vorsitzender in der Gruppe gefunden wurde, übernehmen Mitarbeiter den Part des Vorsitzenden.
Die Aufgabe der Mitarbeiter im Bereich Mitgliederbetreuung, ist die

enge Zusammenarbeit mit den Senioren. Wir stehen mit Rat und Tat zur Seite und helfen von der Organisation bis zur Durchführung von Veranstaltungen.
Die dörflichen Gemeinden sind jedoch recht gut organisiert und benötigen eher unsere technische Hilfe, wie Geschirr oder Kaffeemaschinen oder Hilfe beim organisieren von kulturellen Angeboten. Die Geschäftsstelle lädt die Vorsitzenden und die Kassierer in regelmäßigen Abständen ein, um für das ehrenamtliche Engagement zu danken und über neue Vereinsinterna zu informieren. Diese Gelegenheit wird für Frage und Absprachen genutzt.

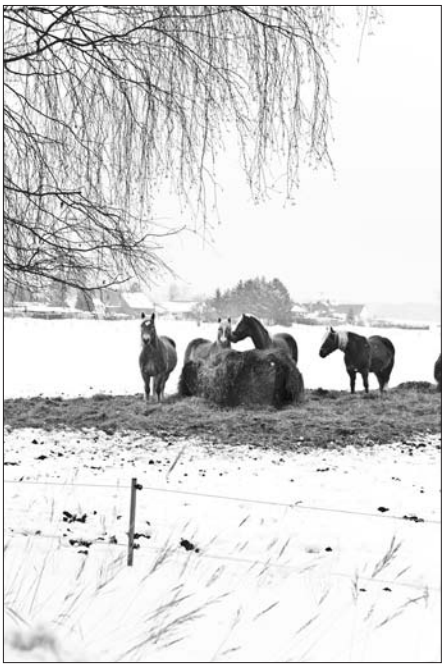
Welchen Radius hat die VS in Ostvorpommern?
Die komplette Insel Usedom. In Richtung Neubrandenburg bis Zinsow, in Richtung Torgelow bis Neuendorf A und Greifswald und Umgebung. Im Sommer 2009 sind wir mit dem Kreisverband Greifswald fusioniert.

Gibt es eine gute Zusammenarbeit innerhalb der Volkssolidarität?
Ja, innerhalb der Kreisverbände und auch zum Landesverband.

Wenn Sie die VS mit anderen Verbänden vergleichen, würden Sie den Zuspruch dann als sehr gut bezeichnen?
Ja. In den letzten Jahren ist es gelungen unsere Angebote den Interessen von Senioren noch besser anzupassen. Aber auch durch eine qualitativ hochwertige Jugendarbeit ist unser Außenbild deutlich jünger geworden. Bei den Ortsgruppen ist beispielsweise als Ausflugsziel sehr beliebt unser heilpädagogischer Bauernhof „Brot und Salz“ in Kosenow. Unsere Einrichtung „Zauberlehrling“ dort wird mit den Kindern akrobatisch gearbeitet. In diesen Einrichtungen wird mit seelisch beeinträchtigten Kindern gearbeitet.

Also den Bauernhof betreibt die VS auch?
Die VS ist Träger dieser Jugendhilfeeinrichtung, die Tiere sind Teil des pädagogischen Konzeptes, wie im Zauberlehrling die Bewegungsarbeit (Akrobatik, Jonglieren).

Abb. 8.54: Vogelsang-Warsin



Wie kommen die Leute zu den von der VS genutzten Räume?
Einige Gemeinden haben eigene Räume, ansonsten ist es Hilfsbereitschaft in Fahrgemeinschaften. Dabei sind unsere Mitglieder im übrigen versichert. Viele Gemeinden stellen die gemeindeeigenen Räume selbstverständlich allen Vereinen zur Verfügung.

Gibt es bei Ihren Veranstaltungen einen Verkauf von Kaffee und Kuchen oder anderen Dingen?
Ja, in den Begegnungsstätten der Volkssolidarität. Bei Kaffeetreffs in den Dörfern ist jeder reihum mit Kuchen backen dran. Verkaufsangebote spielen eine geringe Rolle. Handarbeitsgruppen nutzen die Gelegenheit selbsthergestellte Produkte zu verkaufen.

Ein multiples Haus ist vielleicht auch nur ein Raum, der von einem auf- und abgeschlossen wird.
Ich bezweifle ein wenig, das es damit getan ist. Ein Haus benötigt jemanden, der sich verantwortlich fühlt. Die Initiative, sich zu treffen muss doch meist auch von jemanden ausgehen. Eine Kaffeerunde ohne Thema lockt sicher auf Dauer auch nicht.

Warum reden die Leute nicht mehr miteinander? Liegt es an fehlenden Themen?
Ich denke die Leute reden miteinander, zumindest wenn man über die Jahre Tür an Tür wohnt.

Wäre die VS jemand, mit dem man die Häuser praktisch angehen könnte?
Prinzipiell ja. Aber meine persönlich Einschätzung ist, dass man einen finanziellen Obolus für den jeweiligen Verantwortlichen einplanen muss.

Machen Sie das auch wegen der Verantwortung, die die Leute übernehmen?
Ja, derjenige, der die Verantwortung trägt muss sich eben kümmern, um Reparaturen oder um Ersatz bei Verlust. Diese Person benötigt Ansprechpartner oder ist geschickt genug kleine Reparaturen selbst durchzuführen. Ein finanzieller Rahmen für Aufwendungen muss abgesteckt sein.

Hat die VS Gelder für Ausstattung der Räume?
Als gemeinnütziger Verein? Eher nicht. Große Resonanz hatten wir jedoch immer bei der Bitte um Sachspenden. Bestuhlung, Geschirr, Möbel – diese Angebote werden von unseren Mitgliedern gemacht.

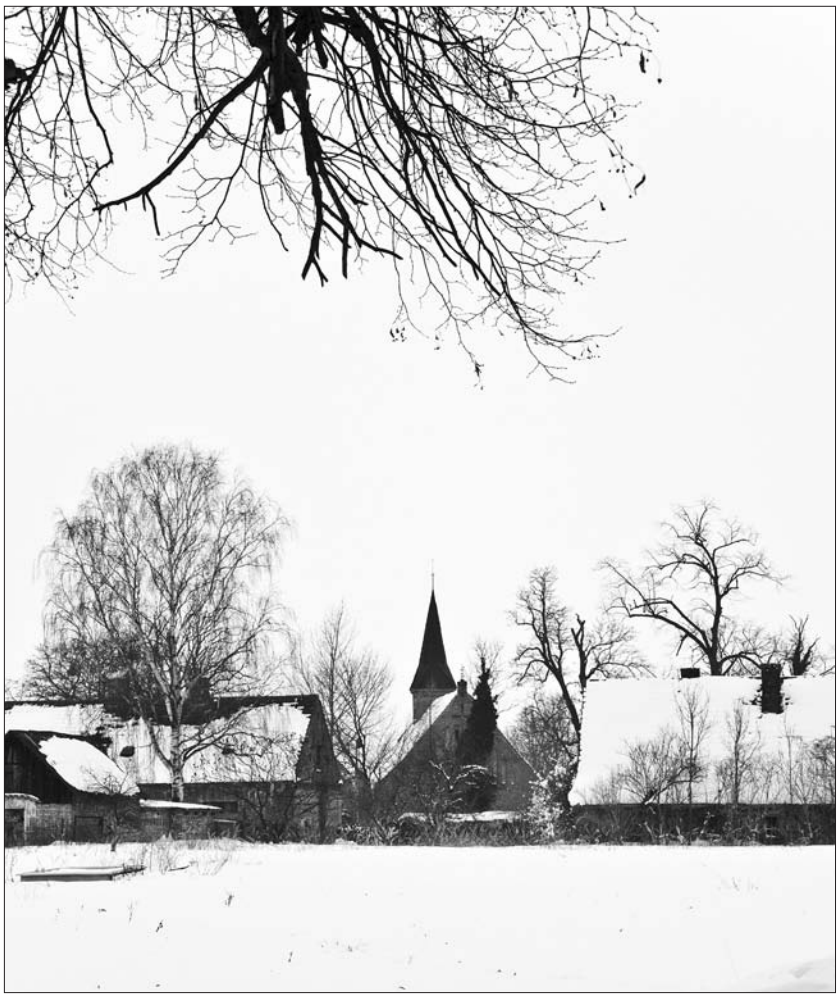


Abb. 8.55: Schmuggerow

8.16. Interview mit Anett Zahn – Sparkasse Uecker-Randow

Montag 22.02.2010 14.00 UhrTelefoninterview

Anett Zahn ist Leiterin des Fachbereiches im Vorstandssekretariat der Sparkasse Uecker-Randow. Zugleich auch Vorsitzende des Vorstandes der Sparkassenstiftung Uecker-Randow.
Frau Zahn war Teilnehmerin des 2. Workshops im September 2010 in Anklam. Sie kannte deshalb das Projekt Multiple Häuser bereits aus der Vorstellung beim Workshop, hat dort bereits das große Interesse seitens der Sparkasse und ihrer Stiftung am Projekt bekundet, Zusammenarbeit in Aussicht gestellt und hat im nachfolgenden Interview weitere praxisorientierte Fragen beantwortet:

Die Sparkasse ist im Landkreis Uecker-Randow einer der größten Arbeitgeber und eines der finanzkräftigsten Unternehmen. Wie viele Geschäftstellen gibt es im Landkreis und wie sieht hier die zukünftige Entwicklung der Sparkasse aus?
Der Landkreis Uecker-Randow hat 10 Geschäftsstellen, an denen wir auch festhalten werden. Uecker-Randow hat als Landkreis 74.000 Einwohner und ist weitläufig.
Die Sparkasse Uecker-Randow sieht Ihre Stärken in der persönlichen Beratung aller Kunden, insbesondere der Privat- sowie Gewerbekunden und natürlich in der Erreichbarkeit in den Geschäftsstellen. Auch Penkun in der südlichsten Ecke des Landkreises mit 4.000 Einwohnern hat eine eigene Geschäftsstelle. Die kleinste Gemeinde mit einer Geschäftstelle ist Jatznick mit 2.300 Einwohnern. Der Landkreis Uecker-Randow ist geprägt durch einen seit Jahren anhaltenden Bevölkerungsrückgang. Wir als Sparkasse sind selbstverständlich daran interessiert, dass unsere Kundenzahl nicht rückläufig ist.

Wie sieht die Sparkasse selbst ihre der Verantwortung in der Region?
Die Sparkasse Uecker-Randow als regionales Wirtschaftsunternehmen stärkt gemäß § 2 Sparkassengesetz Mecklenburg-Vorpommern den Wettbewerb im Geschäftsgebiet. Auf dem öffentlichen Auftrag basierend, stellt die Sparkasse in ihrem Kerngeschäft die angemessene und ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise insbesondere des Mittelstandes mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen im Landkreis sicher. Neben diesen Aufgaben fördert die Sparkasse im Rahmen von Spenden und Sponsoring das Selbstverständnis im sozialen und kulturellen Bereich. Im Vordergrund dieser Ausrichtung stehen die langfristige Verantwortung des Handelns sowie die Sicherung der ausreichenden Rentabilität als marktführendes Unternehmen in der Region.
Zu den weiteren Aufgaben der Sparkasse zählt, neben der Sicherung einer dauerhaften Kundenzufriedenheit auch die persönliche Betreuung der Kunden in finanziellen Angelegenheiten.

Wie arbeitet die Sparkassenstiftung im Landkreis?
Ausschließlicher und unmittelbarer Zweck der Stiftung ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung, des Denkmal- und Umweltschutzes, einschließlich des Tier- und Naturschutzes, des Heimatgedankens, der Kunst und Kultur, der Jugend- und Wohlfahrtspflege, des Sports sowie

der Völkerverständigung in den Grenzen des Kreises Uecker-Randow. Die Sparkassenstiftung fördert kleine und gemeinnützige Projekte lt. o.g. Stiftungszweck im Landkreis durch finanzielle Unterstützung. Im Jahr können ca. 5 T€ durch die Stiftung vergeben werden.

Wie könnte die Sparkassenstiftung Multiple Häuser unterstützen?
Auch für Multiple Häuser kann im Rahmen des Stiftungszweckes durch einen gemeinnützigen Träger ein Stiftungsantrag eingereicht werden.

Kann die Sparkasse selbst „Mieter" oder „Nutzer" in Multiplen Häusern sein?
Dies ist durchaus möglich, muss allerdings im Einzelfall geprüft werden. Theoretisch vorstellbar ist die Möglichkeit, dass Kundenberater zu Beratungsgesprächen Multiple Häuser nutzen, je nach Bedarf z.B. alle zwei Wochen, mit einer Sprechzeit von 2 oder 3 Stunden am Tag. Ich kann mir vorstellen, dass ein regelmäßiges Beratungsangebot in einem Multiplen Haus gerade durch die älteren Einwohner gut angenommen werden könnte.

Wie kommen die Kundenberater heute zu ihren Kunden aufs Dorf? Hat die Sparkasse dafür einen Fuhrpark?
Die Kundenbetreuer fahren jetzt mit ihrem privaten PKW und rechnen Fahrkosten ab.

Viele ältere Menschen auf den Dörfern haben angegeben, dass es auch schwierig geworden ist Bargeld zu erhalten. Wie kann „Geldverkehr" in einem Multiplen Haus abgewickelt werden?
Eine Bargeldauszahlung durch einen Kundenberater der Sparkasse vor Ort ist aus Sicherheitsgründen nicht möglich.

Wie wäre es, wenn der Geldverkehr „auf Bestellung" ablaufen würde: In der einen Sprechstunde bestellt der Dorfbewohner das Geld, und in der nächsten Sprechstunde wird es ihm mitgebracht?
Auch dies ist aus derzeitiger Sicht nicht möglich. Ich kann hier nur empfehlen, dass der Kunde Verfügungsberechtigte für sein Konto eintragen lässt und diese ihm Bargeld mitbringen.

Können Sie sich im Multiplen Haus die Zusammenarbeit mit der Post und der Gemeinde vorstellen? Wenn ja, wie?
Dies ist unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit zu prüfen. Sicherlich kann man mal einen Brief annehmen und in das Postfach der Post legen. Konkrete Zusammenarbeiten wären im Einzelfall zu prüfen.

Im Konzept empfehlen wir mehrere Partner für eine „Personalunion", die sich in ihrer Zusammenarbeit untereinander lediglich über einen wirtschaftlichen Ausgleich einig werden müssen.
Die Übernahme der Beratungstätigkeit für unsere Kunden ist nicht übertragbar. Für Kundengespräche sind fachlich geschulte Mitarbeiter notwendig, die den gesetzlichen Anforderungen entsprechen.

Was könnten Sie sich ganz persönlich für andere Nutzungen in einem Multiplen Haus vorstellen?
Einen Bäcker auf jeden Fall. Die Post finde ich auch wichtig. Und eine Krankenschwester oder einen Arzt, evt. weitere Dienstleister, z.B. ein

Friseur. Es wird allerdings alles eine Frage der Wirtschaftlichkeit für die Beteiligten sein.

Haben Sie noch eine Anregung für das Projekt – gerne auch kritisch?
Ich finde die Idee gut. Ich denke aber auch, dass eine Umsetzung schwierig ist. Es gibt in dörflichen Gemeinschaften einen Bedarf durch die Einwohner, insbesondere zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse. Besonders interessant für die Einwohner ist das Multiple Haus natürlich auch als Kommunikationsort.
Bei der Umsetzung in unserem Landkreis würden wir als Sparkasse die Umsetzung prüfen, natürlich auch unter der Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit.

Abb. 8.56: Schloß in Schmuggerow

8.16. Diskussionsrunde 1. Workshop

Donnerstag 26.03.2009 10.00 bis 16 Uhr Grafik- und Designschule, Anklam

Herr Naumann (Bürgermeister Ducherow):
- schwer auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen, in jeder Gemeinde unterschiedlich
- die Probleme liegen in der Umsetzbarkeit, in der Durchführung eines solchen Hauses
- die Gemeinde ist von Leuten geprägt, die sich einsetzen, man braucht zwei drei Leute, die die Zugpferde sind
- es ist wie in einem Verein, wenn Sie begeisterungsfähige Leute haben, dann funktioniert ein Verein, wenn diese nicht vorhanden sind, trotz der gleichen Anzahl von Mitgliedern, dann läuft es nicht.
- Man kann versuchen andere einzubeziehen, manchmal klappt es auch diese als eigenständige aktive Leute zu erziehen aber immer von Leuten abhängig. Kann man nur versuchen zu forcieren.
- Es bricht zusammen, wenn sich kein Nachfolger findet.
- Dörfer haben meist Leitpersonen. Dieser Person folgen alle. Wenn diese also dagegen ist, dann wird es auch nichts. Das kann zum Problem werden, muss aber nicht.

Walther (Bürgermeister Vogelsang-Warsin):
- Vogelsang-Warsin: kurz Gemeinde vorgestellt
- 1999 Schule dicht, 2001 Kindertagesstätte, jetzt Dorfgemeinschaftshaus – war Kita
- konzentrieren Kräfte und Möglichkeiten die wir in der Gemeinde haben in dieses eine Haus, wenn wir es aufbauen, dann müssen alle rein
- alle Vereine, Sportgruppen, einmal die Woche ist Massage angeboten, Volkssolidarität, Gemeindevertretersitzung, jedes Wochenende Auslastung mit priv. Feiern, Kinder können in der Woche dort Sport treiben,
- mehr oder weniger alles in diesem einen Gebäude, natürlich im Rahmen dessen, was das Gebäude her gibt
- das ist das einzige was wir als Dorf mit knapp 400 EW noch vorhalten können, dann muss man die Fixkosten von 5000€ im Jahr, wenn man die Einnahmen abziehen, die müssen wir einfach vorhalten, das muss uns das gemeindliche Zusammenleben auch wert sein
- wenn wir uns das nicht mehr können, dann hat das als eigenständige Kommune auch keinen Sinn mehr
- Wichtig: die Gemeinde betreibt ein Gemeinschaftshaus
- Multiple Häuser: Frage zu Definieren, welches ist die Einheit, die sich um solch ein Haus strukturiert
- Ist es das Dorf mit 400 EW oder sagt man bei solch einem kompakten Angebot, verträgt es sich nur alle 1000 oder 2-3000 EW ein solches Haus zu bewirtschaften ohne das sich die Häuser gegenseitig im Wege stehen?
- Zur Zeit noch sehr kleinteilige Gemeinden, aus meiner Sicht macht es keinen großen Sinn alle 30 km über ein solches Haus zu diskutieren

8.57: Vogelsang-Warsin

Höckner (Caritas-Kreisstelle OVP):
- Es muss ja auch nicht immer das gleiche sein, kann es verschiedene Angebote geben
z.B. Bugewitz: Konzerte, Lesungen, Kneipe ist das eine angeboten.

- Es muss nicht immer um Kultur geben und Kneipe, es kann ja auch andere Ausrichtung geben
- es liegt wohl auch an der Struktur der Bevölkerung, die Menschen werden immer älter
- Es ist ja auch die Frage: wenn man eine Sauna installiert, wer soll denn in die Sauna gehen?

Walther (Bürgermeister Vogelsang-Warsin):
- Frage der Erreichbarkeit, was in der heutigen Zeit auch ganz wichtig ist
- wie muss die Infrastruktur um ein solches Gebäude sein, der Zugang zu den Räumen selbst / Behinderten-, Seniorengerecht
- wenn man alle Altersgruppen ansprechen möchte, und muss, dann muss es auch für jeden die Zugangbarkeit geben
- ISDN-Ausstattung, man braucht modernen Datenzugang, für Bürgerbüro oder anderen Sachen hinaus
- das wissen wir trotz aller Ankündigungen sieht sehr schlecht aus
- verschiedene Aussagen dazu, von Verhandlungen mit Telekom abhängig, genug Privathaushalte zusammenfinden, Einzugsbereich, Frage des Preises

Kautz (Seniorenbeirat):
- oder Private Sendestation im Dorf, hier wiederum Finanzierung durch Bevölkerung
- Amt, Kreis, Land auch in gewisser Verantwortung solche Strukturen zu unterstützen
- im Dorf sind es die Bürgermeister, die hier Ansprechpartner sein sollten, die Gemeindevertreter
- einen Hauptansprechpartner für die Umsetzung, Durchführung eines Multiplen Hauses bestimmen, der alles organisiert, in den Händen hat Dörfer sehr unterschiedlich, die einen aktiv mit Vereinen, Dorffesten, in anderen läuft nichts.

8.58: Wrangelsburg

Höckner (Caritas-Kreisstelle OVP):
- Management Überamtlich, also Vernetzung, Zusammenarbeit, unkomplizierte Vernetzung, Verbindung
- Vertrauen untereinander, um Strukturen zu bündeln
- Solch ein Denken sollte sich entwickeln und damit auch das Vertrauen
- Internetzugang mit freiem Zugang, gegenseitige Hilfe bei Umgang mit Computer

Hollunder (Bugewitz e.V.):
- Ebay-Verkäufer als eigenständiges Unternehmen ist eine Form der ´Hilfe`

Hiller (Agendabüro Stett. Haff):
- man kann Gemeinden nicht über einen Kamm scheren, genaue Analyse ist notwendig.
- wichtig ist Senioren-Wohnberatung
- nicht nach Allheilkräften suchen, Punkte ehrlich formulieren
- nicht nur technische, sondern persönliche Infrastruktur zur Verfügung stellen, die die Bevölkerung anspricht, unterstützt, zur Seite stellt.
- langwieriger Prozess um so etwas zu installieren, ein Jahr zu kurz, eher 10 Jahre notwendig

Höckner (Caritas-Kreisstelle OVP):
- es gibt Gebiete die viel größer sind, die sich selber organisieren, private Schulen usw., z.B. in Namibia die deutsche Gemeinde.
- Wir greifen ja immer auf unsere Erfahrungen zurück, diese stimmen eben nicht mehr, die geben nicht mehr die Antworten.
- Man ist auf dem Lande aufeinander angewiesen.

Hiller (Agendabüro Stett. Haff):
- Das man sich als Solidargemeinschaft versteht, bereit ist einander zu helfen,
- vorsichtig sein, man kann nicht generalisieren. Im Kleinen anfangen. Verschiedene Anforderungen prüfen, mit den Leuten vor Ort absprechen.

Höckner (Caritas-Kreisstelle OVP):
- Anspruch zu hoch, alle müssen davon begeistert sein
- Wenn man von der 3-Raum Whg. in die Zweiraumwohnung zieht, muss man selbst entscheiden - was ist einem wichtig, was will ich mitnehmen?
- Verein Weitblick ist zusammengekommen, weil den Zugezogenen das wichtig war und sie deshalb ihre Interessen selbst organisiert haben.

Hollunder (Bugewitz e.V.):
- Nicht nur leeres Haus bereitstellen, wo dann jemand kommt, sondern ein Haus, in dem jemand wohnt, wo man immer einen Ansprechpartner hat, in die Richtung Mehrgenerationenhaus.
- Wenn die Bereitschaft da ist, und das Haus sich füllt, sollte man daran denken.
- Es gibt so viel leere Häuser, so viel Kultur kann man gar nicht machen. Es gibt so viele Häuser, die man nur wieder beleben muss.
- Eine Dorfschule ist nichts großes, es ist etwas großes die Kinder kilometerweit übers Land zu kutschieren.
- Es steht und fällt mit den Leuten. Entweder man macht was oder lässt es sein.
- Die Leute unterstützen, die was machen.

Höckner (Caritas-Kreisstelle OVP):
- Jemand muss den Hut aufhaben, wer macht die Finanzen, die anderen Dinge. Das die anderen sich an diese wenden können,
muss professionell organisiert werden, auch zeitlich organisiert werden, dass das jemand in die Hand nimmt.

Walther (Bürgermeister Vogelsang-Warsin):
- Dass die Deutschen immer alles organisieren wollen. Ich hab da einen großen Kalender, da seh ich drauf, wenn jemand anruft. Das geht auch.

Hollunder (Bugewitz e.V.):
Ja, das steht und fällt mit den Leuten. Die einen organisieren es so, die anderen so.

Hiller (Agendabüro Stett. Haff):
Großes Problem der kurzen Projekte, nach Ablauf gibt es keinen Verantwortlichen mehr. Oder man kann es nicht weiterführen. Jetzt ist es wieder so, man hat da jetzt sein Augenmerk drauf, man interessiert

sich dafür, man hilft uns da jetzt. Aber was ist, wenn sie wieder weg sind?
Was ist mit Nachhaltigkeit über Legislaturperioden hinweg, Zuständigkeiten,
Ich wünsche mir für solche Projekte: dauerhafte Tragfähigkeit, politische Unabhängigkeit, Trägerunabhängigkeit, Kontinuität

Hollunder (Bugewitz e.V.):
Diese Kontinuität, diese Langwierigkeit muss von uns kommen. Aber das müssen wir schon selbst machen. Wir sind hier und bleiben auch hier.

Höckner (Caritas-Kreisstelle OVP):
Wo es Entwicklung gibt, muss man immer auch fragen: Warum investiert man? Lohnt sich das jetzt auch? Wenn man ein anderes Erleben gehabt hat. Man bezieht sein eigenes Denken immer auf das was man selbst erlebt hat. Das sind jetzt lange Jahre der Trauer.
Hier gibt es in jedem Dorf eine Kirche. Das ist heute nicht mehr zu halten. Da muss ein Pfarrer eben 10 Kirchen betreuen. Das ist eine Art Trauer, weil er es anders gekannt hat. Man muß von den alten Erfahrungen Abschied nehmen.

Abb. 8.59: Landschaft bei Vogelsang-Warsin

Brandt (Bürgermeister Schlatkow):
- Für mich nicht so aufgefasst, ich muss kein Fertighaus namens Multiples Haus kaufen, sondern ich schaue: Was hat unsere Gemeinde, was brauchen wir noch?
- Sich für uns den Kreis zu ziehen, was ist in 5 km an Versorgung da? Von Amts wegen sich zusammensetzten, wir haben hier unseren Ort, was haben wir in zumutbarer Nähe?
- Da fällt dann auf, das wir für unseren kleinen Ort schon vieles haben dann kann man auch auf die Liste schauen, und sehen, was möchten wir denn noch?
- Wichtig ist, dass jetzt die Wege für das altengerechte Leben umgebaut werden, das man nicht die Kanten runterspringen muss.
Aus meinen Notizen zu den Fragen von vorhin:
- wichtig, das was da ist, muss man erhalten,
- wo wir Probleme haben: ist das ganze Vertragswesen,
- Schwierigkeiten mit Finanzamt, mit Gewerbeaufsicht, mit Kommunalaufsicht
- das Schöne ist die Lebensqualität, die Ruhe, die Tierhaltung, Raum zum Leben, Nebengebäude in denen man viel unterbringen kann, Nachbarschaft, die sich gegenseitig hilft
- Nachbarschaftshilfe: es gibt interessierte Bürger und es gibt Garagenmuffel

8.17. Diskussionsrunde 2. Workshop

Dienstag 29.09.2009 12.00 bis 16 Uhr Grafik- und Designschule, Anklam

Tschauder (Deutsche Post AG):
- bekundet Interesse am Projekt, da die Entwicklung im ländlichen Raum zu Problemen bei der Versorgung führen (hohe Fixkosten in Einwohner schwachen Gebieten)
- Bedarf an Flexibilität, Kombination mit anderen Versorgern, Dienstleistern (Insel-Lösungen)
- Wirtschaftlichkeit muss aber auf jeden Fall gegeben sein beim bewirtschaften des MH (momentan gibt durchschnittlich jeder Bürger 4€/ Monat für Post-Dienstleistungen aus)
- Reinigung und schnelle/sofortige Verfügbarkeit muss geregelt sein
- Sortiment und Dienstleistungspalette sollte dann geprüft und eventuell erweitert werden
- Zentrale Postkastenanlage für Briefzustellung würde der Post entgegenkommen, dafür Zugeständnisse in anderen Bereichen
- Poststelle als Büroeinheit

Reaktion der Bürgermeister auf Äußerung der Post zu zentralen Postfächern:
- Brandt: kann sich zentrale Postkastenanlage für seine Gemeinde gut vorstellen, fördert die Kommunikation
- Walther: kann nicht mitgehen, gleiches Recht für alle, warum im Ländlichen Raum schlechtere Bedingungen

Walther (Bürgermeister Vogelsang-Warsin):
- zur Zeit werden gerade die Service- und Dienstleistungsangebote diskutiert
- für die Nutzung vorhandener Bausubstanzen häufig zu hoher Sanierungsaufwand für die Grundsanierung, den die Gemeinden nicht stemmen können, kann im Haushalt nicht untergebracht werden

Kautz (Landrat a.D.):
- Kreis und Gemeinden müssen besser kooperieren
- Ehrenamt stärker einbinden (Bsp. Gladrow)
- Schwachpunkt bei Breitbandanbindung, da viele Betreiber oder Dienstleister auf schnellen und stabilen Internetanschluss angewiesen sind
- Betriebswirtschaftlichkeit kann nicht Maß aller Dinge sein, Sorge um die Grundrechte der Bürger (Seniorenmitwirkungsgesetz !)
- MH existiert bereits in Ansätzen – private Initiative

Rittmeier (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung):
- fordert die Beteiligten auf zu helfen, das Konzept in die Umsetzung zu bringen, MH mit zu betreiben, zu überlegen, wer wann wie was einbringen kann
- Gemeindeverwaltung kann MH mit nutzen

Gutgesell (Landkreis UER):
- weist auf Möglichkeit hin, dass Sanierungsaufwand durch Neubau gesenkt werden kann

(*Reichenbach-Behnisch*: ist nicht Sinn der Arbeit, bewusste Entschei-

8.60: Schmuggerow

dung, vorhandene Bausubstanzen zu reaktivieren, bringt Identität, Heimatgefühl)

Kleist (Volkssolidarität KV OVP e.V.):
- wenn Betreibung eines MH, dann muss auch Wirtschaftlichkeit geprüft werden
- Nutzung des MH gut denkbar für verschiedene Angebote, Aktivitäten

Walther (Bürgermeister Vogelsang-Warsin):
- spricht alternative Wohnformen im Alter an, z.B. Betreutes Wohnen
- alte Leute wollen im Ort bleiben, würden im Ort auch umziehen, daher großer Bedarf

(*Reichenbach-Behnisch*: Hinweis auf zweite Forschungsarbeit)

Rittmeier (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung):
- spricht Sparkasse direkt an, inwieweit sie sich einbringen könnte

Zahn (Sparkassenstiftung Uecker-Randow):
- Kundenbesuche zu Hause sind heute schon üblich
- Wichtiges Thema im Zusammenhang MH ist Verfügungsberechtigung!
- Ausgabe von Kleinbeträgen ist möglich, andere Dienstleistungsangebote sind denkbar

Walther (Bürgermeister Vogelsang-Warsin):
- verschiedene Funktionen, die für MH denkbar sind werden in VW im Dorfgemeinschaftshaus heute schon angeboten, jedoch noch Bedarf an einzelnen Bausteinen

Brandt (Bürgermeister Schlatkow):
- Gutsanlage könnte MH sein
- Überlegung, welche Bausteine im Haus angesiedelt werden könnten: Post / öffentlicher Teil – Gemeinderaum
- Internetanschluss (Unterstützung der älteren Generation durch Junge) Geldinstitut mit einzelnen Angeboten
- Arzt (auf dem Boden der Gemeinde ist wichtig)
- Friseur
- „Kümmerer“
- Wichtige Frage ist Fusion der Gemeinden und finanzielle Möglichkeiten
- Kredit? Anfrage und Beantragung von Geldern bei der Kommunalen Verwaltungsaufsicht
- Möchte große Festscheune für MH halten (soll demnächst durch BVVG versteigert werden, dann hat Gemeinde keinen Zugriff mehr)

Tschauder (Post):
- für die Betreiber, Anbieter muss durch das MH ein Mehrwert entstehen
- Bürgermeister sollten Dienstleister gezielt ansprechen
- Für die Post bringt das MH nur was, wenn viele Dienstleister mitmachen

Hiller (Agendabüro Stettiner Haff):
- MH muss in die Hand von Werbeprofis gelegt werden, kann gute Mar-

ketingaktion sein
- In den Ländlichen Raum gehören Mobilität und mobile Angebote
- Folgeeffekte der MH können noch gar nicht abgeschätzt werden
- Es ergeben sich eventuell neue Handlungsfelder durch MH
- MH funktioniert nur im Netzverbund
- Region muss alterungsfähig gemacht werden

Rittmeier (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung):
- es gibt viele verschiedene Fördermöglichkeiten
- wichtig ist nun die Umsetzung des Projektes

Löffler (Deutsche Post AG):
- es müssen sich Partner finden, die gemeinsam das MH bewirtschaften
(*Reichenbach-Behnisch*: Ansprache an mobile Dienstleister, MH als Netz kann für den Einzelnen auch eine Chance für Selbständigkeit sein)

Walther (Bürgermeister Vogelsang-Warsin):
- noch einmal Hinweis auf Notwendigkeit der Breitbandanbindung durch die Telekom (großes Bedauern, dass Telekom nicht anwesend ist)
- Bedürfnisse der Bevölkerung sollten noch einmal in einer öffentlichen Veranstaltung ermittelt werden
(*Reichenbach-Behnisch*: Möglichkeit per Fragebogen, diesen kann rb architekten zuschicken)

Kautz (Landrat a.D.):
- kann MH für seine Gemeinde anschieben
- haben ein neues Haus
- hat die Möglichkeit, jemanden die Schlüssel in die Hand zu geben, derjenige würde sicher auch die Reinigung übernehmen

Reichenbach-Behnisch (rb architekten):
- Label „Multiples Haus" sollte vereinfachte Verfahren ermöglichen
- Vielleicht ist es möglich, neue Förderprogramme zu schaffen?
- Wichtig ist Beratung zu Förderprogrammen – Frau Hiller könnte im Agenda-Büro einen Teil der Koordinierung und Beratung zu Fördermöglichkeiten übernehmen

Rittmeier (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung):
- Umsetzung der Arbeit sollte an einem oder zwei Modellbeispielen realisiert werden
- Hinweis auf politische Schiene, das MH zur Umsetzung zu bringen
- Kann sich vorstellen, dass Fördermittel dafür bereitgestellt werden

Hiller (Agendabüro Stettiner Haff):
- lässt sich noch einmal bestätigen, dass mit der Forschungsarbeit ein Handlungsfaden aufgezeigt wird

Walther (Bürgermeister Vogelsang-Warsin):
- Dorferneuerungsprogramm ist in VW noch aktuell
- Schule kann als MH fungieren

Abb. 8.61: Schwerinsburg

Teil 9
Anhang

9.1. Literaturverzeichnis

Barlösius, Eva; Neu, Claudia (Herausgeber): *Peripherisierung – eine neue Form sozialer Ungleichheit?* Materialien Nr.21, Berlin Brandenburgische Akademie der Wissenschaft, Berlin, Februar 2008 (11.12.2008)

Bayerisches Landesamt für Umwelt (Herausgeber): *Demografischer Wandel und Bürgerschaftliches Engagement.* In: KommA21 Bayern. InfoNETZwerk für nachhaltige Kommunalentwicklung, August 2007 (12.01.2009)

BBR Bundesministerium für Bauwesen und Raumordnung (Herausgeber): *Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern.* Werkstatt: Praxis Heft 38, Bonn 2005 (07.01.2009)

BBR Bundesministerium für Bauwesen und Raumordnung (Herausgeber): *Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern.* Werkstatt: Praxis Heft 38, Bonn 2005 (07.01.2009)

Beetz, Stephan; Neu, Claudia; Plieninger, Tobias: *Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume – LandInnovation – Zwischen Berlin und Stettiner Haff. Eine naturräumliche, politische und sozioökonomische Analyse der Region Barnim/Uckermark/Uecker-Randow.* Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Berlin (2005), Materialien Nr. 3

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: *Demografischer Wandel. Ein Politikvorschlag unter besonderer Berücksichtigung der Neuen Länder.* Berlin, 2009

Bucher, Hansjörg; Schlömer, Claus: *Alterung und soziale Netze in den ländlichen Räumen – Eine Abschätzung künftiger demographischer Potenziale.* Folienpräsentation für 01. Dezember 2008, Bundesministerium für Bauwesen und Raumordnung, Bonn (13.01.2009)

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung; Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen: *Öffentliche Daseinsvorsorge und demographischer Wandel – Erprobung von Anpassungs- und Entwicklungsstrategien in Modellvorhaben der Raumordnung.* Berlin/Bonn, 2005

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, Deutsche Vernetzungsstelle LEADER+: *LEADER+ in Deutschland – Ausgewählte Projekte*. Bonn, 2006

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV): *Handlungskonzept der Bundesregierung zur Weiterentwicklung der ländlichen Räume.* Berlin, 2009

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Herausgeber): *Unser Dorf hat Zukunft.* Abschlußbericht zum 22. Bundeswettbewerb 2007

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Herausgeber): *Nationale Rahmenregelung der Bundesrepublik Deutschland für die Entwicklung ländlicher Räume.* Bonn, 2005

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Herausgeber): *Nationaler Strategieplan der Bundesrepublik Deutschland für die Entwicklung ländlicher Räume 2007-2013*. Bonn, 2006

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Herausgeber): Handlungskonzept der Bundesregierung zur Weiterentwicklung der ländlichen Räume. Bonn, April 2009
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Herausgeber): *Praxishandbuch zum Freiwilligendienst aller Generationen (FdaG).* Berlin, 2009

Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (Herausgeber): *Öffentliche Daseinsvorsorge und demographischer Wandel.* Bonn, 2005

Deutsches Kinderhilfswerk e.V.: *Sozialraumanalyse von Kindern und Jugendlichen im Landkreis Uecker-Randow. Ergebnisse einer repräsentativen Schülerbefragung.* Greifwald, 2009

Deutsches Seminar für Städtebau und Wirtschaft im Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V. (Herausgeber): *Was bleibt wenn der Supermarkt geht? Konzepte und Projekte zur Wiederbelebung der Nahversorgung* 4. Teil. Veröffentlichung zur Tagung in Rostock am 15.11.2006 im Rahmen der DSSW-Studie „Nahversorgungsmodelle zur Stärkung instabiler Zentren“. Berlin (12.01.2009)

Dr. Engelbert Lütke Daldrup: *Herausforderungen des demografischen Wandels für die Stadt- und Raumentwicklungspolitik des Bundes*. Fachvortrag anlässlich des 1. Regionale Demografiekonvents, 12. Februar 2008, Sondershausen

Fabijancic-Müller, Kristina: *Gemeindenetzwerk: Lösungen aus der Praxis für die Praxis.* BWGZ (Verbandszeitschrift des Gemeindetags Baden-Württemberg) 4/2006 (12.01.2009)

Genschow, Barbara; Händler, Franziska; Kachel, Gunar: *Analyse zum sozioökonomischen und wohnungswirtschaftlichen Entwicklungsstand sowie zur Ausstattung mit Infrastruktur der Städte und Gemeinden in der Planungsregion Mittleres Mecklenburg/Rostock.*
Kurzfassung Wimes Wirtschaftsinstitut Rostock, Januar 2008 (03.12.2008)

Humboldt Universität Berlin, Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät: *Lebendige Dörfer in Brandenburg – Bürgerbeteiligung im Alltag.* Potsdam und Berlin, 2006

Innenministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern: *Landesregierung beschließt Konzept zur künftigen Kreisstruktur*. Pressemitteilung des Innenministeriums Mecklenburg-Vorpommern; 27.11.2007

Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein (Herausgeber): *„Altenwanderung und seniorengerechte Infrastruktur" Endbericht Teil A.* Analyse der Altenwanderung. dsn Projekte und Studien für Wirtschaft und Gesellschaft. Kiel, Mai 2007 (14.01.2009)

Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein (Herausgeber): *„Altenwanderung und seniorengerechte Infrastruktur" Endbericht Teil B.* E-Health und E-Care für ein selbst bestimmtes Wohnen älterer Menschen im ländlichen Raum. dsn Projekte und Studien für Wirtschaft und Gesellschaft. Kiel, Oktober 2007 (14.01.2009)

Institute for Community Medicine, University of Greifswald: Neeltje van den Berg et al: *GP-support by means of AGnES-practice assistants and the use of telecare devices in a sparsely populated region in Northern Germany.* proof of concept (BMC Family Practice 2009, http: //www.biomedcentral.com

Klüter, Helmut: *Wüstungen in Vorpommern – Bedrohung für den Ländlichen Raum (LR).* In: Greifswalder Beiträge zur Regional-, Freizeit- und Tourismusforschung Nr. 16 (2005), S. 1-14

Krajasits, Cornelia: *Zur Typisierung von ländlichen Räumen im deutschsprachigen Raum – Konsequenzen für einen differenzierenden Umgang mit der sozio-demographischen Entwicklung.* ÖIRProjekthaus-GmbH, 2008 (http://www.oesfo.at/static/mediendatenbank/root01/2008/herbsttagung/krajasits.pdf)

Krambach, Kurt: Dörfer im europäischen Kontext – Möglichkeiten der Vernetzung. Vortrag für Verein Brandenburg 21 e.V., 2008 (06.10.2007)

LEADER+ Aktionsgruppe Hohenlohe-Tauber (Herausgeber): *DORF KOMM! Dörfer beleben – Flächen sparen.* Leitfaden für Kommunen. Dezember 2005 (09.02.2009)

LEADER+ Aktionsgruppe Hohenlohe-Tauber (Herausgeber): *DORF KOMM! Dörfer beleben – Flächen sparen.* Wissenschaftliche Zusammenführung von 18 Ortsentwicklungskonzepten in der LEADER+ Gebietskulisse Hohenlohe-Tauber zur Entwicklung eines Leitfadens für Kommunen. Mai 2006 (09.02.2009)

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg: *Vorstellung der Modellprojekte nach dem AGnES-Konzept in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt.* 2009 http://www.masf.brandenburg.de

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg: *Symposium „Hausarztunterstützende Konzepte und Strukturen – Die Modellprojekte nach dem AGnES-Konzept"* (17. Oktober 2008 in Berlin) http://www.masf.brandenburg.de

MVBL Ministerium für Verkehr, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern (Herausgeber): *4. Landesprognose zur Bevölkerungsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern bis zum Jahr 2030.* Schwerin, 30. September 2008 (14.01.2009)

Naubert : *Schrumpfende Dörfer in der Region Havelland-Fläming.* ASAP, Hinterland. Präsentation März 2007 (03.12.2008)

Neu, Claudia: Räumliche Ungleichheit nimmt zu. In: Demografische Forschung aus Erster Hand. Nr 3, 2007, Seite 4

Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund: *Der Dorfladen – eine Chance für den ländlichen Raum.* Hannover 1999

Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK): *Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit Ländlicher Räume.* Schriftenreihe Nr. 171 (2006)

Regionaler Planungsverband Vorpommern: *Regionales Raumentwicklungsprogramm Vorpommern.* Entwurf 2009

Rust, Christian: *„Deutschland und die Nachkriegsordnung. Großbritannien, die Vereinigten Staaten und die Grundlagen einer Friedensregelung mit Deutschland in Paris 1919 und Jalta/Potsdam 1945“* Dissertation, Dissertation FU Berlin, FB Geschichts- und Kulturwissenschaften (2001)

Thales IS GmbH (Herausgeber): *Wir am Stettiner Haff Lebenswerte Region zwischen Usedom und Berlin – Regionales Entwicklungskonzept für den Landkreis Uecker-Randow.* REK Büro Pasewalk, Dezember 2002 (04.11.2008)

Universität Rostock: *Daseinsvorsorge im peripheren ländlichen Raum – am Beispiel der Gemeinde Galenbeck.* Rostock, 2007

Weiss, Wolfgang; Knabe, Maria: *Deutscher Demographischer Transfer – und daraus resultierende Verarmung.* In: Greifswalder Beiträge zur Regional-, Freizeit- u. Tourismusforschung Nr. 16 (2005), S. 51-72

Spiro, Annette: *Zeit sparen in São Paulo - Das ‚Poupatempo‘ von Paulo Mendes da Roche in Itaquera.* In: ARCH+, Nr. 190, Dezember 2008

Spiro, Annette: *Offene Räume in São Paulo.* In: Werk, Bauen + Wohnen, April 2003

Zarnekow, Hartmut: *Multiple Häuser bringen Lebensqualität.* In: Anklamer Zeitung, 07. Oktober 2009

9.2. Quellen – Internet

Teil 2 Theorie + Analyse:

http://www.amt-anklam-land.de
http://www.bbr.bund.de/cln_007/nn_22518/DE/ForschenBeraten/Raumordnung/RaumentwicklungDeutschland/InfrastrukturDaseinsvorsorge/infrastrukturdaseinsvorsorge__node.html?__nnn=true
http://www.bbr.bund.de/cln_007/nn_22518/DE/ForschenBeraten/Raumordnung/RaumentwicklungDeutschland/InfrastrukturDaseinsvorsorge/infrastrukturdaseinsvorsorge__node.html?__nnn=true
http://www.bbr.bund.de/cln_007/nn_22560/DE/ForschenBeraten/Raumordnung/RaumentwicklungDeutschland/InfrastrukturDaseinsvorsorge/Gleichwertig/Gleichwertig.html
http://www.bbr.bund.de/cln_007/nn_22560/DE/ForschenBeraten/Raumordnung/RaumentwicklungDeutschland/InfrastrukturDaseinsvorsorge/Gleichwertig/Gleichwertig.html
http://www.bbr.bund.de/nn_22702/BBSR/DE/Fachthemen/Raumordnung/RaumentwicklungDeutschland/Demographie/Demo-grafiekonvent/Demografiekonvent.html (Modellvorhaben)
http://www.bernd-hamm.uni-trier.de/veroeffentl/artikel/lexika/Nachbarschaft1.pdf
http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/engagementpolitik.html
http://www.de.wikipedia.org/wiki/Demographischer_Wandel_in_Deutschland
http://www.europa.eu/bulletin/de/200612/p117005.htm
(Entwicklung des ländlichen Raums)
http://www.europa-mv.de/suchen/facettensuche.htm?facet=status_laufend_on
http://www.landwirtschaft-bw.info/servlet/PB/menu/1158374_l1/index.html (Ländlicher Raum, 22.04.2009)
http://www.lkuer.de/
(Regionales Entwicklungskonzept Uecker-Randow, Dezember 2002)
http://www.mvregio.de/mvr/nachrichten_mv/97308.html
http://www.mvregio.de/mvr/nachrichten_mv/97308.html
(M-V plant System von „Ankergemeinden“ als Grundzentren im ländlichen Raum. Schwerin/Mvregio, 09.03.2008)
http://www.region-schafft-zukunft.de
http://www.statistik-mv.de
(Mecklenburg Vorpommern, Statistisches Amt)
http://www.wsl.ch/land/products/lebendiges_dorf/inhalt/welcome.html (WSL, 21.04.2009)
http://www.zdwa.de/ (Rostocker Zentrum für Demographischen Wandel (ZDWA))
http://www.masf.brandenburg.de
http://www.bmelv.de (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz)

http://www.planung-tu-berlin.de (Krappweis, Stefan: Gleichwertige Lebensverhältnisse – Möglichkeiten und Grenzen der Angleichung der Teilräume.)

Teil 3 Praxis + Analyse:

http://www.bge.de/asp/dms.asp?url=/gv/asr/inhalt.htm (Arbeitsstätten-Richtlinien)
http://www.bghw.de/vorschriften-und-regeln/bg-regeln-bg-grundsaetze-zh-1-schriften-2
http://www.bmj.de/vereinsrecht (BMJ - Bundesministeriums für Justiz)
http://www.bmwi.de/Dateien/BMWi/PDF/moeglichkeiten-der-breitbandfoerderung,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf
http://www.bundesrecht.juris.de/arbst_ttv_2004/
http://www.bundesrecht.juris.de/gastg/index.html
http://www.bundesrecht.juris.de/lmhv_2007/index.html
http://www.foerderdatenbank.de
http://www.foerderland.de/1066.0.html (Demografischer Wandel)
http://www.forum-gesundheitspolitik.de/artikel/artikel.pl?artikel=1588
http://www.freiwilligendienste-aller-generationen.de
http://www.genossenschaftsgruendung.de
http://www.geno-verband.de (Genossenschaftsverband Norddeutschland e.V.)
http://www.kreis-ovp.de/landkreis/index.html
http://www.la21bb.de (Verein Brandenburg 21 e.V.)
http://www.marktplatz-verein.de/
http://www.markttreff-sh.de/
http://www.mobilitaetsagentur-stadt-land-rad.de/
http://www.mv.juris.de/mv/BauO_MV_2006_rahmen.htm
http://www.mv-regierung.de/im/verwaltungsreform/ (Verwaltungsreform in Mecklenburg-Vorpommern)
http://www.neubrandenburg.ihk.de (Industrie- und Handelskammer)
http://www.nordkurier.de
http://www.ostdeutsche-sparkassenstiftung.de
http://www.pv-hamburg.de/ (Prüfungsverband der Deutschen Verkehrsgenossenschaften e.V.)
http://www.regiomanagement.de/dorvcms/front_content.php (DORV Zentrum)
http://www.vereinsknowhow.de/
http://www.vereinsrecht.de/
http://www.wikipedia.org/wiki/Geschichte_Pommerns
http://www.zdk-hamburg.de/ (ZdK Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.)

9.3. Liste der Kontaktpartner und Links

Gladrow (Herr Holznagel):

http://www.amt-zuessow.de/index.phtml?view-76&SpecialTop=1
http://www.vorpommern-sued.de/tiki-index.php?page=Gem_Wrangelsburg
http://asf-vorpommern.de
http://www.vfas.de/projekte.htm

Löwitz / Gemeinde Ducherow (Herr Naumann / Frau Hübner):

http://www.amt-anklam-land.de/cms/front_content.php?idcat=43
http://de.wikipedia.org/wiki/Ducherow

Löwitz:
http://de.wikipedia.org/wiki/L%C3%B6witz
Schmuggerow:
http://www.schlossschmuggerow.de/

Schlatkow / Gemeinde Schmatzin (Herr Dr. Brandt):
http://www.schlatkow.de/
http://www.amt-zuessow.de/index.phtml?view-77&SpecialTop=5
http://www.vorpommern-sued.de/tiki-index.php?page=Gem_Schmatzin
http://www.vorpommersche-dorfstrasse.de/rad.html
http://www.gutshaeuser.de/gutshaeuser_s/schlatkow.html
http://de.wikipedia.org/wiki/Schmatzin
http://www.mittsommer-remise.de/htdocs/gut_kow.html

Vogelsang-Warsin (Herr Walther):
http://www.vogelsang-warsin.de/
http://de.wikipedia.org/wiki/Vogelsang-Warsin
http://www.gutshaeuser.de/gutshaeuser_v/vogelsang1.html
http://www.eggesin.de/stettiner_haff/gemeinden/vogelsang-warsin.php

Herr Bordel, Theater Anklam:
http://www.theater-anklam.de
Herr Fels, Lokales Bündnis für Familie:
http://www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de
http://www.lokales-buendnis-uecker-randow.de/
Schwester Angela, Johanniter, Ducherow:
http://www.pflegestuetzpunkte.de
Frau Pfr. Sübtitz, Ducherow:
http://www.kirchenkreis-greifswald.de/index.php?id=50
Herr Brandstädt,
Kulturverein Weitblick Bugewitz e.V.:
http://www.weitblick-bugewitz.de
Frau / Herr Waßermann, Grafik- und Designschule Anklam:
http://www.grafik-design-schule.de
Frau Wegner, Höfeladen Esslust, Libnow:
http://www.hoefeladen-esslust.de
Herr Kautz:
http://www.kristinekautz.de (Papiermanufaktur, Holzdruckbuchstabenwerkstatt)
http://equal-pakt.de/?site=teilprojekte_chancen (Chancen nutzen e.V.)
Frau Hiller, Frau Barthel,
Regionale Agenda 21 Stettiner Haff:
http://www.agenda21-oder.de
Herr Kubiak, Pro Eggesin e.V.:
http://www.eggesin.de/eggesin/tourismus/Blaubeerstadt.php
Herr Höckner, Caritas Anklam:
http://www.caritas-vorpommern.de/sites/a-z.html
Frau Kleist, Volkssolidarität Anklam:
http://www.volkssolidaritaet.de

9.4. Durchgeführte Interviews

Reichenbach-Behnisch, Jana; Voigt, Pamela (rb architekten)
(23.02.2009, 15:00-15:15 MEZ): Interview mit Herrn und Frau Weigel (Einwohner Schuggerow)

Reichenbach-Behnisch, Jana; Voigt, Pamela (rb architekten)
(24.02.2009, 13:00-14:00 MEZ): Interview mit Dr. Wolfgang Bordel (Intendant, Theater Anklam)
Reichenbach-Behnisch, Jana; Voigt, Pamela (rb architekten)
(25.02.2009, 10:00-11:30 MEZ): Interview mit Peter Fels (Bündnis für Familie Uecker-Randow) und Birgit Brackrock (Demokratischer Frauenbund e.V.)

Reichenbach-Behnisch, Jana; Voigt, Pamela (rb architekten)
(25.02.2009, 13:30-14:30 MEZ): Interview mit Schwester Angela (Johanniter Sozialstation, Ducherow)

Reichenbach-Behnisch, Jana; Voigt, Pamela (rb architekten)
(25.02.2009, 15:00-16:00 MEZ): Interview mit Pfarrerin Barbara Sübtitz – Pfarrerin Gemeinde Ducherow

Reichenbach-Behnisch, Jana; Voigt, Pamela (rb architekten)
(26.02.2009, 10:00-11:00 MEZ): Interview mit Holger Brandstädt (Kulturverein Weitblick e.V. Bugewitz)

Reichenbach-Behnisch, Jana; Voigt, Pamela (rb architekten)
(26.02.2009, 13:00-14:30 MEZ): Interview mit Simone Waßermann, Dr. Michael Waßermann (Grafik- und Designschule Anklam)

Reichenbach-Behnisch, Jana; Voigt, Pamela (rb architekten)
(26.02.2009, 15:00-16:00 MEZ): Interview mit Kristin Wegner (Höfeladen Esslust, Libnow)

Reichenbach-Behnisch, Jana; Voigt, Pamela (rb architekten)
(26.02.2009, 17:30-18:30 MEZ): Interview mit Herbert Kautz (Landrat a.D.)
Reichenbach-Behnisch, Jana; Voigt, Pamela (rb architekten)
(27.02.2009, 11:00-12:30 MEZ): Interview mit Renate Hübner (Bürgermeister, Gemeinde Löwitz)

Reichenbach-Behnisch, Jana; Voigt, Pamela (rb architekten)
(25.03.2009, 10:00-11:30 MEZ): Interview mit Karsten Naumann (Bürgermeister Gemeinde Ducherow), Dr. Hellfried Jakubowski (Allgemeinarzt, Ducherow)

Reichenbach-Behnisch, Jana; Voigt, Pamela (rb architekten)
(25.03.2009, 11:00-13:00 MEZ / 24.06.2008, 18:00-19:00 MEZ): Interview mit Dr. Klaus Brandt (Bürgermeister, Gemeinde Schmatzin)

Reichenbach-Behnisch, Jana; Voigt, Pamela (rb architekten)
(23.06.2009, 10:00-11:30 MEZ) Interview mit Heidrun Hiller (Agendabüro Stettiner Haff)

Reichenbach-Behnisch, Jana; Voigt, Pamela (rb architekten)
(23.06.2009, 12:30-13:30 MEZ) Interview mit Jörg Kubiak (Verein „Pro Eggesin e.V.; Pommersches Landleben e.V.)

Reichenbach-Behnisch, Jana; Voigt, Pamela (rb architekten)
(23.06.2009, 15:30-15:45 MEZ) Interview mit zwei Einwohnern (Gemeinde Vogelsang-Warsin)

Reichenbach-Behnisch, Jana; Voigt, Pamela (rb architekten)
(23.06.2009, 12:30-13:30 MEZ) Interview mit Walther (Bürgermeister, Gemeinde Vogelsang-Warsin)

Reichenbach-Behnisch, Jana; Voigt, Pamela (rb architekten)
(24.06.2009, 10:00-11:00 MEZ) Interview mit Herr Höckner (Caritas, Kreisstelle Ostvorpommern)

Reichenbach-Behnisch, Jana; Voigt, Pamela (rb architekten)
(24.06.2009, 11:30-13:30 MEZ) Interview mit Uta Kleist (Volkssolidarität Kreisverband Ostvorpommern)

Reichenbach-Behnisch, Jana; Voigt, Pamela (rb architekten)
(24.06.2009, 14:00-15:30 MEZ) Interview mit Herr Holznagel (Verein ASF-Vorpommern e.V., Spielhaus Gladrow)

Reichenbach-Behnisch, Jana; Voigt, Pamela (rb architekten)
(26.03.2009, 10:00-16:00 MEZ) Erster Workshop, Teilnehmer: Naumann, Karsten (Bürgermeister Ducherow); Dr. Brandt, Klaus (Bürgermeister Schlatkow); Walther, Gerd (Bürgermeister Vogelsang-Warsin); Hiller, Heidrun (Agendabüro Stettiner Haff); Kautz, Herbert (Landrat a.D.); Dr. Waßermann, Michael (Grafik- und Designschule Anklam); Hollunder, Paula (Kulturverein Weitblick e.V. Bugewitz); Kleist, Uta (Volkssolidarität KV OVP e.V.); Schwester Iris (Volkssolidarität KV OVP e.V. Sozialstation u. Ambulanter Pflegedienst); Höckner, Ulrich (Caritas-Kreisstelle Ostvorpommern); Garbe, Nadja (Caritas-Kreisstelle Ostvorpommern)

Reichenbach-Behnisch, Jana; Flämig, Antje (rb architekten), Koenigsdorff, Jörg (ZBP - Zimmermann und Becker Ingenieurgesellschaft für Technische Gebäudeausrüstung)
(29.09.2009, 12:00-16:00 MEZ) Zweiter Workshop, Teilnehmer: Dr. Syrbe, Barbara (Landrat OVP) ; Dr. Böhning, Volker (Landrat UER); Dr. Rittmeier, Bernd (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, BVBS); Berkenhagen, Carsten (Regionalkoordinator Stettiner Haff); Naumann, Karsten (Bürgermeister Ducherow); Dr. Klaus Brandt (Bürgermeister Schlatkow); Gerd Walther (Bürgermeister Vogelsang-Warsin); Hiller, Heidrun (Agendabüro Stettiner Haff); Kautz, Herbert (Landrat a.D.); Holznagel, Eckhard (VASF - Vorpommern e.V.); Kleist, Uta (Volkssolidarität KV OVP e.V.); Neumann, Irmtraud (Volkssolidarität KV OVP e.V. Buchhaltung); Gutgesell, Dennis (Landkreis UER); Worel, Gisela (Landkreis UER); Zahn, Anett (Sparkassenstiftung Uecker-Randow); Schaefer, Perk (E.ON edis); Tschauder, Markus (Deutsche Post AG); Löffler, Frank (Deutsche Post AG); Aßmann, Burkhard (GKU-Gesellschaft für Kommunale Umweltdienste mbH)

9.5. Bildnachweis

Cover, Seiten: 8, 15, 16, 17, 30, 34, 37, 78, 104, 111, 148, 162, 169, 170, 176, 201, 202, 205, 207, 210, 214, 218, 223, 229, 234, 237, 240, 242, 248, 249, 250, 255, 257, 261, 264, 278, 280, 286, 290, 295, 298, 299, 302, 304, 306, 307, 310
kirsten nijhof photographie, Leipzig

Seiten: 21, 33, 36, 39, 41, 43, 45, 47, 64, 66, 81, 101, 112, 129, 132, 136, 140, 153, 154, 206, 215, 219, 224, 227, 231, 238, 241, 258, 265, 269, 270, 275, 276, 277, 282, 284, 287, 291, 297, 303
rb architekten, Leipzig